



Technische Universität Dortmund  
Fakultät Raumplanung  
Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Doktor rerum politicarum

# Planung zwischen Konflikt und Diskurs

Zur Rolle von Diskursen im Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte



vorgelegt von: Dipl.-Geogr. Marian Günzel

Gutachter: Prof. Dr. Thorsten Wiechmann  
Technische Universität Dortmund  
Prof. Dr. Karsten Zimmermann  
Technische Universität Dortmund

Prüferin: Prof. Dr. Annika Mattissek  
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Dortmund, 4. April 2016

Titelbild: René Magritte (1929): *La trahison des images (Ceci n'est pas un pipe)*, Öl auf Leinwand, Belgien.  
© C. Herscovici, Brüssel / Artists Rights Society (ARS), New York.

## Der Meilenstein

Tief im dunklen Walde steht er  
und auf ihm mit schwarzer Farbe,  
daß des Wandrers Geist nicht darbe:  
Dreiundzwanzig Kilometer.

Seltsam ist und schier zum Lachen,  
daß es diesen Text nicht gibt,  
wenn es keinem Blick beliebt,  
ihn durch sich zu Text zu machen.

Und noch weiter vorgestellt:  
was wohl ist er – ungesehen.  
Ein uns völlig fremd Geschehen.  
Erst das Auge schafft die Welt.

Christian Morgenstern (1990)



## Vorwort und Danksagung

Auf einer Zugfahrt durch Westfalen sagte einmal eine Bekannte zu mir, in einer echten Freundschaft käme es nicht in erster Linie darauf an, der anderen Person zu sagen, was sie alles nicht richtig mache oder besser tun solle. Vielmehr sei es doch wohl geboten, die Meinung und Position des oder der Anderen ohne Hintergedanken hinzunehmen und sie auf ihren Wegen als echte(r) Freund(in) zu unterstützen.

Diese Aussage ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zunächst einmal weist sie auf die augenscheinliche Existenz von mindestens zwei Personen mit scheinbar unterschiedlichen Meinungen zu einem konkreten Sachverhalt hin. Um diese Meinungsverschiedenheit nicht in eine Auseinandersetzung münden zu lassen, besteht laut der Aussage nun die Möglichkeit, dass eine der beiden Personen oder auch beide gleichzeitig aufgrund der sie verbindenden Freundschaft der Position der anderen nachgibt. Das Ziel wäre es, die behauptete Freundschaft zu belegen. Doch hier drängt sich eine ganze Reihe von Fragen auf: Wer soll denn wem aus welchem Grund inwieweit nachgeben? Was passiert, wenn dieses Nachgeben immer nur einseitig erfolgt? Wird andererseits Freundschaft zur stetigen Verhandlungssache mit dem Ziel der Überzeugung des oder der Anderen, um in jedem Fall einen Konsens zu deren Erhalt zu finden? Und was, wenn keine der beiden Seiten nachgibt? Zumindest auf diese letzte Frage sei an dieser Stelle ein Antwortversuch skizziert: Es kann zur Auseinandersetzung kommen und es kann im schlimmsten Fall die Freundschaft darunter leiden oder gar daran zerbrechen. Wenn aber solche Probleme schon bei Meinungsverschiedenheiten im Freundeskreis auftreten können, wie gestaltet sich die Situation erst bei Auseinandersetzungen zwischen Personen, die keinerlei Freundschaft oder sonstige Zuneigung verbindet? Oder vielmehr im Gegenteil, deren Beziehung von einer gegenseitigen Abneigung geprägt ist? Dann, so sei hier wiederum vermutet, wird es sehr wahrscheinlich zum Konflikt kommen.

Mit solchen Situationen sehen sich Planer nicht erst seit den massiven Protesten rund um die Waldschlösschenbrücke in Dresden, den unterirdischen Bahnhofsneubau ‚S21‘ in Stuttgart, die Gentrifizierung des Hamburger Gängeviertels oder das Projekt ‚MediaSpree‘ in Berlin – um nur einige zu nennen – konfrontiert. Oft steht dabei die Frage im Mittelpunkt: Wer hat denn (mehr) Recht respektive wem ist Recht zu geben? Und warum? Und sehen das alle anderen am Konflikt beteiligten oder davon betroffenen Personen auf derselben Argumentationsgrundlage genauso?

Hier schlage ich – auf die eingangs wiedergegebene Äußerung meiner Bekannten zurückkommend – einen dritten Weg vor: Statt die Meinung des Gegenübers zu akzeptieren oder andersherum den oder die Freund(in) über die Richtigkeit seiner oder ihrer Handlungen zu belehren, könnten sich die Freund(innen) *gemeinsam* darüber verständigen, was sie denn *zusammen* für richtig halten und somit einen neuen, *gemeinsamen* Standpunkt in der Diskussionen erarbeiten und beziehen. Damit sie auch in Zukunft nicht nur gemeinsam durch Westfalen fahren, sondern auch viele andere Reisen miteinander bestreiten können.

Auch die vorliegende Arbeit glich in Ihrer Erstellung oft einer langen Zugfahrt, während der ich zahlreiche Gespräche mit meinen Kolleg(innen), auf Fachtagungen und Konferenzen sowie im Freun-

des- und Bekanntenkreis führte und diese mit Hilfe der umfangreichen wissenschaftlichen Literatur einzuordnen versuchte. Bisweilen habe ich mich eingemischt, oft habe ich die Aussagen strukturiert und fast genauso häufig verworfen und von vorn begonnen. Ab und an hielt der Zug ungewollt auf freier Strecke und ich musste lange auf die Weiterfahrt warten. An ungezählten Haltepunkten habe ich auch selbst eine Pause eingelegt und Kraft für die Weiterreise gesammelt. Dabei blieb es auch nicht aus, dass manchmal die Mitreisenden wechselten und ich viele neue und interessante Bekanntschaften machte. Andere dagegen haben den Zug verlassen und ich habe meine Reise ohne sie fortgesetzt.

So haben mich im Laufe der letzten Jahre zahlreiche Kolleg(innen), Freund(innen) und Bekannte begleitet, denen allen mein ungeteilter Dank gilt für die spannende, oft unterhaltsame, zeitweise geruh-same, dann wieder rasante und manchmal auch beschwerliche Fahrt.

Ganz besonders bedanke ich mich bei meinem ersten Gutachter und Betreuer Prof. Dr. Thorsten Wiechmann. Er war es, der mich auch bei Zweifeln stets bestärkte und mich auf meinem Weg immer wieder ermutigte, sich für drängende Fragen und zahlreiche Diskussionen Zeit nahm, mir die nötigen Freiräume ließ als ich sie benötigte und meine Reise auch immer wieder mit kritischen Fragen begleitete. Ohne ihn wäre die vorliegende Arbeit nicht möglich gewesen.

Auch meinem zweiten Gutachter Prof. Dr. Karsten Zimmermann und meiner Prüferin Prof. Dr. Annika Mattissek möchte ich sehr für die Begutachtung und Prüfung meiner Arbeit sowie die hilfreichen Tipps und Hinweise bei zahlreichen persönlichen Gesprächen und Veranstaltungen danken.

Dank geht nicht minder an...

- ... meine Kolleg(innen) an der Fakultät Raumplanung der TU Dortmund für die oft hilfreichen und manchmal auch hitzigen Debatten.
- ... Christian Lamker, Anne Volkmann, Thomas Terfrüchte, Dennis Hardt und Viola Schulze Dieckhoff für die oft aufbauenden Worte, die technische und kreative Unterstützung bei der Formatierung der Arbeit und die Jagd nach dem Fehlerteufel.
- ... Franz Flögel und Sebastian Hillebrand für die vielen gemeinsamen Gespräche, die erkenntnistheoretischen Auseinandersetzungen, den gegenseitigen Ansporn zur Fertigstellung der Arbeit und nicht zuletzt die Frage danach, ob die Realität tatsächlich existiert.
- ... meine Interviewpartner und Kontaktpersonen für all die Mühe und Zeit, die sie meinem Vorhaben gewidmet haben. Ohne sie wäre die empirische Überprüfung meiner theoretischen Erkenntnisse ungleich schwerer geworden.
- ... meine Eltern, die mich immer bedingungslos unterstützten und mir den Mut machten, der mir selbst manchmal fehlte.

Meine Freundin Zdeňka war mir nicht nur eine emotionale Partnerin und Halt insbesondere beim Abschluss meiner Reise, sondern sie unterstützte mich bedingungslos als es wirklich darauf ankam. Sie hat nie an mir oder meiner Arbeit gezweifelt, war immer da, wenn die Einsamkeit des Schreibtisches mich zu verschlingen drohte und brachte mich mit ihrem Lachen nicht selten zurück in die Wirklichkeit. Dafür danke ich ihr von ganzem Herzen!

# Inhaltsverzeichnis

<b>Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen .....</b>	<b>VIII</b>
<b>Abkürzungen .....</b>	<b>X</b>
<b>1. Zur Problematik von Raumnutzungskonflikten zwischen Diskurs und Planung.....</b>	<b>1</b>
<b>2. Die Entstehung von Raumnutzungskonflikten im Diskurs.....</b>	<b>10</b>
2.1 Die vielen Stimmen zum Diskursbegriff.....	12
2.2 Diskurstheoretische Grundlagen und Begriffsbestimmungen .....	19
2.3 Sozialer Konflikt als gesellschaftlicher (Re-)Produktionsprozess.....	32
2.4 Raum und Ort im Diskurs .....	45
2.5 Zwischenfazit: Raumnutzungskonflikt im Diskurs.....	53
<b>3. Genealogie und Konstruktion einer diskursiven Planung im Raumnutzungskonflikt .....</b>	<b>60</b>
3.1 Von der rationalistischen Planung zur kommunikativen Wende.....	62
3.2 Macht und Konflikt in der Planung: Kritischer Pragmatismus und diskursive Politikgestaltung.....	70
3.3 Zwischen Komplexität, Dekonstruktion und radikaler Demokratie: Planungstheorien im Poststrukturalismus .....	85
3.4 Zwischenfazit: Eine analytische Kategorie diskursiver Planung .....	100
<b>4. Ein Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte.....</b>	<b>106</b>
4.1 Funktion und Stellung der Planung im deutschen Institutionensystem.....	106
4.2 Modelle der Diskursforschung, des Konflikt- und Organisationsmanagements sowie der Planungstheorie.....	110
4.3 Das Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte im Diskurs.....	130
<b>5. Empirische Befunde zur Wirkung von Diskursen im Konfliktverlauf .....</b>	<b>143</b>
5.1 Fallstudienansatz und Diskursanalyse: Methodologie und Methodik.....	143
5.2 Der Brückenstreit in Dresden.....	149
5.3 Der Konflikt um eine Kohlenmonoxid-Leitung von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen .....	170
5.4 Vergleichende Einordnung der Ergebnisse der Fallstudienanalyse.....	194
<b>6. Planung im Spannungsfeld zwischen Diskurs und Konflikt.....</b>	<b>202</b>
<b>Quellenverzeichnis.....</b>	<b>215</b>

# Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

## Abbildungen

Abbildung 1: Erkenntnisleitende Struktur der Arbeit .....	7
Abbildung 2: Maßstabsebenen, Theorien und Formen von Konflikten .....	33
Abbildung 3: Individueller und kollektiver Gewinn im Gefangenendilemma.....	38
Abbildung 4: Die dreifache Subjektivierung in raumbezogenen Konflikten .....	50
Abbildung 5: Ort als Konkretisierung der Raumdimensionen .....	52
Abbildung 6: Dimensionen des Ortes und räumliche Identitäten im Raumnutzungskonflikt.....	56
Abbildung 7: Konfliktentstehung im Diskurs.....	58
Abbildung 8: Diskursive Planung in der Interdependenz von Diskursen, Akteuren und Institutionen.....	103
Abbildung 9: Gestaltungsspielraum, Gestaltungsinteresse und Funktionen der Planung.....	108
Abbildung 10: Diskurs als Fluss von Wissen durch die Zeit.....	113
Abbildung 11: Möglichkeitsraum im Koordinatensystem logischer Diskursdimensionen.....	115
Abbildung 12: Identität als Differenzbeziehung .....	118
Abbildung 13: Allgemeines Konfliktmodell.....	120
Abbildung 14: Phasenmodell der Konflikteskalation .....	122
Abbildung 15: Modell des verhaltenstheoretischen Verhandlungsrahmens.....	124
Abbildung 16: Diversity, Interdependence, Authentic Dialogue (DIAD) Modell.....	127
Abbildung 17: Evolutionäre Rationalitäten im Planungsprozess .....	129
Abbildung 18: Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte im Diskurs .....	134
Abbildung 19: Karte Dresdens aus dem Generalbauplan von 1862 mit angedeuteter Elbquerung am Waldschlösschen.....	149
Abbildung 20: Bestand und Zielvorstellung zum Hauptverkehrsstraßennetz im Verkehrskonzept Dresdens von 1994 mit der bereits vorgesehenen Elbquerung am Waldschlösschen .....	150
Abbildung 21: Die Dresdner Waldschlösschenbrücke im Sommer 2015 .....	152
Abbildung 22: Zentrale Ereignisse, Medienbegleitung und Phasen im Dresdner Brückenstreit .....	153
Abbildung 23: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 1 des Brückenstreits .....	156
Abbildung 24: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 2 des Brückenstreits .....	158
Abbildung 25: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 3 des Brückenstreits .....	160
Abbildung 26: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 4 des Brückenstreits .....	162
Abbildung 27: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 5 des Brückenstreits .....	163
Abbildung 28: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 6 des Brückenstreits .....	165
Abbildung 29: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 7 des Brückenstreits .....	166
Abbildung 30: Planungs- und Konfliktverlauf bei der Waldschlösschenbrücke Dresden.....	168
Abbildung 31: Trassenverlauf der geplanten CO-Pipeline von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen .....	172
Abbildung 32: Der Bau der CO-Pipeline im Sommer 2007 .....	173
Abbildung 33: Zentrale Ereignisse, Medienbegleitung und Phasen im Konflikt um die CO-Pipeline .....	174
Abbildung 34: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 1 zur CO-Pipeline.....	178
Abbildung 35: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 2 zur CO-Pipeline.....	179
Abbildung 36: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 3 zur CO-Pipeline.....	181



---

Abbildung 37: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 4 zur CO-Pipeline.....	182
Abbildung 38: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 5 zur CO-Pipeline.....	184
Abbildung 39: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 6 zur CO-Pipeline.....	185
Abbildung 40: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 7 zur CO-Pipeline.....	186
Abbildung 41: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 8 zur CO-Pipeline.....	188
Abbildung 42: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 9 zur CO-Pipeline.....	189
Abbildung 43: Planungs- und Konfliktverlauf bei der CO-Pipeline von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen .	191

## **Tabellen**

Tabelle 1:	Fallbasierte Datengrundlage der Textkorpora für die lexikometrische Analyse.....	146
Tabelle 2:	Die Konfliktelemente in den Fallbeispielen der empirischen Untersuchung .....	195

## Abkürzungen

ADAC	-	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V.
ADFC	-	Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club e. V.
ADR	-	European Agreement Concerning the International Carriage of Dangerous Goods by Road
AG	-	Aktiengesellschaft
Az.	-	Aktenzeichen
BI	-	Bürgerinitiative
BMS AG	-	Bayer Material Science AG
BNatSchG	-	Bundesnaturschutzgesetz
BUND	-	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.
BverfG	-	Bundesverfassungsgericht
CDU	-	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DDR	-	Deutsche Demokratische Republik
DIAD	-	Diversity, Interdependence, Authentic Dialogue
Difu	-	Deutsches Institut für Urbanistik
DNN	-	Dresdner Neueste Nachrichten
dpa	-	Deutsche Presseagentur
EPDC	-	European Pipeline Development Company
e. V.	-	eingetragener Verein
FDP	-	Freie Demokratische Partei
FFH-RL	-	Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie
GenBeschlG	-	Genehmigungsbeschleunigungsgesetz
GG	-	Grundgesetz
GmbH	-	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GVFG	-	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
IBA	-	Internationale Bauausstellung
ICOMOS	-	International Council on Monuments and Sites
IG	-	Interessengemeinschaft
IG BCE	-	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
IFOK	-	Institut für Organisationskommunikation
LPIG NRW	-	Landesplanungsgesetz Nordrhein -Westfalen
MBWSV NRW	-	Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
MWEBWV NRW	-	Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
MWEIMH NRW	-	Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen
NaBu	-	Naturschutzbund Deutschland e. V.

---

NRW	-	Nordrhein-Westfalen
OVG	-	Oberverwaltungsgericht
PDS	-	Partei des Demokratischen Sozialismus
PM	-	Pressemitteilung
ROG	-	Raumordnungsgesetz
RohrIG	-	Gesetz über die Errichtung und den Betrieb einer Rohrleitungsanlage zwischen Dör- magen und Krefeld-Uerdingen
ROV	-	Raumordnungsverfahren
RP	-	Rheinische Post
RWTH	-	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule
SPD	-	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SZ	-	Sächsische Zeitung
TÖB	-	Träger öffentlicher Belange
TÜV	-	Technischer Überwachungsverein
UNESCO	-	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
VG	-	Verwaltungsgericht
Vsch-RL	-	Vogelschutz-Richtlinie
VwVfG	-	Verwaltungsverfahrensgesetz
WAsG	-	Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit e. V.
WAZ	-	Westdeutsche Allgemeine Zeitung
WOBA Dresden	-	Wohnbau Dresden GmbH







# 1. Zur Problematik von Raumnutzungskonflikten zwischen Diskurs und Planung

Unter Raumplanung wird trotz einiger Varianzen in den Definitionen oft ein systematisches Vorgehen zur Entscheidungsvorbereitung für zukünftige Raumentwicklungen verstanden. Neben der Klärung inhaltlicher Fragen der Raumentwicklung sollen mit der Planung unterschiedliche Nutzungsansprüche an den Raum in Einklang gebracht werden. Fachspezifische Nutzungsanforderungen und unterschiedliche Interessen seien zu koordinieren und abzuwägen, auch hinsichtlich ihrer räumlichen Konsequenzen. Doch damit ist nicht nur eine Reduzierung von Optionen der möglichen Raumnutzungen im Abwägungsprozess zu verstehen. Vielmehr können mithilfe der Planung alternative Handlungsmöglichkeiten entwickelt, vorgeschlagen und diskutiert werden. Als ein wesentliches Ziel wird in diesem Zusammenhang die frühzeitige Konflikterkennung und -bearbeitung ausgegeben. Fürst und Ritter (2005) nennen im Handwörterbuch der Raumordnung für die Planung hinsichtlich des Umgangs mit Raumnutzungskonflikten die Frühwarnfunktion, Orientierungsfunktion, Koordinationsfunktion und auch Moderationsfunktion. Letztere habe sie im Falle verhärteter Fronten auszuüben, wenn diese sich im Konflikt um die zukünftige Raumnutzung entladen. Insbesondere die Moderationsfunktion ist nur für den Einzelfall vorgesehen, da Konflikte bestenfalls durch die vorherigen Maßnahmen der Orientierung und Koordination aufzufangen seien. Zahlreiche Beispiele aus der Praxis zeichnen jedoch ein weniger klar strukturiertes Bild. Dort „stoßen sich [...] die Dinge so hart im Raum“ (Schultheis 2011: 1), dass sowohl in der Planungspraxis als auch der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Planung häufig die Frage gestellt wird, wie diese Konflikte entstehen und welche Mechanismen und Dynamiken sich in ihnen zeigen. Damit wird die Hoffnung verbunden, Konflikte zielgerichtet adressieren und bearbeiten zu können, um die unterschiedlichen Interessen und Anforderungen an den Raum entsprechend der eingangs genannten Aufgaben der Planung in Einklang zu bringen.

Den konkurrierenden Nutzungsansprüchen und deren Aufeinandertreffen im planungsbezogenen Raumnutzungskonflikt widmet sich auch diese Arbeit. Ihr Ziel ist es, ein besseres Verständnis zur Entstehung und Entwicklung von Raumnutzungskonflikten bereitzustellen. Auf der Basis aktueller Erkenntnisse in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften werden Deutungsangebote unterbreitet, die helfen zu verstehen, wie Raumnutzungskonflikte im Planungsprozess entstehen, wodurch sie sich auszeichnen und wie sie verlaufen. Hierbei wird eine theoretische Position bezogen, die universellen Verfahrensnormen grundsätzlich skeptisch gegenübersteht. Kardinallösungen zur konfliktfreien Planung und Entwicklung zukünftiger Raumnutzungen, seien sie formeller oder informeller Art, werden als nicht realisierbar erachtet. Planung ist weniger ein technischer als vielmehr ein politischer Prozess (Scharpf 1973), der unter den aktuellen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zunehmend von Verwerfungen und Konflikten geprägt ist. Ein Verständnis dieser Konflikte ist also kaum auf der instrumentellen Ebene allein zu erlangen. Aus diesem Grund wird der Blick hier auf die sozialen und gesellschaftlichen Dynamiken und deren Auswirkungen auf die Raumnutzungsansprüche sowie die daraus resultierenden Konflikte gerichtet. Damit werden auch die Fragen nach der Definition und Bedeutung von Planung im Verlauf von Raumnutzungskonflikten neu gestellt. Wer in den Antworten auf einen

Hinweis zur künftigen Vermeidung oder beispielhaften Lösung von Raumnutzungskonflikten sucht, wird sicher enttäuscht werden. Wer hingegen unter dem Eindruck der hier gestellten Fragen und noch mehr der darauf gegebenen Antworten eine neue Perspektive auf aktuelle planungstheoretische Debatten erkennt, der kann in den Worten Selles (2006: 12) „Planung neu denken“. Bestehendes Wissen zur Planung wird damit erweitert, manche Ansichten transformiert und schließlich das Feld für zukünftige Fragen bestellt.

### **Individualisierung und Fragmentierung als Substrat planungsbezogener Raumnutzungskonflikte**

Aussagen zu veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf die Politik und Planung sind inzwischen in unüberschaubarer Vielzahl getroffen worden. Ausgehend vom Ende der sog. ‚großen Erzählungen‘ (Lyotard 1986) in Form gesellschaftsnormierender Ideologien von zuerst Nationalismus und später Kapitalismus oder Kommunismus sowie umfassender und in sich geschlossener Utopien in der Moderne, werden spätestens seit den 1980er Jahren in vielen planungswissenschaftlichen Debatten Veränderungen in Form von gesellschaftlicher Ausdifferenzierung und Fragmentierung konstatiert:

*„We have less shared identity with our fellow citizens and less stable local communities than we once did. We cannot conduct business as usual, nor can we count on shared values or objectives.“ (Innes und Booher 2003: 35)*

Die darum entstandenen Debatten lassen sich zwei größeren Diskussionsfeldern zuordnen. Zum einen betrachten viele Beiträge die Entwicklungen hinsichtlich des direkten und indirekten Einflusses auf die Organisation räumlicher Planung. Seit den 1990er Jahren finden sich in der planungswissenschaftlichen Literatur Formulierungen, Arbeitstitel und Aussagen wie „Deregulierung“ (Albers 1993: 101), „Neuorientierung in der Planungstheorie?“ (Stierand 1993), „Paradigmenwandel in der räumlichen Planung“ (Lüb und Wiechmann 2001), „Entstaatlichung‘, ‚Liberalisierung‘ und ‚Deregulierung“ (Selle 2006: 11), „Wandel in der Raumplanung“ (Schultheis 2011: 5) oder „the role and position of planning in politics is changing.“ (van den Berg 2005: 143) Die Fluchtpunkte dieses Diskussionsfeldes sind einerseits in den aktuellen Herausforderungen zu erkennen, denen sich Planung zu stellen hat, andererseits darin, wie diese Anforderungen und Rahmenbedingungen auch Planung selbst verändern. Unter dem Eindruck der zunehmenden (ökonomischen) Globalisierung bei gleichzeitiger Regionalisierung von Handlungsräumen sind eine gesteigerte Mobilität, Konzentrationstendenzen von Handels- und Wirtschaftsunternehmen sowie lokale und regionale Konkurrenzen im ausgerufenen nationalen und internationalen Standortwettbewerb zu beobachten. Für viele europäische Länder kommt eine Verschärfung der demographischen Entwicklung hinzu, die sich in einer allgemeinen Bevölkerungsschrumpfung, Alterung und höchst divergenten Entwicklung lokaler und regionaler Bevölkerungszahlen zeigt. Gleichzeitig stehen staatliche Steuerungsansprüche zur Diskussion, die häufig zugunsten einer allgemeinen Deregulierung und Liberalisierung zurückgestellt werden. Darauf basierend finden sich Planungssysteme in ihrer traditionellen Institutionalisierung unter einem Anpassungsdruck hinsichtlich der inhaltlichen Schwerpunkte (Schultheis 2011), der räumlichen Bezugsebenen (Wiechmann 1998) sowie des Steuerungsverständnisses (Fürst 2005). Hierbei ergeben sich ebenfalls neue Akteurskonstellationen, „der Kreis von in den Prozess integrierten Nutzungsberechtigten und



Betroffenen ist größer geworden, ihr Wechselverhältnis hat sich geändert“ (Stierand 1993: 143) und „Analysen (z.B. Reuter: Stuttgart 21; Flyvbjerg: Aalborg) zeigen, dass nicht mehr Planer allein die ‚Verfasser‘ von Plänen sind, sondern dass sie sich in einer Konstellation von vielen Akteuren befinden.“ (Reuter 2004: 70) Erschwerend kommt hinzu, dass sich nicht nur die Zahl der an Planungsprozessen beteiligten Akteure<sup>1</sup> erhöht hat, sondern die Akteure selbst auch immer weniger klar identifizierbar sind. Identitäten und spezifische Interessenlagen scheinen oft quer zu bekannten Mustern klassischer Stakeholder-Analysen zu liegen. Daraus ergeben sich mitunter Koalitionen und Positionen, die schwer vorhersehbar und damit kaum noch entlang der klassischen Funktionen der Raumplanung zu antizipieren und adressieren sind:

*„We argue that the current context shaping cities today gives rise to flexibility in citizenship and that this flexibility emerges as a key component by which resident and non-resident stakeholders position themselves to make claims to participate in [community building initiatives].“ (Lepofsky und Fraser 2003: 127)*

Diese Aussage betont die Flexibilität bürgerlicher Interessenlagen, welche sich verändern und anpassen können. Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass die Autoren anschließend zu zeigen versuchen, wie diese Fragmentierung sich aktiv einbringender Bürger eher Hindernisse als Chancen für einen inklusiven Planungsprozess berge. Flexiblere Akteure, die sich aufgrund eben dieser Flexibilität den Status von ‚Bürgern‘ überhaupt erst performativ anzueignen in der Lage sind, erhielten einen leichteren Zugang zu Planungsprozessen. Sie verdrängten daraufhin aber durch ihre Präsenz weniger flexible Personen und Gruppen oder erschwerten ihnen den Zugang. Durch solche Marginalisierungen entstehen Ungleichheiten in der gesellschaftlichen Verhandlung der Raumnutzung, und die (bürger-schaftlichen) Wortführer sprechen als beteiligte Akteure lediglich scheinbar für die Gesamtheit der Bewohner in formalisierten Verfahren der Raum- und Stadtplanung. Anhand dieses Beispiels werden noch einmal die zunehmend komplexen gesellschaftlichen Kontexte für die Raumplanung deutlich. Sie ist vor dem Hintergrund steigender Unsicherheit und Fragmentierung kaum noch in der Lage, Entscheidungen über künftige Raumentwicklungen systematisch, geschlossen und vor allem konfliktfrei vorzubereiten (vgl. Pløger 2004).

Damit wird das zweite Diskussionsfeld eröffnet, in dem die zunehmend differenzierten Positionen, Interessenlagen und Raumnutzungsansprüche von Akteuren sowie deren Beziehungsgeflechte hinsichtlich des konflikthaften Aufeinandertreffens in der Planung thematisiert wird. Die erkenntnis-philosophische Grundlage dieser Diskussion suchen die Planungswissenschaften zunehmend in der postmodernen Ablehnung absoluter Wahrheiten und rational begründbaren, objektiven Wissens als transzendenten Bezugspunkt der ‚idealen‘ Raumnutzung (Allmendinger 2001, 2009). Verschwimmen die Kategorien fester Weltbilder, wie sie die zuvor genannten Ideologien und Erzählungen der Moderne bereithielten, werden Entscheidungen kontingent. Sie könnten auf der Grundlage einer alternativen Rationalität stets auch ganz anders getroffen werden. An dieser Stelle zeigt sich die besondere Problematik hinsichtlich eines systematischen Vorgehens zur Entscheidungsvorbereitung:

---

<sup>1</sup> Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden auf eine getrennte Nennung der Geschlechter wie beispielsweise ‚Akteurinnen und Akteure‘ verzichtet. Sowohl maskuline als auch feminine Bezeichnungen beziehen sich stets auf Personen beiderlei Geschlechts.

*„Und wer Ordnung schaffen will, stößt notgedrungen auf Konflikte, die jetzt nicht mehr durch transzendente Prinzipien immer schon geregelt sind. Der Konfliktbegriff taucht im Ideenpool der Gesellschaft exakt dort auf, wo die Gesellschaft nicht immer auf eine solche religiöse oder natürliche Ordnung vor der Gesellschaft zurückgreifen kann.“ (Bonacker 2008: 19)*

Ein wesentlicher Bereich der Fachdiskussion um einen Wandel im Planungsverständnis beschäftigt sich mit möglichen Reaktionen seitens der Raumplanung auf diese Konflikte, denn „[p]lanning is inescapably about conflict: exploring conflicts in planning, and learning to work effectively with conflict can be the basis for a strong planning paradigm.“ (Flyvbjerg und Richardson 2002: 24) Begrifflichkeiten wie kommunikative, kooperative oder auch diskursive Verfahren der Planung werden dabei des Öfteren expliziert und kontrovers diskutiert. Der Diskursbegriff findet sich in den deutschsprachigen Planungsdebatten beispielsweise bei Renn et al. (1998) oder Meyer-Oldenburg (2003). Die Termini Diskurs und diskursive Planung folgen hier einem weitgehend instrumentellen Verständnis zur dialogorientierten Konsensfindung. Auch Reuter (2000) verwendet den Begriff und setzt ihn dabei ins Verhältnis zu Fragen der Macht in Planungsprozessen. Er verortet den Diskurs ebenso wie Wiechmann (1998) in der Nähe einer tendenziell normativ konnotierten Verständigungsvorschrift. Die angloamerikanische Planungsforschung sucht hier seit geraumer Zeit den Anschluss an die Politikwissenschaften mit ihren aktuellen Diskussionen einer kritischen Politikfeldanalyse (Policy-Analyse). Sie bemüht dabei ebenfalls wiederholt den Diskursbegriff (Fischer 2003a, 2012). Auch hier wird er zwar häufig im Zusammenhang mit argumentativen Aushandlungsverfahren als diskursive Politik in der Deliberation aufgerufen. Jedoch wird ein dezidiert antiessentialistisches Verständnis von Diskursen deutlich, wenn beispielsweise Fischer und Gottweis (2012b: 11) feststellen, dass Diskurse „provide the materials from which argumentation, including deliberative argumentation, can be constructed. Within a discourse there will be conflicting, unresolved elements that emerge from the historical struggles that have shaped the discourse.“

Neben die Konflikthaftigkeit unterschiedlicher raumbezogener Interessen und Raumnutzungsansprüche in zunehmend fragmentierten Gesellschaften treten in einer integrativen Betrachtung der beiden dargelegten Diskussionsfelder ebenso Fragen zum Verhältnis räumlicher Eigentums- zu den Gebrauchsrechten. Die Grenzen zwischen öffentlichen (städtische Parks und Plätze) und privaten Räumen (Freizeitparks, Einkaufszentren, Bahnhöfe) verschwimmen zunehmend, wenn Seen und Wälder privatisiert werden und die Freizeitaktivitäten sich in privatwirtschaftlich organisierte Anlagen mit deren jeweiligen Nutzungs-, Verfügungs- und Ausschlussrechten verlagern. Und auch die raumwirksamen Besitzansprüche im Sozialen differenzieren sich beispielsweise bei der Nutzung von Verkehrsinfrastrukturen (öffentlicher Verkehr, Car Sharing, Mitfahrzentralen und individuelle Taxi-Angebote) oder neuen Wohnformen jenseits der traditionellen Familienstrukturen und in immer weniger linearen Lebensläufen. Vor diesem Hintergrund werden etwa Rufe nach einem Recht auf Stadt<sup>2</sup> und ähnliche Forderungen hinsichtlich der Raumentwicklung laut, welche sich im Kräftefeld zwischen den ökonomischen, sozialen und ökologischen Interessen und Anforderungen immer wieder neu verorten. Planung als systematische Entscheidungsvorbereitung scheint vor diesem Hintergrund kaum noch möglich zu sein.

---

<sup>2</sup> Vgl. [www.rechtaufstadt.net/netzwerk](http://www.rechtaufstadt.net/netzwerk).

Andererseits sind diese Offenheit und Pluralität letztlich ausgewiesene Horizonte der Postmoderne, mithin nicht Hindernis als vielmehr Chance zur Neuorientierung auch in der Planung. Die Herausforderung liegt darin, die Pluralität nicht erneut in ‚große (planerische) Erzählungen‘ einhegen zu wollen, sondern sie zu fördern, und auch stets herauszufordern. Damit wird eine Theoriebildung unter postmodernen Vorzeichen angedeutet, die sich weniger an Disziplingrenzen orientiert, als an kulturwissenschaftlichen Zugängen in der Breite der Wissenschaftslandschaft. Eindrucksvoll zeigt sich das am vielfach proklamierten ‚cultural turn‘ (Bachmann-Medick 2007). Doch auch einzelne wissenschaftliche Disziplinen wenden sich einander vermehrt zu. So ist oft die Rede vom ‚linguistic turn‘ (Rorty 1992), dem ‚argumentative turn‘ (Fischer und Forester 1993a), dem ‚communicative turn‘ (Healey 1992) und nicht zuletzt dem ‚spatial turn‘ (Döring und Thielmann 2008), die das Substrat für die vorliegende Untersuchung planungsbezogener Raumnutzungskonflikte bilden.

### Forschungsfrage und Ziele

In der Humangeographie wird seit einiger Zeit Fragen zur Entstehung raumbezogener gesellschaftlicher Bedeutungen und spezifischer Wahrheiten nachgegangen, die sich von den essentialistischen Vorstellungen einer dem Sozialen vorgängigen Realität distanzieren (Glasze und Mattissek 2009a). Wenn transzendente Prinzipien der sozialen Ordnung in Frage gestellt werden, sind Akteure und deren Interessen nicht mehr über rein rationale Argumentationen adressierbar (vgl. Bonacker 2008). Die Planung mit den ihr zugeordneten Funktionen der frühzeitigen Erkennung, Vermeidung und Bearbeitung von Konflikten findet sich in einer problematischen Situation wieder, wenn die Bedeutungskonstitution auf den Raum ausgeweitet wird. Nicht nur wird Grenzen, Lagebeziehungen und Territorien als ontologischen Kategorien einer ‚natürlichen‘ Umwelt eine Absage erteilt, auch raumbezogene Identitäten sind nicht mehr auf natürliche soziale Ordnungen oder der Gesellschaft vorgängige, kulturanthropologische Prinzipien zurückzuführen:

*„Räume können damit nicht einfach Ausdruck des Sozialen sein, sondern die Herstellung von Räumen ist immer wieder konstitutives Element der permanenten (Re-)Produktion des Sozialen. Mit dieser Kritik an stabilen gesellschaftlichen Makrostrukturen und der Vorstellung autonomer Akteure geraten insbesondere die Aushandlungsprozesse um bestimmte Deutungsweisen und Identitäten sowie die Konflikte, die sich aus diesen ergeben, in den Fokus der Analysen.“ (Glasze und Mattissek 2014: 210)*

Mit der Thematisierung von Konflikten in raumbezogenen Aushandlungsprozessen rücken die Ansätze der neueren kulturwissenschaftlichen Raumforschung in das planungstheoretische Blickfeld. Wenn keine natürliche Ordnung die Bedeutungen von Raum und Gesellschaft konstituiert, was ist es dann? Wie wirken die alternativen Konstitutionsbedingungen in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen im Allgemeinen, und in Planungsprozessen im Besonderen? Und in welcher Beziehung stehen diese Konstitutionsbedingungen zur Konflikthaftigkeit von Raumnutzungsansprüchen? Die Antwort darauf sucht die Humangeographie im Diskurs, welcher generell einen „durch Äußerungen produzierten sozialen Sinn- oder Kommunikationszusammenhang“ (Wrana et al. 2014: 75) bezeichnet. Jenseits einer rein sprachlichen Signifikation oder eines Dialogs wird im Diskurs die Konstitution von Bedeutungen als kommunikativer Gebrauch von Symboliken und Texten in Kontexten organisiert. Kontingente und konkurrierende Interpretationsmuster in der Kommunikation führen mitunter zu variieren-

den Bedeutungsgebungen und Sinnproduktionen, die nicht auf eine Letztbegründung im Ontologischen zurückzuführen sind. Bedeutungen werden „permanent entlang von Unstimmigkeiten, Brüchen und Konfliktlinien herausgefordert und neu bestimmt.“ (Glasze und Mattisek 2009c: 12) Darin deutet sich ein Beschreibungs- und Erklärungspotential für planungsbezogene Raumnutzungskonflikte an, wenn diese in postmoderner Lesart als unvermeidlich betrachtet werden (Flyvbjerg und Richardson 2002). In den im vorherigen Abschnitt angeführten Ansätzen diskursiver Planung ist bereits ein erster, wenn auch weitgehend rudimentärer Anschluss an die hier angedeutete Diskursforschung erkennbar. Doch liegt in einer dezidiert diskurstheoretischen Annäherung an Raumnutzungskonflikte ein planungstheoretisches Potential, wenn es „um die Entwicklung einer strategischen Politik [geht], die durch diskurs-immanente, subversive Wiederholungen lokale Möglichkeiten des Widersprechens, des Variierens und der Intervention schafft.“ (Strüver und Wucherpfennig 2009: 115)

Vor diesem Hintergrund schält sich die forschungsleitende Fragestellung heraus, wie Diskurse im Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte wirken. Daran schließen sich Fragen an nach erstens der Definition und den Charakteristika des hier verwendeten Diskursbegriffes, zweitens dessen Zusammenhang mit der begrifflichen Fassung und Entstehung von Raumnutzungskonflikten sowie drittens den Möglichkeiten einer diskursiv verstandenen Planung jenseits eines rationalistisch fundierten Dialogprozesses zur Konsensfindung. Die Antworten darauf allein in den aktuellen planungstheoretischen Debatten zu suchen, griffe hier wie angedeutet zu kurz. Denn zum einen beziehen sich diese selbst vielfach auf die benachbarten Gesellschafts-, Sozial- und Politikwissenschaften und erhalten häufig Impulse durch die anwendungsorientierte Transformation der dort diskutierten Theorien. Zum Zweiten liefe eine auf die planungstheoretischen Auseinandersetzungen beschränkte Sicht Gefahr, deren bisherige Erkenntnisse lediglich zu reproduzieren. Im Licht der hier aufgeworfenen Forschungsfragen ist die weitere Untersuchung also an einer theoretischen Triangulation von Diskurstheorie, Konflikttheorie und Planungstheorie interessiert. Damit werden Diskussionen aus den Raum- und Planungswissenschaften, den Politikwissenschaften, den Sprach- und Literaturwissenschaften, den Sozialwissenschaften, der Soziologie sowie der Philosophie aufgegriffen und zueinander in Beziehung gesetzt. Hierbei liegt „[d]er grundlegend neue Blickwinkel auf der strukturellen Ebene [raumbezogener Konflikte] darin, den Fokus auf die gesellschaftlichen Dysfunktionalitäten zu legen.“ (Wolkersdorfer 2001: 166)

Das Ziel der Arbeit ist es, ein diskurstheoretisch informiertes Verständnis zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte unter Berücksichtigung eines analytischen Konzeptes diskursiver Planung zu gewinnen. Dabei wird zunächst auf der theoretischen Ebene die Entstehung von Raumnutzungskonflikten und deren Bearbeitung im Zuge einer diskursiven Planung beschreibend und erklärend in den Blick genommen. Mit Hilfe der Operationalisierung in einem Prozessmodell lassen sich spezifische Konfliktsituationen daraufhin analytisch als Durchgangsstationen allgemeiner sozialer Prozesse einordnen. Die Gegenwart ist immer auch Element von Prozessen und bietet als Ausgangspunkt der Analyse die Möglichkeit, selbige zu verstehen und zu erklären. An die Frage nach der Wirkung von Diskursen schließt sich die Frage der Kausalität an, sofern eine Pfadabhängigkeit bei der Modellierung sozialer Prozesse angenommen wird. Sie wird in den Worten Kavens (2015: 243) „nicht in Richtung verursachender Faktoren beantwortet, sondern eher durch das Nachzeichnen des Ansto-

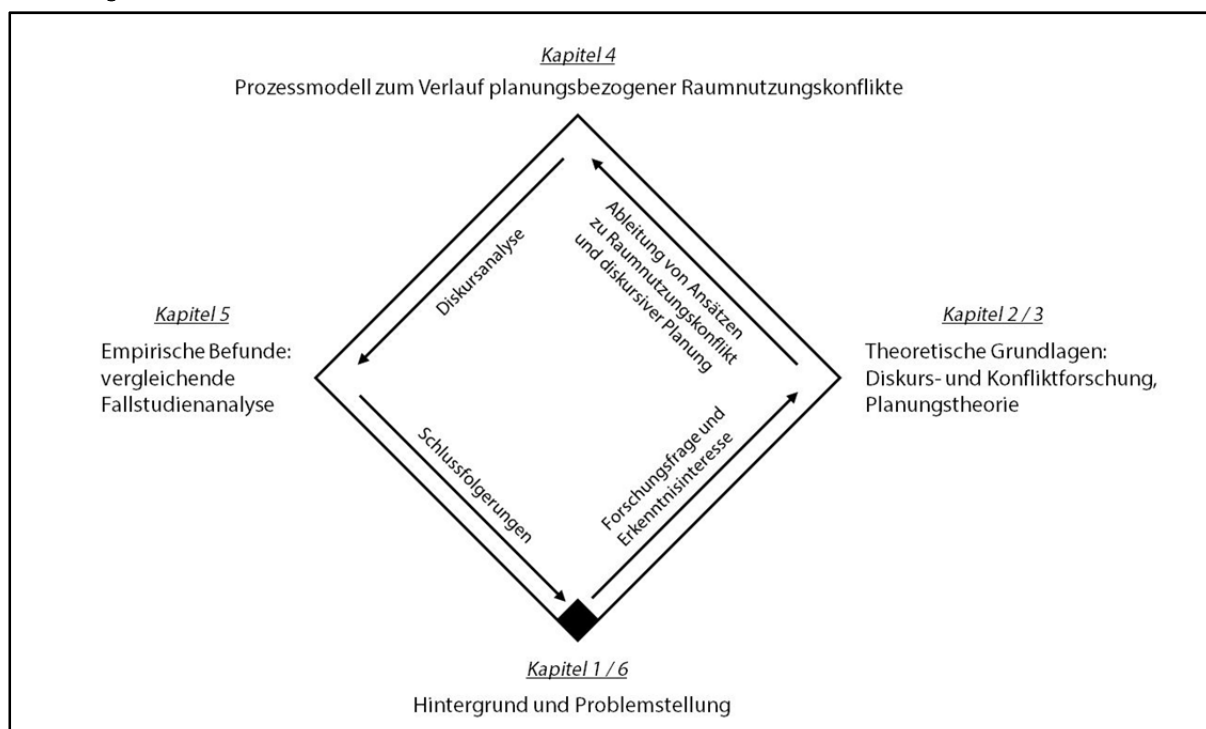
ßes von Prozessen [...] oder der Änderung ihrer Richtung und ihres Verlaufes“, und zwar in einer Prozesskausalität (van de Ven 2007) auf der diskursiven Ebene.

Ausgehend von der geschilderten Problematik häufig aufbrechender Konflikte aufgrund unterschiedlicher Raumnutzungsansprüche und der anhaltenden planungstheoretischen Auseinandersetzungen um deren Beschreibung, Erklärung und Bearbeitung ist die vorliegende Arbeit als ein Diskussionsangebot zu lesen, welches sich erkenntnistheoretisch jenseits der Moderne positioniert. Gleichwohl ist sie als Synthese angelegt, die aber keineswegs zwangsläufig einen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen theoretischen Positionen sucht. Vielmehr stellt sie eine Brücke dar, deren Fundamente in eben jenen Positionen zu suchen sind, ohne sie als aufzulösende Thesen und Antithesen zu begreifen. Dabei werden die erkenntnisleitenden Diskussionen mit Hilfe diskurs- und konflikttheoretischer Vorüberlegungen weitgehend von der Planungstheorie abstrahiert. Entsprechend lassen sich die Ergebnisse primär an die theoretische Diskussion rückbinden. Jedoch werden letztlich auch planungspolitische Anknüpfungspunkte erkennbar, die mit den reflektierenden Antworten auf die Forschungsfragen einhergehen.

### Aufbau der Arbeit

Der Aufbau der Untersuchung orientiert sich am ‚Wissenschafts-Diamanten‘ von van de Ven (2007). Sie geht von der Problemstellung einer zunehmenden Konflikthaftigkeit von Planungsprozessen bei scheinbar steigender gesellschaftlicher Komplexität aus und folgt dem daraus resultierenden Erkenntnisinteresse über die theoretischen Grundlagen, die Entwicklung eines Prozessmodells zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte und die vergleichende Fallstudienanalyse zurück zur Beantwortung der zu Beginn aufgeworfenen Forschungsfrage (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Erkenntnisleitende Struktur der Arbeit



Quelle: eigener Entwurf nach van de Ven (2007)

Im zweiten Kapitel wird zunächst das breite Feld der diskurstheoretischen Debatten in den Gesellschafts- und Sozialwissenschaften abgesteckt um darauf basierend die wesentlichen theoretischen Grundlagen einer poststrukturalistisch informierten Diskurstheorie auszubreiten und in die zentralen Begrifflichkeiten der Arbeit zu überführen. In einem Überblick zu den disziplinübergreifend wahrgenommenen Theorien sozialer Konflikte werden anschließend Hinweise zur Annäherung an ein eigenes Konzept zum Konflikt in diskurstheoretischer Perspektive extrahiert. Zu ergänzen ist schließlich noch der Raumbezug unter dem Eindruck der poststrukturalistischen Diskurstheorie. Damit ist es möglich, in einem ersten Zwischenfazit Aussagen zur diskursiven Konstituierung von Bedeutungen und räumlichen Identitäten im Konflikt um spezifische Raumausschnitte als antagonistische Ortskonstruktionen zu treffen.

Das dritte Kapitel wechselt den Blick in Richtung der Konfliktbearbeitung und dekliniert eine Reihe bisher dazu entwickelter planungstheoretischer Konzepte anhand von Fragen nach der Rolle von Diskurs, Macht und Konflikt in der Planung. Nach einer kurzen Einführung zu den anfänglich weitgehend ganzheitlich und rationalistisch begründeten Planungstheorien wird die kommunikative Wende in Politik und Planung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mitsamt der darum entbrannten Debatten und Kritiken dargelegt. Im Zuge dieses Paradigmenwechsels wurde mehrfach der philosophische Pragmatismus planungstheoretisch aufgerufen, wobei häufig die grundsätzliche Konflikthaftigkeit von Planung und die sich darin zeigenden Machtverhältnisse thematisiert wurden. Sie werden im Rahmen dieser Arbeit ebenso diskutiert wie die Anschlüsse an die kritische Policy-Forschung und die narrativen Ansätze der Planungstheorie. Ungeachtet der sich abzeichnenden erkenntnistheoretischen Differenzen zwischen der Postmoderne und der Planung werden abschließend die Versuche einer poststrukturalistischen Fassung der Planungstheorie dargestellt und in einer analytischen Kategorie diskursiver Planung im zweiten Zwischenfazit weiterentwickelt.

Mit den vorab theoretisch entworfenen Elementen der diskursiven Bedeutungskonstitution, des sozialen Raumnutzungskonfliktes und der diskursiven Planung wird im vierten Kapitel ein Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte im Diskurs entwickelt. Die Grundlage dafür bildet die Einsicht, dass Konflikte in der Planung weder vermeidbar noch notwendigerweise lösbar sind. Unter Rückbezug auf bereits entwickelte Modelle aus der Diskurs-, Konflikt- und Planungsforschung stellt das Modell eine Operationalisierung der theoretischen Erkenntnisse bereit, mit deren Hilfe der Verlauf von planungsbezogenen Raumnutzungskonflikten in der empirischen Analyse eingeordnet werden kann.

Im fünften Kapitel wird das Prozessmodell als Analyserahmen in einer vergleichenden Fallstudienanalyse angewendet. Anhand der Konflikte um die Errichtung der Waldschlösschenbrücke<sup>3</sup> als zusätzlicher Elbquerung in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden und den Bau und Betrieb einer Kohlenmonoxid-Pipeline von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen durch die Bayer MaterialScience AG werden die dominanten Diskurse und deren Entwicklungen im Zusammenhang mit dem jeweiligen Konfliktverlauf nachgezeichnet und im Licht der vorab entworfenen theoretischen Ansätze eingeord-

---

<sup>3</sup> Mit der Rechtschreibreform von 1996 wurde die Bezeichnung der Waldschlösschenbrücke auf die Heysesche Form des doppelten ‚s‘ umgestellt. Gleichwohl findet sich oft auch danach noch die Bezeichnung ‚Waldschlößchenbrücke‘ nach der amtlichen Rechtschreibung bis 1996 in Dokumenten und Veröffentlichungen. Im Verlauf der weiteren Arbeit wird bis auf wörtliche Zitate die nach neuer Rechtschreibung anerkannte Schreibweise verwendet.

net. In beiden Fällen handelt es sich um Infrastrukturvorhaben, die sich hinsichtlich der spezifischen Problemlagen, Akteurskonstellationen, Konfliktverläufe und Reichweiten grundlegend unterscheiden. Auf der diskursiven Ebene sind jedoch Mechanismen der Konfliktenstehung und -austragung zu erkennen, die in einem abschließenden Vergleich gegenübergestellt und hinsichtlich der Erkenntnisse für die theoretischen Grundlagen und Ansätze der Arbeit einerseits und die empirische Anwendung des Prozessmodells in einem diskursanalytischen Vorgehen andererseits zusammengefasst werden.

Im abschließenden sechsten Kapitel werden auf der Basis einer Zusammenfassung der Arbeit und der Beantwortung der forschungsleitenden Fragestellung Schlussfolgerungen hinsichtlich des Hintergrundes und der Problemstellung der Arbeit gezogen. Ausgehend von den zentralen Prämissen einer poststrukturalistischen Betrachtung planungsbezogener Raumnutzungskonflikte werden dazu drei Vorschläge für die planungspolitische Weiterentwicklung der Untersuchungsergebnisse unterbreitet: Neben einem generellen Diskursmonitoring gehören dazu die Aktivierung von Diskursdynamiken sowie die Adressierung multipler Rationalitäten im Zuge von Planungsprozessen. In einem kurzen Ausblick wird darüber hinaus auf den weiteren Forschungsbedarf verwiesen, der sich im Wesentlichen in einer planungstheoretischen Perspektiventriangulation, den diskurstheoretischen Desiderata sowie einigen zu beachtenden forschungsmethodologischen Anknüpfungspunkten für eine weitere Diskussion der hier aufgeworfenen Thematik zeigt.

## 2. Die Entstehung von Raumnutzungskonflikten im Diskurs

*„Der Diskurs ist tot. Seit den Foucault-Übersetzungen aus dem Hause Suhrkamp gab es eine Hausse in Sachen Diskurs. Zuerst wurden Doktorarbeiten mit dem Wort verstopft, dann Magister- und in den letzten Jahren schon die Seminararbeiten. Der Diskurs schwappte in Kneipengespräche über. Es gab kein Entrinnen. Jetzt ist er tot. Suhrkamp hat seine Beerdigung in einer Großanzeige verkündet. Roland Barthes' ‚Fragments d'un discours amoureux‘ liegt auf deutsch vor. Der Titel: ‚Fragmente einer Sprache der Liebe‘. Na also.“ (Link 1986: 5)*

Mit dem Diskurs wird in der Wissenschaft und im Mediengebrauch auf einen facettenreichen Begriff zurückgegriffen, der insbesondere in den deutschsprachigen Debatten der Sprach-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften in den letzten Jahren eine zunehmende Aufmerksamkeit erfahren hat. Eine einfache Suche nach dem Wort ‚discourse‘ auf der englischsprachigen Webseite der Suchmaschine Google zeigt derzeit ca. 51 Millionen Einträge in der Ergebnisliste. Die gleiche Suche mit dem Begriff ‚Diskurs‘ beim deutschen Ableger der Suchmaschine liefert immerhin noch etwas über 8 Millionen Ergebnisse,<sup>4</sup> die von Einträgen in Lexika und Wortdefinitionen angeführt werden. Doch auch wissenschaftliche Disziplinen wie die Philosophie und die Soziologie, die den Diskursbegriff häufig aufgreifen und sich mit ihm inzwischen regelmäßig auseinandersetzen sind in der Ergebnisliste prominent platziert. Darüber hinaus weist eine einfache Suche in den Datenbanken des Web of Science<sup>5</sup> über 107.000 Einträge wissenschaftlicher Wortmeldungen zum Thema ‚discourse‘ seit 1945 aus, davon sind allein ca. 88.000 seit dem Jahr 2000 erschienen.

Neben der reinen Häufigkeit des Begriffes wird seit den 1970er Jahren auch die zunehmende qualitative Ausdifferenzierung seiner spezifischen Bedeutung und Verwendung erkennbar (vgl. Angermüller et al. 2014; Keller 2007; Keller et al. 2006; Mills 2007; Schalk 1997; van Dijk 2011; Wrana et al. 2014). Gleichwohl stellt Mills (2007: 1) fest, er sei in der Literatur- und Kulturtheorie wahrscheinlich „derjenige, der am wenigsten definiert ist.“ Seine etymologischen Wurzeln liegen laut Wrana et al. (2014) im lateinischen *discursus*, was mit Auseinander- bzw. Umherlaufen übersetzt werden kann und auf eine wechselseitige Diskussion oder einen erörternden Vortrag abstellt. Wrana et al. (2014: 75) spezifizieren im Wörterbuch der interdisziplinären Diskursforschung, dass der Begriff „einen durch Äußerungen produzierten sozialen Sinn- oder Kommunikationszusammenhang [bezeichnet].“ Die deutschsprachigen Debatten um den Diskursbegriff entwickelten sich darauf basierend im Wesentlichen entlang zweier oft getrennt betrachteter Diskussionslinien, die gleichwohl geeint sind im Versuch, auf die seit den 1960er Jahren vielfach diagnostizierten Krisenerscheinungen der Moderne in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu reagieren. Zunächst wurde der Begriff im Umfeld der Frankfurter Schule prominent durch Habermas (1973, 1995a, b, 2009) besetzt, der aus seiner Theorie des kommunikativen Handelns die Diskursethik als ein politisch-normatives Programm zur demokratischen Willensbildung formulierte:

<sup>4</sup> Zugriff über die URLs <https://www.google.com> bzw. <https://www.google.de> am 20.10.2015.

<sup>5</sup> Zugriff über die URL <https://www.webofknowledge.com> am 20.10.2015; Suchstring ‚discourse‘ im Datenbankfeld ‚topic‘.



*„Der Diskurs läßt sich als diejenige erfahrungsfreie und handlungsentlastende Form der Kommunikation verstehen, deren Struktur sicherstellt, daß ausschließlich virtualisierte Geltungsansprüche von Behauptungen bzw. Empfehlungen oder Warnungen Gegenstand der Diskussion sind; daß Teilnehmer, Themen und Beiträge nicht [...] beschränkt werden; daß kein Zwang außer dem des besseren Arguments ausgeübt wird: daß infolgedessen alle Motive außer dem der kooperativen Wahrheitssuche ausgeschlossen sind. Wenn unter diesen Bedingungen über die Empfehlung, eine Norm anzunehmen, argumentativ, d. h. aufgrund von hypothetisch vorgeschlagenen alternativenreichen Rechtfertigungen, ein Konsensus zustande kommt, dann drückt dieser Konsensus einen ‚vernünftigen Willen‘ aus.“ (Habermas 1973: 148)*

An dieser Stelle wird ein Anschluss an die epistemologische Perspektive des kritischen Rationalismus nach Popper (1994) erkennbar, von der sich poststrukturalistische Ansätze der Diskursforschung weitgehend distanzieren. Deren Fluchtpunkt bilden die zahlreichen Arbeiten des französischen Geschichtsphilosophen Foucault. Dieser geht vom grundsätzlichen Konstruktionscharakter jeglicher sozialer Wirklichkeit aus, wobei erst im Diskurs – von ihm als „eine Menge von Aussagen, die einem gleichen Formationssystem zugehören“ (Foucault 1981: 156) betrachtet – die sinngebenden Regeln der Bedeutungskonstitution angelegt sind und somit Objekte und deren Bedeutung der Gesellschaft nicht vorgängig sind:

*„[D]er Gegenstand wartet nicht in der Vorhölle auf die Ordnung, die ihn befreien und ihm gestatten wird, in einer sichtbaren und beredten Objektivität Gestalt anzunehmen; er ist sich selbst nicht prä-existent, von einem Hindernis zurückgehalten an den ersten Ufern des Lichts. Er existiert unter den positiven Bedingungen eines komplexen Bündels von Beziehungen.“ (Foucault 1981: 68)*

Anfänglich insbesondere in den Sprach- und Literaturwissenschaften rezipiert, erlangte die Diskurstheorie Foucaultscher Prägung seit den 1970er Jahren eine zunehmende Bedeutung in den Kultur- und Gesellschaftswissenschaften. Die hingegen zunächst in den Politik- und Planungswissenschaften dominant rezipierte Diskursethik nach Habermas (vgl. Dryzek 1990; Fischer und Forester 1993a; Forester 1980; Healey 1992) wurde später häufig aus einer stärker postmodernen Perspektive kritisiert und entsprechend ergänzt (vgl. Flyvbjerg 1998, 2004; Huxley 2000; Huxley und Yiftachel 2000; Mäntysalo 2002; Tewdwr-Jones und Allmendinger 1998). Heute findet sich eine Vielzahl von mehr oder weniger synthetischen Ansätzen, in denen allerdings wie eingangs festgestellt der Diskursbegriff sehr vielfältige Verwendung findet und dabei oft nicht klar umrissen wird (vgl. de Roo 2010; Gunder und Hillier 2009; Hajer und Laws 2006; Hillier 2011). Da er ein zentraler Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit ist, scheint aus diesem Grund zunächst ein zusammenfassender Überblick zu einigen nennenswerten disziplingeschichtlichen Entwicklungen des Begriffes und seiner Verwendung in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften angezeigt (2.1). Anschließend werden die diese Untersuchung anleitenden diskurstheoretischen Grundlagen dargelegt und mit den für die weitere Betrachtung relevanten Begriffsbestimmungen der entsprechende erkenntnistheoretische Rahmen für die weitere Arbeit aufgespannt (2.2). Darauf basierend wird die Vereinbarkeit der Diskurstheorie mit der sozialwissenschaftlichen Konfliktforschung (2.3) sowie den Raumwissenschaften (2.4) geprüft und diskutiert. Fokussiert werden an dieser Stelle Hinweise, die eine Beschreibung und Erklärung von Raumnutzungskonflikten aus einer diskurstheoretisch informierten Perspektive ermöglichen und stüt-

zen. Die daraus resultierenden Ausführungen zur Entstehung von Raumnutzungskonflikten im Diskurs bilden ein erstes, dieses Kapitel abschließendes Zwischenfazit (2.5).

## 2.1 Die vielen Stimmen zum Diskursbegriff

Bei einem Blick in aktuelle Kompendien zur Diskursforschung wird schnell eine thematische Konzentration des Diskursbegriffes entlang der historisch-kulturwissenschaftlichen, der linguistischen sowie der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzungen erkennbar (vgl. Angermüller et al. 2014; Wrana et al. 2014). In Fachdisziplinen des universitären Fächerkanons untersetzt zeigen sich derzeit insbesondere die Philosophie, die Geschichtswissenschaften, die Philologie und Linguistik, die Soziologie sowie die Politikwissenschaften als vornehmliche Diskussionsarenen der Diskursforschung. Sie werden aus diesem Grund im Folgenden hinsichtlich ihrer zentralen Aussagen zum Diskursbegriff und seiner jeweils in Stellung gebrachten erkenntnistheoretischen Blickrichtung(en) untersucht. Wie im vorherigen Kapitel dargestellt, griff auch die kulturwissenschaftlich informierte Raumforschung in der jüngeren Vergangenheit wiederholt die poststrukturalistische Diskursforschung auf. Deren Aussagen und Erkenntnisse werden aufgrund ihrer zentralen Stellung im hier entworfenen Untersuchungsdesign später noch einmal gesondert dargestellt und nach Anknüpfungspunkten zur Entwicklung eines poststrukturalistischen Konzeptes sozialer Raumnutzungskonflikte befragt.<sup>6</sup>

### Diskurs in der Philosophie

Die Philosophie beschäftigt sich traditionell mit Fragen nach dem Wesen von Identität, Selbst und Erkenntnis und diskutiert dazu unterschiedliche Ansätze von Wahrnehmung und Rationalität. Sie legte damit seit der Antike eine Vielzahl von epistemologischen Fragmenten bereit, die weithin ohne den Diskursbegriff an sich auskamen, diesen aber in seiner aktuellen Verwendungsvielfalt vorbereiteten (Schalk 1997).

In der Scholastik des Hochmittelalters wurde der ‚discursus‘ eng an die Vorstellungen eines rationalen Schlussfolgerns in der Deduktion gekoppelt. Aufbauend auf den dafür nötigen Prämissen entstand daraus die Vorstellung eines argumentativen Wechselspiels, das einer zwingenden Ratio folgend zu einem wissenschaftlich abgesicherten, logischen Ergebnis führt (Messerschmidt und Saar 2014). Eine zumindest implizite Gleichsetzung von Diskurs und Rationalität setzte sich im philosophischen Denken mutmaßlich bis zu Immanuel Kant fort (Schalk 1997). Die gedankliche Anlehnung von Diskurs an Rationalität – Letztere mitunter im Plural formuliert – wird bis heute kontrovers diskutiert. Parallel dazu sehen sprachphilosophische Arbeiten während der Renaissance eine begriffliche Annäherung des Diskurses an sprachliche Äußerungen und schriftliche Abhandlungen (Messerschmidt und Saar 2014; Schalk 1997). Sie erklären den Diskurs damit weitgehend zu einer literarischen Gattung unterschiedlicher Ausprägung. Da der Sprache bis weit in das 19. Jahrhundert fast ausschließlich eine formallogische Abbildfunktion attestiert wurde, liegt hierin sowohl eine Verknüpfung zur Rationalität als auch eine Dichotomie bezüglich des Diskursbegriffes in der Philosophie: Sprache ist kommunikativer Ausdruck logischen Denkens und diesem nachgeordnet. Diskurs ist mithin sowohl Bedeutung als

---

<sup>6</sup> Vgl. Kap. 2.4.

auch Abbild, doch beide stehen sich gegenüber. Mit dem ‚linguistic turn‘ (Rorty 1992) erhielt der Diskurs in der Philosophie schließlich ein auf Komplementarität abstellendes Fundament: Sprache und Denken wurden zu den zwei Seiten derselben Medaille.

Feustel (2015: 59) erklärt dazu in seiner Zusammenfassung zu Derridas Dekonstruktion, Diskurse „betonen die Macht des Signifikanten, Wirklichkeit in ihrer Bedeutung herzustellen und nicht nur plump und neutral die Welt abzubilden.“ Er stellt sich damit auf die Seite der in den 1960er Jahren in Frankreich entstandenen und mit den vielfach übersetzten Arbeiten Foucaults inzwischen auch international stark rezipierten philosophischen Perspektive, traditionelle Annahmen rationalistischen Denkens in der Philosophie abzulehnen. Sprache, Wissen, Bedeutungen und Identitäten seien hernach weder abgeschlossen, noch auf ontologische Sinnsysteme zurückzuführen:

*„Bedeutung, Identität und Referentialität sind also, strikt konstruktivistisch gedacht, Effekte, die im Diskurs entstehen, aus dem Diskurs heraus erklärbar sind, der aber selbst strukturiert und durchsetzt ist von einer Vielzahl von Bestimmungsfaktoren.“ (Messerschmidt und Saar 2014: 48)*

Damit scheint Diskurs *weder* Sprache *noch* Denken zu sein, sondern ein beide Dimensionen transzendierendes Verbindungselement, eben „eine Menge von Aussagen, die einem gleichen Formationssystem zugehören.“ (Foucault 1981: 156)

Auch in der Theorie des kommunikativen Handelns von Habermas (1995a, b) wird der Konstruktionscharakter sozialer Wirklichkeiten auf der Basis sprachlicher Auseinandersetzungen hervorgehoben. Sprechen sei demnach eine Form des Handelns, Diskurse wiederum seien eine Form des Sprechens und Habermas (1984: 130) erklärt: „Unter dem Stichwort ‚Diskurs‘ führte ich die durch Argumentation gekennzeichnete Form der Kommunikation ein, in der problematisch gewordene Geltungsansprüche zum Thema gemacht und auf ihre Berechtigung hin untersucht werden.“ Hier offenbart sich ein alternatives Diskursverständnis, welches darin viel eher eine Form des Handelns, genauer eine argumentative Aushandlung sieht. Mit der Diskursethik lädt Habermas (2009) den Diskurs entlang moralischer Leitlinien normativ auf und strebt damit das Erbe rationalistischen Denkens in einer erneuerten Moderne an (Iser und Strecker 2010). Als präskriptives demokratisches Programm der politischen Willensbildung weiterentwickelt, erlangte dieser philosophische Diskursbegriff ebenfalls eine breite internationale Aufmerksamkeit in der politischen Wissenschaft und Praxis.

Trotz der teilweise erbitterten Kontroversen entlang dieser beiden gegenüberstehenden Diskurskonzepte in der jüngeren philosophischen Theoriebildung (vgl. u. a. Flyvbjerg 1998, 2004) offenbaren sie gleichermaßen eine kritische Haltung gegenüber dem Positivismus bzw. dem technischen Rationalismus und bieten durchaus Anknüpfungspunkte für eine stärker komplementäre Interpretation des Diskurses aus gesellschaftstheoretischer Sicht (vgl. Biebricher 2005; Buchstein und Jörke 2012).

## **Diskurs in den Geschichtswissenschaften**

Das Verhältnis der Diskurstheorie zu den Geschichtswissenschaften ist davon geprägt, dass Foucault (1974, 1981; vgl. auch Ruoff 2009; Wrana et al. 2014) nach eigenen Aussagen in seinen Analysen selbst eine archäologische Geschichtsforschung betrieb. Seine Archäologie ist dabei allerdings abseits der klassischen Geschichtsschreibung angelegt. Sie zielt darauf, Aussagen freizulegen und sie als

historische Fundstücke zu behandeln, die sedimentierten Diskursfragmenten gleichkommen. Diese als diskursive Ereignisse in der Geschichte zu beschreiben, sei die Aufgabe des Archäologen (Ruoff 2009). Als geschichtswissenschaftlich verstandene Methodik sucht Foucaults Archäologie nach den Entstehungsbedingungen historischer Aussagensysteme, angeleitet durch „ihre skeptische Haltung gegenüber vorgängigen Ordnungsprinzipien der Identität und Kontinuität, wie Autor, Epoche, Geist oder Mentalität.“ (Wrana et al. 2014: 35) Der Gegenstand der Analyse wird gebildet im Archiv der gesellschaftlichen Wissenssysteme. Dieses bezeichnet „das, was den Aktualitätsmodus der Aussage als Sache definiert; es ist *das System ihres Funktionierens*.“ (Foucault 1981: 188, Hervorh. im Orig.) Das Archiv ist also ein historisch angelegtes Regelsystem, das die Voraussetzung für die Existenz bestimmter Aussagen ist (Ruoff 2009). Es stellt gesellschaftliche Wissensbestände bereit, in denen angelegt ist, was zu einem bestimmten Zeitpunkt in welchem Kontext auf eine bestimmte Art und Weise geäußert werden kann. An dieser Stelle formuliert Mills (2007) einen Anschluss an den Diskursbegriff, indem sie das Archiv als eine diskursive Struktur sieht. Um diese geschichtswissenschaftlich zu untersuchen, bedarf es einer Methodologie, die transtextuelle sprachliche Einheiten in den Blick nimmt. Als anschlussfähig erweist sich dabei die linguistische Diskursanalyse, die allerdings in der empirischen Umsetzung häufig von reinen Textanalysen unterlaufen werde (Füssel und Neu 2014). Sprache bilde jedoch nach Foucault (1981) eine ihr vorgängige Realität nicht ab, sondern stelle sie performativ her. Gleichzeitig wirkten durch sie die Diskurse, die den Kontext des Sprechens bilden und selbst in historische Kontexte der Sagbarkeit eingebettet sind. Letztlich stellt eine kulturtheoretisch auftretende Geschichtswissenschaft auf die analytischen Aspekte von Foucaults Diskursverständnis ab, auch wenn konkrete empirische Studien entlang prominenter Weiterentwicklungen wie etwa der Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe (2001) oder der Dekonstruktion von Derrida (vgl. Feustel 2015) ausdefiniert werden.

### Diskurs in Philologie und Linguistik

In den eingangs beschriebenen etymologischen Wurzeln des Diskursbegriffes wird bereits seine Zweidimensionalität zwischen sprachlichen Äußerungen und kognitiven Schlussfolgerungen deutlich, die die linguistischen Debatten seit dem frühen 20. Jahrhundert insbesondere in Frankreich durchzieht (Reisigl und Ziem 2014). Davon ausgehend bildete sich die linguistische Diskursforschung zwar bereits früh in den unterschiedlichen Teildisziplinen der Sprachwissenschaften aus und entwickelte sich dabei entlang variierender und partiell konkurrierender Erkenntnisinteressen. Jedoch eint sie das Verständnis, den Diskurs nicht auf die rein sprachliche Ebene zu reduzieren, auch wenn sie seit der Renaissance dominanter Fluchtpunkt der Auseinandersetzungen ist (Schalk 1997).

Die deutsche Linguistik war lange gekennzeichnet durch eine Ablehnung der Diskursanalyse französischer Prägung. Als Begründung wurde angeführt, mit dem Poststrukturalismus einem aufkommenden Irrationalismus das Wort zu reden, wogegen sich Busse und Teubert (1994) erst in den frühen 1990er Jahren mit der Frage stellten, ob der Diskurs überhaupt ein sprachwissenschaftliches Objekt sei. Ihre eindeutig positive Antwort auf diese Frage basiert darauf, dass sie unter Diskursen „im forschungspraktischen Sinn virtuelle Textkorpora, deren Zusammensetzung durch im weitesten Sinne inhaltliche (bzw. semantische) Kriterien bestimmt wird“ (Busse und Teubert 1994: 14) verstehen. Ein Diskurs ist danach bestimmt durch eine Typologie von Texten, die anhand linguistischer Kriterien wie semantischen Beziehungen und Texttypik einen intertextuellen Zusammenschluss eingehen. In der

pragmatischen Diskursanalyse wird dagegen eine Unterscheidung zwischen Text und Diskurs vorgenommen, „bei der Diskurs als Form sprechsituationsgebundenen sprachlichen Handelns, als mündliche Form sprachlicher Kommunikation bestimmt wird, während Text als Verkettung von Sprechhandlungen aufgefasst wird, die der kommunikativen Überbrückung diatopisch und diachronisch ‚zerdehnter Sprechsituationen‘ dienen“ (Reisigl 2013: 246). Dieser Auffassung folgend abstrahieren Spitzmüller und Warnke (2011) von einer streng zu interpretierenden Textgebundenheit. Bei Diskursen handelt es sich ihrer Auffassung nach in Anlehnung an die frühen Arbeiten Foucaults (u. a. 1974; 1981) um ein Formationssystem von Aussagen, welche in einer bedeutungsgebenden Beziehung zueinander stehen. Das gesamte System besteht aus der Summe der Aussagen (Fakten, Wissen, Wahrheiten wie beispielsweise: Der Hund hat vier Beine.) und ihrer Beziehungen zueinander. Mit den Diskursen sind mithin Unterscheidbarkeiten und Zuordnungen innerhalb des Systems angelegt (anknüpfend an das vorherige Beispiel: Der Mensch wiederum hat nur zwei Beine.). Es handele sich beim Diskurs um ein semantisches Netz von Aussagen, dessen Maschen das Formationssystem bilden. Mit Blick auf die Foucaultsche Diskursanalyse stellen Spitzmüller und Warnke (2011) ebenfalls fest, dass das Formationssystem Veränderungen ausgesetzt ist. Hier zeigen sich Parallelen zu Jägers (1993) Fluss-Analogie als Ausgangspunkt einer kritischen Diskursanalyse. Er fasst „Diskurs als Fluß von Text und Rede bzw. von Wissen durch die Zeit“ (Jäger 1993: 153) und geht davon aus, dass Diskurse strukturiert sind und je nach Kontext spezifischen internen Regeln unterliegen. Die Kontexte wiederum sind ein wesentliches Kriterium linguistischer Diskurstheorien, die den Text als methodisch zugängliches Diskursartefakt vor dem Hintergrund von sinnstiftenden Kontext(en) verstanden wissen möchten, was Link (2006) mit der Kollektivsymbolik als einer Menge gesellschaftlich gefestigter, metonymischer Bilder bzw. als metaphorischen Komplex der Wissensproduktion anspricht. Auch Jung und Wengeler (1998) stellen den Diskurs als Aussagenmenge vor. Texte bieten demnach zwar einen methodischen Zugang zu Diskursen. Sie seien allerdings anhand von thematischen Aussagen zu strukturieren und in entsprechenden Textkorpora zusammenzustellen, und weniger anhand von Kriterien traditionell formaler Sprach- und Grammatiktheorien (Wrana et al. 2014).

Von den Sprachwissenschaften ausgehend griffen auch die Nachbardisziplinen wie die Äußerungslinguistik, die Kommunikations- und Medienwissenschaften sowie die Literaturwissenschaften die diskurstheoretischen Debatten auf und entwickelten sie fachspezifisch weiter (vgl. Angermüller et al. 2014). Ihnen ist im Wesentlichen gemein, Sprache nicht auf die Beschreibungsebene entlang formaler Grammatiken zu reduzieren, sondern ihre soziale und gesellschaftliche Funktion bei der Wissensgenerierung und ihre Handlungsmacht zu betonen.

### **Diskurs in der Soziologie**

In der Soziologie wird die Trennung zwischen der programmatischen Diskursethik von Habermas und dem analytischen Begriff Foucaults in deren unterschiedlichen Maßstabebenen gesucht. Die Mikrosoziologie des Gesprächs erkennt im Diskurs eine funktionale Beziehung in Form der Konversation. Dagegen werden makrosoziologisch ausgerichtete, die Einzelgespräche übergreifende Diskurse häufig als gesellschaftlich-sprachliche Regelsysteme der Bedeutungsgebung angesprochen (Angermüller und Wedl 2014). Gemeinsam ist ihnen die Frage danach, wie Sinn und Bedeutung sozial produziert werden. Die soziologischen Diskursverständnisse heutiger Prägung entwickelten sich im We-

sentlichen aus der Wissenssoziologie, wie sie von Berger und Luckmann (1980: 3) entworfen wurde als eine Wissenschaft, die „sich mit allem zu beschäftigen habe, was in einer Gesellschaft als ‚Wissen‘ gilt, ohne Ansehen seiner absoluten Gültigkeit oder Ungültigkeit. [...] Die Wissenssoziologie hat die Aufgabe, die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit zu analysieren.“ Bemerkenswert ist hier der Verweis auf eine möglicherweise absolute Gültigkeit von Wissen, obgleich der für die Wissenssoziologie zentrale Konstruktionscharakter von Wirklichkeit dieses aus einer grundsätzlich kritischen Perspektive sieht.

Daran anschließend ergänzt Keller (2006: 128, vgl. auch 2007) mit der wissenssoziologischen Diskursanalyse den Diskursbegriff, den er als „thematisch-institutionelle Bündelungen der Wissensproduktion, Verknüpfungen von Deutungen und (nicht nur kommunikativen) Handlungen [...] und als Zusammenhang von Wissensproduktionen, Objektivationsbestrebungen und deren gesellschaftlichen Wirkungen“ definiert. Sämtliche Phänomene werden von (kollektiven) Akteuren innerhalb institutionalisierter Umgebungen organisiert, denn deren gemeinsamer Sinnproduktion gilt das Interesse der Soziologie im Allgemeinen. Das generelle Ziel soziologischer Untersuchungen ist das Verstehen der sozialen Bedeutungs- und Sinngebungsprozesse, weniger deren Erklärung. Daraus leitet sich ein interpretativ-verstehendes Programm ab, welches sich aus der Hermeneutik speist. Letztere versucht Keller (2009) in einem wissenssoziologischen Operationalisierungsvorschlag mit dem Diskursbegriff von Foucault zu versöhnen, was ihm laut Angermüller (2005) nur bedingt gelingt. Aufhänger der Kritik ist hierbei insbesondere die Stellung des Subjektes. Zwar verdeutlicht Keller (2006: 128) in Bezug auf Akteure, diese seien „im Rahmen dieser Sinnstrukturen durch historisch situierte Diskurse [...] mitkonstituiert“, doch sie bleiben für ihn explizit „deutungs- und handlungsfähig“. Subjekte können mithin Diskurse intentional besetzen, (re-)produzieren und herausfordern und so für interessengeleitete Sinnproduktionen eintreten, die ihren Ausgangspunkt *vor* dem Diskurs haben. Obgleich die wissenssoziologische Diskursanalyse anstrebt, die Makroebene der gesellschaftlichen Wissenssysteme zu untersuchen, wird hier ein diskursethischer Anknüpfungspunkt auf der mikrosoziologischen Ebene erkennbar. Denn im strategischen Handeln nach Habermas (vgl. Iser und Strecker 2010) kristallisieren eben jene subjektzentrierten, intentionalen Akte der Wissensproduktion. Der Unterschied besteht freilich darin, dass die Diskursethik das strategische Handeln zugunsten des Diskurses (als freier Rede) zu eliminieren sucht, während es die wissenssoziologische Diskursanalyse für die soziale Konstruktion von Wirklichkeit im Diskurs voraussetzt. Im Ergebnis gehen dezidiert poststrukturalistische Ansätze in der Soziologie noch einen Schritt weiter und suchen nun nicht mehr nach den Akteuren als alleinigen Produzenten von Wissen, sondern auch nach deren eigener Konstituierung im Diskurs:

*„Durch die breite Rezeption Foucaults [...] ab den 1990er Jahren setzte sich ein Diskursbegriff durch, der die historische Kontingenz von Wissen und kulturellen Praktiken sowie dessen Einbettung in Strukturen von Macht ebenso betont wie die Hervorbringung und Formierung von Akteuren und Dingen durch Diskurse.“ (Angermüller und Wedl 2014: 167)*

Eine der zentralen Fragen, die die Soziologie vor dem Hintergrund poststrukturalistischen Denkens beschäftigt, stellt also darauf ab, wer überhaupt zum Akteur im Diskurs wird, wer auf welche Weise eine Stimme im Wechselspiel der (diskursiven) Wissens- und Wirklichkeitsproduktionen erhält. Damit ist eine theoretische Verschränkung von Mikro- und Makroebene denkbar, in der eine

diskurstheoretisch informierte Soziologie die Akteure mitsamt ihren Äußerungen im Sozialen ebenso zum Untersuchungsgegenstand erhebt, wie die daraus erwachsenden Gesellschaften mit ihren subjektübergreifenden Wissensbeständen.

### Diskurs in den Politikwissenschaften

Aus der Geschichtsforschung im weiteren Sinne sowie der Philosophie haben sich die Politikwissenschaften in den letzten Jahrzehnten erfolgreich als eigenständige Forschungsdisziplin emanzipiert. Am parallel dazu eingeführten Diskursbegriff entzündete sich allerdings die Frage nach dem programmatischen Selbstverständnis der vergleichsweise jungen Disziplin:

*„Ist die Politikwissenschaft nun eine analytisch-empirische Sozialwissenschaft geworden, die ohne Philosophie, Geschichte und Recht auskommt? Oder ist die Politik etwas, das sich sinnvoll nur analysieren lässt, wenn Ideen, Wissen und Normen, Zeit und Raum – nun innerhalb der neuen Disziplin – systematisch berücksichtigt werden?“ (Kerchner 2006: 33)*

Ohne diese Frage als ‚entweder – oder‘ Entscheidung zu begreifen, werden die unterschiedlichen diskurstheoretischen Ansätze oft entlang der drei bestimmenden Dimensionen des Politischen gelesen (vgl. Herschinger und Nonhoff 2014; Kerchner 2006). Die Prozess-Perspektive (politics) orientiert sich an Habermas‘ Diskursbegriff als einem normativ-geregelten Verfahren zur demokratischen Willensbildung. Unterschiedliche Geltungsansprüche sollen danach im kritischen Austausch von Argumenten verhandelt werden und führen unter den Bedingungen von Inklusion und Offenheit entsprechend der von Habermas (2009) entworfenen Diskursethik zu Vereinbarungen, die der kritischen Stimme der Vernunft entspringen. Die Policy-Analyse dagegen zielt sehr viel stärker auf politische Programmatiken und Wissensbestände. Darin wird der Diskurs gemeinhin als soziale Konstruktion deklariert, „er erscheint dann als eine Spezifizierung, als Konzentration auf abstrakte inhaltliche Zusammenhänge/Übereinstimmungen im gesamten Wissensuniversum.“ (Nullmeier 2006: 295) Über Zusammenhänge und Übereinstimmungen hinausgehend, definiert Fischer (2003a) diskursive Interaktionen als dialektischen Zusammenstoß unterschiedlicher Wissenssysteme und deutet damit deren latente Konflikthaftigkeit an. In der Analyse lassen sich so einzelne thematische Diskurse extrahieren und auf ihre Wirkungen hinsichtlich der unterschiedlichen aufeinandertreffenden Wirklichkeitsverständnisse von Akteuren und die daraus erwachsenden Handlungslogiken prüfen. Weit über die Politikwissenschaften hinaus wahrgenommen und rezipiert, erklärt Hajer (1995) in seiner Analyse zu globalen Umweltdiskursen, sie seien eine Schnittmenge aus Ideen, Konzepten und Kategorisierungen in Abhängigkeit von institutionellen Kontexten und Sprechern. Damit insinuiert er das dritte Feld politikwissenschaftlicher Diskursforschung, das sich in der Verarbeitung genealogisch-kritischer Diskurstheorien post-strukturalistischer Prägung erkennen lässt. Der Diskurs als kontingentes Formationssystem zur Regelung von Aussagen wird hierbei zum institutionellen Kontext (polity) für politische Prozesse und Inhalte. Schmidt (2012: 85) bietet den Begriff des ‚discursive institutionalism‘ als Klammer um politische Inhalte und Prozesse an, als „an analytic framework concerned with the substantive content of ideas and the interactive processes of discourse and policy argumentation in institutional context.“

Von der dargelegten Einordnung abweichend, sortieren Herschinger und Nonhoff (2014) politikwissenschaftliche Diskursverständnisse in einer Matrix, die sich aus der Zuordnung der unterschiedlichen Diskursbegriffe zwischen instrumentell und konstitutiv bzw. zwischen analytisch und normativ aufspannt. So könne der Diskurs in der politikwissenschaftlichen Forschung entweder als Mittel der Machtausübung betrachtet werden, als Raum der Ideologiebildung, als Ort der Machtausübung und Subjektivierung oder als Ort der Verhandlung in der Deliberation. Auffällig ist daran zum einen die partielle konzeptionelle Fassung von Diskursen als Raum oder Ort. Damit wird ein Verständnis deutlich, welches die Ermöglichung und gleichzeitige Begrenzung innerhalb mehrdimensionaler Zuschnitte mitspricht, in der sich Diskurse organisieren. Zum zweiten stellen sie neben das Wissen als zentraler Kategorie der Policy-Forschung die Aspekte der Macht sowie – wie auch schon in Teilen der soziologischen Diskursforschung – die Konstituierung des Subjektes im Diskurs und liefern damit wichtige Hinweise zur diskurstheoretischen Erfassung von Konflikten aus Sicht der Politikwissenschaften.

### Transdisziplinäre Diskursverständnisse: Zentrale Aspekte für die weitere Untersuchung

Trotz der deutlich gewordenen Unterschiede in den Definitionen des Diskursbegriffes und deren variierender Verwendung in den dargestellten Fachdisziplinen, lassen sich einige übergreifende Gemeinsamkeiten feststellen. Darüber hinaus wurden in den Ausführungen stellenweise thematische Hinweise deutlich, die als Anknüpfungspunkte zur Weiterentwicklung für die vorliegende Arbeit dienen. Ohne diese hier bereits zu einer eigenen Begriffsbestimmung zu verdichten, dienen sie als eine erste Orientierungshilfe auf dem Weg zur diskurstheoretischen Beschreibung und Erklärung sozialer Raumnutzungskonflikte. Dabei seien im Einzelnen folgende Aspekte hervorgehoben:

- In jeder der betrachteten Teildisziplinen wird eine mitunter kaum überschaubare **Begriffsvielfalt** konstatiert. Oft wird diese Feststellung mit dem Einwurf verbunden, den Begriff im besten Falle der Beliebigkeit preiszugeben, im schlimmsten ihn als ein „mit dem Glamour einer Theorie angefüllte[s] Ungeheuer“ (Groebner 2012) bändigen zu müssen. Die unbesehene Übernahme augenscheinlich feststehender Begriffskonzepte rund um den Diskurs ist also kritisch zu sehen, eine eigene Begriffsdefinition erscheint angebracht.
- Ungeachtet dessen werden disziplinübergreifend die **Gegensätze in den Theoriekonzeptionen** zwischen der normativ-programmatischen Diskursethik von Habermas und der genealogisch-kritischen Analyse von Foucault als oft dichotome Hauptrichtungen der diskurstheoretischen Debatten diagnostiziert. Beide vereint hingegen die grundlegende Annahme sozial konstruierter Wirklichkeit(en). Wird die Konstruktion als sozialer Aushandlungsprozess gefasst, stellen sowohl die Diskursethik als auch die poststrukturalistische Diskursforschung Potentiale einer zumindest teilweisen Verschränkung bereit, die es im weiteren Verlauf der Untersuchung zu erkunden gilt.
- **Methodische Anschlüsse** der Diskursforschung als empirischer Sozialforschung stellen häufig auf eher kritische Analysen im Sinne des Poststrukturalismus ab. Diese Beobachtung wird gestützt von der in einzelnen Disziplinen geäußerten Begründung, dass vom Poststrukturalismus ausgehende Diskurstheorien als wesentlich anschlussfähiger für deskriptive Analysen und Erklärungsansätze sozialer Prozesse gehalten werden können. Darin wird der Diskurs als Bedeutung



konstituierende Praxis zum Forschungsgegenstand erhoben. Insbesondere in der Linguistik wurden bereits zahlreiche empirische Zugänge zum Diskurs vorgeschlagen und geprüft. Sie betrachten Diskurse als in Texten sedimentierte thematische Aussagen. Entsprechend zusammengestellte Korpora bilden mithin das empirische Material der Diskursanalyse, wobei der Diskurs als eine über den Einzeltext hinausgehende Erscheinung gesehen wird.

- Abschließend ist zu erwähnen, dass eine **Konfliktdefinition** oder **-theorie** in der Diskursforschung auch in aktuellen Kompendien und einschlägigen Lexika nicht expliziert wird (vgl. Angermüller et al. 2014; Jäger und Zimmermann 2010; Wrana et al. 2014). Gleichwohl wird im vorab dargestellten Überblick die grundsätzliche Konflikthaftigkeit von Diskursen angedeutet. In der sozialwissenschaftlichen Konfliktforschung werden wiederum zwar vereinzelt diskurstheoretische Ansätze reflektiert, diese beziehen sich aber entweder auf die gesellschaftliche Makroebene der internationalen Beziehungen (Banta 2012; Diez 2008), oder verschränken sich mit politikwissenschaftlichen Konzepten wie der Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe (vgl. Auer 2008). Im Bereich der Politischen Geographie gab es dagegen vereinzelt Ansätze kultur- und diskurstheoretisch informierter Betrachtungen von Raumnutzungskonflikten (Gebhardt, Reuber und Wolkersdorfer 2003; Reuber und Wolkersdorfer 2001; Wolkersdorfer 2001), deren nähere Beachtung angezeigt scheint.<sup>7</sup>

## 2.2 Diskurstheoretische Grundlagen und Begriffsbestimmungen

*„Das Reale ist eine Leerstelle.“ (Feustel 2015: 19)*

Aufbauend auf der vorab skizzierten Vielzahl an Diskursverständnissen wird folgend eine eingehendere Begriffsklärung vorgenommen, die sich im Wesentlichen an den Arbeiten Foucaults orientiert und daran anschließend zentrale Aspekte seiner Überlegungen um die Fragen nach der Macht, dem Wissen und der Subjektivierung im Diskurs thematisiert. Das einleitende Zitat weist einerseits auf den erkenntnisleitenden Fluchtpunkt der folgenden Ausführungen hin und wird andererseits bereits an dieser Stelle als Zeuge dafür aufgerufen, dass die darauf basierenden Schlussfolgerungen im weiteren Verlauf der Arbeit nur eines unter vielen möglichen Deutungsangeboten darstellen. Sie folgen zwar einer internen Logik, die aber keiner zwingenden Ontologie entspringt. Zunächst werden die Traditionslinien der Diskursforschung kurz vorgestellt, bevor die angesprochene Triade aus Wissen, Macht und Subjektivität im poststrukturalistischen Diskurs dargestellt wird. Ergänzt um eine kurze Zusammenfassung der Kritik daran und um aktuelle Angebote einer Synthese sind die Voraussetzungen geschaffen für die Bestimmung einiger für die weitere Untersuchung wesentlicher Begrifflichkeiten.

### Von der Hermeneutik zum Poststrukturalismus: Traditionen der Diskursforschung

Die **Hermeneutik** ist ein erster erkenntnistheoretischer Ansatzpunkt, von dem aus sich die poststrukturalistische Diskurstheorie formiert hat. Darunter wird grundsätzlich die Kunst des Verstehens und der Interpretation verstanden (Feustel 2015). Die Suche nach dem Sinn, einer mitunter verborge-

---

<sup>7</sup> Vgl. Kap. 2.4.

nen Essenz oder einer ‚eigentlichen Aussage‘ stellt Texte vor den die Interpretation anleitenden Hintergrund ihrer Kontexte. Die hermeneutische Methode kann sich dem Sinn dabei nur im Zuge eines kritisch-rationalistischen Vorgehens nähern, indem sie Hypothesen testet und stets nur vorläufig gültige Aussagen trifft. Das erneute Infrage stellen, „dieses suchende und tastende, probierende und revisionsbereite, sich selbst nämlich immer wieder gerne korrigieren lassen wollende Bemühen um Verständnis [nennen wir] *hermeneutisch*.“ (Hermanns 2007: 188, Hervorh. im Orig.) Sprachliche Äußerungen an sich stellen dieser Auffassung folgend nie einen aus sich selbst heraus erzeugten Sinn bereit. Dieser ist immer im Zuge einer Interpretation zu extrahieren und damit temporär zu fixieren. Auf diese Weise, „lernen [wir] ja erst von den Hypothesen, für welche Beobachtungen wir uns interessieren sollen, [...] die Hypothese wird zum Führer zu neuen Beobachtungsergebnissen.“ (Popper 1994: 360)

Damit liegt die Interpretationshoheit in der Hermeneutik unweigerlich bei der Person des Forschers. Die **Pragmatik** problematisiert diese Feststellung, indem sie die Frage nach den jeweils zur Verfügung stehenden Wahlmöglichkeiten der Akteure innerhalb der Deutungsangebote stellt. Sozialer Sinn werde, so die Antwort, zum Produkt stetiger Verhandlung im Sozialen und der Interpretationsleistungen der beteiligten Personen, er entsteht „in Situationen der doppelten Kontingenz, in denen sich Akteure mit Hilfe von Zeichen, Symbolen, Sprache in einem Prozess der gegenseitigen Abstimmung über ihre Positionen, Identitäten und Absichten verständigen.“ (Angermüller 2010: 74)

Die **strukturalistische Perspektive** weist an verschiedenen Punkten noch darüber hinaus, indem sie – einerseits – die gesellschaftlichen Regelsysteme der Bedeutungskonstitution zum Untersuchungsgegenstand erhebt. Die Basis dafür bieten de Saussures (2001) Grundlagen einer allgemeinen Sprachwissenschaft, welche von einer Begriffsbestimmung in der Differenz ausgeht, eine positive Bedeutung auf Basis einer Letztbegründung also negiert. Strukturalistisch angeleitete Forschungsarbeiten suchen weder nach einem (mitunter versteckten) Sinn in sprachlichen Äußerungen noch nach den erkenntnisleitenden Interessen der Sprechenden Akteure in der Verhandlung um mögliche Sinnzuschnitte. Vielmehr stellen sie – andererseits – den handelnden Akteur selbst zur Diskussion und verbinden damit die Frage nach Identitäten in synchron angelegten, differentiellen Sprachsystemen (Wrana et al. 2014).

Den drei genannten Vorläufern der diskurstheoretischen Entwürfe poststrukturalistischer Prägung ist gemein, auf die Performanz von Sprache abzustellen. Darunter ist zu verstehen, dass Sinn und Bedeutung<sup>8</sup> mit der Sprache nicht nur abgebildet, sondern im Akt des Sprechens überhaupt erst produziert werden. In der Hermeneutik werden Sinn und Bedeutung innerhalb der Sprache vermutet und es gilt für die Analyse, sich ihnen mittels verstehenden Interpretierens möglichst verzerrungsfrei anzunähern. Dagegen wird – verkürzt dargestellt – in pragmatischer und strukturalistischer Tradition davon ausgegangen, dass die entsprechenden Produktionsprozesse erst im Akt des Interpretierens selbst angelegt sind. Der Unterschied zeigt sich daraufhin im jeweiligen Untersuchungsgegenstand der Analyse. Während es einer hermeneutischen Methodik um die inhaltsanalytische Annäherung an die Sprachformationen geht, fragen an der Pragmatik orientierte Untersuchungen danach, wie in der Kommunikation als wechselseitigem Prozess aus Sprechen und Verstehen in der interpretativen Nut-

<sup>8</sup> Zur Fassung von Sinn und Bedeutung und deren Charakterisierung im vorliegenden Kontext vgl. die Begriffsbestimmungen am Ende dieses Kapitels.

zung der Sprache Bedeutung (re-)produziert wird. Weiterhin stellt spätestens der Strukturalismus das handlungsfähige Subjekt in Frage, das mit den Prozessen der Bedeutungskonstitution in Wechselwirkung steht. Es formuliert und produziert demnach nicht nur im klassisch humanistischen Sinne Interessen und Bedeutungen, sondern ist in der Ansprache selbst Produkt der kommunikativen Bedeutungskonstitution (vgl. Angermüller 2010).

Die **poststrukturalistische Diskurstheorie** betont darüber hinaus die Kontingenz der Bedeutungen. Mit der Einführung des Diskursbegriffes verweist Foucault in eigener vehementer Abgrenzung vom Strukturalismus (vgl. Spitzmüller und Warnke 2011) auf eine Genealogie der Bedeutungsproduktion in der menschlichen Sprach- und später u. a. auch Architekturgeschichte. Das differentielle Beziehungssystem von bedeutungs- und identitätskonstituierenden Aussagen unterliegt also zeitlichen Veränderungen und weist auf die Prozesshaftigkeit gesellschaftlicher Sinn- und Bedeutungssysteme hin. Anschlussfähig für eine diskurstheoretische Erklärung sozialer Konflikte wird die Auslegung des Kontingenzprinzips, wenn es außerdem im zeitlichen Querschnitt gedacht wird. Dann scheint auch eine Vielfalt an parallelen Deutungsangeboten zur selben Zeit möglich – gedacht als eine ‚synchroner‘ Kontingenz im Anschluss an die doppelte Kontingenz der Pragmatik – die sich in Folge möglicher Inkommensurabilitäten konfliktuell entladen können. Eine nähere Betrachtung der diskurstheoretischen Grundlagen hinsichtlich möglicher Erklärungsansätze für soziale Konflikte erscheint also vielversprechend.

### **Die Triade aus Wissen – Macht – Subjekt: Wahrheit, Legitimität und Identität im Diskurs**

Der Diskursbegriff nimmt vor allem in den frühen Werken Foucaults eine zentrale Stellung ein, insbesondere in „Die Ordnung der Dinge“ (2008) und der „Archäologie des Wissens“ (1981; vgl. auch Ruoff 2009). In Letzterem entwirft er ein Begriffsverständnis, welches sich aus verschiedenen Bedeutungen nährt, die er selbst zunächst miteinander vermischt nutzt. Demnach sei der Diskurs je nach Betrachtungsweise

1. eine Menge von sprachlichen Performanzen,
2. alles, was je an Zeichenmengen produziert wurde,
3. eine Menge von Formulierungsakten oder schließlich
4. eine Menge von Zeichenfolgen.

Insbesondere die letztgenannten Zeichenfolgen müssen den Charakter von Aussagen besitzen. Eine Aussage ist ein (vornehmlich sprachliches) Zeichensystem, welches zu einem bestimmten Zeitpunkt als valide und reliabel anerkannt wird. Der Diskurs bezeichnet dann „den Zusammenhang von Sprache und Denken.“ (Ruoff 2009: 91) Sprachliche Äußerungen haben insofern einen grundsätzlich materiellen Charakter, als dass sie die Gegenstände bilden, die sie benennen. Erst mit der artikulierten Bezeichnung von Ereignissen und Objekten werden diese gedanklich erfassbar, sie beginnen in Form eines gedanklichen Symbols zu existieren, welches bei erneuter Ansprache aus dem Gedächtnis abgerufen werden kann. Gedanken und Sprache stehen wie angedeutet in einem Wechselverhältnis zueinander, bei dem der Ausgangspunkt ebenfalls im mentalen Entwurf liegen kann, dem dann sprachliche Zeichen zugeordnet werden. Die konventionslose Benutzung der Sprache allein hätte aber eine

potentiell unendliche Vielzahl von möglichen gedanklichen Symbolen für dieselbe Artikulation zur Folge, ebenso wie bei der Rückübersetzung beliebige sprachliche Ausdrücke möglich wären, da den Dingen keine aus sich selbst heraus festgelegte Bezeichnung eingeschrieben ist. Da dieses Wechselspiel bzw. der Zusammenhang zwischen Sprechen und Denken aber augenscheinlich nicht beliebig ist, muss es ein Regulationssystem geben, das die Sprache in Form von Bedeutung und Sinn begrenzt und die Transformationsprozesse organisiert. Diesen regulierenden Zusammenhang stellt der Diskurs dar. Er ist damit auch die Voraussetzung für die Erschaffung von ‚Fakten‘ und ‚Wahrheiten‘, die vor dem Hintergrund der Regeln ihrer Entstehung eine als gültig anerkannte Substanz erlangen können. Der Begriff der Wahrheit ist dabei ebenso wie Bedeutung und Sinn keine absolute Größe, der sich mit Hilfe einer szientistischen Methodik zu nähern wäre. Sie ist vielmehr das Ergebnis diskursiver Strukturierungen, erschaffen im Unterscheidungssystem von ‚wahr‘ und ‚falsch‘, welches den Sprachgebrauch in einer Gesellschaft wiederum sanktioniert, mithin die Vielfalt des Sprech- bzw. Sagbaren begrenzt (Foucault 2010; Ruoff 2009). Diskurse sind mehr als Kommunikation oder Verhandlung, es handelt sich um Praktiken, „die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen. Zwar bestehen diese Diskurse aus Zeichen; aber sie benutzen diese Zeichen für mehr als nur zur Bezeichnung der Sachen. Dieses *mehr* macht sie irreduzibel auf das Sprechen und die Sprache. Dieses *mehr* muß man ans Licht bringen und beschreiben.“ (Foucault 1981: 74, Hervorh. im Orig.) Genannte Praktiken umfassen neben dem Sprachgebrauch ebenfalls physisch-materielle Konstellationen und soziale Institutionen, deren spezifische Art und Weise der Verknüpfung den Diskurs charakterisieren (Glasze und Mattissek 2009c).

Laclau und Mouffe (2001) bezeichnen die lediglich potentiell unendliche Vielfalt der Bedeutungen als ‚Elemente‘ des Diskurses. ‚Momente‘ hingegen stellen eine Fixierung von tatsächlich realisierten Bedeutungen im Diskurs dar. Die spezifische Sinnhaftigkeit der Bedeutung ergibt sich dabei aus der Differenz der verwendeten sprachlichen Zeichen zu anderen Zeichen (Nonhoff 2007). Bezeichnungen in Form sprachlicher Artikulation dienen als Träger von Informationen, deren Entschlüsselungssequenz letztlich im Diskurs angelegt ist, Bedeutungen und Identitäten ergeben sich im Gesamtzusammenhang der Äußerungsmodalitäten des jeweiligen gesellschaftlichen Sprachsystems:

*„Now, in an articulated discursive totality, where every element occupies a differential position – in our terminology, where every element has been reduced to a moment of that totality – all identity is relational and all relations have a necessary character.“ (Laclau 2001: 106, Hervorh. im Orig.)*

Sinn und Bedeutung sind also Konstruktionen der Diskursteilnehmer, Wirklichkeit ist kein Ergebnis einer dem Diskurs vorgängigen Funktionsgleichung. Doch besitzen diese Konstruktionen keine unveränderliche Gültigkeit, sie sind instabil und bedürfen der fortwährenden Vergewisserung bzw. Erneuerung. Im Modus der ständigen gesellschaftlichen Verhandlung von Bedeutungen ergibt sich daraus die Möglichkeit ihrer kontingenten Veränderung:

*„Strukturierungen sind nie notwendigerweise gegeben, sie finden ihre Grenzen in der Kontingenz und in der Ereignishaftigkeit, die im Sozialen allgegenwärtig ist und auch damit zusammenhängt, dass Entscheidungen und Machteffekte grundsätzlich nicht vorhersehbar und determiniert sind.“ (Nonhoff 2007: 9)*

Den Kontext zur Bildung diskursiver Strukturen und deren möglicher Veränderung bilden mithin (nicht zu antizipierende) Machteffekte, auf deren ständige Anwesenheit im Planungsprozess insbesondere Flyvbjerg (1998; 2004; mit Richardson 2002) mit Nachdruck verweist und deren unbedingte Beachtung er zum archimedischen Punkt demokratischer Veränderung durch Planung erhebt.

### *Macht*

*„Ich setze voraus, daß in jeder Gesellschaft die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird – und zwar durch gewisse Prozeduren, deren Aufgabe es ist, die Kräfte und die Gefahren des Diskurses zu bändigen, sein unberechenbar Ereignishaftes zu bannen, seine schwere und bedrohliche Materialität zu umgehen.“ (Foucault 2010: 10f.)*

Macht spielt für Foucault eine zentrale gesellschaftliche Rolle, insbesondere hinsichtlich ihrer Wechselwirkungen mit den diskursiven Strukturen der Bedeutungszuweisung. Sie stellt für ihn keine Exklusivität dar, mithin ein Instrument, welches sich eine oder mehrere Personen aneignen können um es damit dem Rest der Bevölkerung zu entziehen und durch dessen Wirken eine Dichotomie in Herrscher und Beherrschte bzw. Machthabende und Machtlose möglich wäre. Vielmehr ist das gesamte System der gesellschaftlichen Strukturierung im Diskurs durchdrungen von Macht und Gegenmacht. Da kein ‚Außerhalb‘ der Macht existiert, wirkt sie zwangsläufig sowohl repressiv als auch konstruktiv. Entscheidend ist somit nicht die Frage, wer *die* Macht innehat, sondern *welche Art* von Macht<sup>9</sup> von *wem* und *in welcher Form* ausgeübt wird, kurz: sie ist nach Foucault (2006) als die ermöglichende Fähigkeit zur Regierung bzw. gesellschaftlichen Steuerung zu definieren. Dabei untergliedert sie sich in eine den Personen extern und eine intern wirkende Kategorie. Zur erstgenannten zählen traditionelle Typen der juristischen Machtausübung in feudal souveränen Regimen sowie in Regelsystemen die nach den Ausschließungsprinzipien von Geboten und Verboten die Methode der Bestrafung und äußeren Kontrolle zur Disziplinierung anwenden. In den westlichen Demokratien heutiger Prägung findet sie Ausdruck in den Gesetzbüchern und kategorisierten Strafkatalogen. Die Macht zeigt sich in der Legitimität gesetzlicher Bestimmungen durch Anerkennung in der Bevölkerung und die Einhaltung von Konventionen des ‚rechtmäßigen‘ Verhaltens. In Folge von Gesetzesübertretungen werden Maßnahmen zur Disziplinierung beispielsweise in Form von Bußgeldern oder in Besserungsanstalten (etwa Gefängnissen) ergriffen. Je weniger die gesellschaftlichen Regeln und Sanktionen Anerkennung beim Betroffenen finden, umso härter fällt die Bestrafung aus, bis zur drastischsten Form, der physischen Zerstörung durch die Todesstrafe. Das Bewusstsein um die zu erwartende Strafe und deren wiederholte Androhung durch die in den Gesetzen sedimentierten Diskursen von ‚richtig‘ und ‚falsch‘ rufen also bestimmte gesellschaftliche Verhaltensweisen hervor und festigen damit wiederum die Diskurse der als gültig anerkannten sozialen Bedeutungen in Form der Legalität.

Strategische Machtkonzeptionen mit produktivem Charakter hingegen beziehen sich in erster Linie auf die Regierung des Selbst und stellen neben den gesetzlichen Mechanismen der Ausschließung einen wesentlichen Aspekt demokratisch-liberaler Gesellschaftssysteme dar. Macht findet ihren Ausdruck hier nicht in der gottgegeben-absolutistischen Anwendung durch einen Souverän. Sie manifes-

<sup>9</sup> Ruoff (2009) gibt einen erklärenden Überblick über die verschiedenen Typen der Macht bei Foucault. Auf der repressiven Seite stehen die feudal-souveräne Macht, die neue Politik des Körpers sowie die Disziplinarmacht; strategische Machtkonzeptionen mit produktivem Charakter sind dagegen der Panoptismus, die Pastoralmacht, die Biomacht und die Gouvernementalität.

tiert sich vielmehr in der Selbststeuerung der Bevölkerung auf der Grundlage dominanter Diskurse von Ethik und Moral, „[m]an weiß, daß man nicht das Recht hat, alles zu sagen, daß man nicht bei jeder Gelegenheit von allem sprechen kann, daß schließlich nicht jeder beliebige über alles beliebige reden kann.“ (Foucault 2010: 11)

### *Wissen*

Beide Formen der vorab erläuterten Machtausübung sind eng miteinander und darüber hinaus mit der Kategorie des Wissens verbunden. Diskursive Praktiken führen mit der bereits erläuterten Unterscheidung in ‚wahr‘ und ‚falsch‘ zur Bildung von Wissenssystemen und schaffen so Logiken der Argumentation, die wiederum auf die Praxis von Verhandlungen zurückwirken. In einem Referenzsystem akkumulierten Wissens können sich die Wissenschaften formieren, was einer Institutionalisierung der Macht im Diskurs entspricht:

*„Ein grundlegendes Anliegen von Foucault war es, die Beziehung zwischen Macht und Wissen als dem Wissen zugrunde liegend zu betrachten und daher die Macht als Ausgangspunkt zur Untersuchung des Wissens zu nehmen. Denn der Wille zum Wissen ist ein Wille zur Macht – und Wissen(-schaft) dient der Durchsetzung, Erhaltung oder Auflösung von Herrschaftsverhältnissen.“ (Strüver 2009: 64)*

In diesem Sinne ist Wissen allerdings nicht gleich Macht, sondern als handlungs- und gedankenleitendes Apriori unabdingbar für deren Entfaltung in der Gestalt spezifischer Diskurse, die sich letztlich in den Verhaltensweisen und ‚freien‘ Entscheidungen innerhalb der Gesellschaft niederschlagen. Diskursiv produziertes Wissen wird durch die daraus hervorgehenden Dispositive<sup>10</sup> der Macht wiederum ermöglicht und begrenzt. Aus diesem Kreislauf speist sich im Wesentlichen die Erkenntnis, dass die Suche nach der *einen* Objektivität in Form essentieller Wahrheit zwangsläufig scheitern muss, da sie schlicht nicht existiert.

Wissensordnungen mit unhintergehbarem Rationalitätsanspruch in den Begründungen von Aussagen basieren hingegen auf der Haltung, dass „[w]er keine solchen Gründe hat oder diese nicht zu artikulieren vermag, der kann an dieser Praxis [des Philosophierens] eben nicht teilnehmen“ (Vašek 2015b: 23). Für seine Aussage stützt sich Vašek weiterhin auf die Aussage Wittgensteins (2003: 7), die unterstreicht: „[W]ovon man nicht sprechen kann, darüber muß man schweigen.“ Neben der Aufforderung zu schweigen, wenn man keine konsistente Argumentation präsentieren kann, lässt sich das Zitat aber im Sinne Wittgensteins' logisch-philosophischer Abhandlung auch anders lesen. Das Ungesagte respektive des Verschwiegene liegt dann in einem Bereich des *Unsagbaren*, da eben nicht darüber gesprochen werden *kann*. Diesen Bereich zu erschließen führe nach Wittgenstein zwar zu unsinnigen Aussagen, da sich nicht über die Dinge sprechen lasse, die Denken und Sprache erst in der Lage seien hervorzubringen. Aus diskurstheoretischer Perspektive ist aber in Anlehnung an die o. g. Aussagen Foucaults ein solcher Versuch durchaus lohnenswert, um die Konstituierung von Gesellschaft in der Sprache nachvollziehen zu können. Denn bei der Herausbildung von Subjektivität wirken ganz ähnliche Kräfteverhältnisse wie bei der Konstituierung des Wissens.

<sup>10</sup> Ein Dispositiv ist nach Foucault (1978) die Verknüpfung zwischen Diskurs, Macht und Wissen, da diese stets in einem Wechselverhältnis der gegenseitigen Determination stehen.

### *Subjekt und Identität*

*„Nun widerspricht aber die gesamte menschliche Erfahrung dieser Unveränderlichkeit eines konstitutiven Elements der Person. Nichts in der inneren Erfahrung entgeht der Veränderung. Die Antinomie scheint zugleich unausweichlich und unlösbar. Insofern unausweichlich, als die Verwendung desselben Namens zur Bezeichnung einer Person, von ihrer Geburt bis zu ihrem Tode, die Existenz eines solchen unwandelbaren Kerns zu implizieren scheint. Die Erfahrung der körperlichen und geistigen Veränderung jedoch widerspricht einer solchen Selbigkeit.“ (Ricoeur 2005: 210)*

Diese Aussage bezieht sich auf die etymologische Herleitung des Identitätsbegriffes, welcher zum einen eine große Ähnlichkeit attestiert (lat. idem: es ist etwas äußerst ähnlich), als auch die eben unverwechselbare ‚Selbtheit‘ (lat. ipse: selbst). Diese Antinomie kristallisiert am menschlichen Körper, wenn von vorgeblich ein und demselben Menschen, eben im Wortsinn identifiziert durch den Namen, in allen Phasen seines Lebens gesprochen wird. Und doch bedingen Erfahrungen, Erlebnisse, Bildung und dergleichen im Alterungsprozess eine evolutionäre Charakterentwicklung. In der Konsequenz kann keineswegs von ein und demselben Menschen gesprochen werden, wenn sich Wissensbestände, Einstellungen, Ansichten, Vorstellungen, Wünsche, Ziele, kurz: die Identität verändern.<sup>11</sup>

In seinen frühen Werken spricht Foucault hauptsächlich vom Körper und seiner Materialisierung im Diskurs, weniger vom Subjekt. Tatsächlich löste er mit der Aussage, „daß der Mensch verschwindet wie am Meeresufer ein Gesicht im Sand“ (Foucault 2008: 463) insbesondere in der Soziologie und Philosophie eine intensive Debatte unter der Überschrift des ‚Todes des Subjektes‘ wie es die Humanwissenschaften seit der Aufklärung formulieren aus (vgl. Angermüller 2010; Glasze und Mattissek 2009c; Ruoff 2009). In seinen späteren Arbeiten rückt allerdings die Philosophie des Subjektes wieder in den Fokus. Danach lassen sich aus einer analytischen Perspektive durchaus Subjekte und Subjektivität beobachten, diese sind analog der Objektivität allerdings nicht feststehend, also aus einem intentional handelnden Körper – beispielsweise dem Menschen als ‚homo oeconomicus‘ – heraus gebildet. Die im Spannungsfeld von Diskurs und Macht entstehenden Wissenssysteme innerhalb der sozialen Ordnung bewirken die Verfasstheit der Subjektivität und setzen sie gleichzeitig einem Prozess des ständigen Wandels aus, deutlich nachzuverfolgen an den Verschiebungen von Ethik- und Moralvorstellungen sowie in der Gesellschaft artikulierten Normen und Werten im Laufe der Zeit. Jegliche humanwissenschaftliche Analyse hat somit nur eine Momentaufnahme des Menschen zum Ergebnis, die wiederum der interpretierenden Objektivierung und Normierung ausgesetzt ist. Abweichungen von der Norm werden im lebensweltlichen Alltag oft als Ergebnis subjektiver Meinungsbildung aufgefasst, deren ‚Abnormität‘ es unter Umständen in den Verhandlungen um einen gesellschaftlichen Konsens zu kurieren gelte:

*„Das Subjekt steht also weiter unter dem Einfluss des Diskurses, aber dieser Diskurs ist im Dispositiv eine Verbindung mit den nichtdiskursiven Praktiken eingegangen, die einen neuen Angriffspunkt im Subjekt verankern: den durch Macht formbaren Körper. Das Subjekt bewegt sich hier vor allem in einem Bereich der Objektivierung, die sich am normierten Ideal der jeweiligen Produktionsziele orientiert.“ (Ruoff 2009: 198; vgl. auch Foucault 2006)*

<sup>11</sup> Die Beharrlichkeit des Realen in der Zeit, wie Kant (1977a, b) in seiner „Kritik der reinen Vernunft“ die Kategorie der Substanz definiert, kann für Subjekte also nur schwer gedacht werden: Was wäre dann die Substanz der Identität, deren unveränderlicher Wesenskern (vgl. Ricoeur 2005)?

Im Gegenzug ist das Subjekt dazu in der Lage, auf die diskursiven Wissenssysteme zurückzuwirken und sich gegebenenfalls im Akt des Widerstandes um die Befreiung aus den Zwängen der Normierung zu bemühen, mithin Freiheit zu erlangen. Auch dieser Versuch kann das Subjekt aber letztlich nicht von den diskursiven Strukturen lösen, es treten lediglich alternative Bereiche des Sagbaren in den Vordergrund, denn „[d]ie Teilnahme an einem Diskurs ist nur über die Subjektfunktion möglich.“ (Ruoff 2009: 200) Widerstände können demnach als Ausdruck individueller Interessen gelten. Sobald sich Personen diese Interessen aneignen oder sie formulieren, bilden sich Identitäten heraus, die sich im Diskurs als relationale Positionierung von Subjekten zeigen. Nach Laclau und Mouffe (2001) entstehen diese Identitäten als materielle Größe durch die Ansprache im Diskurs, mithin ihrer sprachlichen Manifestation als beispielsweise ‚Planerin‘ oder ‚Vorhabenträger‘. Die begrenzte Verfügbarkeit der Diskurse im jeweiligen raum-zeitlichen Kontext von Macht und Wissen führt tendenziell zum gemeinsamen Bezug auf deren hervortretende Äußerungen, „[p]rivilegierte Signifikanten etablieren als Knotenpunkte (*nodal points*) Äquivalenzketten und fixieren so Bedeutung relational.“ (Glasze und Mattissek 2009b: 163, Hervorh. im Orig.)

Mit der Herausbildung spezifischer Identitäten um die Signifikanten des ‚ich‘ und ‚wir‘ wird nun ein Antagonismus zu all jenen Subjektpositionen des ‚du‘ und ‚ihr‘ entworfen, die nicht den jeweiligen Bestimmungskriterien der Äquivalenzkette entsprechen. Die der eigenen Identität äußeren Subjektpositionen sind ihre unabdingbare Existenzgrundlage, da sie jederzeit mindestens implizit mitgedacht und -gesprochen werden. Sie löst sich also im Umkehrschluss bei Wegfall der Bedingungen der Grenzziehung auf und formiert sich an anderer Stelle neu, ständig um den eigenen Abschluss per Etablierung von identitätsstiftenden Äquivalenzen bemüht. Im Ergebnis zeigt sich das Konzept des sozialen Akteurs, der im Anschluss an die diskursiven Voraussetzungen seiner Entstehung ebenfalls keinen essentiell-objektiven Kausalitäten entspringt und damit prinzipiell kontingent ist. Die Subjektposition steht dabei im Verhältnis zur Akteursposition. Sprachliche Äußerungen hängen in ihrer Wirkung nicht nur vom Inhalt ab, sondern auch vom Kontext der diskursiv etablierten Sprecherposition und seiner damit verbundenen (institutionellen) Macht. Ebenso muss das Gesagte gesellschaftlich etablierten Praktiken folgen und in einer als geeignet betrachteten Situation stattfinden, dann kann es als performativer Sprechakt gelingen. Als Beispiel aus der Raumplanung sei hier ein Planfeststellungsbeschluss durch die zuständige Planfeststellungsbehörde genannt. Im Zuge der formalen Feststellung wird das Planungsvorhaben legitimiert, es wird also ‚in Kraft‘ gesetzt und insofern materieller Rechtsgegenstand.

Sobald verschiedene Akteure durch ihre Diskursbeiträge ein und dieselbe diskursive Formation stützen, ergeben sich laut Wrana et al. (2014) sog. Diskurskoalitionen. Ausgangspunkt sind nicht allgemeingültige Typologien oder Klassifikationen von Akteuren, sondern die Diskursstränge, denen die Identifizierung der beteiligten Akteure folgt. Typologien hinsichtlich der individuellen Akteure und Akteursgruppen als klassische Stakeholder in Verhandlungsprozessen ist somit eine Absage zu erteilen, da sich bei je nach Äußerungskontext unterschiedlichen Diskurssträngen unterschiedliche Diskurskoalitionen bilden können. Hier zeigen sich Parallelen zum in den Politikwissenschaften gebräuchlichen Begriff der ‚Advocacy Coalition‘ (Sabatier 1988; 1993; vgl. auch Hawkesworth 2012). In gedanklicher Weiterführung ist zu erkennen, dass Akteurskoalitionen eben und gerade auch in Ver-



handlungssituationen erst entlang mitunter konflikthafter Diskursformationen entstehen und sich distinktiv von ihnen gegenüber stehenden Koalitionen positionieren.<sup>12</sup>

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die Konstituierung von Bedeutungen und Identitäten im Spannungsfeld zwischen Diskurs, Macht und Wissen bewegt und nicht nur Ergebnis der jeweiligen Kräfteverhältnisse ist, sondern diese ebenso etabliert oder in Frage stellt. Mit der Bildung antagonistischer Identitäten ist an dieser Stelle eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung sozialer Konflikte herausgeschält. Denn nur die explizite und implizite Konstruktion des ‚Anderen‘ in der eigenen Identität bietet entsprechende Angriffspunkte, an denen eine Gegnerschaft ansetzen und entstehen kann.

#### *Kontingenz, Diskontinuität und diskursiver Bruch: Prozesse im Diskurs*

Im Kontext seines archäologischen Ansatzes der Geschichtsforschung betont Foucault (2010) nicht nur die Ereignishaftigkeit von diskursiven Setzungen, sondern vor allem die sich im Zeitverlauf zeigende Serie. Daraus folgt für ihn, dass die Geschichte weder gekennzeichnet ist durch Kontinuität noch ist sie eine Abfolge kausaler Verkettungen im Sinne einer teleologischen Fortschrittsgeschichte (vgl. Wrana et al. 2014). Epochale Geschichtsgliederungen verlieren damit an Erklärungswert. Historische Verlaufsmuster sind nicht zwingend vorhersehbar, wobei sich Veränderungen in der Analyse anhand diskursiver Ereignisse zeigen. Daraus folgt einerseits bezüglich der Kontingenz, dass Diskurse keine stabile Erscheinung, oder mit Laclau und Mouffe (2001) gesprochen nie endgültig fixiert und damit potenziell veränderbar sind und sich im Zeitverlauf transformieren. Andererseits resultiert daraus eine Diskontinuität des Wissens und der wissenschaftlichen Entwicklung:

*„Die historischen Verknüpfungen zwischen verschiedenen Momenten einer Wissenschaft besitzen notwendigerweise die Form der Diskontinuität, die die Umarbeitungen, die Umgestaltungen, das An-Licht-Bringen neuer Grundlagen, Niveauänderungen, der Übergang zu einem neuen Typ von Gegenständen bildet – ,die ständige Revision der Inhalte durch Vertiefung und Streichung‘.“ (Foucault 2005b: 951)*

Im Unterschied zur Weiterentwicklung diskursiver Wissensbestände in der Diskontinuität stellt der Bruch für Foucault einen deutlich radikaleren Übergang dar, bei dem neues Wissen und alternative Denksysteme nicht mehr auf dem vorherigen Wissen aufbauen respektive sich aus diesem ableiten lassen und es folglich auch nicht mehr integrieren, sondern mitunter komplett ersetzen (Ruoff 2009: 86). Neue wissenschaftliche Erkenntnisse können derart revolutionär sein, dass vorherige Annahmen und Wissensbestände explizit negiert werden. Auf der Basis dieser Inkommensurabilität der unterschiedlichen Wissensordnungen kam es wiederholt zu Brüchen in der Geschichte, die Foucault (1973) anhand verschiedener Beispiele der Wissenschaftsgeschichte verdeutlicht. Die dargestellten Elemente des seriellen Geschichtsbegriffes bei Foucault werden im weiteren Verlauf der vorliegenden Untersuchung darüber hinaus in eine synchrone Perspektive transferiert. In Anbetracht der unterschiedlichen und parallel ablaufenden Bedeutungszuschreibungen und Subjektpositionierungen in den aktuellen Diskursen der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung und Individualisierung<sup>13</sup> lassen sich die Konzepte

<sup>12</sup> Vgl. die Darlegungen zum Modell der Identität als Differenz im Diskurs in Kap. 4.2.

<sup>13</sup> Vgl. Kap. 1.

der diskursiven Kontingenzen, Diskontinuitäten und Brüche ebenfalls im zeitlichen Querschnitt in Stellung bringen. Damit wird der Blick auf die Entstehung antagonistischer Identitäten noch einmal begrifflich geschärft und die Basis einer diskurstheoretisch informierten Ableitung sozialer Konflikte erweitert.

### **Kritische Anmerkungen zur Perspektive der Performativität von Sprache und deren Synthese im neuen Realismus**

Eine oft vorgebrachte Kritik am Poststrukturalismus ist die damit vermeintlich einhergehende Beliebigkeit (Feustel 2015; Zielke 2006). Wenn alles möglich sein *kann* und nichts abschließend *ist*, dann existierten laut den Kritikern auch keine Referenzpunkte für Wahrheit, Moral und Ethik, was den Weg für hochgradig problematische Argumentationen (beispielsweise zur Benachteiligung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen im Diskurs) ebnete. Habermas (1986) sieht Foucault mit seiner Archäologie darüber hinaus in eine erkenntnistheoretische Falle tappen, in der sie sich ihrerseits als eine reine Machtstrukturen beschreibende Wissenschaft im Repräsentationsmodus einrichtet. Große Probleme bereitet ihm außerdem die nicht widerspruchsfreie Machtkonzeption von Foucault, deren Genealogie er gern erkundet wüsste. Er wirft ihm vor, über den Diskurs zu seinem Diskurs zu schweigen und somit eine implizite und vor allem zirkuläre Verankerung seines Denkens im Absoluten zu verschleiern, der er sich in der Genealogie seiner eigenen Entwicklung zu stellen hätte.

Eine weitere kritische Betrachtung ist hinsichtlich der sprachphilosophischen Perspektive diskursiver Performativität denkbar. Wenn Sprache nicht mehr allein eine begriffliche Beschreibung ist, sondern dichterische Nennung (vgl. Vašek 2015a), dann könnte sie mitunter als eine Art göttlicher Schöpfungsakt verstanden werden. Und zwar wenn das Genannte durch die Nennung überhaupt erst in Geltung gesetzt wird, mithin ‚materialisiert‘. Der Sprechende könnte sich in der Folge dieser Argumentation als Schöpfer im göttlichen Sinne verstehen und sich selbst einer argumentativen, konstruktiv-kritischen Betrachtung gegenüber unzugänglich zeigen. So entstünde ein totalitärer Absolutismus, welcher sich im Gewand augenscheinlicher Alternativlosigkeiten zeigt (Feustel 2015). Konstruktiven Verhandlungen um Gesellschaft wird aber damit nicht nur der Boden entzogen. Sie haben darüber hinaus auf dieser Ebene der Argumentation keinerlei Existenz als mögliche Konzepte im gesellschaftlichen Miteinander. Damit würde das genaue Gegenteil zum Vorwurf an den Poststrukturalismus, er sei relativierend bzw. beliebig, erreicht. Feustel (2015: 56) bemerkt hingegen auf Derridas Dekonstruktion zurückgreifend, „[j]eder Begriff, den wir uns von uns selbst oder von der Welt machen, ist [...] nicht Ausdruck einer primären oder schöpferischen Denkleistung, sondern schließt an langwierige Ablagerungen und Spuren, an verschobene, umkämpfte Signifikanten an, die der Welt Bedeutung zuführen oder andichten.“ Anders ausgedrückt: Sinn und Bedeutung sind keineswegs beliebig und ohne diskursive Einbettung möglich, trotz aller Brüche, Erkenntnisse und kreativer Denk- und Sprachleistungen. Eine gottgleiche Schöpfungskraft setzt nun aber gerade das erschaffende Individuum außerhalb aller Diskurse voraus, das dann wie ein Puppenspieler die Fäden im Fluss der Diskurse (Jäger 1993) nach eigenem Belieben in der Hand hielte und greifbarer Fluchtpunkt jeglicher Realität wäre. Mit der o. g. Kritik geht also die Gefahr einher, die Metaphysik ontologischer Prämissen von *der* Wahrheit quasi durch die Hintertür wieder in die poststrukturalistische Diskussion einzubringen. Der entstehende Zirkelschluss liegt auf der Hand und die Kritik bleibt diskussionswürdig.

Gleichwohl drängen jüngste erkenntnistheoretische Debatten um einen sog. neuen Realismus (Gabriel 2014) darauf, populistische Verwerfungen in der Postmoderne zu beachten, die einem emanzipatorischen Anspruch zuwiderliefen:

*„Das Aufkommen der populistischen Medien hat ein Beispiel für den Abschied von der Wirklichkeit geliefert, der in keiner Weise emanzipatorisch war, ganz zu schweigen von einem skrupellosen Gebrauch der Wahrheit als ideologische Konstruktion, der auf Basis fingierter Beweise für die Existenz von Massenvernichtungswaffen einen Krieg ausgelöst hat.“ (Ferraris 2014: 54f.)*

Diese Schwäche kann wiederum der willkürlich anmutenden Interpretation der Postmoderne etwa durch die angesprochenen Medien angelastet werden. Bedeutungen und damit einhergehende Wahrheiten sind dagegen wie oben erläutert eben nicht beliebig. Hier schließt sich der neue Realismus in Abkehr von einer radikalkonstruktivistischen Perspektive an, indem er der Ansicht folgt, dass „[d]as Prinzip qua logische Wahrheit also nicht verhandelbar [ist]. Verhandelbar sind nur verschiedene Auslegungen.“ (Koch 2014: 239) In dieser Lesart wohnt den Dingen keine intrinsische Bedeutung inne, Identität ist keine Ontologie per se. Sie entsteht als Konzept in der Sphäre des Wirklichen. Dann ist sie als eben jenes Konzept – und hier kommt die Relativierung poststrukturalistischer Annahmen ins Spiel – stabil und abgeschlossen im Sinne eines formallogischen existieren *könnens*. Daraus folgt, dass Bedeutung und Identität weder willkürlich noch essentiell sind.

In Bezug auf die eingangs zitierte Aussage Feustels (2015) ist grundsätzlich festzuhalten, dass ‚das Reale‘ oder was wir dafür halten, in einer diskurstheoretischen Betrachtungsperspektive nicht nur eine Leerstelle ist, sondern dies auch trotz immer währender Füllversuche bleibt. Für die weitere Untersuchung sei an dieser Stelle angenommen, dass Realität – verstanden als temporäre Füllung der Leerstelle – zwar existiert, ihre *Bedeutung* aber erst im Zeichensystem der Sprache, und damit einhergehend im Diskurs erhält. Die diskurstheoretischen Grundlagen, so wie sie hier dargelegt worden sind, können indes konsequent gedacht nicht als ontologische Letztbegründung der zentralen Aussagen der Arbeit dienen. Die erkenntnisleitende Prämisse für die weitere Untersuchung stellt zwar auf die diskursive Konstitution von Wirklichkeiten und damit verbundenen Wissensordnungen und Subjekten ab. Doch diese als Fundament im Wortsinn zu betrachten wäre ein Trugschluss. Somit ist auch diese Prämisse nur eine von vielen möglichen und sie dient in ihrer Definition als heuristische Kategorie *einer* Realität. Wie diese Sichtweise über Disziplingrenzen hinweg in der Konflikt- und Raumforschung erkenntnistheoretisch in Wert gesetzt werden kann, zeigen die folgenden Ausführungen.

### **Aus den diskurstheoretischen Grundlagen abgeleitete Begrifflichkeiten für die weitere Arbeit**

In der Darstellung der diskurstheoretischen Grundlagen zeigten sich bereits einige Begrifflichkeiten, die im Zusammenhang mit der vorliegenden Untersuchung einer zusammenfassenden Festlegung bedürfen. Diese werden folgend herausgearbeitet und durch eine Justierung von auf den Akteursbegriff bezogenen Konzepten um das Soziale und die Gesellschaft ergänzt.

Der **Diskurs** stellt allgemein die Übersetzungsvorschrift zwischen Denken und Kommunikation dar. Letztere kann verbal oder nonverbal in Verbindung mit entsprechenden Handlungen bzw. Praktiken erfolgen. Diskurse organisieren eine zum einen symbolische und zum anderen anhand von Sym-

bolen strukturierte Wirklichkeiten im Sozialen. Das Symbolische spricht Zeichenbeziehungen zwischen einem Bezeichnenden (Signifikant) und einem Bezeichneten (Signifikat) sowie dem dritten Element der Referenz an. Dieses im produktiven Sinne zu verstehende Spannungsverhältnis führt zur Struktur, welche sich aus einer Differenzfunktion der relativen Positionierung von Bedeutungen, darauf basierendem Wissen und damit letztlich von Wirklichkeiten speist. Da die angesprochenen Strukturen kontingent und somit im Prozess ihrer (Re-)Produktion veränderlich sind, organisieren Diskurse symbolische Ordnungen zur Strukturierung gesellschaftlicher Wirklichkeiten, die nie vollständig abgeschlossen sind.

In der Sprachphilosophie wird der polyphone **Bedeutungsbegriff** sowohl mit der Form als auch als inhaltliches Konstituens für Symbole und Zeichen assoziiert. Die Bedeutung eines sprachlichen Ausdruckes entsteht dabei in Referenz zum verwendeten Kontext, ist also das Ergebnis einer Differenzfunktion. Daraus ergibt sich für die vorliegende Untersuchung folgende Begriffsverwendung: Im Prozess der Bedeutungskonstitution eines sprachlichen Ausdrucks in einer Sprachgemeinschaft werden einerseits alternativ mögliche Bedeutungen für diesen Ausdruck stark eingeschränkt (beispielsweise hat der Ausdruck ‚Plan‘ eine im Gesprächskontext kristallisierte Bedeutung, die im Normalfall nicht derjenigen des Ausdruckes ‚Kompass‘ entspricht). Andererseits ist die Bedeutungsbelegung eines Begriffes nicht willkürlich, sondern entstammt dem jeweiligen Wissenssystem als Kontext, in dem dieser Ausdruck verwendet wird. In einer Regionalplanungsbehörde ist etwa die Bedeutung des Ausdruckes ‚Plan‘ im entsprechenden Kontext als Schriftstück mit angehängtem Kartenteil und festgelegtem Inhalt zu verstehen, in der kognitiven Semantik ist der ‚Plan‘ hingegen ein Element, mit dem Zusammenhänge in der Welt erklärt werden können, wenn sie nicht explizit genannt sind (Wrana et al. 2014). Es zeigt sich, dass je nach Kontext und ungeachtet der im Diskurs stets vorhandenen Einschränkungen des Sagbaren, alternative Bedeutungen für ein und denselben sprachlichen Ausdruck möglich sind. Die Differenzfunktionen sind also in ihrer Struktur nicht statisch, die grundsätzliche Verschiebbarkeit von Bedeutungen in sich ebenso veränderlichen Kontexten ist eine Prämisse poststrukturalistischer Bedeutungsfassung, die hier zur Anwendung kommt. Nach Foucault (2010: 31) entsteht diese Bedeutung zwischen dem kognitiven Wissenssystem und dem konkreten sprachlichen Symbol oder auch „zwischen dem Denken und der Sprache“ wobei dieser Zwischenraum von ihm wie bereits dargestellt als Diskurs gefasst wird.

**Sinn** entsteht in der Kommunikation mittels mit Bedeutung aufgeladener Ausdrücke (Signifikanten) bezogen auf die adressierten Entitäten (Signifikate). Die Verknüpfung von Signifikanten und Signifikaten folgt einem in der diskursiven Bedeutungsgebung angelegten Muster. Die jeweils in Anschlag gebrachte Logik ist der zugrunde gelegten Rationalität inhärent. Beim kommunikativen Aufeinandertreffen verschiedener Rationalitäten, mithin unterschiedlicher Perspektiven auf die Signifikate, kann es hier zu Diskontinuitäten und Brüchen in der Sinnggebung kommen: Wenn etwas nicht ins Bild passt, ergibt es keinen Sinn (vgl. Davy 2004, 2008). Er ist somit das Ergebnis eines in der diskursiven Bedeutungsgebung angelegten Unterscheidungssystems von ‚sinnvoll‘ und ‚sinnlos‘ bzw. alltagssprachlich ‚unsinnig‘ oder noch weiter einschränkend von ‚wahr‘ und ‚falsch‘. Sinn entspricht mithin dem, was Link und Link-Heer (1990: 97) als „verschiedene Wertungen innerhalb der verschiedenen interdiskursiven Ensembles und Arsenale“ bezeichnen.

Die auf den sinnhaften Bedeutungszusammenhängen basierenden Begründungen in der eigenen Positionierung verweisen auf die angesprochene **Rationalität**. Im Gegensatz zum lateinischen Begriff der ratio als der singular-zentrierten Vernunft und der Berechnung verhaftet, orientiert sich der Begriff hier an der immanenten Logik aufscheinender Verknüpfungen innerhalb der diskursiven Konstruktion von Wissen und damit zusammenhängenden Wahrheiten. Ein Rationalismus ist damit nicht möglich, weder im modernistisch-technischen noch im kritisch-theoretischen oder kommunikativen Sinne.<sup>14</sup> Ebenso tritt in diesem Kontext das Konzept der Irrationalität zugunsten der Annahme einer Polyrationalität zurück (vgl. Davy 2004, Hartmann 2012). Demnach können mehrere Begründungszusammenhänge parallel als Wirklichkeiten entworfen werden und entweder berührungslos, in identitätsüberschneidender Kooperation oder in konflikthafter Abgrenzung zueinander stehen.

Vor dem Hintergrund der verschiedenen Bedeutungsvorräte und Sinnzuschreibungen einer Gesellschaft zeigen sich Grenzen dessen, was als ‚sagbar‘ gilt. Zum einen ergeben sich aus den jeweils vorhandenen, geteilten und aktuell gültigen Wissensbeständen Konzepte, denen ein regulierendes Unterscheidungssystem aus ‚wahr‘ und ‚falsch‘ entspringt. Zum anderen leiten sich daraus moralische Prinzipien und Normierungen dessen ab, was den aktuell gültigen Konventionen der Sprache entspricht. Daran im Anschluss bezeichnet der **Sagbarkeitsraum** die begrenzte Verfügbarkeit der Diskurse im jeweiligen raum-zeitlichen Kontext von Macht und Wissen und der Stellung der Sprecher in den ihnen diskursiv zugeschriebenen Positionen. Er spannt sich als Antwort auf die Frage danach auf, wer was in welcher Situation sagen kann und auch ‚darf‘. Der **Möglichkeitsraum** bezieht dagegen das Potential des Sagbaren mit ein. Es kann endogen durch kreative Weiterentwicklung bestehender Diskursordnungen quasi aus ihnen heraus aufgerufen werden oder exogen durch diskursexterne, mitunter unvorhergesehene Ereignisse in Erscheinung treten.<sup>15</sup> Möglichkeitsräume öffnen sich ebenfalls im Zuge wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns und einer damit einhergehenden Veränderung disziplinärer Diskurse. Auch der Möglichkeitsraum ist begrenzt, denn er ist zwar Potential, nicht aber Beliebigkeit.

Als **Gesellschaft** wird die strukturelle Ebene des menschlichen Zusammenlebens angesprochen, mithin die jeweils diskursiv konstituierte soziale Ordnung. Der Strukturbegriff orientiert sich an dieser Stelle an Giddens‘ (1988) Strukturtheorie und beinhaltet den gesamten Vorrat an sozial verfestigten und geteilten Regeln, Ressourcen, Institutionen und Normen, auch wenn diese im Sinne des Poststrukturalismus als kontingent zu begreifen sind. Aus ihnen erwachsen den einzelnen Akteuren – gefasst als im Diskurs identifizierte Subjekte (auch kollektive) – raum-zeitlich situierte Möglichkeiten und Grenzen in den sozialen Handlungen. Der daraus folgende Anschluss an das **Soziale** bezieht sich auf die interpersonale Ebene des menschlichen Zusammenlebens. Nach Giddens handelt es sich um die Ebene des Handelns, in der eine fortwährende Reproduktion der Gesellschaft stattfindet (vgl. Miebach 2010). Soziale Systeme sind „situierte Aktivitäten handelnder Menschen, die über Raum und Zeit reproduziert werden.“ (Giddens 1988: 77).

---

<sup>14</sup> Vgl. Kap. 3.1 und 3.2.

<sup>15</sup> Als Beispiel sei hier die ebenfalls die Raumentwicklung in Deutschland direkt betreffende sog. Energiewende genannt. Vor dem Tsunami an der japanischen Pazifikküste und der daraus resultierenden Havarie des Atomkraftwerkes in Fukushima galt die Atomkraft für die damalige Bundesregierung als sog. Brückentechnologie und deren verlängerte Nutzung als alternativlos. Danach weitete sich der Raum des Sagbaren in der politischen Verhandlung um einen beschleunigten Atomausstieg aus und entsprechende Diskurse konnten in Geltung gesetzt werden.

Der ebenfalls zentrale Begriff des sozialen Konfliktes als auch die planungstheoretisch informierten Definition einer diskursiven Planung werden im weiteren Verlauf der Arbeit herausgearbeitet und entsprechend expliziert.<sup>16</sup>

## 2.3 Sozialer Konflikt als gesellschaftlicher (Re-)Produktionsprozess

Wie die Diskursforschung für den sie denominierenden Diskursbegriff reklamiert die sozialwissenschaftliche Konfliktforschung für den Konfliktbegriff eine große Definitions- und Verwendungsvielfalt in den Sozialwissenschaften, die im Zuge einer Abwendung von positivistisch-konsensorientierten Gesellschaftstheorien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelt wurden (Bonacker 2008; Bonacker und Imbusch 2006; Glasl 2004; Thomas 1992). Trotz der auch hier diagnostizierten Widersprüche, Inkonsistenzen und unterschiedlichen (erkenntnis-)theoretischen Perspektiven werden einige Gemeinsamkeiten in der Konzeptionalisierung von Konflikten erkennbar. So werden sie insbesondere in der Soziologie nicht mehr nur als pathologische Erscheinungen interpretiert, die ein friedliches Miteinander in und zwischen Gesellschaften bedrohen und also kuriert gehören:

*„So wird etwa festgestellt, daß Frieden (auch Ordnung) und K[onflikt] keineswegs dichotomisch aufeinander bezogen werden müssen. Zudem wird auf den Prozeßcharakter beider ‚Zustände‘ verwiesen. Frieden soll also nicht die Abwesenheit von K[onflikt]en bezeichnen. Vielmehr wird unter Frieden – bescheidener – eine wesentliche Umgangsform mit K[onflikt]en verstanden [...].“ (von der Ohe 1988: 216, Hervorh. im Orig.)*

An dieser Aussage ist bemerkenswert, den Konflikt einerseits als Zustand im intransitiven Verständnis des lat. *confligere* (aneinandergeraten) zu betrachten, andererseits als Prozess im transitiven Verständnis (zusammenstoßen). Sie enthält allerdings über die Negierung einer Dichotomie von Konflikt und Frieden hinaus noch keine Hinweise einer Begriffsbestimmung. Eine Annäherung sei an dieser Stelle also über die davor angesprochenen Gesellschaften unternommen. Denn bei einem Blick in die zahlreiche Literatur zur sozialwissenschaftlichen Konfliktforschung wird eine weitgehende Einigkeit darüber erkennbar, Konflikte abhängig von der gewählten Maßstabebene zu definieren und zu betrachten. Thomas (1992) bietet hierfür eine erste Einteilung in intrapersonale bzw. innere Konflikte einerseits und diejenigen zwischen zwei oder mehr Parteien oder sozialen Einheiten andererseits an. Erstere berühren psychische Spannungen etwa in Form von Entscheidungsdilemmata vor dem Hintergrund unterschiedlicher Rollenanforderungen. Konflikte zwischen Personen untergliedern Bonacker und Imbusch (2006) noch einmal in interpersonale und innergesellschaftliche Konflikte sowie internationale Auseinandersetzungen im globalen Maßstab. Letztere weisen weiträumige thematische Überschneidungen mit dem politikwissenschaftlichen Feld der internationalen Beziehungen auf und nehmen vorrangig zwischenstaatliche Machtkonflikte und Kriege sowie regionale Verteilungs- und Systemkonkurrenzen in den Blick (Bonacker 2008). Für das Organisationsmanagement im weiteren Sinne und die Raumplanung im Speziellen sind vorrangig die mittleren Maßstabebenen inner- oder besser: unterhalb der gesellschaftlichen Ebene relevant. Dort auftretende Konflikte werden folgend mithin als *soziale* Konflikte bezeichnet (vgl. Abbildung 2).

<sup>16</sup> Vgl. für den sozialen Konflikt Kap.2.5 und für die diskursive Planung Kap. 3.4.

Abbildung 2: Maßstabsebenen, Theorien und Formen von Konflikten

	<u>Maßstabsebenen</u>	<u>Konflikttheorien</u>	<u>Konfliktformen</u>
<b>sozialer Konflikt</b>	international	Theorien internationaler Beziehungen	Krieg, Systemkonflikte, globale Verteilungs- und Ressourcenkonflikte
	interpersonal/ innergesellschaftlich	soziologische Gesellschaftstheorien	Informations- und Kommunikationskonflikte, politische, religiöse und ökonomische Konflikte, Beziehungskonflikte
	intrapersonal	soziobiologische und psychoanalytische Gesellschaftstheorien	psychische Spannungen, Rollenkonflikte

Quelle: eigener Entwurf; Inhalt: Bonacker und Imbusch (2006); Thomas (1992)

Mit Hilfe dieser ersten Eingrenzung des Konfliktbegriffes wird ein Zugang zu einer ganzen Reihe unterschiedlicher Definitionen eröffnet, die im Laufe der konflikttheoretischen Debatten teilweise in ein gegenseitiges Bezugssystem getreten sind und sich dabei inhaltlich entsprechend weiterentwickelt haben. Sehr allgemein definiert von Rosenstiel (2007: 314): „Ein interindividueller – sogenannter sozialer Konflikt – liegt dann vor, wenn zwischen Konfliktparteien, die jeweils aus zumindest einer Person bestehen, unvereinbare Handlungstendenzen beobachtet werden.“ Auch Bonacker und Imbusch (2006: 69) bleiben einer eher allgemeinen Sichtweise verhaftet indem sie feststellen, dass „Konflikte sich entsprechend definieren [lassen] als soziale Tatbestände, an denen mindestens zwei Parteien (Einzelpersonen, Gruppen, Staaten etc.) beteiligt sind, die auf Unterschieden in der sozialen Lage und/oder auf Unterschieden in der Interessenkonstellation der Konfliktparteien beruhen.“ Daraus wird ersichtlich, dass unvereinbare Handlungen und unterschiedliche Interessen als für den sozialen Konflikt grundlegend angesehen werden. Beres und Schmidt (1982: 42) stellen zusätzlich fest, dass erst dann von einem Konflikt gesprochen werden kann, wenn die Interessen in einer Interaktion aufeinandertreffen, „that is, interactions between people who perceive incompatible differences and act on them.“

Konflikte können jedoch auch in einem kooperativen Kontext auftreten, wie Deutsch (1969) betont. In diesem Fall haben die beteiligten Konfliktparteien durchaus kongruente Ziele und Interessen, der Konflikt könne sich aber an der Wahl einer geeigneten Methodik zur Zielerreichung entzünden. Die Gegnerschaft entfalte sich dann nicht entlang unterschiedlicher Interessen, sondern daran, wie gemeinsame Ziele zu verwirklichen seien, womit implizit die Frage nach dem Konfliktgegenstand in Abgrenzung von den Konfliktursachen gestellt wird. Von der Ohe (1988) fokussiert in seinem Versuch, den Begriff in seiner Verwendung nach eigener Aussage zu ent-reifizieren, ebenfalls Konfliktursachen und Betrachtungsperspektiven. Denn eine allgemeine Konflikttheorie mit einem generalisierten Gattungsbegriff über alle Maßstabsebenen und Konfliktarten hinweg sei seiner Ansicht nach schwer vorstellbar. Eine solche Betrachtungsperspektive besetzt Rüttinger (1977) mit dem Sozialen, wobei er in seiner Definition den Konfliktgegenstand zugunsten einer gegenseitigen Abhängigkeit der beteiligten Personen umgeht. Soziale Konflikte sind für ihn „Spannungssituationen, in denen zwei oder mehr Parteien, die voneinander abhängig sind, mit Nachdruck versuchen, scheinbar oder tat-

sächlich unvereinbare Handlungspläne zu verwirklichen und sich dabei ihrer Gegnerschaft bewußt sind.“ (Rüttinger 1977: 22) Darauf basierend insinuiert Glasl (2004) wiederum den Gegenstandsbe-  
griff, indem er eine gegenseitig wahrgenommene Beeinträchtigung beim Aufeinandertreffen (im tran-  
sitiven Verständnis des lat. *confligere*) sog. Aktoren als konfliktkonstituierend definiert:

*„Sozialer Konflikt ist eine Interaktion zwischen Aktoren (Individuen, Gruppen, Organisationen usw.), wobei wenigstens ein Akteur eine Differenz bzw. Unvereinbarkeiten im Wahrnehmen und im Denken bzw. Vorstellen und im Fühlen und im Wollen mit dem anderen Akteur (den anderen Aktoren) in der Art erlebt, dass beim Verwirklichen dessen, was der Akteur denkt, fühlt oder will eine Beeinträchtigung durch einen anderen Akteur (die anderen Aktoren) erfolge.“ (Glasl 2004: 17)*

Dezidiert prozessorientiert und basierend auf von ihm vorab formulierten Elementen einer Konflikttheorie insistiert Thomas (1992: 653), den Beginn eines Konfliktes in den Blick zu nehmen<sup>17</sup> und er definiert Konflikt als „the process that begins when one party perceives that the other has negatively affected, or is about to negatively affect, something that he or she cares about.“ Insbesondere die sehr offene Formulierung dessen, was einzelnen Akteuren wichtig erscheint („care about“), öffnet einen Interpretationsspielraum, der auf individuell unterschiedliche Fixierungen von Interessen, Meinungen und Identitäten hindeutet. Ob sich diese Fixierungen gleichzeitig auch in Ziele der Akteure übersetzen lassen, ist mit den Ausführungen Thomas‘ (1992) dabei nicht eindeutig zu bestimmen.

Nach diesem ersten Überblick zu den unterschiedlichen Definitionen des sozialen Konfliktes ist ein Blick auf einige konflikttheoretische Grundlagen im entsprechenden Maßstabbereich möglich. Dafür geeignete Ansätze wurden anhand einer Typologie identifiziert, die sich an von der Ohes (1988) Einteilung in analytische und synthetische Konflikte orientiert. Den Konflikt selbst betrachtet er als einen metaphorischen Patienten, dessen Befindlichkeit im Bereich der synthetischen Theorien diagnostiziert wird. Den operationellen Verständniszugang zum Konflikt leisten daran anschließend die instrumentell angelegten analytischen Theorien. Letztere sollen an dieser Stelle im analytischen Urteil a priori durch die vorab dargestellten Elemente der Diskurstheorie besetzt werden, wenn auch die Formulierung eines daran anschließenden konflikttheoretischen Konzeptes noch aussteht. Folgend werden also eher synthetische Konflikttheorien auf der interpersonalen Ebene angesprochen, die im heterogenen Feld sozialwissenschaftlicher Konfliktforschung disziplinübergreifende Spuren hinterlassen haben. Daran anschließend werden zwei Vertreter einer poststrukturalistischen Fassung sozialer Konflikte vorgestellt, bevor abschließend die Anknüpfungspunkte für eine diskurstheoretische Ableitung sozialer Konflikte zusammenfassend extrahiert werden.

## **Zentrale Aussagen sozialwissenschaftlich-synthetischer Konflikttheorien**

### *Sozialer Konflikt als Streit bei Georg Simmel*

Georg Simmel (2013: 13) stellt in seinem im Jahr 1908 erstmals erschienenen Entwurf einer Soziologie als Untersuchung über die Vergesellschaftung fest, dass „Inhalt und gesellschaftliche Form eine einheitliche Realität [bilden. E]ine soziale Form kann so wenig eine von jedem Inhalt gelöste

<sup>17</sup> Vgl. dazu auch das allgemeine Konfliktmodell in Kap. 4.2.



Existenz gewinnen, wie eine räumliche Form ohne eine Materie bestehen kann, deren Form sie ist.“ Sein vornehmliches Interesse gilt daran anschließend der Form, angeleitet durch die Frage nach dem ‚Wie‘ des sozialen Miteinanders, denn erst die Wechselwirkungen unter den Individuen wirken ihm zufolge vergesellschaftend. Eine ganz wesentliche Spielart dafür erkennt er im Kampf, „der doch eine der lebhaftesten Wechselwirkungen ist.“ (Simmel 2013: 197) Ohne den Konfliktbegriff selbst in den Vordergrund zu stellen, legt Simmel in seiner Abhandlung über den Streit drei Konfliktformen zwischen den beiden Extremen der umfassenden persönlich-emotionalen Einbindung und der völlig unpersönlichen Auseinandersetzung nahe (Stark 2008). Der Kampf sei danach als Mittel der Gewaltanwendung zu verstehen, welches eingesetzt wird, um einen Sieg über den Gegner zu erlangen, worauf soziale Ordnungsprinzipien und Hierarchien gründen. Auslöser dafür ist „die eigentümliche Erscheinung des sozialen Hasses“ (Simmel 2013: 220), also einer auf den Gegner gerichteten, negativ konnotierten Emotion.

Sehr viel stärker als sozialer Konflikt zu verstehen ist dagegen seine zentrale Denkfigur des Streits, wie er auch das entsprechende und als selbstständigen Beitrag formulierte vierte Kapitel in seinem Hauptwerk überschrieb (vgl. Simmel 2013). Dieser sei „eine Form der Zusammenführung des Dissoziierten [und] folgt Regeln und Formen, in denen der Streit ausgetragen werden kann.“ (Junge 2009: 46) Aus dieser Aussage lassen sich die drei wesentlichen Charakteristika des Streits herauslesen. Erstens handelt es sich um eine insofern institutionalisierte Auseinandersetzung, als dass gesellschaftliche Instanzen der Konfliktaustragung diesen begleiten und im Allgemeinen als anerkannt gelten können. Als Beispiel dient Simmel (2013: 212f.) der Rechtsstreit, dem „das energische Rechtsgefühl, die Unmöglichkeit, einen wirklichen oder vermeintlichen Eingriff in die Rechtssphäre, mit der das Ich sich solidarisch fühlt, zu ertragen“, zugrunde liegt. Daraus folgt zweitens, dass in der besonderen Form des Streits ein gemeinsamer Bezugspunkt vorhanden ist, vor dessen Hintergrund die partikularen Interessen auseinanderfallen und in den Konflikt treten. Die gesellschaftliche Einheit bildet dabei den Ausgangspunkt, von dem aus der Streit geführt wird. Schließlich fällt hier der Hinweis, dass – drittens – „das momentan Different“ (Simmel 2013: 217) die gegenseitige Stellung der Konflikteilnehmer bestimmt, der Konflikt also in der Position des Gegenüber gründet und weniger in der inhaltlich angeführten Konfliktursache.

Als Sonderform der Auseinandersetzung benennt Simmel (2013) schließlich noch die Konkurrenz, in der der Bezug auf den Gegner zugunsten des zu erreichenden Ziels zurücktritt. Das Vorhandensein eines Konkurrenten verleiht lediglich der eigenen Tätigkeit den nötigen Antrieb. Im Konkurrenzkampf sind Ziel und Ausgangslage unstrittig, er ist damit weniger sozialer Konflikt als ökonomischer, sportlicher oder anderweitiger Wettbewerb.

Ungeachtet der Unterschiede der drei Konfliktarten bei Simmel (2013) ist zusammenfassend noch einmal das vergesellschaftende Moment von Auseinandersetzungen hervorzuheben, Konflikte sind „die Einbeziehung der Mitglieder [der gegnerischen Gruppe] in die eigene Gruppe“ (Stark 2008: 86), und zwar entweder als Zielhorizont im Kampf oder als Austragungsort im Streit. Somit ist der soziale Konflikt ein positives Moment von Gesellschaft. Eine besondere Konflikthanfälligkeit diagnostiziert Simmel (2013) nun in der Individualisierung und Ausdifferenzierung von modernen Gesellschaften. Aufgrund divergierender sozialer Anforderungen an Personen in den unterschiedlichen gesellschaftli-

chen Kreisen und Institutionen steigt damit die Konflikthaftigkeit sozialer Wechselwirkungen. Das Potential für die Erklärung intrapersonaler Rollenkonflikte hier außen vor lassend, zeigt sich eine gedankliche Kongruenz zur Konfliktform des Streits. Denn die institutionellen Regeln und Instanzen sind laut Stark (2008: 89) ebenfalls moderne Erscheinungen, die eine Konfliktaustragung oder dessen Regelung ermöglichen, ohne dass der „moderne Mensch [...] im sozialen Chaos“ versinkt.

Als wesentlich ist bei Simmels (2013) Entwurf einer modernen Soziologie zu beachten, dass er der *Form* des menschlichen Miteinanders den Vorzug vor den *Inhalten* gibt. Letztere würden in den humanwissenschaftlichen Nachbardisziplinen hinreichend bearbeitet und die Soziologie sollte sich nicht der Hybris hingeben, eine widerspruchsfreie Synopse der inhaltlichen Dimensionen des Sozialen leisten zu wollen (Stark 2008). Darin zeigt sich ein erkenntnisleitender Anschluss an die eigene Forschungsfrage sowie an die im ersten Teil dieses Kapitels dargelegten diskurstheoretischen Grundlagen, die ebenfalls die thematischen Diskursinhalte („policies“) zugunsten der sozialen Organisationsprozesse („politics“) gesellschaftlicher Wissensbestände und Identitäten im sozialen Konflikt zurückstellt.

#### *Gesellschaftstheorie als Konflikttheorie bei Ralf Dahrendorf*

Nach den konflikttheoretischen Überlegungen Simmels folgten mehrere Jahrzehnte der weitgehenden Abwesenheit des sozialen Konfliktes als Diskussionsgegenstand in der soziologischen Theoriebildung. Bestimmend waren dagegen strukturell-funktionale Ansätze der Integration, die Dahrendorf (1979) in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts mit Hilfe einer doppelten Begründung kritisierte. Zunächst stellte er den integrativen Vokabeln der zu dieser Zeit bestimmenden Theorien einen alternativen Entwurf von Gesellschaft diametral gegenüber, um anschließend darauf zu verweisen, diese ineinander verschränkt zu begreifen, wollte man sich einem tragfähigen Gesellschaftsbegriff nähern:

*„Stabilität und Wandel, Integration und Konflikt, Funktion und ‚Dysfunktion‘, Konsensus und Zwang sind, so scheint es, zwei gleich gültige Aspekte jeder denkbaren Gesellschaft, dialektisch aneinandergelagert und nur in ihrer Kombination erschöpfend als Beschreibung des gesellschaftlichen Prozesses.“*  
(Dahrendorf 1979: 113)

In der Aussage zeigen sich die Prämissen Dahrendorfs, indem er zum einen andeutet, dass Gesellschaften nur unter Einbezug von Konflikten gedacht werden könnten. Konflikte seien aber – zum anderen – nicht zwangsläufig als pathologisch zu bewerten, sondern überhaupt erst Motor der Entwicklung. Ausgehend von diesen Grundannahmen stellt Dahrendorf (1972, 1979; vgl. auch Lamla 2008) fest, dass in den spätmodernen Gesellschaften marxistische Klassenkämpfe kaum mehr auszumachen seien und sich Auseinandersetzungen nicht mehr aus dem Struktur*hintergrund sozialer Klassen* erklären lassen. Als wahrscheinlicher sieht er eine horizontale Dissonanz an, der er sich mit dem Begriff der Struktur*lagen* nähert. Darunter sind die den Konflikt auslösenden Positionen verschiedener sozialer Gruppen zu verstehen, und „[a]uf Grund des jeweils relevanten Strukturmerkmals lassen sich in der betreffenden sozialen Einheit zwei Aggregate sozialer Positionen, die ‚beiden‘ Seiten der Konfliktfront unterscheiden“ (Dahrendorf 1972: 35). In einer ersten Stufe der Konfliktenstehung sind die angesprochenen Merkmale zunächst latent und die Merkmalsträger sich ihrer Position mitunter (noch) nicht bewusst. Werden die den Positionen zugehörigen Interessen expliziert und die sozialen Gruppen dezidiert organisiert, ist die zweite Stufe der Konfliktenfaltung erreicht. Für das Gelingen des Übergangs

müssen laut Dahrendorf (1972: 36) „gewisse technische (personelle, ideologische, materielle), soziale (systematische Rekrutierung, Kommunikation) und politische (Koalitionsfreiheit) Bedingungen erfüllt sein.“ Als dritte und letzte Etappe der Konfliktentstehung sieht er schließlich den Konflikt selbst, der sich dadurch auszeichnet, dass sich organisatorische Identitäten als Konflikttelnehmer voll ausgebildet haben.

Bemerkenswert an der Konflikttheorie Dahrendorfs ist neben der Grundannahme einer prinzipiell prozeduralen Konflikthaftigkeit von Gesellschaft die definitorische Bindung des Konfliktbegriffes an (organisatorische) Identitäten. Deren Herausbildung und Entwicklung verläuft parallel zur Entstehung sozialer Konflikte. Allerdings haben die Aussagen Dahrendorfs an dieser Stelle eher den Charakter eines Befundes. Auf die Konstitution, Genese und erkenntnistheoretische Stellung der Identitäten selbst geht er nicht näher ein. Weiterhin bindet er den Konfliktbegriff in der Tradition des marxistischen Klassenkampfes an Herrschaftsverbände zurück und meint dazu, „[d]ie soziologische Theorie des Konfliktes mag gut daran tun, sich zunächst auf die Erklärung von Auseinandersetzungen zwischen Herrschenden und Beherrschten in gegebenen sozialen Strukturzusammenhängen zu beschränken.“ (Dahrendorf 1979: 111) Beide Gruppierungen stellen für ihn die zwei Seiten derselben Medaille dar, und die daraus erwachsende Entwicklung ist zentraler Gegenstand der Gesellschaftstheorie Dahrendorfs (Lamla 2008). Der soziale Konflikt stellt für ihn folglich nur eine endogene Erklärungsvariable für Gesellschaft dar, nicht sein zentrales Erkenntnisinteresse.

#### *Konflikttheorie des Rational Choice Ansatzes und Spieltheorie*

Der Rational Choice Ansatz basiert auf dem Konzept des ‚homo oeconomicus‘ als Nutzen maximierenden Akteur<sup>18</sup>, geht aber noch darüber hinaus. Die Grundlage bildet die Modellierung eines individuellen ökonomischen Subjektes, welches Lindenberg (1985: 100, Hervorh. im Orig.) mit dem Acronym RREEMM in die soziologische Debatte einführt. Demnach sind soziale Akteure in ihrem Handeln

*„Resourceful: man can search for and find possibilities; he can learn and be inventive;  
Restricted: man is confronted with scarcity and must substitute (choose);  
Expecting: man attaches subjective probabilities to (future) events;  
Evaluating: man has ordered preferences and evaluates (future) events;  
Maximizing: man maximizes (expected) utility when choosing a course of action;  
Man.“*

Der deutlichste Unterschied zum ‚homo oeconomicus‘ zeigt sich in der Relativierung des dort angenommenen dominanten, wenn auch nicht ausschließlichen Eigeninteresses und der fehlenden Einbettung in einen durch den Akteur streng objektiv bewerteten Kontext des Handelns (vgl. Kunz 2008). Vielmehr stehen persönliche Präferenzen und ein wesentlich breiterer Zielhorizont im Zentrum des RREEMM-Modells. Gleichwohl basiert der Handlungsdruck sozialer Akteure auf der Knappheit von Ressourcen, welche dazu führt, dass sie immer wieder Entscheidungen treffen müssen, um ihren Nut-

---

<sup>18</sup> Als den ‚ökonomischen Menschen‘ definiert Spranger (1950: 125, Hervorh. im Orig.), er sei „derjenige, der in *allen* Lebensbeziehungen den Nützlichkeitswert voranstellt. Alles wird für ihn zu Mitteln der Lebenserhaltung, des naturhaften Kampfes ums Dasein und der angenehmen Lebensgestaltung.“

zen zu maximieren. In dieser Ressourcenknappheit, die über rein ökonomische Güter hinausgehen kann indem sie soziale Konstellationen und Immaterialitäten einbezieht, liegt ein Konfliktpotential. Aufgerufen wird dieses, wenn die Akteure in ihrem individuellen Handeln versuchen, ihre Ziele zunächst unabhängig von ihrem sozialen Umfeld zu erreichen. Treffen die unterschiedlichen Interessen in einer direkten Konkurrenzsituation aufeinander, bedarf es einer Aushandlung, die im Rational Choice Ansatz wiederum vom Handeln der individuellen Akteure ausgeht und deren Ergebnis „von den Entscheidungen mehrerer Entscheidungsträger abhängt, so daß ein einzelner das Ergebnis nicht unabhängig von der Wahl der anderen bestimmen kann.“ (Holler und Illing 2009: 1)

Einen prominenten Erklärungsansatz für soziale Konflikte im Modus rational-strategischen Handelns bietet die Spieltheorie (vgl. Holler und Illing 2009; Kunz 2008). Auch wenn sich die zahlreichen Varianten sozialer Aushandlungen oder ‚Spiele‘ zwischen den beiden Extremen der Kooperation und des Wettbewerbs entfalten, steht im Kern des Ansatzes die Annahme, dass im sog. Gefangenendilemma der kollektiv größte Gewinn entsteht, wenn sich die Parteien an getroffene Absprachen halten. Die Akteure können aber einen individuell noch höheren Gewinn erzielen, wenn sie die Kooperationsbereitschaft des Gegenübers ausbeuten. Sollten sich beide Seiten für dieses Vorgehen entscheiden, fällt der Gewinn für beide Seiten niedriger aus, als bei der Kooperation. Der minimale Gewinn bzw. maximale Verlust entsteht für den kooperierenden und dabei ausgebeuteten ‚Spieler‘ (vgl. Abbildung 3). An dieser Stelle wird die Diskrepanz zwischen individueller und kollektiver Rationalität deutlich, die Kunz (2008: 465) als zentrales Problem sozialen Zusammenlebens erkennt.

**Abbildung 3: Individueller und kollektiver Gewinn im Gefangenendilemma**

Gewinn für: (Spieler A/Spieler B)		Spieler B	
		Absprache einhalten	Absprache nicht einhalten
Spieler A	Absprache einhalten	(3/3)	(1/4)
	Absprache nicht einhalten	(4/1)	(2/2)

Quelle: verändert nach Kunz (2008)

Die dem Rational Choice Ansatz folgende Spieltheorie zeichnet sich durch einen vergleichsweise hohen Abstraktionsgrad aus, da von einer rein taktischen Ausrichtung in den Entscheidungen der Akteure in konkreten Verhandlungssituationen ausgegangen wird. Weiterhin besteht die Annahme, dass die Konfliktteilnehmer voneinander und von den individuellen und kollektiven Fähigkeiten der Gegenseite in vollem Umfang wissen. Auch der Rationalitätsbegriff folgt einer einfachen Definition, „es wird lediglich angenommen, daß die Akteure ihre Wünsche oder Ziele in eine Rangfolge bringen können, die der Bedeutung entspricht, die sie ihnen beimessen, und sich für solche Handlungen entscheiden, die dazu beitragen, ihre Ziele zu realisieren.“ (Kunz 2008: 463) Außerdem werden soziale Prozesse als Handlungen und Entscheidungen von (individuellen) Akteuren gefasst. Akteure und Handlungen bleiben in diesem Ansatz also wirkmächtig und dem Konflikt vorgängig. Auf die Akteure wirkende Kräfte bei der Ausformung und Explikation der individuellen Interessen werden in der spieltheoretischen Betrachtung des strategischen Handelns dagegen weitgehend außen vor gelassen.

Eine wesentliche Erkenntnis zur Erklärung sozialer Konflikte ergibt sich demnach aus der Annahme, dass der Konflikt entsteht, wenn sich die individuellen Interessen und Handlungen der Akteure kreuzen. Daraus ist zu schließen, dass zwar die divergierenden Ziele bezüglich der Ressourcenverwendung mitunter als Konfliktgegenstände benannt werden. Der Konflikt selbst entzündet sich aber an der Stellung des jeweiligen Gegenübers im taktischen Spiel der Aushandlung. Weiterhin ist zu vermuten, dass sich die strategische Ausgangslage beim Aufeinandertreffen der Akteure vermutlich ändern wird, sobald eine vermittelnde Instanz zur Konfliktbearbeitung auf den Plan tritt und die Informationsbasis der Konflikttteilnehmer erweitert. Zu beachten bleibt an dieser Stelle, dass in der Perspektive rationaler Entscheidungstheorien diese vermittelnde Instanz ebenfalls in das Spiel um Kooperation und Konkurrenz eintritt.

### *Normative Konflikttheorie der Anerkennung*

In der Tradition der kritischen Theorie im Anschluss an Habermas entwirft Köhler (2008) basierend auf den Arbeiten Honneths (1989, 1999, 2014) Ansätze einer normativen Konflikttheorie, die am sozialen Kampf um Anerkennung kristallisieren. Als Ausgangspunkt umreißt Honneth (2014) drei wesentliche soziale Anerkennungsweisen: die emotionale Zuwendung, die kognitive Achtung und die soziale Wertschätzung. Deren Missachtung drückt sich entsprechend in einem Angriff auf die physische Integrität, die soziale Integrität oder die Würde aus. Der Kampf um die jeweils in Frage gestellte Anerkennung entlädt sich in einem positiven sozialen Konflikt, der damit ein progressiv-zivilgesellschaftliches Element der Entwicklung von Gesellschaften darstellt.

Honneth (2014: 214) folgt in seinen Überlegungen der Annahme, dass „Subjekte ihre Identität der Erfahrung einer intersubjektiven Anerkennung verdanken.“ An dieser Stelle wird ein gedanklicher Anschluss an die Subjektivierung im Diskurs möglich, nach der die Identitäten von Akteuren sich in der diskursiven Ansprache konstituieren. Der kleine aber beachtenswerte Begriffsunterschied zwischen der *Anerkennung* und der *Ansprache* bildet hierbei die erkenntnistheoretische Rotationsachse, mit deren Hilfe die normative Theorie der Anerkennung vom Kopf auf die Füße der poststrukturalistischen Diskurstheorie gestellt werden kann. Fehlende Anerkennung in Form von Marginalisierungsversuchen und gezielter Missachtung ausgewählter Identitäten führt laut Köhler (2008) als Missachtungserfahrung zu desintegrativen Konflikten, denen sich die Missachteten durch einen Kampf um ihre Anerkennung zu entziehen versuchen sollten. An dieser Stelle versucht Honneth (2014: 270) den normativen Anspruch der Anerkennungstheorie einzulösen, die nicht nur „als Erklärungsrahmen für die Entstehung sozialer Kämpfe, sondern auch als [...] Interpretationsrahmen für einen moralischen Bildungsprozess zu begreifen“ sei. Den diskurstheoretischen Überlegungen Foucaults sowie Laclaus und Mouffes folgend,<sup>19</sup> verliert sich jegliche subjektive Identität allerdings durch Marginalisierung in der Unkenntlichkeit, wenn „der Mensch verschwindet wie am Meeresufer ein Gesicht im Sand.“ (Foucault 2008: 463) Ohne derartige Identität wird eine Auseinandersetzung nun unmöglich, da dem entsprechend marginalisierten Gegner der diskursive Boden seiner Konstitution entzogen wurde.

Gleichwohl ist festzuhalten, dass die Anerkennungstheorie einen wichtigen Hinweis für die Erklärung sozialer Konflikte in Abhängigkeit von den Identitäten der an ihnen beteiligten Akteure bietet. In

---

<sup>19</sup> Vgl. Kap.2.2.

Kongruenz mit den bereits dargestellten theoretischen Ansätzen scheint der soziale Konflikt auch in der Konflikttheorie der Anerkennung der Stellung des Gegners immanent, weniger einem vordergründig aufgerufenen Konfliktgegenstand.

*Symbolische Kämpfe als Konflikttheorie zwischen Makro- und Mikroebene*

Aus der antiessentialistischen Bestimmung des Subjektes im poststrukturalistischen Diskurs lässt sich eine Verschränkung zwischen der soziologischen Makro- und der Mikroebene – oder nach Giddens (1988) zwischen Struktur und Handlung – herauslesen, die quer zu integrativen Vermittlungsansätzen steht (vgl. Wolkersdorfer 2001; Hajer und Laws 2006). Bordieu (1984, 1993) hingegen eignet sich die beiden Ebenen in einem gesellschaftstheoretischen Betrachtungswinkel zur differenztheoretischen Erklärung sozialer Konflikte dezidiert an, indem er feststellt:

*„Eine jede soziale Lage ist mithin bestimmt durch die Gesamtheit dessen, was sie nicht ist, insbesondere jedoch durch das ihr Gegensätzliche: soziale Identität gewinnt Kontur und bestätigt sich in der Differenz. In den Dispositionen des Habitus ist somit die gesamte Struktur des Systems der Existenzbedingungen angelegt, so wie diese sich in der Erfahrung einer besonderen sozialen Lage mit einer bestimmten Position innerhalb dieser Struktur niederschlägt.“* Bordieu (1984: 279)

Neben der Identitätsbildung in der Differenz expliziert er also einen systematischen gesellschaftlichen Überbau, in dem sich der Habitus in Form einer symbolischen Ordnung niederschlägt. Der Habitus ist hier nicht nur reines Verhalten (Reaktion), sondern soziale Handlung (Aktion) in der impliziten Vergewisserung gegenüber der das Handeln strukturierenden gesellschaftlichen Klassifizierung und umgekehrt (Bordieu 1993). Konkrete Verhaltensweisen und Handlungsmuster werden so für Beobachter erkennbar und lassen sich einem entsprechenden Lebensstil zuordnen. Um die Lebensstile versammeln sich Akteure mit gemeinsamem Habitus und bilden in der Folge Milieus bzw. gesellschaftliche Klassen. Damit wird die Klassifikationsstruktur der Makroebene auf die Mikroebene der Handlungen rückübersetzt. Ohne diese Klassifizierung ist zunächst keine klare Erwartungshaltung an das Verhalten des Gegenübers in Stellung zu bringen wie beispielsweise in traditionellen Gesellschaften mit einem geringen Institutionalierungsgrad oder bei zufälligen Begegnungen in zu den Klassifizierungen quer verlaufenden Kontexten. Somit fällt ein gegenseitiges Verständnis der jeweiligen Handlungen schwerer und eigene moralische Ansprüche werden tendenziell leichter verletzt (Janning 2008). Daraus kann eine gegenseitige Ablehnung oder ein Abbruch der Beziehungen im dann manifestierten sozialen Konflikt resultieren, der sich letztlich als ein symbolischer Kampf der Lebensstile zeigt:

*„Demzufolge stellt der Raum der Lebensstile, d.h. das Universum der Eigenschaften, anhand deren sich [...] die Inhaber der verschiedenen Positionen im sozialen Raum unterscheiden, nichts anderes dar als eine zu einem Zeitpunkt erstellte Bilanz der symbolischen Auseinandersetzungen, die um die Durchsetzung des legitimen Lebensstils geführt werden [...].“* (Bordieu 1984: 388f.)

Die Dynamik dieser Auseinandersetzungen wird damit impliziert, dass zeitlich synchrone Betrachtungen lediglich den *gegenwärtigen* Stand in Form der zu diesem Zeitpunkt als legitim erachteten Lebensstile zu Tage fördern. Auch die Handlungen bis hin zur Milieubildung um die Lebensstile erweisen sich nur aus einer Prozessperspektive heraus denkbar. Wird nun in einem ersten Synthesever-

sich aus Diskurs- und Konflikttheorie der strukturelle Überbau des Klassifikationssystems bei Bordieu als Diskurs angesprochen, ist an dieser Stelle ein Diskussionsstand erreicht, an dem ein Übergang zur Betrachtung stärker poststrukturalistisch informierter Konflikttheorien lohnenswert erscheint.

## Poststrukturalistische Konflikttheorien

### *Die Hegemonietheorie als Theorie sozialer Konflikte*

Aus den vorab dargelegten diskurstheoretischen Grundlagen wurden an anderer Stelle bereits vereinzelte konflikttheoretische Ableitungen unternommen (vgl. u. a. Auer 2008). Als besonders anschlussfähig zeigt sich hier die insbesondere in den Politikwissenschaften prominente Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe (2001), die Laclau (2005) später mit einem dezidierten Blick auf die Bildung antagonistischer kollektiver Identitäten untersetzt. Ohne noch einmal im Detail auf die Subjektivierung im Diskurs einzugehen, wird an dieser Stelle die konflikttheoretische Operationalisierung der Hegemonietheorie fokussiert. Gleichwohl werden zugunsten einer besseren Nachvollziehbarkeit einige Stichpunkte zur Bildung von Identitäten im Diskurs partiell noch einmal im Licht konflikttheoretischer Überlegungen betrachtet.

Die grundlegende Prämisse einer poststrukturalistischen Fassung von Bedeutung und Identität liegt bekanntermaßen in der Zurückweisung eines essentialistischen Weltbildes. Somit entstehen Bedeutungen und Identitäten im Diskurs und manifestieren sich als Ergebnisse einer Differenzfunktion, die insofern konstitutiv wirkt, als das es das ‚Selbst‘ nicht ohne das ‚Andere‘ geben kann. In der Formulierung kollektiver Identitäten bedarf es nun wiederum eines gemeinsamen Merkmals, an dem die unterschiedlichen individuellen Identitäten zur Artikulation einer augenscheinlich gemeinsamen Position kristallisieren können. Dieses Merkmal findet sich im sog. leeren Signifikanten, der sich durch die Vielzahl der unter ihm in einer Äquivalenzkette versammelten partikularen Identitäten einer fixen Bestimmung entzieht:

*„The more extended the chain, the less these signifiers will be attached to their original particularistic demands. That is to say, the function of representing the relative ‚universality‘ of the chain will prevail over that of expressing the particular claim which is the material bearer of that function. In other words: popular identity becomes increasingly full from an extensional point of view, for it represents an ever-larger chain of demands; but it becomes intensionally poorer, for it has to dispossess itself of particularistic contents in order to embrace social demands which are quite heterogeneous. That is: a popular identity functions as a tendentially empty signifier.“ (Laclau 2005: 96, Hervorh. im Orig.)*

Etablierte Äquivalenzketten zur Füllung eines leeren Signifikanten nehmen dann eine hegemoniale Stellung ein, wenn es gelingt sie in eine quasi-stabile gesellschaftliche Ordnung zu überführen, deren Hintergründe und Konstitutionsbedingungen nicht mehr hinterfragt werden und die zur Begründung gesellschaftlicher Normierungen dienen. Bedeutungen und Identitäten repräsentieren somit Hegemonien im diskursiven Spiel der Bedeutungskonstitution und Sinnzuschreibung (Laclau 1990).

Auch kollektive Identitäten stehen in einem auf Differenzen beruhenden Verhältnis zueinander. Durch eine nicht erfolgte Integration partikularer Positionen innerhalb *eines* gemeinsamen leeren Signifikanten kommt diese Differenz einer äußeren Grenze gleich, wobei sich alternative (kollektive)

Identitäten in Form politischer Lagerbildung antagonistisch gegenüberstehen (Laclau und Mouffe 2001). Mit dem Antagonismus ist nun die Ausgangslage sozialer Konflikte umrissen. Der Konflikt selbst entsteht davon ausgehend im *Prozess* der diskursiven Identitätskonstitution. Wären die Identitäten in einer orthodoxen Auslegung des Strukturalismus zwar diskursiv konstituiert, allerdings damit abschließend fixiert, könnte mit einem entsprechenden disziplinar geprägten Erfahrungshorizont vermutlich gezielt auf Antagonismen eingewirkt werden und Konflikte wären durch präventive Intervention weitgehend zu verhindern. Aus der paradoxen Situation einer Äquivalenz bei gleichzeitiger Differenz<sup>20</sup> zwischen den Identitäten resultiert allerdings eine grundsätzliche Unabschließbarkeit, „[d]ie unauflösbare Widersprüchlichkeit dieser beiden Logiken verhindert, daß sich Bedeutungen vollständig konstituieren können.“ (Auer 2008: 250) An diesem Punkt ist die Kontingenz der Diskurse als Erklärungsansatz zu bemühen, woraus folgt, dass sich der soziale Konflikt in der fortwährenden Reproduktion und Verschiebung der antagonistischen Grenzen zeigt. Damit ist eine diskursiv etablierte und stets mitformulierte Gegenposition nötig, um eine Auseinandersetzung zu begründen. Mit dem Rückgriff auf die Konflikttheorie Simmels (2013: 219) ist festzustellen, dass „nicht eigentlich das Auseinandergehen aus dem Konflikt, sondern der Konflikt aus dem Auseinandergehen folgt.“ In dieser Lesart sozialer Konflikte wird außerdem ihr politisch-emanzipatorisches Potential deutlich, denn sie stellen hegemoniale gesellschaftliche Setzungen in Frage, die sich hinsichtlich der Planung beispielsweise in den Diskursen des technischen Rationalismus, der ökonomischen Wettbewerbsorientierung des ‚Standortes‘ oder normierender Regeln in Beteiligungsverfahren zeigen.

#### *Der Widerstreit als marginalisierter Konflikt bei Jean-Francois Lyotard*

Mit dem Widerstreit erläutert Lyotard (1989) eine Form der Auseinandersetzung, die sich von den bisher genannten Theorien des sozialen Konfliktes insofern unterscheidet, als dass er sich nicht nur im Begriff, sondern im gesamten Konfliktverständnis von letzteren absetzt. Mit dem vergleichsweise drastischen Beispiel des Holocaust – und hier vor allem seiner prinzipiell argumentativ möglichen Infragestellung – demonstriert er die Problematik streng formallogischer Schlüsse im Rechtsstreit. Seine Herleitung beginnt damit, dass auf der Seite der Kläger nur bezeugen kann, dass die Vernichtung in den Gaskammern tatsächlich stattfand, wer sie gesehen und erlebt hat. Da diejenigen, die sie selbst erlebt haben, allerdings getötet wurden und damit der Stimme einer Zeugenaussage beraubt sind, führt eine solche Argumentation in eine paradoxe Situation. Denn diejenigen, die sie bezeugen könnten, wurden offensichtlich nicht getötet und ihnen wäre damit der berechtigte Klagegrund entzogen. Kläger werden an dieser Stelle zu Opfern, und „Opfer sein bedeutet, nicht nachweisen zu können, daß man ein Unrecht erlitten hat.“ (Lyotard 1989: 25) Die Klage und der Rechtsstreit sind in diesem Sinne soziale Konflikte, wohingegen die Ohnmacht, die Marginalität des Opfers den Widerstreit erzeugt. Auf die Planung übertragen zeigt sich das hier angesprochene Paradoxon beispielsweise im Rechtsstreit um die Zulässigkeit von Bauvorhaben mit Präzedenzcharakter. Kläger argumentieren dabei oft mit Blick auf die möglichen ökologischen, ökonomischen oder auch sozialen Konsequenzen, die allerdings aufgrund kaum vorhersehbarer Unwägbarkeiten und der Singularität des Bauvorhabens erst nach Fertigstellung hinreichend messbar sind. Dann ist der Rechtsstreit über die Zulässigkeit allenfalls noch ex post möglich, die raumwirksame Umsetzung des Vorhabens jedoch bereits vollzogen.

<sup>20</sup> Vgl. hierzu auch das Modell der Identität als Differenz im Diskurs in Kap. 4.2.



Einen möglichen Ausweg erkennt Lyotard vor dem Hintergrund der poststrukturalistischen Identitätsthese in der Loslösung des Gesprochenen von den sprechenden Personen und Ereignissen sowie der Verkehrung des Verhältnisses: Eine Argumentation wird nicht aus der Person heraus oder von einem Ereignis ausgehend geführt, sondern entsteht erst in den Aussagen selbst, und in denen werden wiederum die Personen und Ereignisse gesprochen (vgl. Schödlbauer 2003). Somit treten die Sätze in einen Widerstreit, wenn ‚Realitäten‘ in ihnen gesetzt werden:

*„Jeder gegebene Satz ist ein Sieger im Feld seiner Alternativen. Mit ihm haben sich eine Satzregel, ein Diskurs machtvoll durchgesetzt. Die möglichen Sätze wiederum widerstreiten, sie bilden die Latenz einer Wirklichkeit, die gegen sie steht. Letztlich sind die nichtaktualisierten Möglichkeiten Opfer. Ihnen geschieht ‚Unrecht‘, tort, indem Schweigen sie verdeckt und sie unter dem Druck der vermeintlichen Eindeutigkeit des Gegebenen versinken.“ (Gehring 2003: 491, Hervorh. im Orig.)*

Die Vielzahl der möglichen Sätze nennt Lyotard (1989: 219, Hervorh. im Orig.) „den *Archipelagos*“, deren einzelne und getrennt voneinander liegende Inseln die gänzlich inkommensurablen Sätze einer Gesellschaft repräsentieren. Darin erkennt Kubitzka (2003) wiederum ein Paradoxon, denn wenn sich die Inseln nicht überlagerten und gänzlich voneinander getrennt seien, fehle ihnen auch die Grundvoraussetzung in einen Widerstreit zu treten. Wobei sich hier die Frage danach aufdrängt, ob die Inseln möglicherweise nicht in einen *Konflikt* treten können, in einen *Widerstreit* hingegen schon. Ohne den Anwurf hier weiter zu debattieren, folgt daraus – auch für Kubitzka (2003: 317) – eine Erkenntnis in Erinnerung an die Besonderheit des Widerstreits, wonach er eine Form von Konflikten darstellt, „die sich keiner endgültigen Lösung zuführen lassen.“

Die dem Widerstreit inhärente, eingangs dargelegte Paradoxie deutet also zum einen auf eine inkommensurable Differenz zwischen unterschiedlichen Diskursen und Diskursarten hin, die letztlich auf die gemeinsame Lage im ‚Archipel‘ gründen. Zum anderen erscheint eine thematisch-inhaltlich orientierte bzw. formallogisch-argumentative Herleitung aus ‚der Sache‘ zur Erklärung sozialer Konflikte stets zugunsten herrschender Diskurse verzerrt und mitunter hochgradig problematisch. Daraus folgt zwar eine prinzipielle Bearbeitbarkeit von Konflikten, deren abschließende Lösung scheint aber utopisch, denn „[d]er Konsens ist ein Horizont, er wird niemals erworben.“ (Lyotard 1986: 177) Abschließend ist zu erwähnen, dass Lyotards Widerstreit in der Darstellung als einer Art paradoxer Verweisschleife eher einem Zustand gleicht, weniger einem transformativen Prozess, da er „vor allem Antworten auf die Frage nach der ‚Dynamik‘ des Widerstreits schuldig bleibt.“ (Kubitzka 2003: 315) Zahlreiche Antwortmöglichkeiten finden sich aber sowohl in der vorab dargestellten Konflikttheorie im Anschluss an die Hegemonietheorie, als auch bei den zahlreichen synthetischen Theorien zum sozialen Konflikt.

### **Ansatzpunkte zur diskurstheoretischen Ableitung von Raumnutzungskonflikten**

Die vorab dargestellten Konflikttheorien zeichnen sich durch eine Annäherung an den sozialen Konflikt auf unterschiedlichen Wegen aus und wurden meist im Zuge übergreifender gesellschaftstheoretischer Fragestellungen entworfen. Gleichwohl zeigen sich im Überblick auch hier einige beachtenswerte Gemeinsamkeiten, die soziale Konflikte zu bestimmen scheinen. Diese werden folgend zusammengefasst und damit einer eigenen diskurstheoretischen Ableitung sozialer Konflikte zur Kennt-

nis gegeben. Die hier angesprochenen Punkte sind daraufhin durch eine Perspektive auf den Raum zu ergänzen und anschließend in einer triadischen Synthese aus Diskurstheorie, Konflikttheorie und Raumtheorie miteinander zu verzahnen.

Für ein grundsätzliches Verständnis sozialer Konflikte ist ein Rückgriff auf den lateinischen Ursprung des Begriffes *confligere* hilfreich, wobei hier insbesondere die Vorsilbe *con* beachtet sei (vgl. Kubitzka 2003). Denn die transitive Verwendung in Form des *zusammen* (Stoßens) deutet bereits auf eine gemeinsame Basis konflikthafter Auseinandersetzungen hin. Auf welcher Ebene diese Integration stattfindet, lässt sich aus der gegenüberliegenden Perspektive schließen, in der soziale Wechselwirkungen die Gesellschaft als übergreifendes Identifikationsmerkmal bestimmen. Und wenn Konflikte eine Form sozialer Beziehungen sind, erscheint Gesellschaft nicht ohne Konflikte denkbar. Im konkreten Konfliktfall identifizierte und kommunizierte Ursachen, Auslöser, Parteien, Differenzen und Gegenstände dienen als Anzeiger eines Auseinandergehens, welches das konflikthafte *aneinander* geraten – hier also im intransitiven Verständnis – erst ermöglicht. Darin zeigt sich letztlich der wechselseitig aufeinander gerichtete Bezug der Konfliktparteien in der Auseinandersetzung. So kann von einer Dialektik sozialer Konflikte gesprochen werden, da sich erst in der Differenz eine gegenseitige Bezugsmöglichkeit eröffnet.

Grundsätzlich erscheinen soziale Konflikte somit durch einen unteilbaren Gegenstandsbezug in Form der beteiligten Identitäten gekennzeichnet, sowohl der eigenen als auch der untrennbar damit verbundenen Identität des Gegenübers. Unteilbar insofern, als dass Identitäten nicht in einer Verhandlung als Ressource behandelt und somit beispielsweise ‚fair verteilt‘ werden können. Damit erhält das Attribut ‚sozial‘ eine Bedeutung, die es in der Ableitung von Raumnutzungskonflikten aus diskurstheoretischer Perspektive aufzugreifen gilt. Ungeachtet der hier angenommenen Unteilbarkeit sozialer Konflikte sind diese nicht pathologisch, sondern entfalten ein auf die Gesellschaft bezogenes sowohl konstruktives als auch destruktives Potential. Destruktion zeigt sich im (endgültigen) Zerschlagen der vergesellschafteten Gemeinschaft, und dem damit einhergehenden Verlust der (institutionellen) Kontrolle über die Dynamiken. Ausdruck findet diese Entwicklung im von Simmel (2013) vorgestellten (gewaltsamen) Kampf, an dessen Ende soziale Unterdrückung, Vernichtung des Gegners oder auch die gegenseitige Vernichtung steht. Hier ist etwa an (Bürger-)Kriege und gewaltsame Separationsbemühungen im nationalen und internationalen Maßstab zu denken, aber auch an (gewaltsame) Polizeieinsätze zur Durchsetzung und Sicherung des staatlichen Hoheitsanspruches oder nicht verhandelbare Gebote und Verbote mit sozialer Ausschlussfunktion. Destruktive Konflikte können somit in einem iterativen Prozess der Selbstverstärkung münden, wofür Glasl (2004) den Begriff der Eskalationsdynamik in die Debatte einbringt. In konstruktiver Lesart führen soziale Konflikte ‚neue‘, in dieser Form noch nicht vorhandene und damit potentiell konflikthafte Wechselbeziehungen auf der sozialen Ebene ein. Diese wirken sich auf den gesamten Vergesellschaftungsprozess aus und in deren Ergebnis werden zunächst unabhängig vom Konfliktausgang Erfahrungen und Erkenntnisse in die institutionellen Regelsysteme der Gesellschaft überführt. Konflikte sind mithin triadisch zu denkende Erscheinungen des Sozialen: Zwei Gegner treten sich vor dem jeweiligen gesellschaftlichen Hintergrund gegenüber und sind daran durch entsprechende Sichtbarkeiten, Allianzen, Interventionen und dergleichen zurückgebunden.

Aus den bisherigen Aussagen wird außerdem deutlich, dass Konflikte in erster Linie soziale *Prozesse* sind, weniger Zustände. Sie können weiterhin grundsätzlich als manifest gelten, denn sie „müssen kommuniziert werden, sonst macht es wenig Sinn, sie zu einem sozialwissenschaftlichen Gegenstand zu machen.“ (Bonacker 2008: 14)

## 2.4 Raum und Ort im Diskurs

Die Raumwissenschaften, allen voran die Geographie, zeichneten sich nach den geopolitischen Verwerfungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts<sup>21</sup> lange Zeit durch eine verbreitete und weitgehend selbst auferlegte Theorieabstinenz aus und zogen sich in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg zumeist in eine rein beschreibende Länderkunde zurück (Gebhardt et al. 2007; Glasze und Mattissek 2009c, 2014; Wolkersdorfer 2001). Trotz der bereits seit Ende der 1960er Jahre zunehmenden Kritik daran und einer sich durchsetzenden Auffassung von Räumen als sozialen Konstruktionen sind systematische Aufarbeitungen der seitdem entwickelten raumtheoretischen Ansätze in ihrer Anzahl überschaubar geblieben.<sup>22</sup> Spätestens mit dem ‚spatial turn‘ (Döring und Thielmann 2008; Lossau 2012) stellen allerdings auch die gesellschaftswissenschaftlichen Nachbardisziplinen der Geographie die Frage danach, wie Räume aus ihrer jeweils spezifischen Perspektive heraus zu denken seien und welche Implikationen diese Verständnisse für die eigene erkenntnistheoretische Stellung mit sich bringen. Zwei wiederkehrende und entsprechend dominant auftretende Raumkonzepte sind dabei der absolute Raum aristotelischer und später newtonscher Prägung sowie der stärker gesellschaftstheoretisch angeleitete, sozial konstruierte Raum zunächst marxistischer und später systemtheoretischer Deklination (vgl. Glasze und Mattissek 2009c, 2014; Günzel 2006).

Klassische Raumauffassungen gehen von einem absoluten Raum als Container materieller Ensembles aus, im Sinne Newtons „ist der absolute Raum ein (gedachter) Raum aller möglichen Standpunkte oder Perspektiven.“ (Günzel 2006: 24) In ihm finden sich zwar Relationen hinsichtlich der Bewegung, letzter Bezugspunkt bleibt aber der räumlich fixe Container, welcher teilweise in der theologischen Metaphysik wurzelt und als unteilbar gilt. Auf diese Weise stellt Newton sicher, „einen ersten Bewegter zu postulieren, der die Materie in Bewegung versetzt“ (Günzel 2006: 26). Auch Aristoteles erkannte in Raum und Ort eine zwar nicht fassbare, dem Menschen jedoch vorgängige Ontologie:

*„Daß es nun so etwas wie Ort gibt, das scheint klar zu sein auf Grund der Wechselumstellung, (Beispiel): Da, wo jetzt gerade Wasser sich befindet, ebendort – wenn es wie aus einem Gefäß entwichen ist – ist nun wieder Luft, ein andermal nimmt ebendiesen Ort irgendein anderer der (einfachen) Körper ein. Dies scheint also doch etwas von allem Eintretenden und Wechselnden durchaus Verschiedenes zu sein. Worin jetzt gerade Luft ist, darin war früher Wasser; es ist also klar, daß der Ort und Raum etwas von beiden Verschiedenes sein mußte, in welchem und aus welchem sie wechselten.“ (Aristoteles 1987: 149, Hervorh. im Orig.)*

<sup>21</sup> Beispielfhaft ist hier Friedrich Ratzels Geopolitik als Beziehung zwischen dem lebendigen Staat und dem ihm eigenen Boden sowie das Spannungsverhältnis zwischen dem Raumbedürfnis des Lebens und dem begrenzten Lebensraum, die u. a. in der ‚Blut und Boden‘ Ideologie des Nationalsozialismus mündete (vgl. Gebhardt et al. 2007; Wolkersdorfer 2001).

<sup>22</sup> Dezierte Gegenüberstellungen von Raumkonzepten seit der Antike finden sich u. a. bei Glückler (1999) sowie Dünne und Günzel (2006).

Der Ort ist also konkret. Daraus resultiert, dass er lediglich von *einer* Entität bzw. von *einem* Menschen zu einem gegebenen Zeitpunkt besetzt werden kann. Dieser hat zwangsläufig zu weichen, wenn ein alternativer Anspruch an diesen Ort gestellt wird. Hier scheinen erste Ideen einer räumlichen Identität als an den Ort gebundene Personen und die mögliche Auseinandersetzung um diese auf, obgleich Aristoteles ein solches Konfliktpotential selbst nicht expliziert. In der jüngeren raumwissenschaftlichen Forschung fanden die dargestellten Theorien Beachtung in der These von objektiv gegebenen Räumen. Daraus abgeleitete Gesetzmäßigkeiten und Modelle haben in diesem Verständnis eine reine Abbildfunktion (Glasze und Mattissek 2009c, 2014). Der Raum selbst ist hierbei auf eine dem Menschen äußere und endliche Ressource reduziert, um deren Nutzung entsprechende Konflikte zwischen den diese Ressource beanspruchenden Parteien ausbrechen können.

Im Zuge einer grundlegenden Kritik an den Implikationen einer geodeterministischen Perspektive, in der Raum als absolute Größe die Wahrnehmung der Menschen bestimmt, wurden in der Sozialgeographie stärker handlungsorientierte Zugänge zum Raum gesucht (Glasze und Mattissek 2009c, 2014; Günzel 2006; Werlen 2007b). Für die deutschsprachige Diskussion ist hier der Ansatz der handlungstheoretischen Sozialgeographie Werlens (2007b, 2008) hervorzuheben, der den Menschen als sozialen Akteur zum Ausgangspunkt jeder Raumbetrachtung erklärt:

*„Für die Analyse der geographischen Praktiken fragt man zuerst, was jemand tut, bevor man nach den räumlichen Bedingungen und den räumlichen Konsequenzen Ausschau hält.“ (Werlen 2007b: 593)*

Nach dieser Aussage erschafft menschliches Handeln den Raum, wird aber in einer Wechselwirkung durch diesen gleichzeitig beeinflusst. Neben die physisch-materielle Dimension des Raumes treten nun auch „sozial-kulturelle und subjektive Komponenten“ (Glasze und Mattissek 2014: 210). Im Fokus der handlungsorientierten Sozialgeographie steht die Regionalisierung der Alltagswelt, verbunden mit Fragen nach den in den räumlichen Handlungskontexten angelegten Möglichkeiten und Zwängen. Der Raum wird in dieser Lesart nicht mehr allein durch metrische Maßeinheiten und geometrische Formen bestimmt, sondern sehr viel stärker durch subjektiv wahrgenommene und in den täglichen Handlungen formulierte Lagebeziehungen und Bewegungsmuster. Raum ist also als eine soziale Konstruktion handelnder Subjekte zu verstehen. Mit den handlungsermöglichenden Ressourcen und den einschränkenden Regeln räumlichen Handelns wird außerdem die Machtfrage gestellt bzw. die Frage danach, was welche Subjekte in welchen Raumausschnitten zu tun vermögen. An dieser Stelle setzt die marxistisch informierte Radical Geography an, die insbesondere im angloamerikanischen Raum breite Aufmerksamkeit erfuhr (Belina und Michel 2011). Sie stellt im Kern darauf ab, dass gesellschaftliche Raumproduktionen Ausdruck von Machtverhältnissen und damit dementsprechend umkämpft sind:

*„Diese Reproduktion ist keine harmonische Angelegenheit. Vielmehr gehört zu den zentralen Einsichten jeder kritisch-materialistischen Gesellschaftstheorie, dass Gesellschaft grundlegend durch soziale Kämpfe strukturiert ist. Deshalb muss auch jede kritisch-materialistische Raumtheorie auf einer Analyse ebendieser Kämpfe, der in ihnen aufeinander prallenden Interessen und der sozialen Praxen, die sie strukturieren und durch die sie strukturiert werden, basieren.“ (Belina und Michel 2011: 9, Hervorh. im Orig.)*

In den aktuellen raumtheoretischen Debatten stellt schließlich eine stärker poststrukturalistisch informierte Humangeographie den beiden vorab geschilderten Konzeptionen ein Verständnis von Räumen als – erstens – diskursiv konstituiert zur Seite, welches – zweitens – die wechselseitige Produktion von materiellem Raum und sozialer Identität als grundsätzlich konflikthaften Prozess beschreibt. Aus den genannten Gründen wird dieser Ansatz folgend gesondert nachgezeichnet.

### **Identität der Räume und räumliche Identität: Raumkonstitution im Diskurs**

Mit der Kulturgeographie wurde im ausgehenden 20. Jahrhundert ein raumtheoretisches Programm jenseits der klassischen Länderkunde und der handlungsorientierten Sozialgeographie Benno Werlens entworfen (Gebhardt, Reuber und Wolkersdorfer 2003). Die erkenntnisleitende Perspektive der Identifikation sowie der räumlichen Verteilung und Organisation von (naturräumlich oder sozial verfassten) Kulturen wurde hier zugunsten der Frage nach der Produktion und Verhandlung räumlicher Identitäten im Diskurs aufgegeben. Damit geht ein erneuter, diesmal diskurstheoretisch angeleiteter Blickwechsel auf die Verfasstheit von Raum einher, der aufbauend auf der Annahme der diskursiven Konstitution des Sozialen eine über die Sozialgeographie hinausgehende Antwort auf die Frage nach der sozialen Produktion von Räumen bereithält:

*„Räume können damit nicht einfach Ausdruck des Sozialen sein, sondern die Herstellung von Räumen ist immer wieder konstitutives Element der permanenten (Re-)Produktion des Sozialen.“ (Glasze und Mattisek 2014: 210)*

Die Dialektik von Raum und Gesellschaft transzendierend ist also eine Dreierbeziehung aus Diskurs – Subjekt – Raum zu denken. Wenn subjektive Identitäten als diskursiv konstituiert gelten, und Räume als sozial konstruiert, dann sind zwangsläufig auch räumliche Zuschnitte und Beziehungen als Ergebnis diskursiver Konstitutionsprozesse zu interpretieren. Um einem epistemologischen Zirkelschluss an dieser Stelle vorzubeugen, ist allerdings zu ergänzen, dass Diskurse nicht *neben* den Subjekten auch den Raum konstituieren, sondern *durch* die diskursiv konstituierten Subjekte Raumstrukturen artikuliert werden. Im Umkehrschluss produziert der diskursiv konstituierte und organisierte Raum wiederum Identitäten:

*„In other words the issue here is not to stress only the production of space but space itself as integral to the production of society. Indeed, the argument is that if we want time (the future) to be open [...] then we need to conceptualise space in this way, as also itself thoroughly open and active.“ (Massey 1999: 10, Hervorh. im Orig.)*

In der Verschneidung von Identität und Raum ist nun eine possessive Identifikationssymbolik in der Kommunikation angelegt, die eine Ausweitung des im ‚ich‘ mitgesprochenen ‚du‘ zum ‚ich *hier*‘ und ‚du *dort*‘ nahelegt. Darauf basieren letztlich Zugehörigkeits- und Verfügungsansprüche an einen diskursiv konstituierten Raum (vgl. Rothenhöfer 2014).

So gefasste Räume sind laut dem obigen Zitat Masseys dabei ebenso kontingent wie Diskurse und Subjekte, räumliche Identitäten wiederum können sich vor dem Hintergrund zeitlich variierender Raumkonzepte ändern. Mit dem Rückgriff auf das Kontingenzprinzip erscheint hier beachtenswert,

dass eine Aneignung von materiellen Gegebenheiten durch verschiedene Akteursgruppen auch zeitlich synchron aufgerufen werden kann und somit die auf den vermeintlich selben Gegenstand bezogenen Bedeutungskonstitutionen differieren. Dies geschieht auf der Grundlage der jeweils abgefragten Wissensbestände und wird mit den daran anschließenden Argumentationen legitimiert. Da sich die Differenzen zu einer kontrahierenden räumlichen Aneignung entwickeln können, stellen sie letztlich die Grundlage für soziale Raumnutzungskonflikte dar. Zu ergänzen bleibt an dieser Stelle mit dem Hinweis auf die „Operationalisierung der Beziehungen zwischen sprachlichen sowie visuellen symbolischen Formen und der physisch-materiellen Qualität von Objekten“ (Glasze und Mattissek 2009c: 43), dass im Sinne des Dispositivs nach Foucault (2005a) die Bedeutungskonstitution von und in Räumen in einer Verknüpfung zwischen Praktiken, Institutionen, Materialitäten und Äußerungen stattfindet.<sup>23</sup>

Glasze und Mattissek (2009c, 2014) benennen vier aktuelle Forschungsfelder, die sich traditionellen geographischen Fragestellungen mit einem diskurstheoretischen Blick nähern, und stellen dabei Erkenntnisgewinne zu folgenden Problemstellungen in Aussicht:

- In der dargelegten Zuschreibung des ‚Eigenen‘ gegenüber dem ‚Fremden‘ mit Hilfe räumlicher **Territorialisierungen** und **Grenzziehungen** lassen sich Freund- und Feindbilder etablieren und raumbezogen begründen. Die dabei entworfenen, vermeintlich homogenen räumlichen Einheiten auf den unterschiedlichsten Maßstabsebenen (Quartiere, Regionen, Nationalstaaten, Kulturkreise etc.) sind Ergebnisse politischer Verhandlungsprozesse und erhalten über die entsprechend etablierten Diskurse eine Wirkmächtigkeit, die „entscheidende Konsequenzen für Fragen der Migration, der wirtschaftlichen Beziehungen und von Integrationsprozessen“ (Glasze und Mattissek 2009c: 16) entfalten. Ungeachtet der hier tendenziell geopolitischen Fokussierung stellen räumliche Identitätszuschreibungen auf der Mikroebene auch den urbanen Raum als ein umkämpftes Konzept dar, welchem es sich in einem gesonderten Forschungsfeld zu nähern gilt.
- Über einen zunehmenden Sicherheitsdiskurs in der Stadtentwicklung werden seit geraumer Zeit ebenfalls Aspekte des Stadtmarketings adressiert, die in einem wiederholt explizierten internationalen Standortwettbewerb die ‚Sauberkeit‘ und ‚Ordnung‘ betreffen und daraufhin bestimmtes Verhalten im Raum als wünschenswert begrüßen und anderes als störend sanktionieren. Zur **Steuerung des Verhaltens** werden Kategorien des ‚Kriminellen‘, ‚Unsicheren‘ oder ‚Bedrohlichen‘ verhandelt und auf räumliche Ensembles angewendet um einen (unter anderem auch planerischen) Handlungsdruck aufzubauen und entsprechende Gebote, Verhaltensregeln und städtebauliche Maßnahmen zu rechtfertigen. Darauf basierende planerische Leitbilder und Planungsprojekte im Zuge einer möglichst optimalen (ökonomischen) Verwertung des städtischen Raumes sind nicht nur grundsätzlich konflikthaft, sondern bereiten ebenfalls den Boden für ein drittes Forschungsfeld.
- Im Fokus wirtschaftsgeographischer Arbeiten steht traditionell das Aufdecken **räumlich-ökonomischer Gesetzmäßigkeiten**, die auf einer diskurstheoretischen Grundlage zu hinterfragen seien. Das Ziel ist dabei allerdings nicht, die aufgestellten Theorien und Modelle zugunsten eines besseren Erklärungsansatzes zu verwerfen, sondern die oft mit Verweis auf die wirtschaftliche Notwendigkeit als alternativlos kommunizierten räumlichen Entwicklungspläne und-projekte

<sup>23</sup> Vgl. Kap.2.2.

zur Diskussion zu stellen und vorherrschende Wirtschaftslogiken aufzubrechen. Damit zeigt sich zum einen das politische Potential einer diskurstheoretisch arbeitenden Raumforschung als auch eine markante Konfliktlinie im Kontext der Raumentwicklung, die gleichermaßen auf das vierte und letzte Forschungsfeld verweisen.

- Eng mit planerischen Fragestellungen zu Konzepten wie ‚Nachhaltigkeit‘, ‚Umweltschutz‘ und ‚Resilienz‘ ist die **Konstitution von Mensch-Umwelt-Beziehungen** verzahnt. Hier erscheint die Frage lohnenswert, wie Umwelt und Natur diskursiv verhandelt werden und welche Konsequenzen daraus für räumlich verortete Gesellschaften expliziert werden. An dieser Stelle schließt sich der Kreis zum ersten Forschungsfeld, wenn räumliche Identitäten auf unterschiedlichen geographischen und planerischen Maßstabsebenen mit ‚natürlichen‘ Gegebenheiten verknüpft werden und entsprechende politische, ökonomische und damit auch planerische Handlungslogiken der In- und Exklusion bzw. der Marginalisierung rechtfertigen.

Es zeigt sich, dass die Auffassung einer diskursiven Konstitution von Raum zum einen ein Erklärungspotential für räumliche Identitäten bereithält und damit einhergehend das Konfliktpotential einer solchen Raumkonstitution andeutet. Im Zuge der Neuausrichtung der deutschsprachigen Politischen Geographie wurde in den letzten Jahren ebenfalls dezidiert nach der Problematik räumlicher Konflikte und nach Ansätzen einer räumlichen Konfliktforschung gefragt. Die darauf entwickelten Antworten werden im Folgenden zusammenfassend dargestellt.

### Politische Geographie als geographische Konfliktforschung

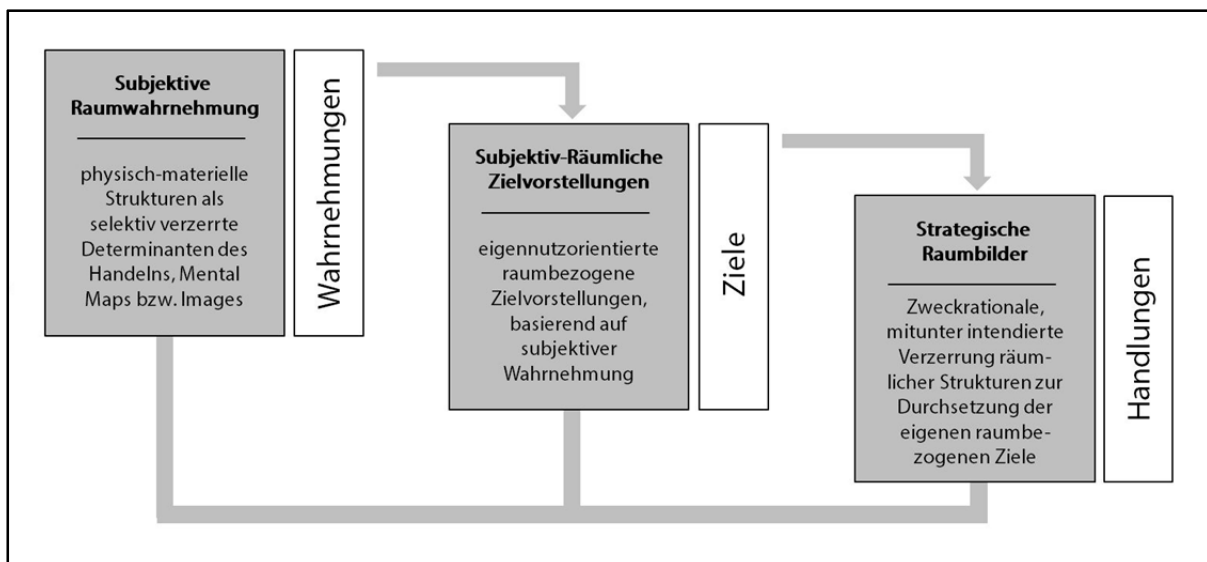
Die räumliche Konfliktforschung ist in der deutschsprachigen Geographie zwar kein gänzlich neues Thema, ein disziplinärer Kanon ist allerdings kaum auszumachen. Nicht nur fällt in der sozialwissenschaftlichen Konfliktforschung eine gewisse Raumbblindheit bis hin zur Maßstabsebene der internationalen Beziehungen auf. Auch die aktuellen Ansätze einer politisch-geographischen Konfliktforschung sind als eher fragmentarisch einzuschätzen und überdies durch eine handlungstheoretische Engführung gekennzeichnet. Dieser Befund ist insofern beachtenswert, als dass eine Sensibilität für raumbezogene Konflikte in den geographischen Debatten durchaus in hohem Maße vorhanden ist. Bereits zu Beginn der 1980er Jahre forderte Oßenbrügge (1983: 238) für die Politische Geographie „eine Aufarbeitung einer handlungstheoretischen Grundlegung räumlicher Konflikte“ und hat dabei als Ansatzpunkt insbesondere die Theorie des kommunikativen Handelns von Habermas (1995a, b) im Sinn. Denn, so eine weitere Forderung:

*„Die politische Geographie bedarf einer Theorie des politisch-administrativen Systems, die maßstabsbezogen und ausgehend von der Steuerung der Raumentwicklung konzipiert werden muß. Hierbei geht es um die Auswirkungen von Entscheidungsprozessen und Systementwicklungen, die über das interdependente Verhältnis von Ökonomie und Politik auf globaler und auf lokaler Ebene immer dominierender die Raumstruktur beeinflussen.“ (Oßenbrügge 1983: 236)*

Seit der Abkehr des politisch-geographischen Forschungsprogrammes von einer strukturdeterministischen Geopolitik sind sowohl der geopolitisch bedeutsame Systemkonflikt zwischen ‚Ost‘ (Kommunismus) und ‚West‘ (Kapitalismus) weggefallen, als auch mit der Sozialgeographie alltäglicher

Regionalisierungen (Werlen 2007a) ein raumorientierter handlungstheoretischer Ansatz mit dem Fokus auf die Region als Maßstabsebene der Betrachtung entworfen worden. Sowohl die regionale Ebene als auch die Handlungsorientierung greift Reuber (1999) auf, um raumbezogene politische Konflikte verständlich zu machen und zu erklären. Dazu entwirft er ein Modell der dreifachen Subjektivierung im Raumnutzungskonflikt (vgl. Abbildung 4). Auf der Wahrnehmungsebene erschaffen die Akteure zunächst ein subjektives räumliches Abbild (etwa in Form von Mental Maps oder Images) der physisch-materiellen Umwelt. Die Wahrnehmung wird hauptsächlich durch die Sozialisation sowie Werte und Erfahrungen der Akteure angeleitet und ist keine zwangsläufig intersubjektiv teilbare Repräsentation. Hinsichtlich eines aufscheinenden Raumnutzungskonfliktes entwickeln die Akteure darüber hinaus Zielvorstellungen, die ihren eigenen räumlichen Nutzungsinteressen entsprechen. Auf dieser Grundlage werden schließlich strategische Raumbilder in der Konfrontation entworfen, sie sind eine „argumentativ pointierte Verdeutlichung des eigenen Standpunktes in der Konfrontation mit den Interessengegnern und in der öffentlichen Diskussion.“ (Reuber 1999: 33)

**Abbildung 4: Die dreifache Subjektivierung in raumbezogenen Konflikten**



Quelle: verändert nach Reuber (1999)

Die Handlungen der Akteure im Konflikt finden laut Reuber (1999) im Spannungsfeld von individuellen Kontexten, gesellschaftlichen Institutionen und räumlichen Strukturen statt. Und da „raumbezogene Konflikte zunächst nichts anderes sind als eine Variante menschlicher Interaktion bzw. gesellschaftlichen Handelns“ bietet sich für Reuber und Wolkersdorfer (2007a: 760) ein Brückenschlag zur handlungszentrierten Sozialgeographie Werlens (2007a) an.

Ein solcher Ansatz einer politisch-geographischen Konfliktforschung ist als grundsätzlich sozialkonstruktivistisch einzuschätzen. Der Raum existiert hier nicht als gegebenes Objekt, sondern als subjektives Konstrukt. Gleichwohl bleibt der handlungsfähige Akteur Ausgangspunkt der Überlegungen, was den Ansatz im Vergleich zu diskurstheoretischen Ansätzen zwar grundsätzlich anschlussfähiger an alltagspraktische handlungspolitische Diskussionen macht. Allerdings, so stellen auch Reuber und Wolkersdorfer (2007a: 762) explizit fest:



*„Der einzelne Akteur und die Gesellschaft sind in dieser Konzeption als duale Struktur der Betrachtung vorgegeben, und die Annahme des eigennutzenorientierten Handelns bildet eine zwar oft plausible Konvention, die aber dennoch normativ gesetzt und erkenntnistheoretisch letztgültig nicht überprüfbar ist.“*

Wolkersdorfer (2001) sieht einen dezidiert handlungstheoretischen Ansatz außerdem in der Gefahr eines Zirkelschlusses. Denn Handlungen bleiben, trotz der konstruktivistischen Unterfütterung, in einer von Reuber (1999) angenommenen Eigennutzorientierung nach dem Rational-Choice Ansatz<sup>24</sup> weitgehend linear und damit vermeintlich determinierbar. Für die Untersuchung raumgebundener Konflikte schlägt er aus diesem Grund die Diskursanalyse vor, in der die strukturierenden Hintergründe des Handelns zum Forschungsgegenstand erhoben werden. Doch ein diskurstheoretisch fundiertes Konzept sozialer Raumnutzungskonflikte sucht man auch hier vergebens.

Damit wird noch einmal die doppelte Herausforderung unterstrichen, vor der die vorliegende Untersuchung steht: Zum einen ist auf dem gleichermaßen diskurs-, konflikt- und raumtheoretischen und in diesem Kapitel bereits weitgehend geebneten Weg eine Erklärung sozialer Raumnutzungskonflikte zu entwerfen. Zum anderen ist danach der Anschluss an planungstheoretische Konzepte herzustellen, die wiederum die handlungspolitische Perspektive fokussieren, indem sie Planung als Aushandlungsprozess zwischen beteiligten und betroffenen Akteuren konzeptualisieren.

Abschließend bleibt zu erwähnen, dass in den Überlegungen zu einer geographischen Konfliktforschung bei Reuber (1999) ein gedanklicher Anschluss an den Ort als spezifischem Raumzuschnitt angelegt ist, auf den eingangs schon mit dem Zitat Aristoteles' (1987) hingedeutet wurde. Hier stellt sich die Frage, was der Ort gegenüber dem Raum sein kann. Die Antwort darauf bedient sich der angedeuteten Dimensionen des Wahrnehmungsraumes, des Sozialraumes sowie des physisch-materiellen Raumes. Inwiefern die Ortsforschung nutzbringend für die diskurstheoretische Erklärung sozialer Raumnutzungskonflikte ist, wird im folgenden Ausblick zusammenfassend dargestellt.

### **Der Ort als räumlicher Zuschnitt sozialer Raumnutzungskonflikte**

Wird die Annahme eines Containerraumes zurückgewiesen liegt der Gedanke nahe, dass trotz der anzunehmenden Präsenz einer physisch-materiellen Raumebene keine ontologischen ‚letzten Grenzen‘ existieren. Gestützt sei dieser Gedanke beispielhaft durch die mehr oder weniger kugelförmige Erde, deren (physisches) ‚Ende‘ in Form einer absoluten Grenze nicht existiert, und die gemeinhin angenommene Unendlichkeit des Weltraumes. Ein Konfliktverständnis welches sich auf einen solchen grenzenlosen Raum bezieht, erscheint mithin nur bedingt hilfreich. Denn im Allgemeinen entfalten sich Raumnutzungskonflikte um einen bestimmten Ausschnitt bzw. Zuschnitt des Raumes, wenn auch wie hier angenommen um einen diskursiv konstituierten. An dieser Stelle erweist sich das Konzept des Ortes als hilfreich, welches bereits Aristoteles (1987) in seinen Gedanken zum Raum zu fassen sucht und welches Leibniz (2006: 69) später in Beziehung zum Raum setzt, indem er behauptet: „Raum ist kurzum das, was sich aus den Orten ergibt, wenn man sie zusammennimmt.“ Ein solches akkumulatives Verständnis bereitet allerdings ein doppeltes Problem. Zuerst einmal offenbart die Aussage ein

---

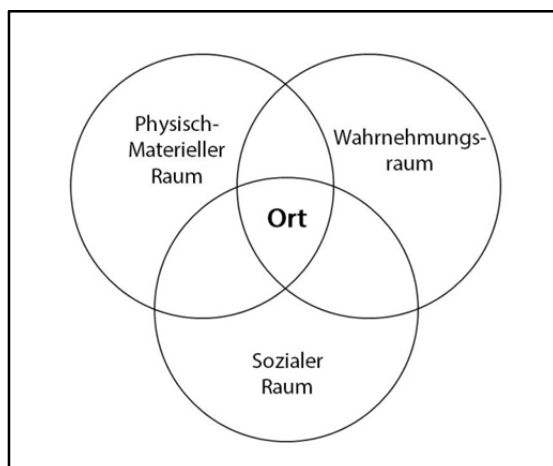
<sup>24</sup> Vgl. Kap.2.3.

stabiles Raumverständnis, in dem soziale Dynamiken zunächst außen vor bleiben. Weiterhin bleibt von dieser Feststellung ausgehend die Frage bestehen, wie der Ort im Verhältnis zum Raum gedacht werden kann, wenn Letzterer eben nicht lediglich die Summe seiner (örtlichen) Einzelteile ist.

Jüngere Ansätze im Bereich der Ortsforschung setzen nicht nur den Raum, sondern vor allem den Ort ins Verhältnis zum Sozialen. So möchte Relph (1976) den Ort als eine die physischen Elemente transzendierende Essenz verstanden wissen. Diese sei aus dem Sozialen herauszulesen, denn „a place is essentially its people“ (Relph 1976: 33). Damit werden die Konzepte von Heimat, Zugehörigkeit, Gemeinschaft und Verwurzelung mit persönlichen Erfahrungen verbunden. Die spezifische örtliche Wahrnehmung als weiterer Bestandteil der angesprochenen Essenz wird davon angeleitet, und erstreckt sich auf alle Maßstabsebenen vom Quartier, über die Stadt, die Region bis zum nationalstaatlichen und globalen ‚Ort‘. Mit der Ergänzung, der Ort sei dabei gleichsam etwas Dynamisches und Ereignishaftes, definiert er ihn wie folgt:

*„Places are the contexts or backgrounds for intentionally defined objects or groups of objects or events, or they can be objects of intention in their own right. [...] [I]t might be said that all consciousness is not merely consciousness of something, but of something in its place, and that those places are defined largely in terms of the objects and their meanings. As objects in their own right, places are essentially focuses of intention, usually having a fixed location and possessing features which persist in an identifiable form.“ (Relph 1976: 42f.)*

Auch Vogelpohl (2004: 35) optiert für eine mehrdimensionale Sichtweise auf den Ort mit der Rückbindung an mentale, physische und soziale Raumstrukturen, wenn sie feststellt: „Orte sind ganzheitliche Konstrukte, sie sind eine Einheit der Unterschiedlichkeit.“ Begreift man den Ort darauf basierend als räumliche Konkretisierung und vermeidet dabei dessen Reduzierung zum bloßen Schauplatz physischer Prozesse, erscheint er als lokale Schnittmenge der genannten Raumdimensionen (vgl. Abbildung 5).



**Abbildung 5: Ort als Konkretisierung der Raumdimensionen**

Quelle: verändert nach Vogelpohl (2004)

In bemerkenswerter Kongruenz dazu benennt Lefebvre (1991: 33) ebenfalls drei Raumkonzepte mit „spatial practice“ (physische Arrangements), „representation of space“ (Wahrnehmungsraum auf der Basis von Wissen, Zeichen, Codes etc.) und „representational spaces“ (komplexe Symboliken des sozialen Lebens). Auch Warnke (2012) formuliert, hierbei allerdings aus diskurslinguistischer Perspektive, aufbauend auf Lefebvre die Ebenen der ‚Dimension‘ als areale Gliederung, der ‚Repräsentation‘ als

Zeichenraum und der ‚Aktion‘ als gelebten Raum, welche für ihn gemeinsam und miteinander verknüpft den urbanen Raum aufspannen. Die Produktion des Raumes erfolgt hier insbesondere durch die wechselseitigen Bezüge der unterschiedlichen räumlichen Ebenen. Neben den drei Raumebenen steht hier also ausdrücklich auch deren Interdependenz im Vordergrund. So entstehen diskursive Positionen bzw. Identitäten im Raum entlang der Frage: *Wer spricht an welcher Stelle (physisch-räumlich per Koordinatensystem verortbar) in welchen ‚Bildern‘ (Imaginationen bzw. Wahrnehmungen) zu wem und in welchem spezifischen Dialog-Kontext (sozialräumliche Einordnung)?* Die Antworten auf diese Fragen lassen sich vor dem Hintergrund der obigen Darlegungen durchaus als Ort lesen, welcher Schauplatz sozialer Konflikte ist:

*„Verschiedene Bilder von Städten, verschiedene Vorstellungen über urbanen Raum öffnen ein Feld solcher Heterotopien, besonders dann, wenn ein und derselbe reale Ort unterschiedlich wahrgenommen, erlebt und gelebt wird. [...] [H]ier kommt es in der Wahrnehmung von Akteuren zu heterotopischen Überschreibungen von vermeintlich verfallenen, nutzlos gewordenen und für Umwertungen verfügbaren Räumen. [...] Der urbane Kampf um Heterotopien ist dabei bereits beim Durchlaufen der Stadt an Transparenten erkennbar.“ (Warnke 2012: 189)*

Der Raum wird im Ort erst als Ressource konstituiert um ihn dem menschlichen Zugriff verfügbar zu machen. Und „[d]aß räumliche Strukturen in dieser Lesart Anlaß und Objekt eines Konfliktes sein können, liegt an ihrer Rolle als ‚allokative‘ und, mit Querverweis auf Foucault, auch als ‚autoritative Ressourcen‘.“ (Reuber 1999: 29) Bevor daran anknüpfend im anschließenden Zwischenfazit das dieser Arbeit zugrunde liegende Verständnis von sozialen Raumnutzungskonflikten dargelegt wird, sei in konstruktiver Anlehnung an die eingangs geschilderten Raumverständnisse und auf die diskurstheoretischen Grundlagen rekurrierend eine begriffliche Transformation der dargelegten Raumebenen erlaubt in: *Materie – Bedeutung – Identität.*

## 2.5 Zwischenfazit: Raumnutzungskonflikt im Diskurs

In den bisherigen Ausführungen wurde deutlich, dass Konflikte in der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung vielfach als unvermeidbar und oft als gesellschaftskonstituierend gesehen werden. Streitbar bleibt in den aktuellen Debatten allenfalls die spezifische Fassung und definitorische Ausprägung sozialer Auseinandersetzungen. Aus diskurstheoretischer Perspektive ist an dieser Stelle noch einmal die Ereignishaftigkeit diskursiver Setzungen im Sozialen hervorzuheben. Der Diskurs ist hierbei laut Nonhoff (2007: 7) ebenso wie das Soziale weder determiniert noch vorhersehbar, „[s]tatt dessen wird die antagonistische und machtförmige Natur des Sozialen – und damit dessen innere Brüchigkeit und Kontingenz – betont. Herrschaft im Sinne einer dauerhaft befriedeten sozialen Strukturierung muss demnach als Schimäre gelten.“ Der Diskurs kann sowohl Herschinger und Nonhoff (2014) folgend im Anschluss an die poststrukturalistische Diskursforschung als auch übereinstimmend mit den vorab dargestellten synthetischen Konflikttheorien als analytisch-konstitutiv für das Soziale begriffen werden. Die Annahme einer doppelten Kontingenz von Diskursen und deren damit einhergehende Interpretation in einer zeitlich synchronen Auslegung des Diskontinuitätskonzeptes nach Foucault führt schließlich zu einem Normenpluralismus als entscheidendem Ansatzpunkt dafür, dass

zumindest in spät- und postmodernen Gesellschaften mehrere Interessen, Meinungen und Ansichten als existent und grundsätzlich zulässig erachtet werden:

*„Im Gegensatz zu traditionellen Gesellschaften entwickelte sich in der Moderne ein dezidiertes Normenpluralismus. Wer heute nicht mehr an die Sündhaftigkeit außerehelicher Partnerschaften glaubt, wird auf Kritik von Traditionalisten vermutlich mit dem Vorwurf des Vorurteils antworten. Die ehemals einheitliche Norm spaltete sich also in verschiedene normative Systeme. [...] Es ist nicht möglich, Vorurteile an sich abzuschaffen. Deswegen muss man die legitimen Vorurteile von den falschen unterscheiden. Das ist jedoch nur möglich, wenn man die eigenen Vorurteile überhaupt ins Spiel bringt, anstatt sie zurückzuhalten, wie Kant es [in seiner Kritik der reinen Vernunft, Anm. MG] fordert. Denn die stärksten Vorurteile sind den Urteilenden gar nicht als solche zugänglich – sie tarnen sich als Selbstverständlichkeiten. Erst eine Konfrontation mit den Urteilen anderer vermag es, sie als Vorurteile zu entlarven. Man sollte also nicht nur den Mut haben, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, sondern auch den Mut, die eigenen Urteile ins Spiel zu bringen – und sie damit gleichzeitig aufs Spiel zu setzen.“ (Droemer 2015: 81f.)*

In der Aussage wird deutlich, dass eine potentielle Konflikthaftigkeit der unterschiedlichen Einstellungen, Meinungen und Interessen darin begründet liegt, dass diese aus ihrem jeweiligen Begründungszusammenhang heraus – gestützt durch die spezifischen Wissenssysteme – von ihren Vertretern zur Norm erhoben werden. Somit greift es offenkundig zu kurz, eine argumentative Überzeugung einer Interessengruppe durch die andere mithilfe der Macht des besseren Argumentes anzustreben wie es beispielsweise Habermas (1995a, b) in seiner Theorie des kommunikativen Handelns formuliert. Vielmehr sind Konflikte im Umfeld der unterschiedlichen Normenkontexte gekennzeichnet durch anhaltende Versuche der gegenseitigen Legitimierung und Delegitimierung in den diskursiven Bedeutungskämpfen (vgl. Rothenhöfer 2014). Somit ist festzustellen, dass sich Konflikte an umkämpften sozialen Konstruktionen in Form individueller Wirklichkeiten entzünden. Dabei finden die sozialen Kämpfe insbesondere auf der semantischen Ebene der Begrifflichkeiten statt, welche sie für ein diskursanalytisches Forschungsprogramm zugänglich machen. Auf Planungsvorhaben zur räumlichen Gestaltung und Entwicklung bezogen bedeutet diese Erkenntnis, dass spezifische begriffliche Konnotationen der Bedeutungen in Form von Sinn die Positionen gegenüber genannten Vorhaben bündeln. Sie können sich daraufhin in der Befürwortung als auch im Widerstand und Protest dagegen äußern, „Diskurse zu urbanen Entwicklungen sind von mehr oder weniger hörbaren Protesten geprägt oder begleitet, also von Gegenmeinungen in einem Feld differenter Vorstellungen über die Stadt.“ (Warnke 2012: 194).

Soziale Konflikte sind in diesem Verständnis dem Diskursiven immanent. Sie sind artikulierte Inkommensurabilitäten auf der Grundlage unterschiedlicher Diskurse, die bezogen auf alternative Subjektpositionen bzw. Identitäten expliziert werden. Die Benennung und Begründung einer Gegnerschaft auf der Ebene diskursiver Bedeutungszuweisungen entfaltet im sozialen Konflikt ihre Diskursmacht. In diesem Sinne bedeutet Konflikt immer auch Artikulation, mithin Kommunikation. Positionen werden kommunikativ verdeutlicht, verteidigt und verhandelt. Somit sind diskursive Aushandlungsprozesse wesentliche Bestandteile sozialer Konflikte. Für die analytische Erfassung sozialer Konflikte gilt zu beachten, dass uns eine soziale Situation nicht aus sich selbst heraus als Konflikt erkennbar wird (Bonacker 2008). Zu einem solchen wird sie erst in unserer Wahrnehmung. Das wesentliche

Merkmal des sozialen Konfliktes ist dabei die genannte Inkommensurabilität bzw. die Unvereinbarkeit der unterschiedlichen diskursiven Setzungen:

*„Conflicting models are thus different from alternative models or metamodels. In the case of alternative cultural models, conflict is normally avoided because the models are realized in distinct contexts. [...] Multiple models become contradictory, however, in situations where significantly incompatible models are simultaneously invoked. The result of such incompatible models is often conflict of various kinds and a high degree of ambivalence.“ (Shore 1996: 285)*

Viehöver (2006) konstatiert als Erscheinung der narrativen Identitätsbildung zusätzlich Grenzbeziehungen zwischen Diskurskoalitionen. Sobald es zur kommunikativen Bestimmung der eigenen Position in einem Beziehungsnetzwerk von Akteuren kommt, ist es möglich, Grenzen zu nicht dieser Position angehörigen Akteuren zu formulieren. Dies kann bewusst durch gezielte konfrontative Äußerungen oder unbewusst durch Artikulation der jeweils eigenen Position geschehen. Damit ist eine notwendige Bedingung auf der diskursiven Ebene gelegt, die eine Konfliktentstehung erst ermöglicht.

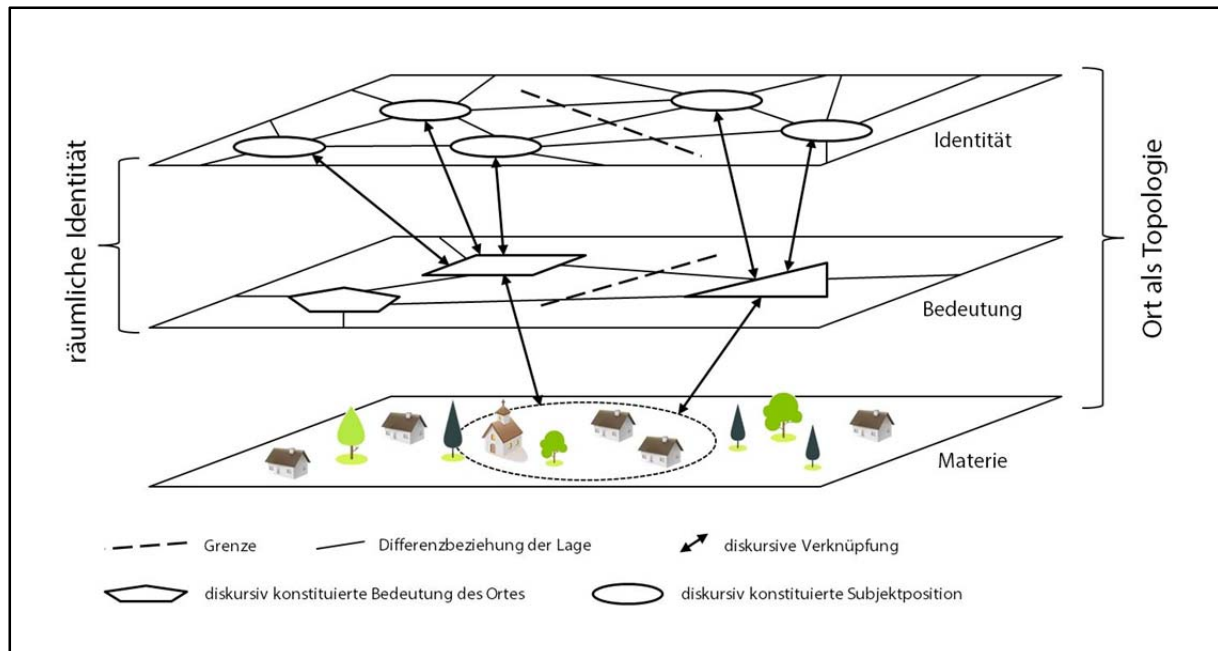
### **Raumnutzungskonflikt als Zustand und Prozess**

Wird die soziale Identität um die Raumkomponente erweitert, ist auf Basis der relationalen Positionierung des ‚ich‘ bzw. ‚wir‘ und des ‚du‘ bzw. ‚ihr‘ die räumlich identifizierende Erweiterung zum ‚ich/wir hier‘ und ‚du/ihr dort‘ möglich. Soziale Konflikte im und um den Raum können so auch als räumliche Grenzüberschreitungen wahrgenommen werden, wenn eine augenscheinlich auf das ‚hier‘ zugreifende Position des ‚du/ihr‘ wahrgenommen und formuliert wird. Orientiert an den drei vorab dargelegten Raumebenen der Materie, Bedeutung und Identität lässt sich der Ort als räumliche Identität vor dem Hintergrund der physisch-materiellen Umwelt definieren. Diskursiv konstituierte Identitäten weisen der Umwelt anhand ihrer Wahrnehmungen eine spezifische Bedeutung zu. Dabei werden wiederum im Diskurs unterschiedliche soziale Identitäten konstituiert, die an die räumlichen Bedeutungen rückgebunden sind. Auf dieselben materiellen Gegebenheiten können schließlich unter argumentativer Anwendung unterschiedlicher Wissenssysteme in der Kommunikation divergierende Bedeutungen projiziert werden (vgl. Abbildung 6).

Bei Ansprache der Identitäten manifestieren sich Antagonismen in Form von Grenzen, die sich als Diskursbrüche um die Bedeutung räumlicher Arrangements übersetzen. Es werden mithin unterschiedliche diskursive Register von Wissen und Bedeutung bemüht. Auf deren Grundlage wird in der Kommunikation der Möglichkeitsraum in Form von Elementen des Diskurses genutzt, um unterschiedliche Wirklichkeiten in Form von Momenten des Diskurses zu etablieren. Dabei ist *der eine* Ort als räumliche Konkretisierung aus den unterschiedlichen subjektivierten Blickwinkeln *nicht derselbe*, so sehr sich die gegensätzlichen räumlichen Identitäten auch auf denselben materiellen Zuschnitt zu beziehen glauben. Zu verstehen ist der Ort als eine kaskadierende Topologie respektive eine Menge unterschiedlicher räumlicher Identitätskonstitutionen bezogen auf die physisch-materielle Dimension, nicht als eine topographisch mess- und lokalisierbare Größeneinheit. Denn sowohl die Bedeutung als auch die inkommensurablen Identitäten als konstituierende Merkmale diskurstheoretisch definierter Raumnutzungskonflikte liegen in einer Differenzfunktion der relationalen Lage zueinander begründet:

„Diese diskursive Produktion und Vermittlung von Deutungsangeboten (Wissen) operiert immer in einem konfliktuellen symbolischen Ordnungs- und Wissensgefüge, einem historischen Feld der existierenden Zeichen/Differenzen.“ (Keller 2006: 128)

Abbildung 6: Dimensionen des Ortes und räumliche Identitäten im Raumnutzungskonflikt



Quelle: eigener Entwurf

In der Überzeugung der unterschiedlichen Konfliktteilnehmer, sich in der Kommunikation auf den vermeintlich ‚selben‘ Raum(ausschnitt) zu beziehen, liegt allerdings ein endogenes Potential zur Konfliktbearbeitung. Denn an dieser Stelle lässt sich auf eine diskursive Metaebene abstellen, auf die sich die Konfliktteilnehmer augenscheinlich einigen können.<sup>25</sup>

Da Konflikte neben Zuständen auch als soziale Prozesse zu fassen sind, ist an dieser Stelle der Blick auf den Untersuchungsgegenstand des Raumnutzungskonfliktes entsprechend zu erweitern. Ein Großteil politischer Aushandlungs- und Planungsprozesse findet vor dem Hintergrund von Unsicherheiten in komplexen gesellschaftlichen Kontexten statt.<sup>26</sup> Der Beschreibung und Erklärung dieser Phänomene widmen sich seit mehreren Jahrzehnten beispielsweise die Mathematik und Physik mit Hilfe nichtlinearer Berechnungsmodelle zu deren Ergebnissen die Feststellung von sich zerteilenden Strukturen (‚dissipative structures‘, vgl. Prigogine und Stenger 1985) gehört. Das bedeutet, als physikalische Realität wahrgenommene Phänomene sind eine Kombination aus Struktur und Fluss. Daran schließen sich unmittelbar die Kernaussagen poststrukturalistischer Perspektiven auf das Soziale an, konkret die zwar temporär stabilen Gesellschaftsstrukturen, die aber stetigen Veränderungen unterworfen sind. Somit handelt es sich bei den Knotenpunkten der Strukturen mit Laclau und Mouffe (2001) gesprochen um leere Signifikanten, die einer fortlaufenden Bestätigung bedürfen und durch alternative Setzungen herausgefordert werden. Die Bedeutungsfüllung kann also variieren, was bedeutet, dass zwar die Signifikanten selbst stabil erscheinen (im planerischen Kontext beispielsweise der Begriff der Windkraftanlage), die durch diese ‚hindurch fließenden‘ Bedeutungszuschreibungen allerdings je nach

<sup>25</sup> Vgl. Kap. 3.4.

<sup>26</sup> Vgl. Kap 1 und 3.3.

diskursivem Standpunkt variierende Sinnzusammenhänge produzieren können (im Beispiel mitunter die sog. Verspargelung der Landschaft, Energiegewinnung der Zukunft, ökonomisches Potential, herausragende Ingenieursleistung etc.). Steigt der Fluss der Bedeutungen in Anzahl und Frequenz, steigt auch die Wahrscheinlichkeit von Verwerfungen und Inkommensurabilitäten. Damit wird die bestehende Struktur der diskursiven Ordnung zunehmend instabil, sie wird herausgefordert und in einer davon ausgehenden möglichen Auseinandersetzung können wiederum völlig neue gesellschaftliche Verhandlungsergebnisse um die Bedeutung entstehen.

Dabei auftretende Widerstände äußern sich zunächst in Form von Diskontinuitäten im Sinne der doppelten Kontingenz, mithin gleichsam im zeitlichen Quer- als auch im Längsschnitt. Ein Ereignis kann im Diskurs zeitgleich mit unterschiedlichen Bedeutungen versehen werden. Darin zeigt sich neben den begrenzenden Mechanismen der Macht des Sagbaren deren konstruktive Komponente, indem der Möglichkeitsraum zur Konstituierung von Bedeutungen um spezifische Ereignisse aufgerufen wird. Die einzelnen Momente der Diskontinuität sind dabei zunächst noch Bestandteile desselben Diskurses. Darin sind sie aufgrund der möglichen Divergenzen allerdings als spezifische Ausprägungen zu begreifen, die im gesellschaftlichen und sozialen Kräftefeld der bestehenden Wissenssysteme in den Vordergrund treten. Es handelt sich dabei um die angesprochene serielle bzw. diskontinuierliche Bedeutungszuweisung im Diskurs, bei der sich die unterschiedlichen Bedeutungsausprägungen aufeinander beziehen und in ihrer Gesamtheit den Diskurs bestimmen. Die Subjektpositionen werden in Relation zu allen anderen Diskursteilnehmern im Konzept der sozialen Akteure sichtbar und innerhalb von Diskontinuitäten gestärkt, wohingegen schwach oder nicht artikuliert Positionen keine explizite Identifikation (mehr) erfahren. Als marginalisierte Identitäten werden sie in den Bereich des nicht Sagbaren verdrängt und bleiben damit vorerst lediglich Potential.

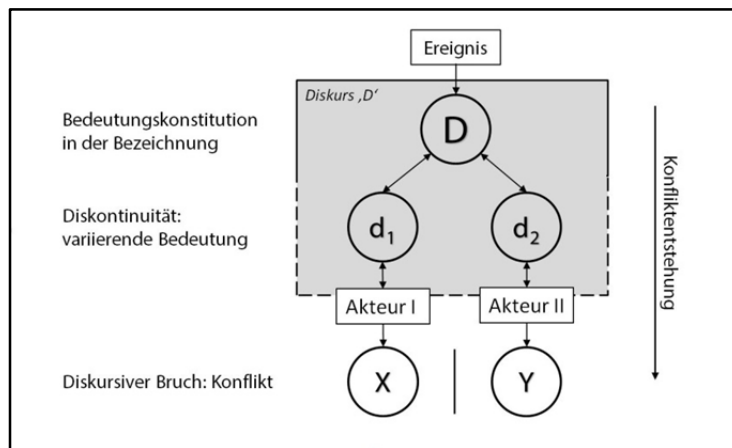
Die Akteure treffen nun in der diskursiv eingefassten Verhandlungsarena aufeinander und treten in einen Prozess der stetigen (konkurrierenden) Bedeutungs- und Sinnproduktion um das Ereignis. Wachsen die Widerstände im Aushandlungsprozess zwischen den verschiedenen Wissenssystemen und den damit einhergehend formulierten Subjektpositionen an, kann es zum Bruch des Diskurses kommen. Er vollzieht sich an der Schwelle zur Inkommensurabilität unterschiedlicher Diskursmomente. Es findet also keine Integration der Bedeutungen im verbindenden Diskurs mehr statt, er ‚zerbricht‘. Allerdings verschwindet er damit nicht zwangsläufig hinter dem jeweils aktuellen gesellschaftlichen Bedeutungshorizont. Er tritt lediglich in der raum-zeitlich situierten Aushandlung um die spezifische Bedeutung des Ereignisses<sup>27</sup> in den Hintergrund und wird nicht mehr aufgerufen. Der hier beschriebene Bruch im Diskurs äußert sich in Form eines Konfliktes der beteiligten Akteure, er entsteht also an den Bruchkanten zur Unvereinbarkeit seiner spezifischen Ausprägungen:

*„Dyadic conflict will be considered to be a process which includes the perceptions, emotions, behaviors, and outcomes of two parties [...]. Conflict is the process which begins when one party perceives that the other has frustrated, or is about to frustrate, some concern of his.“ (Thomas 1976: 891)*

---

<sup>27</sup> Im Planungskontext kann es sich bei einem Ereignis beispielsweise um ein konkretes Bauprojekt oder den Entwurf eines Raumordnungsplanes handeln.

Im Ergebnis bemächtigen sich die Akteure voneinander getrennter Diskurse, in denen die ursprüngliche Bezeichnung des auslösenden Ereignisses zur allenfalls sprachlichen Markierung der Konfliktarena transformiert wurde (vgl. Abbildung 7).



**Abbildung 7:**  
**Konfliktentstehung im Diskurs**

Quelle: eigener Entwurf

### Konfliktelemente

Um das hier aufgespannte Konzept sozialer Raumnutzungskonflikte in einer stärker analytischen Anwendungsorientierung zu untersetzen, werden als Einordnung zwischen den Grundlagen der Diskurstheorie und den synthetischen Theorien sozialer Konflikte abschließend die zentralen konflikttheoretischen Elemente skizziert.

Bezug nehmend auf Simmels Figur des Streits stellt Junge (2009: 45) fest, dass „der Streit nicht als das erscheint, als was er im Alltag gesehen wird: als Differenz und Divergenz von Positionen. Vielmehr wird hervorgehoben, dass zwar die Ursache des Streits das ‚Dissozierende‘ [...] ist, dass dies sich aber nur auf die Ursache bezieht und damit noch keine Aussage über das ‚Wesen‘ des Streits gemacht wird. Denn auch dem Streit liegt ein Gemeinsames zugrunde: das Interesse am Streitgegenstand.“ Von der Ohe (1988: 216) ergänzt hierzu, dass „nicht das Auseinandergehen aus dem K[onflikt], sondern der K[onflikt] aus dem Auseinandergehen folge [...]“. Daraus speist sich die Erkenntnis, dass der **Konflikt-** oder **Streitgegenstand** nicht im ursprünglichen Ereignis zu verorten ist, wie es der Singular des vermeintlich *einen* Objektes, um das der Konflikt entbrannt ist, impliziert. Die Akteure beziehen sich vielmehr in gegenseitiger Reflexion aufeinander, indem sie den ihre jeweiligen Identitäten trennenden Antagonismus im Diskurs (re-)produzieren. Gegenstand des Konfliktes ist dann die momentan fixierte Subjektposition des Gegners im gegenüberstehenden Diskurs. Mit Blick auf die konzeptionellen Grundlagen der Diskurstheorie ist somit zu schließen, dass sich die Auseinandersetzung im sozialen Konflikt auf die (temporären) Momente von diskursiv artikulierten Alternativen richtet. Da diese grundsätzlich veränderbar sind, bietet sich hier ein Ansatzpunkt für ein diskursiv orientiertes Konfliktmanagement, beginnend mit der Analyse der Prozesse der Konfliktentstehung.

In der obigen Aussage Junges wird ebenfalls die **Konfliktursache** angesprochen, auf die sich das Dissozierende im Streit bezieht. Diese ist im diskursiv aufgeladenen Ereignis oder Gegenstand der Raumnutzung zu finden. Mithin ist die Konfliktursache nicht das genannte Auseinandergehen im Konflikt, sondern der im Konflikt benannte Gegenstand. An diesem kristallisieren die unterschiedlich



konstituierten Identitäten in der vorab dargestellten relationalen Differenz und treten mit dem Ereignis als wahrnehmbare Akteure auf den Plan:

*„Vielmehr werden auch die in Konflikten involvierten politischen Akteure und ihre Interessen als Ergebnisse und nicht als Ausgangspunkte von Auseinandersetzungen konzeptionalisiert.“ (Glasze und Matissek 2009b: 155)*

**Konfliktteilnehmer** zeigen sich als erkennbare Akteure nach dieser Auffassung also erst im Konflikt selbst. Konkret handelt es sich um die diskursiv konstituierten Identitäten bezogen auf das Ereignis oder den Gegenstand der Raumnutzung. Sie präventiv zu adressieren, wie es in den Planungswissenschaften gelegentlich gefordert wird (vgl. u. a. Fürst 2010; Langhagen-Rohrbach 2005) ist damit kaum möglich. Da soziale Konflikte unvermeidbar sind, sollte vielmehr deren konstruktive Bearbeitung in den Vordergrund planerischen Handelns treten.

Die Konfliktursachen lassen sich aus dem hier erörterten erkenntnistheoretischen Blickwinkel erst nach Ausbruch des Konfliktes analytisch bestimmen, ebenso wie die Teilnehmer und die konkreten Gegenstände der Auseinandersetzung. Werden die genannten Dinge nicht dezidiert artikuliert, kann nach der obigen Definition nicht von einem Konflikt gesprochen werden. **Auslöser von Konflikten** sind somit die artikulierten Inkommensurabilitäten alternativer Diskurse um das Ereignis. Werden diese wahrgenommen und expliziert, entsteht der Konflikt. Dabei ist es unerheblich, auf welcher diskursiven Ebene oder auf Grundlage welcher in Anschlag gebrachten Rationalität diese Inkommensurabilitäten geäußert werden. In konflikttheoretischen Zusammenfassungen wird an dieser Stelle oft von unterschiedlichen Konflikttypen gesprochen (vgl. Bonacker 2005; Bonacker und Imbusch 2006). Letztlich ist all diesen in der Kommunikation die Unvereinbarkeit der Diskurse gemein, die sich dann wiederum im Konfliktgegenstand manifestiert.

Es bleibt abschließend festzustellen, dass sobald der soziale Konflikt als diskursiver Bruch definiert wird, die Konfliktentstehung diskursanalytisch nachvollziehbar und die Rekonstruktion des Konfliktverlaufes als Basis für eine anschließende Dekonstruktion mitsamt einer intervenierenden Konfliktbearbeitung möglich ist. Somit ist für eine zielführende Prozessmodellierung zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte neben den diskurs- und konflikttheoretischen Grundlagen eine Darstellung der Möglichkeiten erforderlich, die die planungstheoretische Debatte für die diskursive Bearbeitung solcher Konflikte bereithält. Diese wird im folgenden Kapitel samt einer Ableitung eines analytischen Konzeptes diskursiver Planung vorgenommen.

### 3. Genealogie und Konstruktion einer diskursiven Planung im Raumnutzungskonflikt

*„Here I am using the term ‚schools of theory‘ as shorthand for systematic, self-contained, analytical and prescriptive sets of ideas on the purpose and practice of planning.“ (Allmendinger 2002: 13)*

Ungeachtet der vielfachen Überschneidungen mit den gesellschafts-, natur- und ingenieurswissenschaftlichen Nachbardisziplinen der Planungswissenschaften entwickelten im Laufe des 20. und des beginnenden 21. Jahrhunderts zahlreiche Autoren dezidiert *planungstheoretische* Ansätze. Dabei sind sie insbesondere auf der Suche nach Antworten auf die Fragen zur Notwendigkeit von Planung, deren Zielen und Adressaten innerhalb sich verändernder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, der entsprechenden Handlungs- und Steuerungsoptionen sowie nach der jeweils geeigneten theoretischen Perspektive auf die Planung (Allmendinger 2002; Fainstein und Campbell 2012; Friedmann 1996). Eng damit verknüpft ist die Frage nach der Rolle und dem Selbstverständnis von Planern, welches sich mitunter mit demjenigen von Politikern, Vertretern der Privatwirtschaft, Bauträgern, der Zivilgesellschaft und weiteren Akteuren überlagert. In den vergangenen Jahrzehnten ist im Zuge einer gestiegenen Öffentlichkeitsbeteiligung der Kreis von Personen, die direkt und indirekt in Planungsprozesse eingebunden sind gewachsen. Damit einhergehend ist die Konflikthaftigkeit räumlicher Planung deutlich erkennbar zu Tage getreten und weiter angestiegen.

Hinsichtlich der prozeduralen Planungstheorien ist eine hohe Kongruenz zu den dominanten Debatten in den Politikwissenschaften erkennbar, die in der jüngeren Disziplingeschichte weitgehend parallel vorangetrieben wurden (vgl. Fischer 2003a; Fischer und Forester 1993a; Fischer und Gottweis 2012a). Sie wird auch hinsichtlich der methodologischen Grundlagen des Planens erkennbar, welche häufig in Überschneidung mit den Nachbardisziplinen entwickelt wurden. Ein theoriegeleiteter Blick auf Planung ist also kaum vom gesellschafts- und sozialwissenschaftlichen Hintergrund zu lösen, womit die Frage in den Vordergrund tritt: „Why do planning Theory?“ (Fainstein und Campbell 2012: 3; Friedmann 2003) Eine kurze Antwort kann darin bestehen, Raum und Ort als Referenz des Handelns zu betonen. Denn hier lassen sich die dominanten Theoriefelder in den Planungswissenschaften – Inhalt, Prozess und Form – konstruktiv miteinander verbinden (vgl. Fürst und Ritter 2005).

Auch wenn Planen als eine Sonderform des Handelns gilt, bedarf es an dieser Stelle einer Eingrenzung dessen, welche der genannten Dimensionen im Folgenden mit dem Begriff der Planung angesprochen wird. Erstens wird in planungstheoretischen Debatten häufig auf die handelnden Akteure verwiesen (vgl. Selle 1994), und auch im Alltagssprachlichen Gebrauch wird mit ‚der Planung‘ vielfach eine bestimmte Personengruppe oder (öffentliche) Organisation angesprochen. Hierfür wird im Folgenden der deutlich distinktiere Begriff des Planers verwendet. Er ist das Ergebnis diskursiver Konstitutionsprozesse im Sozialen und damit in seiner spezifischen Identität durchaus kontingent.<sup>28</sup> In diesem Sinne ist er als Akteur ein planendes Subjekt, nicht Planung selbst. Zweitens spricht insbesondere die Politikfeldanalyse (Policy-Analyse) Planung sehr viel stärker als inhaltliche Bezugsgröße an. Planung ist in diesem Sinne das, was geplant wird oder werden soll, woran ebenso die inhaltlich aufge-

---

<sup>28</sup> Vgl. Kap. 2.2.

spannten Argumentationskontexte anknüpfen. Damit wird die Diskursebene im Anschluss an die im vorhergehenden Kapitel zugrunde gelegten diskurstheoretischen Grundlagen adressiert.<sup>29</sup> Den Diskurs begrifflich kurzerhand in Planung umzuformulieren erhöht hinsichtlich der epistemologischen Grundlegung der vorliegenden Untersuchung jedoch die Gefahr einer Norm-Falle. Denn Vertreter der klassischen Politikfeldanalyse in den Planungswissenschaften „believe that by using appropriate scientific theories and mathematical techniques, they can, at least in principle, identify and precisely calculate ‚best solutions.‘“ (Friedmann 1996: 23) Es ist aber auf der Grundlage einer poststrukturalistischen Erkenntnishaltung die Bestimmung abzulehnen, welche Diskurse als unbedingt wünschenswert zu erachten sind und demnach mit dem Ziel einer hegemonialen Setzung der ‚richtigen‘ Gestaltung des Raumes (re-)produziert werden sollten. Damit bleibt drittens, die Planung wie eingangs angedeutet als Prozess zu definieren, und zwar als „the process of decision making as it relates to spatial development.“ (Fainstein und Campbell 2012: 2) In ähnlicher Weise rekurriert Fürst (2010) auf die Ablauforganisation der Raumplanung im deutschen Institutionensystem, wobei er als Herausforderungen die Vielzahl von beteiligten Personen an Planungsprozessen sowie die gestiegene Aufgabenvielfalt von Planern insinuiert:

*„Das ist eine Folge der Emanzipation des Individuums, der zunehmenden Demokratisierung staatlichen Handelns, der Ausweitung der Mitbestimmung in zahlreichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern und der zunehmenden Konflikthaltigkeit der Planungsprozesse: Eine pluralisierte Gesellschaft mit einer starken Individualisierung der Verfügungsrechte führt zu wachsenden Spannungen zwischen Individualrechten und Gemeinschaftsbelangen.“ (Fürst 2010: 134)*

Somit werden die Aufgaben der Raumplanung seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert zunehmend in der Akzeptanzgewinnung und der Konfliktbearbeitung bei konkurrierenden sowie oft konfligierenden Raumnutzungsansprüchen gesehen. Die darauf folgenden planungstheoretischen Debatten griffen diese Problematik vielfach auf. Im Ergebnis wurde eine ganze Reihe von Ansätzen zur Bearbeitung planungsbezogener Raumnutzungskonflikte entworfen. Diese werden im Folgenden zusammenfassend dargestellt, um die Basis für eine Weiterentwicklung zu einem analytischen Ansatz diskursiver Planung vor dem Hintergrund der diskurstheoretischen Debatten des Poststrukturalismus zu legen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um eine Spurensuche nach möglichen Elementen einer diskurstheoretischen Erkenntnisperspektive in der Planungstheorie. Entsprechende Ansätze sind dabei immer auch Ausdruck des jeweiligen sozialen, politischen, ökonomischen und philosophischen Kontextes. In Erinnerung an Foucaults seriellen Geschichtsbegriff<sup>30</sup> wird hier also dezidiert keine historische Abhandlung als determinierte Entwicklung der Planungstheorie verfasst. Vielmehr steht das Potential unterschiedlicher erkenntnisleitender Betrachtungsperspektiven im Vordergrund, die je nach genannten Kontexten zu bestimmten Zeiten mehr oder weniger dominante Fluchtpunkte der planungstheoretischen Diskussionen bildeten.

Zunächst wird in einer kurzen Zusammenfassung der Bogen von den ersten dezidiert planungstheoretischen Überlegungen des technischen Rationalismus hin zur kommunikativen Wende in den Politik- und Planungswissenschaften geschlagen, gefolgt von einem Überblick zur postmodernen bzw.

<sup>29</sup> Vgl. hierzu auch die drei Dimensionen des Diskurses in den Politikwissenschaften in Kap. 2.1.

<sup>30</sup> Vgl. Kap. 2.2.

poststrukturalistischen Kritik am kommunikativen Paradigma (3.1). Im Hauptteil dieses Kapitels werden daran anschließend die zentralen planungstheoretischen Ansätze in Anlehnung an die kritische Pragmatik und die aktuell diskutierte kritische Policy-Analyse (3.2) sowie den Poststrukturalismus (3.3) hinsichtlich ihres Potentials zur Entwicklung eines eigenen Konzeptes diskursiver Planung befragt. Dieses wird in einem abschließenden Zwischenfazit als Analysekategorie zur Beschreibung und Erklärung von planungsbezogenen Raumnutzungskonflikten entworfen (3.4).

### 3.1 Von der rationalistischen Planung zur kommunikativen Wende

Ogleich die Planungstheorie auf eine vergleichsweise kurze Geschichte innerhalb des wissenschaftlichen Fächerkanons zurückblickt, war sie in ihrer erkenntnistheoretischen Fundierung und den daran anschließenden Bestimmungen des Gegenstandes von Planung, ihres Steuerungsverständnisses sowie ihrer institutionellen Formierung einem stetigen Wandel ausgesetzt. Dabei wurde insbesondere in den Ansätzen der prozeduralen Planungstheorie wiederholt die Frage danach aufgeworfen, wie mit konkurrierenden Raumnutzungsansprüchen und sich (möglicherweise) daran entzündenden Konflikten umzugehen sei. Die Antworten des technisch-rationalistischen sowie des kommunikativen Paradigmas werden im Folgenden zunächst zusammenfassend skizziert und anschließend kritisch diskutiert. Sie bilden die Grundlage für die anschließende Darstellung der pragmatischen Planungstheorien gefolgt von den stärker poststrukturalistischen Konzepten der Planung.

#### Planung als rationalistische Entwicklung der Gesellschaft

Spätestens seit der Mitte des 20. Jahrhunderts wird der Begriff der Planung über die Wirtschaftswissenschaften hinaus auch gesellschaftstheoretisch reflektiert und definiert. Anfänglich wurde damit ein grundsätzlich rationales Vorgehen verbunden, welches Mannheim (1958) zwischen dem Gründen als absolutem Neubeginn im schöpferischen Akt und dem Verwalten als endgültig reguliertem Verfahrensregister verortet:

*„Die gesellschaftliche Anhäufung von Menschen und Dingen ist das Substrat der Planung. Diese gibt die Mittel her und nur an ihr kann das jeweilig nächste Ziel und die Richtung der gesellschaftlichen Gestaltung abgetastet werden. Den principia media gegenüber gibt es keine freien und unbegrenzten Dispositionsmöglichkeiten, sondern nur eine richtige Strategie, nach der man mit oder gegen ihre Stromrichtung schwimmt und handelt, je nach günstigsten Angriffsstellen, die sich dem planenden Willen bieten.“ (Mannheim 1958: 228)*

Hier werden zwei wesentliche Aussagen bezüglich einer rationalistisch verstandenen Planung deutlich. Zum einen diene sie der Gestaltung von Gesellschaft und hier insbesondere deren Entwicklung. Mit der Erwähnung geeigneter wissenschaftlicher Mittel wird eine zeitliche Vorausschau in Form von Entwicklungsprognosen impliziert, aus denen entsprechende Zielhorizonte abzuleiten seien. In intervallskalierter Lesart der *einen richtigen* Strategie wird die epistemologische Perspektive eines wissenschaftlichen Rationalismus im Zusammenhang mit der Planung noch einmal hervorgehoben. Planer sind demgemäß Ingenieure des Sozialen, denn „Planen ist der Akt des Umbaus einer historisch gewordenen und auf uns gekommenen Gesellschaft in eine immer vollkommener durch den Men-

schen von zentralen Stellen aus regulierte Einheit.“ (Mannheim 1958: 228) Dabei sei der Planer als Akteur abgegrenzt von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, da diese für sich genommen nicht über das notwendige Wissen zur Zielerreichung verfügten (Friedmann 1996). Zum zweiten begründet das obige Zitat die Notwendigkeit des Planens in einem komplexen System wie der Gesellschaft mit der Vielfalt an Koordinierungsaufgaben, wie sie im Zuge zivilisatorischer Entwicklungen wiederholt hervortreten. In einem hochverdichteten System sozialer Beziehungen bedürfe es einer Regulierung, wenn eine flexible, mithin nicht normierte Handhabung des täglichen Miteinanders unmöglich wird. Die Herleitung eines solchen Planungserfordernisses in der Spätmoderne ist insofern bemerkenswert, als dass sie in der gesellschaftlichen Vielfalt und Freiheit des Liberalismus den Angriffspunkt für eine planvolle Intervention erkennt. Denn nur indem das Miteinander normiert werde, könne eine überindividuelle Gerechtigkeit garantiert werden. Deren Verhältnis zur individuellen Freiheit erscheint damit zumindest diskussionswürdig.

Bezogen auf die Stadtentwicklung wendeten die Vertreter der sog. Chicagoer Schule in den 1940er und 1950er Jahren das Konzept mit der Forderung nach einer planvollen, sprich rationalen und interventionistischen Gestaltung von Wirtschaft und Raumnutzung an (Allmendinger 2009). Meyerson und Banfield (1964) setzten beispielsweise das Konzept der rationalistischen Planung in ihrer Fallstudie zum sozialen Wohnungsbau in Chicago in den 1950er Jahren dem Spannungsfeld zwischen einem umfassenden Gesamtplan und einem eher projektorientierten Inkrementalismus aus. Im Ergebnis stellten auch sie fest, dass die Vielzahl an Partikularinteressen sowie die Verteilung von Ressourcen und Zuständigkeiten die Arbeit der Stadtplaner hinsichtlich eines umfassenden Gesamtplanes erschwerte. Die Lösung liege ihrer Meinung nach in der Ergänzung der wissenschaftlichen Datengrundlage durch eine Modellierung der Wirkungszusammenhänge der einzelnen Faktoren der Stadtentwicklung:

*„The Authority needed not so much to know the magnitudes of particular variables as to know what all of the relevant variables were and how they influenced each other: it needed to know the set of consequences which a characteristic combination of factors would bring into being.“ (Meyerson und Banfield 1964: 282, Hervorh. im Orig.)*

Planer sind einem rationalistischen Verständnis folgend also nicht nur Ingenieure des Sozialen, sondern in einer ihrer fachspezifischen Ausdifferenzierungen ebenso des Raumes. Sie „verstanden ihr Geschäft als optimale Allokation verfügbarer Ressourcen. In ihren Augen war es systematisch, rational, objektiv, wissenschaftlich.“ (Reuter 2006: 211) Die klassische Policy-Analyse als ein weiteres Feld früher planungstheoretischer Ansätze entfaltete sich ebenso entlang eines eher technisch-rationalistischen Paradigmas (Friedmann 1996). Im Zentrum planerischer Handlungen stehen demnach in einer linearen Abfolge

- die Entwicklung von Alternativen zur Zielerreichung unter Berücksichtigung des die Entscheidung bestimmenden Kontextes,
- die Vorhersage der zu erwartenden Konsequenzen der entwickelten Alternativen
- sowie die Evaluation der Konsequenzen unter Berücksichtigung der Ziele.

Eingerahmt sind diese Schritte durch die vorherige Festlegung der Ziele, die anschließende Entscheidung und schließlich deren Implementierung. Raumplanung bedeutet hier also, Lösungsalternativen für Probleme der räumlichen Entwicklung wissenschaftlich fundiert zu entwerfen und anschließend mit dem Ziel gegeneinander abzuwägen, die optimale Lösung zu extrahieren. Die Policy-Analyse erkennt allerdings die Kontextgebundenheit von Entscheidungen an und „[w]hat was ‚best‘ of course, would inevitably be limited by the normal constraints on rationality, which include the resources, information, and time that are available for making decisions.“ (Friedmann 1996: 22)

Da sich die sozialen Ordnungen dem normierenden Ideal der Planer aber häufig verweigert haben, geriet die Idee einer umfassenden rationalistischen Planung seit den 1970er Jahren verstärkt in die Kritik. Aufgrund dessen wurde schon bald nach einem alternativen Planungsverständnis gesucht, welches Hand in Hand mit den erkenntnistheoretischen Entwicklungen in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften ging. Ungeachtet gelegentlicher Versuche, das rationalistische Paradigma im Namen der sozialen Gerechtigkeit und unter dem Eindruck jeweils aktueller gesellschaftlicher Trends wie beispielsweise der Umweltbewegung zu reanimieren (Sagoff 1988), setzte sich sukzessive ein Verständnis von Planung durch, welches den ingenieurwissenschaftlichen Expertenstatus des Planers in Frage stellte und stattdessen die demokratische Verhandlung betonte.

### Die argumentative Wende in Politik und Planung<sup>31</sup>

In Reaktion auf die als zunehmend komplex wahrgenommene Umwelt und Gesellschaft wird seit den späten 1980er Jahren in den angloamerikanischen Politik- und Planungswissenschaften, und etwas zeitversetzt seit Beginn der 1990er Jahre auch im deutschsprachigen Raum, der sog. communicative turn (Healey 1992) bzw. argumentative turn (Fischer und Forester 1993a) wiederkehrend diskutiert. Der Ausgangspunkt war die Kritik am wissenschaftlich-technokratischen Rationalismus, der oft das Ziel einer inklusiven Planung und demokratischen Raumentwicklung verfehlte (Healey 1992). So wurden die eher klassisch-rationalistischen Ansätze von Anpassungs-, Auffang- und Entwicklungsplanung (Albers 1993; Selle 1994) nicht nur als unfähig erachtet, Raumnutzungsansprüche adäquat und konfliktfrei zu adressieren. Sie waren offensichtlich ebenso wenig geeignet, besagte Verwerfungen und Konflikte zu lösen, sobald sich diese äußerten. Als Ausweg sahen Vertreter der kommunikativen respektive argumentativen Wende die alternative Rationalität der Kommunikation und fanden Unterstützung in der Theorie des kommunikativen Handelns von Habermas (1995a, b). Rationalität sei demnach bestimmt durch den Grad des Wahrheitsgehaltes einer Aussage bzw. die Wirksamkeit einer Handlung. Diese werden anhand von Gültigkeitsbedingungen und Begründungen geprüft, die wiederum Ergebnisse gesellschaftlicher Aushandlungen sind. Damit seien Aussagen jederzeit legitim kritisierbar dann, wenn die Kritik ebenfalls argumentativ belegt werden könne. Als Referenzrahmen der Aushandlung sieht Habermas (1995a: 27) einen transsubjektiven Geltungsanspruch, von ihm auch als objektive Welt bezeichnet: „Eine Äußerung erfüllt die Voraussetzungen für Rationalität, wenn und soweit sie fehlbares Wissen verkörpert, damit einen Bezug zur objektiven Welt, d. h. einen Tatsachenbezug hat, und einer objektiven Beurteilung zugänglich ist.“ Das Terrain dieser Äußerungen sieht er

<sup>31</sup> Einzelne Absätze des folgenden Abschnittes wurden in leicht veränderter Form unter dem Titel „Was im Dunkeln liegt, kann man nicht sehen.“ Eine Spurensuche nach diskurstheoretischen Impulsen in der Raumplanung“ in der Ausgabe 1/2016 der Zeitschrift PND | Online veröffentlicht.

im Diskurs, verstanden als kommunikativ-argumentative Verhandlung, wobei die von ihm normativ formulierte Diskursethik eine auf den Diskurs anzuwendende Verfahrensregel darstelle, durch deren Anwendung grundlegend anerkannte Gesetzgebungsformeln kristallisierten (Habermas 2009).

Mit der kommunikativen Wende erfuhr der Diskursbegriff erstmals eine erhöhte Aufmerksamkeit in den planungstheoretischen Debatten. Oft wurde er dabei im Sinne der Diskursethik nach Habermas interpretiert und entsprechend normativ formuliert. Nicht nur die Tätigkeiten von Planern stehen im Zentrum der Untersuchungen wie es etwa Innes (1995) beschreibt, sondern ebenfalls *wie* Planung *sein sollte* im Lichte dieses Paradigmas kommunikativen und kollaborativen Handelns:

*„What is being invented, in planning practice and planning theory, is a new form of planning, a respectful argumentative form, of planning through debate, appropriate to our recognition of the failure of modernity’s conception of ‚pure reason‘, yet searching, as Habermas does, for a continuation of the Enlightenment project of democratic progress through reasoned inter-subjective argument among free citizens.“ (Healey 1992: 160)*

Diese neue Form des Planens übersetzte Healey zusätzlich mit zehn präskriptiven Anforderungen, die das Bild kommunikativer Planung zeitweise dominierten und partiell auch heute noch Bestandteil der planungstheoretischen und -praktischen Debatten sind:

1. Planung ist als interaktiver Prozess zu gestalten, in dem die gesamte Bandbreite von Lebenswelten diskutiert und interpretiert werden sollte.
2. In der Kommunikation sind gemeinsam erreichbare sprachliche Ebenen zu suchen, auf denen ein konstruktiver Austausch zu unterschiedlichen Meinungen und Ansichten gelingen kann.
3. Der Austausch auf diesen gemeinsamen sprachlichen Ebenen kann nur stattfinden, wenn sich die Beteiligten in gegenseitigem Respekt und Verständnis üben.
4. Eine weitere Aufgabe von Planern ist es, die Arenen der Kommunikation zu entwerfen, in denen der gleichberechtigte Austausch stattfinden kann.
5. Die Aushandlung ist inklusiv zu gestalten, die unbedingte Beteiligung aller Interessen und Sichtweisen auf die verhandelte Problematik sollten also grundsätzlich zulässig sein.
6. Sämtliche Diskussionen sind kritisch zu reflektieren anhand der Kriterien der Diskursethik nach Habermas: Legitimität, Wahrheit, Barrierefreiheit und Argumentationslogik.
7. Sowohl Prozesse als auch Arenen des Austausches entspringen den moralischen Grundsätzen der demokratischen Willensbildung vor dem Hintergrund einer mitunter konfligierenden Meinungsvielfalt, die es stets zu adressieren gilt.
8. Die Kommunikationsteilnehmer sollten dazu ermutigt werden, gemeinsame Bedeutungen zu konstruieren unter deren Dach sie zu einvernehmlichen Sichtweisen finden können.
9. In der argumentativen Auseinandersetzung sind bestehende Machtverhältnisse offenzulegen und zugunsten eines transparenten und offenen Austausches zu transformieren.
10. Aushandlungsprozesse sollten ergebnisoffen organisiert sein und nicht lediglich vorgefertigte („geplante“) bzw. feststehende Meinungen und Entscheidungen reproduzieren.

In der Folge dieses Ansatzes wird die Begrifflichkeit des Diskurses in den Planungswissenschaften wiederholt angestrengt, vorrangig als Synonym für Verhandlung (Wiechmann 1998), als „Austausch von Argumenten zu jeder Art Planungsfrage“ (Reuter 2006: 217) oder als Sammelbegriff für Kommunikation und Kooperation in der Entscheidungsfindung unter der Bedingung, betroffene Akteure zu beteiligen (Meyer-Oldenburg 2003; Renn und Webler 1998). Auf dieser Grundlage entstand eine Reihe sog. diskursiver Verfahren als Handlungsanweisung für die Raumplanung. Um dem Anspruch der kommunikativen Rationalität zu genügen, schlagen Renn und Webler (1998) beispielsweise eine dreistufige Verknüpfung in einem Verfahrensmodell vor, welches sie den kooperativen Diskurs nennen. An dessen Beginn solle eine Verhandlungsarena entworfen werden, die aus den Werten und Normen der Betroffenen und Vertretern von Interessengruppen besteht. In einem Expertendelphi seien anschließend die Einstellungen und Interessen der Beteiligten zu erörtern um abschließend in Bürgerforen die zielorientierte Entwicklung von Handlungsalternativen anzustrengen und diese abzuwägen. Dieses dreistufige Verfahren weist Ähnlichkeiten zur Abfolge der klassischen Policy-Analyse auf, allerdings mit dem entscheidenden Unterschied, es möglichst inklusiv zu gestalten, und Betroffene und Beteiligte als gleichberechtigte Experten im Planungsverfahren zu begreifen. Die diskursiven Verfahren der Entscheidungsfindung sind in diesem Modell letztlich die Verhandlungsarena, in der die traditionelle Dichotomie zwischen Markt und Staat durch Planungsprozesse transzendiert werden könne, denn „die Steuerungsmechanismen von Markt, Expertise und Politik [bleiben] weitgehend ineffektiv.“ (Renn und Webler 1998: 21) Damit treten sie für eine starke Stellung von Planung zur Lösung von Raumnutzungskonflikten ein.

In ähnlicher Weise erkennt Selle (1994) den Ort der Kooperation zwischen Markt, Staat und Privathaushalten, so sehr diese Trennung auch rein heuristisch sein möge. Doch gerade in den unscharfen Grenzen zwischen diesen liege das endogene Potential einer Kooperation als Gemeinschaft in der Planung, wobei der genannte Ort der Kooperation als öffentlicher Raum zu verstehen sei (Friedmann 1989). Damit sind die grundlegenden Elemente des kooperativen Planungsverständnisses von Selle (1994) skizziert. Zunächst seien Akteure zu identifizieren und zu adressieren, um sie im öffentlichen Raum als Ort der Verhandlung in einen offenen Prozess zu integrieren in dessen Verlauf Entscheidungen gemeinsam erarbeitet werden könnten. Diese Elemente stehen klar in der Tradition des Diskursbegriffs nach Habermas und sehen den Konflikt allenfalls als Ausdruck einer unzulänglichen Prozessgestaltung.

### **Planung und Konflikt: Eine Kritik instrumenteller und kommunikativer Rationalität**

Sowohl im rationalistischen Planungsparadigma als auch in der kommunikativen Wende ist allenfalls der Prolog für ein poststrukturalistisches Verständnis diskursiver Planung zu sehen. Dafür lässt sich eine Reihe von Gründen anführen, die in späteren planungstheoretischen Debatten häufig kritisch erörtert wurden und insbesondere zur Weiterentwicklung der kommunikativen Ansätze führten. Besonders auffällig ist zunächst, dass die dargelegten Paradigmen überwiegend normativ formuliert sind. Die Beschreibung und Erklärung von gesellschaftlichen Dynamiken werden als Mittel zum Zweck im imaginären ‚Werkzeugkasten‘ der Planer gesehen, weniger als analytisches Forschungsprogramm der Planungstheorie (Huxley und Yiftachel 2000). Gleichwohl ist gelegentlich der Wunsch formuliert worden, „to understand just what policy analysts and planners do, how language and modes



of representation both enable and constrain their work, how their practical rhetoric depicts and selects, describes and characterizes, includes and excludes, and more“ (Fischer und Forester 1993b: 2), der für die Planungswissenschaften nach wie vor hochaktuell ist. Auch wird das mündige Subjekt als Akteur in demokratischen Aushandlungsprozessen angenommen, mehr noch, wird dessen Emanzipation im kommunikativen Verständnis der Planung als wesentliches Ziel erachtet. So steht das ‚bessere Argument‘ in der Tradition von Habermas‘ (1995a, b) Theorie des kommunikativen Handelns im Fokus einer Transformation des Wissens mit dem Konsens als Fluchtpunkt der Verhandlung. Daraus ergibt sich allerdings nicht zuletzt die Problematik der Marginalisierung von Standpunkten durch fehlende (diskursive) Identifikation. Darüber hinaus wurde scheinbar – verkürzt formuliert – die technische lediglich durch eine kommunikative Rationalität ersetzt, deren Versprechen unter dem Eindruck der diskursiven Konstitution von Bedeutungen, Wissen und Subjekten<sup>32</sup> sowie damit einhergehenden Diskursbrüchen im Konflikt kaum einzulösen ist. Lohnenswert wäre hier die an anderer Stelle zu klärende Frage, inwiefern damit einem kommunikativen Rationalismus das Wort geredet wird, der nicht nur im Kontrast zur poststrukturalistischen Auffassung sozialer Ordnungen stünde, sondern einen Zirkelschluss innerhalb des kommunikativen Paradigmas andeutete:

*„It holds out the prospect of change but draws back from prescribing it because change cannot be prescribed under communicative planning. As such it is difficult to point to it as an alternative because it remains at an abstract level.“ (Allmendinger 2009: 221)*

Aus diesem Grund erscheint es angebracht, bei der kommunikativen Planung nicht von einem kohärenten und in sich geschlossenen Theoriegebäude zu sprechen (Tewdwr-Jones und Allmendinger 1998; Watson 2008), welches sich außerdem den folgenden Kritikpunkten zu stellen hat.

Macht ist den ursprünglichen Fassungen der kommunikativen Planungstheorien zufolge eine auf die beteiligten und betroffenen Akteure gerecht zu verteilende Ressource und bleibt damit instrumentell. Nicht zuletzt wird insbesondere Habermas oft seine für die Erfassung gesellschaftlicher Dynamiken wenig hilfreiche Machtkonzeption entgegengehalten (Flyvbjerg 1998; Huxley 2000). Macht ist davon ausgehend weniger ein zu eliminierendes, destruktiv-strategisches Element des menschlichen Miteinanders, als ein dem Sozialen und also auch Politischen inhärentes Phänomen, das dort ebenfalls konstruktives Potential entfaltet. Flyvbjerg und Richardson (2002) sehen die kommunikative Planung in der Machtfrage prinzipiell kompromittiert. Denn den machtvollen Äußerungen wohne eine jeweils eigene Rationalität inne, die im praktischen Planungsprozess erst die Aushandlung gestaltet, kurz: Ohne Macht ist kein politischer Prozess und damit auch keine Planung denkbar. In diskurstheoretischer Ergänzung dieses Einwurfes verlieren damit sowohl die Macht als auch der Konflikt ihren zwangsläufig dysfunktionalen Charakter. Nur wenn beide Konzepte als nicht eliminierbar anerkannt werden, sind konstruktive Transformationsprozesse möglich. Sie sind dabei ebenso wenig wie Subjekte, Objekte und Bedeutungen prädiskursiv determiniert und „[p]ower as the potential to influence is continuously reshaped.“ (Van Assche, Duineveld und Beunen 2014: 2395)

Die unreflektierte kommunikative Rationalität kann in den Verdacht geraten, soziale Konflikte nicht zu verhindern sondern durch Marginalisierung im Zuge selektiver Beteiligung erst hervorzuru-

---

<sup>32</sup> Vgl. Kap. 2.2.

fen. Geführt werden diese dann aus einer individuell wahrgenommenen Opfer-Position heraus im Widerstreit nach Lyotard (1989).<sup>33</sup> In den diskursiven sozialen Ordnungen von Geschlecht, Ethnizität, sozioökonomischem Status etc. konstituierte Ungleichheiten wirken sich somit auch in Verhandlungen zur räumlichen Entwicklung aus (Huxley 2000). Da sich diese auf einer der konkreten Sprechsituation übergeordneten Diskursebene manifestierten, könnten sie zu Ungerechtigkeiten führen:

*„Conflict is deflected by preoccupying protesters with procedures that pose little threat to entrenched interests and instead promote the political stability that serves the city elites.“ (Sager 2009: 5)*

Die Gefahr liegt also in einem Partizipationsanspruch, der aufgrund praktischer Verfahrensordnungen in der Prozessgestaltung die Benachteiligung derjenigen verstärkt, die über weniger Ressourcen verfügen. Damit ist dann ebenso die Machtfrage verknüpft, wobei der Versuch, eine Gegenmacht zu bestehenden Diskurshegemonien zu etablieren entsprechende Konflikte hervorruft. Planer wiederum werden damit tendenziell nicht zu Anwälten der Meinungsvielfalt (Davidoff 2012), sondern lediglich der Meinungsführer.

Das Ziel kommunikativer Verfahren ist der Konsens, mithin eine gemeinsam entwickelte und geteilte Vorstellung zur Entscheidung über die zukünftige Raumnutzung und -entwicklung. Ungeachtet der Tatsache, dass Partizipation allein nicht zwangsläufig zur Einigung führt (Huxley 2000), ist ein universaler Konsens aufgrund der dem Sozialen inhärenten Differenzen als kaum möglich zu erachten. Soziale Ordnungen, individuelle Identitäten und machtvollere Bedeutungen basieren auf kontingenten Differenzfunktionen, die immer nur temporär und nie universell zu *einem* diskursiven Moment (Laclau 2001), sprich Konsens gerinnen können. Für die Planung bedeutet das, dass „[p]olitical consensus can never be brought to bear in a manner that neutralizes particular group obligations, commitments and interests.“ (Flyvbjerg 1998: 229) Den Konsens in universeller Gültigkeit etablieren zu wollen führt also zu einem Ausschluss von nicht kongruenten Bedeutungen und Identitäten. Der Versuch mündet in einem repressiven Verfahren an dessen Ende eben kein Konsens möglich ist, da der Ausschluss von alternativen Stimmen im Diskurs allenfalls wie dargelegt zur Marginalisierung führt, welche sich wiederum im Konflikt Bahn brechen kann. Ungeachtet dessen kann in eng begrenzten räumlichen und zeitlichen Kontexten ein Konsens erreicht werden, und zwar in Form temporär etablierter Knotenpunkte in den jeweiligen diskursiven Strukturen der sozialen Ordnung.<sup>34</sup> Allerdings muss ein so begriffener Konsens stets kontingent gedacht werden, denn „consensus that emerges from communicative processes should not be allowed to consolidate into unified codes that would limit future discussion and innovation.“ (Harrison 2002: 263)

Im Zusammenhang mit einem mehr oder weniger forcierten Konsensprinzip läuft das kommunikative Paradigma außerdem Gefahr, als eine Metatheorie kulturimperialistische Züge zu gewinnen (Huxley und Yiftachel 2000). Diese Annahme speist sich aus der Erkenntnis, dass auch die kommunikativen Ansätze die Planung als organisierende Kraft der Raumgestaltung nicht in Frage stellen. Einerseits werden weder die institutionelle Verfasstheit (polity) noch die besten Lösungen (policy), erreicht über die kooperative Entscheidungsfindung, dezidiert problematisiert. Andererseits wäre eine ständige

<sup>33</sup> Vgl. Kap. 2.3.

<sup>34</sup> Vgl. Kap. 2.2.

Kontrolle der Kommunikation von Seiten der Planer nötig, um in den Verhandlungsprozessen sicherzustellen, dass die potenziellen und tatsächlichen Kommunikationsteilnehmer strategische, nicht am eigentlichen Diskussionsgegenstand orientierte Positionen der Verhandlung außen vor ließen. Damit liefen sie in einer Art Wachturm-Position – mit im Zweifel entsprechenden Interventionsmöglichkeiten – dem Anspruch eines niedrighschwelligeren Austausches zuwider. Zusätzlich geht damit eine weitere Form der Marginalisierung einher, die in diesem Fall auf der theoretischen Ebene stattfindet. Vor dem Hintergrund eines beispielsweise gerechtigkeitsphilosophisch geführten hegemonialen Theoriediskurses kann es zu Selbstverstärkungseffekten kommen, wenn alternative Konzepte mit einer entsprechenden Begründung abgelehnt werden. Diskursiv etablierte Eliten werden damit in Abgrenzung von alternativen Positionen auf der Ebene des planungstheoretischen Überbaus gestützt (Huxley und Yiftachel 2000; Sager 2009). Da diese Gefahr nicht nur die kommunikative Planung betrifft, sondern auch jeden alternativen theoretischen Ansatz, ist im Sinne der poststrukturalistischen Kontingenz stets die kritische Reflektion in jegliche Theoriebildung zu integrieren.

Ferner wird gelegentlich eine Rückbesinnung auf eine reflexive instrumentelle Rationalität in der Folge einer stark (neo-)liberalen Auslegung des kommunikativen Paradigmas in den 1980er und 1990er Jahren diagnostiziert (Allmendinger 2009; Sager 2009; Tewdwr-Jones und Allmendinger 1998). Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass sofern die staatlichen Planungsinstitutionen die Raumentwicklung im Namen der Partizipation allein den ökonomischen Interessen überließen, zunehmend marktliberale Verwertungslogiken dem Anspruch auf Teilhabe und eine als gerecht empfundene Raumnutzung letztlich entgegenwirkten. Es sei also zu fragen, ob „involvement in democratic processes breeds more involvement“ (Tewdwr-Jones und Allmendinger 1998: 1978), oder sich mit einem Rückzug staatlich gelenkter (rationalistisch verstandener) Planung nicht alternative Diskurs-Hegemonien im semantischen Feld von Wirtschaft und Kapital etablierten, die letztlich der demokratischen Raumentwicklung durch neue Formen der Marginalisierung und postpolitischen Verfahrensnormierung entgegenstünden. Die kommunikative Planung gerät damit in das Dilemma, zwischen den Vorwürfen der Repression in einer Technokratie einerseits und der Ineffizienz in Fragen einer demokratischen und gerechten Teilhabe an der Raumnutzung bei radikaler Auslegung des Partizipationsprinzips andererseits zu stehen. Denn jede Theorie, daran sei hier erinnert, ist als Teil der Wissenschaften ebenfalls machtdurchdringender Diskurs.

Ungeachtet der dargelegten Kritikpunkte wird bereits seit Beginn der dezidiert planungstheoretischen Debatten die Vielfalt und Komplexität gesellschaftlicher Strukturen anerkannt, wobei eine rationalistisch verstandene Planung noch dem Versuch gleichkommt, dieser regulierend entgegenzuwirken. Auch legen insbesondere die zahlreichen Ansätze zur kommunikativen Wende in den Planungswissenschaften einen wichtigen Grundstein für die beschreibende und erklärende Analyse planungsbezogener Raumnutzungskonflikte. Nicht nur wird auf die Vielfalt der Meinungen und Interessen in demokratisch organisierten Verhandlungsprozessen abgestellt, auch die kommunikative Konstruktion von Bedeutungen, Wirklichkeit und Gesellschaft ist als wesentlicher Ausgangspunkt für den Entwurf einer diskursiven Planung zu beachten. Denn immerhin wird die Kommunikation zu einer Art Metadiskurs erhoben, welcher auf ein Verständnis von Planung als Prozess fokussiert. Damit ist eine Diskussion in Kongruenz mit der poststrukturalistischen Diskurstheorie und dem vorab entwickelten Ansatz zum sozialen Raumnutzungskonflikt möglich. Mit der Forderung nach demokratischen und

transformativen Aushandlungsprozessen wird die Planung zudem unverkennbar politisch und somit konflikthaft. Ein wesentliches Kritikfeld an der normativ explizierten kommunikativen Planung ist die damit einhergehende Gefahr der Marginalisierung alternativer Standpunkte in völlig unterschiedlichen Zusammenhängen (Theorie, Beteiligung und Mitsprache, diskursive Register) trotz des ursprünglich gegenteiligen Anspruchs ihrer Vertreter. Im Entwurf einer diskursiv verstandenen Planung wird aus diesem Grund der Präsiktion im weiteren Verlauf der Arbeit mit Vorsicht begegnet. Das Ziel bleibt die Analyse von Diskurs und Konflikt in der Planung:

*„Without the necessary work of critique (identifying problems and the implications of prevailing norms and conditions) and analysis (explaining how the problems were created), the normative dimensions of theory on which prescriptions might be based (indicating what to do to bring about change) are in danger of becoming ineffective responses to immediate crises.“ (Huxley und Yiftachel 2000: 337)*

Der in der Planungstheorie verhandelte kritische Pragmatismus sowie die diskursive Politikberatung sind aufgrund ihrer Auseinandersetzungen mit Fragen nach der Macht und Konflikten in Planungsprozessen als wesentliche Schritte in diese Richtung zu sehen, die es im Folgenden näher zu untersuchen gilt.

### 3.2 Macht und Konflikt in der Planung: Kritischer Pragmatismus und diskursive Politikgestaltung

In der Diskursforschung wird die Pragmatik oft als ein disziplingeschichtlicher Vorläufer der poststrukturalistischen Diskurstheorie betrachtet.<sup>35</sup> Auch in der Planungstheorie erfuhr sie dezidierte Anerkennung, woraus sich mit Blick auf das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Untersuchung der Bedarf nach einer Diskussion der pragmatischen Planungsansätze ergibt.

Der philosophische Pragmatismus geht auf Charles Sanders Peirce zurück und wurde insbesondere in den USA in einem breiteren sozial- und gesellschaftswissenschaftlichen Kreis rezipiert. Auch die planungstheoretische Debatte hat diesen mit der Krise der rationalistischen Planung auf verschiedene Weise anwendungsbezogen aufgegriffen. Neben der alltagssprachlichen Begriffsverwendung als einfache Lösung von Aufgaben- und Problemstellungen im Sinne eines zweckrationalen Vorgehens wird unter dem wissenschaftlichen Pragmatismus die praktisch-instrumentelle Anwendung von Ideen verstanden. Und zwar bezüglich dessen, was als nützlich erachtet wird. Hinter dieser scheinbar nur etwas elaborierteren Definition des prinzipiell selben Verständnisses steckt eine sehr viel weiter gehende Fundierung, wie „a recognition of the fallibility of knowledge; an emphasis on the outcomes of knowledge rather than on the relationship of knowledge to the ‚truth‘; an emphasis on experience rather than on abstracted theory; a rejection of the dichotomies of modern science and philosophy [...]; the centrality of community and social relationships; and a recognition of the importance of language in creating realities and in shaping social practice“ (Harrison 2002: 158).

<sup>35</sup> Vgl. Kap. 2.2.

Hier zeigt sich unter anderem das kontroverse Verhältnis der Pragmatik zum Rationalismus, inklusive seiner kritischen Auslegung nach Popper (1994). Dieses wird auch im Definitionsversuch von Allmendinger (2009: 128) deutlich, wonach „[p]ragmatism emphasizes direct action regarding specific problems – what works best in a given situation or circumstance.“ Als Referenz pragmatischen Handelns sieht er mithin den spezifischen Kontext dessen, was als sinnvoll erachtet wird. Dieser setzt sich aber eben nicht aus einer Letztbegründung, mithin *der* bzw. *den* Wahrheit(en), zusammen, sondern vielmehr aus subjektiven Erfahrungen. Da der klassische Pragmatismus solche Erfahrungen wahrscheinlichstheoretisch angereichert in die Zukunft zu extrapolieren sucht, ist er besonders für planungstheoretische Überlegungen nach dem Positivismus interessant. Dabei ist allerdings das distanzierte Verhältnis des Pragmatismus gegenüber sowohl deduktiver Theoriebildung als auch induktiver Abstraktion zu beachten, denn „[t]ruth is not something that can be proven as such; it is the outcome of using an idea.“ (Allmendinger 2009: 131) In der gedanklichen Fortführung seien Theorien ebenso wenig wie Wahrheiten beweisbar, ohne an dieser Stelle näher auf das zugrunde gelegte Theorieverständnis einzugehen. Die erkennbare Öffnung des Pragmatismus hin zu einer tendenziell postmodernen Sichtweise auf Wissen und Wahrheit wurde mit dem sog. linguistic turn Rortys (1992) noch verstärkt, der in seiner Argumentation das Erfahrungswissen kurzerhand durch den sprachlichen Konstruktionscharakter der Wahrheit ausgetauscht hat (Rosenfeld 1998).

Hier entsteht für die Planung jedoch ein Problem. Denn wenn das Erfahrungswissen als Referenz für in die Zukunft gerichtetes Handeln diene, dann ist mit dessen Wegfall auch das progressive Element des Pragmatismus zugunsten einer kaum zu beherrschenden Vielzahl von sprachlich manifestierten Interessenlagen in Frage gestellt. Andererseits zeigt sich die Unvermeidbarkeit von Konflikten, wenn unvereinbare sprachliche Konstruktionen aufeinandertreffen. Denn wenn absolute Wahrheiten zurückgewiesen werden, dann wird ein Konsens auf der Basis rationaler Letztbegründungen unmöglich. Kommunikative und pragmatische Planungstheorien wurden weitgehend parallel und oft in gegenseitigem Verweis aufeinander entwickelt (Allmendinger 2009; Gualini und Bianchi 2015; Healey 2009). Gleichwohl gingen die kommunikativen Planungstheorien in Reaktion auf die weiter oben geschilderten Kritikpunkte später in einem stärker pragmatisch orientierten Grundgerüst auf, welches sich insbesondere im kritisch-reflexiven Pragmatismus aktueller Prägung zeigt. Darin dominieren die Annahmen des Dualismus von Konflikt und Einigung sowie der gesellschaftlichen Standardisierung bei gleichzeitiger Individualisierung im Politischen. Wenn sich die Gesellschaft und das Soziale in einem Prozess gegenseitiger Vergewisserung konstituieren (Bourdieu 1993), tritt auch das progressive Element der Erfahrung wieder auf den Plan des Pragmatismus und „radical pragmatists go beyond early versions of pragmatism by asking the key question, *„whose experience?“*“ (Harrison 2002: 160, Hervorh. im Orig.)

Einen ähnlichen Weg schlägt Healey (1997, 2012) ein bei der Operationalisierung der kommunikativen Planung angesichts der inzwischen entbrannten Debatten um die Unzulänglichkeiten einer an der kommunikativen Rationalität orientierten Präskription. Begrifflich steht hier die Kollaboration im Zentrum einer normativen Agenda, von ihr ausdrücklich als Geisteshaltung eingefordert, weniger als technisch-instrumenteller Werkzeugkasten bereitgestellt. Daraus resultiert ein philosophisches Konzept in Verbindung mit konkreten Praktiken, die sie dezidiert an die Verwerfungen und Machtbeziehungen in den Strukturierungsbedingungen der Gesellschaft adressiert:

*„Such conflicts are not just between local groups of equal status, or over individual preferences and interests. They are infused with the power relations of the wider structuring forces which generate dominant economic orders, promote tendencies in lifestyle choices, and organise governance through state forms.“ (Healey 1997: 199)*

Sie verknüpft damit drei Fragen, deren Antworten die Eckpfeiler der kollaborativen Planung darstellen (Healey 2012):

1. Wie können Interaktionstechniken und -qualitäten einer kollaborativen Intervention in konkreten Situationen identifiziert und eingesetzt werden?
2. Wie können deren Ziele und Reichweiten unterschieden werden von reinen Lippenbekenntnissen und rhetorischen Täuschungen?
3. Welche Qualitätsmerkmale lassen sich für eine handlungsorientierte kollaborative Planung anführen?

Die erste Frage beantwortet sie damit, die relationalen Mikropraktiken in der Auseinandersetzung zu fokussieren. Das Ziel sollte es sein, die Ausprägungen sozialer Beziehungen und kommunikativer Interaktionen in den Blick zu nehmen, weniger konkrete Verfahrenstechniken. Erreichbar sei dies – als Antwort auf die zweite Frage – darüber, geäußertes Wissen und dessen Stellung aufmerksam zu beobachten. Danach ist sicherzustellen, dass alle Stimmen im Prozess gehört werden um die Ehrlichkeit und Transparenz in der Verhandlung zu fördern. Bei der kollaborativen Planung handelt es sich als Antwort auf die dritte Frage schließlich um eine ethische Haltung, „as planning activity centered on working interactively with stakeholders [...] in ways that recognize and respect multiple perspectives [...] and that promote inclusive and richly informed public policy making.“ (Healey 2012: 61) Es sind in erster Linie kaum prognostizierbare Inhalte und Prozesse in gegenseitiger Wechselwirkung gemeinsam zu entwickeln sowie nach der Inklusion des ‚Wer?‘ und des ‚Was?‘ zu fragen. Beziehungen treten damit an die Stelle der Rationalität und in den Verhandlungsprozessen sei die Vielschichtigkeit des Sozialen zu beachten. Es bleibt also festzustellen, dass Healeys (1997, 2012) normative Agenda nach wie vor zahlreiche Elemente der konsensorientierten kommunikativen Rationalität enthält, aber auch kaum zu übersehende Spuren einer pragmatischen Einstellung gegenüber den konkreten kollaborativen Praktiken.

Sowohl Hoch (1984a, b, 1992, 1996) als auch Forester (1987, 1989, 1999, 2012, 2013) entwickelten in einer radikaleren Auslegung des Pragmatismus den kritischen Pragmatismus als einen stärker machtsensitiven Planungsansatz. Sie setzen darin die Konzepte von Macht und Konflikt in einen gezielt konstruktivistischen Zusammenhang mit der Planung, dessen Eckpunkte im Folgenden dargelegt werden. Anschließend wird die im deutschsprachigen Raum insbesondere durch Reuter (1989, 2000, 2004) vertretene Auslegung des Pragmatismus für die Planungstheorie dargestellt. Darin exponiert er sich zu den Fragen der Macht und deren Verhältnis zu Konflikten und Diskursen in der Planung. Abschließend werden die in die Planungstheorie ausstrahlenden Ansätze einer kritischen Policy-Analyse sowie der Planung als Narrativ umrissen. Sie sind als weitere Richtungen der kritischen Verarbeitung des kommunikativen Paradigmas zu lesen und halten zusätzliche Hinweise für die Analyse planungsbezogener Raumnutzungskonflikte aus einer antiessentialistischen Perspektive bereit.

## Der kritische Pragmatismus in der Planungstheorie

### *Hochs kritischer Pragmatismus als emanzipative Ermächtigung im Konflikt*

Unter dem Eindruck sowohl kritischer Einflüsse aus dem Marxismus als auch solcher aus dem Pragmatismus auf die Planungsdebatten der 1980er Jahre suchte Hoch (1984a, 1984b, 1992, 1994, 1996) nach einem besseren Verständnis dessen, was Planer tun und welche Rolle Macht und Konflikt dabei spielen. In beiden Strömungen, der kritischen ebenso wie der pragmatischen, erkennt er den gemeinsamen Versuch, Probleme mit Hilfe der Planung lösen zu wollen. Daraus leitet er in einer Synthese „a critical revision of the major elements of this pragmatic orientation“ (Hoch 1984b: 86) ab, also einen kritischen Pragmatismus. Dessen Sichtweise umfasst ebenfalls den Konflikt als Bestandteil gesellschaftlicher Entwicklung, der sich aber nicht wie im Marxismus postuliert entlang von Klassengrenzen entlade, sondern zwischen pluralistischen Gemeinschaften (communities) heterogener Größe und kontingenter Zusammensetzung. Das Substrat seines kritischen Pragmatismus bleibt, dass trotz unterschiedlicher und partiell konfligierender Standpunkte gemeinsame gesellschaftliche Grundziele existierten, die in den Ordnungssystemen des gesellschaftlichen Zusammenlebens wurzeln. Diese seien als Register einer störungsfreien Kommunikation auf der gesellschaftlichen Meso- und Mikroebene der Gemeinschaften als allgemein vorhanden vorauszusetzen (Hoch 1984b, 1996). Um einen Dialog auch unter Spannungen zu gewährleisten, wären zwei Bedingungen zu erfüllen. Erstens sei beim Blick auf die Gemeinschaft deren Größe zu begrenzen, mithin bewusst das Soziale in den Blick zu nehmen. Zweitens sei davon auszugehen, dass Gemeinschaften immer auch in der Vertikalen institutionell durchschnitten und damit fragmentiert werden. Sie sind letztlich nie homogene Einheiten, gleich welches analytisch-argumentative Distinktionsmerkmal gewählt werde, denn „[r]eason does not harbor the solidarity we may long for or believe in.“ (Hoch 1996: 40)

Planer wiederum seien im Kontext ihrer institutionellen Bindung zu Agenten der Macht geworden, die sich im Versuch einer Objektivierung insbesondere im technisch-instrumentellen Rationalismus zeigt und Probleme nicht löse, sondern vielmehr dafür verantwortlich zeichne:

*„Rational planning in the service of humane projects ends up producing effects far more perverse and destructive than the alleged problems such planning is supposed to solve.“ (Hoch 1992: 207)*

In dieser Aussage wird eine Nähe zur Machtkonzeption von Foucault deutlich,<sup>36</sup> die Hoch (1996) später dezidiert seiner Auffassung von Machtgefügen in Planungsprozessen zugrunde legt. Demnach treffen Planer Entscheidungen, die machtvolle Auswirkungen haben. Sie seien als Berufsstand aber auch selbst Machtwirkungen ausgesetzt und stets dem Spannungsfeld einer demokratisch organisierten Raumentwicklung einerseits und der Rechtfertigung ihrer Existenzberechtigung andererseits ausgesetzt. Unter diesen Vorzeichen neigten sie dazu, machtvolle Expertenpositionen einzunehmen. Eine schwache Position in den gesellschaftlichen Machthierarchien erfordere dagegen, sich weitgehend unterzuordnen. Werde die Schwäche allerdings personen- und gruppenübergreifend wahrgenommen, kann sie durch Akkumulation und einen anschließend geschlossenen Auftritt nach außen zu einer Position der Stärke werden und machtvolle Ordnungen durch Widerstand in Frage stellen. Aus den

---

<sup>36</sup> Vgl. Kap. 2.2.

Machtverhältnissen resultiert somit mittelbar der Konflikt, welcher über die Veränderung der Machtverhältnisse ausgetragen wird, Gemeinschaften konstruiert sowie Gesellschaft transformiert. Ordnen sich Planer den Machtverhältnissen unter, respektive brechen sie nicht aus den hegemonialen Setzungen ihres technokratischen Expertentums aus, seien sie Teil der machtvoll durchgesetzten Ungleichheit und damit von Konflikten. Sie sollten laut Hoch (1992, 1996) also aktiv die Stellung der Schwäche und des daraus erwachsenden Widerstandes wählen. Damit förderten sie die Auseinandersetzung in der kritischen Reflexion bestehender Herrschaftsverhältnisse, die sich aber aufgrund der Unterstützung der widerständigen Kräfte dann weniger harsch Bahn bräche. Die Position der Schwäche müsse dabei kontinuierlich neu identifiziert werden, womit der Pragmatismus kritisch wird. Die Raumgestaltung gewinnt auf diese Weise ein demokratisches Momentum im Konflikt, dessen Teil Planer dann sind, wenn sie Machtverhältnisse stets hinterfragen.

### *Foresters Planung im Angesicht von Macht und Konflikt*

Forester (1993, 2013) schlägt auf Schön (1983) rekurrend als Aufgabe von Planungstheorie vor, Prozesse und deren Ergebnisse zu analysieren und anschließend die zu Grunde liegenden theoretischen Annahmen zu erweitern, anzupassen oder zu verwerfen. Der kritische Rationalismus gibt hier als Ziel aus, sukzessive die Wahrheit in Form des besten Vorgehens abzustecken. Dagegen fokussiert der kritische Pragmatismus darauf, die Annahmen und Ergebnisse des Handelns und somit auch der Planung in einem stetigen Wechselspiel der Ko-Konstruktion zu reflektieren um der Kontingenz des Sozialen Rechnung zu tragen. Forester (2013, vgl. auch 1987, 1999, 2012) benennt fünf Attribute als Anforderungen für eine kritisch-pragmatische Analyse und der darauf aufbauenden Handlungserfordernisse, welche Planung letztlich definierten:

1. Sowohl Prozesse als auch Ergebnisse von Planung sind gleichermaßen in den Blick zu nehmen. Sie sind als grundsätzlich kontingent zu erachten und als Ko-Konstruktion verhandelbar.
2. Wissen und die damit verbundenen Einstellungen und Werte sind ebenfalls kontingent und nur über zielgerichtete Lernprozesse zu erfassen. Zuhören („Listening“; vgl. auch Forester 1996, 2006) ist im Gegensatz zum reinen Argumentieren ein wesentlicher Baustein, um zu lernen.
3. Planer fungieren als intermediäre Moderatoren. Entscheidungen werden nicht von ihnen allein vorbereitet, sondern von allen Beteiligten und Betroffenen in gegenseitiger Abstimmung. Mit der Prozess- und Ergebnisgestaltung sowie der kritisch-reflexiven Haltung diesen gegenüber ist das Aufgabenspektrum von Planern als Akteuren im Verhandlungsprozess skizziert.
4. Konflikte kristallisieren eher am vielschichtigen gesellschaftlichen Beziehungsgefüge, weniger an dem, was die Konfliktparteien als Gegenstände benennen oder andeuten.
5. Möglichkeitsräume werden in der Verhandlung eröffnet und konstruktiv gestaltet. Dieser Annahme ist der Vorzug zu geben gegenüber einer radikalkonstruktivistischen Skepsis in Form von kolportierter Unmöglichkeit.

Mit dem letzten Punkt geht eine Abgrenzung gegenüber radikaleren Auslegungen der Postmoderne einher, doch wie noch zu zeigen sein wird, hält zumindest die Dekonstruktion durchaus ein konstruktives Potential für die Planung im poststrukturalistischen Diskursverständnis bereit. Anderer-



seits distanziert sich Forester (2013) ebenfalls von einer wie auch immer gearteten idealen Kommunikation als Konsens fördernde Institution der Verhandlung. Forester entwirft seinen kritischen Pragmatismus also letztlich im Spannungsfeld zwischen Postmoderne und kommunikativem Paradigma (vgl. auch Healey 2009):

*„That, as I understand it, is the deeper promise of a critical pragmatism: a critical, realistic analysis of public possibilities, neither a presumptively defeatist cynicism, a facile resignation, nor a simply convenient search for what seems to go by, an expedient pragmatism that seems to work, if not very well.“*  
(Forester 2013: 7)

Um diese Aussage zu unterstreichen, erklärt er die Aufgabe eines kritischen Pragmatismus damit, Fragen nach den Konsequenzen von Handlungen und Entscheidungen zu stellen, und zwar für wen welche Konsequenzen, Hindernisse und Errungenschaften zu erkennen und zu erwarten sind. Die damit einhergehende Kommunikation sei eine Praxis, die Wirklichkeiten verändert und somit konstruktiv ist. Die Richtung dieser Veränderung ist aber weder determiniert noch zwangsläufig beabsichtigt. In diesem Blick auf die Zukunft als kontingente Erscheinung liegt das kritische Potential der normativen Theoriebildung Foresters (2013). Er schlägt vor, Prozesse und deren Ergebnisse zu analysieren und danach die zugrunde gelegten theoretischen Annahmen zu erweitern, anzupassen oder zu verwerfen. Damit äußert sich das pragmatische Moment seiner planungstheoretischen Konzeption. Der wesentliche Unterschied zum kritischen Rationalismus liegt hier darin, Annahmen und Ergebnisse in einem stetigen Wechselspiel zu reflektieren, nicht die sukzessive Annäherung an die Wahrheit als ‚bester Lösung‘.

Dem Konflikt nähert sich Forester (2013) durch eine Verschneidung seiner fünf eingangs genannten Attribute einer kritisch-pragmatischen Analyse. Viele Konflikte seien demnach unteilbar mit der Identität der Parteien verknüpft.<sup>37</sup> Dieser Einschätzung folgt das in der vorliegenden Untersuchung aufgespannte Konzept sozialer Raumnutzungskonflikte<sup>38</sup>. Danach entstehen auch unter der Annahme, dass sämtliche Identitäten diskursiv konstituiert und damit prinzipiell veränderbar sind, Konflikte an den Bruchkanten dieser Identitäten, wenn sich diese in einem gegenseitigen Verweissystem im Konflikt aufeinander beziehen. Forester (2012, 2013) weist also die Möglichkeit einer argumentativen Veränderung von Identitäten als machtvollen Eingriff im Konflikt zurück. Vielmehr sollten Planer beim Aufeinandertreffen sämtlicher Konfliktparteien ein durch Lernprozesse ausgelöstes gegenseitiges Verständnis der gegenüberstehenden Identitäten organisieren. Ziel von Planungsprozessen im Konflikt ist also zunächst nicht, eine Einigung im Konfliktfall zu erreichen, sondern lediglich ein grundsätzliches Verständnis der gegnerischen Positionen. Im Ergebnis „we may have both [...] irreconcilability and negotiable possibilities at the very same time. We might have both irreconcilability and negotiable possibilities in the same relationship.“ (Forester 2013: 12) Das progressive Element seines Ansatzes liegt darin, anschließend auf die Möglichkeiten einer Einigung auf dem Feld dessen zu fokussieren, was als Menge potentiell verhandelbarer Positionen gesehen wird. Mithin eine Einigung zu erzielen, ohne die ursprünglichen Differenzen zwangsläufig in Frage zu stellen. An dieser Stelle folgt sein Ansatz dem in Wissenschaft und Praxis äußerst populären Verhandlungsprogramm von Fisher und Ury

<sup>37</sup> Vgl. die Aussagen im Rahmen der poststrukturalistischen Konflikttheorien in Kap. 2.3.

<sup>38</sup> Vgl. Kap. 2.5.

(1992), deren Prämisse sich im Untertitel ihres Buches ausdrückt: „Negotiating an Agreement without Giving In“. Diskurstheoretisch umformuliert gleicht dieser Ansatz einer Konstituierung alternativer Subjektpositionen im diskursiven Möglichkeitsraum. Das Potential einer konstruktiven Konfliktbearbeitung liegt wiederum darin, dass ein sozialer Konflikt nicht auf einen den Identitäten vorgängigen Gegenstand bezogen wird. Er wurzelt vielmehr in den Antagonismen der diskursiven Identitätsbildung in der Differenz.

Foresters (1982, 1987, 1989) Machtkonzept dagegen offenbart ein durchaus ambivalentes Verständnis. Einerseits erkennt er die strukturalistische Auffassung von Macht als Ausdruck eines hegemonialen Wissenssystems an:

*„[T]he planner's information is a source of power because it serves necessarily, first, to legitimize the maintenance of existing structures of power and ownership and, second, to perpetuate public inattention to such fundamental issues as the incompatibility of the democratic political processes with a capitalist political-economy.“ (Forester 1989: 30)*

Andererseits tritt er für ein progressives Machtverständnis ein, welches die dargestellte strukturalistische Perspektive mit der technischen, liberalen und inkrementalistischen zu vereinen sucht. Den Schlüssel zur Planung im Angesicht von Macht sieht er in einer Emanzipation durch Wissen, welches eine wesentliche Machtquelle darstelle. Allerdings sei dabei stets das ‚richtige‘ Wissen zu suchen, insbesondere durch die Planer, welche damit eine progressive Rolle einnehmen. Als Ziel einer entsprechenden Policy-Analyse will er die Extraktion von fehlerhaften Informationen verstanden wissen, denen es das Wissen gemeinsamer Lernprozesse entgegenzusetzen gelte. Der Ausgangspunkt dafür liegt „on the basis of a political analysis that tells [planners] how the political system in which they work will function regularly.“ (Forester 1989: 32)

#### *Zur Komplementarität von Diskurs und Macht in Reuters Modell einer pragmatistischen Planung*

Reuter (1989, 2000, 2004) nimmt schließlich die Macht sehr viel stärker zum Ausgangspunkt seines von ihm so bezeichneten pragmatistischen politischen Planungsmodells. Zunächst kokettiert er noch mit dem Vorschlag einer Planungstheorie, in der zur Durchsetzung von Plänen die Mittel der Macht als oberstes Handlungsprinzip gelten könne:

*„So könnte ein umfassendes Machtmodell von Planung konstruiert werden [...] Es hätte sowohl Erklärungskraft, Vollständigkeit, Einfachheit und Eleganz.“ (Reuter 2004: 64, vgl. auch 1989)*

Davon nimmt er allerdings vor dem Hintergrund aktueller planungstheoretischer Diskussionen um die Macht in der Planung sogleich wieder Abstand. Stattdessen sucht er nach einem Modell pragmatistischer Planung, welches sich zwischen dem normativen Führungsanspruch einerseits und der faktischen Machtanalyse andererseits verorten lässt. Dazu stellt er der Macht den Diskurs komplementär gegenüber und verweist darauf, dass Diskurse als aufklärende Instrumente einer kritischen Machtanalyse selbst zum Gegenstand dieser Analyse werden müssten (Reuter 2000, 2004). Im Planungsprozess folgten sämtliche Praktiken zwar einer jeweils zugrunde liegenden Handlungslogik, diese könne allerdings ganz unterschiedlichen Rationalitäten entspringen (vgl. auch Davy 2004, 2008; Hartmann 2012). „Planerische Akte“ wie Reuter (2004: 68) den Überbau diskursiver Akte und Akte der Macht

(Reuter 2000) nennt, sind durch Kontingenz charakterisiert. Ihr Ziel sollte eine Darstellung eben jener Bandbreite an Informationen sein, die sich dahinter verbergen. Damit wäre ein pragmatischer Weg zur Entscheidungsfindung möglich, wobei Konflikte analytisch anhand von Argumenten und Machtgefügen zu benennen seien. In diskurstheoretischer Auslegung dieses Anspruchs kann also die Analyse von Diskursen ein Verständnis von Planungskonflikten bereitstellen. Präskriptiv wird Reuters Modell im Anspruch, Verfahrensregeln während des Prozesses und in Anlehnung an die vorangehenden Analyseresultate zu ko-konstruieren. Machtmissbrauch müsse über geeignete Verfahren verhindert oder zumindest begrenzt werden, soll der Anspruch einer demokratischen Entscheidungsfindung eingelöst werden. An dieser Stelle scheint zunächst ein instrumentelles Machtverständnis auf, welches aus diskurstheoretischer Perspektive kritisch zu sehen wäre. Zum einen erkenntnistheoretisch, zum anderen auf dem Feld Reuters eigener Argumentation. Denn solche Verfahren zu installieren, riefen einen „infiniten Regress“ (Reuter 2000: 14) hervor, da sie wiederum in der Gefahr eines potentiellen Machtmissbrauchs stünden. Dieses Dilemma ist ihm durchaus bewusst, doch formuliert er hier seinen normativen Anspruch, der „durch Fakten nicht widerlegbar“ (Reuter 2004: 67) sei. Unter dieser Prämisse stellt er allerdings selbst in Abrede, dass ein Konsens der Fluchtpunkt seines pragmatistischen Planungsmodells sein kann:

*„Pluralität wirft das Problem der prinzipiellen Unentscheidbarkeit normativer Konflikte angesichts gleichberechtigter Orientierungen und prinzipiell abhandelem Konsens auf, einschließlich der Frage, ob es möglich sei, für verallgemeinerbare Interessen einen Konsens zu erzielen.“ (Reuter 2004: 68)*

An anderer Stelle offenbart er eine kritische Haltung gegenüber einem instrumentellen Machtverständnis indem er feststellt, „Machtakte erzeugen wiederum Machtakte der Gegenspieler [...], d. h. der Diskurs selbst ist machtdurchtränkt.“ (Reuter 2004: 71) Dafür ruft er Foucault (2010) mit dessen Vorstellung einer Machtanalyse in den Zeugenstand.

Die augenscheinliche Dialektik in der Planung aus normativer Präskription für eine demokratische Raumentwicklung einerseits und der nicht zu umgehenden Machteffekte in deren Praktiken andererseits weicht bei Reuter (2000, 2004) einer Komplementarität als eines grundsätzlichen Charakteristikums planerischen Handelns.<sup>39</sup> Daraus ist zu schließen, dass die ‚Ermächtigung‘ ebenso Bestandteil des Konfliktes ist wie die untrennbar damit (re-)konstruierten und in Stellung gebrachten Diskurse: Ohne Macht kein Diskurs, ohne Diskurs keine Macht und ohne machtvollen Diskurse kein Konflikt. Damit schließt sich der Kreis zum Ansatz sozialer Raumnutzungskonflikte im vorherigen Kapitel.

Den dargestellten Planungstheorien des kritischen Pragmatismus ist gemeinsam, Macht und Konflikt als vielfältig ineinander verwobene Bestandteile von Planungsprozessen nicht nur anzuerkennen, sondern gezielt zu erkunden. Da in den Worten Hochs (1994: 294) „[t]he pragmatists replace the model of the planner as an expert offering truthful advice to the public with that of the planner as a counselor, who fosters public deliberation about the meaning and consequences of relevant plans with those who will bear the burdens and enjoy the benefits of purposeful change“, gilt es ebenfalls die Perspektiven der Deliberation in der kritischen Policy-Analyse zu erfassen. Darin gerät zudem der Diskurs als Formationssystem von Aussagen stärker in das Blickfeld planungstheoretischer Überlegungen.

<sup>39</sup> Vgl. Kap 3.4 zur Dialektik eines Planungsverständnisses unter der Vorzeichen des Poststrukturalismus.

## Diskursive Politik und Kritische Policy-Analyse

*„As the foregoing discussion makes clear, politics is about social meanings.“ (Fischer 2012: 452)*

Um die Einflüsse des philosophischen Pragmatismus auf die Politikwissenschaften und mit einem dezidierten Blick in Richtung der Planungstheorie haben sich insbesondere Fischer (2003a) mit der diskursiven Politik (discursive politics) und Hajer (1995, 2003a) mit einem Plädoyer für eine Ergänzung der inhaltlichen und institutionellen Aspekte in der kritischen Policy-Analyse exponiert (vgl. Fischer und Forester 1993a; Healey 2009). Die folgende zusammenfassende Darstellung hat aus diesem Grund zum Ziel, die Möglichkeiten und Grenzen einer diskurstheoretisch informierten Policy-Analyse für das eigene Erkenntnisinteresse kursorisch abzustecken.

Von einem sozialkonstruktivistischen Fundament aus plädiert Fischer (2003a, b, 2012) für eine interpretative und reflektierende Policy-Analyse in Abgrenzung zu den normativ aufgeladenen klassischen Spielarten der Politikfeldanalyse. Dafür setzt er zwei wesentliche Prämissen an den Beginn seiner Überlegungen. Erstens seien Bedeutung und Wissen als grundsätzlich sozial konstruiert aufzufassen. Er schränkt diese Prämisse allerdings dahingehend ein, dass das Soziale nicht unentwegt Bedeutungen konstruiere. Es sei vielmehr immer schon eingebettet in ein bereits bestehendes Ordnungssystem der Bedeutung, mithin in eine unterschiedlich wahrgenommene Realität. Zweitens seien diese Bedeutungen offen für Veränderungen, die ihren Ursprung in der sozialen Interaktion haben. Darin seien Wahrnehmungen, Reflektionen und Erwartungen die treibenden Kräfte.

Politische Entscheidungsprozesse seien davon ausgehend durchdrungen von konkurrierenden Bedeutungssystemen, deren Wettstreit der Normalfall, nicht die Ausnahme ist. Bedeutungen materialisierten in Symbolen, diese können sowohl sprachliche Setzungen als auch nonverbale Praktiken, Zeichensysteme und dergleichen umfassen.<sup>40</sup> Im Politischen nähme die Bevölkerung insbesondere die Kommunikation um bestimmte Ereignisse wahr, weniger die Ereignisse selbst. An dieser Stelle könnte vor dem Hintergrund der Performativität von Diskursen die Frage nach der Materialität der Ereignisse gestellt werden. *Ist* die Kommunikation bereits das Ereignis oder sollte sie, wie von Fischer (2003a, b, 2012) angedeutet, als nachgängig betrachtet werden? Ohne die Diskussion zu vertiefen bleibt festzuhalten, dass es anscheinend die Sprache ist, in der die Macht innerhalb demokratisch organisierter politischer Prozesse kristallisiert und hegemoniale Diskurse stützt:

*„Historically, the determination of whose rationality prevails has largely been decided by those wielding the most influence or power.“ (Fischer 2003b: 215)*

Um politische Prozesse verstehen zu können, seien nun nach Fischer (2012) zunächst die Bedeutungsgebungskontexte der Akteure phänomenologisch zu untersuchen, wobei die Ergebnisse und deren Interpretation wiederum vom Bedeutungssystem der untersuchenden Instanz gefärbt sind. Damit werden gleichwohl individuelle Handlungslogiken und Argumentationsketten nachvollziehbar. Auf die inhaltliche Ebene des Wissens und der Bedeutungen fokussierend, bewegt sich eine solche Inter-

<sup>40</sup> Vgl. Kap 2.4 für die Hinweise zum Dispositiv von Foucault (2005a), der ihn als die Verknüpfung zwischen Praktiken, Institutionen, Materialitäten und Äußerungen bei der Raumkonstitution sieht.

pretation in der Nähe der Hermeneutik als eines erkenntnisgeschichtlichen Eckpfeilers der poststrukturalistischen Diskurstheorie.

Soziale Konflikte entstünden, sobald sich die strategischen Imperative der unterschiedlichen Handlungslogiken kreuzen. Damit handelt es sich um ideologische Kämpfe. Das bedeutet im Umkehrschluss „[i]f there are no conflicts over meaning, the issue is not political, by definition.“ (Fischer 2012: 454)

Entgegen der klassischen Policy-Analyse kann eine Interpretation der Interessen und Bedeutungen auf einem sozialkonstruktivistischen Fundament nicht von einer vorgängigen Realität ausgehen. Vielmehr ist danach zu fragen, wie diese (gesellschaftlichen) Bedeutungen und Wissenssysteme im Feld des Sozialen entstehen und welche Rolle diskursive Symboliken dabei spielen. Obgleich die Bedeutungen (policies) sozial konstruiert sind, bleibt es laut Fischer (2012) das Ziel politischer Prozesse (politics), in den diskursiven Kontexten wahrgenommene Problemlagen zu bearbeiten. An dieser Stelle zeigen sich die disziplingeschichtlichen Spuren des philosophischen Pragmatismus. Ideen, insbesondere solche, die in die diskursiven Möglichkeitsräume vordringen und nicht nur hegemoniale Sagarbeitsräume reproduzieren, seien der archimedische Punkt von Veränderung. Entfalten solche Ideen Wirkmacht, transformieren sie die symbolische Ordnung des Sozialen, sie sind dann Formen einer diskursiven Politik (vgl. Hawkesworth 2012). Im präskriptiven Vorschlag einer Operationalisierung dieses Ansatzes sucht Fischer (2003a) wiederum den methodologischen Anschluss an die kollaborative Planung (vgl. Healey 1997, 2012). Zur Kritik daran sei auf die Ausführungen weiter oben verwiesen. Für die Ableitung einer diskursiv verstandenen Planung in Raumnutzungskonflikten zeigt sich gleichwohl die Stärke einer so formulierten kritischen Policy-Analyse.

Hajer und Laws (2006) gründen ihre Vorstellung von einer kritischen Policy-Analyse darüber hinaus auf der Annahme, dass Umwelten generell als hochgradig unsicher und komplex wahrgenommen werden. Demzufolge könnten Entscheidungen keiner mechanistischen Handlungsvorschrift entspringen. In politischen Entscheidungssituationen müsse eine ‚gute‘ Policy-Analyse vielmehr oszillieren zwischen der Klarheit in Form konkreter Vorschläge von Handlungsoptionen bei gleichzeitiger Anerkennung unsicherer Kontexte und unterschiedlicher Interpretationen von Ereignissen. Unter diesen Vorzeichen werde es aktuell allerdings immer schwieriger, verbindliche Verhandlungsregularien als institutionellen Rahmen politischer Prozesse zu etablieren (Hajer 2003a). Neben den institutionellen Referenzpunkten veränderten sich beispielsweise auch die räumlichen Zuschnitte: Nicht mehr die Nationalstaaten oder deren politische Repräsentanten sind zwangsläufig alleinige Konstrukteure und Agenten von institutionellen Regelsystemen. Supranationale Verknüpfungen in politischen, ökonomischen und sozialen Bereichen gehen mit Regionalisierungen auf allen Maßstabsebenen einher, deren Akteure neue Rahmenbedingungen des Politischen er- und zunehmend auch einfordern. Ähnlich seien thematische Debatten einzuordnen: Naturwissenschaftliche Erkenntnisse und technologische Fortschritte erfordern – um nur ein Beispiel zu geben – eine stetige Reflektion und Neuverhandlung ethischer Standards, wenn sich soziale und natürliche Grenzen nicht nur verschieben sondern ebenso gegenseitig durchdringen und transformieren. Aufgrund der Vielzahl unterschiedlicher gesellschaftlicher Bedeutungssysteme komme es zunehmend zu Inkommensurabilitäten und Brüchen, mit-

hin Konflikten, für deren Bearbeitung vorhandene institutionell normierte Verfahren und Regeln als Aushandlungsarenen (polities) unzulänglich erscheinen.

Daraus lässt sich schließen, dass nicht nur Prozesse und Inhalte in politischen Verhandlungen konstruiert werden, sondern ebenfalls die untrennbar damit verknüpften institutionellen Verfahrenskontexte. In diesem Blickwinkel auf die Policy-Analyse löst sich Hajer (2003a) hinsichtlich der Polity-Dimension von den Vorstellungen des vorab beschriebenen kommunikativen Paradigmas und der darin formulierten Funktion von Planern, Arenen des Austausches zu schaffen, denn „the polity has become discursive: it cannot be captured in the comfortable terms of generally accepted rules.“ (Hajer 2003a: 176) Institutionen sind ebenfalls das Ergebnis von Verhandlungen und Konflikten, damit wohnt ihnen allerdings auch ein endogenes Bearbeitungspotential inne.

Die Aufgabe der kritischen Policy-Analyse sieht Hajer (2003a) darauf basierend in der Triangulation der folgenden Forderungen:

- Der Untersuchungsgegenstand ist neu zu bestimmen: Die Suche nach Problemlösungen anhand einer möglichst objektiven und breiten Faktenlage tritt in den Hintergrund zugunsten der Analyse von Konstitutionsprozessen institutioneller Arrangements. In einem Kampf der unterschiedlichen Bedeutungssysteme wird Vertrauen zum Fluchtpunkt politischer Intervention. Argumentationslogiken sind offenzulegen und übergreifende Sinnsysteme auszuloten, die in der Lage sind, konträre Positionen zu vereinen.
- Untrennbar damit verbunden ist die Einsicht, dass politische Prozesse stets vor dem Hintergrund von Unsicherheiten und komplexen Realitätsentwürfen und -überschneidungen ablaufen (vgl. Beck 2007). Eine gesicherte Wissensbasis kann nicht empirisch erhoben werden, sie muss in der Interaktion aller Beteiligten, in „interactive *practices of deliberation*“ (Hajer 2003a: 187, Hervorh. im Orig.) erarbeitet werden. Dies geht mit Vertrauensbildungsprozessen, aber auch mit erneuten Transformationen der Wissensbasis einher, die stets zu reflektieren ist.
- In der Tradition des Pragmatismus ist schließlich eine Problemlösungsperspektive in der Analyse einzunehmen, die ihren Ankerpunkt in den beteiligten Personen zu suchen hat. Welche Probleme sehen betroffene und beteiligte Akteure? Auf welcher Grundlage konstruieren sie diese Problemperspektive? Mit den Antworten auf diese Fragen sind schließlich geeignete Problemlösungsstrategien zu konstruieren.

Insbesondere im letzten Punkt greift er gedanklich wiederum das Programm einer kollaborativen Planung auf. Doch im Gegensatz dazu erkennt Hajer (1995; 2003b, mit Laws 2006) die Kontexte für *Veränderung* weniger im gegenseitigen Verstehen als in identitätsstiftenden Narrativen als rahmenden institutionellen Arrangements:

*„More generally, empirical research points out that narrative and discourse fulfill an essential role in structuring relations, in determining whether groups turn into opponents rather than collaborators, whether a confrontation leads to joint governance or to conflict [...].“ (Hajer und Laws 2006: 261)*

Zur Beschreibung und Erklärung sozialer Konflikte tritt vor diesem Hintergrund die Diskursanalyse als zielführendes Verfahren auf den Plan. Sie kann helfen, komplexe Situationen zu erfassen und die Positionen von Meinungen und Bedeutungen in Beziehung zu den Teilnehmern planungsbezogen

ner Konflikte zu setzen. Da Diskurse und Subjekte unweigerlich mit Machtpositionen verschränkt sind, sind damit gleichzeitig ein besseres Verständnis der jeweiligen Machtverhältnisse und deren Adressierung in Planungsprozessen möglich.

### Planung als narrative Identitätskonstruktion<sup>41</sup>

*„These concerns have led some to suggest that one way forward might be for the deliberative turn to be reconciled with the cultural and narrative turns. [...] Unlike the deliberative model, the operative principle of narrative rationality is identification rather than purely deliberation.“ (Roberts 2011: 7)*

Parallel zu den deliberativen Ansätzen kommunikativer und pragmatischer Planung fokussierten einzelne planungstheoretische Debatten um die Jahrtausendwende die Chancen und Möglichkeiten der Konzeptionalisierung von Planungsprozessen als Erzählungen (Mandelbaum 1991; Sandercock 2003a, b; Throgmorton 1996, 2003; van Hulst 2012). Sie stellen im Wesentlichen darauf ab, „planners (and others involved in planning) as *authors* who write *texts* (plans, analyses, articles) that can be read (constructed and interpreted) in diverse and often conflicting ways“ (Throgmorton 2003: 127, Hervorh. im Orig.) zu begreifen. Sandercock (2003b: 12) bemerkt dazu, dass „much of what planners do [...] can be understood as performed story. [...] Story is an all-pervasive, yet largely unrecognized force in planning practice.“ Geschichten zu erzählen sei demnach sowohl dem sozialen Leben allgemein, sowie der Planung im Speziellen immanent und dabei oft von vielfältigen Emotionen geprägt (Verloo 2015). In einer deskriptiv-analytischen Perspektive bezögen sich Planer auf die Vergangenheit, es sei also ihre Aufgabe, die persönlichen Erfahrungen (stories) aller an der Planung beteiligten und davon betroffenen Personen zu vernehmen, aufzuarbeiten und in die Planungsagenda (policy) einzubeziehen. Dies geschehe laut Sandercock (2003a, b) ohnehin – allerdings oft unbewusst – in partizipativen Planungsverfahren. Ihre eigentliche Stärke entfalteten Erzählungen aber in der Analyse ex-post einerseits sowie der darauf basierenden und in die Zukunft gerichteten Präskription andererseits, womit unweigerlich Veränderungen einhergingen (van Hulst 2012; Verloo 2015). Darüber hinaus entfalteten sie die Möglichkeit zur konstruktiven Konfliktbearbeitung, sofern sie die Eckpunkte offener Arenen des Austausches abstecken:

*„Third parties function as guides for this journey, noticing where we are fused with our stories – where we have become so attached that we have assigned ‚reality‘ to them in such a way that we cannot see another way. They help us find the spaciousness and the gracefulness available when we step away from seeing our stories as the only truth to seeing our stories as containers for meaning that may have to be adjusted as multiple meanings come together.“ (LeBaron 2002: 222)*

Hierin zeigt sich der gedankliche Anschluss an das kommunikative Paradigma. Während Sandercock (2003a) noch auf die potentiell unheilvolle Macht von Lügen und Betrug beim Erzählen von Geschichten hinweist, konstatiert Throgmorton (2003), dass es nicht die *eine* Wahrheit geben

---

<sup>41</sup> Einzelne Absätze des folgenden Abschnittes wurden in Ko-Autorschaft mit Christian Lamker und leicht verändert bereits an anderer Stelle unter dem Titel „Vom Entscheider zum Navigator zum Moderator? Aufgabe und Rolle von Planerinnen und Planern in der Landesplanung“ zur Veröffentlichung eingereicht.

kann. Vielmehr existierten unterschiedliche Wahrheitskonstruktionen in gesellschaftlichen, politischen und somit auch planerischen Auseinandersetzungen.

Zur narrativen Konvergenz inkommensurabler Bedeutungen im planungsbezogenen Konflikt diskutiert Mandelbaum (1991) fünf strategische Ansatzpunkte. Diese lassen sich hinsichtlich möglicher Konfliktausgänge interpretieren und geben damit einen weiteren Impuls zur Formulierung einer Analysekategorie diskursiver Planung. Weiterhin wird daran entlang im Folgenden eine Grammatik unterschiedlicher Entscheidungsmodi entwickelt, die es in der späteren Prozessmodellierung noch einmal aufzugreifen gilt:<sup>42</sup>

1. Ein oft in Mediationsverfahren verfolgtes Ziel ist es, stark emotionsgeladene Debatten in (chronologische) Auflistungen der dahinter stehenden Fakten zu transformieren. Auf deren Grundlage ließen sich Entwicklungen auf einer vermeintlich ‚objektiven‘ Faktenbasis nachvollziehen und Entscheidungsprämissen entsprechend aufgeklärt verhandeln. Diese Strategie ist allerdings trügerisch, da „the plain style is not a distortion-free mirror of nature.“ (Mandelbaum 1991: 211) Eine so erarbeitete gemeinsame Entscheidung stünde auf dem Fundament einer mehr oder minder kommunikativ-rationalen Argumentation und würde sich vorrangig als Konsens oder Kompromiss zeigen.
2. Eng mit dem ersten Ansatz für eine Konfliktlösung hängt der Versuch einer juristischen Intervention zusammen. Dahinter verbirgt sich der Glaube, dass jedes Problem gelöst werden kann, wenn die dahinter liegenden Gesetzmäßigkeiten aufgedeckt würden. Reliable wissenschaftliche Methoden garantierten hierbei eine sukzessive Annäherung an die Faktenlage im Sinne des kritischen Rationalismus. Davon ausgehend könnten Entscheidungen, bei denen sich keine gemeinsame Position im Mediationsverfahren finden lässt, auf der Grundlage gerichtlicher Urteile getroffen werden. Sie tragen damit die Form der juristischen Festlegung.
3. Da es fragwürdig erscheint, einen Konsens oder Kompromiss im Zuge einer rationalen Argumentation zu finden und eine richterliche Festlegung den Konflikt kaum bearbeitet, sei die Synthese divergierender Positionen in einer gemeinsamen Erzählung anzustreben. Damit geht entweder die Transformation diskursiv konstituierter Wissenssysteme einher oder die Suche einer gemeinsamen Position wird in den Möglichkeitsraum hinein erweitert. Fluchtpunkt dieser Strategie sind „stories big enough to contain the feelings, experiences, roles and contradictions within and between parties.“ (LeBaron 2002: 239) Hierbei handelt es sich zwar ebenfalls um einen Kompromiss, allerdings folgt dieser weder einer technischen noch einer kommunikativen Rationalität. Er stellt in diskurstheoretischer Lesart vielmehr eine erfolgreich etablierte Äquivalenzkette als Diskurskoalition (Wrana et al. 2014) dar, wobei die ursprünglichen Identitäten mitunter Bestand haben können. Auf der Grundlage einer solchen Entscheidung bilden sich aber ebenfalls neue Differenzbeziehungen zur darin etablierten kollektiven Identität.
4. Eine weitere Bearbeitungsmöglichkeit besteht darin, die Verhandlungsarena zu verlassen und die Konflikte damit zu verlagern. Antagonismen und inkommensurable Diskurse bleiben dabei bestehen, werden aber nicht mehr in Bezug auf die gegnerische Position artikuliert. Je nach Situati-

---

<sup>42</sup> Vgl. Kap. 4.3.



on kann ein einseitiger Rückzug aus dem Konflikt bedeuten, die Diskurshegemonie der (vormals) gegnerischen Position zu legitimieren. Allerdings könnte sich darin gleichsam ein widerständiger Akt insofern ausdrücken, als dass dem Gegner die moralische, ethische oder auch rechtliche Obligation auferlegt wird, seine Position ebenfalls zu verändern.

5. Schließlich besteht auch die Möglichkeit, den Konflikt aufbauend auf der Strategie der Synthese divergierender Positionen zu teilen. Der gedankliche Anhaltspunkt dafür drückt sich umgangssprachlich in der Phrase aus, darin übereinzustimmen, nicht übereinzustimmen. Damit geht bereits ein erster Schritt zur Formulierung einer gemeinsamen Position einher. Konflikte sind zunächst grundsätzlich als unvermeidbare Erscheinung anzuerkennen. Deren Austragungsort ist die jeweilige Verhandlungsarena, in der Dissonanzen abgesteckt werden. Damit wird eine Grenze nach außen formuliert, die eine Äquivalenzkette der Identitätsbildung nach innen etabliert, unterhalb derer die Modi der Konfliktaustragung neu zu bestimmen sind. Angesichts des vergleichsweise hohen Abstraktionsgrades dieser Strategie verweist Mandelbaum (1991) auf deren planungspolitische Herausforderungen. Er sieht einen möglichen Lösungsansatz in der Verschnidung mit den vorab genannten Strategien.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass narrative Planungsansätze im Allgemeinen sowohl einen normativen als auch einen methodologischen Anspruch verfolgen. Zum einen seien Erzählungen als Mittel im Planungsprozess gezielt einzusetzen, um alternative Denkweisen bei der Subjektpositionierung im Konfliktfall zu etablieren. Zum anderen „[to] take the symbolic level into account – the level where meaning is made, perceptions shape reality, and identities are defined and redefined in the dynamic dance of relationship.“ (LeBaron 2002: 7)

### **Macht und Konflikt in der Planung nach dem Rationalismus: Erkenntnisse aus dem kritischen Pragmatismus, der deliberativen Policy-Analyse und dem narrativen Ansatz**

Die pragmatischen Planungsansätze und die kritische Policy-Analyse wurden weitgehend parallel zu den Ansätzen der kommunikativen Planung debattiert und reagierten dabei wiederholt auf die gegen Letztere vorgebrachten Kritikpunkte. Dabei wurden ebenso postmoderne Perspektiven sukzessive in die planungstheoretischen Debatten eingebracht. Sofern sie präskriptiv formuliert wurden, rekurren sie indes wiederholt auf das kommunikative Paradigma. Die wesentlichen Erkenntnisse aus der Debatte seien an dieser Stelle noch einmal zusammenfassend dargestellt.

- Konflikte werden nicht mehr zwangsläufig als pathologische Erscheinungen erachtet, sie führen vielmehr zu räumlicher Veränderung sowie demokratischer Teilhabe und zur Emanzipation von machtvollen Einhegungsversuchen im Konflikt. Inklusive Planungsprozesse werden durch den Konflikt oft erst ermöglicht bzw. in diesem eingefordert. In ähnlicher Weise sind Gesellschaften in Kongruenz mit den sozialwissenschaftlichen Konflikttheorien<sup>43</sup> nicht nur über Konflikte konstituiert, sondern sie entwickeln sich in deren Verlauf weiter, was auch in den dargestellten Ansätzen der Planungstheorie dezidiert anerkannt wird. Ungeachtet dessen relativiert Healey (1997: 199) in Richtung eines ungebrochenen Lösungsanspruches, dass „the quality of life, the natural

---

<sup>43</sup> Vgl. Kap. 2.3.

environment and the economic health of places depends critically on local capacities for managing these conflicts.“ Die Chancen einer solchen Konfliktbearbeitung werden zunehmend in Lernprozessen und der Wissensgenerierung im gegenseitigen Austausch gesehen. Neben die argumentative Debatte der Überzeugung durch vollständige Substituierung bestehenden Wissens tritt dessen Transformation als wesentliche Aufgabe partizipativer Planungsansätze.

- Als deren Ziel wird weiterhin die o. g. inklusive Konsensfindung unter konstruktivistischen Vorzeichen ausgegeben. Im Konsens liegt allerdings nach wie vor die Gefahr, Eliten hegemonial zu stützen. Mehr noch, wurde „consensus-steering as a conflict management strategy [...] even been accused of facilitating the neoliberal project.“ (Gualini und Bianchi 2015: 44) Das neoliberale Paradigma insinuiert hernach vordergründig liberal-demokratische Teilhabe, stützt aber in der Tendenz letztlich bestehende Machtverhältnisse.
- Für die Verhandlungen zur Raumentwicklung werden überwiegend inklusive Prozesse gefordert. Die Interessen der beteiligten Akteure bilden sich im sozialkonstruktivistischen Sinne innerhalb von Lernprozessen und individuellen Wissens- und Erfahrungskontexten. Der Akteur selbst bleibt dabei weitgehend handlungsfähig, spricht dem Diskurs vorgängig. Hajer (2003b: 89) weist hingegen darauf hin, dass „policy discourse can be constitutive of political identities“ und damit wiederum für soziale Konflikte.
- Als Horizont der Auseinandersetzung wird in den dargestellten Theorien überwiegend die räumliche Entwicklung und Nutzung gesehen. Er wird allerdings nicht in Systemkonflikten adressiert. Kommt es zur Opposition gegen das bestehende Planungssystem an sich – inklusive der darin proklamierten kommunikativen und pragmatischen Ansätze – wird das (hegemoniale) Moment der Position der Planer ebenfalls herausgefordert. Daraus ergibt sich für sie ein Legitimitätsproblem, zu dem die kommunikativen und pragmatischen Planungsansätze weitgehend schweigen (vgl. Hajer 2003a).
- Die beiden vorab genannten Punkte weisen auf die weiterhin bestehende Marginalisierungsproblematik hin. Akteur ist, wer im Diskurs als solcher konstituiert wird.<sup>44</sup> Den hegemonialen Diskursen nicht konform gehende Kritik kann sich nicht diskursiv in bestehende Systeme integrieren ohne damit ihre Identität als Systemkritik aufzugeben. Es liegt der Schluss nahe, dass eben jene Systemkritik in der deliberativen Auseinandersetzung nur schwer adressiert werden kann, da sie sich fundamental verschiedener Diskurse bedient. An dieser Stelle brechen Konflikte auf, die erst mit einem radikalen Demokratieverständnis erklärbar werden.
- Macht wird schließlich nicht mehr zwangsläufig als instrumentelle Ressource interpretiert. Sie wird damit zur analytischen Größe, weniger zum gegenständlichen Ziel der Bearbeitung in der Konfliktintervention.

Die dargelegten Erkenntnisse aus den pragmatischen Planungstheorien und der Policy-Analyse erfordern im Licht des diskurstheoretischen Unterbaus dieser Arbeit eine weitere Auseinandersetzung. Damit ist nicht nur ein Wechsel der theoretischen Perspektive angesprochen, sondern es sollte die Entscheidung für ein bestimmtes epistemologisches Paradigma ebenso wie deren klassische Synthese

---

<sup>44</sup> Vgl. Kap. 2.2.

im Allgemeinen in Frage gestellt werden. Die Herausforderung für die Planung stellt sich hier in der Dialektik, nie endgültig zu fixierende Identitäten im Planungsprozess berücksichtigen zu müssen, zu planen in einem Umfeld nicht determinierbarer Unsicherheiten, in der Gegnerschaft das integrative Moment räumlicher Entwicklung zu erkennen sowie die Planung auch in der Präskription als in stetiger (Re-)Produktion und Transformation befindlich zu begreifen. In jüngerer Vergangenheit wurden bezüglich dieser scheinbaren Paradoxa von unterschiedlicher Seite Stimmen einer stärker poststrukturalistisch angeleiteten planungstheoretischen Debatte laut. Diese werden nach einer Einbettung in die metadiskursive Ausgangslage von zunehmend wahrgenommener Komplexität und Unsicherheit im folgenden Abschnitt näher betrachtet.

### 3.3 Zwischen Komplexität, Dekonstruktion und radikaler Demokratie: Planungstheorien im Poststrukturalismus

*„Postmodernists provided planning with a needed break from its preoccupation with a monolithic ‚public‘ [...]; yet, a rejection of Enlightenment rationality, shared values, and generally applicable standards leaves the planner without adequate methods for serving a fragmented population.“ (Fainstein und Campbell 2012: 15)*

Die Versuche, eine gezielt poststrukturalistische Planungstheorie zu formulieren sind bisher überschaubar geblieben. Als Gründe dafür können das vergleichsweise geringe Alter poststrukturalistischer Debatten in den Raumwissenschaften sowie die sich abzeichnenden Gegensätze zwischen einem poststrukturalistischen Programm und der präskriptiv orientierten Planung genannt werden. Davon ausgehend lassen sich die bisherigen Ansätze anhand zweier Untersuchungshorizonte in den planungstheoretischen Debatten nachvollziehen. Einerseits wurde die Planungsprofession inklusive ihrer programmatischen Orientierungen und gesellschaftstheoretischen Existenzbegründungen zum Untersuchungsgegenstand kritischer Analysen im Sinne des Poststrukturalismus erhoben (Gunder 2010, 2011, 2016; Gunder und Hillier 2009). Andererseits wurden vereinzelte Versuche unternommen, eine poststrukturalistische Grundhaltung in eine stärker präskriptive Planungstheorie zu übersetzen (Beauregard 1989; Sandercock 1998, 2003a; Soja 1997). Beide Linien gilt es an dieser Stelle trotz ihres unterschiedlichen Erkenntnisinteresses nachzuzeichnen. Der analytische Blick auf die Planung hält Hinweise für das eigene Design einer diskursiven Planung als Analysekategorie bereit, wobei insbesondere die kritische Reflektion in Verbindung mit den diskurstheoretischen Grundlagen als Ankerpunkt für eine beschreibende und erklärende Einordnung dient. Um einer solchen Kategorie diskursiver Planung auch begrifflich näher zu kommen ohne die bekannten Ansätze der kommunikativen und pragmatischen Planung sowie der Policy-Analyse zu reproduzieren, sind darüber hinaus auch die Vorschläge progressiver Planungstheorien unter dem Eindruck des Poststrukturalismus zu beachten.

Planung und Poststrukturalismus scheinen sich dabei zunächst unvereinbar gegenüberzustehen. Während das poststrukturalistische Erkenntnisinteresse darauf abzielt, diskursiv etablierte Hegemonien in sozialen Ordnungen aufzuzeigen, deren Konstitutionsprozesse offenzulegen und sie damit zu dekonstruieren, resultieren planerische Aktivitäten in der Sedimentierung eben jener Hegemonien im Raum. Damit retardiert Planung den Fluss von Diskursen hin zu einer tendenziellen Atemporalität,

die dem epistemologischen Fundament des Poststrukturalismus kaum standhalten kann. Planung resultiert oft in materieller Permanenz, die sich gleichwohl den unverändert im Fluss befindlichen Bedeutungsverhandlungen innerhalb der sozialen Ordnung zu stellen hat. Daraus ergeben sich planungspraktische Konsequenzen bei der Bewertung materialisierter Diskurse beispielsweise im Zuge des Denkmalschutzes, der Flächennutzungsplanung aber auch der „by-products of a now-abandoned modernism: disruptive urban renewal, dysfunctional high-rise public housing, the rejection of rich historical forms of reference, and an excessive zeal towards a universal norm of planning and design at the expense of local traditions and conditions.“ (Fainstein und Campbell 2012: 12) Hier deutet sich wiederum die Konflikthaftigkeit als Kampf der Bedeutungen um die räumliche Entwicklung an.

Gleichwohl stellten sich die eingangs erwähnten Theorieentwürfe diesen offensichtlichen Diskrepanzen und verknüpfen sie miteinander. Als planungstheoretisch versierter Geograph fordert etwa Soja (1997), entschieden für eine progressive und emanzipierte Planungstheorie nach der Moderne einzutreten. Ohne diese abschließend aufzuspannen, nennt er einige wesentliche Eckpunkte, die es dabei zu beachten gelte:

- Eine ‚neue‘ Planungstheorie müsse radikal offen sein und sich jeglichen Versuchen der Schließung widersetzen. Damit geht eine Skepsis gegenüber jeglicher Art von Formalisierung einher, „no matter how progressive it might appear to be.“ (Soja 1997: 245)
- Davon ausgehend sind Differenzen nicht nur anzuerkennen, sondern aktiv zu fördern. Nicht konsensuale Entscheidungen und Entwicklungen stünden im Fokus postmodernen Planens, sondern Fragmentierung, Diversität und Vielfalt.
- Würde das Verständnis von (räumlichen) Identitäten über vorherrschende Dichotomien in Ethnie (‚schwarz‘ vs. ‚weiß‘), Geschlecht (‚männlich‘ vs. ‚weiblich‘), Sozialstatus (‚arm‘ vs. ‚reich‘) und dergleichen hinaus ausgeweitet, bestünde die Chance, bisher marginalisierte Minderheiten zu erkennen und in Planungsprozesse einzubinden. Ein erfolgversprechender Ansatz wäre der analytische Blick auf räumliche Identitäten und deren kulturpolitische Konzeptionalisierungen.
- Schließlich sind Räumlichkeit und die Konzeption unterschiedlicher Räume selbst zu problematisieren und somit bereits in der analytischen Dekonstruktion die verschiedenen raumbezogenen Belange hinsichtlich einer anschließenden Rekonstruktion zu fokussieren.

Auch wenn sich Soja (1997) mit seinem Plädoyer dezidiert auf die Seite einer postmodernen Planung stellt, lassen seine Prämissen zahlreiche Fragen bezüglich der Konflikthaftigkeit unterschiedlicher sozialer Ordnungen, der Stellung von Macht im Diskurs und im Verhältnis zur (räumlichen) Identität sowie die Rolle und Identität von Planern – um nur einige zu nennen – offen.

Allmendinger (2001: 194) sieht die Schwelle für eine postmoderne Transformation der Planungstheorie deutlich höher, indem er auf die bereits angesprochenen epistemologischen Friktionslinien zwischen einer radikalen Auslegung des Poststrukturalismus gegenüber der stärker entscheidungsorientierten Planung verweist und feststellt, dass „[i]n planning, there has to be an ultimate decision – to build or not to build, to allocate or not.“ Er leuchtet daraufhin intensiv die Potentiale einer postmodernen Planungstheorie aus und stellt bisherigen Planungstheorien dabei sowohl radikale als auch stärker anwendungsorientierte Ansätze aus den Sozial-, Gesellschafts- und Politikwissenschaften gegenüber. Auf Seiten der Planung sieht er den Pragmatismus, die kritischen Theorien und die Herme-

neutik als vielversprechende Ansätze auf dem Weg zu einer postmodernen Planung in gemäßiger Auslegung des Poststrukturalismus. Daraufhin entwirft er mehrere Prämissen einer solchen Planung, die im Wesentlichen darauf abstellen, Hierarchien im repräsentativen Modus der Demokratie zu nivellieren sowie im radikalen Modus die Offenheit und Kontingenz von Planungsprozessen zu gewährleisten. Damit einhergehend sollten verfahrensimmanente Kontrollmechanismen garantiert werden, um bestehende Machtverhältnisse stets hinterfragen und damit verändern zu können.

Mit seinen Prämissen tastet sich Allmendinger (2001) erkennbar zurückhaltend über den Rand der pragmatischen Planungstheorien hinaus und weist nachdrücklich auf die zunehmend wahrgenommene Komplexität und Unsicherheit in postmodernen Gesellschaften hin. Präskriptionen werden vor deren Hintergrund sicher erschwert, gleichwohl ist der Poststrukturalismus nicht nur die philosophische Begleitmusik einer postmodernen Dystopie, sondern enthält vielmehr den Schlüssel für konstruktive Planungstheorien im Zeichen der Komplexität, Unsicherheit und steigenden Konflikthaftigkeit in Planungsprozessen. Im Anschluss an einen kurzen Überblick zur planungstheoretischen Reflektion von Komplexität und Unsicherheit und einer Zusammenfassung kritischer Analysen planerischer Ideologien durch die Augen des Poststrukturalismus werden aus diesem Grund einige richtungsweisende Versuche nachgezeichnet, die epistemologischen Widersprüchlichkeiten zwischen Planung und Poststrukturalismus zu überbrücken und dabei die Rolle von Konflikten und deren Bearbeitungsmöglichkeiten einzuordnen.

### **Komplexität als diskursiver Überbau einer poststrukturalistisch informierten Planung im Konflikt<sup>45</sup>**

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde eine Skepsis gegenüber den gesellschaftlichen „Metaerzählungen“ (Lyotard 1986: 14) laut, die sich überwiegend unter dem Etikett der Postmoderne versammelt und mit dem Ende des Kalten Krieges noch an Intensität gewonnen hat. Prominente Versuche, die großen politischen Erzählungen von Kommunismus und Kapitalismus mit Hilfe eines allumfassenden Demokratie-Diskurses zu uniformieren wie in Francis Fukuyamas (1989, 1992) „Ende der Geschichte“ oder die Blockkonfrontation zu substituieren durch einen vermeintlich heraufziehenden „Kampf der Kulturen“ (Huntington 1996) wurden vielfach kritisch kommentiert und mit einer im Zuge der Globalisierung zunehmenden Polarisierung und Fragmentierung sozialer und räumlicher Ordnungen beantwortet (Reuber und Wolkersdorfer 2007b). Als Begleiterscheinungen dieser Entwicklungen werden Unsicherheiten in einer an Komplexität gewinnenden Welt breitenwirksam thematisiert (Beck 2007; Glasze 2007). Zunehmend ausdifferenzierte Interessen und raumgebundene Identitäten wiederum begünstigen die Entstehung von lokalen und regionalen planungsbezogenen Raumnutzungskonflikten. Planungstheoretische Auseinandersetzungen reagieren darauf seit geraumer Zeit mit einer gesteigerten Anstrengung, die Unauflösbarkeit von Komplexität und Unsicherheit analytisch zu fassen und unter den Vorzeichen der Postmoderne konzeptionell in die Raumplanung einzubinden. Sie schlagen dabei einen weiten Bogen von den metaphysischen Grundlagen und ihren Auswirkungen auf das Soziale (de Roo und Silva 2010) hin zu stärker handlungsorientierten Ansätzen, die darauf rekurren, dass „[i]n this current era of rapid change and uncertainty we need practices of

<sup>45</sup> Einzelne Absätze des folgenden Abschnittes wurden in leicht veränderter Form unter dem Titel „Was im Dunkeln liegt, kann man nicht sehen.“ Eine Spurensuche nach diskurstheoretischen Impulsen in der Raumplanung“ in der Ausgabe I/2016 der Zeitschrift PND | Online veröffentlicht.

decision making that can respond rapidly and allow our societies to be resilient and adaptive.“ (Innes und Booher 2010: 196)

Hinsichtlich der Beschreibung und Erklärung postmoderner sozialer Systeme benennt Cilliers (1998, vgl. auch Allmendinger 2009) die wesentlichen komplexitätstheoretischen Prämissen, in denen eine unmittelbare Nähe zum Poststrukturalismus erkennbar wird:

1. Komplexe Systeme bestehen aus einer Vielzahl von Elementen.
2. Die Elemente komplexer Systeme interagieren dynamisch und in hoher Frequenz.
3. Die Interaktionen sind weder linear noch determinierbar und beschränken sich überwiegend auf die vergleichsweise kurze Reichweite der direkten Umgebung.
4. In den Interaktionen zeigen sich Rückkopplungseffekte und Emergenzen durch die Interdependenzen der Elemente und verschiedener komplexer Systeme untereinander.
5. Komplexe Systeme sind offen und instabil und lassen sich in der genealogischen Analyse ex-post extrahieren.
6. Einzelne Elemente ignorieren das Systemverhalten.

Daraus ist zu schließen, dass Beschreibungen und Erklärungen komplexer Systeme nur räumlich und zeitlich kontextualisiert möglich sind. Planung wiederum kann nur temporäre räumliche Stabilisierungen erreichen. Ebenso wie die inhaltlichen Aspekte und Ergebnisse von Planung (policies) sind auch die Prozesse (politics) und formgebenden Kontexte (polities) in der Auffassung von Gesellschaft als Kristallisationspunkt komplexer Systeme Veränderungen unterworfen. Insbesondere im letztgenannten Punkt deutet sich außerdem das Konfliktpotential innerhalb komplexer Systeme an, wenn einzelne Elemente nicht der normierenden Kraft stabiler Systeme unterworfen sind. Auch soziale Ordnungen werden in poststrukturalistischer Auffassung als komplexe Systeme betrachtet, die in den jeweiligen Diskursstrukturen um Stabilität bemüht sind, diese aber letztlich nur temporär und nie endgültig erreichen.

Die mit der Komplexität einhergehenden Unsicherheiten sind zu einem dominanten thematischen Fluchtpunkt planungswissenschaftlicher Untersuchungen geworden, vor dessen Hintergrund derzeit aktuelle Diskurse beispielsweise um die raumplanerischen Herausforderungen des Klimawandels und des demographischen Wandels sowie damit verknüpft um Nachhaltigkeit und Resilienz den Kontext planungsbezogener Raumnutzungskonflikte bilden (vgl. Gravert et al. 2013; Rydin 2007). Obgleich die komplexitätstheoretischen Überlegungen in der Planungstheorie hier lediglich skizziert werden konnten, bilden sie das Substrat für einige nennenswerte postmoderne und poststrukturalistische Betrachtungen zur Planung.

## Zur kritischen Dekonstruktion von Planung

### *Planung als Imagination und Ideologie*

In aktuellen gesellschaftspolitischen und planungswissenschaftlichen Debatten wird die vorherrschende neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der mehrheitlich staatlich regulierten Planung oft antagonistisch gegenübergestellt (Allmendinger 2009; Fainstein und Campbell 2012; Gunder

2010, 2016). Danach erscheint Letztere im neoliberalen Licht eher als Hindernis für die ungehinderte und ‚freie‘ wirtschaftliche und räumliche Entwicklung. Gleichwohl werden ihr verschiedene Rahmenaufgaben zur verfahrenstechnischen Legitimierung der Raumentwicklung angetragen. Daraufhin entsteht die paradoxe Situation, dass die Schuld für Verzögerungen und ungelöste Konflikte der Raumentwicklung bei der Planung selbst gesucht wird, ungeachtet deren gleichzeitig zunehmender Kompetenzbescheidung. Planer bekleiden somit eine offensichtlich dialektisch angelegte Rolle: „These include the role of policy implementer and sometimes that of policy impediment.“ (Gunder 2016: 23) Eine von mehreren Aufgaben der Planung wird darin gesehen, Raumnutzungskonflikte zu bearbeiten. Gleichzeitig sähe sie sich oft der Anschuldigung ausgesetzt, diese nicht adäquat bearbeiten zu können. Der Vorwurf stütze die Forderung, Planung als staatlich geregeltes Verfahren soweit wie möglich aus der Raumentwicklung zurückzudrängen, wobei sich schärfer abzeichnende Verwerfungen eben jene Planung erforderten, die das jeweilige Problem mutmaßlich überhaupt erst zu verantworten hätte:

*„In this context, planning has a critical role to play in both the production and resolution of conflict.“  
(Leffers 2015: 128)*

Diese scheinbar paradoxe Situation sieht Gunder (2016) im Diskurs der hegemonialen sozialen Ordnungen begründet, erweitert durch das an Lacan (1980) angelehnte psychoanalytische Konzept von ‚Vergnügen‘ und ‚Verlangen‘, welches die zunächst unlogisch erscheinenden Argumentationsketten neoliberaler Prägung zu erklären helfe. In dieser Lesart dienen Planungsprozesse mit ihrer zukunftsgerichteten Regulierung als notwendiges ‚Außen‘ des neoliberalen Diskurses, das zur Konstituierung der eigenen Identität in den Differenzbeziehungen der sozialen Ordnung unabdingbar ist.<sup>46</sup> Ohne die psychoanalytische Interpretation der Diskurstheorie an dieser Stelle näher auszuführen ist festzustellen, dass das explizite Versprechen neoliberaler Politiken – zu mehr Sicherheit und Stabilität beizutragen, indem Planung als Entwicklungshindernis für den freien Markt dargestellt wird – aus diametral gegenüberliegender Perspektive die Möglichkeiten einer Konfliktbearbeitung in einem solchen dialektischen Verständnis bereithält. Die der Planung vorgeworfenen Verfehlungen seien hier entsprechend umformuliert in den Anspruch der konstruktiven Konfliktbearbeitung, indem sie diskursive Deutungsangebote zur Diskussion stellen, die zwar weiterhin unabschließbar bleiben. Indem diese Unabschließbarkeit explizit anerkannt wird, können allerdings Möglichkeitsräume eröffnet werden:

*„In doing so, fantasy constitutes the frame that enables desire for something, but then does not fulfill the desire. Indeed, the promise of fantasy to supply the desired object at an unspecified future time obscures the very impossibility of the promise to deliver, especially when a scapegoat is invoked as to why the fantasy is failing to deliver.“ (Gunder 2016: 30)*

Die Unabschließbarkeit respektive die hier von Gunder angesprochenen kaum einlösbaren Fantasien bedeuten allerdings nicht, dass eine Konfliktbearbeitung unmöglich ist. Ein diskurs- und konflikttheoretischer Betrachtungsfilter impliziert vielmehr die generelle Unvermeidbarkeit von Konflikten in Planungsprozessen, gleich welche diskursiven Schließungsversuche innerhalb der sozialen Ordnung angestrengt werden. Die Konflikte können im Planungsprozess gleichwohl bearbeitet werden. Damit wird ein zentraler Grundstein für die Konstitution planerischer Identitäten als Ergebnis diskursiver

---

<sup>46</sup> Vgl. Kap. 2.2 und 4.2.

Differenzfunktionen in einer als komplex und unsicher wahrgenommenen Umwelt gelegt. Planung wird hierbei indes zu einem unvermeidlich ideologisch aufgeladenen Prozess:

*„This is a social reality largely constituted, of and by, what is called ideology and, further, planning has an important role to play in its construction and maintenance as it helps to shape our aspirations towards our desired future human settlements of well-being.“ (Gunder 2011: 2, vgl. auch 2010; Gunder und Hillier 2009)*

Ideologien zeigen sich in den diskursiv konstituierten gesellschaftlichen Wissenssystemen als Register zur Einordnung des Verhaltens. Werden Planer über diese Wissenssysteme und deren inhärente Rationalitäten identifiziert, tendieren sie dazu, eben jene ideologischen Ordnungen zu reproduzieren. Gunder und Hillier (2009) deklinieren die aktuell in Planungsprozessen aufgerufenen Ideologien entlang zehn leerer Signifikanten. Deren Bedeutungen werden in der Kommunikation durch Planer in einer inhaltlich äußerst breiten und damit kaum mehr erfassbaren Äquivalenzkette zunehmend unscharf:

1. Sicherheit
2. Gut (im Sinne von Gemeinwohl als ‚common good‘ bzw. als Gegenteil von ‚Böse‘)
3. Risiko
4. Smart Growth
5. Globalisierung
6. Multikulturalismus
7. Nachhaltigkeit
8. Verantwortung
9. Rationalität
10. Planung

Diese Signifikanten und die dahinter stehenden Ideologien werden gleichermaßen in Planungstheorie und Planungspraxis bemüht, und betreffen sowohl inhaltliche als auch prozedurale Perspektiven, wobei wie angedeutet oft unklar bleibt, welche Bedeutung damit im Einzelfall konkret verbunden wird. Die bewertende Einordnung der Ideologien durch die Planer, mithin deren Sinnzuschreibung, erfolgt anhand der diskursiven Register des ‚richtigen‘ Verhaltens, welches wiederum mit dem persönlichen Erfahrungswissen verschränkt ist. An dieser Stelle sieht Gunder (2011) Erfahrungen als Grundlage einer Konsolidierung planerischer Praktiken und kritisiert ein so verstandenes Expertenwissen aufgrund seiner mitschwingenden Normativität als ideologische Schimäre. Darauf ließe sich mit den pragmatischen Planungstheorien antworten, die den Planungsprozess als grundsätzlich offenen Möglichkeitsraum verstanden wissen wollen, in dem Lernprozesse und Erfahrungen nicht einer Festigung vorhandenen Wissens dienen sollten, sondern der stetigen Transformation bestehender Wissenssysteme. Im Befund planerischer Praxis zeigen sich gleichwohl häufig die genannten Ideologien, was die Frage nach den planungstheoretischen Herausforderungen, insbesondere in der Prozessbetrachtung erneuert. Auf Basis der vorab dargestellten pragmatischen Ansätze der Planungstheorie und orientiert an der diskurstheoretischen Ausgangslage der Arbeit sind diese in der Verschneidung der Planungs-



theorie mit dem Poststrukturalismus anzusprechen und ins Verhältnis zum diskurstheoretisch informierten Ansatz sozialer Raumnutzungskonflikte zu setzen.

*Macht, Diskurs und Planung im Raumnutzungskonflikt: Ein diskurstheoretisches Analyseangebot*

Mit Hilfe der Diskurstheorie nach Foucault und der Hegemonietheorie von Gramsci (1971) zielt Leffers (2015) auf ein besseres Verständnis von planungsbezogenen Konflikten einerseits und vor diesem erkenntnistheoretischen Hintergrund auf die möglichen Anknüpfungspunkte zu deren Bearbeitung andererseits. Er geht insbesondere der Frage nach, wie urbane Öffentlichkeiten über Konflikte ihre demokratisch legitimierte Bürgerrechte wahrnehmen, und in welchem Verhältnis die Planung dazu steht. Zunächst diskutiert er dazu Gunders (2010) Ideologiebegriff in Abstimmung mit der Foucaultschen Macht-Wissen-Arithmetik im Diskurs anhand eines Fallbeispiels zur Verdichtung des Innenstadtbereiches in Ottawa (Kanada). Planer rekurrten darin nach wie vor vielfach auf ein spezifisches Expertenwissen qua Ausbildung, welches letztlich überwiegend an den von Gunder und Hillier (2009) benannten leeren Signifikanten wie Nachhaltigkeit, Smart Growth oder Gemeinwohl kristallisiert. Alternative Diskurse wären hingegen als uninformiert eingestuft worden. Weniger weil sie nicht der Wahrheit entsprächen, als vielmehr, da sie nicht ausreichend informiert in Stellung gebracht worden wären. Dies galt es in den Augen der genannten Planer zu kurieren, denn viele Bürger seien in den Augen der Experten „uninformed subjects who must be educated and led in the appropriate direction by an authoritative expert.“ (Leffers 2015: 133) Hier scheint der Versuch einer Konsensbildung auf der Grundlage machtvoller Diskurse der ‚richtigen‘ Stadtentwicklung durch. Mit der fachlichen Weiterbildung der Öffentlichkeit in derart gestalteten Beteiligungsverfahren geht der Versuch einher, die hegemonialen Diskurse im Konsens zu reproduzieren. Die dahinter stehende Ideologie selbst wird dabei nicht zur Diskussion gestellt. Allenfalls sei es zulässig, darunter angesiedelte Aspekte der konkreten Projektgestaltung anzupassen. Damit geht eine Entpolitisierung von Planungsprozessen einher, die sich im Paradox der (neo-)rationalen Argumentation als Anwalt des Neoliberalismus zeigt (Swynedouw 2009). Planung ist damit als ein instrumentelles Verfahren zur Durchsetzung hegemonialer Diskurse auch gegen Widerstände zu sehen. An eben dieser Prozessierung von dem (Experten-)Wissen innewohnenden Machtstrukturen durch die Planung entzündeten sich Raumnutzungskonflikte. Im Umkehrschluss bringt der Konflikt das politische Moment wieder in den Planungsprozess ein, und jeder konsensuale Lösungsversuch birgt das Potential weiterer Konflikte in der beschriebenen Dynamik (Flyvbjerg und Richardson 2002). Soweit stützt Leffers‘ (2015) analytische Annäherung an den Konflikt über die Konzepte von Wissen, Macht und Hegemonie in diskurstheoretischer Auslegung die Aussagen zur Fassung sozialer Raumnutzungskonflikte.<sup>47</sup>

Daraufhin wendet er sich in einem kurzen Ausblick den präskriptiven Implikationen seines Befundes zu. Wenn Konflikte entlang hegemonialer Diskurse aufbrechen und diese in Planungsverfahren aktiv wahrgenommen und bearbeitet würden, anstatt sie lediglich der fachlichen Schulung der Öffentlichkeit zu überantworten, werde der Anspruch eingelöst, Planung als demokratischen Prozess zu gestalten. Im Ergebnis könnten zwar Pläne scheitern, Projekte fundamental geändert oder neue Vorstellungen und Ideen entwickelt werden, die vorab nicht intendiert waren, „[y]et one could argue that this

---

<sup>47</sup> Vgl. Kap. 2.5.

messy engagement with the urban populus is much more in keeping with freedom and democracy than carefully calculated procedures and public consultations and perhaps in this lies the hope for a more just planning practice.“ (Leffers 2015: 141)

Die kritischen Ausführungen Gunders (2010, 2011, 2016, mit Hillier 2009) und Leffers' (2015) zur Planung als eines Prozesses, der hegemoniale Ordnungen oft als Ideologien (re-)produziert, bilden das Substrat eines stärker handlungsorientierten Stranges poststrukturalistischer Planungstheorien, welche im kommenden Abschnitt erläutert werden. Sowohl die Kontingenz als auch die Konflikthaf-tigkeit und Konstituierung von Machtstrukturen in planungsbezogenen Diskurshegemonien bilden dabei die Referenzpunkte einer kritischen Reflektion der weiteren Ausführungen auf dem Weg zu einem analytischen Konzept diskursiver Planung.

## Poststrukturalistische Planung und die Transformation von Konflikten im Diskurs

### *Strategische Navigation als Planung im Poststrukturalismus<sup>48</sup>*

Bezug nehmend auf Aussagen von Foucault (1991) sowie Deleuze und Guattari (1987) geht Hillier (2007, 2011) der Annahme nach, dass Raum eine relationale Durchgangsstation von tatsächlich realisierten zu potentiellen Welten ist. Damit weckt sie ein planungstheoretisches Interesse, welches sich auf die strategische Entwicklung hin zu den genannten potentiellen Welten richtet. Hillier (2011) deutet zunächst die Unzulänglichkeiten klassischer Ansätze strategischer Planung an, um daraufhin ein eigenes Angebot unter der Begrifflichkeit der strategischen Navigation des ‚Werdens‘ zu unterbreiten, welches sich den aktuellen analytischen Ansätzen strategischer Planung (Wiechmann 2008; Wiechmann und Hutter 2010) als poststrukturalistisches Komplement zur Seite stellen lässt. Im Wesentlichen beinhaltet dieses die Anforderungen, soziale und räumliche Relationalitäten in Form bestehender diskursiver Ordnungen zu erkennen und diese experimentell zu öffnen, um neue Relationen etablieren zu können. Wohin die Reise gehe – um im Bild zu bleiben – sei aufgrund der Unsicherheit und Komplexität weder determiniert noch über eine Extrapolation der Vergangenheit vorherzusagen:

*„I suggest a definition of spatial planning as strategic navigation along the lines of the investigation of ‚virtualities‘ unseen in the present; the speculation about what may yet happen; the inquiry into what a given time and place we might think or do and how this might influence socially and environmentally just spatial form [...].“ (Hillier 2011: 505)*

In einem ersten Schritt legt Hillier (2007, 2011) ihr theoretisches Konzept einer strategischen Planung dar, welche sich im Spannungsfeld unterschiedlicher Ebenen (planes) realisieren lasse. Visionen dienen der generellen Orientierung in eine langfristige Zukunft, untersetzt durch kurzfristigere Projekte und Ziele im Bereich des Möglichen. Seine planungstheoretische Stärke entfaltet das Konzept darin, nicht die inhaltliche Dimension zu fokussieren, sondern die freigesetzten Kräfteverhältnisse bei der Kartierung der bestehenden Relationen. Darin verberge sich gleichsam das Potential einer zukunftsgerichteten Umformulierung. Im Befund des jeweils aktuellen Zustandes materialisiert dieser als

<sup>48</sup> Einzelne Absätze des folgenden Abschnittes wurden in leicht veränderter Form unter dem Titel „Was im Dunkeln liegt, kann man nicht sehen“ Eine Spurensuche nach diskurstheoretischen Impulsen in der Raumplanung“ in der Ausgabe I/2016 der Zeitschrift PND | Online veröffentlicht.

Realität der räumlichen Gegenwart. Werden die darin erkundeten Relationen aufgebrochen und neu verknüpft, entstehen alternative Realitäten als Potentiale zukünftiger Raumentwicklungen. Im Sinne der doppelten Kontingenz ist dieser Prozess als stetig zu begreifen und die Relationen können als nie vollständig abgeschlossen betrachtet werden. Andernfalls resultierten daraus wiederum hegemoniale Masterpläne als diskursives Substrat rationaler Argumentation. Diese bilden den Angriffspunkt einer strategischen Planung poststrukturalistischer Prägung, da „we inhabit both planes at the same time.“ (Hillier 2011: 507)

Unsicherheiten werden nicht als Hindernis, sondern als notwendige Bedingung der strategischen Navigation gesehen. Nur wenn Räume, Subjekte und Bedeutungen in Gegenwart und Zukunft nicht determiniert – mithin unsicher – sind, eröffnet sich der Möglichkeitsraum, auch und gerade im Diskurs. Das angesprochene Spannungsfeld zwischen fixierten Masterplänen in der kurzfristigen Perspektive und langfristigen Visionen des Möglichen begründet einen politischen Blick auf die strategische Navigation, in der Auseinandersetzungen zwischen dem fortwährenden Bedürfnis nach (ökonomischer, sozialer, ökologischer) Sicherheit und der diskursiven Unabschließbarkeit von Bedeutungen und Identitäten entstehen. Auch diese Auseinandersetzungen sind eine Form von Relationen, die sich entlang der darin prozessierten Machtstrukturen im Konflikt entladen können. In ihrem strategischen Ansatz fordert Hillier (2007, 2011), die bestehenden Relationen offenzulegen, um Potentiale einer Neuformulierung als experimentelles Kartographieren von Möglichkeiten aufzuzeigen. Zu beachten bleibt allerdings die ideologische Prägung und Kontextualisierung jeglicher planerischer Neuformulierung (vgl. Gunder und Hillier 2009). Denn so wenig Bedeutungen endgültig fixiert sind, so wenig lässt sich den diskursiven Strukturen der sozialen Ordnung entweichen.

Der normative Anspruch der angemahnten Analyse liegt in der umfassenden Darlegung möglicher und tatsächlich realisierter Relationen. Dabei seien in Anlehnung an den Dispositiv Foucaults (2005a) sowohl physische Materialitäten, als auch diskursiv etablierte Identitäten und Bedeutungen und insbesondere deren relationale Positionierungen und Verknüpfungen zu beachten.<sup>49</sup> Darin verschränkte Machtstrukturen wirkten einerseits konsolidierend und andererseits progressiv, wenn in der Analyse die den potentiellen Veränderungen innewohnende Kraft hervorgehoben werde.

Methodologisch sucht Hillier (2007, 2011) eine Übertragung ihres Vorschlages zur strategischen Navigation in die Planungspraxis darin, Fragen zu stellen anstatt selbst die Räume der Zukunft in handwerklicher Transformation des eigenen Expertenwissens zu entwerfen. Die Fragen sollten auf die Offenlegung der Relationen in konkreten Planungsfällen zielen und Lernprozesse bei den beteiligten Akteuren initiieren, um letztlich Wege für deren Transformation zu eröffnen:

*„The idea is to anticipate the ways in which relations and alliances might be redistributed in different circumstances and situations.“ (Hillier 2011: 515)*

Diese Aussage verdeutlicht einen gedanklichen Anschluss der poststrukturalistischen Planung als strategischer Navigation an die pragmatischen Planungstheorien, indem Hillier (2007, 2011) über deren erkenntnistheoretischen Horizont einerseits hinausweist. Andererseits verbindet sie mit den zu kartographierenden Relationen einen dezidierten Antizipationsanspruch, der in einer unendlichen

---

<sup>49</sup> Vgl. Kap 2.4.

Iterationsschleife zwar einer ständigen Neujustierung zu unterwerfen sei, sich damit letztlich allerdings im Vorgarten des kritischen Pragmatismus wiederfindet.

## Planung als Agonismus und radikale Demokratie

### *Der politische Agonismus in der planungstheoretischen Interpretation*

In deutlich radikalerer Auslegung des Poststrukturalismus positionieren sich Theorien in der Tradition des politischen Agonismus, die eine demokratische Raumentwicklung ausschließlich im Modus der konflikthaften Auseinandersetzung verwirklicht sehen (Gualini 2015; Hillier 2002; Mäntysalo, Balducci und Kangasoja 2011; Pløger 2004). Darin wird die Annahme vertreten, dass im kommunikativen Paradigma infolge einer nicht wünschenswerten antagonistischen Auffassung von Feindschaften in Konflikten der angestrebte Konsens früher oder später in der repressiv-machtvollen Auflösung durch juristische Entscheidungen, hierarchische Festlegungen politischer Instanzen oder argumentativ durch hegemoniale Diskurse der ‚Versachlichung‘ zu legitimieren versucht wird. Wenn aber Konflikte in Planungsprozessen als unvermeidbar erachtet werden, könne aus planungstheoretischer Sicht die Feindschaft in eine Gegnerschaft legitimer Bedeutungen und Identitäten umformuliert werden, die erst in der Auseinandersetzung tatsächlich das politisch-demokratische Ideal offener und inklusiver Planungsprozesse verwirklichen könnten (Pløger 2004). Das Konzept des agonistischen Pluralismus geht auf Mouffe (1999, 2000) zurück, die auf der Grundlage der von ihr zusammen mit Laclau entworfenen Hegemonietheorie (Laclau und Mouffe 2001) dafür plädiert, nicht den rational argumentativ begründeten Konsens in der deliberativen Demokratie zu suchen, sondern die radikal-demokratische Auseinandersetzung durch aktives Herausfordern hegemonialer Diskurse, womit ebenfalls ein kontingenter Fluss der Identitäten und Bedeutungen einhergeht:

*„Contrary to the model of ‚deliberative democracy‘, the model of ‚agonistic pluralism‘ that I am advocating asserts that the prime task of democratic politics is not to eliminate passions nor to relegate them to the private sphere in order to render rational consensus possible, but to mobilise those passions towards the promotion of democratic designs.“ (Mouffe 1999: 755f.)*

Im Konflikt erkennt Pløger (2004) den Kampf zwischen unterschiedlichen Interpretationen kommunikativer Elemente wie Sätzen und Aussagen aufgrund verschiedener diskursiver Ordnungen und deren in Anschlag gebrachten Rationalitäten. Er folgt damit einer ähnlichen Sichtweise auf den Konflikt, wie er für diese Untersuchung aufgespannt wurde. Als Herausforderung ergibt sich bei einer agonistischen Auffassung politischer Prozesse und damit auch der Planung, den Modus der legitimen Gegnerschaft in der Auseinandersetzung zu etablieren. Wenn Konflikttteilnehmer nicht den Konsens im argumentativen Ausschluss der gegnerischen Partei(en) suchen, sondern in der aktiven Auseinandersetzung mit den diskursiven Positionen des Gegenüber unter dem verbindenden Signifikanten der Konfliktaustragung, in der man sich *gemeinsam* befindet, tragen repressiv-legalistische Formen der Machtausübung nicht (mehr), da ihnen der diskursive Boden aufzulösender Antagonismen entzogen wäre. Die Aufgabe von Planern in der Prozessgestaltung wandelt sich damit von der Anwendung fachlichen Expertenwissens auf der inhaltlich-diskursiven Ebene hin zur Etablierung von Äquivalenzketten diskursiv legitimierter Gegnerschaften als Ort der Konfliktaustragung:

*„The wish to empower local citizens politically within the heterogeneous, multicultural and individualized city makes it more difficult to govern through rules and predetermined goals and programmes, because the political space of action will depend more on the ability to include and legitimate multiple voices and demands.“ (Ploger 2004: 77)*

Eine Präskription in Form von Handlungsanweisungen zur Gestaltung einer solchen Aushandlungsarena kann an dieser Stelle kaum formuliert werden, da sie eine Verfahrensnorm etablieren würde, die allenfalls einer wiederholten Suche nach konsensualen Uniformierungstechniken hin zur postpolitischen Raum- und Stadtentwicklung bedeutete (vgl. Gualini 2015; Swyngedouw 2009). Andererseits sind politische Prozesse, und mit ihnen auch Konflikte im agonistischen Sinne nicht frei von diskursiven Machtstrukturen und den darin angelegten Steuerungsimpulsen sowie repressiven und progressiven Regierungstechniken innerhalb von Wissenssystemen. Deren Anerkennung ist also inhärenter Teil einer agonistisch organisierten Planung, die die politische Ermächtigung (empowerment) der Bevölkerung zum Ziel hat. Dafür müsste eine entsprechende planungstheoretische Perspektive laut Hillier (2002: 118) „rethink the frame of reference about our thinking about place [...] and about process. We need to open up new discursive spaces in the interstices of society.“ Die konflikttheoretische Umformulierung des Ortes als diskursive Topologie wurde bereits im vorherigen Kapitel unternommen, es bleibt also die Frage nach der Öffnung diskursiver Möglichkeitsräume im sozialen Gefüge zu beantworten.

Wird die Bevölkerung über Auseinandersetzungen aktiv in die Raumentwicklung eingebunden, kann sie identifiziert und als – mitunter unterschiedlich – diskursiv legitimierte Akteure angesprochen werden. Die politischen Kompetenzen der Akteure können gestärkt werden und sie werden in die Lage versetzt, an demokratischen Verhandlungen teilzunehmen. Letztere sind wiederum die Orte, an denen die Akteure diskursiv identifiziert werden. Damit ist der Konflikt als agonistischer Kampf sowohl Ausgangspunkt politischer Prozesse zur Identifizierung von Akteuren als auch deren Ergebnis in der anschließenden Auseinandersetzung. Ein solcher Prozess birgt das Potential, Konflikte auf verschiedenen diskursiven Ebenen auszutragen, und neben den Projekthaltungen auch die spezifischen Verfahren und bestehende Institutionen wie beispielsweise das planerische Selbstverständnis und ihre (Macht-) Position im Institutionensystem herauszufordern. Andererseits bleibt zu beachten, dass „networks of actors are contingent and dynamic as associations and coalitions form and disband according to the issue under consideration.“ (Hillier 2002: 111) Im stetigen Versuch, diskursive Momente zu fixieren zeigt sich schließlich eine Dialektik: Planung kann einen Ort der politischen Aushandlung bilden, an dem im Einzelfall der Planungsprozess selbst herausgefordert wird, ohne diesen aber der Ort der Verhandlung in sich zusammenfällt und notwendigerweise an anderer Stelle neu formiert wird. In konstruktiver Lesart lässt sich daraus schließen, dass der jeweils spezifische Planungsdiskurs in der Konfliktentstehung aufbrechen kann, dem politischen Charakter des Prozesses folgend allerdings an anderer Stelle neu identifiziert wird. Planung stellt in einer solchen Auslegung des Poststrukturalismus – kurz gesagt – eine radikale Politik der Raumentwicklung dar, und sämtliche Beteiligten und Betroffenen sind als diskursiv konstituierte Akteure legitimer und damit machtvoller Teil von Planungsprozessen und den darin ausgetragenen Konflikten.

*Eine Heuristik agonistischer Politik im planungsbezogenen Raumnutzungskonflikt*

Mit den agonistischen Theorien einer radikalen Demokratie sieht Gualini (2015) das Politische in die aktuellen planungstheoretischen Debatten zurückkehren. Indem die kommunikativen und deliberativen Planungsansätze überwiegend nach einer konsensualen Lösung von Konflikten suchten, umgingen sie ungewollt die politische Auseinandersetzung und redeten letztlich einer tendenziell postpolitischen Auffassung von Gesellschaft und Raum das Wort. An deren Rändern ausbrechende Konflikte entzogen sich somit den normierten Beteiligungsverfahren und stellten Planungstheorie und -praxis wiederholt vor die Frage ihrer analytischen Einordnung und präskriptiven Bearbeitung. Streng agonistische Ansätze wiederum führen in das eingangs beschriebene Dilemma bei der erkenntnistheoretischen Verknüpfung von Poststrukturalismus und Planung. Problematisch seien hier insbesondere „the consequences this conception may bring to bear on the possibility of agreement. [...] The result is, all too apparently, the emergence of a new divide.“ (Gualini 2015: 15) Die eingangs dargestellten Synthesversuche in einer postmodernen Planungstheorie berücksichtigend, schlägt Gualini (2015) schließlich eine Heuristik als eine multiple Ontologie vor, die eine Brücke zwischen den Erkenntnissen des kritischen Pragmatismus einerseits und dem politischen Agonismus andererseits zu schlagen versucht. Anhand dieser lässt sich das geschilderte Dilemma zwischen Planung und Poststrukturalismus in Form einer diskursiven Planung adressieren, wobei er postpositivistische Grundannahmen zunächst ihrer ontologischen Einfassung entkleidet um anschließend die poststrukturalistische Dekonstruktion in progressiver Leseart wiederum zu ontologisieren.

Im Licht unterschiedlicher Demokratiemodelle zwischen liberal, repräsentativ und radikal ist Planung als demokratischer politischer Prozess stets als ein Zusammenspiel und Austausch unterschiedlicher demokratischer Praktiken zu sehen. Die Entscheidung für einen einzigen Modus demokratisch legitimer Handlungspraxis setze sich laut Gualini (2015) hingegen der Gefahr eines erkenntnistheoretischen Zirkels aus. Aufgrund dessen insistiert er die genannte multiple Ontologie. In den so gefassten politischen Prozessen findet eine fortwährende Auseinandersetzung und Verhandlung über hegemoniale Diskurse, mithin Wissen, Wahrheiten und Macht statt. In ihnen werde um Legitimität gerungen, womit eine Definition illegitimer oder als undemokratisch aufgefasster Diskurse und Machtstrukturen einhergeht. Darauf gerichtete normative Handlungsanweisungen und Demokratievorstellungen tendieren zur repressiven Prozessierung von Macht, und sollten daher auch nicht im Fokus der hier geführten planungstheoretischen Debatte stehen. Dagegen ließe sich ohne weiteres einwenden, dass sich hinter dieser Anforderung ebenfalls ein normativer Anspruch verbirgt. Doch da sie ebenfalls diskursiv konstituiert ist, und ein Außerhalb der Diskurse allenfalls auf der abstrakten Ebene des Möglichkeitsraumes denkbar ist, kann damit eine analytische Position eingenommen werden, die sich konstruktiv an den Anspruch der Reflexivität des kritischen Pragmatismus rückbinden lässt.

Planerische Semantiken deklarieren grundsätzlich Diskurshegemonien, sei es durch in leeren Signifikanten transportierte Ideologien (Gunder 2008, 2010, 2011, 2013) oder durch verfahrensnormierende Praktiken der Prozessgestaltung (vgl. u. a. Renn und Webler 1998). Mit inhaltlichen Programmen und Plänen zur zukunftsgerichteten Raumgestaltung (policies) reagieren Planer auf die Antagonismen im sozialen Gefüge der Identitätsbildung und Bedeutungskonstitution und positionieren sich damit einhergehend selbst als Angriffspunkte für Auseinandersetzungen im Politischen (politics). Da-

bei sind sie stets auf der Suche nach einem Abschluss in diskursiven Momenten der Raumgestaltung, die lediglich temporär realisiert werden können. Darin zeigen sich zum einen die grundsätzliche Konflikthaftigkeit des Politischen und der Planung und zum anderen das grundsätzlich Politische im Konflikt.

Weiterhin stellt Gualini (2015) fest, dass hegemoniale Praktiken der Bedeutungskonstitution in einem iterativen Prozess der Dekonstruktion (dis-articulation) und der gleichzeitigen Rekonstruktion ablaufen. In diesem Sinne ist die Dekonstruktion als konstruktiver Akt zu verstehen, da ein ‚Außerhalb‘ der Diskurse und der darin konstituierten sozialen Ordnungen nach der Dekonstruktion nicht möglich ist:

*„Mit dem konstruktivistischen Vorschlaghammer die Wände gewaltsam einzureißen, die bestimmte Bedeutungsräume trennen [...], um dann auf der leeren Fläche etwas Neues zu errichten, funktioniert gleichfalls nicht. Dann würde das Gebäude einstürzen, zu dem keine Alternative bekannt ist.“ (Feustel 2015: 81)*

Herausgeforderte Diskursmomente werden vielmehr verschoben oder stabilisieren sich an anderer Stelle erneut. Hinsichtlich der Transformation hegemonialer Setzungen im Konflikt scheint hier eine wesentliche Herausforderung einer diskursiv verstandenen Planung zu liegen. Gestützt wird diese Annahme durch den diskurstheoretischen Blickwinkel auf die antagonistischen Subjektpositionierungen als Identitäten im Konflikt. In handlungsorientierter Perspektive ist allerdings kritisch zu fragen, inwiefern zum einen die hegemonialen Diskurse und die darin konstituierten Akteure tatsächlich über eine Dekonstruktion transformierbar sind und welche planungspolitischen Konsequenzen sich daraus ergäben, ohne wiederum bei der deliberativen Politik anzukommen. Beide Fragen hängen eng miteinander zusammen, muss sich doch eine strategisch orientierte Dekonstruktion hinsichtlich des archimedischen Punktes ihres Eingreifens erklären. In der hier angewendeten Auslegung des Poststrukturalismus organisieren sich Gesellschaften auf der Basis einer Vielzahl von Wahrheiten. Diese sind ihr zwar nicht vorgängig, der Umkehrschluss ist aber gerade nicht, dass es *keine* Wahrheiten gäbe. Gleichwohl bleibt die Frage nach einer Transformation bestehender Positionen ein zentrales Anliegen einer diskursiven Planung. Ein erster Schritt zu deren Beantwortung liegt im Dialog unter den Bedingungen der stetigen Auseinandersetzung, denn „[s]ince we cannot eliminate antagonism, we need to domesticate it to a condition of agonism in which passion is mobilised constructively (rather than destructively) towards the promotion of democratic decisions which are partly consensual, but which also respectfully accept unresolvable disagreements.“ (Hillier 2002: 122) In Anlehnung an die narrativen Ansätze der Planungstheorie sei an dieser Stelle auf die Synthese divergierender Positionen in einer gemeinsamen Erzählung verwiesen (vgl. Mandelbaum 1991). Zu beachten bleibt, dass sich entsprechend formulierte Identitäten „only as an outcome of articulation, not in the disappearance or overcoming of differences“ (Gualini 2015: 14f.) etablieren und unvermeidbar neue Grenzziehungen in der hegemonialen Ordnung mit sich bringen. Hier zeigt sich ein iterativer Prozess von Konsensfindung und Konfliktentstehung als Dialektik hegemonialer Artikulation in der Planung.

Unter der Annahme der Konfliktentstehung entlang inkommensurabler Diskurse bleibt die kommunikative Identitätskonstruktion in der sozialen Ordnung ein beachtenswerter Punkt. Werden Diskurse und Subjekte marginalisiert, verschwinden sie gewollt oder ungewollt aus dem jeweiligen

diskursiv aufgespannten Sagbarkeitsraum oder treten gar nicht erst hervor. Planungs- und Konfliktverläufe wiederum sind abhängig sowohl von der Emergenz von Subjekten als auch deren Fähigkeit der transformativen Neupositionierung innerhalb veränderter sozialer Ordnungen und darin realisierter Diskurse (Gualini 2015). Im Wechselspiel spezifischer Konfliktverläufe mit darin etablierten Identitäten können soziale Akteure als Konfliktteilnehmer sichtbar werden, sich verändern oder wieder verschwinden. Diskurse und deren Transformation stellen folglich über die Konfliktentstehung hinaus eine Verbindung in Planungsprozessen her, worin sich eine Prozesskausalität vermuten lässt, die es im weiteren Verlauf der Untersuchung aufzugreifen gilt (vgl. Banta 2012).

Schließlich nähert sich Gualini (2015) der handlungsorientierten Frage danach, wie als illegitim wahrgenommene Antagonisten in legitim erscheinende Opponenten in den Verhandlungen zu transformieren seien (vgl. auch Hillier 2002; Pløger 2004). Hier plädiert er für eine abduktive Argumentation. Diese versteht er in explizierter Abgrenzung von deduktiven sowie induktiven Verfahren des rational-logischen Schließens als Eröffnung von diskursiven Möglichkeitsräumen, „we need to devote our attention to what are its possibilities and threats in practice.“ (Gualini 2015: 21) Dazu sei die Dialektik der Dekonstruktion bei gleichzeitiger Rekonstruktion von hegemonialen Diskursen als Prozess zu fördern und aufrecht zu erhalten. Daran kann schließlich eine Analyse planungsbezogener Raumnutzungskonflikte orientiert werden, wobei die Fragen nach den diskursiven Kontexten, den beteiligten Subjekten sowie den jeweiligen Verlaufsprozessen zu beantworten sind. Hier ergibt sich ebenfalls ein Ankerpunkt für die planungspolitische Anwendung der von Gualini (2015) vorgeschlagenen Heuristik, indem ein agonistisch informierter Blick auf Konflikte in Planungsprozessen angestrengt wird, der den erkenntnisleitenden Fluchtpunkt für eine Dekonstruktion hegemonialer Diskurse anhand kritisch-reflexiver Fragen markiert (vgl. Hillier 2011).

### **Auf dem Weg zu einer diskursiven Planung im Konflikt: Erkenntnisse aus den poststrukturalistischen Debatten der Planungstheorie um Komplexität, Ideologie und agonistischer Politik**

Bevor ein analytisches Konzept diskursiver Planung entwickelt wird, seien an dieser Stelle die zentralen Erkenntnisse der poststrukturalistischen Planungstheorien zusammengefasst. Sie schließen zum einen an die vorab diskutierten Ansätze pragmatischer Planung sowie die diskursive Politik und Policy-Analyse an, zum anderen weisen sie von einem dezidiert konstruktivistischen Standpunkt aus darüber hinaus. Wie bereits in Gualinis (2015) Heuristik deutlich wurde, liegt die Herausforderung in einer analytischen Synthese jenseits klassischer diskursiver Verfahren der deliberativen Politik und diesseits radikaler Interpretationen der poststrukturalistischen Diskurstheorie, die eine völlige Unmöglichkeit von Einigung, Entscheidung und gegenseitigem Verständnis implizieren.

Zunächst ist also das problematische Verhältnis zwischen Planung als präskriptivem Programm und dem Poststrukturalismus in seiner erkenntnistheoretischen Grundhaltung der Unabschließbarkeit von Wissen und Identitäten und damit auch Räumen festzustellen. Die planungstheoretische Annäherung an dieses Dilemma wurde bisher auf zwei unterschiedlichen Wegen unternommen (vgl. Allmendinger 2009). Einerseits sind kritische Dekonstruktionsversuche auszumachen, die Planung selbst zum Untersuchungsgegenstand erheben und ein häufig desillusionierendes Ergebnis präsentieren, wenn sie von deren ‚dunkler Seite‘ in Form von Machtstrukturen, strategischen Regierungstech-



niken der Repression und des Ausschlusses (Flyvbjerg und Richardson 2002; Yiftachel 1998) sowie von diskursiven Strategien der Durchsetzung planerischer Ideologien unter dem Deckmantel der Öffentlichkeitsbeteiligung (Gunder 2010, 2011, 2016) sprechen. Andererseits wurden bereits vielversprechende Syntheseversuche mit mehr (Gualini 2015; Hillier 2002; Pløger 2004) oder weniger (Beauregard 1989; Sandercock 1998, 2003a; Soja 1997) deutlicher Positionierung in einer poststrukturalistischen Erkenntnishaltung vorgestellt.

Aus den beiden dargestellten theoretischen Diskussionssträngen einer poststrukturalistischen Planungsdebatte resultiert die Erkenntnis einer Dialektik der Planung hinsichtlich Konsens und Konflikt. Planung ist grundsätzlich konflikthaft und wird in Konflikten wiederum selbst herausgefordert. Verschwände die Planung als Verhandlungsprozess im Ergebnis einer erfolgreichen Dekonstruktion aus den diskursiven Wissenssystemen der sozialen Ordnung, wäre mit dem Prozess auch der Ort der politischen Verhandlungen um den Raum eliminiert. Wird diese Argumentation vom Kopf auf die Füße gestellt bleibt festzuhalten, dass Konflikte nicht nur als Teil von Planungsprozessen zu fassen sind, die es auf eine konsensuale Lösung abzielend zu bearbeiten gilt. Konflikte sind vielmehr nie endgültig zu eliminierende Erscheinungen, denen ein konstruktives Potential zur demokratischen Raumentwicklung entspringt. Gleichwohl ist ein Konsens in Planungsprozessen erreichbar. Dieser ist allerdings immer nur temporär und nie vollständig respektive endgültig geschlossen (Gualini 2015). Sobald Konflikte auftreten, ist Planung also nicht gescheitert, sondern sie eröffnet dann einen möglichen Weg zu einer demokratisch legitimierten Entscheidungsfindung. Anders ausgedrückt: „An open process, in which all actors can protest publicly, could be an alternative.“ (Hillier 2002: 117)

An dieser Stelle ist noch einmal dezidiert hervorzuheben, dass Machtstrukturen der sozialen Ordnung immanent, also den Diskursen und dem Handeln nicht vorgängig und somit unausweichlich sind. Sie sind dabei je nach Standpunkt produktiv sowie repressiv. Versuche der Eliminierung von Macht scheitern an dieser Immanenz ebenso wie Umverteilungsbestrebungen im instrumentellen Verständnis. Machtstrukturen können dagegen anhand von hegemonialen Diskursen analytisch bestimmt werden, um Konflikte beschreiben und erklären zu können und eine Informationsbasis für deren Bearbeitung bereitzustellen. Während der Bearbeitung von Konflikten können sich die Machtstrukturen verändern. Sie sind damit ebenfalls Bestandteil jeglicher analytischer Fixierungsversuche, kein apriorischer Analysekontext:

*„This implies that there is no unbridgeable gap between power and legitimacy – not obviously in the sense that all power is automatically legitimate, but in the sense that: a) if any power has been able to impose itself, it is because it has been recognized as legitimate in some quarters; and b) if legitimacy is not based in an aprioristic ground, it is because it is based in some form of succesful [sic!] power.“*  
(Mouffe 1999: 753)

Aus den bisherigen Erkenntnissen folgt, dass Planer grundsätzlich im Spannungsfeld unterschiedlicher Diskurse stehen, die allerdings nicht als dichotom, sondern als komplementär zu interpretieren sind: Planung löst Raumnutzungskonflikte aus, dient aber auch zu deren Bearbeitung (Leffers 2015). Planer können Diskurshegemonien auf der Grundlage von Analysen herausfordern und Möglichkeitsräume schaffen, gleichzeitig aber temporäre Schließungsversuche anstreben auf der Suche nach diskursiven Momenten der Raumentwicklung inklusive eigener strategischer Diskursangebote. Damit

positionieren sie sich wiederum als potentielle Angriffspunkte in der politischen Dialektik einer radikal interpretierten Demokratie. Hierbei bleibt die planungstheoretische Unterscheidung von Prozess (politics) gegenüber Inhalten und Ergebnissen (policies) sowie Formen und Kontexten (polities) zu beachten.

Eine erhöhte aktive Beteiligung der Öffentlichkeit an Planungsprozessen bei steigender Meinungsvielfalt auf der Grundlage multipler Rationalitäten (Davy 2004, 2008; Hartmann 2012) bricht sich im Konflikt Bahn, wenn Ideologien und Diskurse herausgefordert werden (Pløger 2004). Darin liegt gleichwohl das politische Moment der räumlichen Entwicklung, dem sich Planung zu stellen hat. Partizipation kann sich nicht in der ‚Domestizierung‘ öffentlicher Interessen durch Integration in die bestehende soziale Ordnung erschöpfen. Als diskursives Verfahren zeigt sie sich vielmehr als Dialektik im Raumnutzungskonflikt: Einerseits ist Partizipation als diskursives Verfahren selbst konfliktgeladen, andererseits werden über Konflikte demokratische Beteiligungsansprüche bei der Raumnutzung überhaupt erst verwirklicht. In dieser Annahme liegt das progressive Element der Konfliktbearbeitung.

Mit der potentiell konflikthaften Partizipation in Planungsprozessen gehen schließlich Unsicherheiten einher, die in poststrukturalistischen Planungsansätzen überwiegend als progressiv-diskursive Erscheinungen erkannt werden. Die immerwährenden Abschlussversuche von Bedeutungen und Identitäten im Diskurs können nur temporär gelingen und werden stets erneut herausgefordert. Darin zeigt sich die Unsicherheit, die aber kein den Planungsprozessen vorgängiges Hindernis darstellt, sondern einen wesentlichen Teil von agonistischer Politik und Planung. Damit wird sie auch zu einem Teil der vorab erläuterten Dialektik: Sicherheit wird ausgehend von wahrgenommenen Unsicherheiten angestrebt und die vermeintliche Sicherheit von beispielsweise Entscheidungen in Planungsprozessen ergibt erst das Substrat erneuter Unsicherheit in daran aufbrechenden Konflikten. Den Unsicherheiten ist also aktiv zu begegnen, denn Vermeidungsversuche führen tendenziell zur postpolitischen Entmündigung. Oder in der Metaphorik Davys (2008) ausgedrückt, solle Planung vorzugsweise ein Akt sein, in dem auf ein ‚schützendes Präservativ‘ zu verzichten sei.

### 3.4 Zwischenfazit: Eine analytische Kategorie diskursiver Planung

*„Denn woher würde die Dekonstruktion ihre Kraft schöpfen, woher würde sie ihre Gewalt nehmen, woher würde sie ihren Bewegungsimpuls oder ihre Motivierung haben, wenn nicht von diesem immer unzufriedenen Ruf, von dieser nie zufriedenzustellenden Forderung, jenseits der vorgegebenen und überlieferten Bestimmungen dessen, was man in bestimmten Zusammenhängen als Gerechtigkeit, als Möglichkeit der Gerechtigkeit bezeichnet?“ (Derrida 1991: 42)*

Derridas Aussage umreißt den grundsätzlich politischen Charakter eines konstruktivistischen Impulses für die Verschiebung von Bedeutungen und Identitäten im Konflikt durch deren Dekonstruktion. Für die planungstheoretische Betrachtung wird hier noch einmal die Problematik deutlich, wonach Planung auf der einen Seite auf die konsolidierende Implementierung (hegemonialer) Diskurse im Raum zielt, kontingente Veränderungen hingegen ein eher poststrukturalistisches Arbeitsprogramm nahelegen, welches die Konstruktionsmechanismen eben jener Diskurse offenzulegen sucht. Dieser Herausforderung wird hier vor dem Hintergrund der Konflikthaftigkeit von Planungsprozessen

und deren transformativen Potentialen in einer komplementären Gegenüberstellung begegnet. Denn die Dekonstruktion ist ein unweigerlich konstruktives Unterfangen. Konflikte weisen auf die diskursiven Grenzen von Konstruktionen hin. Diese wiederum aufzubrechen, zu verschieben und neu zu artikulieren sei an dieser Stelle als Orientierung für eine poststrukturalistisch informierte Planung ausgegeben. Hierzu schält Feustel (2015) auf Derrida rekurrierend zwei erkenntnisleitende Methoden der Dekonstruktion im Sinne einer Transformation von Bedeutungen heraus, die zielgerichtet trianguliert werden sollten. Zunächst könnten Paradoxien in der lediglich scheinbar objektiven Welt auf deren eigenem Terrain durch formallogische Argumentationen aufgedeckt werden, um daraufhin sprachlich sedimentierte Diskurse im Verfahren einer genealogischen Archäologie interpretativ zu analysieren. Ein solches Verständnis von Planung unterscheidet sich grundsätzlich von den diskursiven Verfahren der Planung wie sie beispielsweise Renn und Webler (1998) aufzählen und bedarf einer entsprechenden Erklärung.

### Planung im Diskurs

Nach de Roo (2010) gehen aktuelle Planungstheorien oft von fixierten Bedeutungssystemen aus, die sich zwischen technischer und kommunikativer Rationalität aufspannen. Deren Veränderung wiederum sei eine kaum berücksichtigte Dimension der Planung und damit einhergehend die Kontingenz nicht nur der Prozesselemente, sondern auch der Inhalte und Ergebnisse der Planung: Was heute als gute Lösung gilt, kann sich aufgrund von Systemevolutionen innerhalb der Gesellschaft in der Zukunft ganz anders darstellen (vgl. auch Fainstein und Campbell 2012). Die Problematik liegt darin, dass diese Veränderungen nur schwer vorhersehbar oder planbar sind. Doch diesem Umstand entspringt auch ein analytischer Anknüpfungspunkt: Im evolutionären Verständnis komplexer Systeme wie sie weiter oben dargelegt wurden, verändern sich nicht nur die Bedeutungen respektive die sie konstituierenden Diskurse, sondern ebenfalls das gesamte System der Bedeutungsgebung, mithin die Ordnung der Diskurse im Sozialen. Eine Dekonstruktion von Diskursen im Planungsprozess führt damit nicht nur immer wieder zu alternativen Bedeutungsfixierungen nach gleichem Muster. Vielmehr ist das Muster selbst ebenfalls Veränderungen ausgesetzt. Damit lässt sich eine gezwungenermaßen selbstreflexive Planung begründen, in welcher alle beteiligten Akteure Bedeutungen, Prozesse und Kontexte stets kritisch prüfen und in konflikthaften Verhandlungen – hierbei in Anlehnung an die Dialektik agonistischer Politik – ko-konstruierend weiterentwickeln. Vor diesem Hintergrund entstehen stets nur temporär fixierte Bedeutungen. Jedoch sind diese im Licht des Poststrukturalismus nicht mehr als objektiv beste Lösungen einer technischen oder kommunikativen Rationalität zu werten. Eine diskursiv gedachte Planung konstituiert in diesem Sinne temporäre Bedeutungen auf der Basis unterschiedlicher Rationalitäten. Die planungstheoretischen Überlegungen auf Basis eines kritischen Pragmatismus leisten insofern einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zur diskursiven Planung poststrukturalistischer Prägung. Gleichwohl besteht bei einer einseitigen Orientierung am kritischen Pragmatismus die Gefahr des tendenziellen Schlussversuches in der Theoriebildung. Darunter ist ein weitgehend abgeschlossenes und in sich konsistentes Gedanken- bzw. Theoriegebäude zu verstehen, welches wiederum gezwungenermaßen das nicht zugehörige ‚Außen‘ mitformuliert und ausgrenzt. Die Hürde besteht darin, den Ausgang aus diesem Theoriegebäude in der Selbstreflexion zumindest zu erkunden und aufzuzeigen. Eine Sichtweise der Dekonstruktion ist hierbei gewinnbringend, da auch sie grundsätzlich

veränderbar ist, sofern sie kohärent in Anschlag gebracht wird. Die angesprochene Konsistenz und Geschlossenheit charakterisieren gleichwohl auch eine Perspektive der Dekonstruktion, wenn auch immer nur temporär und entsprechend kontextualisiert. Der eventuelle Vorwurf der Beliebigkeit trägt also nicht. Damit sind noch einmal die Prämissen als anleitende Orientierung für die analytische Ableitung der diskursiven Planung hervorgehoben.

Dass Planung ein politischer Prozess sei, der „die Möglichkeit von Dissens und damit die Erforderlichkeit spezifischer Prozesse der Konsensbildung oder Konfliktaustragung“ birgt, formulierte Scharpf (1973: 35) bereits vor geraumer Zeit. Wird die diskurstheoretisch eingefasste Kommunikation als Element planungsbezogener Aushandlungen und Konflikte ergänzt, kann diese Aussage hier definitiv aufgeweitet werden: Planung ist ein politischer Prozess der diskursiven Bedeutungs(re-)produktion in der Kommunikation zur Erarbeitung von Entscheidungsprämissen für die künftige Raumentwicklung. Die Ausgänge dieser Prozesse sind keineswegs determinierbar, wie es das kommunikative Paradigma mit dem Konsens als Ziel insistiert oder das rationalistische Paradigma zu leisten verspricht. Der Prozess ist ebenso wie die Ergebnisse kontingent und damit grundsätzlich veränderbar. Antagonistische Sinn- und Bedeutungsproduktionen im Verlauf der Planung resultieren schließlich in den Raumnutzungskonflikten als Topologien inkommensurabler Diskurse.<sup>50</sup> Die Besonderheiten einer darauf basierenden *diskursiven* Planung werden im Folgenden erläutert.

## Diskursive Planung

Der hier eingeschlagene Weg setzt die Konzepte der kritischen Policy-Analyse in Richtung eines poststrukturalistischen Programms im Zeichen der vom politischen Agonismus inspirierten Heuristik Gualinis (2015) fort. Diskurse sind hierbei als treibende Kraft politischer Veränderungen zu sehen (Fischer und Gottweis 2012b; Schmidt 2002). Sie rahmen die argumentative Auseinandersetzung im Raumnutzungskonflikt, stellen aber aufgrund dessen ebenfalls die Ebene einer progressiven Konfliktbearbeitung dar. Die Diskurse allein sind zwar nicht hinreichend für jegliche Veränderung im Politischen, doch sie weisen nach Fischer und Gottweis (2012b) auf zwei unterschiedliche Ebenen der Analyse hin: Zum einen seien (Meta-)Diskurse und Erzählungen zu extrahieren, die die soziale Ordnung aufspannen. Darunter fällt der vorab dargestellte diskursive Überbau postmoderner Gesellschaften wie etwa die Komplexität und Unsicherheit, aber auch ökonomische und soziale Paradigmen wie Marktwirtschaft oder Neoliberalismus und deren Implikationen sowie argumentative Begründungslogiken. Auf der zweiten Ebene seien die institutionellen Arrangements sowie die spezifischen argumentativen Aussagen auf der Akteursebene in den Blick zu nehmen. Daraus folgt, dass Veränderungen in der Interdependenz von Akteuren, Institutionen und Diskursen realisiert werden, die es auf der Basis der theoretischen Grundlagen der Diskurs-, Konflikt- und Planungstheorie im Einzelnen zu hinterfragen gilt.

Zunächst ist dazu noch einmal hervorzuheben, dass Diskurse den Zusammenhang zwischen Denken und Kommunizieren organisieren und damit sowohl Bedeutungen als auch subjektive Identitäten als soziale Akteure konstituieren. Die Diskurse selbst entspringen allerdings keiner ontologisch-natürlichen Ordnung, sondern werden wiederum durch Akteure und deren Interessen und Meinun-

---

<sup>50</sup> Vgl. Kap. 2.5.

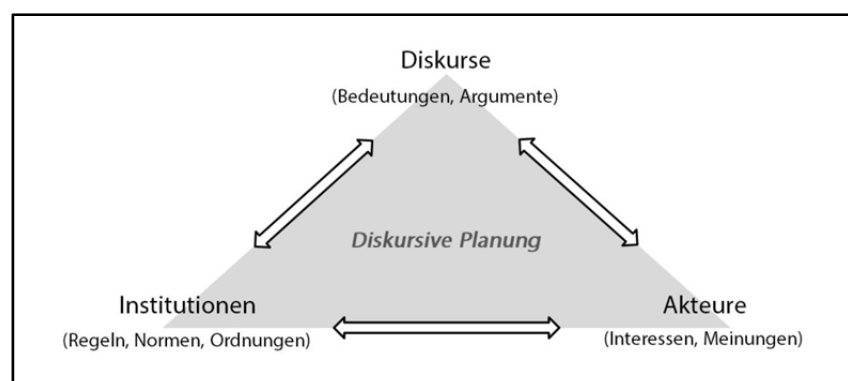
gen in Geltung gesetzt. Das über die Diskurse konstituierte Subjekt etabliert, reproduziert und verändert also die Diskurse. Akteure können dieses Vermögen durchaus strategisch zur Durchsetzung hegemonialer Diskursordnungen in der Kommunikation und Verhandlung einsetzen, um darauf basierend entlang einer quasi-objektiven Faktenlage zu argumentieren. Eine so geführte Debatte sucht dann die Machtentfaltung im Argument, wie sie die kommunikative Planung als wünschenswert erachtet, ist allerdings durch Kontingenz geprägt und damit einhergehend stets konflikthaft. Die identifizierende Vergewisserung des Subjektes im Diskurs und der Fluss der Diskurse stehen also in einem mitunter umkämpften Wechselverhältnis, welches als konstruktiv-politischer Prozess erkennbar wird.

Institutionelle Arrangements in Form von Regeln und Normen werden darüber hinaus durch die angesprochenen (Meta-)Diskurse gerahmt, die innerhalb der sozialen Ordnung selten hinterfragt werden, „they typically operate under the radar.“ (Fischer und Gottweis 2012b: 16) Damit ist an dieser Stelle die institutionalisierte Verfasstheit der Planung angesprochen. Eine Vielzahl von planungstheoretischen Debatten zielt in der Tat auf eine konstruktive Verbesserung von Planungsprozessen (politics) oder inhaltlich planerische Vorstellungen hinsichtlich einer beispielsweise gerechten Raum- und Stadtentwicklung (policy) ab. Die institutionellen Kontexte der Regeln und Normen von Planung (polity) werden hingegen häufig unter dem Eindruck der erläuterten Komplexität und Unsicherheit unterlaufen, was Hajer (2003a: 175) treffend als „institutional void“ bezeichnet. Ungeachtet dessen sind institutionelle Kontexte im Anschluss an die Darlegungen zur Dialektik von Planung und Konflikt keinesfalls obsolet. Sie können sich allerdings im diskursiven Spannungsfeld mitunter elementar verändern, da die Kontingenz der Diskurse insbesondere im Konflikt ihre fortwährende Ko-Konstruktion bedingt. Die Flexibilität der institutionellen Verfasstheit der Planung erhebt sich damit neben den Diskursen und Akteuren ebenfalls zum Impuls von Veränderungen im Konfliktverlauf.

Die diskursiv konstituierten Institutionen ermöglichen und begrenzen schließlich die Interessenformulierung und Kommunikation der sozialen Akteure in Form gesellschaftlich legitimer Sagbarkeitsräume. Unter diesem Eindruck konstruieren Akteure individuell und in Diskurskoalitionen gleichzeitig die Institutionen. Sie setzen die soziale Ordnung in Geltung und formulieren entlang der sie konstituierenden Diskurse die Normen und Regeln der Sagbarkeitsräume.

**Abbildung 8:**  
Diskursive Planung in der  
Interdependenz von Diskursen,  
Akteuren und Institutionen

Quelle: eigener Entwurf



Eine als progressive Konfliktintervention verstandene diskursive Planung kristallisiert vor diesem Hintergrund an der interdependenten Verknüpfung von Diskursen, Akteuren und Institutionen (vgl. Abbildung 8). Sie ist in analytischer Perspektive erstens ein politischer Prozess der zielgerichteten (bewussten) oder emergenten (unbewussten) Etablierung, Reproduktion oder Verschiebung von Bedeu-

tung organisierenden Formationssystemen (Diskursen) in Verhandlungen um die Entscheidungsprämissen zur zukünftigen Raumentwicklung. Im Ergebnis stehen entweder die temporäre und räumlich begrenzte Synthese divergierender oder antagonistischer Diskurse, bestehende Konfliktlinien werden durch die Transformation der diskursiven Strukturen verschoben oder neue Konflikte entstehen entlang aufbrechender Diskurse. Diskursive Planung ist in diesem Sinne also nicht mit einer Konfliktlösung gleichzusetzen. Vielmehr ist sie zweitens durch ein anhaltendes Wechselspiel zwischen den Akteuren, Institutionen und Diskursen charakterisiert. Sie integriert dabei konzeptionell zunächst die verhandelten Inhalte, Bedeutungen und Identitäten in den Verhandlungsprozess, da sie auf deren transformative Entwicklung abstellt. Weiterhin spannt die diskursive Planung drittens die Verhandlungsarena auf, in der Diskurse und darüber organisierte Bedeutungen kommunikativ in Stellung gebracht werden und Akteure sie narrativ zu stützen suchen (Viehöver 2006).

### Diskursive Planung in der Konfliktbearbeitung

Die Legitimität der am Ende von Planungsprozessen getroffenen Entscheidungen hängt im Wesentlichen von der Akzeptanz der dahinter liegenden Diskurse in Form des Wissens und seiner argumentativen Rechtfertigung ab (Innes und Booher 2010). In der diskursiven Planung kann mitunter eine gemeinsame Wissensbasis für die Konfliktparteien erarbeitet werden. Diese ist dann allerdings nach den jeweiligen Entscheidungen wiederum potentieller Angriffspunkt für alternative Bedeutungskonstitutionen. Als Anhaltspunkt für die diskursive Planung in Konflikten dienen grenzüberschreitend akzeptierte Diskurse, die auf einer der konkreten Auseinandersetzung übergeordneten Ebene liegen und eine Art diskursiver ‚Brückenfunktion‘ im Konflikt übernehmen können:

*„In circumstances where core values are incommensurable but there is agreement between secondary values, agonistic deliberation or argument may take place.“ (Hillier 2002: 125)*

Feustel (2015) spricht bezüglich der entsprechenden Transformation hegemonialer Diskurse von der Kunst des Verschiebens als Ausdruck der eingangs erwähnten Dekonstruktion in einer politischen Handlungsperspektive. Strüver und Wucherpfennig (2009) fordern dazu mit Blick auf die diskursivperformative Konstitution und Aneignung von Räumen eine strategische Politik der subversiven und diskursimmanenten Variation und Intervention. Der Ort dieser gewissermaßen ‚begriffsarchitektonischen‘ Leistung im Konflikt wäre die diskursive Planung, wie sie vorab dargelegt wurde. Da im poststrukturalistischen Verständnis der Diskurstheorie keine dem Diskurs vorgängigen Schöpfungsakte möglich sind,<sup>51</sup> hilft bei der Transformation, Verschiebung und Synthese von Diskursen nur die Orientierung an den bereits bekannten gesellschaftlichen Registern von Wissen, Realität und Bedeutung auf allen Seiten des Konfliktes und die Suche einer darüber liegenden Ebene gemeinsamer Bedeutungskonstitution und Sinnbildung. Hierbei hilft die Metapher der Brückenbildung. Verankert an den gegenüberliegenden Ufern des – nach Jäger und Jäger (2007) passend: im Fluss befindlichen – diskursiven Bruches kann die ‚Diskursbrücke‘ einen räumlich und zeitlich situierten festen Boden bilden, auf dem sich die Konfliktparteien einander nähern können:

<sup>51</sup> Vgl. die Kritik an der poststrukturalistischen Diskurstheorie in Kap. 2.2.

*„Deep-rooted conflicts are addressed constructively as we make meanings of who we are, who we are in relation to others, and how the ‚we‘ of our relationship can find a form spacious enough for both parties to pursue what matters to them deeply without violating the other.“ (LeBaron 2002: 148)*

Zur Formulierung dieser am Signifikanten des ‚wir‘ kristallisierten Äquivalenzketten der Bedeutungen sei schließlich noch einmal auf deren politische Sprengkraft und die Bedingungen der diskursiven Konstituierung kollektiver Subjekte verwiesen:

*„The emergence of the ‚people‘ depends on the three variables I have isolated: equivalential relations hegemonically represented through empty signifiers; displacement of the internal frontiers through the production of floating signifiers; and a constitutive heterogeneity which makes dialectical retrievals impossible and give its true centrality to political articulation.“ (Laclau 2005: 156)*

Diskursive Planung kann angesichts der poststrukturalistischen Erkenntnishaltung dieser Arbeit sowie der darauf basierenden diskurs-, konflikt- und planungstheoretischen Entwürfe *kein* instrumenteller Werkzeugkasten sein.<sup>52</sup> Sie entspricht vielmehr einer grundsätzlich offenen Haltung gegenüber dem Politischen und damit zwangsläufig Konflikthaften in der Planung. Eine solche „requires a political and planning ethos we yet have to develop.“ (Pløger 2004: 88) Der hier vorgeschlagene Begriff einer diskursiven Planung sei als ein erster, deskriptiv-analytischer Schritt in diese Richtung zur Diskussion gestellt. Er wird im Folgenden gemeinsam mit dem vorab erarbeiteten theoretischen Verständnis der diskursiven Bedeutungskonstitution sowie dem darauf basierenden Ansatz des sozialen Raumnutzungskonfliktes in einem Prozessmodell als Analyserahmen für die spätere empirische Untersuchung operationalisiert.

---

<sup>52</sup> Vgl. die Übereinstimmung zum Anspruch Healeys (2012) hinsichtlich einer kollaborativen Operationalisierung des kommunikativen Paradigmas.

## 4. Ein Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte

*„Man kann heuristisch annehmen, daß komplexe Geschichten eine Konfliktbestimmung (Einleitung), verschiedene Episoden der Konfliktefaltung und der Auflösung (Mitte) umfassen und schließlich mit der Moral der Geschichte enden.“ (Viehöver 2006: 196)*

Diese Aussage weist auf einige zu beachtende Merkmale bei der Modellierung, und damit der abstrahierenden Vereinfachung von Prozessen im Allgemeinen und Konfliktverläufen im Speziellen hin. Kritisch dabei ist vor allem die adverbial festgestellte Komplexität, derer sich Viehöver durch die Untergliederung in mehrere Episoden zu nähern sucht. Dieser Ansatz wiederum weist auf einen Verlauf, mithin die Prozesshaftigkeit von Konflikten hin. Sie werden einleitend bestimmt bzw. festgestellt, entwickeln sich episodenhaft und nehmen einen an dieser Stelle nicht näher bestimmten Ausgang.<sup>53</sup> In eine Genealogie Foucaultscher Prägung übertragen, sind diese Elemente als die in den vorangegangenen Kapiteln erläuterten kontingenten Brüche und Verschiebungen zu fassen. Damit ist an den erkenntnistheoretischen Rahmen erinnert, innerhalb dessen im Folgenden ein Prozessmodell zum Verlauf von planungsbezogenen Raumnutzungskonflikten im Diskurs entwickelt wird.

Zunächst wird dazu in einem zusammenfassenden Überblick das Fundament für die Modellierung anhand einer Funktionstypologie der Raumplanung in Abhängigkeit vom jeweiligen Gestaltungsspielraum und dem öffentlichen Gestaltungsinteresse gelegt. Darin zeigt sich eine erste – wenn auch zunächst noch statisch zu lesende – Heuristik zur Einordnung der zentralen Elemente der Planung im deutschen Institutionensystem (4.1). Daraufhin werden in der Diskurs- und Konfliktforschung sowie in der Planungstheorie entwickelte Modelle nach möglichen Anknüpfungspunkten zur prozeduralen Umformulierung dieser Elemente befragt (4.2). Aus der fokussierten Darstellung ergeben sich wichtige Hinweise für die anschließende Prozessmodellierung (4.3). Bei einem Blick in die ebenso umfang- wie variantenreiche Literatur zur Konfliktforschung fällt jedoch schnell eine lediglich überschaubare Zahl an Ansätzen auf, die unterschiedlichen theoretischen Ansätze in daran orientierten Prozessmodellen zu operationalisieren. Ähnliches gilt für den Bereich der Planungswissenschaft, in der eine Suche nach dezidierten Prozessmodellen zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte unter Kenntnisnahme der poststrukturalistischen Diskurstheorie bisher weitgehend ergebnislos verläuft. Hier zeigt sich der Bedarf nach der Entwicklung eines entsprechenden Modells auf der Basis der in den vorherigen Kapiteln diskutierten theoretischen Grundlagen und der daraus abgeleiteten Ansätze zum sozialen Raumnutzungskonflikt und der diskursiven Planung.

### 4.1 Funktion und Stellung der Planung im deutschen Institutionensystem

*„A recurring issue in this context is that members of the population who will be affected directly by the project become alert only during the implementation stage, when the first outcomes have become clear*

<sup>53</sup> Dieses erzählerische Ordnungsprinzip, welches sich zu einem Ganzen zusammenfügt ist schon seit Aristoteles' Ausführungen zur poetischen Komposition bekannt (vgl. Ricoeur 2005).



*and visible, and only then request a discussion of the basic premise of the project.“ (Salet, Bertolini und Giezen 2012: 3)*

*„Mit dem Bagger melden sich die Bürger zu Wort.“ (Hofmann 2013: 1)*

Diese Feststellungen deuten beispielhaft auf mögliche Schwierigkeiten von Bürgerbeteiligung bei langfristiger Planung, wie sie insbesondere Hofmann (2013) am Beispiel des Streits um eine neu entstandene Lücke in der Berliner Mauer zugunsten des Großprojektes ‚Mediaspree‘ äußerst prägnant benennt. Zu Beginn eines Planungsprozesses sind die Gestaltungsspielräume sowohl auf Seiten der Planer als auch im Zuge einer breiten Öffentlichkeitsbeteiligung allgemein als relativ hoch einzuschätzen. Doch insbesondere das (Gestaltungs-)Interesse seitens der Bürger ist oft in der Anfangsphase von Großprojekten vergleichsweise gering ausgeprägt, die aktive Beteiligung von Seiten der betroffenen und beteiligten Bürger ist in der Breite zunächst häufig wenig explizit (vgl. Salet 2008). Im Planungsverlauf sinkt tendenziell die Möglichkeit, Entwürfe anzupassen und planerische Vorhaben substantiell zu beeinflussen. Je konkreter das Vorhaben wird, desto stärker steigt jedoch oft das Interesse, aktiv an der Gestaltung mitzuwirken oder bereits erarbeitete Entwürfe zu verändern. Unter anderem aus Gründen der Planungssicherheit fällt mit dem Abschluss eines Genehmigungsverfahrens<sup>54</sup> schließlich eine Entscheidung (Fürst 2010; Voßbürger und Weber 1998). Anhand zahlreicher Beispiele aus der Planungspraxis ist aber zu beobachten, dass sich wahrnehmbare Gegenstimmen zu einem Projekt oft erst erheben, wenn Bauaufträge erteilt und ausgeführt werden, mithin die sprichwörtlichen ‚Baggerrollen‘ (Hofmann 2013; vgl. auch Reuter 2000; Salet, Bertolini und Giezen 2012; Wiechmann und Terfrüchte 2013). Diesen moderierend zu begegnen und sie als Teil des Planungsprozesses zu verstehen, wird oft als eine wesentliche Aufgabe und Herausforderung für Planer gesehen.<sup>55</sup> Planung kann „nicht beim Plan enden, sondern muss bis in den Vollzug und die danach folgende Kontrolle der Ergebnisse verlängert werden.“ (Fürst 2008: 24)

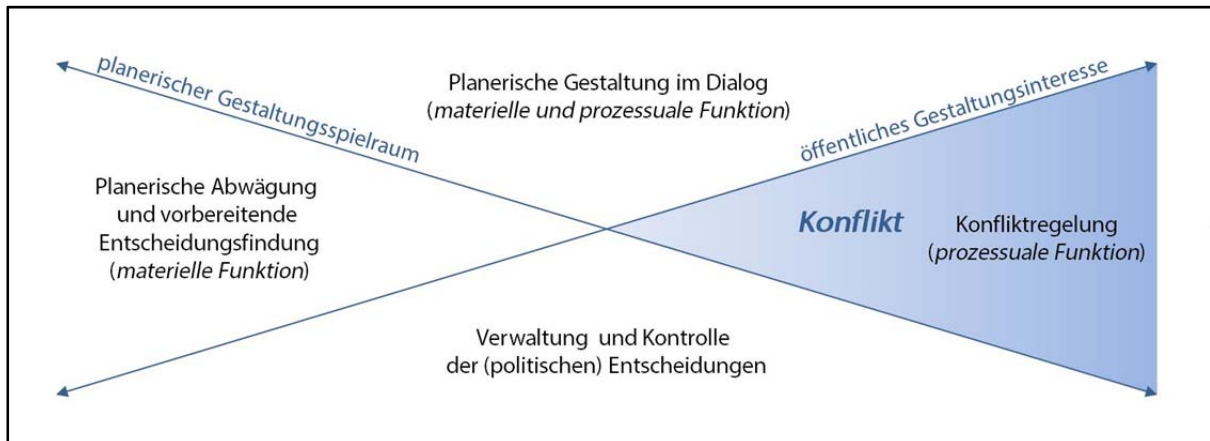
Nach Fürst (2010, zusammen mit Ritter 2005) unterteilen sich die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben von Planern in die Bereiche der materiellen sowie der prozessualen Funktionen. Erstere gliedern sich wiederum noch einmal in die räumlich-materielle Ordnungs- sowie die Entwicklungsfunktion. Beiden ist gemein, dass sie fachübergreifend und gesamtgesellschaftlich wahrgenommen werden (sollten), also weniger auf individuelle Bedürfnisse ausgerichtet sind. Diesem Umstand entspringt ein Konfliktpotential um spezifische Raumnutzungen, insbesondere vor dem Hintergrund gestiegener Anforderungen an Umweltschutz und Ressourcensicherung einerseits und zunehmend individualisierten Raumnutzungsansprüchen andererseits. Die prozessualen Funktionen hingegen beziehen sich auf das Bestreben, das Handeln der beteiligten Akteure zu beeinflussen bzw. zu steuern. Im Vordergrund steht hier unter anderem die Koordinations- und Konfliktregelungsfunktion, die laut Fürst (2010) häufig als eine zentrale Leistung der Raumplanung gesehen wird. Zusammengefasst obliegt es der Raumplanung, raumrelevante Informationen zielgerichtet zu verarbeiten und zur Konsensfindung im kollektiven Handeln beizutragen (Fürst 2008). De Roo (2010) sieht die Funktionen von Planung zwischen diesen beiden Polen aus dezidiert konstruktivistischer Perspektive zwar als nicht eindeutig bestimmbar.

<sup>54</sup> Grundsätzlich stellt das Ergebnis eines Planfeststellungsverfahrens oder eine Plangenehmigung nach der jeweils aktuellen Fassung des GenBeschlG bzw. VwVfG Rechtssicherheit bei der Planung von raumbedeutsamen Vorhaben her. Ihnen kann nach §15 ROG u. U. ein das Vorhaben prüfendes Raumordnungsverfahren (ROV) vorgeschaltet werden. Maßgeblich hierfür ist die Raumordnungsverordnung.

<sup>55</sup> Vgl. Kap. 1.

Gleichwohl oszillierten die jeweils von der Komplexität der konkreten Aufgaben und deren Kontexten abhängigen Anforderungen ebenfalls zwischen objektorientiert (materiell-technisch) und intersubjektiv orientiert (prozessual-kommunikativ).

**Abbildung 9: Gestaltungsspielraum, Gestaltungsinteresse und Funktionen der Planung**



Quelle: eigener Entwurf

Bezüglich des planungsbezogenen Raumnutzungskonfliktes bleibt daran zu erinnern, dass die Handlungen von Planern einerseits Raumnutzungskonflikte auslösen können. Andererseits wird es oft als deren Aufgabe gesehen, diese moderierend zu bearbeiten.<sup>56</sup> Wird die eingangs geschilderte Divergenz zwischen planerischem Gestaltungsspielraum und öffentlichem Gestaltungsinteresse unabhängig von der zeitlichen Dimension mit den anschließend genannten Funktionen der Raumplanung verschnitten, ergibt sich eine entsprechende Typologie der Planungsfunktionen (vgl. Abbildung 9). Die daraus entstehenden Typen lassen sich zunächst weitgehend unabhängig voneinander charakterisieren:

- Die **planerische Abwägung** sowie die **vorbereitende Entscheidungsfindung** sind den materiellen Ordnungs- und Entwicklungsfunktionen zuzuordnen. Obgleich die theoretische und rechtliche Zuständigkeit von Planern zur verwaltungsmäßigen Entscheidungsvorbereitung in Wissenschaft und Praxis nach wie vor diskutiert wird, bilden ein vergleichsweise hohes Maß an planerischem Gestaltungsspielraum sowie ein oft (noch) nicht gleichermaßen ausgeprägtes öffentliches Gestaltungsinteresse den Rahmen für diese Aufgaben.
- Im Fall eines hohen öffentlichen Gestaltungsinteresses sowie eines ebenso hohen planerischen Gestaltungsspielraums übernehmen Planer neben den materiellen Funktionen ebenfalls prozessuale Funktionen. Zusätzlich zur inhaltlichen Ausgestaltung und Abwägung bezüglich Ordnung und Entwicklung des Raumes gilt es, die **planerische Gestaltung im Dialog** zu organisieren. Damit rücken Funktionen wie Orientierung, Moderation, Organisation und Koordination im Planungsprozess gleichbedeutend mit den materiellen Ordnungs- und Entwicklungsfunktionen in den Aufgabenbereich planerischen Handelns.
- Der inhaltliche Gestaltungsspielraum sinkt im Laufe des Planungsprozesses meist bis zur formalen Entscheidung durch die jeweils zuständigen politischen Gremien. Bleibt auch das öffentliche

<sup>56</sup> Vgl. Kap. 3.3.

Gestaltungs- bzw. vielmehr das Modifizierungsinteresse nach der Entscheidung auf einem niedrigen Niveau „folgt der administrative Vollzug der Planung“ (Fürst 2008: 26), mithin die **Verwaltung und Kontrolle der (politischen) Entscheidungen**.

- Im vierten Fall liegt das öffentliche Gestaltungs- und Modifizierungsinteresse bezüglich eines Vorhabens deutlich über dem geringeren planerischen Gestaltungsspielraum. Letzteres kann wiederum sehr schnell durch beispielsweise eine Entscheidung bezüglich eines Vorhabens oder eines Raumordnungsplanes eintreten und ist dann nur mit erheblichem Mehraufwand (etwa Einlegen von Rechtsmitteln) veränderbar. Kommt es zu Konflikten im Planungsprozess, dann vermutlich im Kontext dieser Rahmenbedingungen. Die vornehmliche Aufgabe von Planern ist dann folglich die **Konfliktmoderation** als eine ihrer prozessualen Kernfunktionen.

Werden die einzelnen Bereiche hingegen als mögliche Phasen eines Planungsprozesses betrachtet, kann allgemein gelten:

- Ein (potentieller) Konflikt wird vorwiegend in der Phase der **planerischen Abwägung und Entscheidungsfindung** oder der **planerischen Gestaltung im Dialog** angebahnt, da hier der Konfliktgegenstand um die jeweils verhandelte Raumnutzung planerisch konstruiert wird. Zentral für den weiteren Planungsprozess ist entweder die individuelle *Positionsformulierung* respektive identitätsstiftende Subjektivierung<sup>57</sup> zumindest einzelner Akteure hinsichtlich des geplanten Vorhabens oder die (vorerst) gemeinsame *Positionsbestimmung* im Dialog. Andererseits bietet insbesondere die Phase der dialogorientierten Gestaltung die Möglichkeit (erneuter) Verhandlungen nach Ausbruch eines Konfliktes, sofern die Randbedingung der erhöhten Gestaltungsspielräume (erneut) geschaffen werden kann.
- Wurde ein Vorhaben im Planungsprozess erarbeitet und genehmigt, ist eine rechtliche Verbindlichkeit geschaffen. Die weiteren Veränderungs- und Gestaltungsspielräume sind entsprechend gering. Funktionell folgt für die institutionelle Planung an dieser Stelle die **Verwaltung und Kontrolle der (politischen) Entscheidungen**. Der Planungsgegenstand kann aber ein metaphorisch gesprochener ‚schlafender Riese‘ sein, der nach wie vor das Potential birgt, einen Konflikt auszulösen.
- Der planerische Gestaltungsspielraum kann beispielsweise durch eine bereits erfolgte Genehmigung oder nur sehr bedingt verhandelbare Investitionsbedingungen seitens des Vorhabenträgers sinken. Gleichzeitig ist jedoch das öffentliche Gestaltungs- und Mitwirkungsinteresse daran so stark (angestiegen), dass eine weitere grundlegende Verständigung über das Vorhaben unausweichlich scheint. Durch die engen gestalterischen und rechtlichen Grenzen kann es vor dem Hintergrund des erhöhten Gestaltungsinteresses zum **Konflikt** kommen, dessen **Bearbeitung** dann für die Planung maßgeblich wird.

Linear betrachtet ist der Planungsverlauf im deutschen Institutionensystem nach Fürst (2008) vereinfacht in die Phasen Entscheidungsvorbereitung durch Planung, Entscheidung in den zuständigen politischen Gremien und schließlich Umsetzung durch die öffentliche Verwaltung unterteilt (vgl. auch Langhagen-Rohrbach 2005). Die vorab dargestellte Typologie kann – wird sie dieser Phasenheu-

---

<sup>57</sup> Vgl. Kap. 2.2 und 2.5.

ristik folgend betrachtet – je nach aktuellem Standpunkt (Phase) im Planungsprozess theoretisch in alle Richtungen durchlaufen werden. Der aktuelle Standpunkt ist dabei analytisch zu bestimmen, der Verlauf bis dahin kann ex-post nachvollzogen werden. Sollte es zum Konflikt kommen, gilt die Abfolge der durchlaufenen Phasen, mithin der spezifische Planungsverlauf, als Konfliktverlauf. Dieser ist eine Teilmenge aller möglichen Planungsverläufe und kann kaum unabhängig von seiner Entstehung und seinem Ausgang betrachtet werden (Neale und Northcraft 1991; Thomas 1992).

Die einzelnen Phasen im Planungsprozess mit Blick auf einen (möglichen) Konfliktverlauf sind damit vorerst skizziert. Die oben dargestellte Typologie zeigt die Aufgaben und Funktionen der Raumplanung in Abhängigkeit vom jeweiligen Gestaltungsspielraum und dem Maß des öffentlichen Gestaltungsinteresses allerdings zunächst lediglich statisch. Sie kann mithin noch nicht als ein Prozessmodell angesprochen werden. Dazu sind zum einen inhaltlich die diskursive sowie zum zweiten methodologisch die Prozessperspektive auf den Konfliktverlauf zu ergänzen. Bevor das daraus entwickelte Prozessmodell vorgestellt wird gilt es zunächst, bereits entwickelte Modelle aus den Bereichen der Diskursforschung, der Konfliktforschung und dem Organisationsmanagement sowie der Planungstheorie nach zielführenden Elementen für die eigene Modellierung zu befragen.

## 4.2 Modelle der Diskursforschung, des Konflikt- und Organisationsmanagements sowie der Planungstheorie

Ein zentraler Bestandteil der Untersuchung ist es, ein analytisches Prozessmodell des Verlaufs planungsbezogener Raumnutzungskonflikte vor dem Hintergrund der die soziale Ordnung konstituierenden Diskurse zu entwerfen. Somit ist die Sequenzialität der zentrale Untersuchungsgegenstand, da ein Prozessmodell grundsätzlich eine Abfolge von sich im Prozessverlauf entwickelnden Elementen darstellt. Die Entwicklung dieser Elemente vollzieht sich wiederum in Ereignissen, wobei „events are what key actors do or what happens to them.“ (van de Ven 2007: 155)

Laut van de Ven (2007) sind Prozessmodelle insofern generell, als dass sie lediglich Elemente und Ereignisse im raumzeitlichen Kontext ordnen. Die konkreten Entwicklungspfade innerhalb des Modells können in dessen empirisch-analytischer Anwendung variieren. Das entscheidende Modellierungskriterium ist also die zeitliche Anordnung der Prozesselemente, da unterschiedliche Ereignisse und deren Resultate auf vorherige Entwicklungen reagieren oder diese übersteuern können. Wird die Prozesskausalität in den Blick genommen, so ergibt sie sich aus der Ergebnisperspektive: Das am analytisch zu bestimmenden Prozessende stehende Element ergibt sich aus einem Ereignis respektive der Verkettung solcher Ereignisse im vorherigen Prozessverlauf. Das Ende resultiert zwar nicht in einer hinreichenden Ursache-Wirkungs-Kausalität, die Prozesskausalität jedoch äußert sich in mehreren spezifischen Verlaufsvarianten des im Modell abgebildeten Prozesses (Kaven 2015). Im Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte als abhängiger Variable (vgl. Abbott 1990) ist die unabhängige Variable der Prozessgestaltung im Diskurs zu suchen.

In der analytischen Anwendung des Modells ist der Blick entsprechend der genannten Ergebnisperspektive ex-post auf die Genese der Prozesselemente zu richten. Auch wenn bestimmte Ereignisse im gegenwärtigen Stadium nicht (mehr) direkt wirken, haben sie die zum Untersuchungszeitpunkt

aktuelle Erscheinung der Elemente samt ihrer Bedeutungen organisiert. Dabei gilt es zu beachten, dass sowohl Elemente, deren Attribute als auch Ereignisse ihre Bedeutungen und Auswirkungen im Prozessverlauf zum Teil fundamental ändern können. Sie sind dann nicht mehr dieselben wie zuvor nur aus anderer Perspektive betrachtet, sondern bezogen auf den angesprochenen Prozess sind sie als unterschiedliche Elemente und Ereignisse zu lesen.

Damit sind die Grundlagen für die Prozessmodellierung zusammengefasst, die Modellentwicklung sowie die anschließende Anwendung in der Analyse sind daran zu orientieren und zu messen. Im Folgenden werden einige zentrale Modelle aus den Bereichen der Diskurs- und Konfliktforschung sowie der Planungstheorie nach Hinweisen zu möglichen Elementen und Ereignissen eines eigenen Prozessmodells zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte befragt. In Betracht kommen dabei insbesondere solche Modelle, die grundlegende Konzepte zu den angesprochenen Forschungsschwerpunkten bereithalten sowie Anknüpfungspunkte für eine stärker synoptische Verarbeitung entlang des eigenen Erkenntnisinteresses bieten.

## Diskursmodelle

### *Diskurs als Aussagenkorpus und Würfelmodell*

In der linguistischen Diskursanalyse werden prinzipiell Wege gesucht, Diskurse empirisch zugänglich zu machen und anschließend auf ihre jeweils spezifische Konstitution hin zu analysieren. Viele Ansätze erkennen Texte als Sammlung von in Aussagen geronnenen Diskursen, wobei einzelne Texte in ihrer Gesamtheit in der Regel Fragmente mehrerer unterschiedlicher Diskurse enthalten, die mehr oder weniger scharf voneinander getrennt werden können (Niehr 2014). Für die Analyse bieten sich sprachwissenschaftliche Zugänge mit dem Ziel an, diejenigen verhandelten Themenfelder zu untersuchen, in denen gesellschaftlich wahrgenommene Wirklichkeiten konstruiert werden. Wenn mehrere Themenfelder mit ihren zugehörigen Diskursen im Text identifizierbar sind, steht laut Jung und Wengeler (1998) eine Sammlung spezifischer Aussagen als sprachlich geronnener Diskurs analytisch im Vordergrund des Interesses und nicht der gesamte (Einzel-)Text. Diesen Überlegungen folgend hat Jung (1996) ein Würfelmodell des Diskurses entwickelt, welches darauf abzielt, die korpuslinguistische Diskursanalyse hinsichtlich der methodischen Kriterien von Validität, Reliabilität und Generalisierbarkeit einzuordnen und zu verifizieren. Das Modell verdeutlicht, dass Diskurse in potentiell unendlich viele Teildiskurse gegliedert sind, die sich wiederum auf mehreren Diskursebenen anordnen. Mit Blick auf das methodische Design der Diskursanalyse sind die Teildiskurse außerdem in Abhängigkeit der untersuchten Textsorten unterschiedlich zu fassen. Aufgespannt an den Schnittpunkten des so entstehenden intervallskalierten, dreidimensionalen Koordinatensystems lassen sich ‚Diskurswürfel‘ extrahieren, die im entsprechend zusammengestellten und zu analysierenden Korpus repräsentiert werden.

Über die methodische Einordnung der Korpuszusammenstellung hinaus ergeben sich aus dem Würfelmodell zur analytischen Bestimmung von Diskursen einige weitere wesentliche Grundlagen für die Modellierung sozialer Prozesse. Zunächst seien hierfür die unterschiedlichen Textsorten als variierende Sprecherpositionen gelesen. Diese Interpretation des Modells weicht augenscheinlich von der

ursprünglichen Darstellung Jungs (1996) ab, wonach das Modell keine Angaben zur Sprachgemeinschaft mache. Jedoch hat er hierbei die sprachliche Metaebene im Blick, also das diskursiv angelegte Wissenssystem als Referenz bzw. Kontext tatsächlich realisierter Kommunikation. Sprecherpositionen konstituieren sich hingegen erst in der kommunikativen Sedimentation der Diskurse im Text.<sup>58</sup> Insofern wird die Kategorie der Textsorte in Anlehnung an Jungs (1996: 457) ursprünglich synonym gesetzte „Redekonstellation“ als Menge von Sprecherpositionen betrachtet. Darüber hinaus können die Teildiskurse als inhaltlich-thematische Bedeutungsverschiebungen innerhalb des Gesamtdiskurses und die Diskursebenen als Verengung bzw. Aufweitung des diskursiven Blickwinkels betrachtet werden. Darunter ist im Einzelnen zu verstehen: Die unterschiedlichen Diskursteilnehmer zeichnen sich in ihren Äußerungen nicht nur durch spezifische Formen der entsprechend produzierten Texte (Protokolle, Pläne, Pressemitteilungen, Informationsbroschüren, Gutachten etc.) aus, vielmehr lassen sie innerhalb der diskursiven Wissensordnungen eine bestimmte Position erkennen und laden ihre einzelnen sprachlichen Ausdrücke mit mitunter gegeneinander verschobenen Bedeutungen auf. Sie produzieren spezifische Aussagenkorpora in Abhängigkeit von der jeweiligen Sprecherposition. Dabei können die Diskursteilnehmer potentiell jeden im diskursiven Sagbarkeitsraum verfügbaren Teildiskurs besetzen und so beispielsweise je nach Diskursebene Koalitionen bilden oder kontrahierende Standpunkte einnehmen. Jeder dieser Teildiskurse kann wiederum auf einer höheren Ebene in einen umfassenderen Teildiskurs integriert werden respektive auf einer darunter liegenden Ebene in weitere Teildiskurse zerfallen.

Das Würfelmodell des Diskurses stellt in dieser Lesart dem theoretisch abgeleiteten Ansatz der Konfliktentstehung im Diskurs<sup>59</sup> ein analytisches Komplement zur Seite, welches eine operationalisierte Fassung diskursiver Bedeutungskonstitutionen auf unterschiedlichen Ebenen und aus unterschiedlichen Sprecherpositionen anbietet. Nicht zuletzt sei der methodologische Hinweis aufgegriffen, wonach einzelne Wörter als Diskursfragmente gelten, deren spezifische Bedeutungen im Kontext der Verwendung entstehen, sie „existieren nicht an sich, sondern werden jeweils als Elemente von größeren Äußerungseinheiten realisiert, die im gleichen Zusammenhang mit gleichem Sinn immer wieder auftauchen, aber keineswegs mit Satzgrenzen zusammenfallen müssen.“ (Jung und Wengeler 1998: 146). Als Einschränkung ist anzumerken, dass das Modell weder für einen planungs- noch konflikttheoretisch relevanten Anwendungsfall entwickelt worden ist noch prozedurale Dynamiken dezidiert anspricht.

### *Diskurs als Fluss von Wissen durch die Zeit*

*„Wir steigen in denselben Fluss und doch nicht in denselben, wir sind es und wir sind es nicht.“*

*– Heraklit<sup>60</sup>*

Eine Spielart der interdisziplinären Diskursforschung ist seit den 1980er Jahren die kritische Diskursanalyse, die als linguistisch fundiertes Forschungsprogramm im deutschsprachigen Raum insbesondere von Jäger (1993), Wodak (2004) und Reisigl (2011) entworfen und vertreten wird. Sie sehen

<sup>58</sup> Vgl. Kap. 2.2.

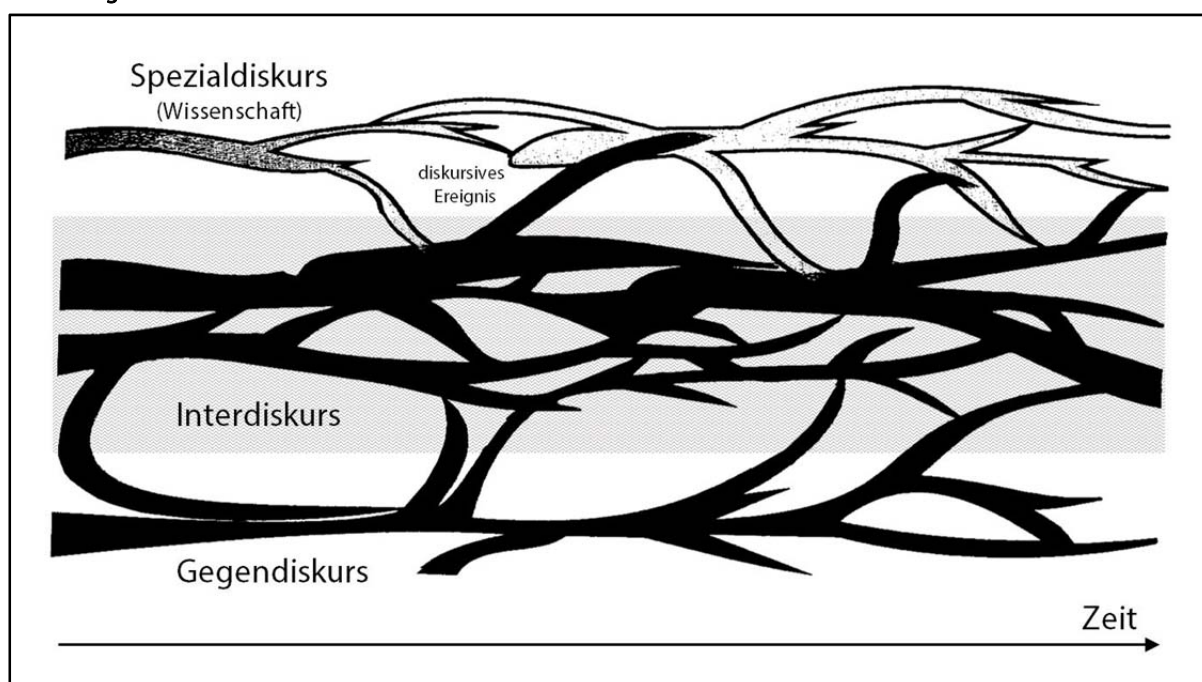
<sup>59</sup> Vgl. Kap. 2.6.

<sup>60</sup> Als vorsokratisches Fragment dem Herakleitos von Ephesos zugeschriebene Aussage, wonach im „Fluß aller Dinge, dem auch der Mensch [...] unterworfen ist, [...] in all seinen Phasen [...] das Allprinzip wirksam [ist].“ (Capelle 2008: 99)

im Anschluss an die angloamerikanische Diskussion (vgl. Fairclough und Fairclough 2012; Fairclough, Mulderrig und Wodak 2011) ebenfalls Texte als Kristallisationspunkte einzelner (Teil-)Diskurse, „die sich auf verschiedenen Diskursebenen bewegen und sich zum Gesamtdiskurs einer Gesellschaft zusammenschließen.“ (Jäger 1993: 142) Texte werden außerdem als Sedimente kommunikativer Handlungen angesehen, die in spezifische historische Wissenssysteme eingebettet sind. Sie folgen internen Regeln, die eine Unterscheidung in unterschiedliche Texttypen ermöglichen. Soweit lassen sich Ähnlichkeiten mit dem bereits beschriebenen Würfelmodell des Diskurses erkennen. Der entscheidende Unterschied liegt darin, dass Diskurse in der kritischen Diskursanalyse Jägers (zusammen mit Jäger 2007; 1993) als in thematisch einheitlichen Strängen organisierte Diskursfragmente<sup>61</sup> gefasst werden, die einen zeitlichen Verlauf nehmen.

Die Zeitlichkeit stellt in dieser Perspektive den – ebenfalls fließenden – Kontext dar, in den Diskurse eingebettet sind. Historische Bedingungen des Sprechens und des überindividuellen Verstehens regeln jegliche Kommunikationstätigkeit. In deren Ergebnis stehen auch Lerneffekte. Diskurse entwickeln sich mithin in ihren jeweiligen Wissenssystemen in Wechselwirkung mit der Sprache weiter. In die Zukunft gerichtet bedeutet dies, dass aktuelle Diskurse die Ausgangspunkte späterer Kommunikation sind, aber dabei – und das ist aus der Perspektive der kritischen Diskursanalyse wesentlich – nicht statisch. Jäger (1993: 153) fasst also den Diskurs als „Fluß von Text und Rede bzw. von Wissen durch die Zeit.“ (vgl. Abbildung 10)

**Abbildung 10: Diskurs als Fluss von Wissen durch die Zeit**



Quelle: verändert nach Jäger (1993)

Diskursstränge entstehen laut dem Modell aus der zeitlichen Verkettung der thematischen Diskursfragmente. Die inhaltliche Ausgestaltung und Entwicklung der Stränge folgt den Regeln des Diskurses, bei denen es sich ganz allgemein um situationsabhängige Gesprächsnormen handelt. Mit den Regeln geht aber auch ein expliziter und impliziter Ausschluss alternativer Aussagen einher. Die Be-

<sup>61</sup> Diskursfragmente sind thematische Spuren eines Diskurses innerhalb einzelner Texte oder Textteile (Jäger und Jäger 2007).

grenzung des Sagbaren ist jeglicher Kommunikation immanent, muss also keine zielgerichtete-manipulative Intention der Sprecher sein. Vielmehr organisieren die diskursiven Regeln die Kommunikation im Umfeld der spezifischen Diskursebenen. Im Modell wird hier beispielhaft der wissenschaftliche Spezialdiskurs genannt. Auf Link (1982) zurückführend entstehen für (Jäger 1993) aus der synchronen Verkettung der thematischen Diskursfragmente Interdiskurse als Bedeutungsräume bzw. „reintegrierende Wissensbereiche.“ (Link 2006: 412) Der Interdiskurs ist gekennzeichnet durch eine dem Gesamtdiskurs zu einem bestimmten Zeitpunkt im Fluss der Diskurse zugrundeliegenden Kollektivsymbolik, welche die Vernetzung der einzelnen Diskursstränge organisiert. Erkennbare Veränderungen im thematischen Verlauf der Diskurse werden durch diskursive Ereignisse hervorgerufen (Jäger 1993; Jäger und Zimmermann 2010). Dabei handelt es sich weniger um Ereignisse der physischen, sozialen oder auch mentalen Umwelt, sondern um deren diskursive Verarbeitung. Als Ereignis wahrgenommen wird in dieser Lesart nur, wovon gesprochen wird. Verschweigen von genannten Ereignissen der Umwelt verhindert demnach eine Übersetzung in ein diskursives Ereignis. Andersherum können gezielte und ungewollte Falschaussagen in Form diskursiver Ereignisse konstituierende Wirkung auf den Diskurs entfalten und damit performativ beispielsweise als ‚sich selbst erfüllende Pro-pheten‘ werden (vgl. Jäger 1993).

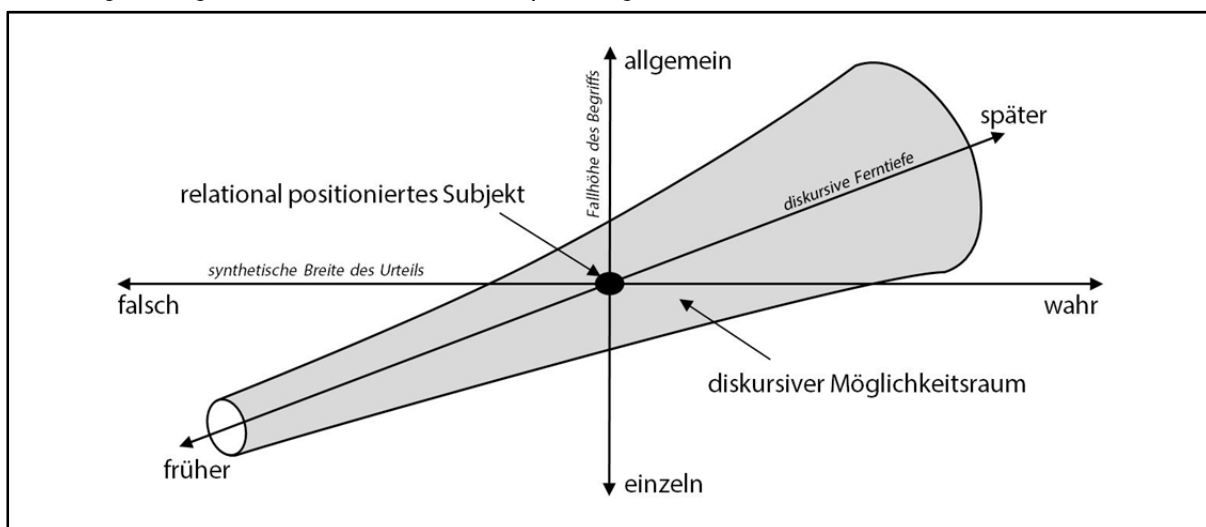
Aus dem Modell des Diskurses als Fluss von Wissen durch die Zeit entfaltet sich ein politisches Potential in Form des Handlungscharakters von Diskursen. Nicht zu verwechseln ist dieser Ansatz jedoch mit der Theorie des kommunikativen Handelns von Habermas (1995a, b). Denn mit Link (1983, 1986) gesprochen üben Diskurse Macht aus. Vielmehr gilt zu beachten, dass Kommunikation arbeitsteilig ist. Diskurse entstehen in der sozialen Auseinandersetzung und werden nur so gesellschaftlich. Politisch wird das Modell auf der Basis einer wie bei Link und Link-Heer (1990) angelegten, ideologiekritischen Diskursanalyse, der – auf Foucaults Diskurskonzept zurückgehend – Texte als Indikatoren wirkmächtiger Diskurse dienen. Daraus können einzelne Diskursstränge extrahiert und die Kollektivsymbolik zur Vernetzung der einzelnen Stränge im Interdiskurs zugänglich gemacht werden (vgl. Jäger 1993). Andererseits besteht die Möglichkeit, auf dieser Ideologiekritik basierend Gegendiskurse zu entwerfen. Wobei die einzelnen Diskursstränge in einen Wettstreit treten können, bis hin zu einem „Kampf der Diskurse“ (Jäger 1993: 153). Solche Auseinandersetzungen finden nicht entkoppelt von Personen statt, vielmehr sind diese es, die in der Vielstimmigkeit der Diskurse und durch deren Verstrickungen wesentlich geprägt ideologische Standpunkte beziehen (Jäger 1996). Hier zeigt sich sowohl der gedankliche Anschluss an das einleitende Zitat Heraklits als auch an die Überlegungen zur Konfliktentstehung auf der Basis konkurrierender Diskurse, wie sie im zweiten Kapitel angestellt wurden. Die Möglichkeiten und Grenzen dieser Um- bzw. Neuformulierung von Diskursen seien folgend anhand der logischen Diskursdimensionen umrissen. Als erkenntnisleitend gilt hierbei, den diskursiven Möglichkeitsraum abzustecken, den die kritische Diskursanalyse zugleich als Horizont im Sinne eines politischen Auftrages sieht. Diskurse seien demnach stets zur Diskussion zu stellen und gegebenenfalls mit Gegendiskursen herauszufordern.



### Logische Diskursdimensionen

In der Philosophie hat der Diskurs laut Messerschmidt und Saar (2014) eine lange, aber auch un-eindeutige Geschichte.<sup>62</sup> Diskurs als dezidiertes Begriff und Konzept werde ohnehin erst seit der Rezeption gegenwärtiger Kontroversen (beispielsweise zwischen Habermas und Foucault) stärker reflektiert. Lange beherrschte ein von externer Rationalität geprägter Diskursbegriff die philosophischen Debatten um die Erklärung des Seins. In ihm wurden vor allem logische Argumentationsketten als Ergebnis des Vernunftgebrauchs gesehen. Mit dem sog. linguistic turn wird der Diskurs in der jüngeren Vergangenheit als erkenntnisleitende Variable in vornehmlich sprachphilosophischen Betrachtungen hervorgehoben. Ungeachtet der auch hier vorherrschenden großen Bandbreite der theoretischen Annahmen und erkenntnisleitenden Prämissen ist ihnen gemein, dass sie „alle um ein Verständnis situierter Sprechens [kreisen], und sie alle begreifen den Zugang zur Welt und zu den Anderen als sprachlich strukturiert und sozial kontextualisiert.“ (Messerschmidt und Saar 2014: 49) Auf diesem epistemologischen Fundament leitet Koch (2006) in seinem Entwurf einer philosophischen Theorie eine dreidimensionale Diskursfassung aus den Momenten des Wahrheitsbegriffs ab. Da er den Diskurs in dieser mehrdimensionalen Analogie mit dem Raum verschränkt sieht, scheint eine Betrachtung seines philosophisch informierten Modells an dieser Stelle lohnenswert. Und zwar genauer, wenn anhand der Ausführungen ein diskursiver Möglichkeitsraum im Koordinatensystem der logischen Dimensionen gedacht wird (vgl. Abbildung 11).

Abbildung 11: Möglichkeitsraum im Koordinatensystem logischer Diskursdimensionen



Quelle: eigener Entwurf; Inhalt: verändert nach Koch (2006)

Zunächst sei die synthetische Breite des Urteils in den Blick genommen. Zentral ist hier die Einordnung von Wahrheit als Bündel logischer Sätze. Derer gäbe es viele, da „der Diskurs eine multidimensionale Struktur ist, in der demselben Satz je nach Betrachtungsweise verschiedene logische Formen zugeordnet werden können.“ (Koch 2006: 60) Je nach sprachlicher Prädikation der angesprochenen bzw. benannten Signifikate ergebe sich daraus ein Unterscheidungssystem von ‚richtig‘ (im Sinne von zutreffend) oder ‚unrichtig‘ (als nicht zutreffend). Es liegt nahe, dass im Ergebnis alltagssprachlicher Argumentationsketten daraus die semantische Bewertung in Form von ‚wahr‘ und ‚falsch‘ wird.

<sup>62</sup> Vgl. Kap. 2.1.

Hier gilt also zu beachten, dass theoretisch eine Vielzahl von Wahrheiten existiert, die in der alltäglichen Kommunikation auf einen engen Korridor des Sagbaren vor dem Hintergrund der regulierenden Wissenssysteme reduziert wird. Mit der Fallhöhe des Begriffes als logischer Vertikale des Diskurses spricht Koch (2006) eine zweite Dimension an, die mit den Diskursebenen der bereits erläuterten Modelle kongruent scheint. Denn unter das Allgemeine fällt im Wortsinn der Einzelfall. Diskurse (beispielsweise ‚Öffentlichkeitsbeteiligung‘ in der Planung) zerfallen mithin auf den unteren Ebenen in Teildiskurse (‚Anhörung‘, ‚Mediation‘, ‚Verhandlung‘ etc.), die im Wettstreit um ‚die Wahrheit‘ stehen können. Auf dieser Grundlage lassen sich inhaltlich gültige Schlüsse (in Form von ‚zutreffend‘ bzw. ‚nicht zutreffend‘) per entsprechender argumentativer Einordnung in die betreffenden Diskurshierarchien ziehen. Die diskursive Ferntiefe schließlich integriert einen Prozesscharakter in das Modell. Auf der Grundlage der Urteile und der Hierarchieebene des Diskurses werden Schlussfolgerungen gezogen, und „[i]m Schließen schreiten wir von einem Urteil zum nächsten fort.“ Koch (2006: 65) Innerhalb der genannten Dimensionen des Diskurses verorten sich Subjekte im (Ego-zentrischen) Nullpunkt eines stetig skalierten Koordinatensystems, welches als diskursiver Bezugsrahmen dient. Um diese Position herum spannt sich, so sei hier geschlussfolgert, der diskursive Möglichkeitsraum anhand der dargelegten logischen Bandbreiten auf. Dieser erscheint in der Betrachtung ex-post als verengt, sofern die logischen Schlüsse, die zur raumzeitlich verorteten Position führten, analytisch nachvollzogen werden können. Ex ante weitet sich der Möglichkeitsraum auf, sofern weitere Schlüsse entsprechend der Ferntiefe des Diskurses nicht eindeutig zwingend erscheinen. Gleichwohl wird vom relational positionierten Ausgangspunkt „gewissermaßen ein pfadabhängiges ‚Glaubwürdigkeitsspektrum‘ vorgegeben.“ (Mattisek 2009: 288)

Als methodologische Orientierung ist das Modell insofern geeignet, als dass es in seiner Anlage offen ist, diskursive Dimensionen benennt, die analytisch getrennt untersucht werden können sowie den Ausgangspunkt als auch den in die Zukunft projizierten Werdegang des Diskurses zwar dreidimensional begrenzt aber nicht notwendig antizipiert oder vorgibt. Weiterhin sind im von der individuellen Subjektposition abhängigen Unterscheidungssystem von ‚wahr‘ und ‚falsch‘ Verschiebungen möglich, die sich in der synthetischen Breite des Urteils zeigen. Dabei geht es zwar weniger um eine argumentative Substitution von Gegenstandspunkten, sondern mitunter um radikale Neufassungen von Bedeutungen und Sinn. Gleichwohl laufen solche Verschiebungen in der sozialen Aushandlung ab, da Diskurse im Wechselspiel zwischen Sprechen und Denken stehen. Die Fallhöhe des Diskurses zeigt, dass Teildiskurse unterschiedlicher Ebenen adressierbar sind, um in Auseinandersetzungen eine gemeinsame Basis auf einer alternativen Diskursebene zu finden. An dieser Stelle zeigt sich ein Anschluss an die bereits vorgestellten diskurslinguistischen Modelle. Nicht zuletzt könnte als strategischer Aspekt<sup>63</sup> planerischen Handelns gelten, innerhalb des diskursiven Möglichkeitsraumes Diskurse fortzuschreiben. Mit den Worten Kochs (2006: 77) in Bezug auf das strategische Moment heißt das, „[d]ie Tiefe des logischen Raumes schließlich wird bestimmt durch das diskursive Fortschreiten; [...] Das Fortschreiten aber steht unter Normen und ist auf Ziele ausgerichtet.“ Und ergänzend zu den diskursi-

---

<sup>63</sup> Strategisches Handeln ist hier im positiven Sinne zu sehen, als Schaffung und Ausschöpfung von Möglichkeitsräumen im Sinne einer diskursiven Planung wie sie in Kap. 3.4 formuliert wurde. Im Gegensatz dazu sucht der diskursethische Ansatz Habermas' (2009), strategisches Handeln aus der Kommunikation zu eliminieren, da er hier mit gezieltem Machtgebrauch und insbesondere -missbrauch zur Durchsetzung eigener Interessen assoziiert wird.

ven Möglichkeiten: „Um einen Satz über raumzeitliche Einzeldinge zu verstehen, reicht es, das Erfülltsein der Wahrheitsbedingung des Satzes imaginieren zu können.“ (Koch 2006: 78)

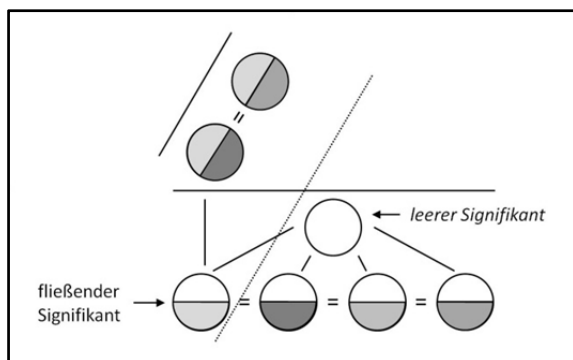
Abschließend bleibt festzustellen, dass die Subjektkonstitution als wesentlicher Aspekt einer post-strukturalistischen Diskurstheorie in den bisherigen Modellen lediglich erwähnt und mitgedacht wurde. Eine politikwissenschaftliche Modellierung zur Entstehung von Subjekten im Diskurs, nach der Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe (2001) ergänzt abschließend für den Bereich der diskurstheoretisch informierten Modelle die Identitätsbildung als Differenzierung im Diskurs.

### *Identität als Differenz im Diskurs*

Auf die Frage nach der Stellung von Akteuren zwischen Struktur und Handlung bieten Laclau und Mouffe (2001) eine Antwort, die das Vorhandensein essentieller Identitäten zurückweist. Individuelle Subjekte und strukturierende Institutionen existieren demnach nicht ontologisch. Sie entstehen erst im Diskurs durch den Bezug auf artikulierte Gemeinsamkeiten, die je nach Perspektive wechseln und sich innerhalb ein und derselben Person übereinanderlegen können: Eine Person kann gleichzeitig ‚Frau‘, ‚Deutsche‘, ‚Planerin‘ und ‚Mutter‘ sein, also je nach Referenzsystem anders angesprochen werden. Althusser (1968) verwendet hierfür den Begriff der Überdeterminierung, wonach der Körper einer Person Kristallisationspunkt ganz unterschiedlicher Identitäten sein kann. Identität per se, also als stabiles gesellschaftliches Register, ist damit nicht möglich. Sie ist ein „articulated set of elements“ (Laclau 1990: 32) und steht dabei in Referenz zur jeweiligen Betrachtungsperspektive. Die Artikulation geschieht nun zwar augenscheinlich durch die Personen selbst in Form des ‚Ich bin (eine Frau, eine Planerin etc.)‘, sie ist allerdings nur durch die diskursiv geregelte Ansprache in der Gesellschaft möglich. Das bedeutet, eine ‚Planerin‘ kann nur sein, wer im Diskurs als solche erkannt und mit definitivischen Merkmalen belegt wird. Identität entspringt somit den Regeln spezifischer gesellschaftlicher Wissenssysteme, scheitert im Versuch der letztgültigen Abschließung jedoch an der Überdeterminierung (Glasze und Matissek 2009b). Gleichwohl finden solche diskursiven Identitätsbildungsprozesse kontinuierlich statt, wobei die bezeichnenden Begrifflichkeiten (‚Planerin‘) als Äquivalenzkette determinierender Charakteristika formuliert werden und als Signifikanten gelten.

Ungeachtet eines Kaleidoskops möglicher Unterscheidungskriterien für einzelne Personen einer Gesellschaft eint sie in mindestens einem Fall das Merkmal dessen, was diskursiv mit dem Signifikanten (eben hier: ‚Planerin‘) angesprochen wird. Aufgrund dessen spricht Laclau (2005) auch von einem leeren Signifikanten, denn zum einen werden damit nach wie vor die einzelnen, sehr unterschiedlichen Personen angesprochen, zum anderen das übergreifende Definitionsmerkmal, was sie beispielsweise der Gruppe der ‚Planerinnen‘ zuordnet. Der Signifikant ist damit zwar nicht beliebig, aber ebenso wenig eindeutig: „An empty signifier is, strictly speaking, a signifier without a signified.“ (Laclau 1996: 36) Wenn aber der Signifikant nicht auf ein (vorgängig existentes) Signifikat verweist, entsteht das Problem der inhaltlichen Deutung, welche sich augenscheinlich aus etwas anderem als der ontologischen Sphäre speist. Mit dem Rückgriff auf de Saussure (2001) sieht Laclau (1996) die Lösung in einer Differenzfunktion. So sei Sprache und jegliche andere Form der Signifikation ein System von Differenzen, in dem sich Bedeutung durch die Abgrenzung von allem dieser Bedeutung außen Stehenden konstituiert. Ebenso positionieren sich in der Folge Personen in ihrer Benennung relational zueinander. Werden sie nun über eine Äquivalenzkette einer gemeinsamen Identität zugeordnet, füllen sie den

leeren Signifikanten vorübergehend und im Ergebnis kann der Akteursbegriff (noch einmal: ‚Plannerin‘) in Anschlag gebracht werden. Das Außen jeder Identität ist also konstitutiv für diese (Laclau 1990), allerdings wird die Identität durch dieses Äußere auch beständig herausgefordert (beispielsweise durch die nicht deckungsgleiche Identität als ‚Mutter‘). Wie bereits angedeutet sind Identitäten mithin kontingent, und bei Auflösung der äußeren Grenzen fallen sie in sich zusammen. Sie werden in Aushandlungsprozessen stets neu konstituiert, begleitet durch erneute Grenzziehungen nach außen (vgl. Abbildung 12). Über alternative Identifizierungsangebote in Gegendiskursen, wie sie etwa die kritische Diskursanalyse vorschlägt, können neue Äquivalenzketten gebildet werden, was die Signifikation der Personen, und damit ihre Identität verändert und im Modell mit den fließenden Signifikanten verdeutlicht wird.



**Abbildung 12: Identität als Differenzbeziehung**

Quelle: verändert nach Laclau (2005)

Für Laclau und Mouffe (2001) existieren auf der Basis des erläuterten Identitätsentwurfs zwar weder der Gesellschaft noch Akteure, allerdings werden in der vorliegenden Untersuchung temporär im Diskurs fixierte Subjekte als Letztere angesprochen.<sup>64</sup> Nur sind diese im Anschluss an das gezeigte Modell nicht essentiell und werden über den Diskurs im Wortsinn identifiziert. Die unterschiedlichen Angebote einer gemeinsamen Identifikation in den Äquivalenzketten sind darüber hinaus das Ergebnis politischer Aushandlungsprozesse. Sie bilden das diskursive Sediment des Sagbaren und sind damit hegemonial.

Hinsichtlich der eigenen Modellentwicklung scheinen im dargelegten Ansatz zunächst die dem Identifikationsprozess immanente Grenzziehung und die mitgesprochene Formierung eines wie auch immer gearteten ‚Anderen‘ beachtenswert. Dieser Antagonismus bildet das Substrat für Konflikte, Äquivalenzketten stellen in einer politischen Lesart faktisch darauf ab, „einen gemeinsamen Gegner zu überwinden.“ (Wrana et al. 2014: 177) Kommt es daraufhin tatsächlich zum Konflikt, ist die Kontingenz von Identitäten zu fokussieren. Mit der Etablierung alternativer Äquivalenzketten scheinen neue Diskurskoalitionen möglich, die aus einem klassisch-essentialistischen Blickwinkel mindestens ungewöhnlich anmuten. Beispiele dafür zeigten sich zuletzt in prominenten Planungskonflikten wie beispielsweise den Auseinandersetzungen um den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs unter der Bezeichnung ‚Stuttgart 21‘. Im Protest gegen das Vorhaben schienen ungewöhnliche Allianzen zwischen Umweltschützern, Denkmalpflegern, Angestellten, Schülern und Studenten etc. auf, die die politischen Entscheidungsträger in das Dilemma brachten, sie mit den bekannten Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung kaum adäquat adressieren zu können (Baumgarten und Rucht 2013). Dies war

<sup>64</sup> Vgl. Kap. 2.2.

nicht zuletzt einer der Gründe, die in den heftigen Auseinandersetzungen im Zuge der Bauausführung mündeten.

Da Bedeutungen und Identitäten stets herausgefordert werden und damit lediglich temporär fixiert sind, gilt es weiterhin zu beachten, dass mit der Bildung von alternativen Äquivalenzketten auch immer eine erneute Differenzierung nach außen mitformuliert wird, die wiederum neue Antagonismen erzeugt. Gleichwohl liegt in der Kontingenz der Identitäten das transformative Potential des Modells. Denn jede Identität könnte immer auch umformuliert werden und ehemals Äußeres einbeziehen. In der empirischen Operationalisierung zur Analyse von Auseinandersetzungen scheint folglich eine klassische Stakeholder-Analyse wenig hilfreich, die nach handelnden, dem Konflikt vorgängig existierenden Akteuren außerhalb des Diskurses sucht. Zielführend ist hier vielmehr eine induktiv-diskursorientierte Methodologie um Akteure samt der sie konstituierenden Diskursregeln offenzulegen.

Im Modell der Identität als Differenzbeziehung sind Antagonismen eine konstituierende Prämisse. Deren offene Austragung im Konflikt wird in den nächsten drei Modellen näher betrachtet. Auch hierbei sind Elemente und Ereignisse hinsichtlich der Identitäten bzw. Akteure, Verläufe und Randbedingungen erkenntnisleitend.

## **Modelle aus der Konfliktforschung und dem Organisationsmanagement**

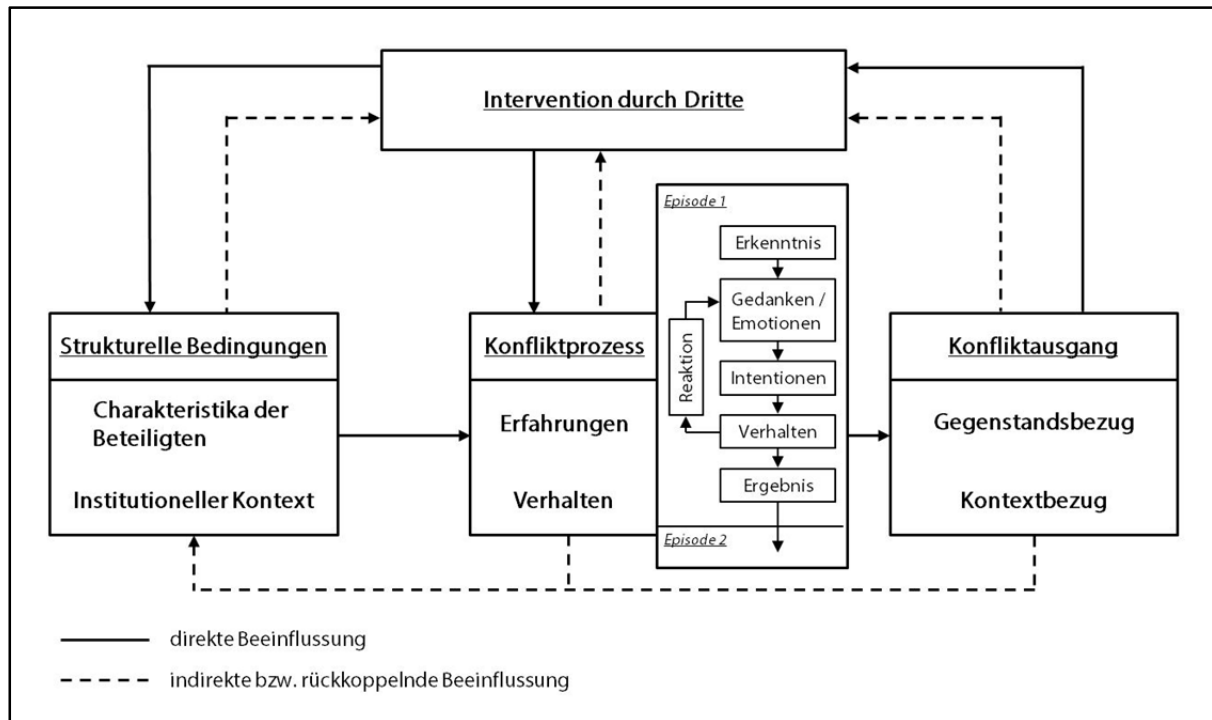
### *Ein allgemeines Konfliktmodell*

Ausgehend von soziologischen und sozialwissenschaftlichen Gesellschaftstheorien wurden in den vergangenen Jahrzehnten im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung eine große Menge von Konflikttheorien entworfen und zumindest partiell mit Modellierungsvorschlägen unternetzt (vgl. Bonacker 2005; Imbusch 2006). Darauf basierend unternimmt Thomas (1992: 651) den Versuch, ein allgemeines Konfliktmodell zu entwickeln, „an integrated overview of the complex fabric of variables involved in conflict and negotiation.“ Dazu arbeitet er vier von ihm anhand des Forschungsstandes als wesentlich erachtete Konfliktkomponenten heraus:

1. Im Zentrum des Modells stehen die Ereignissequenzen als Konfliktprozesse, welche in Episoden unterteilt sind. Jede einzelne Episode des Prozesses ist durch eine interne sequentielle Logik der Prozesselemente gekennzeichnet und die Ergebnisse beeinflussen spätere Elemente.
2. Konflikte finden nicht losgelöst von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen statt, sondern werden von strukturellen Variablen maßgeblich beeinflusst. Dabei handelt es sich im Modell um den institutionellen Kontext von Auseinandersetzungen, der gegenüber den dynamischeren Konfliktprozessen selbst als eher träge oder statisch gilt.
3. Am Ende jeder Konfliktepisode stehen Ergebnisse des Konfliktprozesses, die sich in erster Linie auf den ursprünglichen Konfliktgegenstand beziehen, aber auch die strukturellen Variablen nachhaltig beeindrucken können.
4. Und nicht zuletzt hat die Intervention durch Dritte sowohl die Funktion der Konfliktkontrolle als auch der -bearbeitung inne. Letztere kann sich entweder auf den Konfliktprozess beziehen oder

auf die strukturellen Variablen des Kontextes, um etwa vergleichbare Konfliktsituationen in Zukunft besser auffangen zu können.

Abbildung 13: Allgemeines Konfliktmodell



Quelle: verändert nach Thomas (1992)

Die wechselseitigen Verknüpfungen zwischen den vier Komponenten des Modells deuten an, dass eine ganzheitliche Konflikttheorie sämtliche genannten Komponenten in den Blick nehmen sollte und die Beziehungen dieser zueinander zu untersuchen und zu typisieren sind. Thomas (1992) wählt hierfür eine Unterscheidung in direkte und indirekte bzw. rückkoppelnde Beeinflussung (vgl. Abbildung 13). Ziel des von ihm entworfenen Modells ist es, die Gründe für das spezifische Verhalten von Akteuren in Konflikten darzustellen sowie die Fluchtpunkte möglicher Interventionen abzustecken. Konflikte gelte es demnach einerseits zu verstehen und andererseits zu bearbeiten:

*„A more explicit cognitive model of conflict behavior is also discussed as a foundation for conflict theory and research. In keeping with the relevance objective of this chapter, there is a more detailed consideration of the goals and interventions of conflict management.“ (Thomas 1992: 652)*

An dieser Stelle ist es mit Blick auf das eigene Erkenntnisinteresse angezeigt, das Element des Konfliktprozesses in Thomas' Modell näher zu betrachten. Ein Großteil der klassischen konflikttheoretischen Ansätze basiert auf der grundlegenden Prämisse ökonomischer Ideale rationaler bzw. nutzenmaximierender Akteure (Imbusch 2006). Diese Annahme birgt aber insbesondere für diskurstheoretisch informierte Konfliktuntersuchungen Unzulänglichkeiten. Denn sie lässt aus der jeweiligen Subjektposition heraus formulierte, mithin subjektive Gedanken und Emotionen außen vor, was für die Konfliktanalyse und die anschließende Konfliktbearbeitung zu kurz greift. Darüber hinaus stellen sie das Handeln von Konfliktbeteiligten häufig als soziopathisches Verhalten insofern dar, als dass diese bei der Zieloptimierung amoralisch agierten und lediglich die Konsequenzen für die eigene Person beachteten (vgl. u. a. Machiavelli 2009; Thomas 1992). In Thomas' Modell werden Emotionen und

damit in Wechselwirkung stehende Gedanken dagegen als Schlüsselemente in Konfliktprozessen gesehen. Sie formen die Intentionen der Konflikteilnehmer, welche wiederum ein bestimmtes Verhalten induzieren, auf das die anderen am Konflikt Beteiligten reagieren. Die Reaktionen führen dann per kognitiver Rückkopplung zu einer Anpassung der ursprünglichen Emotionen und Gedanken. Den so entstehenden Kreislauf sieht Thomas (1992) als den Ort der Verhandlung im Konflikt. Sobald diese Interaktionskette, aus welchen Gründen auch immer, durchbrochen wird, liegt ein Ergebnis der Verhandlung vor. Dieses machen sich die Akteure dann wieder bewusst, versehen es erneut mit Bedeutung und treten damit unter Umständen in eine neue Konfliktepisode ein. Die (Teil-)Ergebnisse des Konfliktprozesses wirken dabei ebenfalls auf die anderen Komponenten des Konfliktmodells ein. Damit ändern sich unter Umständen auch die Rahmenbedingungen für die zukünftig durchlaufenen Konfliktepisoden.

Abgeleitet aus der dargestellten allgemeinen Modellierung von Konflikten stellen Thomas und Kilmann (1974) zusätzlich ein Instrument zur Analyse des Umgangs mit Konflikten vor, das sog. Thomas-Kilmann Conflict Mode Instrument. Abhängig von der Bereitschaft, eigene Interessen durchzusetzen (assertiveness) sowie dem Willen, die Interessen der Gegenseite zu befriedigen (cooperativeness) entwickelten sie eine Matrix, anhand der sie fünf verschiedene Modi der Konfliktbearbeitung präsentieren: kooperierend, konkurrierend, vermittelnd, vermeidend sowie nachgebend (vgl. auch Ruble und Thomas 1976). Erhoben werden die Werte für die beiden Bereitschaftsskalen anhand eines Fragebogens, der auf der Basis einer quantifizierten Einordnung der Ergebnisse eine entsprechende Typisierung ermöglicht. Die Modi können darüber hinaus auch als unterschiedliche Varianten der Entscheidungsfindung am Ende eines Konfliktes gelesen werden.

Neben den unterschiedlichen Ergebnissen auf der Entscheidungsebene hält das allgemeine Konfliktmodell weitere Erkenntnisse dahingehend bereit, als dass der Konflikt ausdrücklich sequentiell gedacht wird. Er ist zusammengesetzt aus den Elementen der Erkenntnis, der wechselseitig reagierenden Verhaltens- und Handlungsweisen, der Intervention sowie einem Ausgang. Sie sind zwar im vorliegenden Fall weitgehend linear angeordnet, sehen aber zumindest einfache Rückkopplungen vor. In deren Abfolge – so impliziert das Modell – können sich Gedanken, Einstellungen und Intentionen der Konfliktbeteiligten verändern. Die Ergebnisse von Konfliktprozessen betreffen dabei nicht nur direkte inhaltliche Fragen, sondern wirken sich indirekt auch auf die Arrangements der institutionellen Kontexte aus. Solche Wirkungen auf die Kontexte stellen etwa ab auf Evolutionsdynamiken von Beziehungen (vgl. LeBaron 2002), Organisationsabläufe, strategische Ausrichtungen und dergleichen mehr.<sup>65</sup> Die episodischen Evolutionsdynamiken im Konfliktprozess können sich in gravierenden Fällen in eine Eskalationsdramaturgie übersetzen, die Glasl (2004) in den Mittelpunkt des folgenden Modells stellt.

#### *Phasenmodell der Konflikteskalation*

Da in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor dem Hintergrund des sog. Kalten Krieges vor allem Eskalationsdynamiken im Konflikt auf der Makroebene internationaler Beziehungen im Fokus vieler Untersuchungen standen, erkennt Glasl (2004) hier eine Lücke bei der Betrachtung von Konfliktsteigerungen zwischen und innerhalb von Organisationen der Meso- und Mikroebene. Zunächst

---

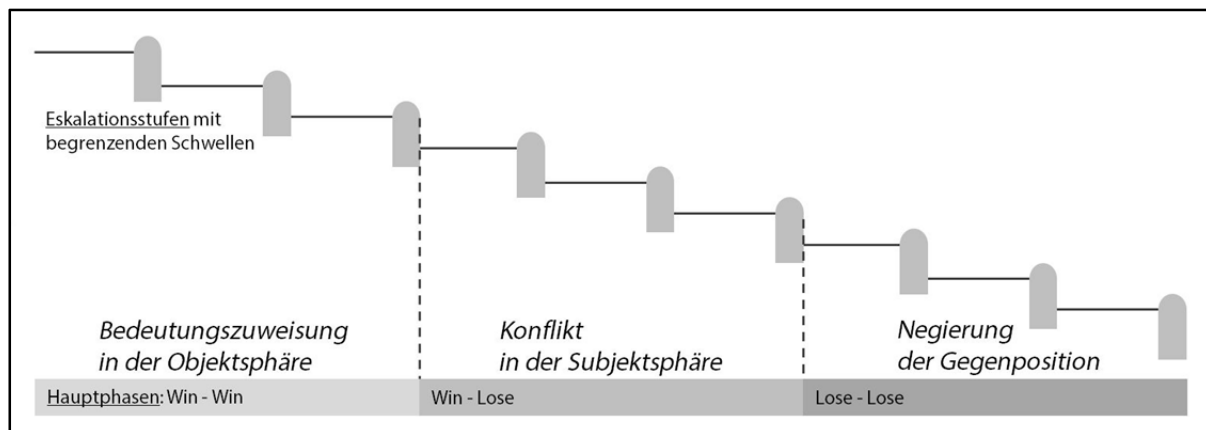
<sup>65</sup> Vgl. hierzu auch das Modell der evolutionären Rationalitäten von de Roo (2010) in diesem Kapitel.

benennt er fünf Basismechanismen, in deren Wechselspiel die Ursachen für einen voranschreitenden Eskalationsprozess zu sehen seien:

1. zunehmende Projektion der Konfliktursachen auf die Gegenpartei bei wachsender Selbstfrustration als Ergebnis unbeherrschter Aktionen
2. Ausweitung der strittigen Themen bei gleichzeitiger kognitiver Komplexitätsreduktion
3. wechselseitige Verflechtung von Ursachen und Wirkungen bei gleichzeitiger gedanklicher und kommunikativer Komplexitätsreduktion hinsichtlich der Kausalitätsbeziehungen
4. Ausweitung der sozialen Reichweite des Konfliktes bei gleichzeitiger Tendenz zur Personifizierung
5. Konfliktbeschleunigung durch in Abschreckung und Drohung angelegten Auffangversuchen

Die einzelnen Mechanismen können von den Konfliktparteien gezielt eingesetzt werden, „um Herr der Lage zu werden[, doch] sie manövrieren sich von Mal zu Mal nur noch tiefer in den Konflikt hinein.“ (Glasl 2004: 207) Von dieser Annahme ausgehend zeichnet Glasl (2004) neun Eskalationsstufen im Konflikt, die sich wiederum in drei Hauptphasen der zu erwartenden Resultate des Konfliktgeschehens für die Beteiligten unterteilen lassen: Win-Win, Win-Lose und Lose-Lose (vgl. Abbildung 14).

**Abbildung 14: Phasenmodell der Konflikteskalation**



Quelle: verändert nach Glasl (2004)

Die erste Phase ist gekennzeichnet durch einen Bezug auf die Differenzen in der Objektsphäre. Gestritten werde an dieser Stelle partiell noch kooperativ um die Deutungshoheit über den Konfliktgegenstand, weniger bezogen auf die gegnerischen Konfliktparteien. Damit gehen Muster der Bedeutungszuweisung einher, die dann insbesondere in der zweiten Hauptphase an spezifische Subjektpositionen rückgebunden werden. Sie werden „ausgeweitet zu stereotypen Bildern der Fähigkeiten und Charaktermerkmale der Gegenpartei.“ (Glasl 2004: 300) Im Vorfeld flexiblere Perspektiven hinsichtlich der Bedeutung des (u. U. lediglich potentiellen) Konfliktgegenstandes werden dann im Konflikt fixiert. So scheint mit der Eskalation eine negativ proportionale Entwicklung des Konfliktes auf. Die gesteigerte Eskalationsdynamik flankierend, zeigen sich die Positionen der Beteiligten zunehmend unflexibel. Dies liegt nicht zuletzt in einer im Wortsinn zu vermutenden Selbst-Verteidigungshaltung begründet, sofern sich der inhaltliche Horizont der Auseinandersetzung in Richtung der Gegenposition verlagert und nicht mehr dem ursprünglich benannten Gegenstand gilt. Unabhängig von eventuel-



len Interventionen kann ein Konflikt dann im weiteren Verlauf in der dritten Hauptphase eskalieren, indem die unterschiedlichen Konfliktparteien auch eigene Verluste in Kauf nehmen, solange sie nur dem Gegner mindestens ebenso viel damit schaden können. In dieser Phase werden die gegnerischen Subjektpositionen negiert, angeleitet von der Überzeugung, „dass nur ohne den Gegner ein sachlicher Fortschritt erzielt werden kann.“ (Glasl 2004: 301) Die im Modell dargestellten Schwellen zwischen den Stufen sind Wendepunkte in der Eskalation, wie sie von den Konfliktparteien intersubjektiv wahrgenommen werden als „some focal point for each person's expectation of what the other expects him to expect to be expected to do.“ (Schelling 1957: 21) Wird eine dieser als Grenzen des Vertretbaren im Konfliktgeschehen empfundenen Schwellen durch eine Konfliktpartei überschritten, sieht sich die Gegenpartei in der Zwangslage, diese ebenfalls hinter sich zu lassen um bei den Möglichkeiten und Grenzen der anwendbaren Mittel im Konflikt aufzuschließen. Daraus kann sich schließlich ein Kreislauf der Eskalation entlang der dargestellten Stufen entwickeln.

Auch die Optionen zur Konfliktbearbeitung orientiert Glasl (1982, 2004) an den drei Hauptphasen in der Reihenfolge: intrinsische Lösungsmotivation (von außen lediglich präventiv begleitet), extrinsischer Moderationsbedarf (kurativ) und machtvoller Eingriff von außen (deeskalierend). Vor der Konfliktbearbeitung ist allerdings zunächst die Diagnose angezeigt, für die das präsentierte Modell den analytischen Rahmen bereitstellt. Je nach erreichter Stufe im zu analysierenden Konflikt ist eine bestimmte Interventionsstrategie zu wählen, die in der jeweiligen Situation zur Konfliktbearbeitung geeignet scheint: „Unser Eskalationsmodell erlaubt die Entwicklung eines ‚Barometers‘ für den mikro- und meso-sozialen Bereich, denn uns geht es um das rechtzeitige und genaue Erkennen und Signalisieren von Konflikten, sodass weitere unheilvolle Auswirkungen durch konstruktive Maßnahmen unterbunden werden können.“ (Glasl 2004: 199)

Das Phasenmodell der Eskalation ist linear angelegt und weitgehend in sich geschlossen. An die einzelnen Phasen knüpft Glasl (1982, 2004) zwar spezifisch anwendungsorientierte Interventionsmöglichkeiten, die ein entsprechendes Verlassen der Eskalationsleiter ermöglichen, diese sind allerdings nicht im Modell expliziert. Somit weist es allenfalls implizit auf Rückkopplungen und Exit-Optionen aus der Eskalationsdynamik hin. Gleichwohl bietet das Modell einige Anknüpfungspunkte für eine diskurstheoretisch angeleitete Prozessmodellierung von Planungskonflikten. Die genannten Hauptphasen der Konflikteskalation entfalten Elementcharakter für die eigene Modellbildung insofern, als dass die Differenzen der Objektsphäre als alternative Bedeutungszuweisungen im Diskurs interpretiert werden können. Der eigentliche Konflikt zeigt sich nach dem in dieser Untersuchung angelegten Verständnis im gegenseitigen Subjektbezug. Wenn Subjektpositionen sich an den Bedeutungen orientiert fixieren, treten Akteure im Diskurs hervor. Hier spricht Glasl (2004: 300) von der „Subjektsphäre“. Nicht zuletzt geht ein Verlassen des Eskalationskreislaufs mit der Intervention von außen einher, welche sich zwischen einer präventiven Begleitung, einer kurativen Moderation und einem machtvollen Eingriff zur Deeskalation bewegen kann.

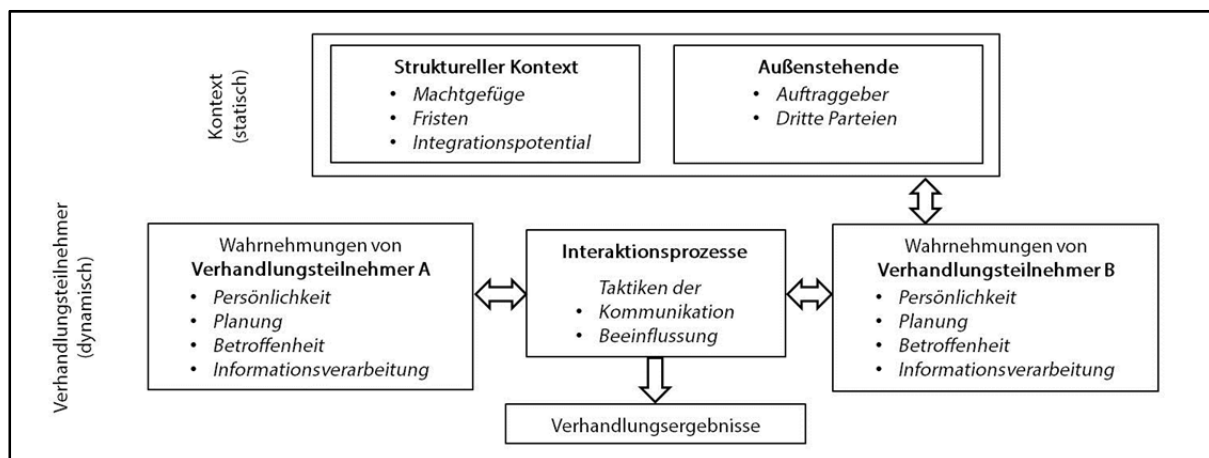
Es bleibt festzuhalten, dass das Phasenmodell der Eskalationsdynamik vor dem Hintergrund des eigenen Erkenntnisinteresses auf drei wesentlich zu beachtende Elemente einer Prozessmodellierung von Konflikten verweist: Bedeutungszuweisung, Konflikt und Intervention. Ferner deutet die Benennung der Hauptphasen auf einen wie auch immer gearteten Konfliktausgang hin, den die Parteien

entweder als Erfolg oder als Niederlage empfinden können. Die Verhandlung in Konfliktprozessen wurde bereits im allgemeinen Konfliktmodell von Thomas (1992) hervorgehoben. Da diese nicht konstituierender Teil des Phasenmodells der Eskalation ist, gilt es, sie vor dem Hintergrund einer stärker verhandlungstheoretisch orientierten Einbettung von Konflikten zu erkunden.

### *Modell des verhaltenstheoretischen Verhandlungsrahmens*

Die im Bereich der Organisationsforschung arbeitenden Wirtschaftswissenschaftler Neale und Northcraft (1991: 148) sehen Verhandlungen allgemein als eine Form der Entscheidungsfindung zwischen „multiple, interdependent parties with non-identical preferences making decisions that result in the allocation of resources.“ Neben dem Kontext interpersoneller Aushandlungsprozesse, wie sie partiell bereits in den vorab vorgestellten Modellen angesprochen wurden, formulieren sie in ihrer Verhandlungstheorie auch die Ebene des Verhaltens der Verhandlungsteilnehmer selbst und setzen beide ins Verhältnis zueinander, um so die Ergebnisse von Verhandlungen erklären zu können. Sie entwickeln nach eigener Aussage eine dyadische, mithin zwischen zwei Teilnehmern aufgespannte Verhandlungstheorie, die zum einen die Kontext-Effekte der Verhandlungen als eher statisch-gesellschaftliche Dimension in den Blick nimmt. Auf der anderen Seite präsentieren sie die Charakteristika der Verhandlungsführer und deren Interaktionsprozesse als dynamische soziale Dimension von Verhandlungen. Insofern sind Ähnlichkeiten zum allgemeinen Konfliktmodell von Thomas (1992) erkennbar, der die strukturellen Kontexte des Konfliktes ebenfalls als eher statisch betrachtet, die Konfliktprozesse selbst aber als dynamischen Kreislauf. Zwar beziehen sich die Autoren in ihrer verhaltensorientierten Verhandlungstheorie nicht nur auf Konflikte, sondern auf Aushandlungsprozesse im Organisationsmanagement allgemein. Doch stehen für sie neben den genannten Dimensionen Interaktionsprozesse von Verhandlungsteilnehmern im Zentrum, deren Wahrnehmungen, Interessen und Ziele auf gesellschaftlichen Einflüssen, Zwängen und Möglichkeiten beruhen. Darüber hinaus stehen am Ende Verhandlungsergebnisse. Ihr Anliegen ist es, die gegenseitigen Einflüsse der genannten Elemente deskriptiv darzustellen mit dem Ziel, soziale Aushandlungsprozesse verhaltenstheoretisch erklären zu können (vgl. Abbildung 15).

**Abbildung 15: Modell des verhaltenstheoretischen Verhandlungsrahmens**



Quelle: verändert nach Neale und Northcraft (1991)

Die Elemente des Modells ordnen sich also im Wesentlichen auf zwei Ebenen an, die schließlich das Verhandlungsergebnis bedingen. Zum einen handelt es sich dabei um den statischen Kontext, zum anderen um die dynamische Ebene der Verhandlungsteilnehmer in der Interaktion. Zum Kontext von Verhandlungen zählen für Neale und Northcraft (1991) zunächst die strukturellen Einflüsse. Sie sehen hier die Spieltheorie als gewinnbringenden Rahmen zur inhaltlichen Untersetzung dieses Modellelementes.<sup>66</sup> Die Spieltheorie bezieht sich auf Situationen, „in which two individuals whose interests are not coincident are in control of different sets of choices and endeavor to make their respective choices in such a manner as to emerge with an advantage.“ (Rapoport 1959: 51) An dieser Stelle zeigt sich die definitorische Nähe zu Neales und Northcrafts (1991) Verhandlungsdefinition. Allerdings geht die Spieltheorie in ihrer ursprünglichen Formulierung von grundsätzlich streng rational handelnden Personen aus, die in zahlreichen empirischen Untersuchungen so nicht erkennbar seien. Ungeachtet dessen ließen diese Untersuchungen drei wesentliche Variablen erkennen, die einen Einfluss auf Verhandlungen nehmen: Machtgefüge, zeitliche Fristen und integratives Potenzial bzw. Kommensurabilität der verschiedenen Verhandlungspositionen. Außerdem sieht das Modell im Anschluss an die ebenfalls den Wirtschaftswissenschaften entstammende Agency Theory den Verhandlungen außen stehende Personen als gleichwohl beeinflussendes Kontextelement. Demnach können im Hintergrund agierende Auftraggeber ebenso wie direkt in die Verhandlungen eingreifende Dritte wie beispielsweise Moderatoren „represent an important contextual influence on dyadic negotiator behavior.“ (Neale und Northcraft 1991: 157)

Auf der Ebene der Verhandlungsteilnehmer sind im Modell des verhaltenstheoretischen Verhandlungsrahmens ebenfalls zwei wesentliche Elemente zu unterscheiden: Die Wahrnehmungen der Teilnehmer selbst und deren Interaktionsprozesse. Das Verhalten der Verhandlungsteilnehmer in Interaktionsprozessen ist demnach gekennzeichnet durch die eigenen Zielvorstellungen und Pläne, die persönliche Informationsverarbeitung und die subjektiv empfundene Betroffenheit in spezifischen Verhandlungssituationen, welche sich sämtlich vor dem Hintergrund individuell unterschiedlicher Persönlichkeitsmerkmale entfalten. Im Interaktionsprozess entwickeln die Verhandlungsführer daraus einerseits unterschiedliche situations- und kontextabhängige Kommunikationstaktiken von formal-sachlicher Ansprache über Vorschläge und Angebote hin zu Drohungen und Polemik. Eng damit verbunden sind andererseits spezifische rhetorische Taktiken der Überzeugung, die sich von sachbezogener Argumentation über Anreize und Überredungsversuche bis zu Täuschungsmanövern und Manipulation erstrecken können. Verbale und nonverbale Kommunikation führt ungeachtet der in Anschlag gebrachten Taktiken schließlich zu einem Verhandlungsergebnis, welches ungeachtet der jeweiligen Qualität von Neale und Northcraft (1991) als Ausgangspunkt der Analyse gewählt wird. Die erkenntnisleitende Frage, die sie mit dem vorgestellten Modell zu beantworten suchen stellt darauf ab, wie dieses Ergebnis im Wechselspiel der erläuterten Elemente im Interaktionsprozess der Verhandlung realisiert wurde.

Die Verknüpfungen der einzelnen Elemente zeigen schließlich, wie sie sich gegenseitig beeinflussen und verweisen auf ein komplexes System von inter- sowie innerdimensionalen Abhängigkeiten. Allerdings heben Neale und Northcraft (1991: 176) ausdrücklich hervor, dass es sich bei dem Modell

---

<sup>66</sup> Vgl. auch das rationalistische Konfliktmodell in Kap. 2.3.

lediglich um einen analytischen Rahmen zur Erklärung von Verhandlungsergebnissen handelt und „not meant to represent a strictly causal model.“ Da die Beeinflussungen wechselseitig dargestellt sind entsteht die Frage, inwiefern der Kontext der eigentlichen Verhandlung tatsächlich als statisch zu fassen ist. Eine Antwort könnte sein, das Modell auf die Verhandlung fokussiert zu interpretieren. Wird diese als dynamischer Interaktionsprozess per Definition gesehen, bleiben die Rahmenbedingungen tatsächlich das ‚statische Außen‘. Allerdings ist diese Statik weder dogmatisch noch strukturkonservativ wie die Beeinflussungsrichtungen im Modell andeuten. Auch die Rahmenbedingungen sind Gegenstand von Veränderungen auf der Ebene ihrer Charakteristika, allerdings eben gerade nicht als stets dynamischer Interaktionsprozess, sondern vielmehr als Nebenprodukt der Verhandlungen und ihrer Ergebnisse.

In der gegenseitigen Beeinflussung der persönlichen Wahrnehmung und der Interaktionsprozesse wird deutlich, dass die Verhandlungsteilnehmer abhängig davon handeln, wie sie die jeweiligen Prozesse interpretieren. Zum einen können dabei die Interpretationen selbst je nach Persönlichkeit variieren, zum anderen sind auch sie oft Ergebnisse von Verhandlungsprozessen. Weiterhin sehen die Autoren einen Einfluss der Planung auf den Verhandlungsprozess. Zwar wird sie im Modell lediglich innerpersonell eingeordnet, aber strategische Elemente der Planung werden im Anschluss an eine Studienreihe von Jordan und Roloff (1997) mit argumentieren, Vertrauen bilden, zwingen, nachgeben und Gefälligkeiten tauschen („Kuhhandel“) benannt. Damit einhergehend gilt es außerdem, den Einfluss Dritter auf die Verhandlungen und damit zumindest mittelbar auch auf die Ergebnisse (vgl. Thomas 1992) konstruktiv in die eigene Modellbildung einzubeziehen.

## **Verhandlungsorientierte Prozessmodelle in der Planungstheorie**

### *Das Diversity, Interdependence, Authentic Dialogue (DIAD) Modell*

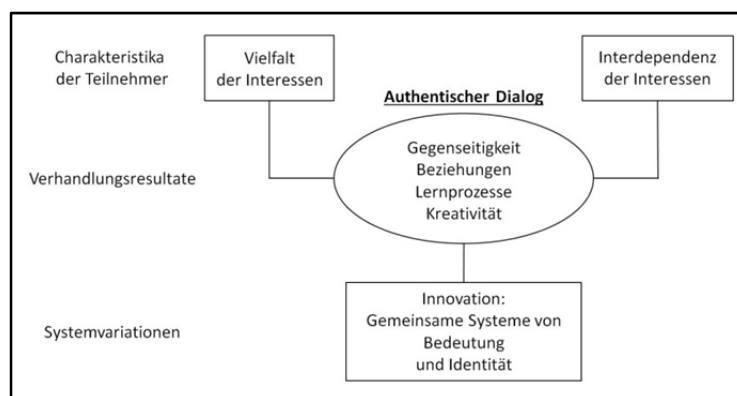
Das Diversity, Interdependence, Authentic Dialogue (DIAD) Modell wird von Innes und Booher (2003, 2010) als Destillat einer Theorie kollaborativer Wissensgenerierung in Planungsprozessen vorgestellt. Im Kern gehen sie davon aus, dass sich in Verhandlungen unterschiedliche Rationalitäten im Denken und Wissen der an planerischen Aushandlungsprozessen Beteiligten anpassen und damit für einen Interessenausgleich sorgen können. Am Ende der Entscheidungsfindung des von ihnen so benannten authentischen Dialogs steht nicht das inhaltliche Ergebnis an sich im Fokus, „but a set of well-developed alternative procedures set on a comparable philosophical foundation that would preserve the legitimacy of the policy professions.“ (Innes und Booher 2010: 21)

Stellen positivistische Konzepte darauf ab, dass Bedeutungen und Interessen einer objektiven Realität dichotom und subjektiv gegenüber stünden, sind sie dagegen aus phänomenologischer Perspektive die immer wieder zu interpretierende Grundlage gesellschaftlichen Miteinanders. Letzterer Auffassung folgend schlagen Innes und Booher (2003, 2010) eine kollektive Bedeutungskonstruktion im kollaborativen Dialog vor. Im Anschluss an die kritischen Theorien der Frankfurter Schule sehen sich bewusste und unbewusste Wissenssysteme durch kritische Interventionen ‚neuen‘ Wissens herausgefordert. Legten die Teilnehmer ihren Standpunkt dann hinreichend begründet dar, würde dies eine Selbstreflektion begünstigen und im Idealfall werden bisherige Standpunkte zur Disposition gestellt.

Aufgrund der daraus resultierenden Substitution von Bedeutungen würden dann gemeinsam getragene Entscheidungen möglich, denen eine von positivistischen Entwürfen abweichende Wirklichkeit innewohne. Gestützt auf die Ansätze früher Pragmatiker wie John Dewey (vgl. Bernstein 1975) wird im DIAD-Modell das Lernen in der praktischen Verhandlung hervorgehoben.<sup>67</sup> Wird also der Dialog im gegenseitigen Interessensaustausch geführt, findet ein Lernprozess statt. Dessen Ziel ist es, gemeinsame Standpunkte zu erarbeiten. Das innovative Potential für die Entscheidungsfindung liegt laut Innes und Booher (2010) in den gemeinsamen Meinungen voneinander getrennter Identitäten.

**Abbildung 16:**  
**Diversity, Interdependence,**  
**Authentic Dialogue (DIAD) Modell**

Quelle: verändert nach Innes und Booher (2010)



Das DIAD Modell besteht aus insgesamt vier Elementen, wobei der sog. authentische Dialog den zentralen Knoten darstellt (vgl. Abbildung 16). Anzustreben gilt es laut den Autoren, die größtmögliche Diversität der Interessen aller am Aushandlungsprozess Beteiligten zu aktivieren, um im Idealfall ein für die überwiegende Mehrheit der Gesamtbevölkerung gültiges, mithin robustes Ergebnis zu erhalten. Genannte Interessen sollten auch weitestgehend miteinander verknüpft und voneinander abhängig sein. Nur so entsteht der Bedarf, in den Auseinandersetzungen des Verhandlungsprozesses (und nur dort) mit den Meinungen aller anderen Beteiligten zu einem gemeinsamen Ergebnis im Dialog zu gelangen. Dieser dient als zentrales Element des Modells dazu, Einstellungen und Meinungen sowie Beziehungen untereinander nachhaltig zu verändern und damit zu einem soliden Ergebnis der Planung auch in scheinbar unübersichtlichen und unsicheren Situationen zu gelangen. Wesentliche Merkmale des Dialogs sind von außen unbeeinflusste Kreativität, gegenseitiges Lernen und Beziehungen sowie deren enge Korrelation. Diese Bedingungen möchten die Autoren ausdrücklich als normative Setzungen im Sinne Habermas' (2009) idealer Sprechsituation verstanden wissen, „normative in that it provides a model for the design and implementation of collaborative processes that can produce significant outcomes.“ (Innes und Booher 2010: 35) Jeder Sprecher muss also die Interessen repräsentieren, für die er steht, jede Aussage muss wahr sein, jeder Sprecher muss aufrichtig sprechen und die Aussagen müssen für alle Teilnehmer der Verhandlung nachvollziehbar dargelegt werden. Sind die genannten Bedingungen erfüllt, sind laut Modell vier Ergebnisse der dialogisch-kollaborativen Aushandlung zu erwarten: Ein gegenseitiger Interessensangleich der am Dialog Beteiligten, das Entstehen neuer, mitunter langfristiger Beziehungsgeflechte, die Neubewertung der ursprünglichen individuellen Ziele und Mittel als Ergebnis interaktiver und kreativer Lernprozesse sowie eine den konkreten Dialog transzendierende Adaption der erarbeiteten Einstellungen und Bewertungssysteme. Letztere führen im Idealfall dazu, allgemeine Problemlagen gesellschaftlicher und räumlicher Organisation über den kon-

<sup>67</sup> Vgl. Kap. 3.2.

kreten Verhandlungsfall hinaus aus veränderter Perspektive zu betrachten. Sind die genannten Bedingungen dagegen nicht erfüllt, folgen die Ergebnisse des Verhandlungsprozesses keiner streng kollaborativen Rationalität und sind im Sinne des DIAD Modells nicht einvernehmlich bzw. robust.

Inhaltliche Prozesse, insbesondere auf diskursiver Ebene, nehmen Innes und Booher (2003, 2010) jedoch nicht in den Blick. Sie berufen sich lediglich, hier aber sehr ausführlich, auf die ideale und herrschaftsfreie Sprechsituation nach der Diskursethik von Habermas (2009), die nach ihrer Aussage ein Maximum an gemeinsamer Identitätsbildung und Interessenausgleich zu gewährleisten in der Lage sei. Damit bleibt das Element des authentischen Dialogs hinsichtlich der Diskursentwicklungen Gegenstand einer weiterzutreibenden Konzeptionalisierung.

Gleichwohl zeigen sich auch im DIAD Modell zahlreiche Anknüpfungspunkte hinsichtlich des zu entwickelnden Prozessmodells. In der analytischen Identifikation der Verhandlungsteilnehmer sind deren Interessen zu fokussieren, die hinter den Formulierungen zum konkreten Planungsgegenstand liegen. Diese bilden die Grundlage für die Verhandlung und damit letztlich auch für die im Modell genannten Ergebnisse, welche sich je nach Ablauf des Dialogs mehr oder weniger robust zeigen (Innes und Booher 2010, vgl. auch Fisher und Ury 1992). Der authentische Dialog ist daran anschließend ein Element, in dem im Wesentlichen Transformationsprozesse ablaufen, die das Verhandlungsergebnis prägen. Damit wird eine Prozessorientierung des Modells deutlich. Das Ergebnis der Verhandlungen kann schließlich auf gesellschaftliche Bedeutungs- und Identitätssysteme rückwirken und diese in gegenseitiger Wechselwirkung variieren.

#### *Das Modell evolutionärer Rationalitäten in der Planung*

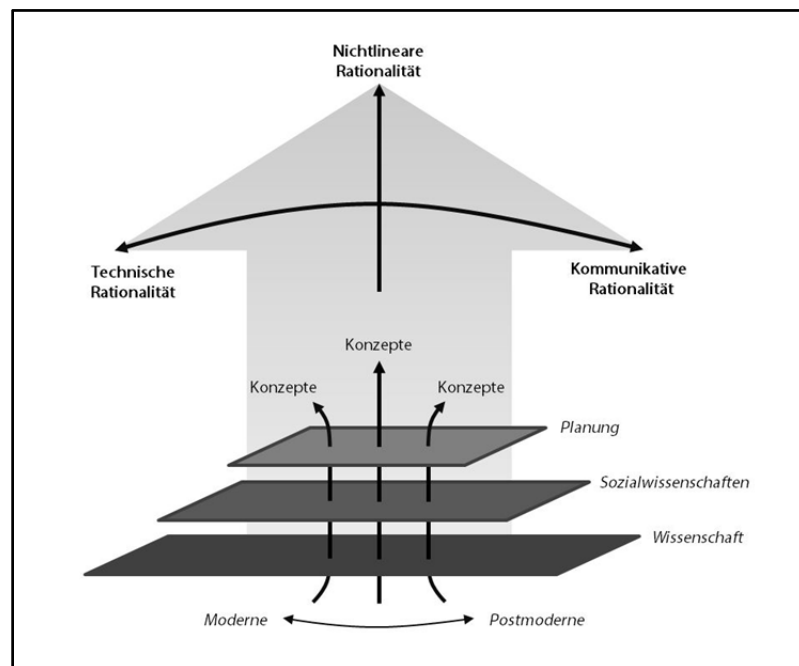
Mit dem Rückgriff auf verschiedene Komplexitätstheorien unternimmt de Roo (2010) den Versuch, aktuelle planungstheoretische Debatten mit Hilfe der Systemtheorie zu synthetisieren. Zunächst stellt er mit einem zusammenfassenden Rückblick in die Geschichte der Planungstheorie fest, dass linearen, objektiv-rationalistischen Denkmustern als geschlossenen Systemen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zumindest in der Theorie zunehmend entsagt wurde.<sup>68</sup> Eine Substitution des positivistischen Verständnisses wurde aus zwei unterschiedlichen theoretischen Richtungen angeboten. Einerseits warb der Hypothesen testende Ansatz des kritischen Rationalismus dafür, „that we should be moderate in our quest for truth and certainty.“ (de Roo 2010: 23, vgl. auch Faludi 1987) In dieser Perspektive sei davon auszugehen, dass sich singuläre Wahrheiten eines direkten Zugriffs stets entziehen. Wissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Entwicklung werden allerdings stimuliert aufgrund der Möglichkeit, bestehende Wahrheiten und Lösungen zu falsifizieren. Dem gegenüber stehen die in ihren Grundannahmen deutlich radikaleren kritischen Theorien als zweite Alternative zur technisch-rationalistischen Planung. Zusammengefasst verneinen sie grundsätzlich letztgültige Wahrheiten, zumindest als dem Sozialen vorgängige Ontologie. In diesem Zusammenhang nennt de Roo (2010) sowohl Habermas, als auch Foucault und Derrida als prominente Wegbereiter der Debatten.

Beide genannten Perspektiven subsummiert er als Netzwerksysteme allerdings stark verkürzt unter dem Begriff der kommunikativen Planung, ohne zwischen einzelnen, partiell deutlich divergieren-

---

<sup>68</sup> Vgl. Kap. 3.1.

den erkenntnistheoretischen Positionen (beispielsweise kritischer Rationalismus, Wissenssoziologie, Strukturalismus und Poststrukturalismus) zu unterscheiden. Die planungstheoretischen Debatten durchzieht also nach de Roo (2010) eine Polarisierung, die kommunikative Netzwerksysteme gegenüber der technisch-rationalistischen Planung sieht. Subjekte in argumentationsorientierten Netzwerken stünden dabei den physisch-räumlichen Objekten (und also auch technischen Rationalitäten) konzeptionell gegenüber. Das Modell evolutionärer Rationalitäten in komplexen Planungssystemen baut auf dieser Unterscheidung in technische und kommunikative Rationalität auf. Allerdings, und hier setzt de Roo (2010) seine Synthese an, oszillierten die lebensweltlichen ‚Realitäten‘ zwischen den technisch-positiven (beste Lösungen sind mit technisch anspruchsvollen Mitteln erreichbar) und den postmodern-dystopischen (nichts ist wahr, alles ist in Frage zu stellen) Extremen in einem System mindestens einfach gerichteter Rückkopplungen. Darauf basierende Essenzen sind beispielsweise in den synthetischen Ansätzen der Szenarioplanung als kollektiven Lernprozessen (Neumann 2010) oder der strategischen Planung zwischen Adaption und linearer Planung (Wiechmann 2008; Wiechmann und Hutter 2010) zu erkennen.



**Abbildung 17:**  
Evolutionäre Rationalitäten  
im Planungsprozess

Quelle: verändert nach de Roo (2010)

Gleichwohl geht de Roo (2010) über eine einfache Synthese in Form eines die beiden Positionen lediglich verschränkenden Mittelweges hinaus, indem er die zeitliche Dimension hinzufügt (vgl. Abbildung 17). Planung sei demzufolge als ein offenes und komplexes System in Erweiterung und Ergänzung der vorab genannten Systeme der Planungstheorie zu formulieren. Dieses produziere zwar nach wie vor Ergebnisse, sie seien allerdings weder prognostizierbar noch über Rückkopplungen hinreichend darstellbar. Vielmehr folge es einer nichtlinearen Rationalität, deren inhaltliche Fassung aufgrund ansteigender Komplexität in Richtung Zukunft in der jeweils aktuellen Gegenwart ebenfalls nur spekulativ sein kann. Der Vorteil dieses Ansatzes liegt in seiner integrativen Sichtweise:

*„[I]f we consider progress as a transition towards higher degrees of complexity, from which co-evolving and emergent systems arise, resulting in a new order at a higher level, this not only transcends*

*but also connects the different academic disciplines, including planning, focusing as they do in the various aspects of the world around us.“ (de Roo 2010: 32)*

Spuren einer technischen Rationalität bei der Zieldefinition in Planungsprozessen sollten also erhalten bleiben. Somit gilt: „[W]hile accepting uncertainties in planning, it still remains important to seek those certainties that do exist.“ (de Roo 2010: 28) Konkrete Planungsprozesse sind damit aber nur noch schwer zu typisierende Einzelfälle. Neben der Bedeutung des jeweiligen Planungsgegenstandes ist auch das Gesamtsystem der Planung in all seinen Dimensionen (Inhalt, Prozess, Kontext) veränderbar, und zwar in unbestimmte Richtung. Daraus folgt die prozessorientierte Annahme, dass sich offene und selbststeuernde (Planungs-)Systeme aufgrund zunehmender Komplexität von mehr oder weniger stabilen Ordnungen in Richtung Entropie entwickeln. Diese Entwicklungen laufen jedoch nicht gänzlich unkontrolliert ab. Sie folgen auf der Basis zumindest teilweise beeinflussbarer Mechanismen vieler bestimmter Entwicklungspfade.

An dieser Stelle ist die Prämisse einer prozeduralen Evolution der Referenzsysteme in der Planung besonders zu beachten, auch wenn sie kaum prognostizierbar ist. Das Modell zeigt nicht nur eine unbestimmte Zukunft als Ergebnis der Evolutionsprozesse, sondern es kann auch zur Analyse von Planungsprozessen ex-post in Stellung gebracht werden. So ließen sich evolutionäre Entwicklungspfade analytisch nachvollziehen, mittelbar auch diejenigen der verhandelten Planungsgegenstände. Zusätzlich stabilisieren sich die in der Evolution neu entstehenden, vorerst geordneten Systeme nach de Roo (2010) auf einer höheren Bedeutungsebene und setzen von dort aus ihre evolutionäre Entwicklung fort. Hieraus lässt sich ableiten, dass Richtungsänderungen im Entwicklungsprozess möglich sind, die prozesslogisch auf die genannten temporären Stabilisierungen zurückgehen. Schließlich bleibt festzustellen, dass das Modell der evolutionären Rationalitäten neben der Instabilität der Welt durchaus von gesellschaftlich anerkannten Wahrheiten und daran orientierten Realitäten ausgeht, die es im Planungsprozess zu beachten gelte.

### 4.3 Das Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte im Diskurs

Bevor an dieser Stelle das Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte im Diskurs vorgestellt wird, seien zunächst die wesentlichen Erkenntnisse aus den vorab vorgestellten Modellen zusammengefasst. Obgleich sie in der weitgehend parallelen Auflistung lediglich indirekt miteinander verknüpft sind, bilden sie den qualifizierten Rahmen für die anschließende Modellierung. Sie wird angeleitet durch einen von den theoretischen Erkenntnissen der vorangehenden Kapitel ausgehenden Entwicklungsleitfaden, der ebenfalls umrissen wird.

- Den genannten Modellen ist weitgehend die Überzeugung gemein, dass **Bedeutungen** in der Referenz auf verfügbare und mitunter differierende Wissenssysteme entstehen. Sie bilden kommunikative Normen zur Regelung des Diskurses. Daran anschließend entfaltet sich ein Sagbarkeitsraum mit je nach Standpunkt gegenüber dem Referenzsystem konstituierten Wirklichkeiten, welche eine Unterscheidung in ‚wahr‘ und ‚falsch‘ auf der Grundlage nicht mehr hinterfragter, formallogischer Letztbegründungen ermöglicht. Zu beachten ist, dass demzufolge viele soziale



Wahrheiten möglich sind, die parallel konstituiert werden. Wahrheiten können darüber hinaus in einen Wettstreit um die Deutungshoheit treten. Bedeutungsverschiebungen im Diskurs, auf partiell unterschiedlichen Diskursebenen, sind ebenfalls möglich. Diese sind als radikale Neufassungen von Bedeutungen und daran anschließenden Sinn zu denken. Sowohl die Bedeutungskonstitution als auch deren Verschiebung laufen als Verhandlungen im Sozialen ab, wobei eine theoretisch unendliche Zahl von kaum prognostizierbaren Bedeutungen im Möglichkeitsraum konstituiert werden können. Praktisch allerdings sind sie weitgehend an den Entwicklungsverläufen und diskursiven Ordnungen des Sagbarkeitsraumes orientiert.

- Individuelle und kollektive **Identitäten** entstehen ebenfalls im Diskurs, und sind somit ebenso abhängig vom Referenzsystem durch welches sie im Wortsinn identifiziert werden. Im Anschluss zeigen sich divergierende Sprecherpositionen, die niemals vollständig abgeschlossen sind. Damit sind unterschiedliche parallele Identitäten für ein und dieselbe Person möglich als auch deren Veränderung. In der Identitätsbildung werden antagonistische Grenzen mitformuliert. Treffen antagonistische Identitäten wiederum in sozialen Verhandlungen aufeinander, können daraus Konflikte entstehen.<sup>69</sup> Mit Hilfe einer Formulierung alternativer Äquivalenzketten basierend auf den Charakteristika der Verhandlungs- bzw. Konflikteilnehmer können gemeinsame Identitäten in Brückendiskursen, mithin auf höheren Diskursebenen formuliert werden. Daraus können jedoch erneute Antagonismen auf dieser Ebene entstehen.
- Der **Konflikt** ist ein Prozess, der durch Kontextbedingungen auf der individuellen als auch auf der institutionellen Ebene sowie durch eingreifende dritte Parteien beeinflusst wird. In seinem Verlauf kommt es zu interpersonalen Rückkopplungen, die sich auf die Erfahrungen und das Verhalten der Konflikteilnehmer auswirken und im Extremfall in einer Konflikteskalation kulminieren. Am Ende steht mit einer Entscheidung in jedem Fall ein Konfliktausgang, der sich auf den Konfliktgegenstand als auch die Kontextbedingungen beziehen kann und nicht unbedingt mit einer Lösung, also einem alle Beteiligten zufriedenstellenden Ausgang, gleichzusetzen ist.
- Soziale **Verhandlungen** finden als interaktive Kommunikationsprozesse statt, in denen Lernprozesse zur Entwicklung der Beziehungen beitragen. Darauf basieren in Abhängigkeit der Rahmenbedingungen wie Stellung der Verhandlungsteilnehmer zueinander oder Vereinbarkeit der unterschiedlichen Subjektpositionen die Verhandlungsergebnisse. Das Integrationspotential unterschiedlicher Positionen ergibt sich aus der gegenseitigen Verflechtung von Interessen und Identitäten in zumindest partiell geteilten Wissenssystemen. Intervenierende Eingriffe prägen ebenso den Verhandlungsverlauf wie das Ergebnis. Gemeinsame Bedeutungssysteme und Identitäten können sich in der kreativen Herausforderung bestehender Wissenssysteme durch alternative Angebote gezielt oder emergent etablieren.
- Abschließend ist festzustellen, dass mehrfach potentielle **Elemente** in politischen Verhandlungs- und Konfliktprozessen angedeutet wurden. Diese seien hier mit Bedeutungszuweisung, Konflikt, Intervention und Entscheidung benannt und werden im Folgenden noch einmal zusammenfassend auf ihren Gehalt für die eigene Modellierung geprüft.

---

<sup>69</sup> Vgl. Kap. 2.5.

Hinsichtlich der Analyse von Diskursen erkennt Foucault (2010) vier regulative Prinzipien, die in den Blick genommen werden sollten und sich anhand einer Prozessmodellierung von Konflikten an dieser Stelle gewinnbringend deklinieren lassen:

- Als **Ereignisse** sind hier die Prozesselemente zu verstehen, welche sich aus dem Bereich des Diskursiven speisen und nicht im Akt der Schöpfung entstanden sind.
- Die **Serie** stellt auf den Prozessverlauf ab und schließt damit auch explizit Veränderungen ein, die sich der Einheit des Seins entgegenstellen.
- Mit der **Regelhaftigkeit** sind die Pfade bzw. Verlaufstypen von Diskursen angesprochen, die sich jedoch einer transzendentalen Ursprünglichkeit entziehen.
- Schließlich weisen die **Möglichkeitsbedingungen** auf die Konfliktentstehung als auch dessen Ausgang auf der Basis unterschiedlicher Entscheidungsvarianten hin und ersetzen die positivistische Auffassung von Bedeutung als den Dingen innewohnend.

Gewinnbringend sind die wie angedeutet interpretierten Prinzipien insofern, als dass sich an dieser Stelle zunächst zeigt, dass ein daran orientiertes Prozessmodell im Spannungsfeld zwischen Theorie (Diskurstheorie) und Empirie (Diskursanalyse) steht (Kaven 2015; vgl. auch van de Ven 2007). Außerdem – und das ist noch einmal hervorzuheben – werden die theoretischen Vorüberlegungen gestützt, wonach planungsbezogene Raumnutzungskonflikte und deren Verlauf ebenfalls diskurstheoretisch in den Blick genommen werden können, um nicht zuletzt ein besseres Verständnis über die dahinter liegenden gesellschaftlichen Kontextbedingungen zu erlangen:

*„In einem weiteren Schritt gilt es, ‚Regelhaftigkeiten‘ (also Muster) zwischen den und innerhalb der Serien zu beschreiben und damit die diskursive Formation zu rekonstruieren. Diese ‚Regelhaftigkeiten‘ sucht Foucault allein in der ‚Positivität‘, also dem materiellen Auftreten von Ereignissen und Serien im Diskurs, nicht ‚hinter‘ dem Diskurs.“ (Spitzmüller und Warnke 2011: 71)*

Sozialen Prozessen ist laut Kaven (2015) eine Gerichtetheit eigen, die sich sowohl in den eigendynamischen als auch den von außen kommenden Antriebskräften zeigt und eine Wirkung in Form der Prozesskausalität entfaltet. Die Gerichtetheit kann an dieser Stelle als die von van de Ven (2007) angesprochenen und vorab dargelegten Ereignisse von Prozessmodellen gedacht werden. Wenn Diskurse der eingangs unternommenen Begriffsbestimmung folgend als Organisationsvorschriften zur Bedeutungskonstitution im Wechselspiel von Sprechen und Denken definiert werden, dann fällt ihnen im Modell die Rolle der prozessgenerierenden Triebkräfte zwischen den Elementen zu. Somit gelten Diskurse als Ereignisse im Prozessmodell zum Verlauf von planungsbezogenen Raumnutzungskonflikten. Es bleibt hier jedoch die Frage offen, welche Elemente letztlich konstitutiv sind.

Kaven (2015: 241) erinnert mit einem Verweis auf die Kontingenz sozialer Prozesse daran, dass „[j]ede Sequenz eines Prozesses [...] in einem eingeschränkten Möglichkeitsraum statt[findet], ist also bestimmt durch ein historisch einmaliges Spiel von Einschränkung und Freiheit.“ Der genannte Möglichkeitsraum bildet das Potential aus dem erst gesellschaftliche Wirklichkeiten diskursiv konstituiert werden, und es formulieren eben diese Wirklichkeiten wiederum das Potential, welches die Möglichkeitsräume projiziert. In diesem Wechselspiel zwischen diskursiven Möglichkeiten und gesellschaftli-

chen Wirklichkeiten entstehen in sozialen Aushandlungsprozessen spezifische Bedeutungen, die in Beziehung zueinander und den jeweiligen gesellschaftlichen Kontexten treten.

Wird die Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe (2001) als eine Konflikttheorie gelesen, werden die mit der Identitätsbildung einhergehenden Antagonismen als Schlüssel sozialer Konflikte hervorgehoben (Auer 2008). Basierend auf der prinzipiellen Unabschließbarkeit individueller Identitäten und Bedeutungen und dem damit einhergehenden Versuch, durch Abgrenzung nach außen eben jene Identitäten und Bedeutungen zu konstituieren, ist das Soziale grundsätzlich konflikthaft:

*„Die Theorie stellt damit einen Rahmen zur Verfügung, um die Durchsetzung planerischer und weltanschaulicher Leitbilder, bspw. in der Raumplanung oder in der Stadtpolitik, konzeptionell zu fassen. Damit können Konflikte zwischen verschiedenen diskursiven Rahmungen herausgearbeitet sowie die Mechanismen untersucht werden, mit denen Allianzen zwischen einzelnen Positionen hergestellt werden.“ (Glasze und Mattissek 2009b: 154)*

Auch die Raumplanung als politischer Prozess ist somit entlang der kontingenten Bedeutungs- und Identitätsbildungsprozesse konflikthaft.<sup>70</sup> Der Konflikt bietet sich mithin als zentrales Element der Modellierung der genannten Prozesse an.

Mit Blick auf die sich herausbildenden Identitäten der Prozessteilnehmer ist daran zu erinnern, „dass Akteure sich im Verlauf dieser Prozesse überhaupt erst nach und nach formieren können, möglicherweise aber auch verschwinden werden.“ (Kaven 2015: 239) Daraus ist zu schließen, dass dem Prozess vorgängige Akteure kaum bestimmbar sind, sie also als Element im Prozessmodell mindestens fragwürdig erscheinen. Einerseits sind an allen Prozessphasen Akteure mit ihren jeweiligen Positionen und Verflechtungen beteiligt, andererseits sind diese jeweils analytisch zu bestimmen, da deren Identitäten aufgrund ihrer diskursiven Konstituierung im Prozess kaum abschließend antizipierbar sind. Akteure gehören also zum gesamten Prozess, um welche Akteure es sich dabei im Einzelnen handelt ist nicht determinierbar, und in den entsprechenden diskursiven Feldern zu erkunden.

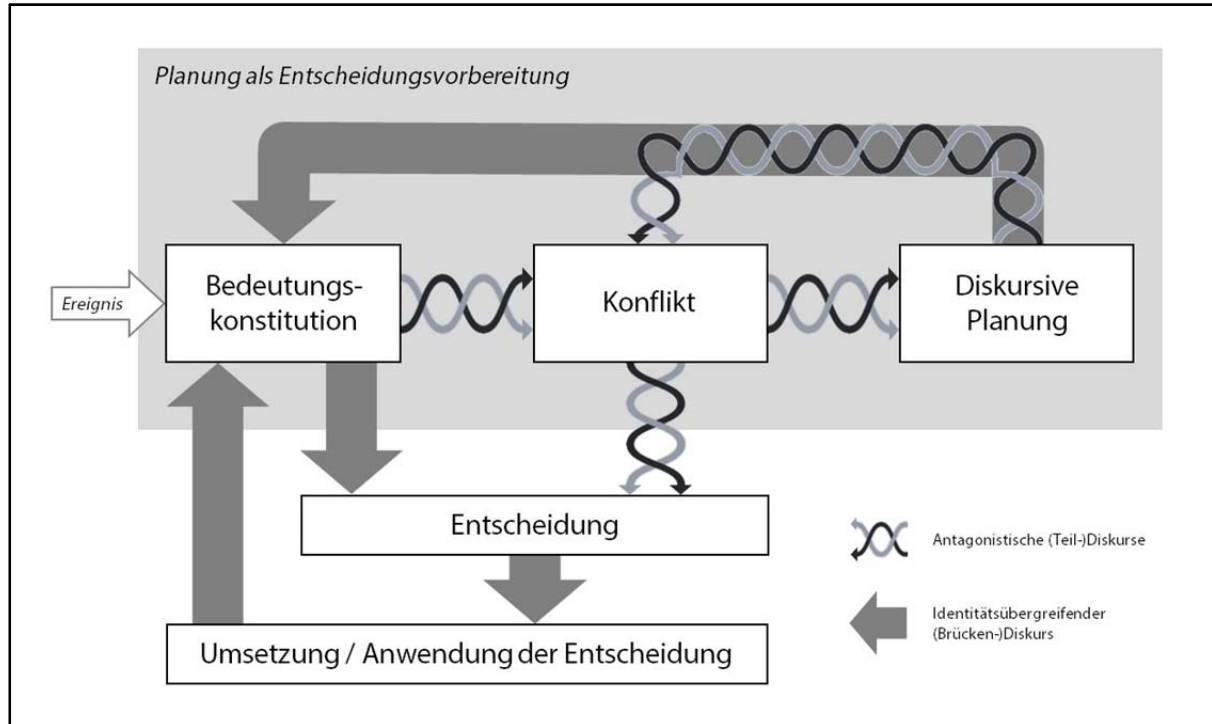
Grundlegend für eine Modellierung von konflikthaften Planungsprozessen basierend auf Diskursen kann weiterhin der Gedanke einer Diskurs-Hierarchie sein, welche sich an den Diskursebenen des Würfelmodells von Jung und Wengeler (1998) orientiert. Darin sind übergeordnete Diskurse eingeschlossen, genauso wie es möglich ist, dass Diskurse höherer Ebenen in getrennte Einzeldiskurse zerfallen. Nach Macdonell (1986) etabliert jede Institution ihre eigenen Diskursverteilungen und daran orientierte Diskurshierarchien, die sich im spezifischen Wissen der institutionellen Zuordnung verfestigen. Außerdem stellt sie fest, dass „any discourse concerns itself with certain objects and puts forward certain concepts at the expense of others. [...] Sometimes concepts elaborated within one discourse may be taken up and rethought within another, but often this is not the case.“ (Macdonell 1986: 3) Eine diskursiv verstandene Planung wie sie hier formuliert wurde,<sup>71</sup> kann an dieser Stelle ansetzen und den genannten, als eher selten beschriebenen Fall des variablen Denkens vorhandener Diskursbestandteile gezielt anstreben. Diskursive Planung scheint mithin buchstäblich elementar zu sein.

---

<sup>70</sup> Vgl. Kap. 3.3.

<sup>71</sup> Vgl. Kap. 3.4.

Abbildung 18: Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte im Diskurs



Auf Basis der Vorüberlegungen und orientiert an den Modellen aus den Bereichen der Diskursforschung, der Konfliktforschung sowie der Planungstheorie kann schließlich das Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte im Diskurs abgeleitet werden (vgl. Abbildung 18). Der Prozess zeichnet sich durch seine Kontinuität im Ganzen bei gleichzeitiger Diskontinuität seiner Elemente im Einzelnen aus. Im Diskurs sind Sagbarkeitsräume angelegt, die die Elemente inhaltlich konstituieren und darin entstehen ebenso Möglichkeitsräume, die die Elemente entwickeln.

### Kontextbedingungen des Prozessmodells

Die zum jeweiligen Untersuchungszeitpunkt aktuellen gesellschaftlichen Wirklichkeiten stehen vor dem Hintergrund einer diskursiv konstituierten sozialen Ordnung, die in ihrer Gesamtheit der Menge derzeit gültiger Gesellschaftsentwürfe entspricht. Darin betten sich die dargestellten Modellelemente und die sie verbindenden Diskurse ein. Das Modell bietet in der inhaltlichen Bestimmung seiner Elemente einen Ausschnitt aus den unterschiedlichen Wirklichkeiten der sozialen Ordnung, auch wenn die angesprochenen Gesellschaftsentwürfe als zentrale Rahmenbedingung nicht explizite Bestandteile der Prozessmodellierung sind. Außerdem steht es im Querschnitt zeitlicher Entwicklungen für einen *gegenwärtigen* Ausschnitt. Das Modell abstrahiert nicht nur einen Prozess, sondern ist selbst Prozessen innerhalb des strukturierenden Kontextes der Diskurse ausgesetzt. Es muss sich messen lassen an den jeweils gültigen gesellschaftlichen Wirklichkeiten. Das hier entwickelte Prozessmodell ist also kein Determinismus. Ebenso wenig ist es auf der Grundlage der vorab dargestellten Herleitung beliebig.

Die am Planungsprozess und den Konflikten beteiligten Akteure zeigen sich erst vor dem Hintergrund des strukturellen Kontextes der Diskurse (vgl. Kaven 2015). Wie bereits angedeutet, bilden sie

somit kein eigenständiges Element im Prozess, sondern sind diesen vielmehr diskursiv eingeschrieben. Dabei ist Akteur, dessen Identität diskursiv konstituiert wird.

### *Planung als Entscheidungsvorbereitung*

Wie zu Beginn dieses Kapitels dargestellt, ist die Raumplanung im deutschen Institutionensystem in einem Dreischritt aus Planung als Entscheidungsvorbereitung, Entscheidung und Umsetzung bzw. Anwendung der Entscheidung fassbar. Die Aufgaben der Planer erstrecken sich insbesondere in der Phase der Entscheidungsvorbereitung auf die inhaltlich orientierte Ordnungs- und Entwicklungsfunktion. Damit entwerfen Raumplaner vor dem Hintergrund der gesellschaftlich verfügbaren Wissenssysteme nicht nur normative Wirklichkeitsangebote, sondern leisten über eine Rückkopplung an eben jene Wissenssysteme einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und Reproduktion der Sagbarkeitsräume über die jeweils adressierten und angestregten Diskurse. Darüber hinaus fordern sie aber auch explizit und implizit die Diskursstrukturen der Wissenssysteme heraus und tragen zu deren inhaltlicher Weiterentwicklung bei. Die inhaltliche Arbeit von Raumplanern ist ebenfalls einer stetigen Bewertung durch die bestehenden Wissenssysteme ausgesetzt, die in den aktuellen gesellschaftlichen Wirklichkeiten von unterschiedlichen subjektiv besetzten Positionen aus formuliert werden. Im Ergebnis ist festzustellen, dass Planungsprozesse potentiell konflikthaft sind. Mit der den Planern ebenso zugewiesenen Koordinations- und Konfliktregelungsfunktion (Fürst 2010) ist ein wesentlicher Bestandteil von Planungsprozessen – Konflikte zu erkennen und sie möglichst zu bearbeiten – formuliert. Trotz des dafür zur Verfügung stehenden Instrumentariums, welches unter dem Eindruck einer steigenden Konflikthaftigkeit der Raumentwicklung seit inzwischen mehreren Jahrzehnten entwickelt und diskutiert wird,<sup>72</sup> sind die Ergebnisse dieser Interventionen keineswegs determiniert, ebenso wenig wie es die Qualität des Konfliktausgangs ist.

Die Planung als Entscheidungsvorbereitung dient im Prozessmodell somit als Rahmen für die inhaltliche Bedeutungskonstitution konkreter Ereignisse wie etwa Raumordnungspläne und (Einzel-) Vorhaben zur Raumentwicklung, den daran sich unter Umständen entzündenden Konflikten sowie der möglichen Bearbeitung der Konflikte. Auf die genannten Elemente und ihre Stellung im Modell wird im Folgenden näher eingegangen.

## **Die Prozesselemente**

### *Bedeutungskonstitution*

Unter der Bedeutungskonstitution ist die symbolische Strukturierung von Raumordnungsplänen, oder eines konkreten Raumnutzungsvorhabens als auslösendes Ereignis zu verstehen. Aus einem dem Prozess externen Planungsimpuls werden etablierte Wissenssysteme im Diskurs angestrengt und Planungsvorhaben, Projekte oder generelle Entwicklungsabsichten diskursiv mit Bedeutung versehen. Sie werden damit, der performativen Wirkung von Diskursen folgend, an dieser Stelle überhaupt erst ent-

---

<sup>72</sup> Eine zusammenfassende Übersicht zu den unterschiedlichen planerischen Methoden und Instrumenten bieten u. a. Fürst und Scholles (2008). Renn und Webler (1998) erläutern darüber hinaus dezidiert die gängigen Ansätze zur Konfliktbearbeitung in Planungsprozessen.

lang der Kommunikation darum gegenständlich. Dies kann im Zuge formeller und informeller Planungsverfahren geschehen (vgl. Danielzyk und Knieling 2011; Fürst 2010; Schmidt und Konze 2011).

Damit einhergehend bilden sich spezifische Identitäten in der relativen Positionierung zu den geplanten Vorhaben oder Raumnutzungsansprüchen aus. Diese werden im Diskurs einerseits als beteiligte und betroffene Akteure angesprochen. Andererseits können sie auch selbst die Position von Sprechern im Diskurs einnehmen, indem sie die subjektbezogenen Bedeutungen in Form von Äußerungen allgemein, und konkret in beispielsweise mit den Planungsverfahren einhergehenden entsprechenden Stellungnahmen explizieren. An dieser Stelle werden die in der Identitätsbildung unvermeidbaren Antagonismen konstituiert, die an dieser Stelle allerdings noch nicht zwangsläufig zu einem Konflikt führen. Beziehen die mit der symbolischen Strukturierung des Planungsvorhabens gebildeten Identitäten in Bezug darauf eine integrative Perspektive, sind Entscheidungen als Ergebnis des Planungsprozesses zunächst weitgehend konfliktfrei möglich. Zerbricht aber die Bedeutung in den inkommensurablen Diskursen divergierender Bedeutungszuweisung, entsteht ein Konflikt. Raumplaner sind in dieser Phase meist als eine (kollektive) Identität unter mehreren auszumachen, die insbesondere mit der Ablauforganisation der Planungsverfahren in Verbindung gebracht wird. Auch sind Vorhabenträger, Träger öffentlicher Belange (TÖB) und kommunalpolitische Vertreter weitere an dieser Stelle oft genannte Akteure. Allerdings gilt es, die tatsächlichen Diskursteilnehmer sowie ihre Benennung und Positionierung stets analytisch den Diskursen selbst zu entnehmen. Dazu sei noch einmal unterstrichen, dass der präventive Anspruch gängiger Beteiligungsverfahren (vgl. Schefer 2005) im Zuge formeller und informeller Planungsansätze kaum einlösbar ist, da sich die Akteure erst im Diskurs konstituieren und diesem nicht vorgängig und damit vorab vollständig adressierbar sind.<sup>73</sup>

### *Konflikt*

Der Konflikt ist durch eine wechselseitige Formulierung von aufeinander bezogenen diskursiven Gegenpositionen gekennzeichnet, die Glasl (2004) mit einem Wechsel auf die Subjektsphäre der Kommunikation benennt. Die von den Konfliktteilnehmern angestregten Diskurse um den konkreten Planungsgegenstand sind dann hinsichtlich der symbolischen Strukturierung der Bedeutung inkommensurabel. Daraus folgt, dass der konkrete Gegenstand faktisch von unterschiedlichen Positionen aus mit Bedeutungen aufgeladen wird, die sich zwar nach wie vor auf das ursprüngliche Vorhaben beziehen. Dessen Bezeichnung ist aber zu einem leeren Signifikanten geworden, ohne die sich dazu positionierenden Identitäten in einer Äquivalenzkette zu integrieren. Da die Konfliktteilnehmer vor dem Hintergrund der ihrer Position bzw. Identität immanenten Rationalität von augenscheinlich unterschiedlichen Dingen sprechen, ist eine gemeinsame Sinnggebung mit Bezug auf ‚den einen‘ Gegenstand nicht möglich. In der Folge weicht die Kommunikation diskursiv in die erkannte Gegnerschaft aus. Darunter ist zu verstehen, dass der diskursive Kristallisationspunkt des Konfliktes weniger im ursprünglichen Planungsvorhaben liegt als in der Position der jeweiligen Gegner. Gleichzeitig wird mit dem (kommunikativen) Angriff auf die gegnerische Position diese erst diskursiv etabliert. Der Konflikt entsteht mithin im Diskurs und wird in diesem manifestiert.

---

<sup>73</sup> Vgl. Kap. 2.5.

Aus dem Konflikt heraus kann eine diskursiv verstandene Planung die ihn manifestierenden Diskurse adressieren und entsprechend intervenieren. Auch eine Entscheidung aus dem Konflikt heraus ist möglich. Sie entspricht in jedem Fall einem Konfliktausgang. Die Entscheidung findet dann aber vor dem Hintergrund der nach wie vor inkommensurablen Positionen im Diskurs statt und stellt keine Konfliktlösung im engeren Sinne dar.

### *Diskursive Planung*

Unter der Annahme der diskursiven Manifestation von Konflikten scheint die diskursive Ebene als deren konstruktiv zu bearbeitender Bereich auf. Damit werden nicht lediglich auf den Diskursen beruhende Konfliktsymptome als Fluchtpunkt der kommunikativen Intervention adressiert. Vielmehr zielt die diskursive Planung auf die darunter liegende, identitätskonstituierende Ebene. Denn wenn sich der Konflikt an den Identitäten entzündet und diese im Diskurs entstehen, ist der Diskurs zwar keine Letztbegründung sämtlicher Konflikte. Gleichwohl bietet er eine analytisch feststellbare Bearbeitungsebene für eine diskursive Planung als politischer Anspruchshaltung.<sup>74</sup> In der kommunikativen Aushandlung werden hier nicht lediglich Kompromisse zwischen den bestehenden Positionen gesucht, sondern der Dissens wird konstruktiv genutzt, um in einer entsprechend höheren Diskursdimension einen dritten Standpunkt zu finden. Damit wird also nicht versucht, aus den Strukturen des Diskursiven auszubrechen, sondern konstruktiv auf diese Strukturen zu wirken mit dem Ziel, neue Diskurselemente zu entwickeln und bestehende zu transformieren.

Werden nicht mehr sämtliche Kontextbedingungen des Konfliktes, vornehmlich die divergierende Bedeutungszuweisung als bindend angesehen, besteht die Möglichkeit, die bekannten Muster der diskursiven Bedeutungskonstitution in Frage zu stellen und zu erweitern. Die Erweiterung geht über eine reine Ergänzung bestehender Wissenssysteme und darauf basierender Bedeutungskonstitutionen hinaus, indem komplett neue Bedeutungsangebote auf einer von den konfligierenden Diskursen abweichenden Diskursebene diskutiert und kommunikativ wahrgenommen werden. Die Rede ist hier nicht von einem Ausgleich bestehender Wissenssysteme durch Überzeugung, sondern von einer Konstituierung neuer Wissenssysteme auf der Basis der bestehenden Bedeutungen. Werden diese Angebote von den Konfliktteilnehmern wahrgenommen und bieten sie Ankerpunkte für eine gemeinsam formulierte Identifikation, ist von einer Kommensurabilität zu sprechen, die sich in einer neuen Bedeutungszuweisung niederschlägt. Hier zeigt sich das aus sozialen Konflikten erwachsende konstruktiv-politische Potential für die gesellschaftliche Entwicklung.<sup>75</sup> Sind die Ansätze entweder nicht hinreichend kommensurabel oder entstehen aufgrund der erneuten Identitätskonstitution unmittelbar neue konflikthafte Antagonismen, verbleibt der Prozess hingegen in einem Konfliktkreislauf.

### *Entscheidung*

Die Entscheidung kann aus den bisher erläuterten Elementen heraus auf zwei Wegen erfolgen. Einerseits besteht die Möglichkeit einer Einigung in der Bedeutungskonstitution, die nicht in einem diskursiven Bruch zum Antagonismus führt. Damit endet der Planungsprozess zur Entscheidungsvor-

---

<sup>74</sup> Vgl. Kap. 3.4.

<sup>75</sup> Vgl. Kap. 2.3.

bereitung konfliktfrei und Raumordnungspläne werden durch das zuständige politische Gremium verabschiedet. Zu einer Entscheidung kommt es ebenfalls im Ergebnis eines Planfeststellungsverfahrens mit dem Planfeststellungsbeschluss oder einer Plangenehmigung durch die zuständige Planfeststellungsbehörde.<sup>76</sup> Der zweite Weg ist die Entscheidung aus einem Konflikt heraus. Hier sind die konfliktauslösenden Inkommensurabilitäten in der diskursiven Bedeutungskonstitution nicht auf einer alternativen Diskursebene integriert und die Entscheidung folgt einer ‚triadischen‘ Konfliktbewältigung zwischen Zwingen, Richten oder Verhandeln (von der Ohe 1988).

Scharpf (1993) unterscheidet bezüglich der Entscheidungsfindung in Verhandlungssystemen grundsätzlich zwischen Koordination und hierarchischen Festlegungen. Diese untergliedern sich im vorliegenden Prozessmodell aus einer diskurstheoretischen Perspektive in vier unterschiedliche Modi der Entscheidungsfindung:<sup>77</sup>

- **Konsens:** Die Identitätsbildung entlang der Bedeutungskonstitution ergibt lediglich eine einzige Äquivalenzkette sämtlicher sich zum Planungsgegenstand positionierender Personen, oder wie Hillier (2002: 125) feststellt: „[P]articipants are likely to reach consensus if large areas of their core and secondary values overlap/are commensurate.“ Die Folge ist das Auftreten nur eines einzigen kollektiven Akteurs im auf das Planungsvorhaben gerichteten Diskurs. Dieses Kollektiv vertritt eine nicht nur einvernehmliche, sondern deckungsgleiche Befürwortung, Ablehnung oder unstrittige Modifikation bezüglich des Planungsvorhabens. Das Ergebnis ist ein Konsens in der Entscheidung.
- **Kompromiss:** Im Planungsprozess zeigen sich unterschiedlich positionierte Identitäten. Daraus entstehen Akteure, die in der Verhandlung um das Vorhaben divergierende Positionen einnehmen. Gelingt im Planungsverlauf die Integration der unterschiedlichen Identitäten unter einem Brückendiskurs auf einer höheren Ebene, bestehen diese zwar weiterhin und sind nach wie vor durch potentiell konflikthafte Antagonismen voneinander getrennt. Doch ist eine Einigung auf der überbrückenden Metaebene möglich. Dazu gehören beispielsweise auch Entschädigungsleistungen für entstehende Nachteile. Denn entscheidend sind nach wie vor die in der Kommunikation aufscheinenden Diskurse, die beispielsweise im Entschädigungsfall einen Wechsel etwa auf die Ebene eines ökonomisch angeleiteten Diskurses um (monetäre) Werte vollziehen. Damit ist der Kompromiss als Entscheidungsmodus zwischen dem Konsens und der Konfliktverlagerung zu verorten.
- **Konfliktverlagerung:** Eine weitere Möglichkeit der Entscheidung am Ausgang von Konflikten besteht in dessen Verlagerung. An dieser Stelle wurde der Konflikt nicht durch einen integrierenden Brückendiskurs eingefangen. Wenn sich aber die diskursive Gegenposition in Form eines fließenden Signifikanten auflöst (vgl. Laclau 2005), fällt der durch die vorherige Identitätsbildung etablierte Antagonismus in sich zusammen. Daraus ergibt sich zwar eine Entscheidung, diese wurde aber nicht wie im Falle eines Konsenses oder Kompromisses in der Integration bestehender Identitäten realisiert, sondern durch den Wegfall der Gegenposition.

<sup>76</sup> Vgl. Fußnote 54.

<sup>77</sup> Vgl. die in Kap. 3.2 skizzierten fünf Strategien zur narrativen Konfliktbearbeitung bei Mandelbaum (1991).



- **Festlegung:** Stehen weder Verlagerung noch Konsens oder Kompromiss am Ende des entscheidungsvorbereitenden Planungsprozesses, ist eine Möglichkeit der Entscheidung die hierarchische, juristische oder durch einen Mehrheitsentscheid erreichte Festlegung. In der Anerkennung der Legitimität der entscheidenden Instanz in den zur Verfügung stehenden gesellschaftlichen Wissenssystemen liegt deren Macht zur Intervention (vgl. Simmel 2013). Diese Anerkennung ergibt sich mithin ebenfalls aus den diskursiven Strukturen der sozialen Ordnung. So entspricht die juristische Festlegung einer entsprechend zuständigen Gerichtsbarkeit nur dann einer Entscheidung, wenn eben diese Gerichtsbarkeit aufgrund identitätsübergreifend geteilter juristischer Diskurse anerkannt wird. Dabei ist es unerheblich, zu wessen Gunsten die Entscheidung ausfällt. Dieser Entscheidungsmodus nimmt eine Stellung zwischen der Verlagerung und dem Kompromiss ein. Zum einen ist die Anerkennung der Entscheidung eine Form der diskursiven Verlagerung der einander gegenüberstehenden Konfliktpositionen durch eine zunächst außen stehende Instanz. Gleichzeitig vereint die Konfliktparteien der überbrückende Diskurs, der die Legitimität juristischer, hierarchischer oder auch mehrheitlich-demokratischer Entscheidungen begründet, ohne dass der konkrete Konflikt aufgelöst wurde.

#### *Umsetzung oder Anwendung der Entscheidung*

Im Anschluss an die Entscheidung erfolgt deren Umsetzung bzw. Anwendung. Je nach Entscheidungsmodus kann dieses Prozesselement unterschiedlich gestaltet sein. Entweder wird das ursprüngliche oder in den Verhandlungen angepasste Planungsvorhaben in ein konkretes Bauvorhaben umgesetzt oder ein Raumordnungsplan wird mit seiner Bekanntmachung rechtswirksam. Möglich ist aber auch, dass mit einer Ablehnung oder Konfliktverlagerung das Vorhaben oder der Raumordnungsplan überarbeitet wird. Schließlich kann das Vorhaben bei einer entsprechenden Entscheidung auch aufgegeben werden.

Räume sowie deren alltägliche Zuschnitte und Sinnzuschreibungen sind genauso im Fluss wie Diskurse und darauf beruhende Wissenssysteme.<sup>78</sup> Ziele und Ergebnisse von Planungsvorhaben sind in diesem Sinne zu lesen. Sie sind nicht stabiler Ort, sondern kontingente Bedeutung. Damit sind die Ergebnisse von Planungsprozessen ebenfalls der ständigen (Neu-)Bewertung unterzogen und können während ihrer Implementierung diskursive Veränderungen sowohl auslösen, als auch von diesen beeinflusst werden. Somit ist im Anschluss an die Umsetzung oder Anwendung der Entscheidung von einer Reproduktion oder Verschiebung der Bedeutung auszugehen. Die erste Möglichkeit resultiert dann im Verlassen des im Modell gezeigten Prozesses nach der Umsetzung oder Anwendung der Entscheidung, sofern eine alternative Bedeutungskonstitution ausbleibt.

#### **Prozessereignisse und Verlaufstypen**

Kaven (2015) sieht Triebkräfte und Dynamiken als ein zentrales Charakteristikum sozialer Prozesse, da sie erst eine gerichtete Prozesskausalität herstellen. Ähnlich argumentiert van de Ven (2007) unter Verwendung des Ereignisbegriffes, welcher die Prozesselemente zeitlich ordnet. Im hier vorgestellten Prozessmodell sind die Dynamiken in den Diskursen und deren relationaler Stellung zueinan-

---

<sup>78</sup> Vgl. Kap. 2.4.

der zu finden. In ihnen liegt ein Erklärungswert für die Verbindung der Prozesselemente. Die Triebkräfte sind dabei ebenfalls gerichtet und unterliegen einer im Planungsprozess angelegten Eigendynamik. Ohne ein konkretes Planungsvorhaben finden keine den Prozess initiiierenden Bedeutungskonstitutionen statt, die diskursiven Dynamiken sind also prozessimmanent. Ungeachtet dessen entstehen auch sie nicht autark, sondern sind in die vorab beschriebenen strukturellen Kontexte gesellschaftlich verfügbarer Wissenssysteme eingebettet.

Lassen sich die einzelnen Positionen in der Bedeutungszuweisung innerhalb eines übergeordneten Diskurses als Teildiskurse vereinen, entsteht ein **identitätsübergreifender Brückendiskurs**. Damit können dem verhandelten Planungsvorhaben zwar gegeneinander verschobene Bedeutungen auf der Grundlage divergierender Diskurse zugeschrieben werden und sich unterschiedlich positionierte Identitäten etablieren. Doch sind sie auf einer entsprechend übergeordneten Ebene in einen die Teilpositionen umfassenden Diskurs integriert, der als Signifikant des Vorhabens dient und im Ergebnis einer erfolgreich etablierten Äquivalenzkette entsteht (vgl. Laclau 2005 sowie das Modell der Identität als Differenz im Diskurs in diesem Kapitel).

In Bezug auf das konkrete Ereignis **antagonistische Diskurse** resultieren dagegen mitunter in Inkommensurabilitäten bei der Bedeutungskonstitution. Der zum Planungsbeginn angestrengte Diskurs um den Gegenstand respektive das Ereignis zerfällt dann in Teildiskurse, die wiederum den ursprünglichen, meist planerisch-technischen Diskurs hinter sich gelassen haben. Letzterer ist zu einem entleerten Signifikanten geworden, auf den in der Kommunikation aber partiell noch rekurriert wird. Die Bedeutungskonstitution erfolgt allerdings über verschiedene unvereinbare Diskurse, die gleichsam die Horizonte der damit einhergehenden Identitätsbildungen darstellen. Um in dieser Metapher zu bleiben: Der überbrückende, im ursprünglichen Signifikanten vor seiner Entleerung geführte Diskurs und die damit einhergehende Bedeutung sind hinter dem integrativen Wahrnehmungshorizont der Prozessbeteiligten verschwunden und somit nicht mehr als gemeinsamer Bezugspunkt der Identifikation und Sinngebung verfügbar. Die auf diese Weise etablierten Antagonismen hinsichtlich des Ereignisses führen entweder in den Konflikt oder stellen die Basis diskursorientierter Interventionsansätze dar. Werden sie im Prozess nicht aufgelöst, setzen sie sich bis in die Entscheidung fort. Deren qualitative Ausprägung wird dann durch die Diskurse und ihre antagonistische Stellung zueinander beeinflusst.

Aufgrund der im Modell dargestellten Gerichtetheit der diskursiven Dynamiken bietet sich die Unterscheidung mehrerer Verlaufstypen des Prozesses an:

- **konfliktfreier Prozess:** In diesem Fall durchlaufen die Elemente der Bedeutungskonstitution, der Entscheidung und der Umsetzung einen einfach gerichteten Pfad in der genannten Reihenfolge. Deren Verbindung besteht in einem identitätsübergreifenden Brückendiskurs, der im Planungsprozess keine Grundlage für einen Konflikt bietet. Auch bei der Implementierung der Entscheidung findet in den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen keine variiende Bedeutungskonstitution statt. Der gesamte Planungsprozess bleibt somit konfliktfrei.
- **Konflikte nach der Entscheidung:** Wurde eine Entscheidung getroffen, kann es im Zuge der Umsetzung bzw. Anwendung zu einer Neubewertung des Planungsvorhabens kommen. Dabei können auch neue Akteure im Diskurs auftreten, deren Identität sich auf der Grundlage der Entscheidungsimplementierung formiert. Dieser Fall wurde bereits zu Beginn dieses Kapitels disku-

tiert und von Salet, Bertolini und Giezen (2012) als regelmäßig zu beobachtendes Phänomen geschildert. In der erneuten Bedeutungskonstitution kann es mit der Entleerung des ursprünglich zur Entscheidung gestellten Signifikanten einhergehend zur Ausbildung antagonistischer Subjektpositionen kommen, die in einen Konflikt treten.

- **Konflikte im Planungsprozess:** Konflikte schließlich können sich in Abhängigkeit der Diskursentwicklungen und den damit freigesetzten Dynamiken entlang von drei Untertypen entwickeln. Zunächst besteht die Möglichkeit einer – erstens – erneuten Bedeutungszuweisung im Zuge diskursorientierter Interventionsmaßnahmen. Führt diese zur Ausformulierung eines identitätsübergreifenden Brückendiskurses, kann es zu einer (erneuten) Entscheidung kommen, gefolgt von der anschließenden Umsetzung oder Anwendung. Die (erneute) Bedeutungskonstitution kann allerdings – zweitens – (wieder) in antagonistischen Positionen kulminieren, die wiederum ein Eintreten in einen Konflikt bedingen. Weiterhin kann – drittens – der Konflikt trotz der Intervention in der Arena diskursiver Planung unverändert fortbestehen, wenn ein Brückendiskurs von den Konfliktteilnehmern gar nicht erst etabliert und integrativ kommuniziert wird. Eine integrative Bedeutungskonstitution findet in diesem Fall nicht statt, die bestehenden Konfliktlinien werden entlang antagonistischer Gegenüberstellungen reproduziert oder an anderer Stelle erneut etabliert. Wird der in den letzten beiden Untertypen geschilderte Konfliktkreislauf nicht durch eine zur Entscheidung führende integrierende Bedeutungskonstitution durchbrochen, folgt die Entscheidung aus dem Konflikt heraus. Sie wird in ihrer Ausprägung beeinflusst durch die Dynamiken der antagonistischen Diskurse. Eine gemeinsame Identität in einem integrierenden Diskurs höherer Ebene wird mithin nicht etabliert.

### Zu den Möglichkeiten und Grenzen des Prozessmodells

Das Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte im Diskurs leistet eine zusammenfassende Verschneidung und Operationalisierung der sozialwissenschaftlichen Diskursforschung, der Konfliktforschung sowie der prozeduralen Planungstheorie, die in dieser Form erstmals vorgelegt wird. Daraus ergibt sich ein Analyserahmen für die Untersuchung von Konfliktverläufen in Planungsprozessen in Abhängigkeit gesellschaftlicher Diskursformationen. Eine daran orientierte Analyse trägt dazu bei, Konflikte in Planungsprozessen einordnen und erklären zu können. Es lassen sich Akteure und deren spezifische Standpunkte identifizieren, die die Grundlage für den Konflikt darstellen und in diesem gleichsam konstituiert und transformiert werden. Somit wird an dieser Stelle einer Beurteilung von Planungskonflikten ex-post der Boden bereitet. Denn es laufen aus einer diskurstheoretischen Perspektive präventive Konfliktvermeidungsstrategien dann ins Leere, wenn sie versuchen, auf relevante Akteure im Planungsprozess a priori abzustellen. Damit gehen bewusste und unbewusste Marginalisierungen einher, die die potentielle Konflikthaftigkeit von Planungsprozessen negieren. Konflikte sind nicht antizipierbar oder präventiv vermeidbar. Das Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, sie zum Zweck einer konstruktiven Bearbeitung besser zu verstehen, wofür das Modell einen geeigneten Analyserahmen bieten kann.

Mit der vergleichsweise geringen Anzahl der Prozesselemente ist ein entsprechend hoher Abstraktionsgrad im Modell verbunden. Abstraktionen sind ein grundsätzliches Charakteristikum von

Modellen sozialer Prozesse. Mit der Reduktion auf die hier vorgestellten Elemente werden einzelne Phasen von konflikthaften Planungsprozessen allerdings nur grobkörnig erfasst. Damit ist die Modelanwendung im methodologischen Forschungsdesign zur empirischen Analyse unbedingt zu konkretisieren. Wie bereits dargelegt, handelt es sich weniger um ein Analyse*werkzeug* als vielmehr um einen *Analyserahmen*. In der empirischen Anwendung ist unter anderem mit partiellen Überschneidungen der einzelnen Elemente zu rechnen, deren Trennung lediglich heuristischer Art ist. Ebenso ist es möglich, dass unterschiedliche Entwicklungen innerhalb von Planungsprozessen an nur einem der gezeigten Elemente kristallisieren. So sind im Prozessmodell insbesondere die Elemente des Konfliktes und der diskursiven Planung nicht in weitere Teilelemente untersetzt. Die darin zu verortenden Abläufe und Prozesse auf einer entsprechend niedrigeren Abstraktionsebene sind in den theoretischen Vorüberlegungen der Arbeit skizziert worden und für eine interpretative Einordnung des Modells unabdingbar.

Darüber hinaus handelt es sich um ein in Bezug auf die Kontextbedingungen offenes Modell. Einerseits wird die Existenz von den Planungsprozessen äußeren Rahmenbedingungen als Konstruktionsbasis des Modells anerkannt. Andererseits werden diese als Prämissen ohne nähere Diskussion der aus ihnen entstehenden Beeinflussungen auf die Prozessverläufe gesetzt. Damit sind unter anderem die im raumzeitlichen Kontext etablierten Wissenssysteme der diskursiven Totalität der sozialen Ordnung angesprochen, die sowohl auf die einzelnen Elemente und Ereignisse des Modells als auch die Prozessverläufe insgesamt wirken können.

Nicht zuletzt trifft das Modell weder eine prognostische noch eine normative Aussage. Eine solche scheint aus der hier gewählten erkenntnisleitenden Perspektive auch kaum möglich. Konflikte im Verlauf von Planungsprozessen lassen sich unter Anwendung des Prozessmodells weder vorhersagen noch verhindern. In der Analyse von Planungskonflikten ist es allerdings möglich, die antagonistischen Subjektpositionen anhand der jeweils in Stellung gebrachten Diskurse zu bestimmen. Damit ließe sich eine diskursive Planung inhaltlich anleiten, deren Resultate zwar ebenfalls nicht determinierbar sind, die allerdings verstanden als Haltung zur Gestaltung politischer und sozialer Aushandlungsprozesse mitunter eine Bearbeitung von Konfliktsituationen auf der Diskursebene ermöglichen kann.

## 5. Empirische Befunde zur Wirkung von Diskursen im Konfliktverlauf

Das vorab entworfene Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte operationalisiert die auf der theoretischen Ebene gewonnenen Erkenntnisse der Arbeit. Damit wird es möglich, die abgeleiteten Konzepte zum sozialen Raumnutzungskonflikt sowie der diskursiven Planung empirisch zu prüfen. Laut van de Vens (2007) ‚Wissenschafts-Diamanten‘, der dem Aufbau der Arbeit zugrunde liegt,<sup>79</sup> können anschließend Aussagen hinsichtlich der Problemstellung und des Hintergrundes der Arbeit getroffen werden. Die empirische Untersuchung dient außerdem dazu, das Prozessmodell zu testen und die Möglichkeiten eines dezidiert diskurstheoretisch informierten Vorgehens in der Analyse planungsbezogener Raumnutzungskonflikte zu demonstrieren. Zu beachten sind hierbei die vorab getroffenen Annahmen, dass am Konflikt beteiligte Akteure<sup>80</sup> entlang der aufgerufenen Diskurse ebenso emergent und kontingent sind, wie die einzelnen thematischen Diskursstränge und Konfliktlinien. Diskurse wirken – so die theoriegeleitete Annahme – im Sinne einer Prozesskausalität auf den Konfliktverlauf und stellen somit neben der Abgrenzung von Wissenssystemen und Sagbarkeitsräumen ein progressives Element im Konfliktverlauf dar.

Einleitend werden die methodologischen Grundlagen des Fallstudienansatzes und der für die weitere Untersuchung zielführenden Verfahren der Diskursanalyse auf unterschiedlichen Maßstabsebenen sowie das methodische Vorgehen in der anschließenden Analyse vorgestellt (5.1). Daraufhin wendet sich der Blick auf die Konflikte um die Waldschlösschenbrücke in Dresden (5.2) sowie den Bau und Betrieb einer Kohlenmonoxid-Pipeline von Krefeld-Uerdingen nach Dormagen (5.3) und deren spezifische Diskursverläufe. Abschließend werden die Erkenntnisse rekurrierend auf die theoretischen Grundlagen, die Möglichkeiten des Prozessmodells für die Analyse planungsbezogener Raumnutzungskonflikte sowie das methodische Untersuchungsdesign zusammenfassend diskutiert (5.4).

### 5.1 Fallstudienansatz und Diskursanalyse: Methodologie und Methodik

*„[P]rocess models employ eclectic designs that identify or reconstruct the process through direct observation, archival analysis, or multiple case studies.“ (van de Ven 2007: 159)*

Fallstudien eignen sich für das empirische Untersuchungsdesign insbesondere dann, wenn kontextabhängiges Wissen nötig ist, um soziale Prozesse detailliert nachvollziehen zu können. Anhand der Ergebnisse sind Rückschlüsse bezüglich theoretischer Vorannahmen möglich, Sonderfälle werden erkennbar und komplexe Dynamiken lassen sich in einer dichten Beschreibung nachvollziehen (Flyvbjerg 2006). In seiner zweiteiligen Definition von Fallstudien stellt Yin (2009) fest, dass sie erstens aktuelle Problemlagen kontextbasiert aufgreifen, insbesondere wenn die Grenzen zwischen Problem und Kontext nicht immer klar erkennbar sind. Zweitens zeichnen sich Fallstudien dadurch aus, unterschiedliche Variablen sowie Datenarten und -zugänge theoriegeleitet zu erschließen. Die Durchfüh-

<sup>79</sup> Vgl. Kap.1.

<sup>80</sup> Für die weiteren Ausführungen in der Fallstudienanalyse ist der in Kap. 2.3 dargestellte Akteursbegriff zu beachten. Danach sind soziale Akteure im antiessentialistischen Sinne als im Diskurs konstituierte Subjektpositionen zu verstehen.

rung von Fallstudien erachtet er als vorteilhaft, „when (a) ‚how‘ or ‚why‘ questions are being posed, (b) the investigator has little control over events, and (c) the focus is on a contemporary phenomenon within a real life context.“ (Yin 2009: 2) Darauf basierend scheint der Fallstudienansatz für die empirische Untersetzung der vorab entworfenen theoretischen Konzepte und des Prozessmodells geeignet. Neben der forschungsleitenden Fragestellung geht es hier um eine vertiefende Beschreibung sozialer Phänomene in spezifischen Prozessen, die weder zeitlich noch phänomenologisch konsistent sind. Zwar sind mehrere Fälle nach wie vor miteinander vergleichbar, doch kaum anhand fallübergreifender statistischer Verfahren. Außerdem sind in der diskurstheoretisch informierten Beschreibung und Erklärung von Verlaufsmustern der Planung und darin ausgetragenen Raumnutzungskonflikten die Grenzen zwischen den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und den konkreten sozialen Phänomenen fließend. Gerade hier liegt die Stärke des Fallstudienansatzes, mit dem Diskurse als Text im Kontext (Wrana et al. 2014) zu lesen und zu analysieren sind.

Mehrere Fallstudien ermöglichen zudem eine Replikation der Ergebnisse in Bezug auf den theoretischen Rahmen, „the overall study is therefore regarded as being more robust.“ (Yin 2009: 53) Andererseits erhöht ein multiples Fallstudiendesign deutlich den Aufwand der Erhebung, der Aufbereitung und der Auswertung der benötigten Daten dann, wenn der Anspruch der detaillierten Analyse im Einzelfall aufrechterhalten werden soll. Aufgrund der Möglichkeiten und Grenzen eines multiplen Fallstudienansatzes werden in Anlehnung an van de Vens (2007) einleitendes Zitat in dieser Arbeit zwei Fälle rekonstruiert.

Als Fall gilt dabei der Verlauf eines konkreten und in sich geschlossenen raumrelevanten Planungsprojektes, in dem es an einer oder mehreren Stellen zu einem Konflikt kam. Das Einsetzen des entsprechenden Diskurses – indiziert durch die Nennung des Planungsgegenstandes als Eröffnung eines thematisch-semantischen Feldes in dem die divergierenden (Teil-)Diskurse etabliert und positioniert werden – markiert hierbei den Prozessbeginn. Um die Fälle möglichst umfangreich und aktuell aufarbeiten zu können, richtete sich deren Auswahl nach entweder dem Vorhandensein einer kurz vor der Analyse getroffenen abschließenden Entscheidung, der bereits erfolgten baulichen Umsetzung oder dem weitgehenden Erliegen der beobachtbaren Konfliktodynamiken zum Zeitpunkt der Datenerhebung im Frühjahr 2015. Hieran schließen sich die Auswahlkriterien der untersuchten Fälle an, bei denen es sich handeln sollte um:

- konkrete Bauvorhaben welche zum Konflikt führten,
- Infrastrukturvorhaben (da Erfahrungen aus Voruntersuchungen zeigen, dass diese als besonders konflikträchtig gelten),
- Sonderfälle hinsichtlich des Konfliktverlaufes (zum Zweck des eingehenden Tests des Prozessmodells) sowie
- Konflikte mit einer hohen Reichweite und Wahrnehmung (da sie gut dokumentiert sind).

Anhand dieser Kriterien wurden als Fälle die Planung und Errichtung der Waldschlösschenbrücke in Dresden sowie der Bau und Betrieb einer Kohlenmonoxid-Pipeline (CO-Pipeline) von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen durch die Bayer MaterialScience AG (BMS AG) gewählt.

Zur Strukturierung der vergleichenden Fallstudienanalyse wird in Anlehnung an Kavens (2015) Ebenen von Prozessmodellen folgendes Vorgehen für die Untersuchung formuliert:

- Zunächst werden mit der deskriptiven Darstellung der Ereignisgeschichte die Fallbeispiele vorgestellt und eingeordnet. Da sich die Geschichte durch eine jeweils singuläre Koinzidenz auszeichnet, weist sie nicht zwangsläufig eine statische Entsprechung im Modell auf, mithin kontextualisiert sie lediglich dessen Anwendung im Sinne des Musterabgleichs (pattern-matching; vgl. Johnson 1997).
- Anschließend wird die Ereignisgeschichte im Abgleich der dominanten Diskurse mit den Elementen und Ereignissen des Prozessmodells in Phasen gegliedert, und somit einer gezielten Analyse der Triebkräfte und Dynamiken zugänglich gemacht.
- Aus einer Diskursanalyse heraus sind weiterhin die Akteure und ihre diskursive Stellung zueinander im Konflikt zu identifizieren, denn „formal-qualitative research understands both ‚meaning‘ and ‚actor‘ as effects of symbolic practice.“ (Angermuller 2014a: 57)

Das zentrale Erkenntnisinteresse der Arbeit entfaltet sich entlang der Frage nach der Wirkung von Diskursen im Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte. Diskurse stellen mithin die Analyseeinheit dar, deren methodologische und methodische Aufarbeitung im Folgenden zusammenfassend dargestellt wird.

### **Diskursanalytische Methoden zur Erfassung des Konfliktverlaufes**

Ähnlich breit wie der Diskursbegriff selbst zeigt sich auch das Feld der Forschungspraxis in der Diskursanalyse. Die Vielzahl der methodischen Ansätze lässt sich kaum auf einen Nenner bringen, und die empirischen Zugänge zum Diskurs werden nach wie vor kontrovers diskutiert. Eine der Diskurstheorie intrinsische oder notwendig folgende Methodologie zu vermuten, führt also in eine Sackgasse (Keller et al. 2008; Wedl und Wrana 2014). Aus diesem Grund ist eine dem theoretischen Aufriss der Arbeit folgende Spurensuche nötig, in deren Ergebnis Hinweise zur Analyse der gewählten Fallbeispiele zu finden sind. Angermuller (2014c: 24f.) stellt zunächst allgemein für die Diskursforschung fest, „dass der Diskurs kein vor der Theorie gegebenes Objekt ist, sondern im Forschungsprozess und mit dessen Methoden und Prozeduren konstruiert werden muss. [...] Quantitative Instrumente werden gewöhnlich für explorative Zwecke eingesetzt, d.h. [sic!] für die Generierung von Hypothesen über den übergreifenden Diskurszusammenhang, die dann in qualitativen Mikroanalysen überprüft und präzisiert werden müssen.“ Auf die Analyse konflikthafter politischer Prozesse wie sie Fischer und Gottweis (2012b) vorschlagen<sup>81</sup> übertragen, kann in einem ersten Schritt deren diskursiver Überbau mit Hilfe quantitativer Instrumente der Diskursanalyse freigelegt werden, um in einem zweiten Schritt den Aussagen auf der Akteursebene mikroanalytisch zu begegnen. Für die Planungswissenschaften schlagen Miegl und Oevermann (2015) in einer ähnliche Schrittfolge die synchrone Diskursanalyse mit dem Ziel vor, zeitgleich wirkende Diskurse im Konflikt zu analysieren.

---

<sup>81</sup> Vgl. Kap. 3.4.

Da in der raumwissenschaftlichen Diskursforschung mit der Lexikometrie (Dzudzek et al. 2009) und der Aussagenanalyse (Mattisek 2009) ein entsprechendes Instrumentarium bereits vorgeschlagen und empirisch untersetzt wurde, wird darauf auch in dieser Untersuchung zurückgegriffen.

### *Lexikometrie*

„Schrift [ist] der Name für ein System, in dem die Signifikanten aufeinander verweisen und allein aufgrund ihrer Differenz zueinander Bedeutung produzieren.“ (Quadflieg 2008: 103)

Unter dem Begriff der Lexikometrie versammelt sich eine Reihe diskurslinguistischer Methoden, die innerhalb eines digitalen Textkorpus<sup>82</sup> statistische Beziehungen einzelner lexikalischer Elemente aufzeigen. Sie ist insbesondere zur Darstellung diskursiver Veränderungen im Zeitverlauf unter Verwendung großer Datenmengen geeignet. „Dabei ermöglichen lexikometrische Verfahren, gerade auch die *Unterschiedlichkeit* von Verweisstrukturen und damit die Bedeutungen von einzelnen Wörtern und Zeichenverkettungen in unterschiedlichen diskursiven Formationen zu erfassen.“ (Dzudzek et al. 2009: 234, Hervorh. im Orig.).

**Tabelle 1: Fallbasierte Datengrundlage der Textkorpora für die lexikometrische Analyse**

Fallbeispiel	auflagenstärkste Regionalzeitungen*	Zeitraum**	Anzahl thematischer Artikel (gesamt)
Waldschlösschenbrücke	Sächsische Zeitung (SZ) Dresdner Neueste Nachrichten (DNN)	01.01.1996 - 31.12.2014	7266
CO-Pipeline	Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) Rheinische Post (RP)	01.10.2004 - 31.12.2014	4603
* nach IWW (2015)			
** beginnend mit dem Quartal der ersten Nennung bis zum Zeitpunkt der Datenerhebung			

Quelle: eigener Entwurf

Das Textkorpus bezeichnet nach Lemnitzer und Zinsmeister (2006) allgemein eine Zusammenstellung digitaler Äußerungen. Ein wesentliches Kriterium für die Korpuserstellung ist die Geschlossenheit hinsichtlich aller Faktoren, deren Varianz in der Analyse nicht adressiert wird. In der hier durchgeführten Prozessanalyse stellten die Veränderungen im Zeitverlauf die Untersuchungsvariable dar, das Korpus wurde also zeitlich segmentiert. Die textgenerierenden Sprecherpositionen und Textarten blieben dagegen stabil. Es war also notwendig, in Serie erscheinende Texte der gleichen Quelle zu erfassen. In der Konsequenz wurden die fallspezifisch jeweils auflagenstärksten Regionalzeitungen für die Korpuszusammenstellung genutzt, wobei aufgrund der großen zu erfassenden Zeiträume und der eingeschränkten Datenverfügbarkeit ein thematisches Korpus mit jeweils einschlägigen Artikeln erstellt wurde (vgl. Tabelle 1). Regionale Pressekorpora boten sich insofern an, als dass hier die Spezifika des jeweiligen Konfliktes durch die Einbettung in die gesamtgesellschaftlichen Diskursfelder der betroffenen Region deutlich wurden. Damit war die Analyse sowohl unter korpuslinguistischen als auch unter diskursanalytischen Gesichtspunkten abgesichert.

<sup>82</sup> Angermüller (2014b) weist darauf hin, dass der Begriff des Korpus aufgrund seines Gegenstandsbereiches linguistisch ‚korrekt‘ mit dem Neutrum belegt sei, weswegen es hier ebenfalls in der neutralen Form verwendet wird.



In der Aufbereitung der Textkorpora wurden sämtliche Artikel quartalsweise zusammengefasst im Unicode-Format gespeichert. Mit Hilfe softwaregestützter<sup>83</sup> Stopplisten wurden außerdem sämtliche Funktions- und Zahlwörter, Hilfsverben, Sonderzeichen und Datenbank-Metadaten entfernt, um die anschließenden Berechnungen der statistischen Signifikanzen nicht zu verzerren. Daraufhin wurden in einem zweistufigen Verfahren die Charakteristika wechselnd zusammengestellter Teilkorpora ermittelt (vgl. Dzudzek et al. 2009; Glasze 2008):

1. Zunächst wurden die quartalsweise zusammengestellten Zeitungsartikel als Teilkorpora in Referenz zum fallbezogenen Gesamtkorpus auf statistisch signifikante Worthäufungen hin untersucht. Die so extrahierten Schlüsselwörter jedes Quartals wurden in einem interpretativen Zwischenschritt gruppiert. Im Ergebnis waren inhaltliche Fokussierungen und Verlaufsmuster der Diskussionen über die Zeit erkennbar, anhand derer einzelne quartalsübergreifende Phasen des Planungs- und Konfliktverlaufes bestimmt werden konnten. Dieses Vorgehen orientierte sich in Form eines Musterabgleiches an den Elementen und Ereignissen des Prozessmodells.
2. Die jeweiligen Zeitungsartikel der einzelnen Phasen wurden daraufhin erneut in Teilkorpora zusammengefasst und in Referenz zum Gesamtkorpus deren statistisch signifikante Begrifflichkeiten herausgestrichen. Anschließend wurden die für die jeweilige Phase charakteristischen Schlüsselwörter thematisch gruppiert und in Diskursdiagrammen grafisch aufbereitet. Daraus ergaben sich Hinweise auf die unterschiedlichen Bedeutungskonstitutionen hinsichtlich des jeweiligen Vorhabens und deren Transformation im Planungs- und Konfliktverlauf.

Bei diesem Vorgehen handelte es sich um eine sog. corpus-driven-Analyse. Diese bietet einen „Zugang, der die Daten zum Ausgangspunkt [...] macht.“ (Bubenhof 2009: 102) Im Vorfeld der Analyse wurden keinerlei Suchanfragen formuliert, die Ergebnisse entstanden also in einem induktiven Verfahren der statistischen Datenanalyse. Hier entfaltet die corpus-driven-Analyse ihre Stärke hinsichtlich der zunächst unabhängigen Überprüfung der theoretischen Vorannahmen und des Prozessmodells. Die daraus interpretativ extrahierten Diskurscluster wurden in einem abschließenden Schritt an die in den jeweiligen Phasen sichtbaren Sprecherpositionen rückgebunden. Da diese als Akteure ebenso wie die Bedeutungen im Diskurs konstituiert werden, wurden sie als analytische Positionierungen anhand zusätzlicher Schlüsselwortlisten als sog. Zweiwortcluster erkennbar und in einer Art „[m]apping unterschiedlicher Akteure und Identitäten“ (Warnke 2012: 209) aufbereitet.

Mit der lexikometrischen Analyse wurde den Fragen nach dem Referenzort, mithin worauf sich die diskursive Auseinandersetzung bezog und dem Performanzort als Position, von der aus die Auseinandersetzung geführt wurde, nachgegangen. Im Ergebnis traten diskursive Besonderheiten des Äußerungskontextes als Subjekte im Diskurs mit entsprechenden Interessenlagen und (institutionalisierten) Machtpositionen in den Vordergrund.<sup>84</sup>

---

<sup>83</sup> Für die Aufbereitung der Daten, die Erstellung von Wortlisten und die Berechnung der statistischen Signifikanzen wurde das Programm Wordsmith 6 verwendet.

<sup>84</sup> Vgl. Kap. 2.2.

### *Aussagenanalyse*

Im Ergebnis der lexikometrischen Analyse wurden zahlreiche Hinweise auf unterschiedliche Diskurse im Zeitverlauf und deren Entwicklungen anhand statistischer Berechnungen bereitgestellt. Diese galt es anschließend anhand der Aussagen der ebenfalls analytisch ermittelten Akteure qualitativ zu prüfen. Als Datengrundlage dienten einzelne textliche Äußerungen der in jedem der vorab ermittelten Zeitabschnitte auftretenden Akteure, die den Hinweisen aus der Lexikometrie folgend als zentrale Positionsbestimmungen interpretiert wurden. Hierbei half die durch die breite Dokumentation der ausgewählten Fälle gute Verfügbarkeit solcher Äußerungen in Textform in der jeweiligen Phase. Laut Mattissek (2009) kann die Aussagenanalyse als diskurstheoretisch informierte Methode sprachliche Verweisstrukturen jenseits statistischer Signifikanzen erkunden. Neben den methodologischen Schwierigkeiten, die sich aus dem Versuch einer Korpuserstellung aus diesen in Form und Art mitunter enorm variierenden Aussagemengen ergeben hätten „gibt es sprachliche Phänomene, die sich (bislang) einer rein technischen Auswertung mittels Computerabfragen weitgehend entziehen. Ein Beispiel ist in der [...] Unterscheidung zwischen Gebrauch und Erwähnung, zwischen der affirmativen, neutralen und kritischen Verwendung von Lexemen (und Argumenten) zu sehen.“ (Niehr 2014: 73)

In den untersuchten Texten wurden mögliche Interpretationskontexte zentraler Aussagen und Argumente bestimmt, die sich in Form von Grammatiken zeigten, die die genannten Kontexte und inhaltlichen Verweisstrukturen innerhalb der Aussagen regeln. Folgende Orientierungshilfen wurden dabei genutzt (vgl. Angermüller 2007; Mattissek 2009):

- Über Zeigewörter und Äußerungspartikel wie Personalpronomen, Zeit- oder Raumbezüge war es möglich, räumliche Identitäten zu erkennen und einzuordnen, die sich in der Planung und im Konfliktverlauf relational zueinander positionierten.<sup>85</sup>
- In argumentativ formulierten Aussagen wurden die Vorkonstrukte in Form der argumentationspezifisch aufgerufenen Letztbegründungen extrahiert und die damit verbundenen Bedeutungen, Wertungen und diskursiven Positionierungen nachvollzogen.
- Für die Erkundung diskursiver Brüche in Konflikten war es nicht zuletzt zielführend, die Polyphonie einzelner Aussagen in den Blick zu nehmen. Innerhalb einer Äußerung können widersprüchliche Aussagen aufscheinen, die mit Hilfe von relativierenden und oft negierenden Anzeigewörtern wie ‚aber‘, ‚sondern‘ oder ‚nicht‘ auf unterschiedliche Distanz zur Sprecherposition gebracht werden. So werden mitunter Gegenpositionen mitformuliert, auf die sich eine Ablehnung bezieht. Einerseits wird darin zwar der potentielle Wahrheitsgehalt der gegenüberliegenden Position angedeutet, dieser aber im konkreten Fall als – zumindest partiell – unangebrachter Anspruch zurückgewiesen.

Die Ergebnisse der Diskursanalysen wurden phasenweise und am Prozessmodell ausgerichtet geordnet und in einen narrativen Gesamtzusammenhang gesetzt. Deren Präsentation findet sich in den anschließenden Abschnitten zu den jeweiligen Fallbeispielen in Form einer dichten Beschreibung der Planungs- und Konfliktverläufe auf der diskursiven Ebene.

<sup>85</sup> Vgl. die diskursive Ortskonstruktion im Konflikt in Kap. 2.5.

Zu beachten bleibt jedoch, dass „[w]ann immer wir versuchen, die Bedeutung von Signifikanten dingfest zu machen, werden wir unweigerlich auf Signifikanten zurückverwiesen.“ (Feustel 2015: 27) Damit kann eine Analyse der Oberfläche des Sprachsystems in Form der Signifikanten lediglich Indizien für die Konstitution der darunter liegenden Bedeutungen der Signifikate geben. Die Tiefenstruktur entzieht sich dem direkten Zugriff durch diskurslinguistische Methoden und bleibt dem interpretativen Spielraum des Forschers überlassen. Auch dieser ist „eben dem Diskurs seiner Zeit verpflichtet.“ (Spitzmüller und Warnke 2011: 69) Hilfreich ist aber für die Analyse, dass die Zeichen sich in einem sprachlichen Verweissystem gegeneinander abgrenzen und so in der Differenzierung von anderen Signifikanten eine jeweils eigene, kontextbasierte und damit kontingente Bedeutung erkennen lassen. Eine diskursanalytische Untersuchung fragt aufgrund der schieren Aussichtslosigkeit nicht nach der Tiefenstruktur, sondern nach der Entstehung und den Implikationen der Signifikanten:

*„Der Spiegel, so wie er Sie sehen wird, [...] wird zwar zerbrochen sein, doch wird er den Bruch reflektieren in einer unberührten und ununterbrochenen Fiktion.“ (Derrida 1995: 331)*

## 5.2 Der Brückenstreit in Dresden

Die Innenstadt der sächsischen Landeshauptstadt Dresden verfügte bis kurz nach der Jahrtausendwende über vier Elbbrücken: die Albertbrücke, die Carolabrücke, die Augustusbrücke sowie die Marienbrücke. In einer Entfernung von etwa 4,5 Kilometern flussaufwärts der Albertbrücke verbindet außerdem die Loschwitzer Brücke – das sog. Blaue Wunder – die Stadtteile Loschwitz und Blasewitz miteinander. Flussabwärts der Innenstadt schließen sich außerdem die 1930 – damals noch unter dem Namen Kaditzer Brücke – eingeweihte Flügelwegbrücke sowie die Elbquerung der Bundesautobahn 4 an. Mit dem Verweis auf den Generalbauplan der Stadt Dresden aus dem Jahr 1862 und die darin vorgesehenen Ringstraßen wurde in den vergangenen 150 Jahren wiederholt eine zusätzliche Verbindung der Stadtteile Johannstadt auf der südlichen Elbseite und der Radeberger Vorstadt am gegenüberliegenden Ufer auf der Höhe des sog. Waldschlösschen-Areals angestrebt (vgl. Abbildung 19).



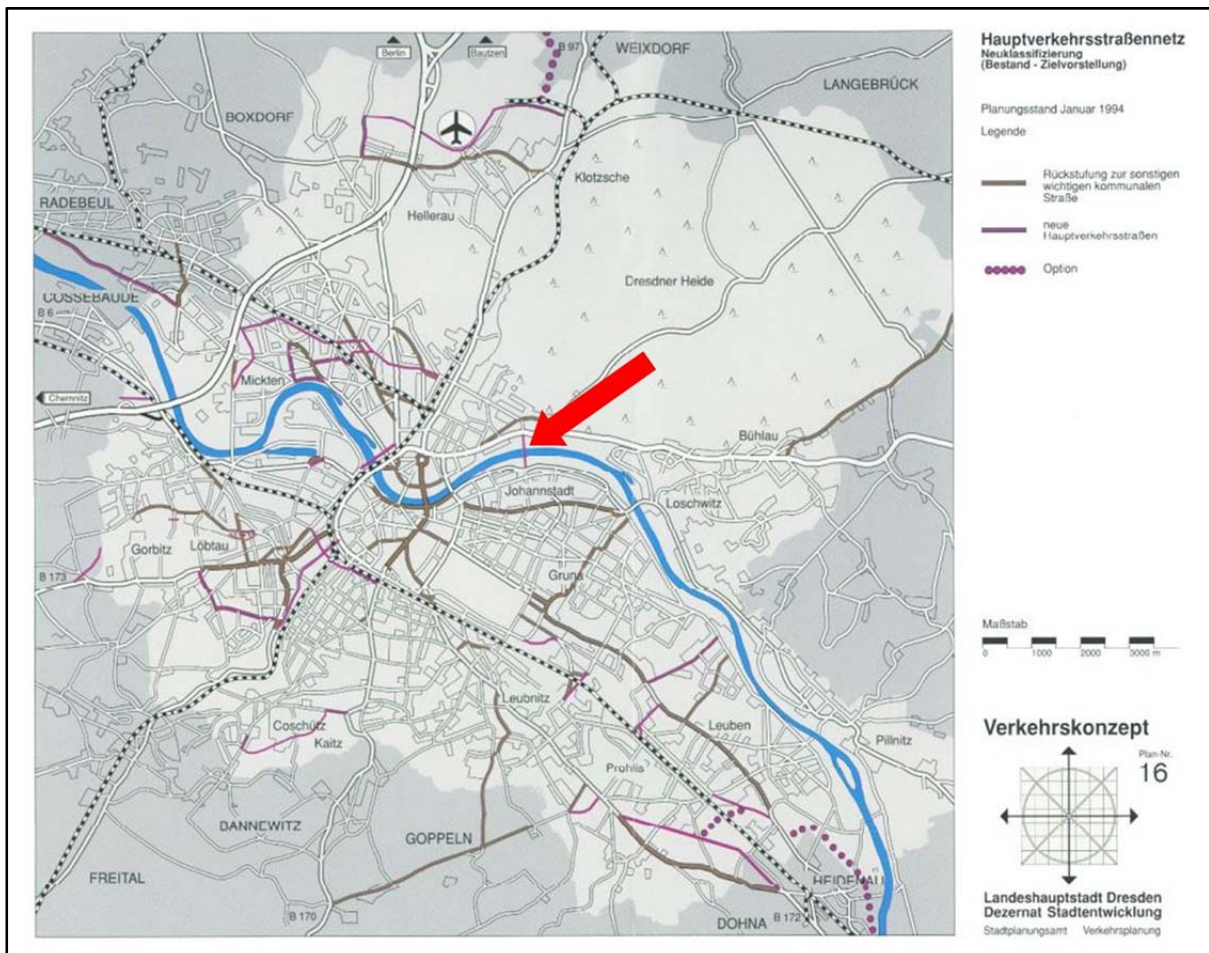
**Abbildung 19:**  
Karte Dresdens aus dem Generalbauplan von 1862 mit  
angedeuteter Elbquerung am Waldschlösschen

Quelle: verändert nach Pampel (1989)

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts beantragte der Johannstädter Bezirksverein mehrfach den Bau einer Brücke, der stets aus wirtschaftlichen Gründen von der Stadt abgelehnt wurde. Der Dresdner Hauptverkehrswegeplan von 1937 sah ebenfalls eine Brücke an der genannten Stelle vor, die allerdings aufgrund des Beginns und Verlaufs des zweiten Weltkriegs nicht gebaut wurde. Einen weiteren Ver-

sich zur Errichtung einer Brücke initiierte das Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) an derselben Stelle in den 1980er Jahren. Daraufhin wurde im Ergebnis eines Entwurfswettbewerbs eine Schrägseilbrücke projektiert. Der Baubeginn sollte im Jahr 1990 sein, welcher durch die deutsche Wiedervereinigung ebenfalls nicht wahrgenommen werden konnte (Landeshauptstadt Dresden 2006).

**Abbildung 20: Bestand und Zielvorstellung zum Hauptverkehrsstraßennetz im Verkehrskonzept Dresdens von 1994 mit der bereits vorgesehenen Elbquerung am Waldschlösschen**



Quelle: verändert nach Landeshauptstadt Dresden (1994)

Das im Jahr 1994 unter veränderten politischen Vorzeichen vom damaligen Stadtplanungsamt erstellte Verkehrskonzept der Landeshauptstadt Dresden nahm den Gedanken einer Elbquerung erneut auf (vgl. Abbildung 20). Mit dem Stadtratsbeschluss zum Bau der sog. Waldschlösschenbrücke im August 1996 wurde ein weiteres Mal die Planung begonnen. In deren Folge kam es zum Konflikt, der sich entlang unterschiedlicher Diskurse entfaltete und in dessen Verlauf das ursprüngliche Diskursfeld der Brücke über die Elbe zunehmend in den Hintergrund trat. Nach einem zusammenfassenden Überblick zum Planungs- und Konfliktverlauf und der Vorstellung der zu unterschiedlichen Zeiten im Diskurs sichtbaren Akteure werden die Diskursentwicklungen anhand der einzelnen Prozessphasen dargestellt. Innerhalb dieser Phasen werden die jeweils dominant in Stellung gebrachten Diskurse und ihre Positionierung in Relation zu den Akteuren im Planungsprozess und im Konflikt nachgezeichnet. Abschließend werden die einzelnen Phasen in das Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener

Raumnutzungskonflikte eingeordnet und hinsichtlich der Entwicklungen auf der diskursiven Ebene nachvollzogen.

### **Zentrale Ereignisse des Planungs- und Konfliktverlaufs um die Dresdner Waldschlösschenbrücke**

Nach dem Stadtratsbeschluss zum Bau der Waldschlösschenbrücke vom 15. August 1996 wurde von Seiten der Stadt Dresden ein Realisierungswettbewerb durchgeführt, in dem mehrere Architekturbüros um Vorschläge zur Gestaltung und Anbindung der künftigen Brücke gebeten wurden. Im Dezember 1997 empfahl ein Preisgericht unter der Leitung des Hamburger Architekten Volkwin Marg den Entwurf einer Berliner Arbeitsgemeinschaft zur Umsetzung.<sup>86</sup> Zum Jahresbeginn 2000 stellte die Stadt Dresden beim damaligen Regierungspräsidium Dresden<sup>87</sup> als zuständiger Planungsbehörde den Antrag auf Planfeststellung. Das Vorhaben wurde allerdings im Juli desselben Jahres wegen eines umfangreichen Überarbeitungsbedarfes aufgrund veränderter verkehrstechnischer Anforderungen und der zu erwartenden Überschreitung von Lärmgrenzen ausgesetzt. Dessen ungeachtet unternahm Herbert Wagner als damaliger Oberbürgermeister der Stadt Dresden im November 2000 den ‚ersten Spatenstich‘ als symbolischen Bauauftakt. Erst im Oktober des Jahres 2003 übergab das Regierungspräsidium der Stadt schließlich einen Nachforderungskatalog zur Überarbeitung der Pläne, dem eine öffentliche Erörterung voranging. Nach deren Bearbeitung erging am 25. Februar 2004 der Planfeststellungsbeschluss und das Regierungspräsidium Dresden erteilte damit die Baugenehmigung für die Waldschlösschenbrücke. Während des gesamten Kalenderjahres 2004 folgten von Seiten mehrerer Umweltverbände initiierte Mahnwachen und insgesamt 47 Klagen gegen den Bau der Brücke. Nach den Kommunalwahlen im September 2004 ergaben sich im Stadtrat zudem veränderte Mehrheiten, die unter Federführung der damaligen PDS<sup>88</sup> einen einstweiligen Baustopp für die Brücke erwirkten. Daraufhin warben die städtische CDU gemeinsam mit der FDP und dem Allgemeinen Deutschen Automobil-Club e. V. (ADAC) erfolgreich für einen Bürgerentscheid über den Bau der Brücke, der am 27. Februar 2005 mit einer deutlichen Mehrheit von 67,9% für den Brückenbau ausging.

Zu diesem Zeitpunkt war die spätere Diskussion um den Titel der Kulturlandschaft Dresdner Elbtal als Welterbestätte der United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) noch nicht abzusehen. Erst im Jahr 2004 wurde dem Dresdner Elbtal der Titel verliehen, für dessen Bestand das zuständige Welterbekomitee im November 2005 aufgrund des geplanten Brückenbaus Bedenken anmeldete. Daraufhin verfügte die Stadt Dresden im Juli 2006 einen erneuten Baustopp, um die Möglichkeiten des Titelerhaltes bei gleichzeitiger Umsetzung des Bürgerentscheides zu prüfen. Im März 2009 ordnete das Sächsische Obergericht (OVG) in Bautzen wegen der Bindungswirkung des Entscheides allerdings die Vergabe der weiteren Bauaufträge durch die Stadt an. Ungeachtet dessen richtete der Dresdner Stadtrat im April 2007 eine Perspektivenwerkstatt zur Ausarbeitung alternativer Brückenentwürfe als öffentliches Forum ein. Dabei stand der Bau der Brücke

---

<sup>86</sup> Am später verwirklichten Entwurf der Waldschlösschenbrücke waren das Ingenieurbüro Karen Eisenloffel und Achim Sattler, das Architekturbüro Thomas Kolb und Henry Ripke, das Büro CAD-Gestaltung Henning Jesse und der Landschaftsarchitekt Daniel Sprenger aus Berlin beteiligt.

<sup>87</sup> Das Regierungspräsidium Dresden wurde aufgrund der Verwaltungsneuordnung und der Kreisreform in Sachsen 2008 in Landesdirektion umbenannt und ging 2012 in der Landesdirektion Sachsen auf.

<sup>88</sup> Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) fusionierte im Jahr 2005 mit der westdeutschen Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit e. V. (WAsG) zur Partei Die Linke.

selbst nicht zur Debatte, es sollten lediglich gestalterische Anpassungen mit dem Ziel des Erhaltes des Welterbetitels entworfen und diskutiert werden.

In der zweiten Jahreshälfte 2007 wurden weitere Vorwürfe gegen den Bau der Brücke mit der Begründung laut, den ökologischen Folgen bei der Planung zu wenig Beachtung geschenkt zu haben. Dafür wurde das vermeintlich bedrohte Habitat der seltenen Fledermausart ‚Kleine Hufeisennase‘ ins Feld geführt. Das Verwaltungsgericht (VG) Dresden stoppte daraufhin ein drittes Mal den Bau per Anordnung, der allerdings im November desselben Jahres durch das OVG Bautzen revidiert wurde. Nach dem Abschluss der notwendigen Vorbereitungen begann daraufhin die Errichtung der Brückenköpfe an beiden Ufern der Elbe. Sie war der Anlass für zahlreiche öffentliche Proteste und Demonstrationen seitens der Brückengegner, „[d]er Streit um den Brückenbau erreicht die Straßen.“ (Hilbert 2013: 28) Mit dem Verweis auf den drohenden Verlust des UNESCO Welterbetitels setzten sich die Brückengegner in der ersten Hälfte des Jahres 2008 für einen erneuten Bürgerentscheid zugunsten einer Tunnelvariante ein und sammelten etwa 40.000 Unterschriften gegen den Bau der Brücke. Die Stadt Dresden lehnte das Bürgerbegehren allerdings ab, woraufhin das UNESCO Welterbekomitee die endgültige Streichung von der Liste der Welterbestätten androhte. Das VG Dresden wies im Oktober 2008 zudem eine weitere Klage von Naturschützern sowie eine Tunnellösung in erster Instanz ab, und bestätigte seine Entscheidung nach einer Berufungsverhandlung im März 2009. Während der 33. Sitzung des UNESCO Welterbekomitees im spanischen Sevilla im Juni 2009 wurde das Dresdner Elbtal nach Abstimmung der Mitglieder schließlich von der Liste der Welterbestätten gestrichen.



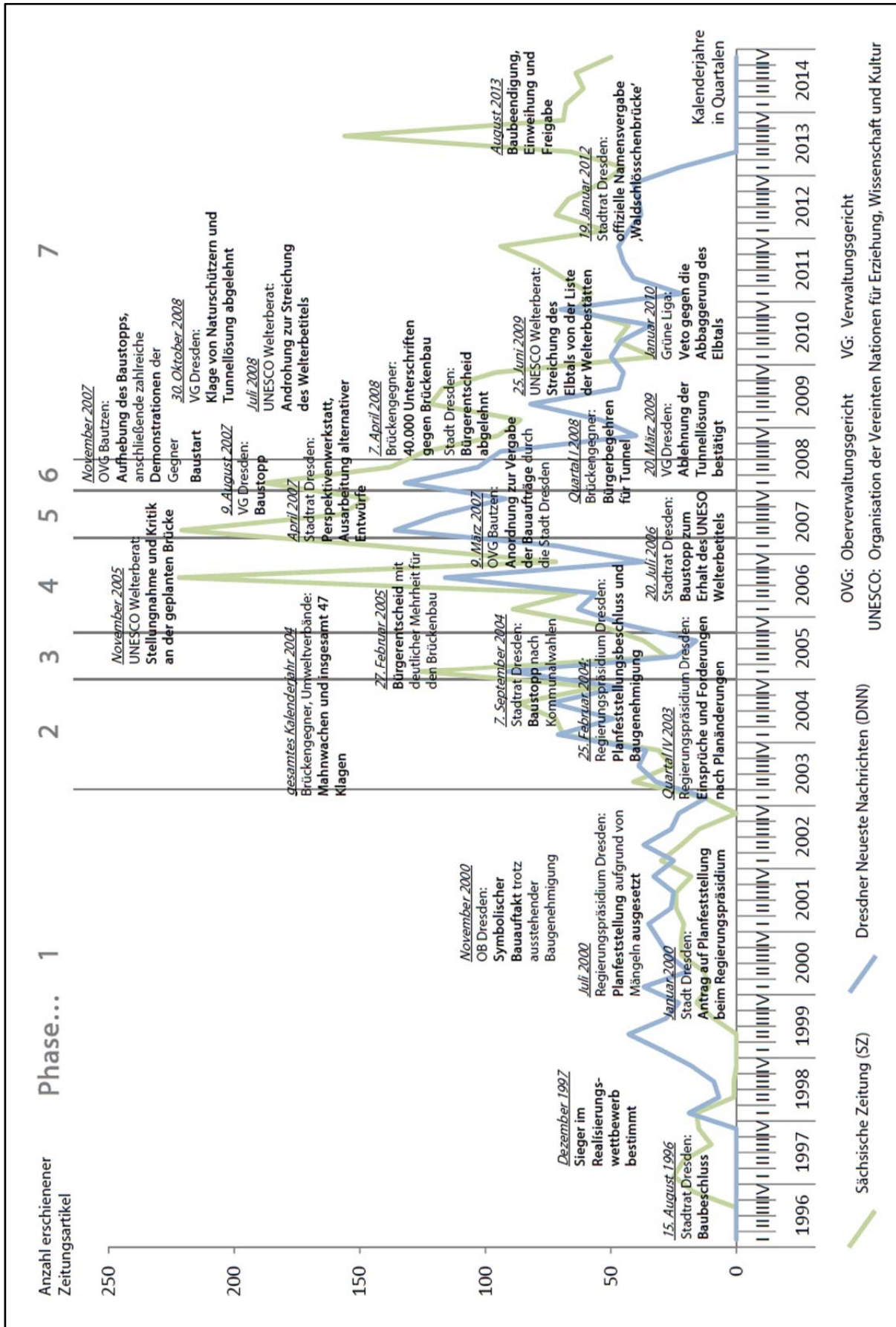
**Abbildung 21:**  
**Die Dresdner Waldschlösschenbrücke**  
**im Sommer 2015**

Quelle: Autor

Trotz vereinzelter Protestaktionen von Seiten der Brückengegner nach der Entscheidung des UNESCO Welterbekomitees wurde die Brücke danach in der ursprünglich planfestgestellten Variante errichtet. Sie erhielt am 19. Januar 2012 nach einer Abstimmung des Dresdner Stadtrates den offiziellen Namen Waldschlösschenbrücke. Im August 2013 wurden die Bauarbeiten abgeschlossen. Die Brücke wurde daraufhin in einer mehrtägigen Feier vor Ort eingeweiht und für den Verkehr freigegeben.

Der Verlauf der Planung und des Konfliktes um die Waldschlösschenbrücke lässt sich aufgrund der diskursiven Ereignisse und Entwicklungen und im Abgleich mit dem Prozessmodell in sieben aufeinanderfolgende Phasen unterteilen. Die Medienbegleitung in Form der Veröffentlichungszahl thematisch einschlägiger Zeitungsartikel zur Waldschlösschenbrücke stellt einen weiteren Indikator für die Einordnung und Untergliederung der Entwicklung dar (vgl. Abbildung 22). Die einzelnen Phasen werden nach der kurzen Vorstellung der am Konflikt beteiligten Akteure hinsichtlich der Diskursentwicklungen noch einmal detailliert nachgezeichnet.

Abbildung 22: Zentrale Ereignisse, Medienbegleitung und Phasen im Dresdner Brückenstreit



Quelle: eigener Entwurf; Datenquelle: SZ, DNN, Hilbert (2013), Grüne Liga Sachsen e. V., Mehr Demokratie e. V.

## Die Akteure des Dresdner Brückenstreits im Überblick

Im Verlauf der Planung und des Konfliktes um die Errichtung der Waldschlösschenbrücke konstituierte sich eine Vielzahl von Akteuren im Diskurs, die für die hier angestrebte Untersuchung in drei größere Gruppierungen zusammengefasst werden können. Neben den wiederholt genannten Brückengegnern, inklusive einzelnen politischen Parteien und bekannten Einzelpersonen des öffentlichen Lebens, formierten sich auch Bürgerinitiativen mit einer klaren Haltung zugunsten der Brücke, die ebenfalls durch die zustimmende Positionierung politischer Parteien gestützt wurden. Die dritte Akteursgruppe, im Wesentlichen vertreten durch die mit dem Konflikt befassten Gerichte und das im späteren Konfliktverlauf auftretende Welterbekomitee der UNESCO, beeinflusste und transformierte sowohl die Diskurse als auch die Konfliktlinien. Gleichwohl sind diese Akteure nicht eindeutig einem der konstituierenden Diskursfelder der beiden erstgenannten Gruppen zuzuordnen.

### *Brückenbefürworter*

Auf Seiten der Befürworter einer Brücke über die Elbe auf der Höhe des Waldschlösschen-Areals äußerten sich zunächst die Stadtratsfraktionen der CDU und FDP im Anschluss an das vom Stadtrat 1994 verabschiedete Verkehrskonzept der Landeshauptstadt Dresden. Aufgrund der damaligen Mehrheit dieser beiden Fraktionen im Stadtrat beschloss dieser am 15. August 1996 den Bau der Waldschlösschenbrücke. Vertreter beider Parteien initiierten außerdem zusammen mit dem ADAC den letztlich zugunsten des Baus durchgeführten Bürgerentscheid. Im Vorfeld der Abstimmung suchten sie in der eigens gegründeten Bürgerinitiative ‚Pro Waldschlösschenbrücke‘ den öffentlichen Schulterchluss. Diese Bürgerinitiative blieb bis zur Fertigstellung und Eröffnung der Brücke die zentrale Sprecherposition der Brückenbefürworter.

### *Brückengegner*

Nach der Planfeststellung am 25. Februar 2004 und der damit vom Regierungspräsidium Dresden erteilten Baugenehmigung reichten die Umweltverbände Grüne Liga Sachsen e. V., der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) sowie der Naturschutzbund Deutschland e. V. (NaBu) mehrere Klagen gegen die Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses ein. Sie stellten sich gemeinsam gegen die Errichtung der Brücke und beklagten bereits zu dieser Zeit die ungenügende Berücksichtigung einer Tunnelvariante zur Elbquerung.

Die PDS als zweitstärkste Partei im Dresdner Stadtrat positionierte sich ebenfalls ablehnend gegenüber der Planfeststellung in der vorliegenden Form und setzte sich für ein Mehrbrückenkonzept in jeweils kleinerem Maßstab an unterschiedlichen Standorten ein. Aufgrund der geänderten Mehrheiten im Stadtrat nach den Kommunalwahlen im Juni 2004 erwirkte sie in Koalition mit den Stadtratsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen (Grüne) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) einen vorübergehenden Baustopp bis zur Klärung der ausstehenden Fragen und Gerichtsurteile.<sup>89</sup>

Im Vorfeld des anschließend von den Brückenbefürwortern initiierten Bürgerentscheides traten die eingangs genannten Umweltverbände gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club

---

<sup>89</sup> Nach der Wahl zum Dresdner Stadtrat am 13. Juni 2004 verfügten die Fraktionen der PDS, der Grünen sowie der SPD über insgesamt 34 Sitze gegenüber lediglich 26 Sitzen von CDU und FDP.



e. V. (ADFC) öffentlich als ‚Koalition gegen die Waldschlösschenbrücke‘ auf. Im Anschluss an das Ergebnis zugunsten des Brückenbaus wurden deren verbleibende Mitglieder überwiegend von der Grünen Liga Sachsen vertreten. Nachdem das Welterbekomitee der UNESCO die Bedenken gegen die geplante Brücke äußerte, gründeten die Brückengegner die Bürgerinitiativen ‚Tunnelalternative am Waldschlösschen e. V.‘ und ‚Welterbe Dresdner Elbtal‘ als Sprecherpositionen in Opposition zur Waldschlösschenbrücke. Im Zuge der voranschreitenden Bauarbeiten zur Errichtung der Brückenauffahrten trat außerdem das Aktionsbündnis Robin Wood kurzzeitig als wahrnehmbare Stimme im Diskurs gegen die Brücke auf den Plan.

#### *Weitere Akteure im Brückenstreit*

Im Konfliktverlauf wurden wiederholt Klagen gegen den Bau der Brücke beim VG Dresden eingereicht. Ungeachtet der zeitweise verhängten Baustopps zur Überprüfung vermeintlicher Verfahrensfehler bei der Planfeststellung wies es im Zuge der späteren Debatten um den Erhalt des Welterbetitels die Klagen der Umweltverbände gegen den Brückenbau und die angestrebte Tunnellösung ab. Als Gründe nannten die Richter die für einen Tunnelbau zu erwartenden wesentlich höheren Bau- und Unterhaltskosten sowie erhebliche ökologische Mehrbelastungen im Bereich der Baustelle (Az. 3 K 923/04). Unter Verweis auf die rechtliche Verbindlichkeit des Bürgerentscheides ordnete das OVG Bautzen im März 2007 zudem die Vergabe der Bauaufträge durch die Stadt Dresden an (Az. 4 BS 216/06).

Im Anschluss an den Bürgerentscheid zum Brückenbau meldete die UNESCO ihre Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit der Waldschlösschenbrücke mit der Kulturlandschaft Dresdner Elbtal als Schutzgut an. Bis zur endgültigen Streichung des Elbtals von der Liste der Welterbestätten trat damit ein äußerst wirkmächtiger Akteur in den Konflikt ein, ohne sich dezidiert auf einer der beiden Seiten zu positionieren. Die Kritik des zuständigen Komitees richtete sich vielmehr gegen die aus ihrer Sicht unzureichende Kommunikation der Brückenpläne durch die Stadt Dresden im Vorfeld der Titelverleihung. Auch in den anschließenden Debatten um eine Anpassung der Brückenpläne und der Erwägung eines Elbtunnels blieb das UNESCO Welterbekomitee eine kritische Stimme bezüglich der Konfliktbearbeitung durch die Stadtverwaltung und den Stadtrat.

Im Zuge der Debatten um den Erhalt des Welterbetitels wurden auch vereinzelte Stimmen aus der Bundespolitik laut. So äußerten sich beispielsweise die Bundeskanzlerin Angela Merkel oder der damalige Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse zum Brückenstreit mit dem Appell, eine einvernehmliche Lösung mit dem Ziel des Erhaltes des Welterbetitels zu finden. Diese Stimmen blieben aber mit Blick auf die Diskursentwicklungen Randnotizen, die keinen erkennbaren Einfluss hatten.

#### **Die Phasen im Planungs- und Konfliktverlauf um die Waldschlösschenbrücke: Diskursive Entwicklungen und zentrale Aussagen**

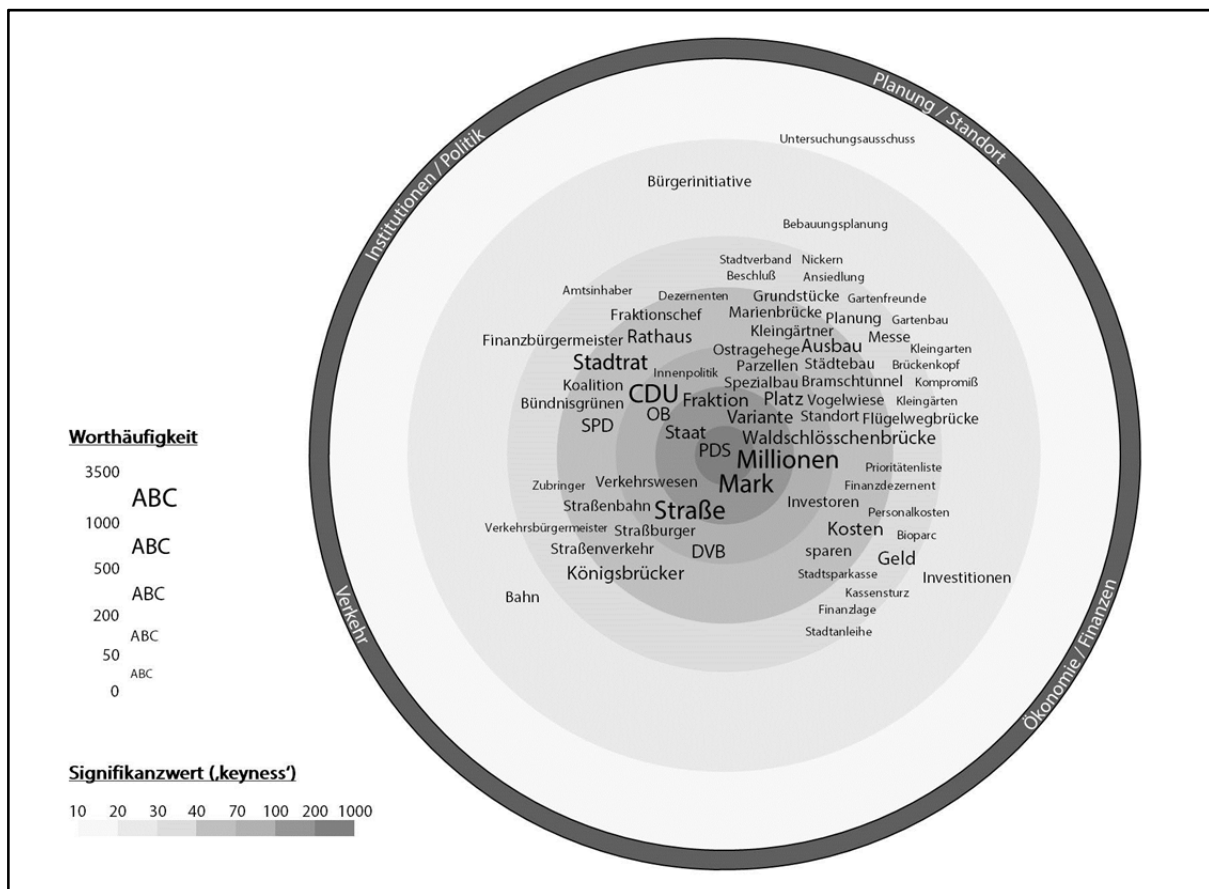
Bestimmend für die gewählte Einteilung des Planungs- und Konfliktverlaufes um den Bau der Waldschlösschenbrücke in sieben Phasen waren die Ergebnisse der lexikometrischen Analyse des regionalen Pressekorpus, anhand derer die in der Medienöffentlichkeit signifikant verhandelten Begriffsfelder für jedes Quartal der Jahre 1996 bis 2014 erkennbar wurden. Entlang der sich darin über den

gesamten Zeitverlauf abzeichnenden Diskursstränge wurden im interpretativen Abgleich mit dem vorab entwickelten Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte die einzelnen Phasen erkennbar. Diese werden folgend hinsichtlich der markant aufscheinenden Diskurse, ihrer Stellung zueinander sowie der zentralen Aussagen der sich darin zeigenden Akteure zusammenfassend erläutert und in den entsprechenden Diskursdiagrammen veranschaulicht.

### *Phase 1: Verkehrstechnische Implikationen, Haushaltspolitik und Standortsuche bei der Planung*

Im Anschluss an den Stadtratsbeschluss zum Bau der Brücke wurde das Vorhaben durch die beginnende Darstellung und Diskussion in den Lokalmedien erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht. Damit eröffnete sich das diskursive Feld der sozialen Bedeutungskonstitution, welches die Debatten der ersten Phase im Dresdner Brückenstreit kennzeichnete. Diese umfasst einen Zeitraum von ca. 6,5 Jahren, beginnend im vierten Quartal 1996 bis einschließlich des ersten Quartals 2003. Sie stellt damit im Wesentlichen die Zeit des Planfeststellungsverfahrens durch das Regierungspräsidium Dresden sowie die an die Öffentlichkeit gerichtete Begründung für den Bau durch die Stadt Dresden als Vorhabenträgerin dar. Im Ergebnis der Analyse zeigen sich neben der signifikanten Nennung der kommunalpolitischen Institutionen an dieser Stelle drei dominante Diskursfelder: Verkehrstechnik, Haushaltspolitik und Standortfragen (vgl. Abbildung 23).

**Abbildung 23: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 1 des Brückenstreits**



Quelle: eigener Entwurf; Datenquelle: SZ, DNN

Eine während dieser Zeit angefertigte Studie des Instituts für Verkehrsplanung und Straßenverkehr an der Technischen Universität Dresden trifft die Aussage, dass „Straßenbrücken für den Orga-

nismus einer Stadt, der durch einen Fluss zerschnitten wird, außerordentlich wichtige Verbindungselemente [darstellen].“ (Scholz 2004: 1) Mit der biologistischen Aufladung, dass der Fluss den ‚natürlichen‘ städtischen Organismus durchschneide wird eine Bedrohungslage impliziert, der durch den Bau von Brücken zu entgegnen sei. Auf die im weiteren Berichtsverlauf eingeräumte Möglichkeit einer kontroversen Diskussion eines Brückenneubaus versuchen die Bearbeiter mit einer „sachlichen Bewertung einer solchen Maßnahme“ (Scholz 2004: 2) anhand vermeintlich objektiver Fakten zu antworten. Die Wichtigkeit von Brücken als Verbindungen im städtischen Organismus stellt allerdings die nicht weiter diskutierte und damit basale Prämisse der Untersuchung dar, in deren Ergebnis klar wird, dass „zügig mit dem Bau der neuen Waldschlösschenbrücke begonnen werden“ (Scholz 2004: 19) solle. Damit könne letztlich die Qualität des Verkehrsablaufs im Stadtgebiet Dresdens erhöht werden.

Das zweite wesentliche Diskursfeld öffnete sich hinsichtlich der haushaltspolitischen Situation der Stadt Dresden vor dem Hintergrund der zu erwartenden hohen Bau- und Unterhaltskosten der neuen Brücke. Die Finanzlage der Stadt Dresden galt zu dieser Zeit als allgemein angespannt, und Begrifflichkeiten wie ‚Prioritätenliste‘ und ‚Kassensturz‘ weisen auf die Konkurrenz unterschiedlicher haushaltspolitischer Forderungen hin, die sich mit der neuen Brücke perspektivisch noch verschärft hätte. Auf die sich daraus ergebenden Fragen zur Finanzierung der Brücke antwortete der damalige Oberbürgermeister Ingolf Roßberg in einem Brief an das Regierungspräsidium vom 26. September 2003, dass von den zu erwartenden Gesamtkosten für den Brückenbau von ca. 142,1 Millionen Euro zwar ca. 130 Millionen Euro von der Stadt zu tragen seien. Doch hatten sowohl der Bund als auch der Freistaat Sachsen bereits im Vorfeld des Stadtratsbeschlusses zum Brückenbau eine massive Förderung in Aussicht gestellt, die im Verlauf der Planungen noch einmal bestätigt worden war. Danach standen zum damaligen Zeitpunkt voraussichtlich 80 Millionen Euro aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und etwa 16 Millionen Euro Landesmittel zum Abruf für den Brückenbau zur Verfügung (PM Medienservice Sachsen 2004).

Das dritte Diskursfeld ist bestimmt durch Standortfragen im Zuge der Brückenplanung.<sup>90</sup> Mit Blick auf die verkehrstechnische Begründung einer neuen Elbquerung stellten zu dieser Zeit angefertigte Gutachten hinsichtlich des geeigneten Standortes wiederholt fest, dass der Brückenbau als solcher kaum in Frage gestanden hätte, vielmehr habe „weitgehender Konsens [bestanden], daß zusätzliche Elbbrücken die zukünftigen Erreichbarkeiten und Verkehrsverhältnisse erheblich verbessern können.“ (Krug et al. 1996: o. S.). Doch steht aufgrund von signifikant auftretenden Begriffen wie ‚Bürgerinitiative‘, ‚Untersuchungsausschuss‘ oder ‚Kompromiss‘ zu vermuten, dass mit der hier kommunizierten Konsenshaltung kritische Stimmen zum Brückenbau zu dieser Zeit zumindest partiell ausgeschlossen und damit marginalisiert wurden.

Die vergleichsweise lang anhaltende erste Phase ist im Wesentlichen durch aufscheinende diskursive Diskontinuitäten gekennzeichnet. Diese waren allerdings in diesem Zeitraum noch weitgehend in den drei dargestellten Diskursfeldern integriert, da lediglich Standortfragen, konkrete Finanzierungsperspektiven und verkehrliche Notwendigkeiten innerhalb des übergreifenden Diskurses zur Waldschlösschenbrücke öffentlich debattiert worden waren.

---

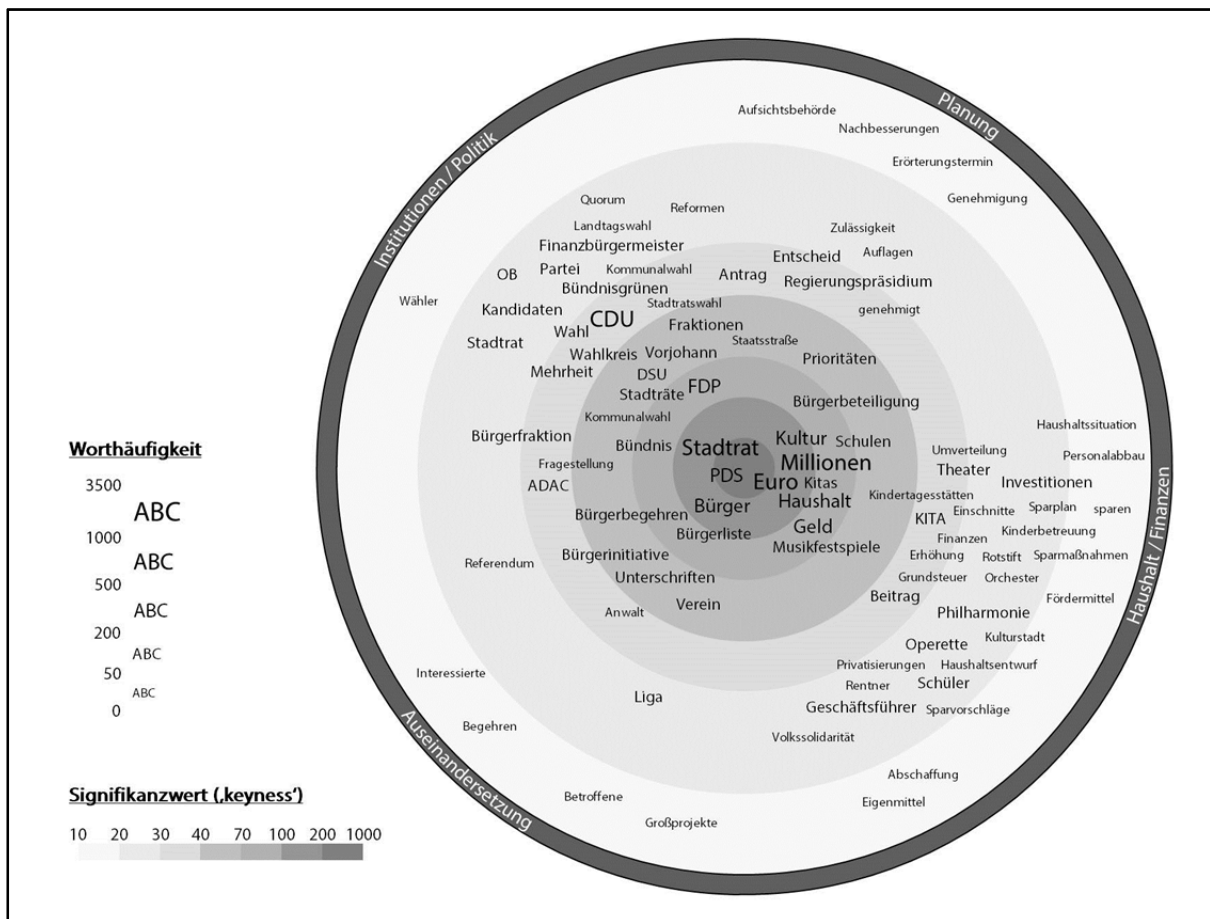
<sup>90</sup> In der Diskussion waren neben dem geplanten Standort am Waldschlösschen zwei weitere Einzelstandorte und die Möglichkeit eines Brückenpaares erörtert worden (Landeshauptstadt Dresden 2005).

### Phase 2: Die Klagen nach dem Planfeststellungsbeschluss als Konfliktauftakt

Im Zuge der Einsprüche und Forderungen nach Planänderungen durch das Regierungspräsidium Dresden formierte sich in der zweiten Jahreshälfte 2003 erstmals ein diskursiv aufscheinender Widerstand gegen die Pläne zum Brückenbau. Der damit beginnende Brückenstreit zeichnete sich als zweite Phase im Gesamtverlauf ab, die im zweiten Quartal 2003 begann und bis zum vierten Quartal 2004 andauerte.

In der Öffentlichkeit gewann die haushaltspolitische Problematik enorm an Bedeutung, da aufgrund der weiterhin angespannten städtischen Finanzlage und vielfach diskutierter Kürzungen im Kultur- und Sozialbereich die Frage nach den Kosten der Brücke dominant hervortrat. Diese Diskussion wurde in der Öffentlichkeit mit der steigenden Medienpräsenz des Themas einhergehend sowie zunehmend auch in der Stadtverwaltung geführt (vgl. Abbildung 24).

Abbildung 24: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 2 des Brückenstreits



Darüber hinaus klagten die bereits erwähnten Umweltverbände gegen den Planfeststellungsbeschluss vom 25. Februar 2004 mit der Begründung der fehlenden Unabhängigkeit der planfeststellenden Behörde, womit deren Legitimität herausgefordert wurde. Diskursiv gründeten die Klagen auf den Vorwürfen der Befangenheit der zuständigen Mitarbeiter im Regierungspräsidium, was sowohl auf einen Rechts- als auch auf einen Moraldiskurs als Letztbegründungen verweist. Eng damit verknüpft wurden die ökologischen Konsequenzen des Baus ins Feld geführt, die ebenfalls juristisch mit der Vo-

gelschutz-Richtlinie (Vsch-RL), der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) sowie dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) begründet wurden (Lichdi und Jähnigen 2004).

Von Seiten der lauter werdenden Gegenstimmen wurde zusätzlich, und ähnlich dem parallel geführten verkehrstechnischen Diskurs in der ersten Phase, ein Bedrohungsszenario mit Hilfe biologischer Metaphern entworfen. War es in der verkehrstechnischen Argumentation der Fluss gewesen, der den städtischen Organismus zu durchschneiden drohte, war es hier das Bauvorhaben, welches das Elbtal sowie die angrenzenden Quartiere in Form eines „Brückenmonsters am Waldschlösschen“ (Laudel 2004: 26) in Gefahr bringe.

In dieser Phase wurde also zum einen der haushaltspolitische Diskurs zum Kostendiskurs transformiert, der sich der Kommensurabilität innerhalb eines integrierenden Diskurses zur Brücke am Waldschlösschen sukzessive entzog. Zum zweiten weisen der partiell aufgerufene Ökologiediskurs um die Fragen des Naturschutzes und der Umweltbelange in den Klageschriften gegen den Planfeststellungsbeschluss sowie die diametral zueinander positionierten Bedrohungsszenarien auf einen diskursiven Bruch, also einen Konflikt hin.

### *Phase 3: Mehrheitsentscheid im Bürgerbegehren*

In der Konsequenz des aufkommenden Konfliktes um die Waldschlösschenbrücke wurde der Standortdiskurs der ersten Phase sequentiell in einen Entscheidungsdiskurs transformiert, dem die dichotom skalierte Frage nach dem ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ zum Bau der geplanten Brücke zugrunde lag. Die Entscheidung wurde schließlich in einem Bürgerentscheid gesucht, der im ersten Quartal 2005 stattfand. Zu dieser Zeit stieg die Medienpräsenz des Brückenstreits erkennbar an und das Diskursfeld verschob sich signifikant in Richtung einer Mehrheitsentscheidung in der Auseinandersetzung (vgl. Abbildung 25). Aufgrund dessen stellt dieses Quartal den Auftakt der dritten Phase im Planungs- und Konfliktverlauf dar, welche sich über insgesamt drei Quartale erstreckte.

Die im Vorfeld des Bürgerentscheids gegründete Bürgerinitiative ‚Pro Waldschlösschenbrücke‘ positionierte sich in ihrer Argumentation für den Bau der Brücke nach wie vor insbesondere auf der Grundlage eines verkehrstechnischen Diskurses der Entlastung:

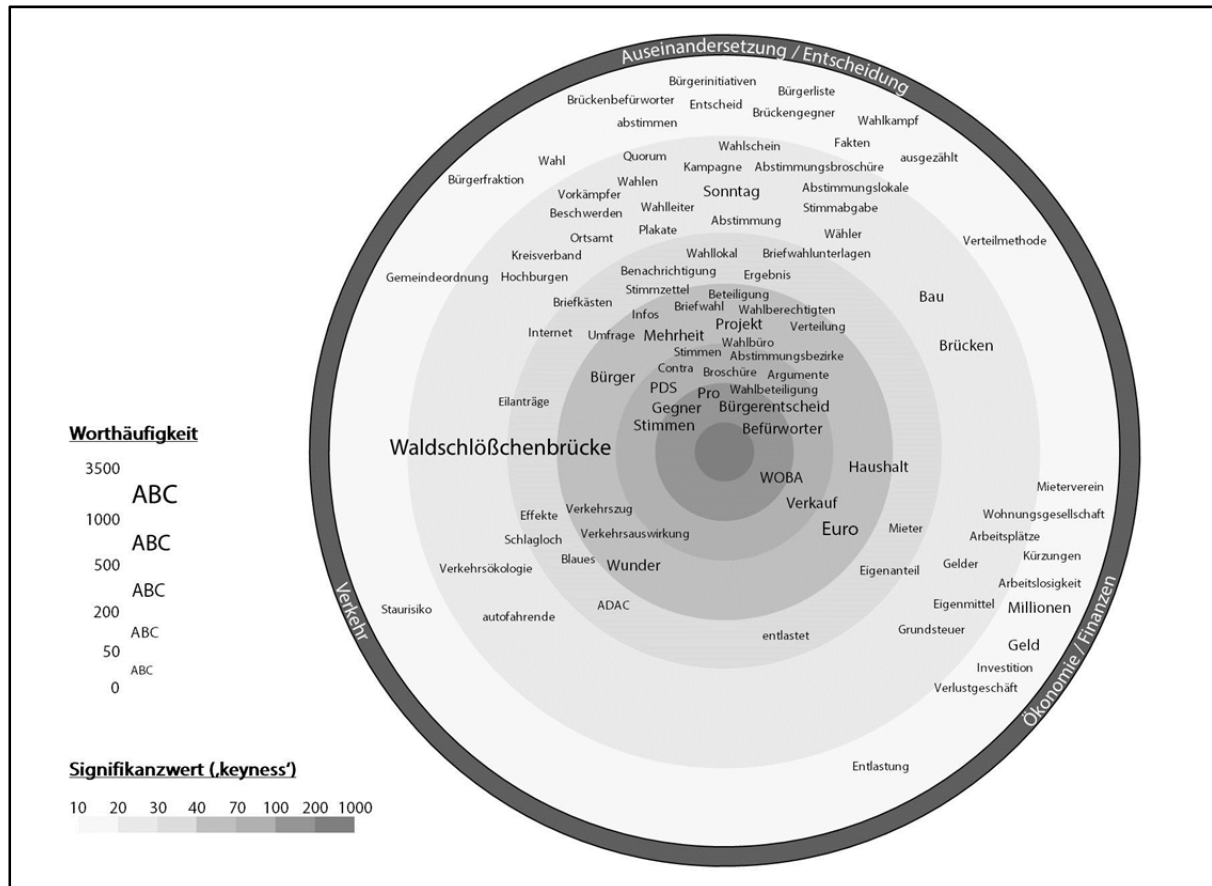
*„Die Brücke wird gebraucht, um den Verkehr von den Wohngebieten um Osten und Südosten Dresdens am Stadtzentrum vorbei [...] zu leiten. [...] Die Waldschlösschenbrücke führt insbesondere in den Stadtteilen Johannstadt, Striesen und Blasewitz zu einer Verkürzung der Fahrwege für Verkehrsteilnehmer, die die Elbe queren wollen.“ (Landeshauptstadt Dresden 2005: 1f.)*

Außerdem wurde die haushaltspolitische Diskussion um die Kosten des Brückenbaus erneut mit dem Hinweis aufgegriffen, dass der Eigenanteil der Stadt Dresden aufgrund der absehbaren Förderung lediglich ca. 23 Millionen Euro betragen würde, und er bereits im Haushalt eingestellt gewesen sei.

Die ‚Koalition gegen die Waldschlösschenbrücke‘ griff die genannten Diskursfelder scheinbar ebenfalls auf, konstituierte davon ausgehend allerdings weitgehend inkommensurable Bedeutungen und Sinnzusammenhänge:

„Statt unsere Substanz zu erhalten, versenken wir Millionen in Großprojekten [...] Nur dafür muss sie [die Stadt Dresden] soviel [sic!] neue Schulden machen, wie ein ganzes Fußballstadion kostet. [...] Ist die Brücke gebaut, geht es mit dem Geldausgeben weiter. Jedes Jahr fallen Kosten für die Wartung und Unterhaltung der Brücke an. [...] Entscheidend ist hingegen: Diese große Brücke zieht einen zusätzlichen Verkehr von 20.000 Fahrzeugen am Tag neu in die Stadt hinein [...].“ (Landeshauptstadt Dresden 2005: 12ff.)

Abbildung 25: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 3 des Brückenstreits



Haushaltsslage, Finanzierung und verkehrstechnische Diskurse waren also weitgehend leere Signifikanten in der Auseinandersetzung, deren Nennung lediglich die jeweiligen Konfliktarenen markierten. Eine Einigung auf diskursiver Ebene schien somit in dieser Phase kaum möglich und die letztlich herbeigeführte Entscheidung durch eine Mehrheit der abstimmenden Bewohner Dresdens vollzog sich unter dem Eindruck des fortgesetzten Konfliktes.

Nach dem Bürgerentscheid transformierte sich zudem der haushalts- und finanzpolitische Diskurs durch den geplanten Verkauf der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft (WOBA) an die amerikanische Fortress Investment Group, welcher im März 2006 durch den Stadtrat beschlossen und anschließend durch das Regierungspräsidium Dresden genehmigt worden war. In der Folge der damit ermöglichten Bedienung sämtlicher Verbindlichkeiten der Stadt Dresden und eines Reingewinns nach der Schuldentilgung von über 100 Millionen Euro verschwand der finanz- und haushaltspolitische Diskurs aus den Diskursfeldern des anhaltenden Konfliktes um die Waldschlösschenbrücke.

#### *Phase 4: Gefährdung des Welterbetitels und Ansätze diskursiver Planung*

Im November 2005 meldete das Welterbekomitee der UNESCO ernsthafte Bedenken wegen des Baus der Waldschlösschenbrücke und seiner Auswirkungen auf die Kulturlandschaft Dresdner Elbtal an. Beauftragt durch die Deutsche UNESCO-Kommission e. V. erstellte das Institut für Städtebau und Landesplanung der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen ein Gutachten zu den zu erwartenden visuellen Auswirkungen der Waldschlösschenbrücke (RWTH Aachen 2006). Die Gutachter kamen zum Schluss, dass die Waldschlösschenbrücke

1. sich nicht in die Kette der Dresdner Stadtbrücken einreihe,
2. wichtige historische Blickbeziehungen auf die Silhouette der Stadt verstelle sowie
3. den Landschaftsraum des innerstädtischen Elbbogens an seiner empfindlichsten Stelle zerschneide.

Während seiner 30. Sitzung in der Hauptstadt Litauens, Vilnius, setzte das Welterbekomitee der UNESCO das Dresdner Elbtal daraufhin im Juli 2006 auf die sog. Rote Liste gefährdeter Welterbestätten (UNESCO 2006). Der in der Folge durch den Stadtrat Dresdens beschlossene Baustopp diente der Durchführung einer Reihe von planerischen und gestalterischen Maßnahmen mit dem Ziel, auf der Welterbeliste zu verbleiben. Diese Bestrebungen bilden die vierte Prozessphase und wurden im Zeitraum zwischen dem vierten Quartal 2005 und dem ersten Quartal 2007 geäußert. An dieser Stelle eröffnete sich die Möglichkeit einer Diskursverschiebung, in deren Zentrum ein Mediationsverfahren unter Beteiligung einer international besetzten Sachverständigengruppe<sup>91</sup> stand. In dessen Ergebnis wurde die Standortfrage erneut aufgegriffen. Damit „bei einer zusätzlichen Querung der Elbe durch ein Verkehrsbauwerk nachteilige bauliche Eingriffe minimiert werden[, sollte der] Standort einer möglichen Brücke noch einmal überprüft werden.“ (Ringbeck 2007: 3f.)

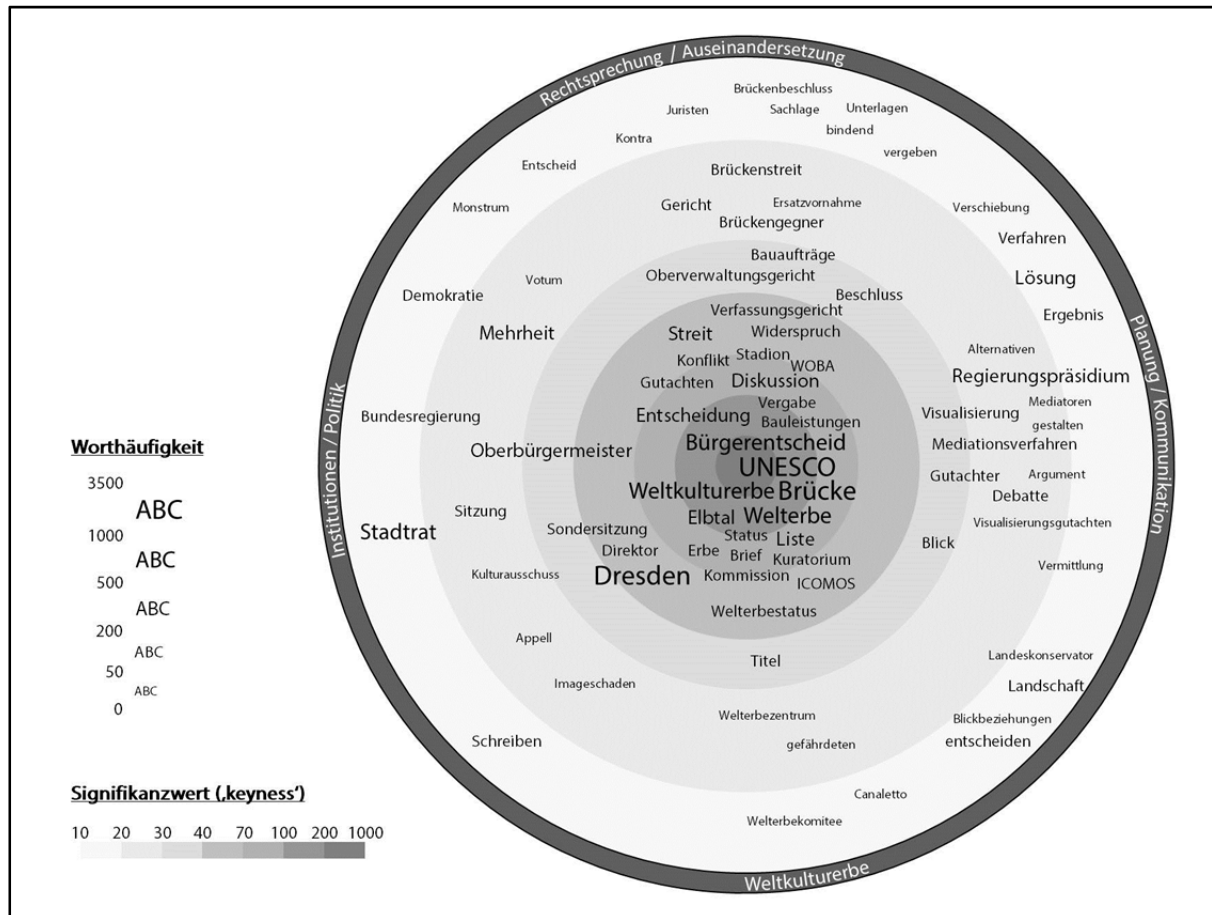
In dieser Phase zeigten sich also mehrere dominante Diskursfelder (vgl. Abbildung 26). Zum einen konstituierten sich die Brückengegner abweichend von vorherigen Argumentationslinien diskursiv weitgehend um den Erhalt des Welterbetitels und verstetigten damit die konflikthafte Auseinandersetzung bei gleichzeitiger Diskursverschiebung. Andererseits traten erstmals Verhandlungsansätze neben die bisherigen Diskursfelder, deren Ziel eine stärker integrative Bedeutungskonstitution durch Verschiebung der Diskurse in Richtung der Elbquerung war. Ohne über direkte Steuerungsbefugnisse zu verfügen, stellten die Äußerungen des UNESCO Welterbekomitees also einen äußerst machtvollen diskursiven Eingriff in den Konflikt dar, der auf eine ganze Reihe vorgelagerter Diskursfelder wie etwa Wirtschaft, Gesundheit und Politik verweist, die damit Eingang in den Brückenstreit fanden:

*„Der Brückenstandort bedeutet eine unwiederbringliche Zerstörung der Dresdner Kulturlandschaft. Die Beeinträchtigungen für Natur, Tourismus und Naherholung sind nicht ausgleichbar. [Die] für die Menschen und den Landschaftsraum verträgliche Alternative wurde vom Stadtrat stets verworfen. Wir haben uns für diese Alternative eingesetzt.“ (Grüne Liga o. J., Hervorh. MG)*

<sup>91</sup> Mitglieder der Sachverständigengruppe im Mediationsverfahren waren u. a. der Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) Klaus Beckmann, der Geschäftsführer der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher Park Karl Ganser sowie ein Vertreter des internationalen Rates für Denkmalpflege (ICOMOS).

„Um ihr demokratisch nicht legitimiertes Ziel zu erreichen, nämlich den Bau der Brücke zu verhindern, wurde die UNESCO gegen den Bürgerentscheid und die Brücke instrumentalisiert. Somit ist der Titel seit 2006 gefährdet. Für diese Situation sind einzig und allein die Brückengegner verantwortlich.“  
(BI Pro Waldschlösschenbrücke o. J., Hervorh. MG)

Abbildung 26: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 4 des Brückenstreits



Quelle: eigener Entwurf; Datenquelle: SZ, DNN

Vor diesem Hintergrund wird im Fall des Konfliktes um die Waldschlösschenbrücke ebenfalls die Konstruktion der jeweils eigenen räumlichen Identität deutlich. In den gezeigten Aussagen wurden damit einhergehend zwar die Positionen der Gegner explizit und implizit mitgesprochen, allerdings lediglich um die Legitimität dieser Position in Frage zu stellen. Letztlich scheiterte in dieser Phase damit jedweder Einigungsversuch auf der diskursiven Ebene und der integrative Diskurs der Elbquerung konnte nicht erfolgreich etabliert werden.

#### Phase 5: Eskalation im ökologischen Diskurs

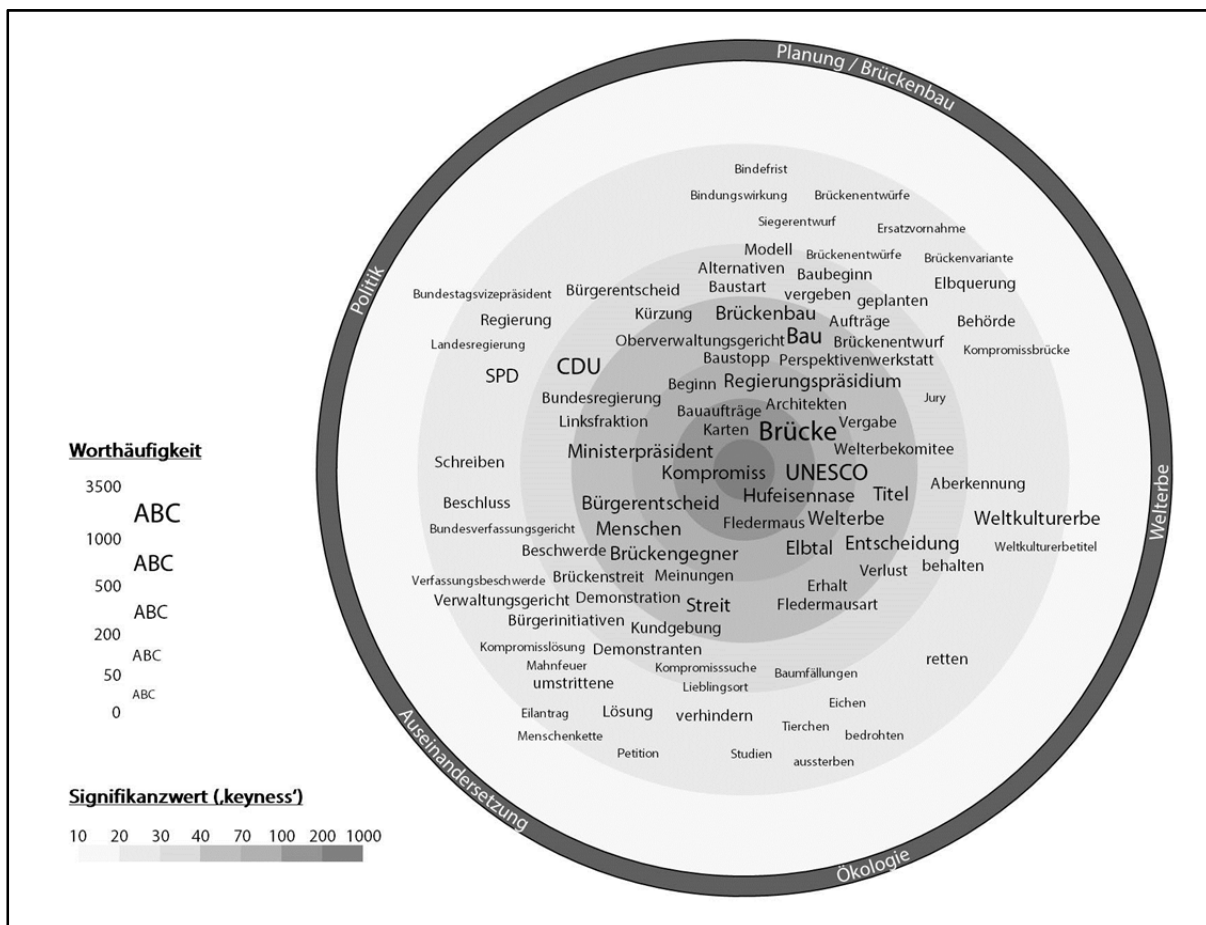
Die fünfte Phase war durch eine zeitweise Eskalation des Konfliktes gekennzeichnet und umfasste den Zeitraum vom zweiten bis zum vierten Quartal des Jahres 2007. Nachdem das OVG Bautzen die Vergabe der Bauaufträge durch die Stadt Dresden anordnete, diese der Anordnung aber nicht unvermittelt nachkam, erteilte das Regierungspräsidium die Aufträge per Ersatzvornahme. Zeitgleich wurde ein ökologischer Diskurs von Seiten der Brückengegner etabliert, der an der vom Brückenstandort vermeintlich bedrohten Fledermausart ‚Kleine Hufeisennase‘ kristallisierte. Sie beriefen sich darin auf einen zentralen Punkt, der bereits in der Begründung zur Klageschrift der Umweltverbände gegen den



Planfeststellungsbeschluss aufgeführt war (vgl. Lichdi und Jähnigen 2004). Doch erst jetzt wurde dieser Punkt zusammen mit der bevorstehenden Fällung mehrerer Eichen im Zuge der Bauausführung an den Brückenköpfen aufgerufen und diskursiv in Stellung gebracht. Damit wurde ein weiteres Mal die Standortfrage gestellt, wobei fraglich bleibt, ob sich die Opposition einvernehmlich gegen den Brückenbau allgemein oder lediglich gegen den gewählten Standort richtete. Der damit einhergehend von den Brückengegnern gestellte Eilantrag führte zu einem erneuten Baustopp, den das VG Dresden im August 2007 verfügte, um den Sachverhalt zu prüfen. Im Anschluss an die Aufhebung des Baustopps durch das OVG Bautzen im November desselben Jahres demonstrierten zahlreiche Brückengegner mehrfach gegen den nun beidseitig der Elbe erkennbar voranschreitenden Bau.

Parallel dazu wurden während dieser Phase die Bemühungen um den Erhalt des Welterbetitels in einer Perspektivenwerkstatt fortgesetzt. Ausgehend von den Empfehlungen der Sachverständigen-Gruppe im Mediationsverfahren der Phase 4 lud die Stadtverwaltung Dresden dazu mehrfach öffentlich mit dem Ziel ein, alternative Brückenentwürfe zu entwickeln. Diese sollten den gefährdeten Titel für die Kulturlandschaft Dresdner Elbtal sichern. Dabei standen jedoch weder der eigentliche Bau noch der Standort der Brücke zur Debatte (vgl. Abbildung 27).

Abbildung 27: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 5 des Brückenstreits



Quelle: eigener Entwurf; Datenquelle: SZ, DNN

Somit zeigten sich in dieser Phase nicht nur parallele, sondern hinsichtlich der Waldschlösschenbrücke anhaltend inkommensurable Diskurse, verbunden mit entsprechenden Legitimitätsfragen.

Dabei äußerten die Brückenbefürworter einerseits wiederholt die fehlende Kompromissbereitschaft seitens der Brückengegner:

*„Ein ‚Aufeinander zugehen‘ kann offensichtlich nicht ernst gemeint sein. Dieses Motto des Aufrufes zur Demonstration der Brückengegner ist ein erneuter Versuch, von deren wahren Absichten abzulenken. Ihnen geht es einzig darum, den Weiterbau der Brücke zu verhindern.“ (BI Pro Waldschlösschenbrücke o. J., Hervorh. MG)*

Andererseits waren die Brückengegner ungeachtet der Varianzen bei der spezifischen Positionierung innerhalb der Opposition gegen die Brücke zu dieser Zeit vereint in den Äquivalenzketten der ökologischen und kulturlandschaftlichen Diskurse, die mit dem Brückenbau an der geplanten Stelle zu keiner Zeit vereinbar schienen:

*„Die Waldschlösschenbrücke greift in ein Landschaftsschutzgebiet, in ein Flora-Fauna-Habitat mit europäischen [sic!] Schutzstatus, in einen sehr sensiblen Landschaftsraum und in das UNESCO-Welterbe ‚Dresdner Elbtal‘ ein.“ (Grüne Liga o. J., Hervorh. MG)*

#### *Phase 6: Elbquerung per Tunnel als integratives Diskursangebot*

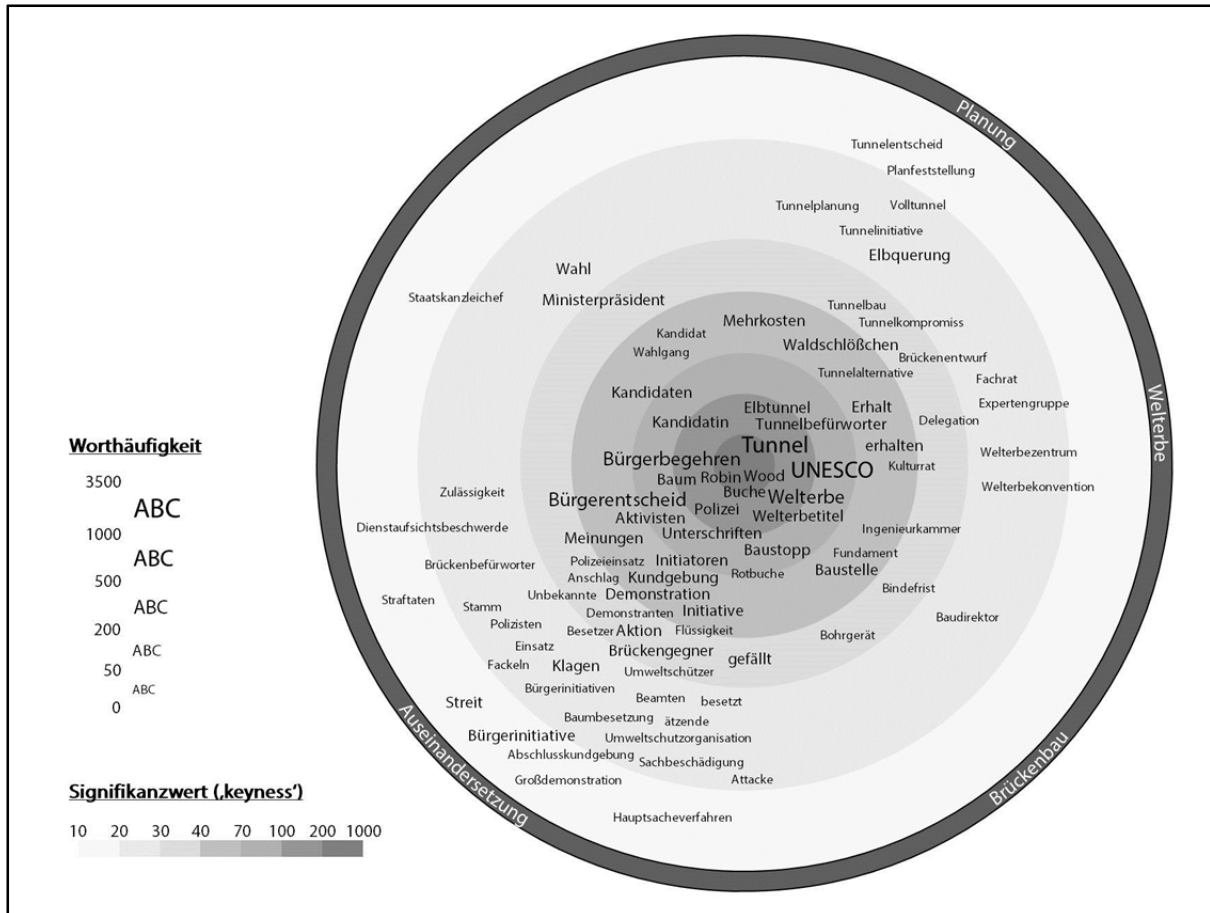
Vor dem Hintergrund der anhaltenden Problematik des Erhaltes des Welterbetitels für die Kulturlandschaft Dresdner Elbtal bei der gleichzeitigen rechtlichen Verbindlichkeit des Bürgerentscheides zum Bau der Waldschlösschenbrücke wurde der diskursive Möglichkeitsraum ein weiteres Mal geöffnet, indem die Brückengegner eine Tunnellösung sehr viel stärker als bisher in die Diskussion einzubringen versuchten. Daraus lässt sich auf eine weitere Phase im Konfliktverlauf schließen, die den Zeitraum vom dritten Quartal 2008 bis zur Jahresmitte 2009 umfasste. In dieser sind zwei dominante Diskursfelder zu erkennen, die aufgrund der zentralen Ereignisse in diesem Zeitraum in direktem Zusammenhang miteinander standen. Einerseits erreichten die Brückengegner eine diskursive Verstärkung der unmittelbaren Proteste gegen den Bau der Brücke, andererseits schlugen die Umweltverbände, vertreten durch die Grüne Liga Sachsen e. V., eine Tunnellösung anstelle des Brückenbaus vor und setzten sich damit für eine alternative Form der Elbquerung ein (vgl. Abbildung 28). An diesem Punkt standen weder der Standort noch die verkehrliche Notwendigkeit im Mittelpunkt der Debatte. Darin wird eine erneute Diskursverschiebung erkennbar, die im diskursiven Möglichkeitsraum die Komensurabilität der Diskurse erneut unter dem Signifikanten der Elbquerung zu ermöglichen suchte.

Auf der Basis mehrerer Machbarkeitsstudien (BUNG 2007; Landeshauptstadt Dresden 2003; ILF 2004) strebten die Brückengegner zu Jahresbeginn 2008 eine erneute Bürgerbefragung zugunsten einer Elbquerung per Tunnel an. Damit suchten sie die bis dato geführten Einzeldiskurse in Opposition zur Brücke zu bündeln, indem sie den ökologischen Diskurs zum Erhalt der Elbwiesen (Grüne Liga 2006) mit dem programmatischen Titel „Welterbe erhalten durch Elbtunnel am Waldschlösschen“ bei gleichzeitig kommunizierter Kostendeckung und Verkehrsentslastung verbanden. Auf Seiten der Brückenbefürworter wurde ein Tunnel mit dem Verweis auf die Kosten und die verkehrstechnische Tauglichkeit allerdings dezidiert abgelehnt:

*„Den Brückengegnern ist vollkommen gleichgültig, dass bisher schon über 30 Mio. Euro ausgegeben wurden. Die Neuplanungen einer Lösung mit Elbtunnel, inklusive der Schadensersatzansprüche, liegen*

zusätzlich im Millionenbereich. [...] Fahrradfahrer, Fußgänger, Jogger und Behindertenfahrzeuge können den Elbtunnel nicht nutzen. Somit wird eine Vielzahl von Dresdnerinnen und Dresdnern von der Nutzung einer Elbquerung ausgeschlossen.“ (BI Pro Waldschlösschenbrücke o. J., Hervorh. MG)

Abbildung 28: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 6 des Brückenstreits



Anhand dieser Aussage wird die antagonistische Gegenüberstellung der räumlichen Identitäten deutlich, die mit einem Versuch der Delegitimierung der Brückengegner einherging. Diese wurden weit über die Brückenfrage hinaus als Gegner einer Vielzahl von Dresdner Bewohnern dargestellt. Letztere wiederum befanden sich konstitutiv im ‚eigenen‘ Lager der Befürworter, für die es argumentativ das Wort zu ergreifen galt. Die mitschwingende Botschaft suggeriert, dass die Dresdner in einem gemeinsamen ‚wir‘ mit den Befürwortern nicht aus ‚ihrem‘ Raum ausgeschlossen werden wollten, und somit den Bau der Brücke befürworteten. In der Folge sind die Brückengegner augenscheinlich auch Gegner der Bewohner Dresdens und damit nicht der eigenen räumlichen Identität zugehörig.

Hinzu kam im Zuge der Bauausführung eine weitere Eskalation des Konfliktes durch die Besetzung einer Rotbuche durch die Umweltschutzorganisation Robin Wood. Diese protestierte vom 12. Dezember 2007 bis zur gewaltsamen Räumung durch die Polizei am 15. Januar 2008 gegen deren Fällung und damit stellvertretend gegen die Errichtung der Waldschlösschenbrücke. Bemerkenswert an diesem Protest ist wiederum die Konstituierung der räumlichen Identität durch die diskursive Aneignung des Ortes, wenn die Baubesetzer von „ihrem Baum“ (Bertrand 2008: 30) sprechen. Der diskursive Ort der Brücke wird hingegen im Lager der gegnerischen Partei lokalisiert, wenn sie feststellen

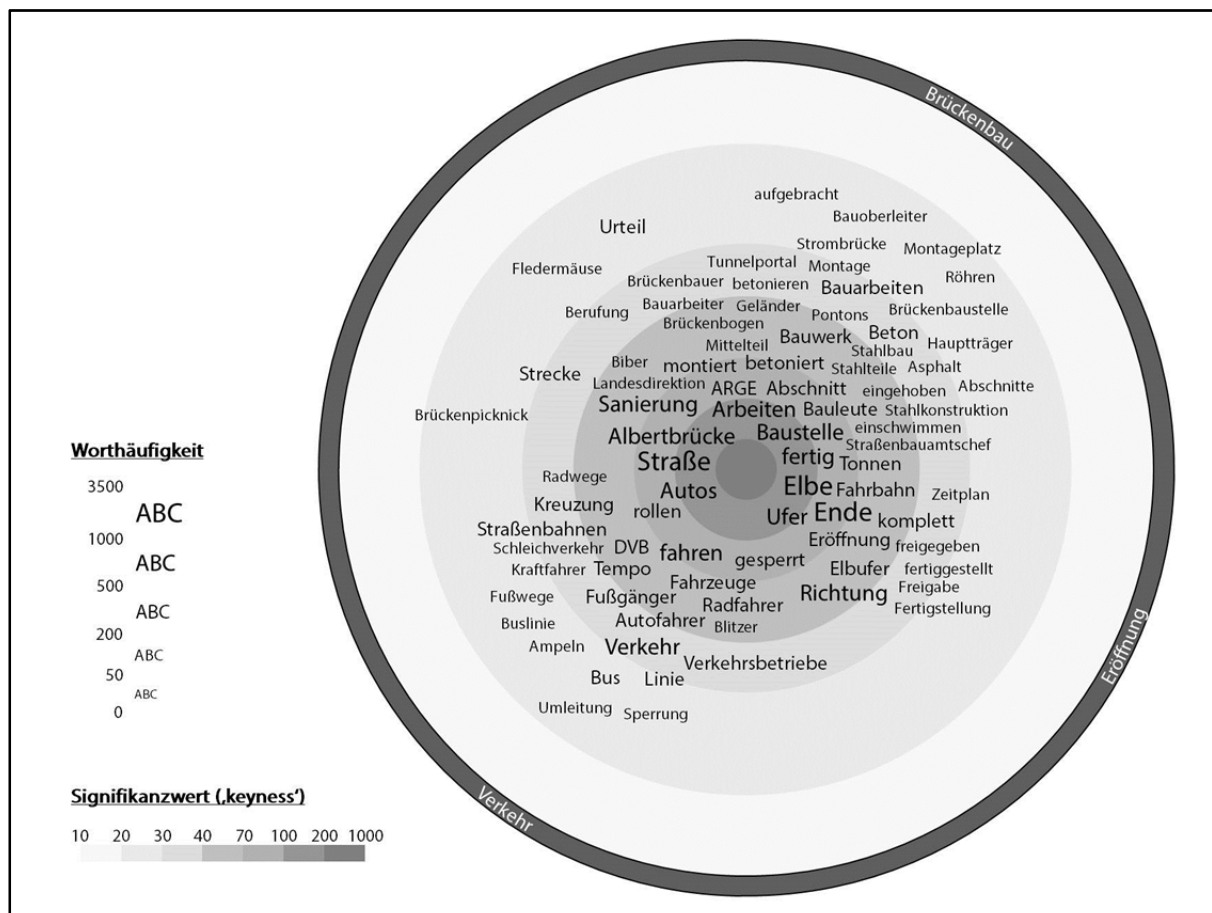
dass „[d]ort wo die jahrhundertealte Buche stand, soll künftig der Verkehr über eine siebenspurige Straße rollen. [...] Dieses Projekt wühlt die Dresdnerinnen auf und spaltet die Stadt, anstatt sie zu verbinden.“ (Bertrand 2008: 30) An dieser Stelle wurden also die Dresdner Bürger im Lager der Brückengegner verortet und in den Befürwortern wiederum eine Gefahr für die Integrität der räumlichen Identität als Bewohner Dresdens gesehen. Die Konfliktgegner stützten sich damit nach wie vor erkennbar auf die Ablehnung der gegenüberstehenden Position, der Antagonismus wurde also trotz der angesprochenen Öffnung des Möglichkeitsraumes in Richtung eines Elbtunnels diskursiv rekonstruiert.

Zudem lehnte das VG Dresden sowohl sämtliche Klagen der Naturschützer als auch die erneute Planfeststellung zugunsten einer Tunnellösung im Oktober 2008 ab (Az. 3 K 923/04). Nach einer erneuten Androhung des UNESCO Welterbekomitees zur Streichung des Dresdner Elbtals von der Liste der Welterbestätten im Juli 2008, vollzog es diese schließlich unter dem Eindruck der Ereignisse im Dresdner Brückenstreit während seiner 33. Sitzung im Juni 2009 im spanischen Sevilla.

### *Phase 7: Brückenbau und Verkehrsmeldungen als diskursive Erben des Konfliktes*

Nach der medial noch einmal sehr präsenten Streichung des Dresdner Elbtals von der Liste der Welterbestätten der UNESCO verschwanden die antagonistischen Diskurse bis auf einige wenige Ausnahmen weitgehend aus den öffentlichen Debatten. Bis zur offiziellen Eröffnung der Brücke im August 2013 dominierte der Diskurs um den Baufortschritt, begleitet von einigen wenigen Begrifflichkeiten der im Konflikt etablierten Diskurse, insbesondere im Bereich der Ökologie (vgl. Abbildung 29).

**Abbildung 29: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 7 des Brückenstreits**



Quelle: eigener Entwurf; Datenquelle: SZ, DNN

An dieser Stelle verschwand also nicht nur der Konflikt aus der diskursiven Totalität um die Waldschlösschenbrücke, sondern es breitete sich ebenfalls ein hegemonialer Diskurshorizont um den technischen Baufortschritt aus, der die zahlreichen Einzeldiskurse im Konflikt überwiegend marginalisierte. Ab dem dritten Quartal 2009 bis zum Ende des Erhebungszeitraumes ist darin die siebte und abschließende Phase des Konfliktverlaufes um die Waldschlösschenbrücke zu erkennen. Sie war im Wesentlichen durch die Umsetzung der vorangegangenen Entscheidungen geprägt. Nach der Freigabe für den Verkehr wurde der Diskurs um den Bau der Brücke sukzessive durch aktuelle Verkehrsmeldungen ersetzt, wobei die Brücke selbst nicht mehr Gegenstand der Diskussionen war. Auch die Aktivitäten der Konfliktparteien gingen in dieser Zeit deutlich zurück und kamen schließlich gänzlich zum Erliegen. Damit verschwanden neben den Diskursen selbst auch die sie jeweils in Stellung bringenden Sprecherpositionen.

### **Einordnung der einzelnen Phasen in das Prozessmodell und Erkenntnisse aus dem Fallbeispiel**

Die vorab dargestellten Phasen im Planungs- und Konfliktverlauf um die Waldschlösschenbrücke lassen sich in einem Musterabgleich auf das vorab entwickelte Prozessmodell übertragen, was die analytische Erfassung und vergleichende Einordnung des Fallbeispiels ermöglicht. Zu beachten bleibt hierbei, dass die daraus resultierende Darstellung einer Prozesslogik folgt, in der die zeitliche Abfolge anhand einer Phasenheuristik mit vergleichsweise hohem Abstraktionsniveau hervortritt.

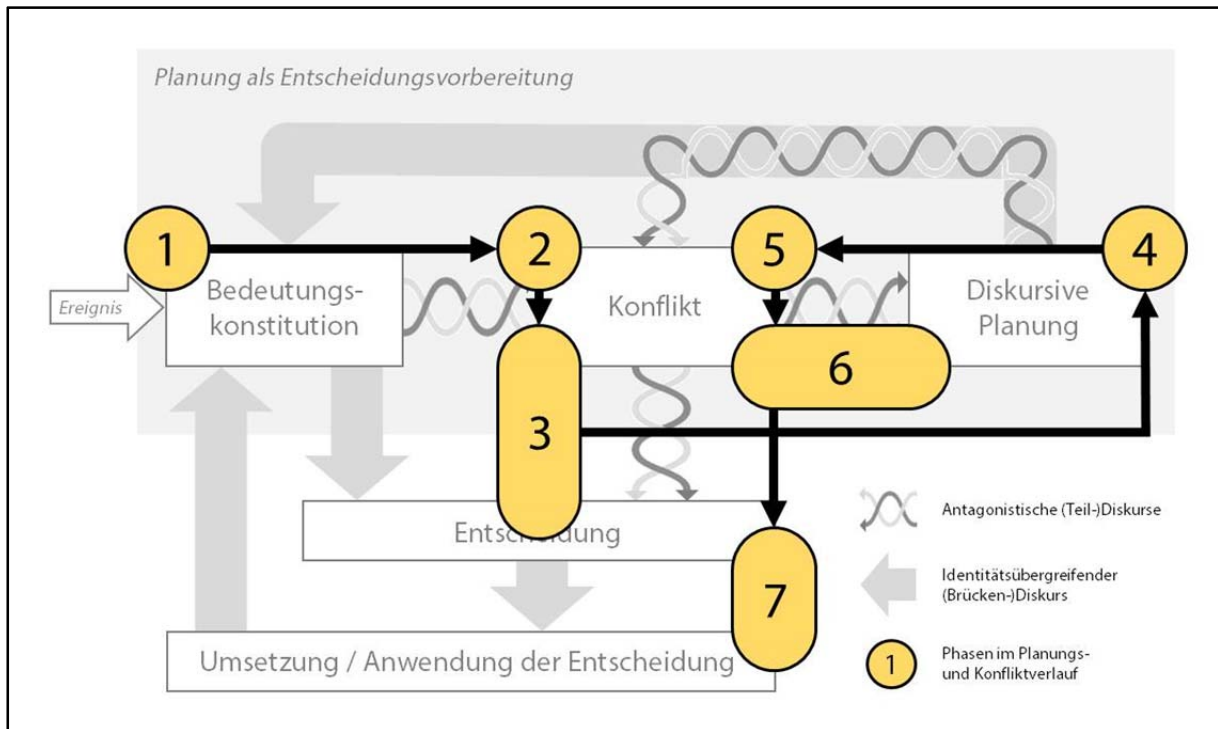
Mit dem Stadtratsbeschluss zum Brückenbau von 1996 trat zunächst ein auslösendes Ereignis auf den Plan, in dessen Folge die Bedeutung der Brücke als notwendige verkehrstechnische Anlage konstituiert wurde. Gleichzeitig wurden die zu erwartenden hohen Bau- und Unterhaltskosten thematisiert (Phase 1). Die im Zuge des Planfeststellungsverfahrens kommunizierten Mängel und Nachforderungen trugen zu einer steigenden Konflikthaftigkeit bei, die sich in der Gegenüberstellung von Rechtsdiskursen sowie der Inkommensurabilität des ökologischen mit dem verkehrstechnischen Diskurs zeigte (Phase 2). Obgleich mit dem Planfeststellungsbeschluss und dem späteren Bürgerentscheid eine Entscheidung getroffen worden war, war der Konflikt weiterhin präsent (Phase 3). Er erfuhr eine erste nennenswerte Bearbeitung auf der diskursiven Ebene durch die Eröffnung eines Möglichkeitsraumes zur erneuten Diskussion des Brückenstandortes und deren konkreter Gestaltung (Phase 4). Von den Brückengegnern ins Feld geführte Diskurse um die negativen ökologischen Konsequenzen führten jedoch zu einem erneuten Anstieg der Konfliktdynamik (Phase 5). Diese versuchten ebenfalls die Brückengegner durch eine erneute Diskursverschiebung hin zur Elbquerung per Tunnel aufzufangen, welche allerdings letztlich an einer zumindest partiellen Ablehnung beider Seiten und der juristischen Abweisung der entsprechenden Klagen scheiterte (Phase 6). In der Streichung des Dresdner Elbtals von der Liste der Welterbestätten der UNESCO ist eine weitere Entscheidung zu erkennen. Daraufhin wurde die bereits zuvor im Bürgerentscheid getroffene Entscheidung umgesetzt und die Waldschlösschenbrücke wie planfestgestellt errichtet und für den Betrieb eröffnet (Phase 7).

Der beschriebene Prozess entspricht dem Verlaufstyp des ‚Konfliktes im Planungsprozess‘.<sup>92</sup> Darin kulminierte die Bedeutungskonstitution in antagonistischen Positionen, die den Eintritt in den Konflikt bedingten und sich trotz mehrfacher Versuche der diskursiven Integration stets wieder in

<sup>92</sup> Vgl. die Prozessereignisse und Verlaufstypen in Kap. 4.3.

einer Auseinandersetzung gegenübertraten bis sie sich schließlich nach der Entscheidung auflösten (vgl. Abbildung 30).

Abbildung 30: Planungs- und Konfliktverlauf bei der Waldschlösschenbrücke Dresden



Quelle: eigener Entwurf

Darüber hinaus seien im Folgenden noch einmal die wesentlichen Aspekte hervorgehoben, die im Fall des Dresdner Brückenstreits deutlich wurden und die an die im Vorfeld geführten theoretischen Diskussionen anknüpfen.

Der Konflikt um die Waldschlösschenbrücke entwickelte sich entlang zunehmend **inkommensurabler Diskurse**. Im Moment der Entleerung des sinnstiftenden Signifikanten wurden die einzelnen Diskurse in einer antagonistischen Gegenüberstellung erkennbar. Da in ihnen räumliche Identitäten konstituiert worden sind und diese nach der Etablierung als Konfliktakteure auftraten, schienen wiederholt Legitimitätsfragen mit Bezug auf die jeweils gegenüberliegende Position auf. Der Konflikt wurde also auf der diskursiven Ebene nicht hinsichtlich der Brücke selbst ausgetragen, sondern bezogen auf die diskursive Position der jeweils antagonistisch gegenüberstehenden Identitäten. Wie die Analyse zeigte, wurde die Legitimität der jeweils alternativen Sprecherpositionen mehrfach grundlegend angezweifelt und damit eine Gegnerschaft erst etabliert und begründet. Davon ausgehend war eine argumentative Einigung letztlich kaum möglich.

Auf der Grundlage der in den unterschiedlichen Phasen in Stellung gebrachten Diskurse wurden die **Konfliktakteure konstituiert** und wahrgenommen. Diese Akteure reproduzierten die Diskurse wiederum, transformierten sie allerdings zeitweise auch erheblich. Insbesondere die Brückengegner kristallisierten im Konfliktverlauf an einer ganzen Reihe zunächst unterschiedlicher Diskurse, die ein mitunter äußerst kontingentes Identitätsbild zeichnen. Diese diskursive Varianz der Identitäten der Brückengegner lässt eine Einigung auf der entsprechenden Ebene zum einen möglich erscheinen,

wenn diese im Sinne der Diskursverschiebung als diskursive Planung erfolgt.<sup>93</sup> Andererseits wird damit deutlich, dass Akteure erstens einem klassischen Stakeholder-Ansatz folgend kaum systematisch benenn- und adressierbar sind und zweitens eine gezielte Diskurstransformation vor dem Hintergrund der diskursiven Emergenzen und Transformationen mindestens problematisch erscheint. An dieser Stelle verdeutlicht der Fall der Waldschlösschenbrücke noch einmal die Herausforderungen aufgrund konflikthafter Planungsprozesse, und zwar für die Entwicklung von präskriptiven Planungstheorien einerseits und planungspraktische Instrumentarien der Intervention andererseits.

Im gesamten Prozess zeigten sich außerdem unterschiedliche **Formen und Ausprägungen von Macht**, die in den jeweils dahinter stehenden Diskursen gründeten. Neben die juristischen Machtaspekte der Rechtsprechung und der baurechtlichen Konsequenzen des Planfeststellungsbeschlusses zeigte sich die Macht der Diskurse ebenfalls im Zusammenhang mit der Vergewisserung der eigenen Positionierung bei gleichzeitiger Negierung der antagonistischen Positionen unter Verweis auf demokratische Legitimationsdiskurse im Bürgerentscheid. Vermeintlich sachliche Argumente nach ‚Faktenlage‘ in den verkehrstechnischen, aber auch den haushaltspolitischen und ökologischen Diskursen entfalteten ebenfalls eine Handlungsmacht, die sich beispielsweise in den unterschiedlichen Stadtratsbeschlüssen und Gerichtsentscheidungen widerspiegelte. Nicht zuletzt stellten die Äußerungen des UNESCO Welterbekomitees äußerst machtvoll Eingriffe in die Diskursverläufe dar, ohne diese die Öffnung der dargestellten Möglichkeitsräume in den Phasen 4 und 6 fraglich erscheinen. Erst nach Bekanntwerden der Problematik um den Verbleib auf der Welterbeliste konnten die Diskurse um die Standortfrage und den Elbtunnel öffentlich etabliert werden, obgleich deren Inhalte teilweise bereits deutlich früher in Gutachten, Stellungnahmen und Stadtratsdebatten formuliert worden waren. Die hinter den Ansätzen zur Diskurstransformation aufgrund der Äußerungen der UNESCO liegenden Begründungen finden sich dabei in den hegemonialen sozialen, ökologischen und ökonomischen Metadiskursen von etwa ‚Kulturlandschaft‘, ‚Naturraum‘ oder ‚(Tourismus-)Wirtschaft‘.

Mit der Machtentfaltung der Diskurse zeigten sich thematische Horizonte in den Debatten, die auf die wahrgenommenen **Betroffenheiten** und damit einhergehend die Mobilisierung der Akteure zurückwirkte. Hier zeigt sich das Dilemma des geringen Gestaltungsspielraumes bei gestiegenem öffentlichen Interesse im Planungsverlauf, welches einen Konflikt begünstigt.<sup>94</sup> Erst die Monate nach dem Planfeststellungsbeschluss und dem Bürgerentscheid beginnende und noch deutlich später erkennbar werdende Bauausführung erhöhte die Konfliktdynamik spürbar in Form von Demonstrationen, Mahnwachen und der Besetzung der Rotbuche durch die Umweltschützer von Robin Wood. Aber auch auf Seiten der Brückenbefürworter wurden Marketingkampagnen oder Aktionen wie ein wöchentlich veranstaltetes ‚Brückenpicknick‘ zur Demonstration der ungeteilten Zustimmung zum Brückenbau initiiert. Beide Seiten reagierten damit auf unmittelbar wahrgenommene Bedrohungsszenarien, für die die erwähnten Äußerungen einer ‚Heilung‘ der zerschnittenen Stadt durch Brücken einerseits und das unbedingt zu bekämpfende ‚Brückenmonster‘ andererseits den diskursiven Rahmen bildeten.

---

<sup>93</sup> Vgl. Kap. 3.4.

<sup>94</sup> Vgl. Kap. 4.1.

Zu den **Verhandlungsarenen** der spezifischen Bedeutungen und Diskurse zählten neben der Öffentlichkeit und den Medien die Justiz, die Parteipolitik und die erkennbaren Ansätze einer diskursiven Planung. So bildeten sich mehrere parallele Verhandlungssysteme mit ihren jeweils eigenen Verfahrenslogiken und zugrundeliegenden diskursiven Wissenssystemen. Es zeigt sich also, dass eine diskursive Planung nicht alleiniger Ort der Verhandlung von Bedeutungen um raumrelevante Ereignisse ist. Damit wird die Schlussfolgerung gestützt, sie vor allem als offene Arena der diskursiven Bedeutungskonstitution zu betrachten, in der die Diskurse kommunikativ zwar in Stellung gebracht werden,<sup>95</sup> dabei jedoch eine reflektierende Beachtung der weiteren Arenen des Sozialen für die Beschreibung und Erklärung der jeweiligen Konfliktprozesse stets angezeigt scheint.

### 5.3 Der Konflikt um eine Kohlenmonoxid-Leitung von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen

Die Bayer Aktiengesellschaft (AG) strukturierte kurz nach der Jahrtausendwende große Teile des Unternehmens um. Im Ergebnis wurde die LANXESS AG mit Sitz in Köln als eigenständiges Unternehmen ausgegliedert, in dem überwiegend die chemischen Entwicklungs- und Fertigungskapazitäten des früheren Unternehmensteils Bayer Polymers gebündelt wurden. Im Konzern selbst verblieben die Entwicklung und Herstellung von Lacken, Klebstoffen, Dichtungen und Kunststoffen in der zum 1. Januar 2004 neu gegründeten Bayer MaterialScience AG<sup>96</sup> (BMS AG). Eines der Ziele der Umstrukturierung war die Bündelung der Herstellung und Verarbeitung chemischer Grund- und Werkstoffe durch die BMS AG im nordrhein-westfälischen Standortverbund Leverkusen/Dormagen/Krefeld-Uerdingen sowie im schleswig-holsteinischen Industriepark Brunsbüttel. Aufgrund der absehbaren Produktionsengpässe für den gestiegenen Bedarf an Kohlenmonoxid<sup>97</sup> (CO) in Krefeld-Uerdingen sah es die Bayer AG bereits während der konzerninternen Umstrukturierung als erforderlich an, dieses in größeren Mengen vom ca. 30 Kilometer Luftlinie entfernten Dormagen zu transportieren. Da es sich bei Kohlenmonoxid um ein geruchloses Gas handelt, welches schon in geringen Mengen den Sauerstofftransport im Blut blockiert und dementsprechend als Atemgift gilt, ist der Straßentransport laut dem European Agreement Concerning the International Carriage of Dangerous Goods by Road ADR (UNECE 2014) lediglich in gesondert verpackten und gelagerten Behältnissen von jeweils nicht mehr als fünf Kilogramm Fassungsvermögen gestattet. Der entsprechend zu erwartende Aufwand für die Abwicklung und Sicherung eines dauerhaften Straßentransportes bewegte die BMS AG zum Bau einer entsprechenden Rohrleitungsanlage. Diese sollte im streckenweisen Verbund mit einer geplanten Propylen-Leitung des internationalen Konsortiums European Pipeline Development Company (EPDC) vom niederländischen Rotterdam nach Marl in Nordrhein-Westfalen realisiert werden.

In Kongruenz zum Fallbeispiel des Brückenstreits in Dresden werden nach einem zusammenfassenden Überblick zum Planungs- und Konfliktverlauf und der Vorstellung der zu unterschiedlichen

---

<sup>95</sup> Vgl. Kap.3.4.

<sup>96</sup> Die Bayer MaterialScience AG wurde zum 1. September 2015 in das rechtlich eigenständige Unternehmen Covestro überführt und Ende desselben Jahres als 100%ige Tochter der Bayer AG an der Börse notiert.

<sup>97</sup> Die fachsprachliche Bezeichnung für die chemische Verbindung von Kohlenstoff mit Sauerstoff lautet korrekt Kohlenstoffmonoxid mit der Summenformel CO. Umgangssprachlich ist allerdings die verkürzte Bezeichnung Kohlenmonoxid gebräuchlich, die aufgrund einer besseren Lesbarkeit auch für die vorliegende Untersuchung geführt wird.



Zeiten im Diskurs sichtbaren Akteure die Diskursentwicklungen anhand einzelner Prozessphasen dargestellt. Innerhalb der Phasen werden die jeweils dominanten Diskurse und ihre Positionierung in Relation zu den jeweils im Diskurs konstituierten Akteuren nachgezeichnet. Abschließend werden die einzelnen Phasen noch einmal anhand des Prozessmodells zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte eingeordnet und die wesentlichen Erkenntnisse aus der Analyse des Fallbeispiels diskutiert.

### **Zentrale Ereignisse des Planungs- und Konfliktverlaufs um die Kohlenmonoxid-Pipeline**

Im Laufe des Jahres 2004 begann die Planung der Kohlenmonoxid-Pipeline durch die Vorhabenträgerin BMS AG, die nach §15 ROG und §32 LPlG NRW ein Raumordnungsverfahren (ROV) als vorklärendes Gutachten erforderte. Dieses wurde von Seiten der Bezirksregierung Düsseldorf als zuständiger regionaler Planungsbehörde in der Zeit zwischen Oktober 2004 und April 2005 durchgeführt. Zur Diskussion stand dabei die geplante Propylen-Verbundleitung der EPDC, die zum damaligen Zeitpunkt auf Wunsch der jeweiligen Leitungsbetreiber

- den Abschnitt der Propylen-Leitung der EPDC zwischen Dormagen und Duisburg-Meiderich,
- die Kohlenmonoxid-Leitung der BMS AG zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen,
- eine Wasserstoff-Leitung der Air-Liquide S.A. zwischen Ratingen-Breitscheid und Düsseldorf-Stadtwald,
- eine Erdgas-Leitung der WINGAS GmbH zwischen Mettmann und Krefeld-Uerdingen sowie
- eine Synthesegas-Leitung der British Oxygen Company Ltd. zwischen Duisburg-Meiderich und Krefeld-Uerdingen umfasste.

Für die Kohlenmonoxid-Leitung<sup>98</sup> war eine ca. 67 Kilometer lange Trasse vorgesehen, die neben Dormagen und Krefeld-Uerdingen auf dem Gebiet der rechtsrheinischen Gemeinden Monheim, Langenfeld, Solingen, Hilden, Erkrath, Düsseldorf, Ratingen, Mühlheim a. d. Ruhr sowie Duisburg verlaufen und dabei den Rhein zwei Mal queren sollte (vgl. Abbildung 31).

Sämtliche Gemeinden sowie der BUND als Vertreter der Umweltschutzverbände stimmten dem Gesamtvorhaben vorbehaltlich einiger weniger lokaler Änderungswünsche und Anregungen zum geplanten Trassenverlauf per öffentlicher Stellungnahme zu. Im Ergebnis des ROV stellte die Bezirksregierung außerdem fest, dass die Vorzugstrasse den landesplanerischen Vorgaben entspreche (Bezirksregierung Düsseldorf 2005a).

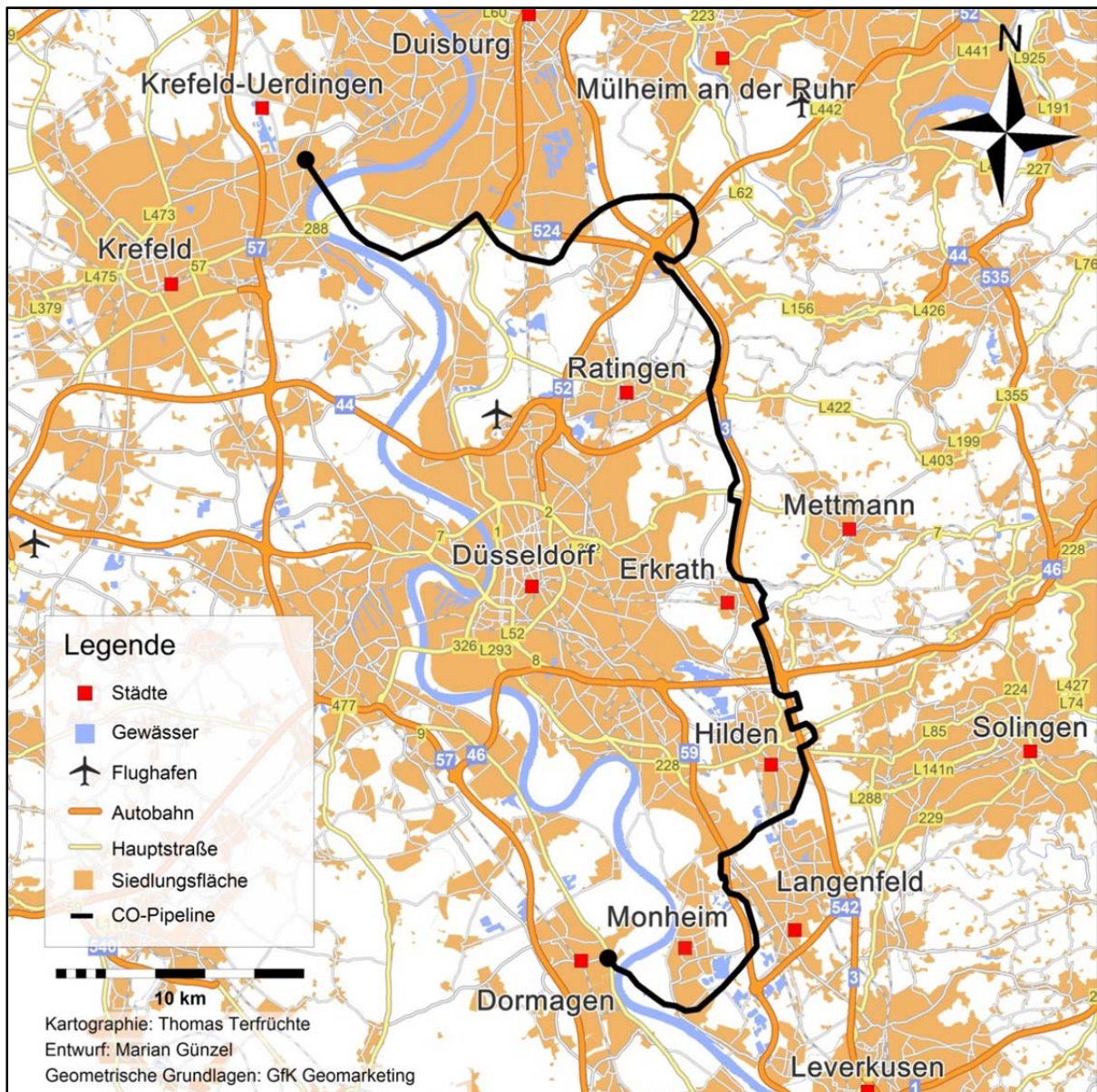
Im Anschluss daran erstellte die BMS AG erste Presse- und Bürgerinformationen inklusive einer mehrseitigen Broschüre zur geplanten Pipeline und stellte im August 2005 den Antrag auf Planfeststellung bei der Bezirksregierung Düsseldorf. Dieser wurde ebenso wie zwei folgende Planänderungsanträge offengelegt. Am 21. März 2006 beschloss der Landtag Nordrhein-Westfalen das Gesetz über die Errichtung und den Betrieb einer Rohrleitungsanlage zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen (RohrLG), welches laut §1 in der Pipeline ein Wohl für die Allgemeinheit gemäß Art. 14 Abs. 3 Satz 1 GG erkennt und damit Grundstücksenteignungen für deren Bau und Betrieb rechtlich ermöglichte.

---

<sup>98</sup> Im Folgenden CO-Pipeline genannt.

Am 14. Februar 2007 gab die Bezirksregierung Düsseldorf den Planfeststellungsbeschluss bekannt und im Mai desselben Jahres begannen die Bauarbeiten für die Pipeline. Unterdessen zog sich die EPDC von ihren Plänen zur geplanten Propylenleitung zurück, wovon ebenfalls die Leitungen der Air-Liquide S.A. sowie der British Oxygen Company Ltd. betroffen waren. Nach der Planfeststellung blieben also lediglich die CO-Pipeline der BMS AG, sowie die Erdgas-Leitung der WINGAS-GmbH als zu verwirklichende Bauvorhaben laut Planfeststellungsbeschluss bestehen.

Abbildung 31: Trassenverlauf der geplanten CO-Pipeline von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen



Die während des Baus der Pipeline durchgeführten Grundstücksenteignungen führten zu einer Reihe von Klagen von Seiten bestehender und neu gegründeter Bürgervereine in den Anrainer-Gemeinden. Das Verwaltungsgericht (VG) Düsseldorf wies die damit verbundenen Eilanträge gegen das Vorhaben am 18. September 2007 zurück und bestätigte die Bau- und Betriebsgenehmigung (Az. 3 L 884/07). Das Obergericht für Nordrhein-Westfalen (OVG) in Münster untersagte jedoch am 17. Dezember 2007 desselben Jahres einstweilig den Betrieb der Leitung nach deren Fertigstellung bis zur Entscheidung in den anhängigen Verfahren (Az. 20 B 1586/07). Zu dieser Zeit stieg das öffent-

liche Interesse für die Pipeline in der Bevölkerung und den Medien sprunghaft an, und es wurden zunehmende Sicherheitsbedenken hinsichtlich des späteren Betriebs der Anlage geäußert.

Daraufhin startete die BMS AG im vierten Quartal 2007 eine Wanderausstellung, in der sich die Bewohner der betroffenen Gemeinden über das Vorhaben inklusive des Sicherheitskonzeptes und der Bauausführung informieren konnten. Im Mai 2008 fand außerdem ein sog. Runder Tisch unter Beteiligung der BMS AG, des Technischen Überwachungsvereins (TÜV) sowie mehrerer Bürgerinitiativen als Vertreter der Pipelinegegner statt. Er konnte allerdings keine Annäherung in der Auseinandersetzung erzielen. Im November 2008 übergab die BMS AG dem Landtag Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf überdies ein umfangreiches Informationspaket zum Stand der Bauarbeiten und dem Überwachungs- und Sicherheitskonzept für die Pipeline.



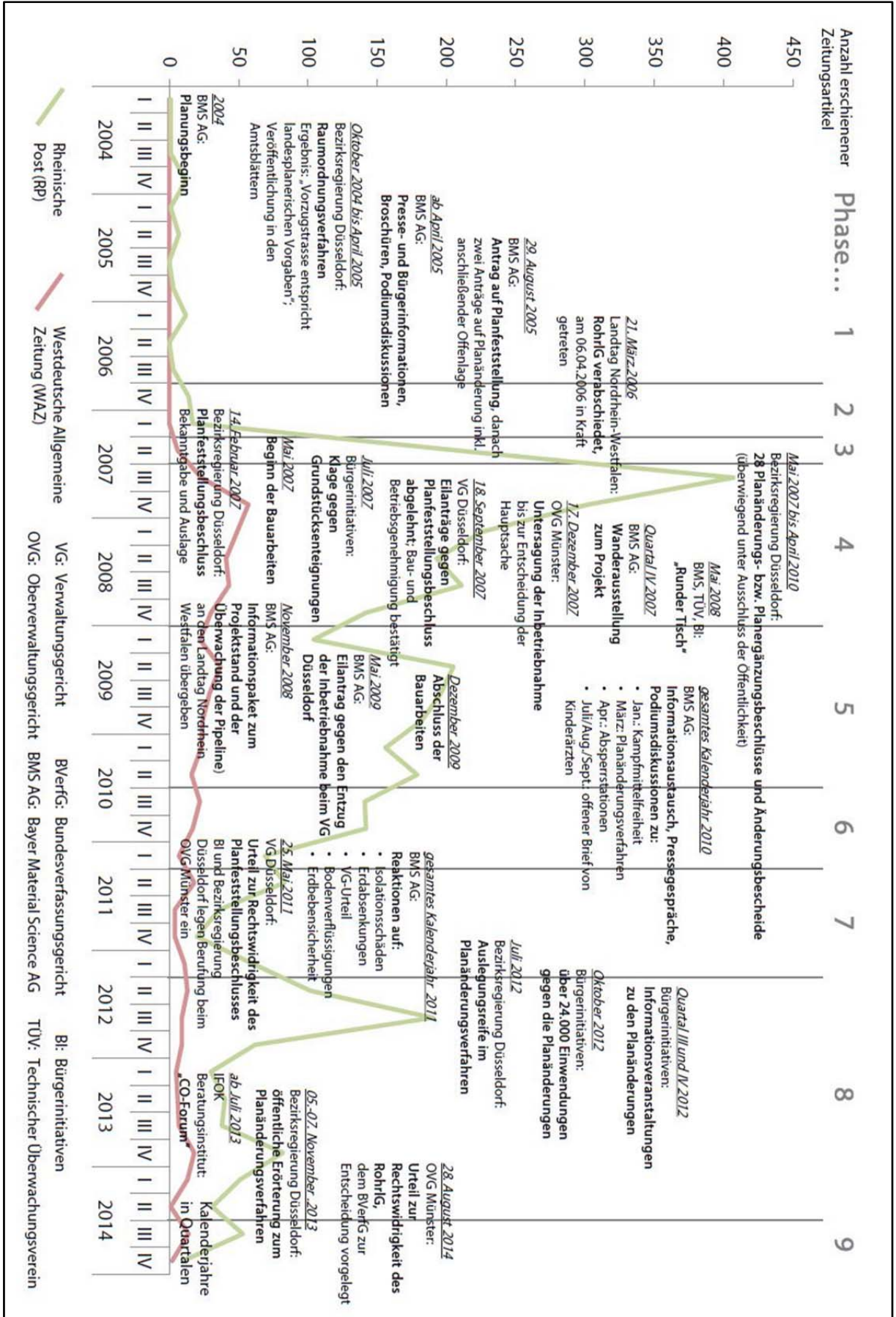
**Abbildung 32:**  
**Der Bau der CO-Pipeline im Sommer 2007**

Quelle: dpa

Aufgrund des bevorstehenden Abschlusses der Bauarbeiten stellte die BMS AG im Mai 2009 beim VG Düsseldorf einen Antrag auf Änderung der Beschlüsse des OVG Münster zum Betrieb der Pipeline. Dieser wurde am 26. Mai mit dem Verweis auf die unveränderte Situation hinsichtlich der vom OVG getroffenen Festlegungen abgelehnt (Az. 3 L 404/09). Ungeachtet dessen setzte die Vorhabenträgerin den Bau fort und die CO-Pipeline wurde im Dezember 2009 mit einer abschließenden Druckprüfung fertiggestellt. In den darauffolgenden zwei Kalenderjahren startete die BMS AG mehrere Informationsoffensiven mit dem Ziel, den wechselnden Argumentationen der Pipelinegegner bezüglich der aufgeworfenen Sicherheitsfragen zu begegnen. Außerdem kündigte die Bezirksregierung Düsseldorf im März 2010 ein umfangreiches Planänderungsverfahren an, dem bereits 28 kleinere Planänderungsbeschlüsse im Zeitraum zwischen Mai 2007 und April 2010 – hierbei allerdings weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit – vorangingen.

Am 25. Mai 2011 beurteilte das VG Düsseldorf die ursprüngliche Planfeststellung inklusive aller bis dato erfolgten Änderungen jedoch als rechtswidrig, wies allerdings die Klagen gegen die Betriebserlaubnis aufgrund einer drohenden Lebensgefahr durch den Pipelinebetrieb als unbegründet zurück (Az. 3 K 1599/07). Dagegen legten sowohl die Bezirksregierung Düsseldorf als auch die Pipelinegegner Berufung beim OVG Münster ein. Vor dem Hintergrund der noch anhängigen Berufung startete die Bezirksregierung im Juli 2012 das angekündigte Planänderungsverfahren mit den lokalen Lageabweichungen der Pipeline gegenüber der planfestgestellten Trasse als wesentlichem Diskussionsgegenstand.

Abbildung 33: Zentrale Ereignisse, Medienbegleitung und Phasen im Konflikt um die CO-Pipeline



Quelle: eigener Entwurf; Datenquelle: RP, WAZ, Wiechmann und Terfrüchte (2013), BMS AG, BUND NRW, Bezirksregierung Düsseldorf

Es wurde zunächst von einer Pressekonferenz der BMS AG und in der zweiten Jahreshälfte 2012 von zahlreichen weiteren Informationsveranstaltungen und dem eigens eingerichteten CO-Forum unter der Leitung des Instituts für Organisationskommunikation (IFOK) zur Vermittlung der Planänderungen begleitet. Die gegen die Pipeline klagenden Bürgerinitiativen sammelten hingegen über 24.000 Einwendungen, die Gegenstand einer öffentlichen Erörterung vom 5. bis zum 7. November 2013 in der Grugahalle in Essen waren.

Am 28. August 2014 stellte das OVG Münster schließlich die Rechtswidrigkeit des Enteignungsgesetzes vom 21. März 2006 fest, setzte das Verfahren aufgrund der Frage nach der Vereinbarkeit des Gesetzes mit dem Allgemeinwohl aus und legte diese dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zur Entscheidung vor (Az. A 1923/11).

Somit deuten sich auch beim Planungs- und Konfliktverlauf hinsichtlich des Baus und Betriebs der CO-Pipeline unterschiedliche Phasen an, die aufgrund der diskursiven Ereignisse und Entwicklungen erkennbar und von den Veröffentlichungszahlen thematisch einschlägiger Presseartikel zur CO-Pipeline weitgehend gestützt werden (vgl. Abbildung 33). Die aus der lexikometrischen Analyse resultierenden neun Phasen werden nach der kurzen Vorstellung der am Konflikt beteiligten Akteure wie schon beim Fallbeispiel des Brückenstreits in Dresden hinsichtlich der Diskursentwicklungen aufgearbeitet.

### **Die Akteure des Konfliktes um die CO-Pipeline im Überblick**

Während der Planung und des späteren Konfliktes im Zuge des Baus der CO-Pipeline zeigten sich vier größere Akteursgruppen, von denen drei in jeweils eigenen Diskurskoalitionen konstituiert wurden. Unter den Einwohnern der Trassengemeinden formierte sich ein wahrnehmbarer Widerstand gegen die CO-Pipeline, der sich in Form von Klagen zunächst gegen die Bezirksregierung Düsseldorf als zuständiger Planungsbehörde richtete. Bei den Gerichtsverhandlungen war die BMS AG als Vorhabenträgerin stets Beigeladene, und damit mittelbar ebenfalls Ziel der Proteste seitens der Bürgerinitiativen. Innerhalb der Gruppe der weiteren Akteure im Konfliktgeschehen besetzten die Gerichte und Kommunal-, Landes und Bundespolitiker unterschiedliche Positionen, wobei diese im Konfliktverlauf auch partiell transformiert worden sind.

#### *Die Bayer MaterialScience AG als Vorhabenträgerin*

Die BMS AG trat als eigenständiger Unternehmensteil der Bayer AG im Zuge der Konzernumstrukturierung für eine Rohrfernleitung zum Transport des am Standort Krefeld-Uerdingen benötigten Kohlenmonoxids ein. Dazu wurde ein Projektteam berufen, welches unter dem Projektleiter Werner Breuer die konkreten Planungen inklusive des Sicherheitskonzeptes und der Trassenführung übernahm. Bereits nach Abschluss des ROV im April 2004 übernahm diese Gruppe ebenfalls zahlreiche Aufgaben im Bereich der Information und Kommunikation sowohl gegenüber der in direkter Nachbarschaft zur Pipeline-Trasse wohnenden Bevölkerung als auch gegenüber der Bezirksregierung Düsseldorf, den politischen Entscheidungsträgern im Landtag Nordrhein-Westfalen und den betroffenen Kommunen. Unterstützung erhielt die BMS AG dabei wiederholt von Seiten der Konzernzentrale

der Bayer AG und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), wenn auch meist lediglich über öffentliche Stellungnahmen und nicht im direkten Austausch mit der Bevölkerung.

#### *Die Bezirksregierung Düsseldorf als zuständige Planungsbehörde*

Unter der Leitung des damaligen Regierungspräsidenten Jürgen Büssow war die Bezirksregierung Düsseldorf für die Durchführung des ROV zuständig, dessen Ergebnis Gutachtencharakter für das spätere Planfeststellungsverfahren hatte. Der Gegenstand des damaligen Verfahrens war das geplante Transportfernleitungsbündel der EPDC, welches die Bezirksregierung unter Berücksichtigung geringfügiger Trassenänderungen für vereinbar mit den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung und Landesplanung erklärte. Im anschließenden Planfeststellungsverfahren wurden sämtliche Planungsunterlagen in den betroffenen Gemeinden öffentlich ausgelegt und eingegangene Einwendungen erörtert. Unter Berücksichtigung von Auflagen zur Erstellung eines Sicherheitskonzeptes und technischer Anlagensicherungen genehmigte die Bezirksregierung schließlich das Vorhaben und gab den entsprechenden Planfeststellungsbeschluss im Februar 2007 bekannt. Während des späteren Konfliktes um den Bau der Pipeline fand sich die Bezirksregierung Düsseldorf häufig in der Rolle der Beklagten, schloss jedoch im April 2009 einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der BMS AG. Dieser diente der erneuten Bekräftigung der laut §2 RohrIG vorliegenden Allgemeinwohlgründe für den Bau und Betrieb der Pipeline. Demgegenüber verpflichtete sich die BMS AG, die Rohrleitung tatsächlich zu errichten und dauerhaft zu betreiben sowie jährliche Investitionen im nordrhein-westfälischen Standortverbund von durchschnittlich 40 Millionen Euro zu tätigen. Hier wird eine Nähe der Bezirksregierung zur BMS AG deutlich, die sich mit der seit 2010 amtierenden Regierungspräsidentin Anne Lütkes wieder relativierte. Sie kündigte nach ihrer Amtsübernahme ein Planänderungsverfahren mit umfangreicher Öffentlichkeitsbeteiligung an. Damit suchte sie im Namen der Bezirksregierung eine neutrale Position im Konflikt um die CO-Pipeline unter Berücksichtigung des zu diesem Zeitpunkt laufenden Berufungsverfahrens beim OVG Münster wegen der Rechtswidrigkeit des Planfeststellungsbeschlusses.

#### *Die Gegner der Pipeline*

Die im Zuge des Pipeline-Baus durchgesetzten Grundstücksenteignungen führten im Juli 2007 zu einer ersten Sammelklage von Seiten der Eigentümer, vertreten durch die bereits länger bestehenden Bürgervereinigungen in den Trassengemeinden. Dazu gehören etwa die Interessengemeinschaft (IG) Erkrath und die Bürgerinitiative MUT in Hilden. Im weiteren Konfliktverlauf gründeten die Bewohner in den einzelnen Kommunen entweder eigene Bürgerinitiativen (BI) gegen die CO-Pipeline, wie etwa die BI Duisburg Süd unter dem Namen CONtra-Pipeline oder die BI gegen die CO-Pipeline Monheim. Sämtliche BI kooperierten von Beginn an sehr eng miteinander und organisierten wiederholt gemeinsame Demonstrationen und Unterschriftensammlungen. Das Vorstandsmitglied der BUND Regionalgruppe Düsseldorf Dieter Donner fungierte dabei – trotz der ursprünglichen Zustimmung lokaler Vereinstelle des BUND zum Rohrleitungsverbund der EPDC im ROV – als Koordinator der BI und vertrat zusammen mit deren Sprechern die Position einer klaren Ablehnung der Pipeline. Er sprach dabei oft stellvertretend für eine steigende Anzahl von Einwohnern der Trassengemeinden.

### *Weitere Akteure im Konflikt um die CO-Pipeline*

Die kommunalpolitischen Vertreter der Gemeinden stellen eine weitere Akteursgruppe dar, die im ROV und später im Planfeststellungsverfahren der Rohrleitungsverbundanlage zunächst per Stellungnahme zustimmten. Nach dem Rückzug der EPDC aus dem Vorhaben und dem Beginn der konflikthaften Auseinandersetzungen im Zuge des Baus der CO-Pipeline relativierten sie sukzessive ihren Standpunkt und revidierten schließlich gänzlich ihre Zustimmung. Dies geschah überwiegend unter dem Eindruck der zunehmenden Ablehnung des Projektes innerhalb der Bevölkerung und wurde häufig in den entsprechenden Gemeinderäten thematisiert. Im späteren Konfliktverlauf erlangte die Auseinandersetzung kurzzeitig auch eine landes- und bundesweite Relevanz, insbesondere durch die Debatten in den Wahlkreisen der Kandidaten zur Bundestagswahl 2009 sowie den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2010 und 2012. Die Position der Landes- und Bundespolitiker war dabei überwiegend geprägt vom geäußerten Verständnis für alle Konfliktparteien. Sie forderten eine generelle Überprüfung der Sachlage und erreichten über den Führungswechsel im Regierungspräsidium im Jahr 2010 mittelbar eine Veränderung der personellen Ausgangslage und den Anstoß des genannten Planänderungsverfahrens mit entsprechenden Einwendungsmöglichkeiten und deren öffentlicher Erörterung im Herbst 2013.

Auch die wiederholt angerufenen juristischen Instanzen in Form des VG Düsseldorf, des OVG Münster und zuletzt des BVerfG in Karlsruhe stellen eine diskursmächtige Akteursgruppe im Konflikt um die CO-Pipeline dar. Deren Urteile beeinflussten wiederholt den Konfliktverlauf, wobei insbesondere die unterschiedlichen Reichweiten und Anerkennungen des juristischen Diskurses und der damit verbundenen Machtentfaltung auffallen. Diese werden ebenso wie die diskursive Stellung der hier dargestellten Sprecherpositionen als Akteure im Konflikt noch einmal eingehend in der Darstellung der einzelnen Verlaufsphasen aufgegriffen und entsprechend eingeordnet.

### **Die Phasen im Planungs- und Konfliktverlauf um die CO-Pipeline: Diskursive Entwicklungen und zentrale Aussagen**

Der Planungs- und Konfliktverlauf um den Bau und Betrieb einer CO-Pipeline von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen kann in neun einzelne Phasen unterteilt werden. Bestimmend für die gewählte Einteilung waren die Ergebnisse der lexikometrischen Analyse des regionalen Pressekorpus, anhand derer die in der Medienöffentlichkeit signifikant verhandelten Begriffsfelder für jedes einzelne Quartal der Jahre 2004 bis 2014 erkennbar wurden. Entlang der sich darin über den gesamten Zeitverlauf abzeichnenden Diskursstränge zeigten sich im interpretativen Abgleich mit dem Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte die einzelnen Phasen. Diese werden folgend hinsichtlich der markant aufscheinenden Diskurse, ihrer Stellung zueinander sowie der zentralen Aussagen der sich darin zeigenden Akteure erläutert und anhand der entsprechenden Diskursdiagramme veranschaulicht.

#### *Phase 1: Die wirtschaftliche Bedeutung des Rohrleitungsverbundes und die Vorzugstrasse*

Für das zunächst noch durch die EPDC geplante Pipelinebündel war nach §15 ROG und §32 LPlG NRW ein Raumordnungsverfahren nötig, welches einen Gutachtencharakter für das darauf fol-





außerdem Trassenkonflikte im Bereich der geplanten Rheinquerung angesprochen, die einen Sicherheitsdiskurs vor dem Hintergrund der Begriffe Hochwasserschutz und Deichsicherung erkennbar machen.

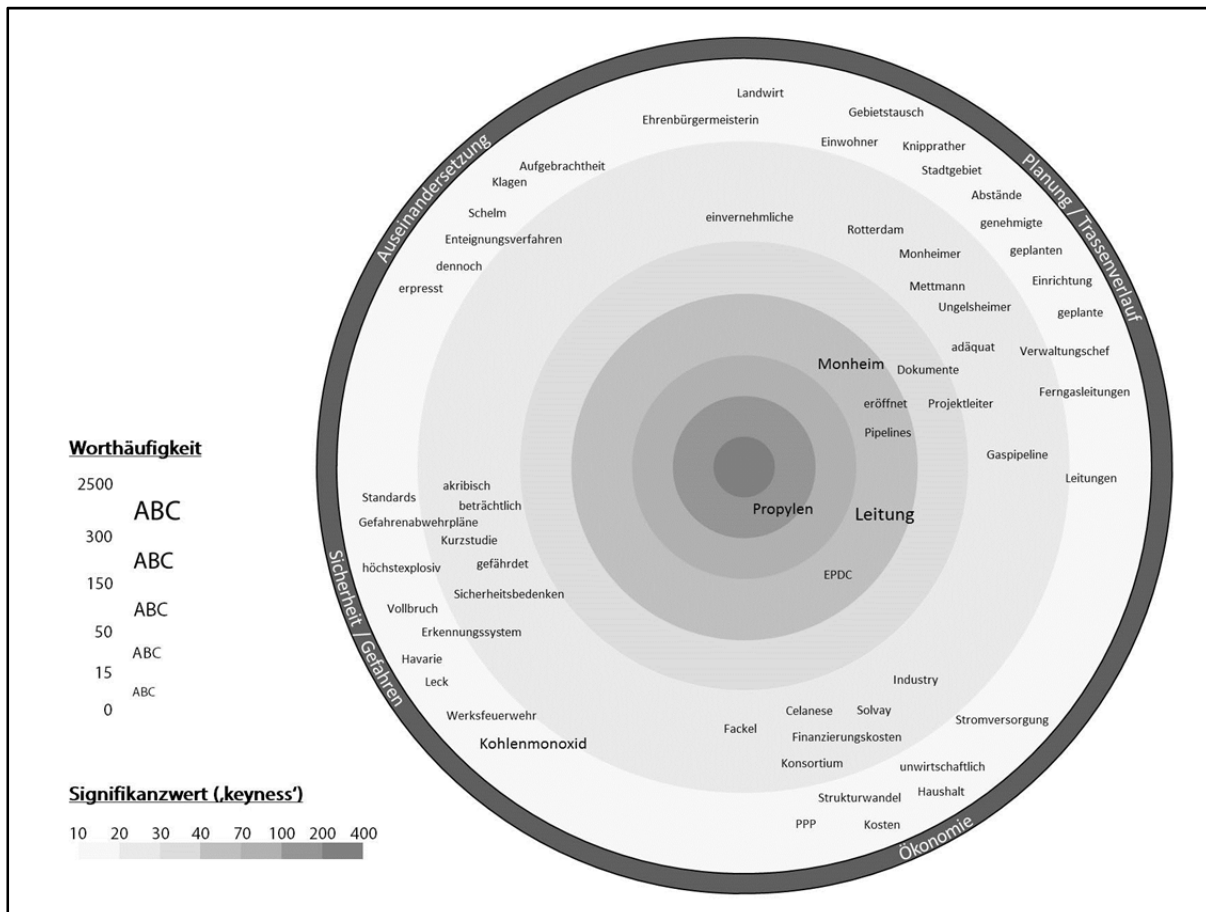
Die CO-Pipeline der BMS AG wurde in dieser Phase der Planung also im Verbund mit der Propylen-Leitung der EPDC allenfalls mit der Bedeutung einer technischen Anlage als trassierter Versorgungsinfrastruktur gepaart mit der ökonomischen Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Region aufgeladen, die die Bezirksregierung zum Abschluss des ROV noch einmal explizit unterstrich:

*„Mit der Realisierung des gesamten Vorhaben [sic!] kann die Wirtschaftskraft des Wirtschaftsraumes Rheinschiene/Ruhrgebiet, mit seinen großen petrochemischen Produktionsstandorten, nachhaltig erhalten und entwickelt werden. [...] Hierdurch wird die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt, Arbeitsplätze können langfristig gesichert und neue geschaffen werden.“ (PM Bezirksregierung Düsseldorf 2005b, Hervorh. MG)*

*Phase 2: Trassenverlauf und Sicherheit als Problemlagen im Zuge des Planfeststellungsverfahrens*

Nach Abschluss des ROV stellte die BMS AG im August 2005 einen Antrag auf Planfeststellung, gefolgt von zwei Anträgen auf Planänderung wegen geringfügiger Trassenänderungen. Im Zeitraum bis zur Entscheidung und Baugenehmigung durch den Planfeststellungsbeschluss vom 14. Februar 2014 und deren Umsetzung durch den Baubeginn im Mai desselben Jahres ist die zweite Prozessphase im vierten Quartal 2006 und dem ersten Quartal 2007 zu erkennen.

**Abbildung 35: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 2 zur CO-Pipeline**



Quelle: eigener Entwurf; Datenquelle: RP, WAZ

Nach Ablauf der Einwendungsfrist im Planfeststellungsverfahren wurden die in der Beteiligung geäußerten Bedenken erörtert und während eines zweiten Erörterungstermins nach Bearbeitung der eingangs genannten Änderungsanträge erneut zur Diskussion gestellt. Dominante Themen waren die Sicherheit der Anlage und mögliche Konflikte mit bestehenden Infrastrukturen im Trassenverlauf (vgl. Abbildung 35).

Mit dem RohrIG vom 21. März 2006 wurde außerdem noch einmal der ökonomische Standortdiskurs bei der Bedeutungskonstitution der CO-Pipeline deutlich. Dieses wurde verabschiedet, um „die wirtschaftliche Struktur der Chemieindustrie und der mittelständischen Kunststoff verarbeitenden Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zu stärken und damit Arbeitsplätze zu sichern [sowie] den Verbund von *Standorten* und Unternehmen zu *stärken* und *auszubauen*.“ (§2 RohrIG, Hervorh. MG)

Erste Reaktionen auf die bevorstehenden Enteignungen und die Fragen zur Sicherung der Leitung deuteten in dieser Phase bereits auf den kommenden Konflikt hin. Das Regierungspräsidium Düsseldorf antwortete darauf mit dem Hinweis auf das gesetzlich festgeschriebene Wohl der Allgemeinheit trotz privatwirtschaftlicher Interessen nach §1 RohrIG sowie mit einer Reihe von Sicherheitsanforderungen für den Bau und späteren Betrieb der Pipeline per Planfeststellungsbeschluss.

### *Phase 3: Baubeginn, Enteignungen und Sicherheitsfragen als Konfliktfelder*

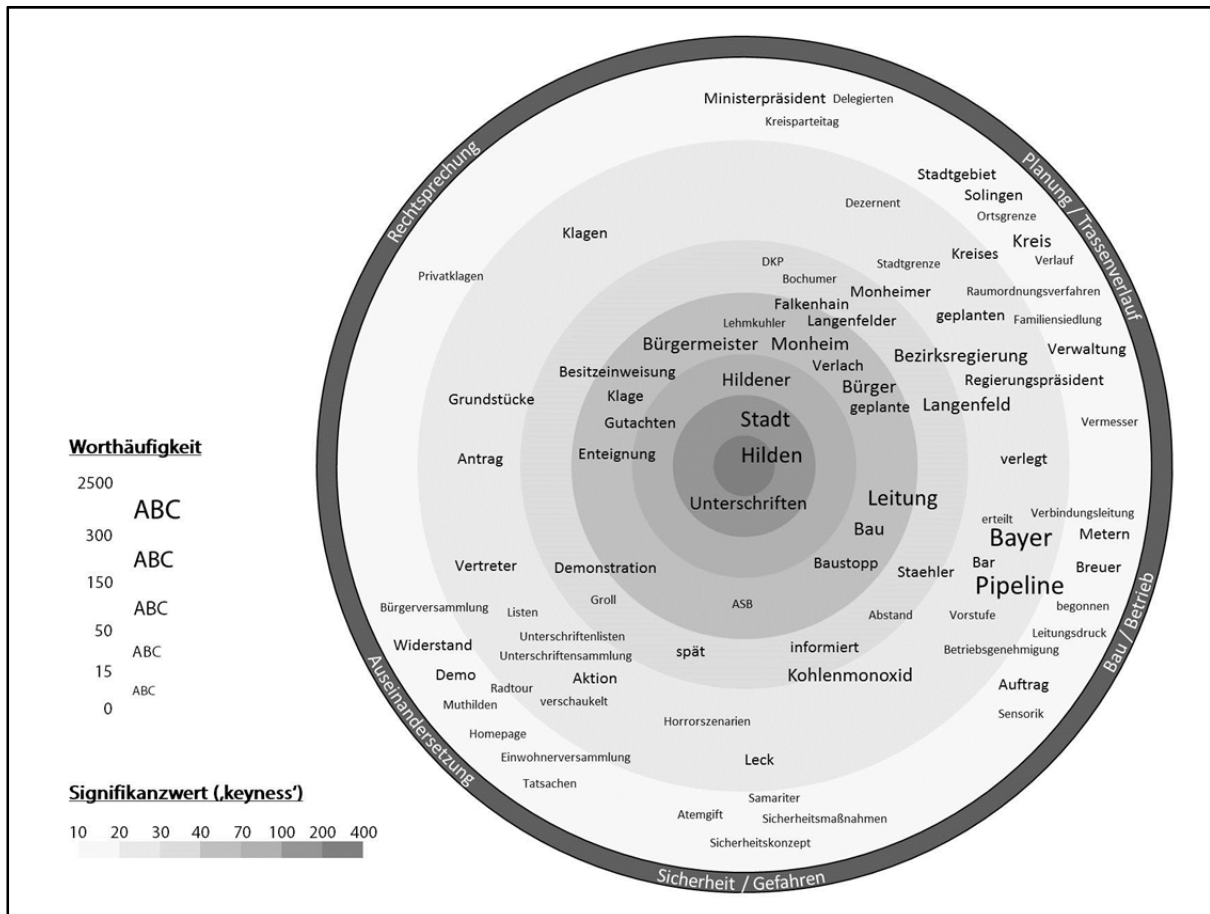
Im Mai 2007 begannen die Bauarbeiten an der CO-Pipeline, die durch den zwischenzeitlichen Rückzug der EPDC als nunmehr eigenständiges Vorhaben galt und lediglich streckenweise im Verbund mit einer Erdgasleitung der WINGAS GmbH verlegt werden sollte. Aufgrund der geplanten Bautätigkeit entlang der Pipeline-Trasse und des im späteren Betrieb einzuhaltenden Schutzstreifens waren durch die BMS AG Enteignungen im Sofortvollzug angestrengt worden, gegen die die betroffenen Grundstückseigentümer gerichtlich vorgingen. Damit und mit dem eigentlichen Baubeginn in unmittelbarer Nähe zu bestehenden Siedlungsflächen ging ein gesteigertes Interesse der Bevölkerung einher, die zunehmend die möglichen Gefahren der Leitung sowie das vermeintliche Ausbleiben belastbarer Informationen zur Betriebssicherheit seitens der BMS AG thematisierte. Während dieser Phase im zweiten Quartal 2007 kam es zu einer Bedeutungstransformation hinsichtlich der CO-Pipeline bei einer Reihe von bereits vorher konstituierten Akteuren und es formierte sich die Gruppe der Pipelinegegner entlang der genannten Diskurse um die Sicherheit und die rechtliche Zulässigkeit der Enteignungen (vgl. Abbildung 36).

Die Kommensurabilität der Teildiskurse um die CO-Pipeline nahm dabei sukzessive ab und der zunächst weitgehend technische Diskurs der Trassenführung zerbrach schließlich in die Diskurse der ökonomischen Standortsicherung einerseits und der Unversehrtheit des privaten Eigentums andererseits. Vertreten durch die inzwischen mehrheitlich ablehnend positionierten Bürgermeister der Trassenstädte, suchten die Bewohner die Position der Vorhabenträgerin BMS AG sowie partiell der Bezirksregierung Düsseldorf während der 40. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2007) des Landtages NRW zu delegitimieren.<sup>99</sup>

<sup>99</sup> Die hier aufgeführten Zitate sind Beispiele von Äußerungen einzelner Beteiligter der Ausschusssitzung vom 17. Oktober 2007. Ähnliche Aussagen und Kommentare wurden von allen anwesenden Bürgermeistern und Vertretern der Träger öffentlicher Belange (TÖB) wie beispielsweise der Kreisfeuerwehr Mettmann getroffen. Gleiches gilt für die weiter unten stehenden mündlichen Stellungnahmen seitens der BMS AG gemeinsam mit denen des Verbandes der chemischen Industrie und der IG BCE.

„Der zweite Punkt betrifft den Sofortvollzug und damit einhergehend die Verfassungswidrigkeit; [...] Das Recht, auf Grundstücke unserer Bürger zuzugreifen, wurde der Bayer AG auf der Grundlage von Versprechungen und vagen Hoffnungen eingeräumt. [...] Eine Pipeline für hochgiftiges, nicht wahrnehmbares Kohlenmonoxid, vor dem Menschen nicht fliehen, sondern es bis zur Bewusstlosigkeit und dem Tod unbemerkt einatmen, darf man nicht neben Wohnbebauung und schon gar nicht mit derart vielen Fragen zu den Sicherheitsstandards bauen.“ (Bürgermeister der Stadt Monheim Thomas Dünchheim, Hervorh. MG)

Abbildung 36: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 3 zur CO-Pipeline



Quelle: eigener Entwurf; Datenquelle: RP, WAZ

Hierbei wurde einerseits das Recht der Bayer AG angezweifelt, welche die ‚eigene‘ Identität in Form ‚unserer Bürger‘ angreife. Diese Annahme wird zusätzlich gestützt durch die im Sicherheitsdiskurs geführte Feststellung, dass ‚man‘ solch ein Bauvorhaben keineswegs durchführen ‚dürfe‘. Die Pipeline wurde in diesen Diskursen zur Gefahr für das Eigentum und die Gesundheit.

Die Befürworter der Pipeline argumentierten deren Bedeutung dagegen nach wie vor auf der Grundlage eines wirtschaftlichen und logistischen Notwendigkeitsdiskurses, dem eine Identitätskonstituierung eines gänzlich anderen ‚wir‘ hinsichtlich des zur Diskussion stehenden Raumausschnittes folgte:

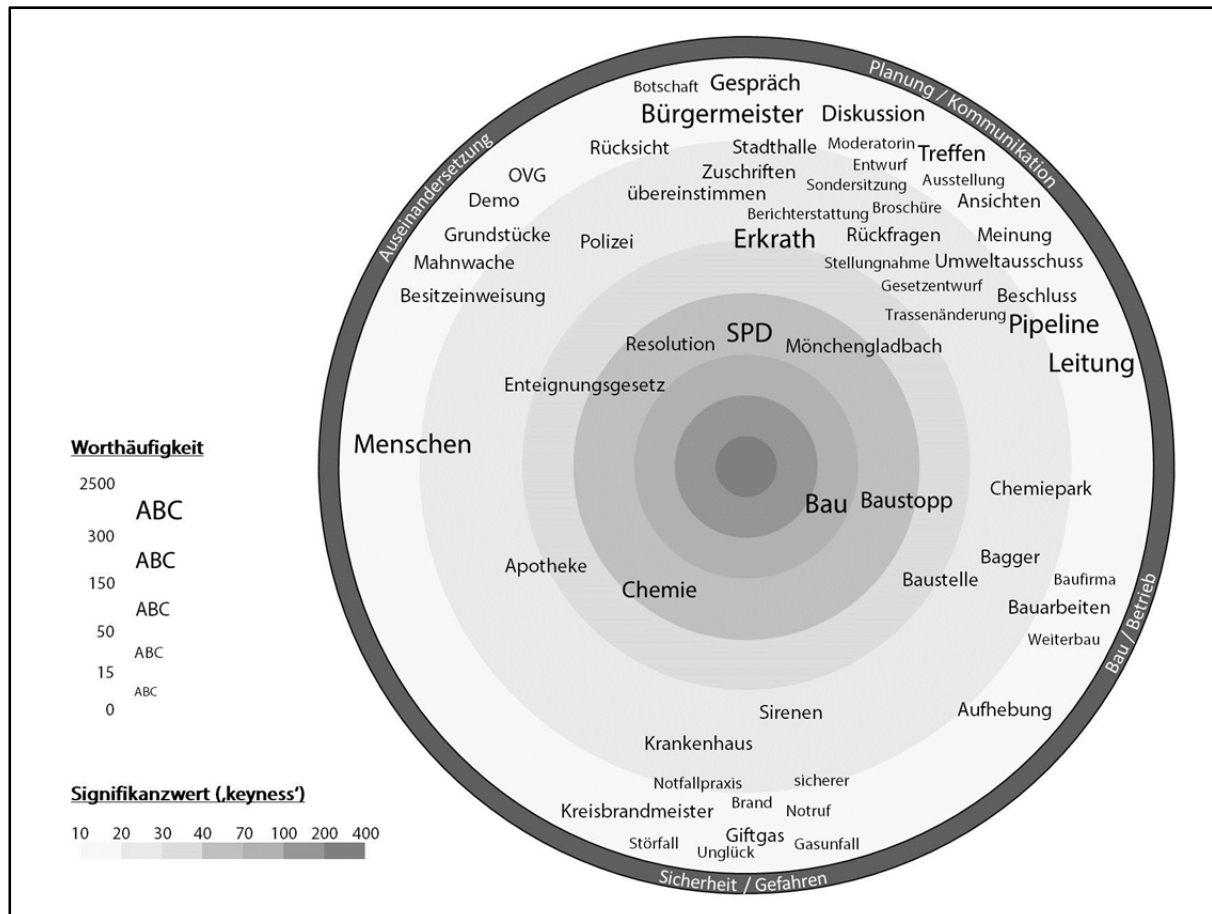
„Es geht um die Sicherstellung der Versorgungssicherheit, damit wir selber in der Lage sind, in Uerdingen die Rohstoffe zur Verfügung zu stellen. Dazu soll diese Pipeline dienen.“ (Projektleiter der BMS AG Werner Breuer, Hervorh. MG)

„In Nordrhein-Westfalen verzeichnen wir bei diesen kunststoffverbrauchenden Industriezweigen eine besondere Ballung. Die Kunststoffverarbeitung hat eine besondere wirtschaftliche Bedeutung und stellt bundesweit betrachtet einen Schwerpunkt dar [...].“ (Vertreter des Verbandes der chemischen Industrie NRW Hans-Jürgen Mittelstaedt, Hervorh. MG)

#### Phase 4: Informationen und Sicherheitskonzepte als Versuche der Konfliktbearbeitung

Die konflikthafte Auseinandersetzung um die CO-Pipeline kristallisierte also am diskursiven Bruch zwischen der wirtschaftlichen Notwendigkeit der Anlage einerseits und den Gefahren des Leitungsbetriebes andererseits. In der vierten Phase des Planungs- und Konfliktverlaufes vom dritten Quartal 2007 bis zum Jahresende 2008 suchte die BMS AG den diskursiven Boden einer gemeinsamen Bedeutungskonstitution auf der Grundlage eines umfassenden Sicherheitskonzeptes. Zu dieser Zeit verschwand der ökonomische Diskurs weitgehend aus den öffentlichen Debatten. Sie wurden dominiert von der kommunikativen Intervention seitens der BMS AG hinsichtlich der Fragen zur Anlagensicherheit und den Konsequenzen möglicher Unfälle (vgl. Abbildung 37).

Abbildung 37: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 4 zur CO-Pipeline



Quelle: eigener Entwurf; Datenquelle: RP, WAZ

In mehreren Pressemitteilungen hob der Projektleiter der BMS AG die Relevanz von Sicherheitsfragen hervor, verortete diese allerdings als möglichen Gefahrendiskurs im Lager der Pipelinegegner, indem er die antagonistischen Identitäten diskursiv reproduzierte:

*„Die Bayer MaterialScience AG hat eine weitere Informations-Broschüre zur Kohlenmonoxid-Pipeline mit dem Titel ‚Ihre Fragen - unsere Antworten‘ aufgelegt. [...] ‚Die Sicherheit der Rohrfernleitung hat für uns höchste Priorität. Wir sind uns der Verantwortung gegenüber unseren Nachbarn in der Region bewusst‘, erklärt Projektleiter Werner Breuer.“ (PM BMS AG 2008a, Hervorh. MG)*

Gestützt auf mehrere technische Gutachten (vgl. Engel 2005; Veenker 2008) versuchte die BMS AG außerdem den Sicherheitsdiskurs räumlich aufzuspannen, wonach es eine Tatsache sei, „dass entlang der gesamten Trasse jeweils ein Bündel von Schutzmaßnahmen wirkt.“ (PM BMS AG 2008b)

Begrifflichkeiten wie ‚Giftgas‘, ‚Notfallpraxis‘ oder auch ‚Gasunfall‘ legen die Vermutung nahe, dass die Pipelinegegner den Sicherheitsdiskurs hingegen in einen Gefahrendiskurs transformierten, der sich der Kommensurabilität mit dem Sicherheitsdiskurs der BMS AG weitgehend entzog und schließlich in eine weitere Konfliktphase mündete.

#### *Phase 5: Konflikthöhepunkt in den Verwerfungen um Fragen zu Sicherheit, Recht und Politik*

Der Konflikt um die CO-Pipeline erreichte während des gesamten Kalenderjahres 2009 und bis zur Jahresmitte 2010 in der fünften Phase einen vorläufigen Höhepunkt. Ausgehend vom vorab etablierten Gefahrendiskurs verstetigten die Pipelinegegner den diskursiven Bruch als Antagonismus zwischen den Gegnern und Befürwortern des Vorhabens insbesondere in der zunehmenden öffentlichkeitswirksamen Herausforderung der Positionen der Vorhabenträgerin, der Landespolitiker sowie der Bezirksregierung Düsseldorf. Der eigenen Identität als „friedlich ruhende Bürger [...], die aus offensichtlich berechtigten Gründen initiativ werden“ standen „gewiefte Politiker“, „[h]artgesottene Konzernbosse“ und „[e]ine sogenannte Bezirksregierung“ als fremde „Spezies“ gegenüber, die sich gegen erstgenannte Bürger „verbünden“. Weiterhin argumentierten die Gegner damit, dass „die besagten Spezies versagt haben, Fehler machen oder sogar Unrecht im Schilde führen.“ (sämtliche Zitate Hennen 2009: 7ff.) Den diskursiven Ausgangspunkt dieses Unrechts sahen sie in einer rein betriebswirtschaftlichen Logik, die unvereinbar mit den damals in der Debatte äußerst dominanten medizinischen und volkswirtschaftlichen Gefahrendiskursen war.

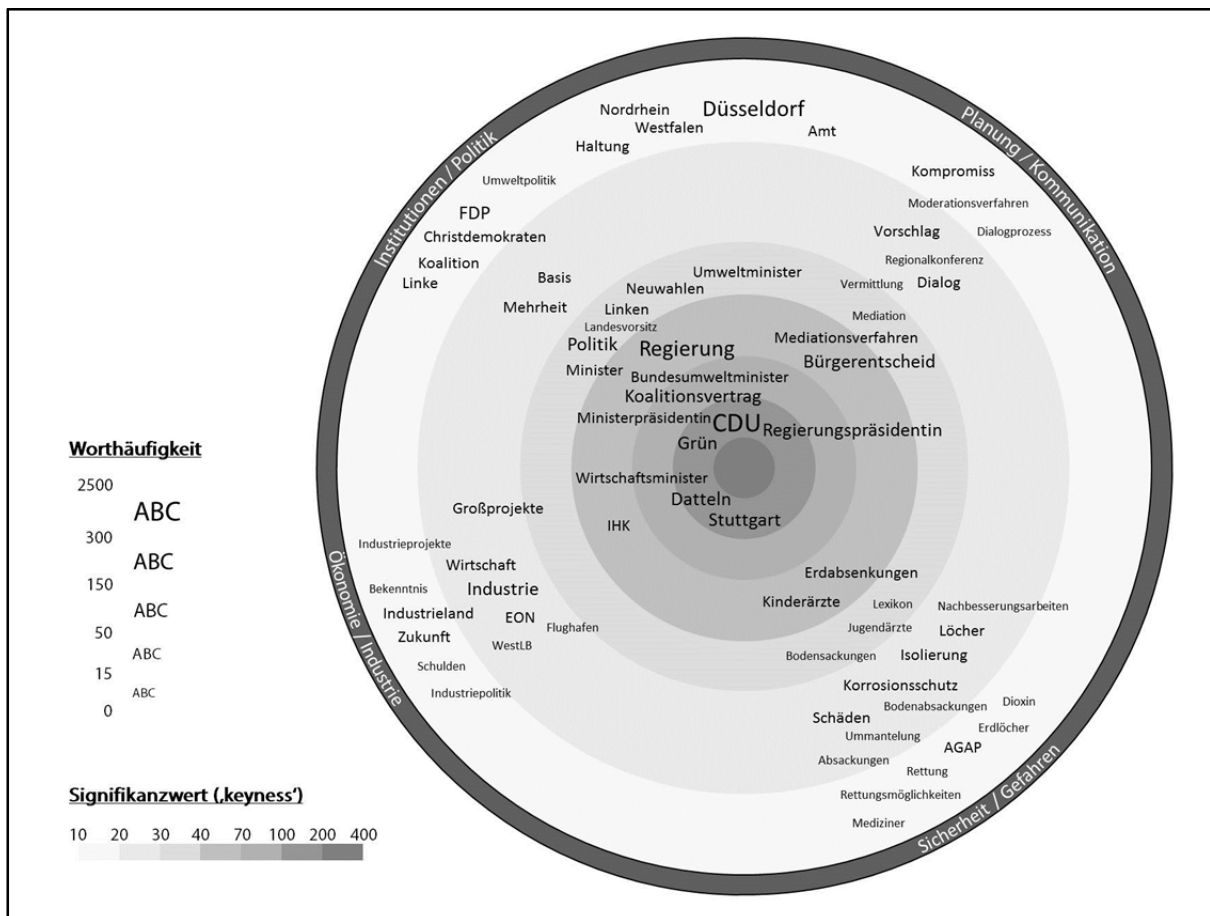
Gleichwohl brachten die Pipelinegegner zu dieser Zeit auch einen Lösungsvorschlag in die Debatte ein. Er folgte dem Leitspruch, dass wenn die Transportkosten – gerade unter Einbeziehung der volkswirtschaftlichen Kosten eines Unfalls – zu hoch seien, „wird *da* produziert, *wo* das Produkt gebraucht wird.“ (Wilms 2009: 71, Hervorh. MG) In dieser Aussage wird die Trennung des Kohlenmonoxids vom ‚eigenen‘ Raum insinuiert, und an das ‚Dort‘ der Produktion und des Verbrauchs gebunden, mithin an den Ort der BMS AG. Dieser Vorschlag wurde allerdings nicht als Verhandlungshorizont aufgerufen, womit er lediglich als Potential hinsichtlich einer diskursiven Planung gelten kann.

Die BMS AG zog sich hingegen wie schon zuvor die Bezirksregierung Düsseldorf in der zweiten Phase auf das per §1 RohrIG festgestellte Allgemeinwohl zurück, welches sie mit einem öffentlich-rechtlichen Vertrag – geschlossen mit der Bezirksregierung Düsseldorf am 3. April 2009 – noch einmal abzusichern suchte. Die Bedeutung dieses Wohls für die Allgemeinheit konstituierte sie wiederum im ökonomischen Diskurs, der den Gegnern die eingangs beschriebene Angriffsfläche im Konflikt bot:



und einen Bürgerentscheid ins Gespräch. Während letzterer eine Entscheidung im juristischen Diskurs bei fortbestehender ‚Ja‘/‚Nein‘-Dichotomie bedeutete, hätte das Mediationsverfahren die diskursiven Möglichkeitsräume eröffnet, in denen Fragen der Transport- und Produktionsbedingungen und des Trassenverlaufes in einem integrierenden Diskurs hätten neu gestellt werden können. Die Vorschläge sind einige Zeit intensiv öffentlich erörtert worden und prägten die sechste Phase vom dritten Quartal 2010 bis zum ersten Quartal 2011. Mit dem Hinweis sämtlicher Konfliktparteien auf die unmittelbar bevorstehende Fertigstellung der Pipeline und das fehlende landesweite Interesse seitens der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens wurden jedoch weder die Mediation noch der Bürgerentscheid durchgeführt. Stattdessen brach der Konflikt zum Ende dieser Phase erneut auf.

Abbildung 39: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 6 zur CO-Pipeline



Quelle: eigener Entwurf; Datenquelle: RP, WAZ

Ungeachtet dessen konstituierte der Gefahrendiskurs nach wie vor das zentrale Identitätsmerkmal der Pipelinegegner entlang von Signifikanten der Gefahren (‚Korrosionsschutz‘, ‚Bodenabsackungen‘) und der unzureichenden Reaktionsmöglichkeiten auf einen möglichen Unfall (‚Rettung‘, vgl. Abbildung 39). Demgegenüber ergriff in dieser Phase insbesondere die IG BCE Partei für den Pipeline-Betrieb, wobei sie sich ebenso auf der Grundlage eines rein ökonomischen Diskurses bewegte, den sie im unmittelbaren Zusammenhang mit sozialen Fragen betrachtete und dem ihrer Ansicht nach hegemonialen Ökologiediskurs in der Landespolitik entgegensetzte:

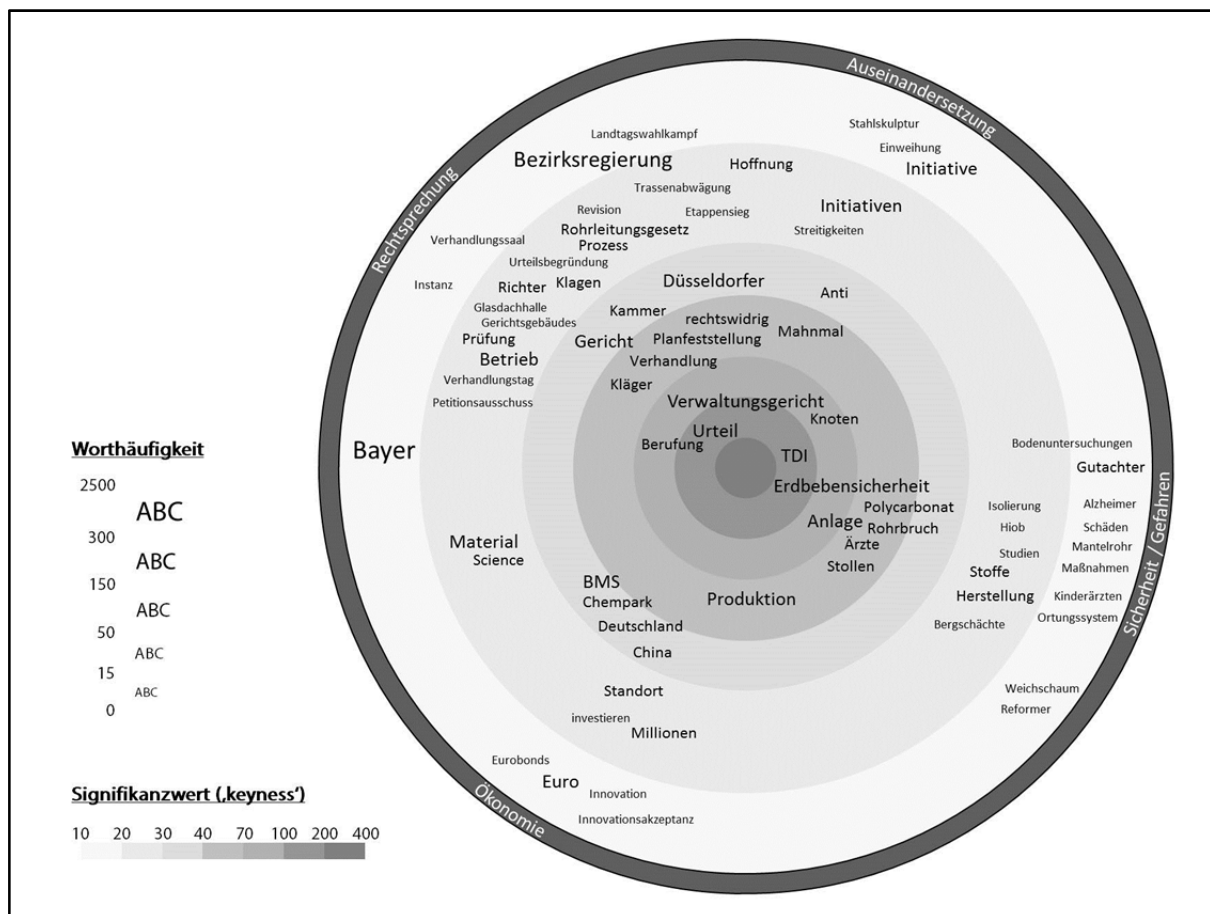
*„Nach Einschätzung des IG-BCE-Vorsitzenden betont der Koalitionsvertrag an vielen Stellen einseitig ökologische Aspekte und vernachlässigt ökonomische und soziale Fragen. [Er] fordert die Koalitions-*

parteien auf, sich für die Akezeptanz industrieller Produktion in Nordrhein-Westfalen einzusetzen. „Noch offene oder laufende Großprojekte wie zum Beispiel das Kraftwerk Datteln und die Bayer-Co-Pipeline müssen zügig positiv entschieden werden.“ (PM IG BCE 2010)

#### Phase 7: Die Rechtsprechung als Konfliktarena

Die anschließende siebte Phase wurde dominiert vom Rechtsdiskurs nach dem Urteil des VG Düsseldorf zur Rechtswidrigkeit des Planfeststellungsbeschlusses vom 25. Mai 2011 (Az. 3 K 1599/07). Sie umfasste den Zeitraum vom zweiten Quartal 2011 bis zum ersten Quartal 2012 und war überwiegend vom Konflikt gekennzeichnet, der entlang der jeweils hegemonialen Diskurse um die Sicherheit und Gefahren des Pipeline-Betriebes einerseits und der ökonomischen Notwendigkeit andererseits reproduziert wurde (vgl. Abbildung 40).

Abbildung 40: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 7 zur CO-Pipeline



Quelle: eigener Entwurf; Datenquelle: RP, WAZ

Im Urteil des VG Düsseldorf wurde explizit die Möglichkeit genannt, die festgestellten Verfahrensfehler beheben zu können, weswegen der Planfeststellungsbeschluss zwar so nicht vollziehbar wäre. Dessen Aufhebung kam für das Gericht allerdings nicht in Betracht. Dagegen legten sowohl die Bezirksregierung Düsseldorf als auch die Pipelinegegner Berufung beim OVG Münster ein. Insbesondere die Bürgerinitiativen begleiteten den Konflikt zu dieser Zeit medial und mittels mehrerer Demonstrationen noch einmal sehr intensiv, wobei sie die Bedrohung der eigenen räumlichen Identität wiederholt zum dominanten Fluchtpunkt ihrer Argumentation erhoben:



*„Die BayerAG bekennt sich zum Standort NRW indem sie Giftgasleitungen durch die Städte verlegt. [...] Die FDP bekennt sich zur CO-Giftgasleitung weil die Siedlungen ihrer Klientel nicht durch Bayers Kohlenmonoxid-Giftgas bedroht werden.“ (CO-Pipeline-Press 2011a, Hervorh. MG)*

*„Die CO-Pipeline sucht hier geradezu die Wohngebiete, wechselt extra über die B288 nach Norden, um in die dortigen Siedlungen einzudringen.“ (CO-Pipeline-Press 2011b, Hervorh. MG)*

Die Bedrohung wurde hierbei als lebensgefährlich hervorgehoben. Ein Betrieb der Pipeline würde dementsprechend die Gefahr der Vernichtung der eigenen Existenz mit sich bringen, die an die genannten Raumausschnitte gebunden wird. Gegen dieses Eindringen der Gefahr in den eigenen Raum galt es sich mit allen Mitteln zu verteidigen. Hier wird noch einmal deutlich erkennbar, dass der ökonomische Diskurs („Innovationsakzeptanz“) nicht nur inkommensurabel zum Sicherheits- und Gefahrendiskurs („CO-Giftgasleitung“) war. Er wurde von Seiten der Konfliktbeteiligten vielmehr als diametral gegenüberstehend artikuliert, um darin den Konflikt um die CO-Pipeline diskursiv aufrecht zu erhalten.

#### *Phase 8: Beteiligung, Planänderungen und CO-Forum als Versuche der diskursiven Intervention*

Nach der Amtsübernahme der neuen Regierungspräsidentin Anne Lütkes im August 2010 kündigte die Bezirksregierung ein umfangreiches Planänderungsverfahren an. Dessen Gegenstand sollten die zahlreichen Änderungsanträge zum Trassenverlauf während des Baus der Pipeline sein, die laut Auskunft der BMS AG auch der Erhöhung der Sicherheit gedient hätten. Mit dem expliziten Verweis auf die Versachlichung der Diskussion suchte sie in dieser Phase, die vom zweiten Quartal 2012 bis Mitte 2014 dauerte, den rationalen Diskurs nach ‚Faktenlage‘. In ihm schwang die implizite Verortung der Pipelinegegner in der Unsachlichkeit mit, die es legitimiert durch eine sachorientierte Argumentation zu eliminieren gelte:

*„Bayer MaterialScience will Einwendungen mit Sachargumenten ausräumen. [...] im Rahmen des Verfahrens werden zudem technische Änderungen wie die Verwendung bestimmter Stahlsorten oder die Verlegung einer zusätzlichen, 80 Zentimeter breiten Geo-Grid-Matte über der Leitung beantragt. Sie soll die Sicherheit der Pipeline nochmals verbessern. Hierbei handelt es sich um ein Gitternetz aus auffälligem Kunststoffmaterial, das bei Eingriffen von oben – beispielsweise durch Bagger – darauf hinweist, dass sich darunter eine Leitung befindet.“ (PM BMS AG 2013, Hervorh. MG)*

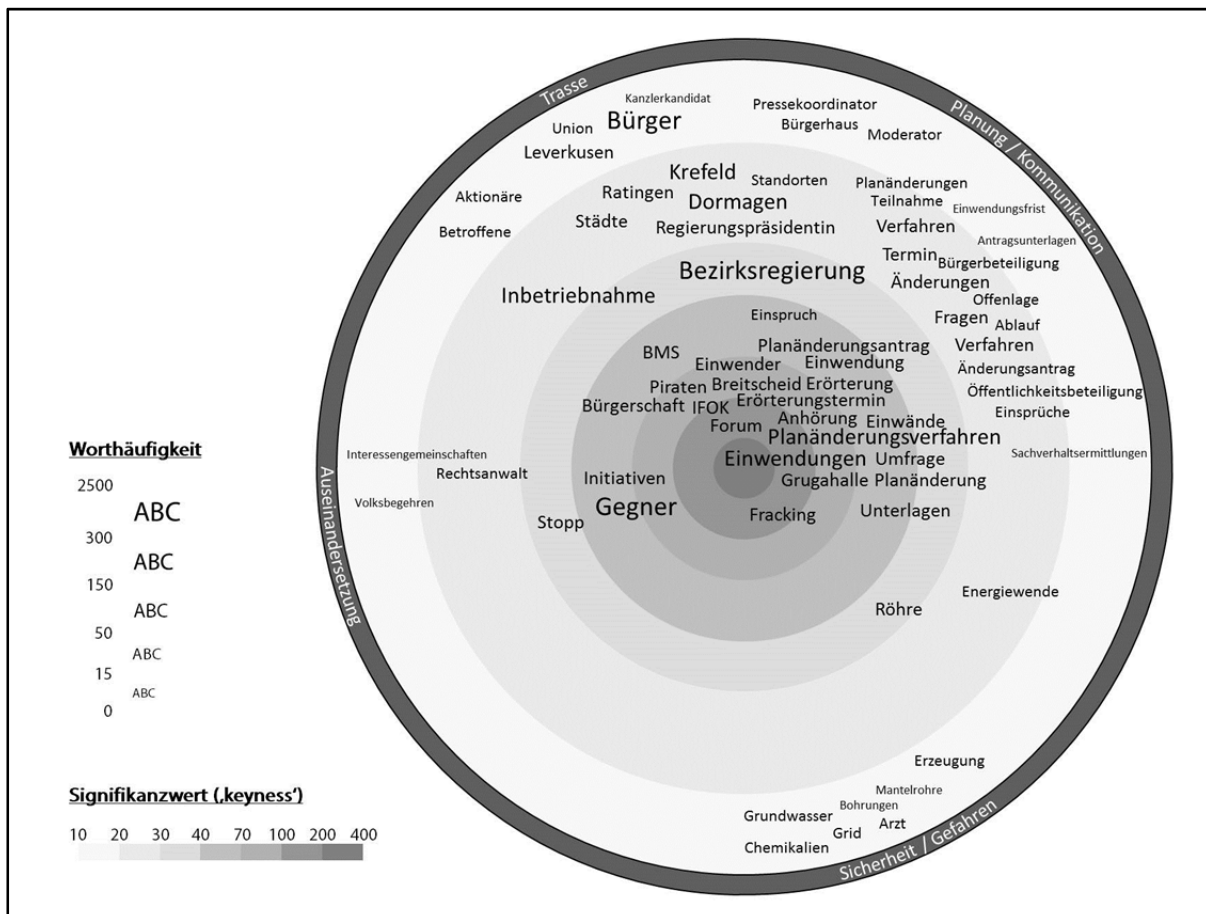
Auch in der öffentlichen Berichterstattung verschoben sich die Diskursfelder deutlich in Richtung einer erneuten Öffnung von Möglichkeitsräumen in der Verhandlung um die CO-Pipeline, gepaart mit den Diskussionen um die Trassenänderungen und die bereits umgesetzten und mögliche weitere Sicherheitsmaßnahmen (vgl. Abbildung 41).

Der Planänderungsantrag der BMS AG wurde im Juli 2012 öffentlich ausgelegt und damit einhergehend die Möglichkeit zur Einwendung gegen das Vorhaben gegeben. Davon sammelten die Pipelinegegner über 24.000, die die Vertreter der Bürgerinitiativen bei einem ebenfalls öffentlichen Erörterungstermin im November 2013 in der Essener Grugahalle übergaben. Als weitere Arena des Austausches über das Vorhaben beauftragte die BMS AG das Institut für Organisationskommunikation (IFOK) mit der Einrichtung des sog. CO-Forums als Kommunikationsplattform für alle Betroffenen

und Beteiligten. In der Eröffnungssitzung am 23. Juli 2013 versammelten sich die Teilnehmer unter dem Motto „Wir müssen versuchen, Brücken zu bauen. Dieses Forum könnte ein Übersetzungswerk schaffen.“ (PM IFOK 2013). Hier stand also der Versuch einer integrativen Diskurstransformation im Vordergrund, die letztlich am freiwilligen Fernbleiben der Bürgerinitiativen scheiterte. Bis zur siebten Sitzung des Forums am 29. September 2014 wurden Empfehlungen zur Sicherheit im Schadensfall erarbeitet, die einen prinzipiellen Anschluss an die bereits etablierten Sicherheitsdiskurse der BMS AG nahelegten. Darüber hinaus identifizierten sich die Mitglieder des Forums vordergründig über den hegemonialen ökonomischen Standortdiskurs und reproduzierten ihn über die Letztbegründung des wirtschaftlichen Wohlergehens:

*„Im Hinblick auf den Gerichtsentscheid wurde im Forum die Sorge geäußert, welche industriepolitischen Konsequenzen dies haben kann. Zum einen habe die CO-Pipeline als wichtiges industrielles Infrastrukturprojekt beschäftigungspolitisch hohe Relevanz. Zum anderen zeige das bereits über zehn Jahre dauernde Verfahren die mangelnde Planungssicherheit für Unternehmen und drohe, Investitionen in der Region zu bremsen.“ (PM IFOK 2014, Hervorh. MG)*

Abbildung 41: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 8 zur CO-Pipeline



Quelle: eigener Entwurf; Datenquelle: RP, WAZ

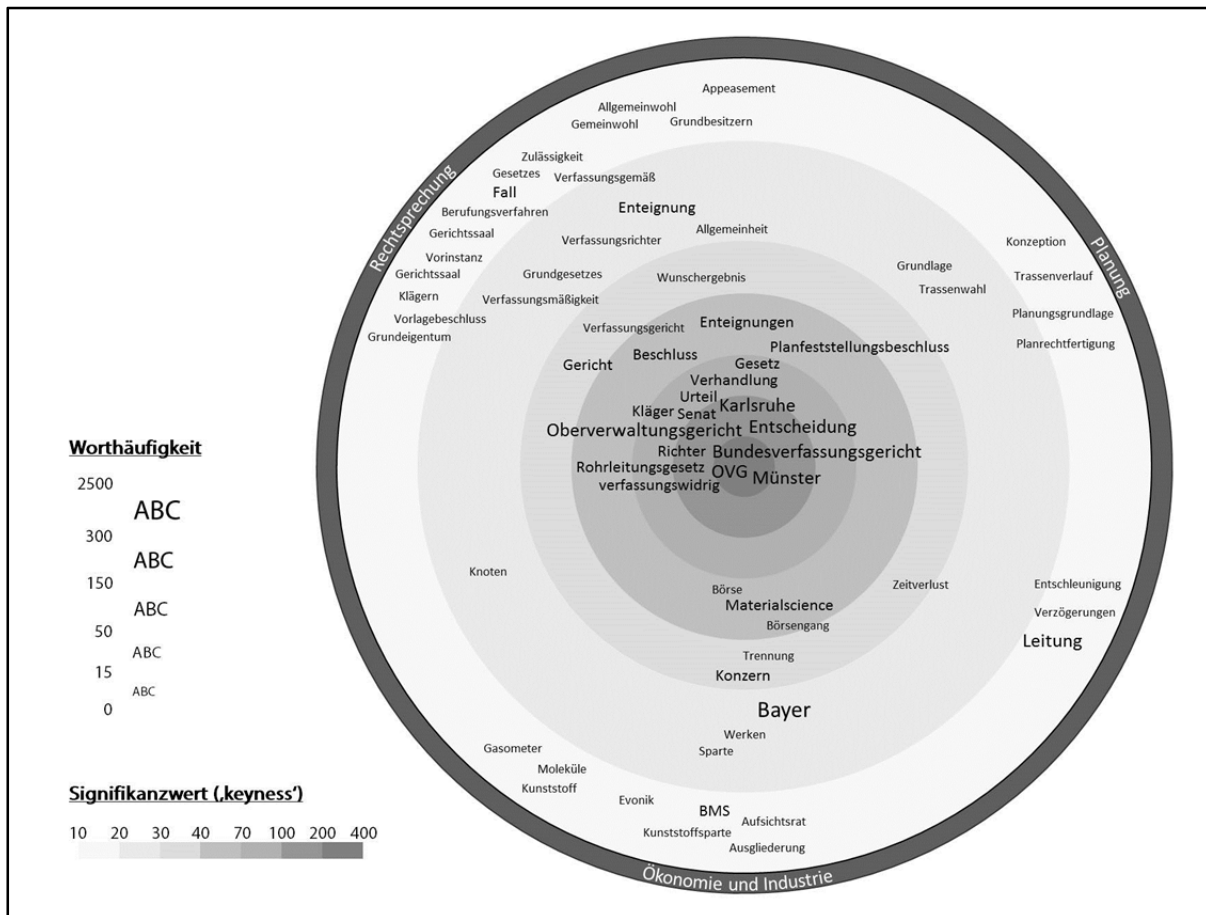
Die ‚eigene‘ räumliche Identität wurde also als durch die Opposition gegen die Pipeline bedroht angesehen und die ‚eigene Sicherheit‘ mit wirtschaftlichen Interessen gleichgesetzt. Die Sicherheit der ‚Anderen‘ hingegen sollte laut Empfehlungen des CO-Fforums mit einer allgemeinen Grundversorgung bei CO-Unfällen gewährleistet werden, was aufgrund der zu erwartenden gravierenden Konse-

quenzen eines solchen Unfalls von den Pipelinegegnern als Eingeständnis zur Entbehrlichkeit ihrer eigenen Position eingestuft wurde. Damit blieb der Möglichkeitsraum einer diskursiven Annäherung auch in dieser Phase letztlich allenfalls Potential.

*Phase 9: Der Rechtsdiskurs als Mittel der Entscheidungsfindung vor dem Bundesverfassungsgericht*

Am 28. August 2014 urteilte das OVG Münster, dass das am 21. März 2006 verabschiedete und am 6. April desselben Jahres in Kraft getretene RohrIG rechtswidrig sei (Az. A 1923/11). Damit trat der Konfliktverlauf in der zweiten Jahreshälfte 2014 in die neunte und zum Untersuchungszeitpunkt letzte Phase, die neben den bekannten Diskursfeldern der Ökonomie und des Trassenverlaufes insbesondere von Begrifflichkeiten gekennzeichnet war, die auf einen ausgeprägten juristischen Diskurs verweisen (vgl. Abbildung 42).

**Abbildung 42: Signifikante Begriffe und Diskursfelder im Pressekorpus der Phase 9 zur CO-Pipeline**



Quelle: eigener Entwurf; Datenquelle: RP, WAZ

Sowohl die BMS AG – seit dem 1. September 2015 als Covestro AG – und die Bezirksregierung Düsseldorf, als auch die Pipelinegegner warten seitdem auf eine Entscheidung durch das nun zuständige BVerfG. Es steht aufgrund der aktuell dominanten Diskursfelder in der Öffentlichkeit zu vermuten, dass diese Entscheidung einem machtvollen Eingriff im Konflikt gleichkommen wird, der ihn auf der Grundlage eines beiderseits anerkannten und damit hegemonialen Rechtsdiskurses auflöst oder verlagert. Damit einhergehend ist zu erwarten, dass auch die aufgeworfenen Legitimitätsfragen im vorliegenden Fall auf juristischem Wege beantwortet werden, geknüpft an die ökonomischen Diskurse

des Allgemeinwohls einerseits und die Gefahrendiskurse in Bezug auf Leben und Gesundheit der Trassenanwohner andererseits.

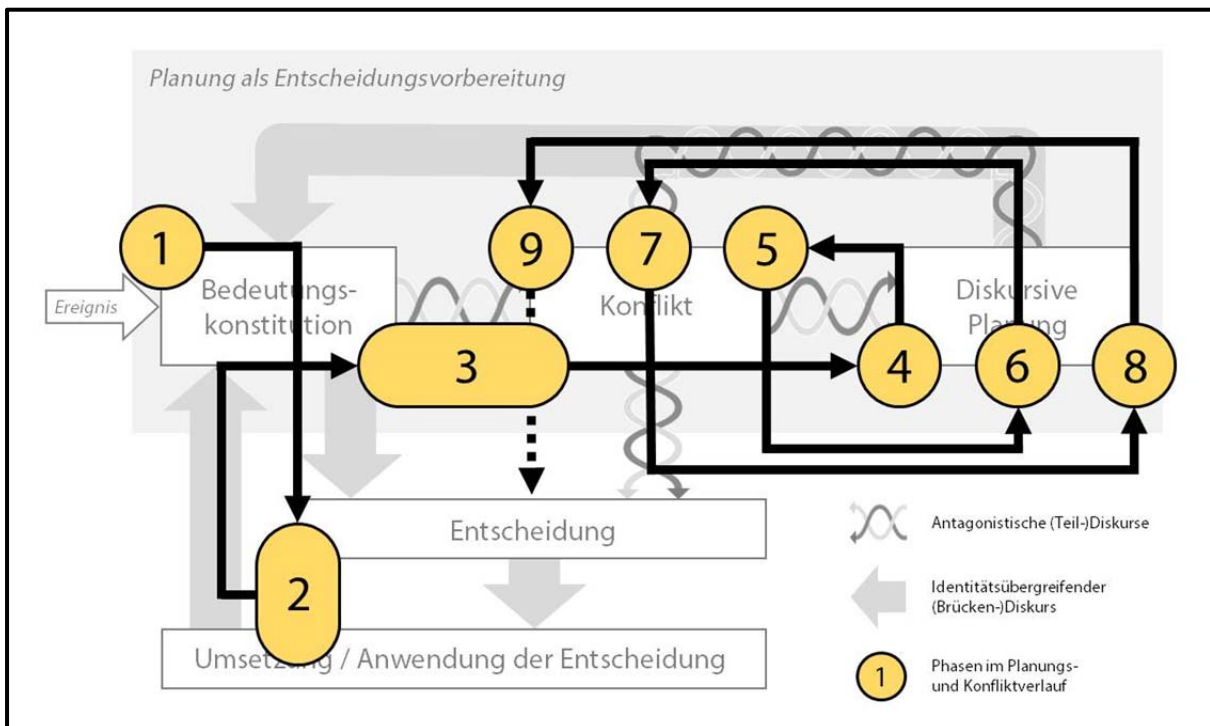
### **Einordnung der einzelnen Phasen in das Prozessmodell und Erkenntnisse aus dem Fallbeispiel**

Wie schon für den Konfliktverlauf um die Waldschlösschenbrücke lassen sich die einzelnen Phasen des Planungs- und Konfliktverlaufes um die CO-Pipeline in einem Musterabgleich mit dem vorab entwickelten Prozessmodell lesen. Damit werden die analytische Erfassung und die vergleichende Einordnung des Fallbeispiels ermöglicht. Zu beachten bleibt auch hier, dass die daraus resultierende Darstellung einer Prozesslogik folgt, in der die Abfolge anhand einer Phasenheuristik mit vergleichsweise hohem Abstraktionsniveau verdeutlicht wird.

Mit Beginn der Planungen für den Bau und Betrieb der CO-Pipeline durch die BMS AG im Jahr 2004 kam es zu einer Bedeutungskonstitution des Vorhabens, die sich insbesondere im Laufe des ROV vornehmlich auf die technischen und ökonomischen Diskurse der Notwendigkeit einerseits und den planerisch-räumlichen Diskursen des Trassenverlaufes und der Eingriffe in bestehende Infrastrukturen andererseits stützte (Phase 1). Der Planfeststellungsbeschluss vom 14. Februar 2007 entsprach einer Entscheidung, deren Umsetzung mit dem kurz darauf beginnenden Bau erfolgte (Phase 2). Zu dieser Zeit zeigte sich in den öffentlichen Debatten bereits der Sicherheits- und Gefahrendiskurs, der im Verbund mit dem juristischen Diskurs der bedrohten Eigentumsrechte einzelner Trassenanrainer eine erneute Bedeutungskonstitution seitens der Bevölkerung, der kommunalpolitischen Akteure sowie der Träger öffentlicher Belange (TÖB) nach sich zog. Die unterschiedlichen Diskurse als Grundlage der Bedeutungskonstitution hinsichtlich der Pipeline wurden in zunehmender Abgrenzung voneinander formuliert, was schließlich zum Konflikt führte (Phase 3). Daraufhin wurden von unterschiedlicher Seite mehrfach Versuche einer Konfliktbearbeitung unter Eröffnung diskursiver Möglichkeitsräume unternommen. Zunächst stellten sowohl die Bezirksregierung Düsseldorf als auch die BMS AG umfangreiche Informationen zur Verfügung, die den Gefahrendiskurs durch einen Sicherheitsdiskurs zu substituieren suchten (Phase 4). Letztlich reproduzierten sie jedoch den Antagonismus zwischen der BMS AG und der Bezirksregierung auf der einen Seite und den Bewohnern der Trassengemeinden auf der anderen Seite, und damit einhergehend ebenfalls der Diskurse um die Sicherheit und Gefahren. Im Ergebnis verlagerten die Konfliktparteien die Auseinandersetzung in einen juristischen Diskurs unter dem Eindruck einer erneuten Verhärtung der Fronten während der Bundestags- und Landtagswahlkämpfe in NRW in den Jahren 2009 und 2010 (Phase 5). Im Anschluss an die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Landtag Nordrhein-Westfalen stellte die nun von der SPD geführte Landesregierung im Sommer 2010 die diskursive Öffnung in Richtung eines integrierenden Brückendiskurses in Aussicht, die insbesondere an den Vorschlägen zur Mediation kristallisierte (Phase 6). Doch sämtliche Konfliktparteien zogen sich mit der Begründung der fortgeschrittenen Bauausführung und dem vermeintlich stark variierenden Wahrnehmungsgrad des Konfliktes in der Landesbevölkerung auf ihre ursprünglichen Diskursfelder der Wettbewerbsökonomie („Standort“) einerseits und der Gefahren („Erdbebensicherheit“, „Schäden“) andererseits zurück. Die Inkommensurabilität wurde zu dieser Zeit wiederholt vor den jeweils zuständigen Gerichten deutlich, womit auch das juristische Diskursfeld von Recht („Urteil“) und Unrecht („rechtswidrig“) auf den Plan trat (Phase 7). Schließlich unternahm die Bezirksregierung Düsseldorf unter der seit 2010 amtierenden Regierungspräsidentin einen weiteren

Versuch der Konfliktbearbeitung durch die Ankündigung eines Planänderungsverfahrens mit umfangreicher Öffentlichkeitsbeteiligung. Sekundiert wurde dieser Vorstoß von dem seitens der BMS AG initiierten CO-Forum, welches in Form einer Mediation einen Interessenausgleich anstrebte. An dieser Stelle zeigte sich ein weiteres Mal das Potential einer Diskursverschiebung (Phase 8). Die Pipelinegegner blieben dem Forum jedoch fern und beteiligten sich am Planänderungsverfahren hauptsächlich mit der Sammlung von über 24.000 Einwendungen, die auf den bekannten Argumenten gegen die Pipeline fußten. Im August 2014 entschied das OVG Münster schließlich, die Verfassungsmäßigkeit der Allgemeinwohlfrage laut §1 RohrIG vom BVerfG prüfen zu lassen, womit entlang des juristischen Diskurss der Konflikt wieder in den Vordergrund trat und den weiteren Verlauf bis zum Zeitpunkt der empirischen Untersuchung kennzeichnete (Phase 9). Es ist davon auszugehen, dass das ausstehende Urteil des BVerfG einer erneuten Entscheidung gleichkommt, woran sich eine Anwendung bzw. Umsetzung anschließt, die sich entlang der anzunehmenden Anerkennung dieser juristischen Instanz durch die Konfliktparteien entfalten wird (vgl. Abbildung 43).

Abbildung 43: Planungs- und Konfliktverlauf bei der CO-Pipeline von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen



Quelle: eigener Entwurf

Der dargestellte Prozess entspricht dem Verlaufstyp des ‚Konfliktes nach der Entscheidung‘.<sup>101</sup> In deren Folge kam es im Zuge der Umsetzung in Form der Bauausführung der Pipeline zu einer erneuten und erweiterten Bedeutungskonstitution, deren Diskurs schließlich zerbrach und im Konflikt mündete. Hierbei traten ebenfalls neue Akteure auf den Plan, positionierten sich in Abgrenzung zu den zuvor aufgerufenen Diskursen, „and only then request[ed] a discussion of the basic premise of the project.“ (Salet, Bertolini und Giezen 2012: 3)

Im Verlauf der Planungen und insbesondere des späteren Konfliktes um die CO-Pipeline konstituierten sich entlang der aufgerufenen Diskurse **räumliche Identitäten**, die als unterschiedliche

<sup>101</sup> Vgl. hierzu die Prozessereignisse und Verlaufstypen in Kap. 4.3.

Sprecherpositionen in der Analyse sichtbar wurden. In den damit einhergehenden Ortskonstruktionen zeigte sich eine **Inkommensurabilität**, die letztlich den **Konflikt** um die Pipeline begründete. Die Pipelinegegner in den Bürgerinitiativen traten nach außen oft in einer geschlossenen Diskurskoalition auf, die die BMS AG aufgrund des Pipeline-Projektes als Bedrohung wahrnahm und entsprechend als Gegnerin formulierte. Die sich daran anschließenden Handlungen stellten zudem oft auf einen juristischen Diskurs ab, in dem die Bezirksregierung Düsseldorf als zuständige Planungsbehörde ebenfalls als Bedrohung der eigenen Identität konstituiert wurde. Sie fungierte aus Sicht der Pipelinegegner dabei überwiegend als eine Art ‚Erfüllungsgehilfin‘, „die aus der Ferne staunend den Fortschritt ihres Projektes beäugt.“ (Hennen 2009: 9) Auf der anderen Seite meldeten sich mehrfach Befürworter der Pipeline zu Wort, die sich den Gegnern häufig mit dem Argument der ökonomischen Standortsicherung gegenüberstellten und ihnen damit explizit und implizit eine Wirtschaftsfeindlichkeit attestierten, die mit der ‚eigenen‘ Identität nicht vereinbar wäre.

Der **Begriff der Sicherheit** wurde im Konflikt um die Pipeline somit zum tendenziell leeren Signifikanten, da ihn beide Seiten des Konfliktes für sich reklamierten. Er wurde abwechselnd mit einem ökonomischen Standortdiskurs (‚Standortsicherheit‘), einem planerisch-rechtlichen Verbindlichkeitsdiskurs (‚Rechtssicherheit‘) einem technischen Machbarkeitsdiskurs (‚Sicherheitseinrichtungen‘) oder einem Gefahrendiskurs der Lebensbedrohung (‚Unsicherheit‘, ‚Giftgasleitung‘) aufgeladen. Entlang dieser Diskurse wurde der Sicherheitsbegriff zum hegemonialen Horizont des jeweils eigenen Standpunktes, der durch die entsprechend antagonistisch gegenüberstehende Position mehrfach herausgefordert und damit in seiner begrifflichen Legitimität diskursiv in Frage gestellt wurde.

Aufgrund der unverzüglich beginnenden Bauausführung nach der Planfeststellung entstand zunächst der Konflikt, und gleichzeitig wurden aufgrund dessen sämtliche Ansätze einer **diskursiven Planung** zusätzlich erschwert und endeten letztlich mit der Reproduktion der bestehenden Antagonismen. Die diskursiven Möglichkeitsräume einer deutlich veränderten Trassenführung der Pipeline oder alternativer Produktions- und Transportmöglichkeiten für das Kohlenmonoxid wurden allenfalls angedeutet. Andererseits war aufgrund des anfänglich geringen öffentlichen Interesses die ursprüngliche Bedeutungskonstitution der Pipeline geprägt von den technischen, wettbewerbsökonomischen sowie planerisch-verfahrensrechtlichen Diskursen, deren inhaltlicher Horizont überwiegend Detailfragen zur geplanten Pipeline-Trasse umfasste. Erst mit dem steigenden Interesse der Bevölkerung bei inzwischen vergleichsweise geringen Einflussmöglichkeiten wurden die Diskurse der Sicherheit und Gefahren dominant aufgerufen und setzten die darin konstituierten Akteure in Relation zu den ursprünglichen Diskursen der Bedeutungskonstitution. An dieser Stelle entstand der Konflikt, den die normierten Verfahren der Planung zur Entscheidungsvorbereitung sowie der anschließenden Verwaltung und Kontrolle nicht verhindern konnten.<sup>102</sup> Ungeachtet dessen strebten die Konfliktparteien wiederholt die Etablierung eines integrativen Identitätsdiskurses im Sinne einer diskursiven Planung an. Die BMS AG versuchte mehrfach den Gefahrendiskurs durch einen Sicherheitsdiskurs zu substituieren, um damit den Pipelinegegnern den Boden für eine Identitäts-Transformation im Diskurs zu bereiten. Die Gegner hingegen bestellten ihrerseits das diskursive Feld zur Identitätsverschiebung der Pipelinebefürworter, indem sie neben alternativen Trassenverläufen den ökonomischen Diskurs der

---

<sup>102</sup> Vgl. Kap. 4.1.

volkswirtschaftlichen Kosten im Schadensfall als Teil des Gefahrendiskurses zu etablieren versuchten. Die letztlich jedoch einseitig auf die Verschiebung der jeweils gegenüberliegenden Position zielenden Ansätze wurden oft im diskursiven Gewand einer ‚Versachlichung‘ der Auseinandersetzung in Stellung gebracht. In diesem Verständnis suchten sie letztlich die Überzeugung der jeweiligen Gegenseite in einer Art kommunikativer Rationalität,<sup>103</sup> die jedoch stets an den hegemonialen Diskursen der gegenüber positionierten Identität scheiterten. Gleichwohl zeigten sich vereinzelte Akteurstransformationen, die ihren Ausgang in den parallelen gesellschaftlichen Verhandlungsarenen des Politikbetriebes und der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit nahmen. So eröffnete beispielsweise der Führungswechsel bei der Bezirksregierung Düsseldorf zumindest partiell die Möglichkeit einer erneuten diskursiven Öffnung der Diskussionen. Auf Seiten der Bayer AG führten die Umstrukturierungen des Konzerns dagegen zunächst zu einer Diskurskonsolidierung im Bereich der Versorgungs- und Standortsicherheit in der Identität der BMS AG. Der in der jüngsten Vergangenheit vollzogene Übergang zur Covestro AG wirkte sich allerdings ebenfalls erkennbar auf die Identifizierung des Akteurs aus.<sup>104</sup>

Als **Konfliktarenen** zeigten sich die Planung mit ihren überwiegend rechtlich normierten Verfahren (ROV, Planfeststellungsverfahren), die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit aller Beteiligten mit zahlreichen Pressemitteilungen, Demonstrationen, Ausstellungen, Internetauftritten und dergleichen mehr sowie die jeweils zuständigen gerichtlichen Instanzen. Deren Macht – konstituiert im juristischen Diskurs – wurde dabei mehrfach durch Berufungsverfahren sowie wiederholte Klagen und Eilanträge von beiden Seiten mit dem Ziel der jeweiligen Aufhebung des vorhergehenden Urteils direkt und indirekt in Frage gestellt. Die diskursive Planung konnte sich dagegen trotz mehrfacher Versuche zu keinem Zeitpunkt vollständig als Arena der Verhandlungen etablieren und blieb damit lediglich Potential im vom Konflikt dominierten Prozess.

Die **Macht** der Diskurse wurde darüber hinaus in den vereinzelten Versuchen einer vermeintlichen ‚Versachlichung‘ der Auseinandersetzung und einer Argumentation nach ‚Faktenlage‘ vor dem Hintergrund der jeweils in Stellung gebrachten Wissenssysteme deutlich. Insbesondere auf der Basis der jeweils in Stellung gebrachten Sicherheitsdiskurse reproduzierten die Konfliktparteien ihre jeweilige Identität als Subjektposition, die unvereinbar mit der der Gegner schien und den Konflikt nicht nur begründete, sondern ebenso in seiner Dynamik wesentlich bestimmte. Im Zuge der wechselnden Gerichtsurteile wurde wie bereits angedeutet die Macht der jeweiligen Instanzen zwar relativiert. Doch schienen sich zum Untersuchungszeitpunkt im Frühjahr 2015 sämtliche Beteiligte einig darin zu sein, dass der bevorstehende Beschluss des BVerfG einer Entscheidung gleichkommt, die es ungeachtet der damit verbundenen Konsequenzen zu akzeptieren gelte. Damit erlangt der juristische Diskurs letztlich eine Macht, die den Konflikt durch die Anerkennung des Gerichtes als urteilende Instanz vermutlich zu entscheiden, zumindest aber zu verlagern in der Lage sein wird.<sup>105</sup>

---

<sup>103</sup> Vgl. Kap. 3.1.

<sup>104</sup> Obgleich die rechtliche Trennung der BMS AG vom Bayer Konzern als Covestro AG erst nach dem eigentlichen Untersuchungszeitpunkt vollzogen wurde, deuten sich aufgrund der ebenfalls veränderten Präsentation in der Öffentlichkeit Veränderungen in der Kommunikation zur CO-Pipeline an. Als Indikator dafür dient der Internetauftritt der Covestro AG, der das Thema nur noch untergeordnet aufgreift und eine Vielzahl der vorher präsentierten Informationen nicht mehr ohne weiteres öffentlich zugänglich ist. Ein Grund dafür ist nach Auskunft des Pressesprechers der Covestro AG im schwebenden Verfahren vor dem BVerfG zu sehen, womit dieses als durchaus diskursmächtiger Akteur sichtbar wird.

<sup>105</sup> Vgl. Kap. 4.3.

## 5.4 Vergleichende Einordnung der Ergebnisse der Fallstudienanalyse

Die empirische Untersuchung planungsbezogener Raumnutzungskonflikte in einer vergleichenden Fallstudienanalyse verfolgte drei miteinander zusammenhängende Ziele. Zunächst waren die theoretischen Vorannahmen zu prüfen. Hierbei standen sowohl die diskurs- und konflikttheoretische Herleitung sozialer Raumnutzungskonflikte als auch die anschließend entwickelte analytische Kategorie diskursiver Planung auf der Grundlage aktueller planungstheoretischer Ansätze im Vordergrund. Zur vergleichenden Einordnung der Fallbeispiele wurde das vorab entwickelte Prozessmodell darüber hinaus als Analyserahmen verwendet und dessen Leistungsfähigkeit entsprechend getestet. Damit wurden Verlaufsmuster erkennbar, die anhand unterschiedlicher Phasen zugeordnet werden konnten. Die Analyse selbst sollte schließlich die Potentiale eines diskurstheoretisch angeleiteten Vorgehens bei der Analyse planungsbezogener Raumnutzungskonflikte aufzeigen. In einer abschließenden Einordnung der zentralen Erkenntnisse aus der Fallstudienanalyse werden diese Ziele noch einmal gesondert aufgerufen und damit die Möglichkeiten und Grenzen der empirischen Untersuchung zusammenfassend hervorgehoben.

### Reflektion der theoretischen Vorannahmen zum planungsbezogenen Raumnutzungskonflikt und der diskursiven Planung

Aus den synthetischen Ansätzen der sozialwissenschaftlichen Konflikttheorien wurden im ersten Teil der Arbeit vier zentrale Konfliktelemente extrahiert und im Licht der diskurstheoretischen Grundlagen der Untersuchung begrifflich neu gefasst:<sup>106</sup>

- der **Konfliktgegenstand** als momentan fixierte Subjektposition des Gegners
- die **Konfliktursache** als der im Konflikt benannte Gegenstand respektive das Ereignis
- die **Konfliktteilnehmer** als diskursiv konstituierte Identitäten in Relation zum Ereignis
- der **Konfliktauslöser** als artikulierte Inkommensurabilität alternativer Diskurse

Der Konfliktgegenstand ist danach in der diskursiven Position der gegnerischen Konfliktpartei(en) zu finden. Die Konfliktursache liegt dagegen im aufgerufenen Ereignis, auf das sich die unterschiedlichen Parteien beziehen und das sie entlang der jeweils eigenen, diskursimmanenten Rationalität mit Bedeutung aufladen. Auch die Konfliktteilnehmer werden diskursiv konstituiert und als Identitäten gefasst, deren spezifische Position sich erst in Relation zum auslösenden Ereignis zeigt. Als Auslöser von Konflikten gelten schließlich die artikulierte Inkommensurabilitäten der unterschiedlichen Diskurse bezüglich des Ereignisses und der entsprechend konflikthaften Konstitution seiner Bedeutung. Sämtliche Elemente finden sich in unterschiedlicher Weise auch in den dargestellten Fallbeispielen (vgl. Tabelle 2).

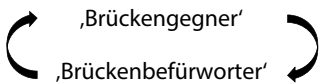
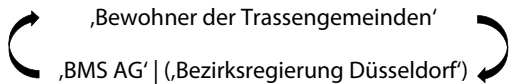
Die Bedeutungskonstitution des raumrelevanten Ereignisses erfolgte in beiden Fällen wie gezeigt entlang unterschiedlicher, anfangs allenfalls diskontinuierlicher Diskurse. Dort wo sie in einer gegenseitigen Abgrenzung voneinander kommuniziert wurden, kam es zur antagonistischen Gegenüberstel-

<sup>106</sup> Vgl. Kap. 2.5.



lung der entsprechend darin konstituierten Identitäten als Akteure, die schließlich in den Konflikt traten.

**Tabelle 2: Die Konfliktelemente in den Fallbeispielen der empirischen Untersuchung**

<u>Waldschlösschenbrücke Dresden</u>	<u>CO-Pipeline von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen</u>
<b>Konfliktgegenstand</b>	
 ,Brückengegner' ,Brückenbefürworter'	 ,Bewohner der Trassengemeinden' ,BMS AG'   '(Bezirksregierung Düsseldorf)'
<b>Konfliktursache</b>	
,Verkehrszug Waldschlösschenbrücke'	,Kohlenmonoxid-Rohrleitung von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen'
<b>Konfliktteilnehmer</b>	
,Koalition gegen die Waldschlösschenbrücke' <i>versus</i> BI ,Pro Waldschlösschenbrücke' ----- UNESCO, VG Dresden, OVG Bautzen	Sprecher der BI und der BUND Regionalgruppe Düsseldorf <i>versus</i> BMS AG und Bezirksregierung Düsseldorf ----- VG Düsseldorf, OVG Münster, BVerfG, politische Vertreter der Kommunen, des Landes NRW und des Bundes
<b>Konfliktauslöser</b>	
,Verkehrsentlastung' und ,demokratische Legitimierung' <i>versus</i> ,prekäre Haushaltslage', ,Verkehrsinfarkt' und ,Gefährdung der Kulturlandschaft' (inkl. ,Welterbe')	,Standortwettbewerb' und ,Versorgungssicherheit' <i>versus</i> ,Gefahr' für Leben und Gesundheit

Quelle: eigener Entwurf

Es wurde darüber hinaus in beiden Fallbeispielen erkennbar, dass die Konfliktparteien insbesondere den vermeintlich *selben* Ort entlang unterschiedlicher und weitgehend unvereinbarer Diskurse vermaßen. Wo sich die ereignisbezogenen Begrifflichkeiten zunächst deckten (,Waldschlösschenbrücke', ,CO-Pipeline'), gingen deren spezifische Bedeutungen im Konflikt bis hin zur Inkommensurabilität auseinander. Somit wurden sie wie dargestellt zur Konfliktursache. Überschritten sich hingegen einzelne Signifikanten der Bedeutungsgebung, wurden sie in den spezifischen Sinnzusammenhängen innerhalb des Konfliktes weitgehend entleert:

- Im Fall der Waldschlösschenbrücke wurde beispielsweise unter dem Stichwort ,Verkehr' von den Befürwortern eine Entlastung hervorgehoben, während die Gegner damit den Infarkt thematisierten. Beide bezogen sich begrifflich kongruent auf das vermeintlich selbe Ereignis. Auf der diskursiven Ebene wird an dieser Stelle dagegen ein Bruch erkennbar.
- Im Fall der CO-Pipeline wurde im Begriff der ,Sicherheit' von den Befürwortern die Standortssicherheit kommuniziert gegenüber der Sicherheit für Leben und Gesundheit bei den Gegnern.

Auch hier bezogen sich beide Seiten begrifflich scheinbar auf dasselbe Ereignis, diskursiv standen sie sich allerdings in einer antagonistischen Differenzbeziehung gegenüber.

Die Konfliktlinien durchzogen also die diskursive Totalität als Grenzen zwischen den raumgebundenen Identitäten. Davon ausgehend dienten die ursprünglichen Bezeichnungen der Ereignisse lediglich zur begrifflichen Markierung der Auseinandersetzung. Diskursiv gestützte Letztbegründungen in der Sinngebung wurden von deren Vertretern weder hinterfragt noch zum Gegenstand der Debatten gemacht. Im Konflikt aufscheinende räumliche Identitäten fungierten dabei als Sprecherpositionen, die entlang der jeweils eigenen diskursiv gestützten Argumentationslogiken oft um eine vermeintliche Versachlichung der Debatten nach ‚Faktenlage‘ bemüht waren. Wie in den Fallbeispielen gezeigt, dienten dazu wiederholt Gutachten Dritter, die die Konfliktparteien als Zeugen einer quasi-objektiven Bewertung aufriefen. Die Gutachten der jeweiligen Gegenseite wären hingegen oft von ‚falschen‘ oder zumindest unzureichend informierten Prämissen ausgegangen und damit nicht als ‚richtige‘ respektive ‚objektive‘ Fakten anzuerkennen. Damit einhergehend wurde die Legitimität der gegnerischen Sprecherpositionen um das Ereignis mehrfach explizit und implizit in Frage gestellt:

- Im Fall der Waldschlösschenbrücke wurden mehrfach Diskrepanzen bei den avisierten Kosten der Tunnelvariante als Elbquerung deutlich hervorgehoben.
- Im Fall der CO-Pipeline wurden die technischen Sicherheitsgutachten aufgrund der ungebrochen thematisierten Risiken und fatalen Konsequenzen eines Unfalls stets in Frage gestellt. Weiterhin wurden den betriebswirtschaftlichen Folgen eines Betriebsverbotes die volkswirtschaftlichen Kosten eines solchen Unfalls gegenübergestellt.

Hier zeigte sich ebenfalls die Macht der Diskurse in den ‚faktengestützten‘ Argumentationen auf der Grundlage der jeweils in Stellung gebrachten Wissenssysteme. Im Ergebnis folgten die einzelnen Konfliktparteien wiederholt den machtvollen Argumentationslinien beispielsweise der demokratischen Legitimierung von Entscheidungen (durch einen Bürgerentscheid), rechtlich normierter Planungsverfahren (Rechtssicherheit und Baugenehmigungen durch Planfeststellungsbeschlüsse) oder juristischer Instanzen (Klageberechtigungen, Urteile und Berufungen). Gleichwohl wurde die Macht der Diskurse bei deren fehlender Anerkennung auch wie gezeigt mehrfach relativiert und im Widerstand teilweise transformiert.

Es bleibt schließlich festzuhalten, dass aus diskurstheoretischer Perspektive weder die Waldschlösschenbrücke noch die CO-Pipeline als Konfliktgegenstände gelten können. Vielmehr zeigten sich diese in den diskursiven Positionen der jeweiligen Gegner. Entfiel diese Position wie beispielsweise nach der Aberkennung des Welterbtitels für die Kulturlandschaft Dresdner Elbtal durch die UNESCO, war dem Konflikt der diskursive Boden entzogen und das Ereignis konnte in seiner Bedeutung *eindeutig* konstituiert werden.<sup>107</sup>

In der empirischen Analyse wurde darüber hinaus deutlich, dass eine dichotome Skalierung in ein ‚Dafür‘ und ein ‚Dagegen‘ im Konfliktverlauf häufig eine Verengung der diskursiven Sagbarkeitsräume durch die Etablierung sehr breiter Äquivalenzketten nach sich zog.<sup>108</sup> Hinsichtlich der diskursiven

<sup>107</sup> Vgl. die in Kap. 2.3 dargelegte normative Konflikttheorie der Anerkennung.

<sup>108</sup> Vgl. zu den Begriffen der Sagbarkeitsräume und Äquivalenzketten die diskurstheoretischen Grundlagen und zentralen Begrifflichkeiten der Arbeit in Kap. 2.2.

Planung als Arena der Diskurstransformation im Zuge gesellschaftlicher Verhandlungsprozesse zur Konfliktbearbeitung wurde deutlich, dass die Öffnung von Möglichkeitsräumen in der Überwindung dieser Dichotomien gelingen kann:

- Im Fall der Waldschlösschenbrücke kann die Begrifflichkeit der ‚Elbquerung‘ als Versuch gewertet werden, einen integrativen Diskurs zu etablieren, der beispielsweise eine Tunnellösung als Alternative zur Brücke bei gleichzeitiger Realisierung des Verkehrszuges ermöglicht hätte. Mit der Entscheidung der UNESCO zur Aberkennung des Welterbetitels wurde den Brückengegnern außerdem schließlich der diskursive Boden entzogen, was sich in deren anschließendem Verschwinden und der damit einhergehenden Auflösung der Auseinandersetzungen in den dominanten Diskursen der Öffentlichkeit eindrucksvoll widerspiegelte.
- Im Fall der CO-Pipeline deutete sich das Potential einer Diskurstransformation beispielsweise in den Diskussionsansätzen um die Notwendigkeit der Pipeline unter der Maßgabe der Versorgungssicherheit durch Produktionsverlagerungen oder auch eine deutlich veränderte Trassenführung an.

Im integrativen Bezug auf die jeweils gegenüberstehende Diskursposition in der Auseinandersetzung ist also die Grundlage für eine Konfliktbearbeitung im Sinne der diskursiven Planung zu finden.

Auf der Basis der Erkenntnisse aus der vergleichenden Fallstudienanalyse werden die diskurs-, konflikt- und planungstheoretischen Annahmen hinsichtlich des planungsbezogenen Raumnutzungskonfliktes an dieser Stelle also abschließend unterstrichen.

### **Das Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte als Analyserahmen**

Das Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte wurde im Spannungsfeld zwischen der theoretischen Vorbetrachtung – und hier insbesondere der Ableitung der Elemente des Raumnutzungskonfliktes und der diskursiven Planung – sowie den Vorannahmen hinsichtlich der empirischen Untersuchung entworfen. Die Modellierung war dabei an den folgenden Prämissen orientiert:<sup>109</sup>

- Bedeutungen werden grundsätzlich in Referenz zu bestehenden Wissenssystemen konstituiert. Die davon ausgehenden und auf diese zurückwirkenden Diskurse sind Ausdruck individueller Wirklichkeiten, die in Konkurrenz treten können. Eine Verschiebung der Diskurse auf der Basis von Verhandlungen im Sozialen kann mithin in einer Neufassung von Bedeutungen resultieren.
- Im Diskurs identifizierte Subjekte formulieren als Akteure stets die Grenzen der eigenen Identität implizit und explizit mit. Treffen dabei im gleichzeitigen Bezug auf den vermeintlich selben Ausschnitt der (räumlichen) Wirklichkeit unvereinbare Identitäten aufeinander, treten sie in einen Konflikt, der sich in der Behauptung der jeweils eigenen diskursiven Deutungshoheit Bahn bricht.
- Der Konflikt ist einer prozeduralen Auffassung folgend durch interindividuelle und kollektive Rückkopplungen auf der diskursiven Ebene charakterisiert. Dadurch kann es zur Konsolidierung

---

<sup>109</sup> Vgl. Kap. 4.3.

aber auch zu Veränderungen der diskursiven Ausgangslage von Wirklichkeiten und darin identifizierten Akteuren kommen, die den Konfliktverlauf beeinflussen.

- Zentrale Elemente politischer Verhandlungs- und Konfliktprozesse sind die Bedeutungskonstitution, der Konflikt, die Intervention sowie eine unweigerliche Entscheidung.

Diskurse werden im Modell als prozessgenerierende Ereignisse zwischen den im letzten Punkt genannten Elementen formuliert. Daraus entsteht eine Gerichtetheit, die laut Kaven (2015) auf prozessexternen als auch -internen Impulsen basiert und sich entlang entsprechend gerahmter Möglichkeitsräume entfaltet. In der empirischen Untersuchung wurden die Diskurse als derart gefasste Impulse analytisch herausgeschält. Dabei fiel ein häufiger Ebenenwechsel im Diskursverlauf auf, der den Konfliktverlauf mittelbar und unmittelbar beeinflusste. Ausgehend von gesellschaftlichen Metadiskursen wie etwa der Ökonomie, des Sozialen oder auch der Ökologie (vgl. Wolkersdorfer 2001) wurden spezifische Teildiskurse etabliert, die im Einzelfall gegeneinander in Stellung gebracht worden sind oder sich in einer weiteren Ebenenverschiebung der diskursiven Integration wiederholt entzogen:

- Im Fall der Waldschlösschenbrücke wurde beispielsweise der ökonomische Diskurs gleichermaßen von den gegnerischen Parteien aufgerufen. Die eigentlichen Baukosten der Brücke standen dabei weniger zur Debatte als die prekäre Haushaltslage der Stadt und die Folgekosten der Brückeninstandhaltung einerseits sowie die zu erwartende hohe Förderquote und die gesicherte Finanzierung für konkret dieses Vorhaben andererseits. Mit dem Verkauf der WOBA Dresden verschwand der Haushaltsdiskurs sukzessive aus der Debatte und die Gegner transformierten ihn in einen Diskurs der Tourismuswirtschaft, für die eine Gefahr und Verluste respektive Folgekosten durch den Wegfall des Welterbetitels zu erwarten gewesen wären.
- Beim Konflikt um die CO-Pipeline wurde hingegen der Sicherheitsdiskurs dominant aufgerufen, der sowohl auf ökonomische, soziale als auch partiell ökologische Metadiskurse rekurrierte. Er wurde im Verlauf der Auseinandersetzung von den Konfliktparteien mit alternierenden Bedeutungen aufgeladen, die sich zwar zeitweise annäherten (beispielsweise bei den betriebs- und volkswirtschaftlichen Kostenrechnungen). Letztlich konnten sie jedoch aufgrund der horizontalen und vertikalen Diskursverschiebungen nicht in einem übergreifenden Diskurs integriert werden.

Hierbei fallen neben den unterschiedlichen Maßstabebenen hinsichtlich der im Prozess aufscheinenden Diskurse ebenfalls die verschiedenen Reichweiten der integrativen Möglichkeitsräume auf. In der Analyse sind also die Diskurse in ihrer relativen Lage zueinander nicht nur in der Horizontalen zu beachten, etwa als Gradmesser für das jeweilige Konfliktgeschehen anhand des Verlaufes der diskursiven Bruchlinien. Auch die vertikalen Ebenen der jeweiligen Teildiskurse entsprechend des Würfelmodells des Diskurses von Jung und Wengeler (1998) gilt es, in der Analyse im Blick zu behalten.<sup>110</sup>

Das Prozessmodell ist jedoch als Analyserahmen zunächst unabhängig von der betrachteten Maßstabebene. Sowohl die topographische Reichweite, ausgedrückt im räumlichen Zuschnitt und den darin identifizierten Akteuren, als auch die topologische Lage der Diskurse zueinander in einem relati-

<sup>110</sup> Vgl. Kap. 4.2.

onalen Verständnis können in den Prozesselementen und -ereignissen analytisch abgebildet werden. Ungeachtet dessen gilt es, diese bei der Interpretation der Analyseergebnisse zu berücksichtigen.

Aufgrund der generellen Offenheit des Modells sind verschiedene Verläufe möglich, die einer Kausalität lediglich im prozeduralen Sinne folgen und sich mehreren Verlaufstypen zuordnen lassen.<sup>111</sup> Hier zeigt sich die Stärke des Modells, denn die Analyse ist nicht an darin determinierte Prozessmuster gebunden. Sie kann sich vielmehr an der Stellung der einzelnen Elemente und Ereignisse des Prozesses zueinander orientieren und ermöglicht damit eine vergleichende Einordnung ganz unterschiedlicher Planungs- und Konfliktverläufe. In der Offenheit liegen allerdings auch die Grenzen des Modells begründet, denn damit kann weder eine prognostische noch normative Aussage getroffen werden. Diese Feststellung wurde in der vergleichenden Fallstudienanalyse noch einmal empirisch unterlegt.

Auch die Aussagen zu den unterschiedlichen Entscheidungsmodi im Modell wurden in der Analyse weitgehend verifiziert:

- Im Vorfeld der Entscheidungsfindung zum Bau der CO-Pipeline versammelten sich die beteiligten Akteure in einer einzigen Äquivalenzkette, die vom technischen Diskurs bis zum Trassenverlauf und den planungsrechtlichen Implikationen reichte. Damit konnte zunächst ein **Konsens** erzielt werden.
- Aufgrund der Drohung der UNESCO, das Dresdner Elbtal von der Liste der Welterbestätten zu streichen, wurde seitens der Stadtverwaltung Dresdens der Versuch einer **Kompromissfindung** in der Perspektivenwerkstatt unternommen. Die Brücke selbst stand dabei nicht zur Diskussion, die Konfliktparteien konnten darin also keinen integrativen Diskurs in Geltung setzen. Gleichwohl sollte das Welterbe mit Hilfe alternativ zu verwirklichender Brückenentwürfe erhalten bleiben. Bei bestehen bleibendem Antagonismus hinsichtlich der Brücke selbst ist hier der Erhalt des Welterbetitels mit der gestalterisch veränderten Brücke als eine Art ‚Entschädigungsangebot‘ an die Brückengegner zu lesen.
- Gleichwohl entzog die UNESCO schließlich der Kulturlandschaft Dresdner Elbtal den Welterbetitel. In der Folge wurde der Identität der Brückengegner der diskursive Boden entzogen, womit der Antagonismus in sich zusammenfiel. Der Wegfall der Gegenposition kam einer **Konfliktverlagerung** gleich. Er wurde letztlich weder im Konsens noch im Kompromiss oder durch eine hierarchische, juristische oder mehrheitliche Festlegung gelöst, war jedoch in den Diskursen der Öffentlichkeit nach der Entscheidung der UNESCO erkennbar in den Hintergrund getreten.
- Der im Dresdner Brückenstreit durchgeführte Bürgerentscheid tritt schließlich als rechtlich bindende Entscheidung im Modus der demokratischen **Festlegung** per Mehrheit auf. Auch das zu erwartende Urteil des BVerfG im Fall der CO-Pipeline ist dieser Form der Entscheidungsfindung – in diesem Fall auf der juristischen Ebene – zuzuordnen. In beiden Fällen ist es unabhängig, zu wessen Gunsten die Entscheidung ausfiel oder noch ausfallen wird. Relevant ist vielmehr die finale Anerkennung durch die Konfliktparteien, der eine entsprechende Anwendung oder Umsetzung folgt.

---

<sup>111</sup> Vgl. Kap. 4.3.

Es sei abschließend noch einmal daran erinnert, dass auf Basis des Prozessmodells ein Musterabgleich in der Fallstudienanalyse durchgeführt werden konnte und es orientiert an den Ergebnissen der lexikometrischen Diskursanalyse eine Einteilung der Planungs- und Konfliktverläufe in einzelne Phasen ermöglichte. Obgleich die daraus entstandene Gliederung der Prozesse lediglich heuristischer Art sein kann, wurde damit nicht zuletzt ein Vergleich der unterschiedlichen Verläufe unter Berücksichtigung der Diskursentwicklungen ermöglicht. Damit hat sich das Modell als geeigneter Analyserahmen erwiesen, mit dessen Hilfe planungsbezogene Raumnutzungskonflikte entsprechend eingeordnet werden können.

### **Die Diskursanalyse als methodischer Zugang zu planungsbezogenen Raumnutzungskonflikten**

Für die empirische Untersuchung der Diskursverläufe in planungsbezogenen Raumnutzungskonflikten erwies sich ein zweistufiges Vorgehen als zielführend. Mit Hilfe der korpuslinguistisch angeleiteten lexikometrischen Analyse wurden zunächst in einem corpus-driven Ansatz die unterschiedlichen begrifflichen Verweisstrukturen im Zeitverlauf herausgearbeitet. Die quartalsweise Segmentierung der entsprechend zusammengestellten Korpora erlaubte aufgrund der langen Untersuchungszeiträume in den Fallbeispielen eine vergleichsweise feinkörnige sequentielle Darstellung der signifikanten Diskursfelder und -verläufe. Diese wurden auf der Basis des Prozessmodells daraufhin zu einzelnen Phasen aggregiert und anschließend erneut nach ihren spezifischen Charakteristika befragt. Damit war eine interpretative Rekonstruktion der jeweils dominanten Diskurse in den öffentlichen Debatten zum jeweiligen Zeitpunkt und im Zeitverlauf möglich. Bei der Datenerhebung zeigten sich jedoch auch Grenzen der lexikometrischen Analyse, deren Qualität im Wesentlichen von der Zusammenstellung der Textkorpora bestimmt wird. Da der Zeitverlauf die Untersuchungsvariable darstellte, waren sowohl die textgenerierenden Sprecherpositionen als auch die Textarten als Bedingungen der Aussagenproduktion stabil zu halten (vgl. Dzudzek et al. 2009). Aus diesem Grund boten sich Pressekorpora an, die darüber hinaus einen Blick in die öffentliche Wahrnehmung und Einbettung der Konflikte in die hegemonialen Diskursfelder der jeweiligen gesellschaftlichen Kontexte erlaubten. Neben den technischen Grenzen der digitalen Verfügbarkeit der gewünschten Textsorten standen bei der Datenerhebung insbesondere die Fragen der systematischen Erfassung und Verarbeitung urheberrechtlich geschützter Inhalte im Vordergrund. Diese Rahmenbedingungen resultierten hinsichtlich der vorgestellten Untersuchung in der Erstellung thematischer Korpora. Um die Robustheit der Untersuchung noch zu erhöhen, wäre darüber hinaus eine jeweilige Vollerhebung im Rahmen der Korpuszusammenstellung und die anschließende Triangulation der Signifikanzen in den einzelnen Teilkorpora im Rahmen weiterführender Untersuchungen denkbar.

Im Anschluss an die lexikometrische Analyse galt es, die Akteurskonstellationen im Diskurs – mithin die Diskurskoalitionen – für die zielgerichtete Datenerhebung zum Zweck der Mikroanalyse zu extrahieren. Dazu war zunächst analytisch zwischen den einzelnen Konfliktparteien und möglichen Dritten mit Bezug zur jeweiligen Auseinandersetzung zu unterscheiden (vgl. Rothenhöfer 2014). In der Mikroanalyse der jeweiligen Aussagen und Argumentationslinien waren diese dann anhand diskursiver Positionierungen danach zu hinterfragen, wie beispielsweise Konzepte von ‚Befürwortern‘ und ‚Gegnern‘ organisiert wurden. Damit konnte gezeigt werden, dass sich diskursive Positionen als Ak-

teure nicht zwangsläufig über stabile Typologien adressieren lassen. Es bleibt festzustellen, dass ausschließlich der Konflikt selbst Startpunkt der Analyse sein kann, nicht dessen Prognose.

Im Ergebnis der Diskursanalyse schienen einige weitere Untersuchungsfelder auf, denen es sich insbesondere methodologisch und methodisch zu nähern gelten könnte. Vorstellbar sind beispielsweise Fragen nach dem Verhältnis von diskursiv konstituierten Akteursidentitäten und -koalitionen und deren Kontingenz hinsichtlich der damit verknüpften Personen. Außerdem bleibt das Problem der marginalisierten Positionen und Subjekte bestehen,<sup>112</sup> die dem theoretischen Unterbau der Arbeit folgend nicht als Akteure konstituiert werden und damit lediglich Potential und in der Analyse zunächst ‚unsichtbar‘ bleiben. Die gewollte und ungewollte Marginalisierung bleibt also bei der Diskursanalyse auf der Mikroebene zumindest zu beachten, um das Auftreten ‚neuer‘ Akteure oder auch deren Transformation und ‚Verschwinden‘ im Konfliktverlauf interpretativ erfassen zu können.

---

<sup>112</sup> Vgl. Kap. 3.2 und 3.3.

## 6. Planung im Spannungsfeld zwischen Diskurs und Konflikt

Die Planungstheorie zeichnet sich seit dem Beginn ihrer wissenschaftlichen Disziplinarität nicht nur durch eine kaleidoskopartige Vielfalt an Ansätzen, Perspektiven und Definitionsversuchen aus, sie befindet sich ebenfalls in einem stetigen Wandel. War es beispielsweise zuerst der Übergang vom technischen Rationalismus zum kommunikativen Paradigma und den daran anschließenden Konzepten einer pragmatischen Planung, sind in jüngerer Vergangenheit wiederholt Forderungen nach stärker postmodern orientierten Ansätzen sowohl der Deskription und Explanatation als auch der Präskription zu vernehmen. Damit verbunden ist die wiederholte Suche nach Antworten auf die Fragen, was unter Planung jeweils zu verstehen ist, welche Ziele und Adressaten sie in einem sich verändernden gesellschaftlichen Umfeld formuliert und welche Handlungs- und Steuerungsoptionen sie bereithält.

Als Durchgangsstation allgemeiner sozialer Prozesse wird die Planung in der vorliegenden Untersuchung als Sonderform des Handelns gefasst. Sie folgt dabei weder einer technischen noch einer kommunikativen Rationalität als vielmehr einem Modus der stetigen Verhandlung im Politischen. Dieser ist gekennzeichnet durch die Komplexität gesellschaftlicher Wirklichkeiten, und zwar sowohl aus inhaltlicher, institutioneller als auch prozeduraler Sicht. In der jüngeren Vergangenheit wurden normierende Erklärungsmuster ‚großer Erzählungen‘, gleich welcher Rationalität sie folgten, auch in den planungstheoretischen Debatten sukzessive in Frage gestellt. Planung allein als systematische Vorbereitung von Handlungsprämissen hinsichtlich der zukünftigen Raumentwicklung zu verstehen, trägt aus dieser Perspektive nicht (mehr). In der Konsequenz sind zwei unterschiedliche Tendenzen in den planungstheoretischen Auseinandersetzungen erkennbar geworden.

Einerseits werden die Auswirkungen aktueller gesellschaftspolitischer Entwicklungen auf die Planung und deren Steuerungsanspruch zunehmend hinterfragt. Im Kontext der Liberalisierung und Deregulierung staatlicher Einrichtungen und Verfahrensnormen ist eine Veränderung der Maßstabsebenen der Planung in räumlicher, inhaltlicher und instrumenteller Hinsicht zu erkennen. Andererseits werden mit der parallel verlaufenden Individualisierung und Fragmentierung der sozialen Ordnung unterschiedliche Raumnutzungsansprüche und deren zunehmende Konflikthaftigkeit thematisiert. Nach Fürst und Ritter (2005) sei es Aufgabe der Planung, diese unterschiedlichen Vorstellungen zur Raumnutzung und -entwicklung frühzeitig offenzulegen, sie zu koordinieren, alternative Handlungsoptionen zu entwickeln und im Konfliktfall schließlich mit dem Ziel des Interessenausgleichs moderierend zu bearbeiten. Hier wird der Anspruch erkennbar, Raumnutzungskonflikte zu prognostizieren, im besten Falle zu vermeiden, und im verbleibenden Einzelfall zielgerichtet zu bearbeiten. In Reaktion auf die zunehmend wahrgenommene Konflikthaftigkeit räumlicher Planung wurde daraufhin eine Vielzahl von Ansätzen entwickelt, die oft im Sinne einer kommunikativen Rationalität den argumentativen Ausgleich der Interessen insistierten oder in reflexiv-pragmatischen Aushandlungsvorschriften eine Ergebnisperspektive unter Beachtung gesellschaftlicher und sozialer Machtverhältnisse und Lernprozesse einnahmen.

Ausgehend von der jüngeren kulturwissenschaftlich angeleiteten Raumforschung wurde in der vorliegenden Untersuchung ein darüber hinausgehendes Diskussionsangebot unterbreitet. Mit der Ablehnung essentialistischer Vorstellungen einer dem Sozialen vorgängigen Realität werden darin



transzendente Prinzipien einer ‚natürlichen‘ sozialen Ordnung und daran orientierte Raumkonstruktionen in Frage gestellt. Räume sind hiernach nicht einfach nur soziale Konstruktionen, sondern deren Konstitution bedingt immer auch die diskursive Herstellung räumlicher Identitäten im Sozialen (Glasse und Mattissek 2009c, 2014). Rationalen Argumentationen wird damit der Boden dann entzogen, wenn diese auf eine ontologische Letztbegründung der Wirklichkeit abstellen und sich als *Rationalismus* präsentieren. Entlang dieser erkenntnistheoretischen Ausgangslage ist eine grundlegende Neuorientierung im planungstheoretischen Denken notwendig geworden. Denn Räume werden in dieser Perspektive nicht mehr durch das handlungsfähige Subjekt konstruiert, sondern im Diskurs als einem durch Äußerungen produzierten Sinn- und Kommunikationszusammenhang konstituiert. An dieser Stelle gelangt die Annahme einer rein kommunikativen Rationalität als Modus der Konfliktvermeidung und -bearbeitung in der Planung an ihre Grenzen. Planungsbezogene Raumnutzungskonflikte scheinen vielmehr unvermeidbar und der Blick ist auf die Möglichkeiten einer konstruktiven Intervention in den Möglichkeitsräumen des Diskursiven zu legen. Denn mit der ‚natürlichen‘ Ordnung verschwinden keineswegs auch die gesellschaftlichen Wirklichkeiten in einer diffusen Kakophonie der Unentscheidbarkeit im Sinne eines ‚anything goes‘ (Zielke 2006). Vielmehr eröffnen sich hier die Diskussionsfelder jenseits vermeintlich ‚faktenbasierter‘ Alternativlosigkeiten. Widerspruch und Variation werden darin zum Horizont der Planung und Konflikte zur progressiven Durchgangsstation räumlicher und damit auch gesellschaftlicher Entwicklung.

Wie also wirken Diskurse im Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte? Was ist unter dem Diskurs an dieser Stelle zu verstehen, welche Rolle spielt er im Zusammenhang mit der Entstehung von Raumnutzungskonflikten und wie kann er schließlich in einem analytischen Konzept diskursiver Planung gedacht werden? Eine zusammenfassende Antwort auf diese Fragen wird im Folgenden als Diskussionsangebot unterbreitet.

### **Die Rolle von Diskursen im Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte**

Mit dem Diskurs als Untersuchungsgegenstand wurde in dieser Arbeit auf einen äußerst facettenreichen Begriff insistiert, der einhergehend mit seiner zunehmenden Verwendung in den jüngeren geistes-, sozial- und gesellschaftswissenschaftlichen Debatten eine unüberschaubare Definitionsvielfalt mit sich bringt. In der Orientierung an der eingangs erwähnten Erkenntnishaltung gegenüber sozialen und räumlichen Ordnungen wird das Feld allerdings merklich eingeschränkt und als Ausgangspunkt einer Vielzahl entsprechender diskurstheoretischer Ansätze treten die zahlreichen Arbeiten Foucaults (u. a. 1981, 2010) hervor. Doch auch er selbst bietet insbesondere in seiner „Archäologie des Wissens“ (Foucault 1981) eine Bandbreite von Definitionen an, die es zunächst in einen definitiven Zusammenhang zu bringen galt. Diskurse seien seiner Aussage nach sowohl eine Menge sprachlicher Äußerungen, die Gesamtheit jemals produzierter Zeichenmengen, Akte der Formulierung in der Kommunikation und schließlich eine Menge von Zeichenfolgen. Die Erwähnung der Zeichen legt die symbolische Dimension des Diskurses nahe, die Formulierungsakte stellen hingegen auf die kommunikative Dimension ab. Diskurse organisieren dieser Auffassung folgend die symbolische Strukturierung gesellschaftlicher Wirklichkeiten im wechselseitigen kommunikativen Spannungsverhältnis zwischen Bezeichner (Signifikant), Bezeichnetem (Signifikat) und der Referenz gesellschaftlicher Deutungsangebote im Sagbarkeitsraum. Sie sind also produktiv hinsichtlich der Strukturierung von Bedeu-

tungen, darauf basierenden Wissenssystemen und Wahrheitsansprüchen sowie den daran orientierten gesellschaftlichen Wirklichkeiten. An dieser Stelle wird ein Prozesscharakter erkennbar, wenn Diskurse als Praktiken der Bedeutungskonstitution in Stellung gebracht werden.

Akteure und deren Interessen sind ebenfalls als Ergebnisse diskursiver Konstitutionsprozesse zu lesen. Sie sind nicht autonom handlungsfähige Subjekte, sondern werden über diskursive Zuschreibungen erst zu Akteuren mit entsprechenden Handlungsoptionen. Sie reproduzieren wiederum die Diskurse in der fortlaufenden Vergewisserung der eigenen Identität entlang diskursiv etablierter Bedeutungen und Wirklichkeiten. Damit erhalten beispielsweise Planer in der diskursiven Anerkennung ihres beruflichen Selbstverständnisses die Autorität zum Entwurf von Handlungs- und Entscheidungsprämissen für die zukünftige Raumentwicklung. Die Akteure können die Diskurse jedoch auch herausfordern und Bedeutungsverschiebungen anstrengen. In der Folge wird die Legitimität der adressierten Bedeutungen und Wirklichkeiten in Frage gestellt und es kann zu Veränderungen im Akteursgefüge kommen. Dieses Phänomen zeigt sich in der Wahrnehmung einer zunehmenden gesellschaftlichen Komplexität, welche Hand in Hand geht mit dem aktuellen Befund der Individualisierung und Ausdifferenzierung der spezifischen Interessenlagen und Raumnutzungsansprüche. Werden Letztere in den Verhandlungsarenen des Sozialen formuliert, treten sie in eine Differenzbeziehung mit wechselseitig aufeinander gerichteten Bezügen der Vergewisserung und Herausforderung in Referenz zur sozialen Ordnung als Menge etablierter Wirklichkeiten in den Sagbarkeitsräumen.

Diskurse sind also produktive Organisationsvorschriften zur Strukturierung der sozialen Ordnung. Unterschiedliche Wirklichkeitsentwürfe können dabei gegeneinander in Stellung gebracht werden und an den Bruchlinien ihrer Unvereinbarkeit entstehen Konflikte. Entsprechend einer transitiven Interpretation des lateinischen *confligere* ist im Modus des gegenseitigen Bezugs aufeinander eine soziale Wechselwirkung im Konfliktbegriff angelegt. Wenn also Gesellschaften konstitutiv aus den sozialen Beziehungen hervorgehen, wird an dieser Stelle zum einen die Unvermeidbarkeit sozialer Konflikte unterstrichen und zum anderen die Wirkungsweise von Diskursen in der Konfliktentstehung erkennbar.

Die diskursiv konstituierten Subjekte konstruieren entlang ihrer spezifischen Identität als soziale Akteure Räume und Raumausschnitte. Werden diese in einer Identifikationssymbolik der Aneignung zu konkreten Orten formuliert, werden Referenzkategorien der Zugehörigkeit („wir hier“) und des Ausschlusses („ihr dort“) etabliert. Eng damit verbunden werden in den sozialen Verhandlungen um die spezifische Bedeutung von Räumen und Orten territoriale Grenzen, Zugriffs- und Zugangsrechte sowie räumlich-kulturelle Distinktionsmerkmale etabliert. Melden in der diskursiven Bedeutungskonstitution vor dem Hintergrund unterschiedlicher Wirklichkeitsentwürfe verschiedene Seiten Ansprüche auf den vermeintlich selben Raumausschnitt an, treten sie wie vorab festgestellt in eine triadische Wechselbeziehung in dem nun der Raum als Referenzgröße fungiert, wobei auch hier Unvereinbarkeiten möglich sind. Im Ergebnis zeigen sich divergierende Orte als diskursiv aufgespannte Topologie. Kommunizieren die Akteure Grenzziehungen zwischen diesen im gegenseitigen Bezug aufeinander, entsteht ein Konflikt zwischen den unterschiedlichen räumlichen Identitäten. Inkommensurable Diskurse werden hier zum Ausgangspunkt von Raumnutzungskonflikten in der jeweiligen Verknüpfung

von zunächst Identität und Bedeutung zur räumlichen Identität und deren anschließende kommunikative Rückbindung an physisch-materielle Umwelten als spezifische Raumausschnitte.<sup>113</sup>

Zu beachten bleibt aus einer poststrukturalistischen Perspektive, dass Diskurse ebenso wie die darin konstituierten sozialen Ordnungen und Bedeutungen grundsätzlich kontingent und somit veränderbar sind. Daraus entsteht ein endogenes Bearbeitungspotential für Raumnutzungskonflikte, die im Planungsprozess wie dargelegt aufbrechen können. Die Ausgangspunkte für eine Intervention liegen dann ebenfalls auf der diskursiven Ebene, auf der mit den Brüchen als Konfliktlinien die Grenzen räumlich-identifikatorischer Bedeutungskonstitutionen sichtbar werden. In der analytischen Dekonstruktion liegt danach ein konstruktiver Impuls zur Verschiebung genannter Bedeutungen und Identitäten im Konflikt. Bestehende Wissenssysteme können darauf basierend hinterfragt und neue Deutungsangebote unterbreitet werden. Ein solcher Prozess der Etablierung, Reproduktion oder Verschiebung von Diskursen in der Entscheidungsvorbereitung zur zukünftigen Raumnutzung kann als diskursive Planung gefasst werden. Diese wird dann zu einem politischen Prozess, wenn sie Konflikte als unweigerliches Konstituens gesellschaftlicher und räumlicher Ordnungen sowie Ausgangspunkt für deren Entwicklung erkennt. Auf der Basis einer so verstandenen Planung ist die Transformation von Bedeutungen zur Bearbeitung von Konflikten ebenso möglich wie die temporäre und räumlich kontextualisierte Synthese divergierender oder antagonistischer Diskurse. Mit einer Lösung von Konflikten ist diskursive Planung jedoch nicht gleichzusetzen. Sie ist vielmehr die Verhandlungsarena, in der Diskurse als Bedeutungen und Identitäten in Stellung gebracht werden. Die Verhandlungen selbst sind durch ein Wechselspiel zwischen Akteuren, institutionellen Regelsystemen und Diskursen gekennzeichnet, das neben der Konfliktentstehung auch dessen Verlauf und Ausgang bestimmt.<sup>114</sup>

An dieser Stelle zeigt sich jedoch die Problematik eines diskursiven Abschlussversuches in der Planung, verstanden als systematisches Vorgehen zur Erarbeitung von Entscheidungsprämissen gegenüber dem Anspruch einer analytischen Offenlegung der diskursiven Konstitutionsbedingungen gesellschaftlicher Wirklichkeiten in einer poststrukturalistisch angeleiteten Dekonstruktion. Zur Lösung sei hier eine komplementäre Gegenüberstellung ins Feld geführt, die in Erinnerung ruft, dass eine dem Diskurs vorgängige soziale Ordnung nicht möglich ist. Die Dekonstruktion ist also zwangsläufig ein konstruktives Unterfangen, da in deren Ergebnis Bedeutungen an anderer Stelle stets neu konstituiert werden. Diese Erkenntnis wird im hier entworfenen Konzept einer diskursiven Planung aufgegriffen. Diskurse können im Modus der integrativen Identifizierung etabliert werden, womit der Konflikt aufgelöst oder verlagert wird. Ebenso können in der Etablierung neuer Diskurse oder der Verschiebung bestehender Diskurse in Richtung eines integrativen Brückendiskurses (erneut) Konflikte an anderer Stelle aufbrechen. Diskursive Planung entspricht dann einer strategischen Politik der Arbeit an der Bedeutung, die letztlich eine Konfliktbearbeitung durch Widersprechen, Variieren und Intervenieren ermöglicht (Feustel 2015; Strüver und Wucherpfennig 2009).

Es bleibt ausgehend von der erkenntnisleitenden Fragestellung dieser Arbeit festzuhalten, dass Diskurse aus einer poststrukturalistischen Perspektive zunächst überhaupt eine Rolle im Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte spielen. Neben den überwiegend deskriptiven Aussagen zur

---

<sup>113</sup> Vgl. Kap. 2.5.

<sup>114</sup> Vgl. Kap. 3.4.

Konfliktentstehung im Diskurs sowie zur Diskurstransformation im Konfliktverlauf im Zuge einer diskursiven Planung wurde in der Untersuchung sowohl auf theoretischer als auch auf empirischer Basis ebenfalls eine Prozesskausalität als Erklärungsansatz zur Wirkung von Diskursen extrahiert. Diskurse stellen demzufolge argumentative Letztbegründungen als Wahrheitsansprüche bereit, die in der Vorbereitung von Entscheidungsprämissen zur künftigen Raumentwicklung kollidieren können und damit einen Konflikt begründen. Sowohl der Verlauf von Planungsprozessen als auch von damit einhergehenden Konflikten ist mitunter gekennzeichnet durch einen wiederholten Ebenenwechsel der Diskurse in horizontaler sowie vertikaler Richtung. Sie können im Konflikt zerbrechen, auf einer alternativen Ebene (re-)integriert werden oder einen erneuten Konflikt durch Inkommensurabilitäten auf diesen alternativen Diskursebenen bedingen. Diskurse sind mithin die Grundlage planungsbezogener Raumnutzungskonflikte, dienen der identifikatorischen Positionierung der Akteure in der sozialen Ordnung, werden ihrerseits transformiert und bestimmen so den Konfliktverlauf auf vielfältige Weise. Die möglichen Verlaufsmuster planungsbezogener Raumnutzungskonflikte, in denen die Diskurse als dynamische Ereignisse eine Prozesskausalität (vgl. Kaven 2015; van de Ven 2007) bedingen, wurden entsprechend im Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte im Diskurs operationalisiert, heuristisch aufbereitet und empirisch verifiziert.<sup>115</sup>

Planung als politischer Verhandlungsprozess von Bedeutungen und damit zusammenhängenden Raumnutzungsansprüchen ist dabei nur eine von vielen Arenen des Sozialen. Gleichwohl hält sie das Potential einer gezielten Veränderung von Diskursen bereit, das in den folgenden Schlussfolgerungen zur planungspolitischen Relevanz der Arbeit gesondert umrissen wird.

### Planungspolitische Schlussfolgerungen

*„Die Theorie kommt aus der Praxis, ist Praxis, behandelt Praxis und zielt letztlich auf Praxis zurück.“  
(Schaal und Heidenreich 2009: 252)*

*„An diesem Punkt können wir uns also entspannen und die Anfeindung, reine Theorie zu produzieren, geflissentlich ignorieren, weil es nach Lage der Dinge keine reine Praxis gibt.“ (Feustel 2015: 86)*

Ogleich in der vorliegenden Arbeit kein Handlungsleitfaden zur Lösung planungsbezogener Raumnutzungskonflikte entwickelt wurde, stellt sie ein grundlegendes Konfliktverständnis aus einer diskurstheoretischen Perspektive mit dem Ziel bereit, ein Angebot für die weitergehende planungstheoretische und planungspolitische Diskussion zu unterbreiten. Mit Blick auf die einleitenden Zitate ist allerdings zunächst eine oft wahrgenommene und insbesondere in den Planungswissenschaften thematisierte Lücke zwischen der Planungspraxis und der Theorie festzustellen. Diese kann hier weder überwunden werden noch ist sie ohne weiteres und widerspruchsfrei auflösbar (vgl. Fainstein und Campbell 2012). Eine planungstheoretische Reflektion planungspolitischer und planungspraktischer Problemstellungen kann gleichwohl hilfreich sein für deren Einordnung und Bearbeitung. Die hier explizierten theoretischen Grundlagen und analytisch-konzeptionellen Ableitungen können also an anderer Stelle zur Entwicklung stärker handlungsorientierter Ansätze hinsichtlich des Umgangs mit planungsbezogenen Raumnutzungskonflikten dienen.

<sup>115</sup> Vgl. Kap. 4.3 und Kap. 5.4.

Im Folgenden werden daher mit Blick auf deren Entstehung und Bearbeitung drei zentrale Schlussfolgerungen als planungspolitische Ansatzpunkte formuliert, die an den vorab zusammengefassten Prämissen der erkenntnistheoretischen Grundhaltung dieser Arbeit und dem daran orientierten diskurstheoretischen Horizont orientiert sind: Diskursmonitoring, Diskursaktivierung und Adressierung diskursiv konstituierter Rationalitäten.

#### *Prämissen für die planungspolitischen Schlussfolgerungen der Arbeit*

Im Ergebnis der Untersuchung ist noch einmal dezidiert hervorzuheben, dass die Definition von Planung als ein systematisches Vorgehen zur Entwicklung von Handlungsprämissen zur zukünftigen Raumentwicklung nur bedingt trägt. Sie ist vielmehr ein hochgradig politischer Prozess der Verhandlung um Bedeutungen, Räume und Identitäten, in dem Konflikte eher die Regel als die Ausnahme sind. Deren Unvermeidbarkeit ist als ein Teil der allgemeinen planungspolitischen Grundhaltung aufzunehmen. Damit einhergehend ist der Konfliktbegriff seiner pathologischen und destruktiven Konnotation zu entkleiden. Er kann vielmehr als konstruktive Durchgangsstation gesellschaftlicher und räumlicher Entwicklungen gelten. Die Konfliktausgänge sind dabei weder vorhersehbar noch determiniert. Damit wird einer Offenheit das Wort geredet, die sich sowohl auf den Planungsprozess als auch auf dessen Ergebnis und die anschließende Umsetzung bzw. Anwendung beziehen sollte (vgl. Wiechmann und Terfrüchte 2013).

Gleichermaßen gilt jedoch zu beachten, dass Diskurse Spannungen, Widersprüche und Inkommensurabilitäten auch reproduzieren und konsolidieren können. Dann sind Konfliktkreisläufe nur schwer kurativ zu durchbrechen und können in einer iterativen Schleife verharren. Daran schließt die Erkenntnis an, dass eine Verbesserung des Instrumentariums zur Moderation und Bearbeitung von Konflikten an ihre Grenzen stößt, wenn der Konsens zum unbedingten Fluchtpunkt von Planungsprozessen erhoben wird. Dieser stellt den Versuch einer tendenziellen Verengung von Möglichkeiten und diskursiver Vielfalt dar, der an einem endgültigen Abschlussversuch jedoch nur immer wieder scheitern kann. Vielmehr kann die Planung in einem stärker diskursiven Verständnis eine Arena abstecken, in der fixierte Bedeutungen und Sagbarkeitsräume geöffnet und Möglichkeitsräume erschlossen werden. Damit kann sie letztlich entlang ihres Selbstverständnisses in der Koordination und Abwägung unterschiedlicher Raumnutzungsansprüche verortet werden.<sup>116</sup> Ein solches Planungsverständnis mag politischen Mut erfordern (Wiechmann und Terfrüchte 2013), doch eröffnet es ebenso die Chance einer demokratischen Raumentwicklung unter konstruktiver Beachtung und Bearbeitung planungsbezogener Konflikte.

Eine Beteiligung von vorab identifizierten Stakeholdern, Akteuren und Betroffenen per verwaltungsrechtlich normierter Verfahren ist dafür nicht ausreichend. Vielmehr ermöglicht erst ein Verständnis der mit den sozialen und gesellschaftlichen Dynamiken verknüpften Diskurse und derer kontingenter Strukturen in den Verweissystemen von Sinn und Bedeutung der jeweiligen sozialen Ordnung die Erarbeitung von Angeboten für einen integrativen Austausch im Zuge einer diskursiven Planung. Diese stellt dann keinen Werkzeugkoffer im instrumentellen Sinn bereit, sondern steckt die jeweiligen Arenen der Verhandlung ab. Ein mögliches Verständnis der diskursiven Dynamiken sozia-

---

<sup>116</sup> Vgl. Kap. 1.

ler Ordnungen bietet die vorliegende Arbeit an. Das daraus entwickelte Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte im Diskurs stellt einen Analyserahmen bereit und ermöglicht die Einordnung der im Einzelfall untersuchten Auseinandersetzungen. Der angelegten Prozesslogik folgend, können daraus Hinweise für planungspolitische Handlungsoptionen abgeleitet werden, die unter Berücksichtigung der hier dargelegten Prämissen eine Konfliktbearbeitung ermöglichen.

Zu beachten bleiben hierbei insbesondere die Implikationen des vorab angesprochenen und häufig gegen den Poststrukturalismus vorgebrachten Vorwurfs der ‚realitätsfernen‘ Beliebigkeit eines ‚anything goes‘ (Zielke 2006). Damit werden unter Maßgabe des vermeintlich ‚praktisch Machbaren‘ nicht zuletzt aktuell gültige gesellschaftliche Moralvorstellungen und Wissensbestände ins Feld geführt, mit denen ein Abstellen auf ‚quasi-natürliche‘ Ordnungen einhergehen kann. Letztere fungieren dann als Substrat für die Durchsetzung von Meinungsführerschaften und Diskurshegemonien sowie für postpolitische Auflösungen und Marginalisierungen von Konflikten in geschlossenen Verwaltungsprozessen und der Domäne des Privat(wirtschaftlich)en. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines planungspolitischen Normativs der Offenheit in der handlungsorientierten Operationalisierung der poststrukturalistischen Diskurstheorie nach der Analyse. Dessen Potential liegt letztlich darin, die soziale Organisation von Gesellschaften nicht nur zu erfassen, sondern gleichsam die „konstruktive Rolle sozialen Handelns“ (Honneth 1989: 115) zu aktivieren.

### *Diskursmonitoring*

Mit Hilfe eines analytischen Monitorings können nun zunächst semantische Felder anhand rechnergestützter Datenerhebungen und -auswertungen extrahiert und in der Interpretation anschließend kontextualisiert werden. Öffentliche Kommunikationsprozesse dienen hierbei als repräsentative Datenquellen. Damit werden gesellschaftliche und soziale Wissenssysteme erkennbar, die Hinweise für die allgemeinen und alternativen Deutungsangebote in den unterschiedlichen Verhandlungsarenen des Sozialen bereithalten. Die Linguistik als auch die anwendungsorientierten Sozialwissenschaften stellen hierfür die methodologischen Grundlagen und das methodische Instrumentarium bereit. Werden räumliche Identitäten als diskursiv konstituiert wahrgenommen, geht damit also eine Erweiterung der Raumbesichtigung und des räumlichen Monitorings einher, „[d]ie Erhebung dieser Wissensstrukturen verfolgt den Anspruch, einen sozial differenzierten Einblick in öffentliche Debatten und sozial geteilte Diskursnetze zu erhalten.“ (Reichert 2016: 25) Die nach wie vor steigende digitale Datenverfügbarkeit für die Bereiche der öffentlichen Kommunikation und der digitalen Medien (Presseerzeugnisse, soziale Netzwerke, Fachdatenbanken) und hinreichend leistungsstarke und mobile Datenverarbeitungstechnik sind zwei wesentlich Voraussetzungen für ein systematisches Monitoring, wobei die rechtlichen und ethischen Implikationen einer systematischen Datenerfassung gleichsam ein neues Diskussionsfeld nicht nur in den Planungswissenschaften eröffnen.

Diese Art von Diskurs- und Raumbesichtigung kann jedoch entsprechend der vorab formulierten Prämissen nicht mit dem prognostischen Anspruch einer Konfliktvermeidung verbunden werden. Sobald planungsbezogene Konflikte der Raumnutzung erkennbar werden, kann mit Hilfe der Ergebnisse eines kontinuierlichen Monitorings die diskursive Ausgangslage der sozialen Ordnung zielführend bestimmt werden und es stellt die Basis für eine konstruktive Diskursaktivierung und Konfliktbearbeitung bereit.

### *Aktivieren diskursiver Dynamiken*

In der planungswissenschaftlichen Diskussion wird es hinsichtlich der Konfliktbearbeitung oft als notwendig erachtet, einerseits die Akzeptanz der Prozesse zu erhöhen, andererseits die der Ergebnisse nach der Entscheidung (Wiechmann und Terfrüchte 2013). Doch erweist es sich wie dargestellt als äußerst schwierig, potentielle Akteure, Interessen und Konflikte zu antizipieren. Damit rückt der Fokus planerischen Handelns unweigerlich von der Früherkennung und Konfliktvermeidung zur analytischen Einordnung und Konfliktbearbeitung. Hierbei kann die in den dargelegten Prämissen vorgeschlagene generelle Offenheit für Veränderungen hilfreich sein. Sie verabschiedet sich von den hegemonialen Diskursen der Verfahrensnormen und der Rechtssicherheit insofern, als dass Pläne und Projekte nicht mehr als fixe Momente der Wirklichkeit, sondern viel stärker als kontingente Elemente von Diskursen verhandelt werden. Für die Planung ist es in diesem Sinne „essenziell, lernfähige Pläne und Programme aufzustellen, die ohne unzumutbaren Aufwand an veränderte Rahmenbedingungen angepasst werden können.“ (Wiechmann und Terfrüchte 2013: 34)

Im Vordergrund der Planung stünden dann also das möglichst frühzeitige sowie ergebnisoffene Aktivieren, Moderieren und Informieren unter Beachtung der diskursiven Dynamiken des Sozialen. Die Bedeutungskonstitution von raumrelevanten Ereignissen und Projekten sollte zur Arena des Beschreitens von Möglichkeitsräumen werden. Dabei aufscheinende Konflikte und deren Bearbeitung sind dann wesentlich besser in den Planungsprozess zu integrieren als im Zuge formalisierter Beteiligungsverfahren. Diese stellen meist lediglich Informationen bereit und die grundsätzlichen Debatten des ‚ob‘ sind längst im diskursiven Sagbarkeitsraum unverrückbarer Notwendigkeiten fixiert worden, wie auch die weiter vorn dargestellten Fallbeispiele der Waldschlösschenbrücke in Dresden und der CO-Pipeline von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen auf ganz unterschiedliche Weise eindrucksvoll zeigen. Auf danach aufbrechende Konflikte kann dann sehr viel weniger offen und integrativ reagiert werden, was schließlich zur Reproduktion der diskursiven Brüche und der Verhärtung der Fronten beiträgt. Darin werden die Konflikte neben der zukünftigen Raumentwicklung zum inhaltlichen Horizont der Planung. Sie kann mit der Aktivierung und Transformation von Diskursen zwischen Konflikt und Konsolidierung eine stärker vermittelnde Funktion auf der diskursiven Ebene übernehmen.

### *Rationalität im Plural denken*

Akteure und deren Interessen in Planungsprozessen können also ex ante nicht erschöpfend adressiert werden. Damit ist die Annahme verknüpft, dass sie kontingent sind und somit mitunter unterschiedlichen Rationalitäten folgen.<sup>117</sup> Letztere speisen sich wiederum aus der diskursiven Fundierung ihrer jeweiligen Identitäten. Der Annahme *einer* technischen oder kommunikativen Rationalität als Grundhaltung planerischen Handelns zur systematischen Entwicklung von Handlungsprämissen ist somit eine Absage zu erteilen (Davy 2004, 2008; Hartmann 2012). Die kulturtheoretisch fundierte Annahme unterschiedlicher Rationalitäten ist an dieser Stelle als Ausgangspunkt einer diskurstheoretisch informierten Planung nach der Moderne aufzugreifen, welche auch jegliche Begrenzung einer vorgängig formulierten Rationalitätstypologie hinter sich lassen sollte. Die Rationalitäten zeigen sich auf der Basis von Diskursen als Letztbegründungen in der Bedeutungskonstitution, die es durch das Diskurs-

---

<sup>117</sup> Vgl. das in Kap. 2.1 dargelegte Verhältnis von Rationalität und Diskurs in der Philosophie.

monitoring zunächst analytisch zu erfassen gilt. Danach können sie entlang der extrahierten gesellschaftlichen Register von Wissen und Bedeutung adressiert und verhandelt werden.

In der Ansprache unterschiedlicher Rationalitäten ergibt sich aus prozeduraler Sicht jedoch die zu beachtende Herausforderung einer fortwährenden Transformation der Identitäten in der Kontingenz. Obgleich sie an dieser Stelle als endogenes Potential zur konstruktiven Bearbeitung planungsbezogener Raumnutzungskonflikte aufgerufen wird, besteht die Gefahr einer Beschleunigung dieser Transformationsprozesse. Sie zeigt sich dann in der zunehmenden Instabilität der diskursiven Momente im System der gesellschaftlichen Wissensordnungen und Identitätsentwürfe. Damit werden Verhandlungsergebnisse im Zuge von Planungsprozessen einem gesteigerten und hochfrequenten Anpassungsdruck ausgesetzt. Dieser kann zu einer kaum mehr aufzufangenden Rekursion der Konfliktodynamiken führen. Neben die diskursive Offenheit von Planungsprozessen sollten demnach auf den Prozessrahmen abstellende Normen und Regeln als zusätzliche Verhandlungsgegenstände treten. Sie können einen integrativen Rahmen für die inhaltlichen Verhandlungen bilden und sind dabei ebenso unter Beachtung der sie letztlich stützenden Diskurse gemeinsam zu erarbeiten, zu reflektieren und anzupassen.

Abschließend sei daran erinnert, dass Planer innerhalb einer als politischen Prozess verstandenen Planung lediglich eine Akteursgruppe unter vielen darstellen. Ihre Stellung ist dabei veränderlich und ihre mittelbaren und unmittelbaren Steuerungsmöglichkeiten sind begrenzt. Ebenso spannt Planung nur eine Arena unter vielen zur gesellschaftlichen Verhandlung von Bedeutungen, Identitäten und Räumen auf. Sie kann die Aushandlungen entlang einer offenen Beteiligung aktivieren und Impulse auf der diskursiven Ebene durch analytische Dekonstruktion einerseits und strategische Diskursaktivierung andererseits setzen. Eine rationalistisch fundierte Steuerung und Konfliktvermeidung sind indes weder möglich noch können sie vor dem Hintergrund der Aussagen dieser Arbeit die Ziele von Planung sein. Eine auf dem poststrukturalistischen Diskursverständnis beruhende Planung ist vielmehr „about using tools of analysis to understand [...] rationality and knowledge, and use the resulting insights precisely to bring about change. Foucauldian analysis offers a type of planning theory which is more useful in understanding how planning is actually done, and offers better prospects for those interested in bringing about democratic social change through planning.“ (Flyvbjerg und Richardson 2002: 22f.) Die hier angesprochenen Analysewerkzeuge werden mit dem vorab entwickelten und präsentierten Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte im Diskurs bereitgestellt und theoretisch entlang der poststrukturalistischen Diskurstheorie(n), der synthetischen Theorien sozialer Konflikte sowie anhand postmodern informierter planungstheoretischer Ansätze unterlegt.

### **Ausblick und Forschungsbedarf**

Aufbauend auf den Erkenntnissen aus den einzelnen theoretischen und empirischen Eckpunkten dieser Untersuchung, den Antworten auf die forschungsleitende Fragestellung sowie den daran orientierten planungspolitischen Schlussfolgerungen zeigt sich schließlich folgender weiterer Forschungsbedarf. Dessen Kernpunkte hinsichtlich künftiger Untersuchungen zur Problematik planungsbezogener Raumnutzungskonflikte unter Einnahme eines diskurstheoretischen Blickwinkels kann anhand von drei Schwerpunktfeldern abgesteckt werden. Zunächst werden die Möglichkeiten einer weiteren



planungstheoretischen Vertiefung der Debatte unter institutionentheoretischen Vorzeichen angedeutet, gefolgt von einigen anwendungsorientierten Hinweisen in Richtung der diskurstheoretischen *Desiderata* und schließlich die sich daraus ergebenden forschungsmethodologischen Herausforderungen.

### *Planungstheoretische Perspektivetriangulation*

Neben der diskurstheoretisch angeleiteten Weiterentwicklung der Planungstheorie deutete sich in den dieser Arbeit zugrunde gelegten planungstheoretischen Ansätzen ebenfalls eine stärker institutionentheoretische Sichtweise an. Die Verschneidung beider Perspektiven hinsichtlich der Konflikthaf-tigkeit unterschiedlicher Raumnutzungsansprüche erscheint mithin sinnvoll, insbesondere vor dem Hintergrund der Interdependenzen von Diskursen, Akteuren und Institutionen in der hier formulierten diskursiven Planung. Eine solche Sichtweise ist planungsbezogen, wenn sie dezidiert die Konstitu-tion von Räumen anspricht. Entsprechende Identitäten sowie materielle und soziale Arrangements können dann auf unterschiedlichen Maßstabsebenen thematisiert werden und Räume sind hierbei in ihrer vielfältigen Dimensionalität zwischen materiell, sozial und wahrnehmbar sowohl diskursiv als auch institutionell aufzuspannen. Planung ist in diesem Sinne eine Institution, die sich einem fortwäh-renden Transformationsprozess ausgesetzt sieht (Alexander 2005). In Form öffentlicher Politik und Verwaltung ist Planung nicht nur Diskursarena sondern ebenfalls ein diskursiv konstituiertes institu-tionelles Arrangement, das problemorientiert auftritt.<sup>118</sup> Dabei entfaltet sie sich auf der Basis eines spezifischen analytischen und normativen Kontextes. Problematisiert könnten innerhalb eines solchen Ansatzes unter anderem Nutzungskonflikte um räumliche Ressourcen werden, wenn unterschiedliche Ansprüche und Interessen aufeinander prallen. Diese wären folglich sowohl diskursiv als auch institu-tionell zu adressieren.

Der analytische Blick ist dann auf die Herstellung institutioneller Settings zu richten. Es geht da-rum, die Schaffung von Strukturen im gemeinsamen Handeln nachzuzeichnen, die dann wiederum als Interpretationsrahmen der sozialen Ordnung dienen – also den Horizont, der hier als konstruktive Leistung hinsichtlich von Sinn und Bedeutung in einer diskursiven Planung formuliert wurde. Es ist mithin festzustellen, dass sich im Hinblick auf den derzeitigen Forschungsstand das institutionentheoretische Diskussionsfeld als komplementärer Ansatzpunkt zur diskurstheoretischen Weiterentwick-lung der Planungstheorie anbietet.

Zu beachten bleibt jedoch, dass sich der Möglichkeitsraum aus einer poststrukturalistischen Per-spektive jenseits der jeweils aktuellen institutionellen Rahmungen der sozialen Ordnung öffnet. Die Potentiale und Grenzen einer institutionentheoretischen Sicht in Triangulation mit den diskurstheore-tischen Perspektiven zu vermessen, erscheint also als ein lohnenswertes Unterfangen. Da die theoretischen Grenzen an dieser Stelle heuristischer Art sind, ist eine institutionentheoretische Fragestellung zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte denkbar, die sich einer diskurstheoretischen Betrachtung zur Seite stellt.

Daneben sind auch Anleihen bei stärker organisations- und managementtheoretischen Ansätzen zur Entscheidungsvorbereitung möglich, wie sie etwa im Bereich der strategischen Planung themati-siert werden. Hierbei erscheinen die Erfassung und erkenntnistheoretische Einordnung eines strategi-

---

<sup>118</sup> Vgl. Kap. 3.4.

schen Diskurses (Wiechmann 2008) ebenso vielversprechend wie die Fokussierung stärker politikwissenschaftlicher Ansätze zu den Steuerungs- und Entscheidungsmodi in Policy-Netzwerken (Mayntz und Scharpf 1995). Sofern das Politische der Planung unterstrichen wird, bleibt nicht zuletzt genauer zu untersuchen, welche Präskriptionen, Normen und Handlungsweisen daraus resultieren könnten. Ist Planung in der Analyse als repräsentative, deliberative oder radikale Demokratie zu erkennen und entsprechend präskriptiv umzuformulieren? Und welche Implikationen hält das jeweils angelegte Verständnis hinsichtlich der Rolle und des Selbstverständnisses von Planern, der Prozessgestaltung und der Inhalte der Planung bereit?

Insbesondere die Verschneidung der hier angedeuteten alternativen theoretischen Perspektiven mit der Diskurstheorie erfordert jedoch auch von Letzterer eine stärker anwendungsbezogene Formulierung auf dem jeweils in Stellung gebrachten sozial- und erkenntnistheoretischen Fundament.

### *Diskurstheoretische Desiderata*

Eine zentrale Herausforderung aus diskurstheoretischer Perspektive bleibt die planungspolitische Umformulierung einer poststrukturalistischen Erkenntnishaltung. Das mit dieser Arbeit unterbreitete Diskussionsangebot gilt es also aufzugreifen und zu vertiefen. Die Herausforderung liegt hierbei insbesondere im Wechsel vom analytischen Diskursverständnis zu einer stärker instrumentell-normativen Einfassung. Der Diskurs kann hierbei als Raum der Ideologiebildung gefasst werden und die Möglichkeit von „sozialem Wandel und für Emanzipation durch die Einbindung der bisher Marginalisierten“ (Herschinger und Nonhoff 2014: 199) bereitstellen.<sup>119</sup> Davon ausgehend wären diskurstheoretisch informierte planungspolitische Präskriptionen denkbar.

Im Modus einer demokratischen Raumentwicklung ist Planung aus poststrukturalistischer Perspektive „gewissermaßen eine Formel, welche die Möglichkeiten zu substantieller Veränderung, Umordnung und Neubestimmung liefert und sich permanent gegen ihre Etablierung oder vermeintliche Umsetzung zur Wehr setzt. Sie ist das Eingeständnis zur Grundlosigkeit jeder Herrschaft und damit ein Name für das Andere jeder etablierten Ordnung.“ (Feustel 2015: 100) Daraus resultieren keine hierarchisch organisierten und stabilen Normsysteme, sondern kontingente Machtverhältnisse, unterschiedliche Rationalitäten und Möglichkeitsräume des Diskursiven.

Vor diesem Hintergrund könnten Fragen zur Rückwirkung planungsbezogener Raumnutzungskonflikte auf die diskursive Verfasstheit sozialer Ordnungen und räumlicher Identitäten einerseits und auf die Organisation der Planung andererseits abgeleitet werden. Es gilt, Machtverhältnisse und damit einhergehende Marginalisierungen durch diskursive Grenzziehungen und Ausschlussmechanismen zu untersuchen und dabei insbesondere deren Konflikthaftigkeit in den Blick zu nehmen. Weiterhin könnten Fragen der diskursiven Transformation und Kollektivierung von Akteuren und Ereignissen aus analytischer und handlungstheoretischer Perspektive für die Planung erörtert werden.

Aus den erkenntnistheoretischen und handlungspolitischen Fragen einer diskursiven Planung ergeben sich außerdem einige forschungsmethodologische Herausforderungen, die abschließend herausgestellt werden.

---

<sup>119</sup> Vgl. die in Kap. 2.1 dargelegte Begriffsmatrix in der politikwissenschaftlichen Diskursforschung.

### *Forschungsmethodologische Herausforderungen*

Die Operationalisierung der theoretischen Ansätze zum Raumnutzungskonflikt und einer diskursiven Planung im Prozessmodell zum Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte im Diskurs rückt weitere Fragen nach der Performativität von Diskursen in einer Phasenheuristik in den Mittelpunkt des Interesses. Hierbei wäre eine Typologisierung spezifischer Prozesslogiken und Pfadabhängigkeiten denkbar, angeleitet durch unterschiedliche Annahmen, inwiefern das Ereignis oder der Diskurs dem Konflikt kausal vorausgehen, der Konflikt wiederum auf das Ereignis und dessen semantisches Feld zurückwirkt oder inwiefern der Diskurs bereits entweder Ereignis oder Konflikt *ist*. Damit wird noch einmal die Offenheit des hier entwickelten Modells unterstrichen, dessen einzelnen Elemente und spezifische Verlaufsmuster beispielsweise anhand einer Erweiterung und Vertiefung der Fallstudienbasis weiter untersetzt werden könnten.

Damit einhergehend wären auch die diskursiven Praktiken der aufscheinenden Akteure und Sprecherpositionen in der Analyse noch stärker herauszuarbeiten. Dazu zählen Verhalten und Handlungen ebenso wie non-verbale Kommunikationsformen, materielle Arrangements und dergleichen mehr. Unter der Maßgabe entsprechender Dispositiv-Analysen werden hierbei die Debatten um diskursanalytische Forschungsdesigns und methodologische Anforderungen der Reliabilität und Validität unterschiedlicher makro- und mikroanalytischer Zugänge zum Diskurs angesprochen. Die Datenbasis der lexikometrischen Analyse könnte beispielsweise erweitert werden, Einzeldokumente sehr viel tiefergreifender analysiert, Bild- und Tonmedien in der Analyse berücksichtigt und Diskursverläufe über den Konflikt hinaus anhand einzelner Sprecherpositionen in stärker ethnographisch angelegten Fallstudien designs nachverfolgt werden. Nicht zuletzt ist mit dem Blick auf die planungspolitischen Implikationen eines diskursanalytischen Vorgehens die Methodenschulung und methodologisch-anwendungsorientierte Aus- und Weiterbildung für Planer stärker in den Blick zu nehmen.

Für den Umgang mit planungsbezogenen Raumnutzungskonflikten zeigt sich also, dass neben deren Bearbeitung entlang der zu Beginn der Arbeit genannten Funktionen der Raumplanung – Frühwarn-, Orientierungs-, Koordinations- und Moderationsfunktion – die Anforderungen eines grundsätzlichen Verständnisses der dahinter liegenden diskursiven Dynamiken treten, um konstruktive und kreative Vermittlungspotentiale aufzeigen zu können. Die Fokussierung der diskursiven Konstitution sozialer Ordnungen und Räume bietet hierbei einen vielversprechenden Ansatz, unterschiedliche Raumnutzungsansprüche nachvollziehbar darzustellen und den Konflikt gleichsam seiner destruktiven Konnotation zu entkleiden. Planung, verstanden als politischer Prozess der Aushandlung von Bedeutungen, Identitäten und Räumen kann dann Ausgangspunkt und Verhandlungsarena einer demokratischen Raumentwicklung sein. Proteste und Konflikte sind darin Ausdruck eines Pluralismus, von dem die Impulse für eine konstruktive und transformative Gestaltung von Raum und Gesellschaft ausgehen. Planung ist hierbei eine von vielen Arenen dieser Gestaltung, und zwar nicht in Form einer instrumentellen Verfahrensvorschrift als vielmehr als Ort der offenen Auseinandersetzung und sozialkonstitutiven Raumkonstruktion.



## Quellenverzeichnis

### Literatur

- Abbott, A. (1990) *A Primer on Sequence Methods*. Organization Science, 1 (4): 375-92.
- Albers, G. (1993) *Über den Wandel im Planungsverständnis*. RaumPlanung, 1993 (61): 97-103.
- Alexander, E. R. (2005) *Institutional Transformation and Planning: From Institutionalization Theory to Institutional Design*. Planning Theory, 4 (3): 209-23.
- Allmendinger, P. (2001) *Planning in Postmodern Times*. Routledge, London.
- Allmendinger, P. (2002) *The Post-Positivist Landscape of Planning Theory*. In: Allmendinger, P. und Tewdwr-Jones, M. (Hrsg.) *Planning Futures. New Directions for Planning Theory*. Routledge, London.
- Allmendinger, P. (2009) *Planning Theory*. Palgrave Macmillan, London.
- Althusser, L. (1968) *Struktur und Dominante: Widerspruch und Überdeterminierung*. In: Althusser, L. (Hrsg.) *Für Marx*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Angermüller, J. (2014a) *Poststructuralist Discourse Analysis. Subjectivity in Enunciative Pragmatics*. Palgrave Macmillan, London.
- Angermüller, J. (2014b) „Der“ oder „das“ Korpus? Perspektiven aus der Sozialforschung. In: Angermüller, J. et al. (Hrsg.) *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen*. Transcript, Bielefeld.
- Angermüller, J. (2014c) *Einleitung. Diskursforschung als Theorie und Analyse. Umriss eines interdisziplinären und internationalen Feldes*. In: Angermüller, J. et al. (Hrsg.) *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Band 1. Theorien, Methodologien und Kontroversen*. Transcript, Bielefeld.
- Angermüller, J. (2005) *Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse in Deutschland: Zwischen Rekonstruktion und Dekonstruktion*. In: Keller, R. et al. (Hrsg.) *Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit*. UVK, Konstanz.
- Angermüller, J. (2007) *Nach dem Strukturalismus: Theoriediskurs und intellektuelles Feld in Frankreich*. Transcript, Bielefeld.
- Angermüller, J. (2010) *Widerspenstiger Sinn. Skizze eines diskursanalytischen Forschungsprogramms nach dem Strukturalismus*. In: Angermüller, J. und van Dyk, S. (Hrsg.) *Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung*. Campus, Frankfurt a. M.
- Angermüller, J. et al. (Hrsg.) (2014) *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen*. Transcript, Bielefeld.
- Angermüller, J. und Wedl, J. (2014) *Diskursforschung in der Soziologie*. In: Angermüller, J. et al. (Hrsg.) *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Band 1. Theorien, Methodologien und Kontroversen*. Transcript, Bielefeld.
- Aristoteles (1987) *Buch IV (Δ). Raum; Leere; Zeit*. In: Zekl, H. G. (Hrsg.) *Aristoteles' Physik. Vorlesung über Natur. Erster Halbband: Bücher I (A)-IV(Δ)*. Felix Meiner, Hamburg.
- Auer, D. (2008) *Die Konflikttheorie der Hegemonietheorie*. In: Bonacker, T. (Hrsg.) *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Bachmann-Medick, D. (2007) *Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften*. Rowohlt, Reinbek.
- Banta, B. R. (2012) *Analysing Discourse as a Causal Mechanism*. European Journal of International Relations, 19 (2): 379-402.
- Baumgarten, B. und Rucht, D. (2013) *Die Protestierenden gegen „Stuttgart 21“ - einzigartig oder typisch?* In: Brettschneider, F. und Schuster, W. (Hrsg.) *Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*. Springer VS, Wiesbaden.
- Beauregard, R. A. (1989) *Between Modernity and Postmodernity: The Ambiguous Position of US Planning*. Environment and Planning D, 7 (4): 381-95.
- Beck, U. (2007) *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Belina, B. und Michel, B. (2011) *Raumproduktionen. Zu diesem Band*. In: Belina, B. und Michel, B. (Hrsg.) *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz*. Westfälisches Dampfboot, Münster.

- Beres, M. E. und Schmidt, S. M. (1982) *The Conflict Carousel: A Contingency Approach to Conflict Management*. In: Bomers, G. B. J. und Peterson, R. B. (Hrsg.) *Conflict Management and Industrial Relations*. Nejenrode Studies in Business, Den Haag.
- Berger, P. L. und Luckmann, T. (1980) *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. Fischer, Frankfurt a. M.
- Bernstein, R. J. (1975) *Praxis und Handeln*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Bertrand, U. (2008) *Mein Freund, der Baum*. Robin Wood Magazin, 2008 (1): 30-31.
- Bezirksregierung Düsseldorf (2005a) *Raumordnerische Beurteilung für das von der European Pipeline Development Company (EPDC), Venlo geplante U-Line-Projekt, Sektion 5, Leitungsbündel für mehrere Transportfernleitungen zwischen Dormagen und Duisburg/Krefeld*. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf, 187 (16): 138-39.
- Biebricher, T. (2005) *Selbstkritik der Moderne. Foucault und Habermas im Vergleich*. Campus, Frankfurt a. M.
- Bonacker, T. (Hrsg.) (2005) *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Bonacker, T. (2008) *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien - Einleitung und Überblick*. In: Bonacker, T. (Hrsg.) *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Bonacker, T. und Imbusch, P. (2006) *Zentrale Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung*. In: Imbusch, P. und Zoll, R. (Hrsg.) *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Bordieu, P. (1984) *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Bordieu, P. (1993) *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Bubenhof, N. (2009) *Sprachgebrauchsmuster: Korpuslinguistik als Methode der Diskurs- und Kulturanalyse*. Walter de Gruyter, Berlin.
- Buchstein, H. und Jörke, D. (2012) *The Argumentative Turn toward Deliberative Democracy. Habermas's Contribution and the Foucauldian Critique*. In: Fischer, F. und Gottweis, H. (Hrsg.) *The Argumentative Turn Revisited. Public Policy as Communicative Practice*. Duke University Press, Durham.
- BUNG (2007) *Verkehrszug Waldschlösschen. Stellungnahme zu den Machbarkeitsstudien Elbtunnel*. BUNG Beratende Ingenieure, Heidelberg.
- Busse, D. und Teubert, W. (1994) *Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik*. In: Busse, D., Hermanns, F. und Teubert, W. (Hrsg.) *Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte*. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Capelle, W. (2008) (Hrsg.) *Die Vorsokratiker*. Alfred Kröner, Stuttgart.
- Cilliers, P. (1998) *Complexity and Postmodernism. Understanding Complex Systems*. Routledge, London.
- Dahrendorf, R. (1972) *Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft*. R. Piper & Co., München.
- Dahrendorf, R. (1979) *Zu einer Theorie des sozialen Konflikts*. In: Zapf, W. (Hrsg.) *Theorien des sozialen Wandels*. Anton Hain Meisenheim, Königstein i. T.
- Danielzyk, R. und Knieling, J. (2011) *Informelle Planungsansätze*. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung ARL (Hrsg.) *Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung*. Verlag der ARL, Hannover.
- Davidoff, P. (2012) *Advocacy and Pluralism in Planning*. In: Fainstein, S. und Campbell, S. (Hrsg.) *Readings in Planning Theory*. Blackwell, Oxford.
- Davy, B. (2004) *Die neunte Stadt: Wilde Grenzen und Städtereion Ruhr 2030*. Müller + Busmann, Wuppertal.
- Davy, B. (2008) *Plan it Without a Condom!* *Planning Theory*, 7 (3): 301-17.
- de Roo, G. (2010) *Being or Becoming? That is the Question! Confronting Complexity with Contemporary Planning Theory*. In: de Roo, G. und Silva, E. A. (Hrsg.) *A Planner's Encounter with Complexity*. Ashgate, Burlington.
- de Roo, G. und Silva, E. A. (2010) *A Planner's Encounter with Complexity*. Ashgate, Burlington.
- de Saussure, F. (2001) *Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft*. Walter de Gruyter, Berlin.
- Deleuze, G. und Guattari, F. (1987) *Thousand Plateaus: Capitalism and Schizophrenia*. University of Minnesota Press, Minneapolis.
- Derrida, J. (1991) *Gesetzeskraft. Der „mystische Grund der Autorität“*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Derrida, J. (1995) *Dissemination*. Passagen, Wien.
- Deutsch, M. (1969) *Conflicts: Productive and Destructive*. *Journal of Social Issues*, 25 (1): 7-42.
- Diez, T. (2008) *Die Konflikttheorie postmoderner Theorien internationaler Beziehungen*. In: Bonacker, T. (Hrsg.) *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

- Döring, J. und Thielmann, T. (Hrsg.) (2008) *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*. Transcript, Bielefeld.
- Droemer, R. (2015) *Gerechtigkeit für Vorurteile*. Hohe Luft. Philosophie-Zeitschrift, 2015 (1): 81-84.
- Dryzek, J. S. (1990) *Discursive Democracy. Politics, Policy and Political Science*. Cambridge University Press, Cambridge.
- Dünne, J. und Günzel, S. (Hrsg.) (2006) *Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Dzudzek, I. et al. (2009) *Verfahren der lexikometrischen Analyse von Textkorpora*. In: Glasze, G. und Mattissek, A. (Hrsg.) *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Transcript, Bielefeld.
- Engel (2005) *Gutachtliche Stellungnahme zu Errichtung und Betrieb einer Rohrfernleitungsanlage zum Befördern wassergefährdender Stoffe*. Rheinisch-Westfälischer Technischer Überwachungsverein e. V., Essen.
- Fainstein, S. und Campbell, S. (2012) *Introduction: The Structure and Debates of Planning Theory*. In: Fainstein, S. und Campbell, S. (Hrsg.) *Readings in Planning Theory*. Blackwell, Oxford.
- Fairclough, I. und Fairclough, N. (2012) *Political Discourse Analysis: A Method for Advanced Students*. Routledge, London.
- Fairclough, N., Mulderrig, J. und Wodak, R. (2011) *Critical Discourse Analysis*. In: Van Dijk, T. A. (Hrsg.) *Discourse Studies. A Multidisciplinary Introduction*. Sage, Thousand Oaks.
- Faludi, A. (1987) *A Decision-Centred View of Environmental Planning*. Pergamon, Oxford.
- Ferraris, M. (2014) *Was ist der Neue Realismus?* In: Gabriel, M. (Hrsg.) *Der Neue Realismus*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Feustel, R. (2015) *Die Kunst des Verschiebens. Dekonstruktion für Einsteiger*. Wilhelm Fink, Paderborn.
- Fischer, F. (2003a) *Reframing Public Policy. Discursive Politics and Deliberative Practices*. Oxford University Press, Oxford.
- Fischer, F. (2003b) *Beyond Empiricism: Policy Analysis as Deliberative Practice*. In: Hajer, M. A. und Wagenaar, H. (Hrsg.) *Deliberative Policy Analysis: Understanding Governance in the Network Society*. Cambridge University Press, Cambridge.
- Fischer, F. (2012) *Public Policy as Discursive Construct. Social Meaning and Multiple Realities*. In: Fainstein, S. und Campbell, S. (Hrsg.) *Readings in planning theory*. Blackwell, Oxford.
- Fischer, F. und Forester, J. (Hrsg.) (1993a) *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*. Duke University Press, Durham.
- Fischer, F. und Forester, J. (1993b) *Introduction*. In: Fischer, F. und Forester, J. (Hrsg.) *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*. Duke University Press, Durham.
- Fischer, F. und Gottweis, H. (2012a) *The Argumentative Turn Revisited: Public Policy as Communicative Practice*. Duke University Press, Durham.
- Fischer, F. und Gottweis, H. (2012b) *Introduction: The Argumentative Turn Revisited*. In: Fischer, F. und Gottweis, H. (Hrsg.) *The Argumentative Turn Revisited. Public Policy as Communicative Practice*. Duke University Press, Durham.
- Fisher, R. und Ury, W. (1992) *Getting to Yes. Negotiating an Agreement without Giving In*. Random House, London.
- Flyvbjerg, B. (1998) *Habermas and Foucault: Thinkers for Civil Society?* British Journal of Sociology, 49 (2): 210-33.
- Flyvbjerg, B. (2004) *Ideal Theory, Real Rationality: Habermas Versus Foucault and Nietzsche*. Department of Development and Planning, Aalborg University, Aalborg.
- Flyvbjerg, B. (2006) *Five Misunderstandings About Case-Study Research*. Qualitative Inquiry, 12 (2): 219-45.
- Flyvbjerg, B. und Richardson, T. (2002) *Planning and Foucault: In Search of the Dark Side of Planning Theory*. In: Allmendinger, P. und Tewdwr-Jones, M. (Hrsg.) *Planning Futures: New Directions for Planning Theory*. Routledge, London.
- Forester, J. (1980) *Critical Theory and Planning Practice*. Journal of the American Planning Association, 46 (3): 275-86.
- Forester, J. (1982) *Planning in the Face of Power*. Journal of the American Planning Association, 48 (1): 67-80.
- Forester, J. (1987) *Planning in the Face of Conflict: Negotiation and Mediation Strategies in Local Land Use Regulation*. Journal of the American Planning Association, 53 (3): 303-14.
- Forester, J. (1989) *Planning in the Face of Power*. University of California Press, Los Angeles.
- Forester, J. (1993) *Critical Theory, Public Policy, and Planning Practice. Toward a Critical Pragmatism*. State University of New York Press, Albany.
- Forester, J. (1996) *The Rationality of Listening. Emotional Sensitivity, and Moral Vision*. In: Mandelbaum, S. J., Mazza, L. und Burchell, R. W. (Hrsg.) *Explorations in Planning Theory*. Center for Urban Policy Research, New Brunswick.

- Forester, J. (1999) *The Deliberative Practitioner*. MIT Press, Cambridge.
- Forester, J. (2006) *Policy Analysis as Critical Listening*. In: Moran, M., Rein, M. und Goodin, R. E. (Hrsg.) *The Oxford Handbook of Public Policy*. Oxford University Press, Oxford.
- Forester, J. (2012) *Challenges of Deliberation and Participation*. In: Fainstein, S. und Campbell, S. (Hrsg.) *Readings in Planning Theory*. Blackwell, Oxford.
- Forester, J. (2013) *On the Theory and Practice of Critical Pragmatism: Deliberative Practice and Creative Negotiations*. *Planning Theory*, 12 (5): 5-22.
- Foucault, M. (1973) *Wahnsinn und Gesellschaft*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Foucault, M. (1974) *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Foucault, M. (1978) *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Merve, Berlin.
- Foucault, M. (1981) *Archäologie des Wissens*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Foucault, M. (1991) *Andere Räume*. In: Wentz, M. (Hrsg.) *Stadt-Räume*. Campus, Frankfurt a. M.
- Foucault, M. (2005a) *Dits et Ecrits. Schriften. Dritter Band*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Foucault, M. (2005b) *Dits et Ecrits. Schriften. Viertes Band*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Foucault, M. (2006) *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität 1*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Foucault, M. (2008) *Die Ordnung der Dinge*. In: Foucault, M. (Hrsg.) *Die Hauptwerke*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Foucault, M. (2010) *Die Ordnung des Diskurses*. Fischer, Frankfurt a. M.
- Friedmann, J. (1989) *Planning in the Public Domain: Discourse and Praxis*. *Journal of Planning Education and Research*, 8 (2): 128-30.
- Friedmann, J. (1996) *Two Centuries of Planning Theory: An Overview*. In: Mandelbaum, S. J., Mazza, L. und Burchell, R. W. (Hrsg.) *Explorations in Planning Theory*. Center for Urban Policy Research, New Brunswick.
- Friedmann, J. (2003) *Why Do Planning Theory?* *Planning Theory*, 2 (1): 7-10.
- Fukuyama, F. (1989) *The End of History?* *The National Interest*, 16 (Summer 1989): 3-18.
- Fukuyama, F. (1992) *The End of History and the Last Man*. Free Press, New York.
- Fürst, D. (2005) *Entwicklung und Stand des Steuerungsverständnisses in der Raumplanung*. *disP - The Planning Review*, 41 (163): 16-27.
- Fürst, D. (2008) *Begriff der Planung und Entwicklung der Planung in Deutschland*. In: Fürst, D. und Scholles, F. (Hrsg.) *Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung*. Dorothea Rohn, Dortmund.
- Fürst, D. (2010) *Raumplanung. Herausforderungen des deutschen Institutionensystems*. Dorothea Rohn, Detmold.
- Fürst, D. und Ritter, E.-H. (2005) *Planung*. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung ARL (Hrsg.) *Handwörterbuch der Raumordnung*. Verlag der ARL, Hannover.
- Fürst, D. und Scholles, F. (Hrsg.) (2008) *Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung*. Dorothea Rohn, Dortmund.
- Füssel, M. und Neu, T. (2014) *Diskursforschung in der Geschichtswissenschaft*. In: Angermüller, J. et al. (Hrsg.) *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Band 1. Theorien, Methodologien und Kontroversen*. Transcript Bielefeld.
- Gabriel, M. (Hrsg.) (2014) *Der Neue Realismus*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Gebhardt, H. et al. (2007) *Verschiedene Antworten auf die Frage nach der Geographie*. In: Gebhardt, H. et al. (Hrsg.) *Geographie. Physische Geographie und Humangeographie*. Spektrum Akademischer Verlag, München.
- Gebhardt, H., Reuber, P. und Wolkersdorfer, G. (2003) *Kulturgeographie. Aktuelle Ansätze und Entwicklungen*. Spektrum Akademischer Verlag, Berlin.
- Gehring, P. (2003) *Wäre der Widerstreit politikfähig? Lyotards Kritik des Rechtsstreits und die Frage des Politischen*. In: Liebsch, B. und Straub, J. (Hrsg.) *Lebensformen im Widerstreit. Integrations- und Identitätskonflikte in pluralen Gesellschaften*. Campus, Frankfurt a. M.
- Giddens, A. (1988) *Die Konstitution der Gesellschaft*. Campus, Frankfurt a. M.
- Glasl, F. (1982) *The Process of Conflict Escalation and Roles of Third Parties*. In: Bomers, G. B. J. und Peterson, R. B. (Hrsg.) *Conflict Management and Industrial Relations*. Kluwer und Nijhoff, Den Haag.
- Glasl, F. (2004) *Konfliktmanagement. Ein Handbuch für Führungskräfte, Beraterinnen und Berater*. Haupt, Stuttgart.



- Glasze, G. (2008) *Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden*. Historical Social Research, 33 (1): 185-223.
- Glasze, G. (2007) *(Un-)Sicherheit und städtische Räume*. In: Gebhardt, H. et al. (Hrsg.) *Geographie. Physische Geographie und Humangeographie*. Spektrum Akademischer Verlag, München.
- Glasze, G. und Mattissek, A. (2009a) (Hrsg.) *Handbuch Diskurs und Raum: Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Transcript, Bielefeld.
- Glasze, G. und Mattissek, A. (2009b) *Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe*. In: Glasze, G. und Mattissek, A. (Hrsg.) *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Transcript, Bielefeld.
- Glasze, G. und Mattissek, A. (2009c) *Diskursforschung in der Humangeographie: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen*. In: Glasze, G. und Mattissek, A. (Hrsg.) *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Transcript, Bielefeld.
- Glasze, G. und Mattissek, A. (2014) *Diskursforschung in der Humangeographie*. In: Angermüller, J. et al. (Hrsg.) *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen*. Transcript, Bielefeld.
- Glückler, J. (1999) *Neue Wege geographischen Denkens? Eine Kritik gegenwärtiger Raumkonzeptionen und ihrer Forschungsprogramme in der Geographie*. Neue Wissenschaft, Frankfurt a. M.
- Gramsci, A. (1971) *Selections from the Prison Notebooks*. Lawrence and Wishart, London.
- Gravert, A. et al. (2013) *Agenda Setting in der Planung. Zur Karriere von stadtplanerischen Modethemen*. RaumPlanung, 167 (2): 27-32.
- Gualini, E. (2015) *Conflict in the City: Democratic, Emancipatory - and Transformative? In Search of the Political in Planning Conflicts*. In: Gualini, E. (Hrsg.) *Planning and Conflict. Critical Perspectives on Contentious Urban Developments*. Routledge, London.
- Gualini, E. und Bianchi, I. (2015) *Space, Politics and Conflicts: A Review of Contemporary Debates in Urban Research and Planning Theory*. In: Gualini, E. (Hrsg.) *Planning and Conflict. Critical Perspectives on Contentious Urban Developments*. Routledge, London.
- Gunder, M. (2008) *Ideologies of Certainty in a Risky Reality: Beyond the Hauntology of Planning*. Planning Theory, 7 (2): 186-206.
- Gunder, M. (2010) *Planning as the Ideology of (Neoliberal) Space*. Planning Theory, 9 (4): 298-314.
- Gunder, M. (2011) *Fake it Until You Make it, and Then....* Planning Theory XX (X): 1-12.
- Gunder, M. (2013) *Spatial Planning's Words of (Ideological) Power: To Dare Beyond the 'Rationality' of Science*. Präsentation im SURF Planning Theory Colloquium 24.10.2013, Dortmund.
- Gunder, M. (2016) *Planning's „Failure“ to Ensure Efficient Market Delivery: A Lacanian Deconstruction of this Neoliberal Scapegoating Fantasy*. Planning Studies, 24 (1): 21-38.
- Gunder, M. und Hillier, J. (2009) *Planning in Ten Words or Less: A Lacanian Entanglement with Spatial Planning*. Ashgate, Aldershot.
- Günzel, M. (im Ersch.) *„Was im Dunkeln liegt, kann man nicht sehen.“ Eine Spurensuche nach diskurstheoretischen Impulsen in der Raumplanung*. PND Online.
- Günzel, M. und Lamker, C. (im Ersch.) *Vom Entscheider zum Navigator zum Moderator? Aufgabe und Rolle von Planerinnen und Planern in der Landesplanung*. In: Lamker, C. et al. (Hrsg.) *Landesplanung neu diskutiert*. Verlag der ARL, Hannover.
- Günzel, S. (2006) *Physik und Metaphysik des Raums. Einleitung*. In: Dünne, J. und Günzel, S. (Hrsg.) *Raumtheorie. Grundagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Habermas, J. (1973) *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Habermas, J. (1984) *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Habermas, J. (1986) *Der philosophische Diskurs der Moderne*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Habermas, J. (1995a) *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Habermas, J. (1995b) *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.

- Habermas, J. (2009) *Diskursethik*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Hajer, M. A. (1995) *The Politics of Environmental Discourse: Ecological Modernization and the Policy Process*. Oxford University Press, Oxford.
- Hajer, M. A. (2003a) *Policy without Polity? Policy Analysis and the Institutional Void*. *Policy Sciences*, 36 (2): 175-95.
- Hajer, M. A. (2003b) *A Frame in the Fields: Policymaking and the Reinvention of Politics*. In: Hajer, M. A. und Wagenaar, H. (Hrsg.) *Deliberative Policy Analysis. Understanding Governance in the Network Society*. Cambridge University Press, Cambridge.
- Hajer, M. A. und Laws, D. (2006) *Ordering Through Discourse*. In: Moran, M., Rein, M. und Goodin, R. E. (Hrsg.) *The Oxford Handbook of Public Policy*. Oxford University Press, Oxford.
- Harrison, P. (2002) *A Pragmatic Attitude to Planning*. In: Allmendinger, P. und Tewdwr-Jones, M. (Hrsg.) *Planning Futures. New Directions for Planning Theory*. Routledge, London.
- Hartmann, T. (2012) *Wicked Problems and Clumsy Solutions: Planning as Expectation Management*. *Planning Theory*, 11 (3): 242-56.
- Hawkesworth, M. (2012) *From Policy Frames to Discursive Politics. Feminist Approaches to Development Policy and Planning in an Era of Globalization*. In: Fischer, F. und Gottweis, H. (Hrsg.) *The Argumentative Turn Revisited. Public Policy as Communicative Practice*. Duke University Press, Durham.
- Healey, P. (1992) *Planning through Debate. The Communicative Turn in Planning Theory*. *Town Planning Review*, 63 (2): 143-62.
- Healey, P. (1997) *Collaborative Planning. Shaping Places in Fragmented Societies*. Palgrave Macmillan, London.
- Healey, P. (2009) *The Pragmatic Tradition in Planning Thought*. *Journal of Planning Education and Research*, 28 (3): 277-92.
- Healey, P. (2012) *Performing Place Governance Collaboratively*. In: Fischer, F. und Gottweis, H. (Hrsg.) *The Argumentative Turn Revisited. Public Policy as Communicative Practice*. Duke University Press, Durham.
- Hennen, E. (2009) *Vorwort*. In: Wilms, K. (Hrsg.) *CO-Pipeline. Als in NRW das Wohl der Allgemeinheit abgeschafft wurde*. Books on Demand, Norderstedt.
- Hermanns, F. (2007) *Diskurshermeneutik*. In: Warnke, I. H. (Hrsg.) *Diskurslinguistik. Impulse und Tendenzen*. Walter de Gruyter, Berlin.
- Herschinger, E. und Nonhoff, M. (2014) *Diskursforschung in der Politikwissenschaft*. In: Angermüller, J. et al. (Hrsg.) *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen*. Transcript, Bielefeld.
- Hilbert, P. (2013) *Die Waldschlöbchenbrücke. Chronik eines Großprojektes*. Edition Sächsische Zeitung, Dresden.
- Hillier, J. (2002) *Direct Action and Agonism in Democratic Planning Practice*. In: Allmendinger, P. und Tewdwr-Jones, M. (Hrsg.) *Planning Futures. New Directions for Planning Theory*. Routledge, London.
- Hillier, J. (2007) *Stretching Beyond the Horizon. A Multiplanar Theory of Spatial Planning and Governance*. Ashgate, Aldershot.
- Hillier, J. (2011) *Strategic Navigation Across Multiple Planes: Towards a Deleuzean-Inspired Methodology for Strategic Spatial Planning*. *Town Planning Review*, 82 (5): 503-27.
- Hoch, C. J. (1984a) *Doing Good and Being Right. The Pragmatic Connection in Planning Theory*. *Journal of the American Planning Association*, 50 (3): 335-45.
- Hoch, C. J. (1984b) *Pragmatism, Planning, and Power*. *Journal of Planning Education and Research*, 4 (2): 86-95.
- Hoch, C. J. (1992) *The Paradox of Power in Planning Practice*. *Journal of Planning Education and Research*, 11 (3): 206-15.
- Hoch, C.J. (1994) *What Planners Do: Power, Politics, and Persuasion*. Planner Press, Chicago.
- Hoch, C. J. (1996) *A Pragmatic Inquiry About Planning and Power*. In: Mandelbaum, S. J., Mazza, L. und Burchell, R. W. (Hrsg.) *Explorations in Planning Theory*. Center for Urban Policy Research, New Brunswick.
- Hofmann, A. (2013) *Mit dem Bagger melden sich die Bürger zu Wort. Streit um eine neue Lücke in der Berliner Mauer*. *PLANERIN*, 2013 (6): 21-24.
- Holler, M. J. und Illing, G. (2009) *Einführung in die Spieltheorie*. Springer, Berlin.
- Honneth, A. (1989) *Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Honneth, A. (1999) *Die zerrissene Welt des Sozialen. Sozialphilosophische Aufsätze*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Honneth, A. (2014) *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.

- Huntington, S. P. (1996) *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. Simon and Schuster, New York.
- Huxley, M. (2000) *The Limits to Communicative Planning*. Journal of Planning Education and Research, 19 (4): 369-77.
- Huxley, M. und Yiftachel, O. (2000) *New Paradigm or Old Myopia? Unsettling the Communicative Turn in Planning Theory*. Journal of Planning Education and Research, 19 (4): 333-42.
- ILF (2004) *Stellungnahme Tunnelentwurf EIBS*. ILF Beratende Ingenieure, Innsbruck.
- Imbusch, P. (2006) *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien - Ein Überblick*. In: Imbusch, P. und Zoll, R. (Hrsg.) *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Innes, J. E. (1995) *Planning Theory's Emerging Paradigm: Communicative Action and Interactive Practice*. Journal of Planning Education and Research, 14 (4): 183-89.
- Innes, J. E. und Booher, D. E. (2003) *Collaborative Policymaking: Governance Through Dialogue*. In: Hajer, M. A. und Wagenaar, H. (Hrsg.) *Deliberative Policy Analysis. Understanding Governance in the Network Society*. Cambridge University Press, Cambridge.
- Innes, J. E. und Booher, D. E. (2010) *Planning With Complexity: An Introduction to Collaborative Rationality for Public Policy*. Routledge, London.
- Iser, M. und Strecker, D. (2010) *Jürgen Habermas. Zur Einführung*. Junius, Hamburg.
- IWW (2015) *Auflagenliste*. Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. IWW, Berlin.
- Jäger, M. (1996) *Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs*. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung DISS, Duisburg.
- Jäger, M. und Jäger, S. (2007) *Diskurs als „Fluss von Wissen durch die Zeit“. Ein transdisziplinäres politisches Konzept zur Deutung gesellschaftlicher Wirklichkeit*. In: Jäger, M. und Jäger, S. (Hrsg.) *Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Jäger, S. (1993) *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung DISS, Duisburg.
- Jäger, S. und Zimmermann, J. (Hrsg.) (2010) *Lexikon kritische Diskursanalyse: Eine Werkzeugkiste*. Unrast, Münster.
- Janning, F. (2008) *Die Konflikttheorie der Theorie symbolischer Kämpfe*. In: Bonacker, T. (Hrsg.) *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Johnson, R.B. (1997) *Examining the Validity Structure of Qualitative Research*. Education, 118 (2): 282-92.
- Jordan, J. M. und Roloff, M. E. (1997) *Planning Skills and Negotiator Goal Accomplishment. The Relationship Between Self-Monitoring and Plan Generation, Plan Enactment, and Plan Consequences*. Communication Research, 24 (1): 31-63.
- Jung, M. (1996) *Linguistische Diskursgeschichte*. In: Böke, K., Jung, M. und Wengeler, M. (Hrsg.) *Öffentlicher Sprachgebrauch. Praktische, theoretische und historische Perspektiven*. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Jung, M. und Wengeler, M. (1998) *Wörter - Argumente - Diskurse. Was die Öffentlichkeit bewegt und was die Linguistik dazu sagen kann*. Jahrbuch des Instituts für deutsche Sprache, 1998: 143-71.
- Junge, M. (2009) *Georg Simmel kompakt*. Transcript, Bielefeld.
- Kant, I. (1977a) *Kritik der reinen Vernunft 1. Werkausgabe Band III*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Kant, I. (1977b) *Kritik der reinen Vernunft 2. Werkausgabe Band IV*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Kaven, C. (2015) *Langfristige soziale Prozesse: Eigenschaften und Modellierung*. In: Schützeichel, R. und Jordan, S. (Hrsg.) *Prozesse. Formen, Dynamiken, Erklärungen*. Springer VS, Wiesbaden.
- Keller, R. (2006) *Wissenssoziologische Diskursanalyse*. In: Keller, R. et al. (Hrsg.) *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Keller, R. (2007) *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Keller, R. (2009) *Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Keller, R. et al. (Hrsg.) (2006) *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Keller, R. et al. (2008) *Die vielgestaltige Praxis der Diskursforschung - Eine Einführung*. In: Keller, R. et al. (Hrsg.) *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Kerchner, B. (2006) *Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick*. In: Kerchner, B. und Schneider, S. (Hrsg.) *Foucault: Diskursanalyse in der Politik. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Koch, A. F. (2006) *Wahrheit, Zeit und Freiheit: Einführung in eine philosophische Theorie*. Mentis, Paderborn.

- Koch, A. F. (2014) *Wir sind kein Zufall. Die Subjektivitätsthese als Grundlage eines hermeneutischen Realismus*. In: Gabriel, M. (Hrsg.) *Der Neue Realismus*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Köhler, T. (2008) *Die Konflikttheorie der Anerkennungstheorie*. In: Bonacker, T. (Hrsg.) *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Krug, H. et al. (1996) *Verkehrlich-Städtebauliche Einbindung Bückenköpfe Thomas-Müntzer-Brücke Dresden*. Planungsbüro von Winning, Oberstaufen.
- Kubitza, T. (2003) *Konflikt oder Paradox? Eine Annäherung an Lyotards „Widerstreit“*. In: Liebsch, B. und Straub, J. (Hrsg.) *Lebensformen im Widerstreit. Integrations- und Identitätskonflikte in pluralen Gesellschaften*. Campus, Frankfurt a. M.
- Kunz, V. (2008) *Die Konflikttheorie der Rational Choice-Theorie*. In: Bonacker, T. (Hrsg.) *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Lacan, J. (1980) *Die vier Grundbegriffe der Psychoanalyse*. Walter, Olten.
- Laclau, E. (1990) *New Reflections on the Revolution of Our Time*. Verso, London.
- Laclau, E. (1996) *Emancipation(s)*. Verso, London.
- Laclau, E. (2001) *Democracy and the Question of Power*. Constellations, 8 (1): 3-14.
- Laclau, E. (2005) *On Populist Reason*. Verso, London.
- Laclau, E. und Mouffe, C. (2001) *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. Verso, London.
- Lamla, J. (2008) *Die Konflikttheorie als Gesellschaftstheorie*. In: Bonacker, T. (Hrsg.) *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Landeshauptstadt Dresden (Hrsg.) (1994) *Verkehrskonzept der Landeshauptstadt 2-1994*. Dezernat Stadtentwicklung, Dresden.
- Landeshauptstadt Dresden (Hrsg.) (2003) *Elbtunnel am Standort Waldschlößchenbrücke*. Dezernat Stadtentwicklung, Dresden.
- Landeshauptstadt Dresden (Hrsg.) (2005) *Bürgerentscheid Waldschlößchenbrücke 27. Februar 2005*. Postwurfsendung der Landeshauptstadt Dresden, Dresden.
- Landeshauptstadt Dresden (Hrsg.) (2006) *Waldschlößchenbrücke und Welterbe*. Dezernat Stadtentwicklung, Dresden.
- Langhagen-Rohrbach, C. (2005) *Raumordnung und Raumplanung*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.
- Laudel, H. (2004) *Legitimiert die Geschichte den Bau eines Brückenmonsters am Waldschlößchen?* Elbhang Kurier, 2004 (6): 26.
- LeBaron, M. (2002) *Bridging Troubled Waters: Conflict Resolution from the Heart*. Jossey-Bass, San Francisco.
- Lefebvre, H. (1991) *The Production of Space*. Blackwell, Oxford.
- Leffers, D. (2015) *Conflict in the Face of Planning? Power, Knowledge, and Hegemony in Planning Practice*. In: Gualini, E. (Hrsg.) *Planning and Conflict. Critical Perspectives on Contentious Urban Developments*. Routledge, London.
- Leibniz, G. W. (2006) *Briefwechsel mit Samuel Clarke (1715/1716)*. In: Dünne, J. und Günzel, S. (Hrsg.) *Raumtheorie. Grundagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Lemnitzer, L. und Zinsmeister, H. (2006) *Korpuslinguistik. Eine Einführung*. Gunter Narr, Tübingen.
- Lepofsky, J. und Fraser, J. C. (2003) *Building Community Citizens: Claiming the Right to Place-Making in the City*. Urban Studies, 40 (1): 127-42.
- Lichdi, J. und Jähnigen, E. (2004) *Antrags und Klagebegründung gegen den Freistaat Sachsen. VG Dresden 3 K 922/04 und 3 K 923/04*. Rechtsanwaltsbüro Lichdi und Jähnigen, Dresden.
- Lindenberg, S. (1985) *An Assessment of the New Political Economy: Its Potential for the Social Sciences and for Sociology in Particular*. Social Theory, 3 (1): 99-113.
- Link, J. (1982) *Kollektivsymbolik und Mediendiskurse*. KulturRevolution, 1982 (1): 6-21.
- Link, J. (1983) *Was ist und was bringt Diskurstaktik*. KulturRevolution, 1993 (2): 60-66.
- Link, J. (1986) *Noch einmal: Diskurs. Interdiskurs. Macht*. KulturRevolution, 1986 (11): 4-7.
- Link, J. (2006) *Diskursanalyse unter besonderer Berücksichtigung von Interdiskurs und Kollektivsymbolik*. In: Keller, R. et al. (Hrsg.) *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Link, J. und Link-Heer, U. (1990) *Diskurs/Interdiskurs und Literaturanalyse*. LiLi Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik, 20 (77): 88-99.

- Löb, S. und Wiechmann, T. (2001) *Zwischen Bewahrung und Erneuerung - Konstanz und Wandel in der räumlichen Planung*. ARL-Arbeitsmaterial, 283: 23-32.
- Lossau, J. (2012) *Spatial Turn*. In: Eckardt, F. (Hrsg.) *Handbuch Stadtsoziologie*. Springer VS, Wiesbaden.
- Liotard, J.-F. (1986) *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht*. Passagen, Wien.
- Liotard, J.-F. (1989) *Der Widerstreit*. Wilhelm Fink, München.
- Macdonell, D. (1986) *Theories of Discourse: An Introduction*. Blackwell, Oxford.
- Machiavelli, N. (2009) *Der Fürst*. Nikol, Hamburg.
- Mandelbaum, S. J. (1991) *Telling Stories*. Journal of Planning Education and Research, 10 (3): 209-14.
- Mannheim, K. (1958) *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*. Hermann Gentner, Darmstadt.
- Mäntysalo, R. (2002) *Dilemmas in Critical Planning Theory*. Town Planning Review, 73 (4): 417-36.
- Mäntysalo, R., Balducci, A. und Kangasoja, J. (2011) *Planning as Agonistic Communication in a Trading Zone: Re-Examining Lindblom's Partisan Mutual Adjustment*. Planning Theory, 10 (3): 257-72.
- Massey, D. (1999) *Philosophy and Politics of Spatiality: Some Considerations*. Geographische Zeitschrift, 87 (1): 1-12.
- Mattissek, A. (2009) *Die Aussagenanalyse als Mikromethode der Diskursforschung*. In: Glasze, G. und Mattissek, A. (Hrsg.) *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie und die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Transcript, Bielefeld.
- Mayntz, R. und Scharpf, F. W. (1995) *Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung*. Campus, Frankfurt a. M.
- Messerschmidt, R. und Saar, M. (2014) *Diskurs und Philosophie*. In: Angermüller, J. et al. (Hrsg.) *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen*. Transcript, Bielefeld.
- Meyer-Oldenburg, T. (2003) *Planen im Diskurs: Konfliktmanagement und Kooperation am Beispiel der kommunalen Landschaftsplanung*. Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund.
- Meyerson, M. und Banfield, E. C. (1964) *Politics, Planning and the Public Interest. The Case of Public Housing in Chicago*. The Free Press, New York.
- Miebach, B. (2010) *Soziologische Handlungstheorie. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Mieg, H. und Oevermann, H. (2015) *Planungsprozesse in der Stadt: Die synchrone Diskursanalyse. Forschungsinstrument und Werkzeug für die planerische Praxis*. Vdf, Zürich.
- Mills, S. (2007) *Der Diskurs*. Narr, Tübingen.
- Morgenstern, C. (1990) *Werke und Briefe. Band 3: Humoristische Lyrik*. Urachhaus, Stuttgart.
- Mouffe, C. (1999) *Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism?* Social Research, 66 (3): 745-58.
- Mouffe, C. (2000) *The Democratic Paradox*. Verso, London.
- Neale, M. A. und Northcraft, G. B. (1991) *Behavioral Negotiation Theory: A Framework for Conceptualizing Dyadic Bargaining*. Research in Organizational Behavior, 13: 147-90.
- Neumann, I. (2010) *Szenarioplanung unter den Bedingungen von Urban Governance - Funktionen und Ergebnisse von kollaborativen Ansätzen der Szenarioplanung in strategischen Planungspraktiken von Städten und Gemeinden*. Planungsrundschau, 18: 161-86.
- Niehr, T. (2014) *Einführung in die linguistische Diskursanalyse*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.
- Nonhoff, M. (Hrsg.) (2007) *Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*. Transcript, Bielefeld.
- Nullmeier, F. (2006) *Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?* In: Keller, R. et al. (Hrsg.) *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2007) *Gefahren durch „Bayer-Kohlenmonoxid-Pipeline“ berücksichtigen - Sofortvollzug aufheben - Enteignungsgesetz überprüfen*. Landtag Nordrhein-Westfalen, Ausschussprotokoll APr 14/509 vom 17.10.2007, Düsseldorf.
- Oßenbrügge, J. (1983) *Politische Geographie als räumliche Konfliktforschung. Konzepte zur Analyse der politischen und sozialen Organisation des Raumes auf der Grundlage anglo-amerikanischer Forschungsansätze*. Institut für Geographie und Wirtschaftsgeographie der Universität Hamburg, Hamburg.
- Pampel, W. (1989) *Der Generalbauplan 1862 und der Gesamtplan 1901 für die Stadt Dresden*. Dresdner Hefte, 7 (5): 13-20.
- Pløger, J. (2004) *Strife: Urban Planning and Agonism*. Planning Theory, 3 (1): 71-92.
- Popper, K. R. (1994) *Objektive Erkenntnis. Ein evolutionärer Entwurf*. Hoffmann und Campe, Hamburg.

- Prigogine, I. und Stenger, I. (1985) *Order Out of Chaos. Man's New Dialogue with Nature*. Fontana, London.
- Quadflieg, D. (2008) *Sprache und Diskurs: Von der Struktur zur différance*. In: Moebius, S. und Reckwitz, A. (Hrsg.) *Poststrukturalistische Sozialwissenschaften*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Rapoport, A. (1959) *Critiques of Game Theory*. Behavioral Science, 4 (1): 49-66.
- Reichert, R. (2016) *Das Politische der Großdatenforschung*. Politikum, 2 (1): 20-31.
- Reisigl, M. (2011) *Grundzüge der Wiener Kritischen Diskursanalyse*. In: Keller, R. et al. (Hrsg.) *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Reisigl, M. (2013) *Die Stellung der historischen Diskurssemantik in der linguistischen Diskursforschung*. In: Busse, D. und Teubert, W. (Hrsg.) *Linguistische Diskursanalyse: neue Perspektiven*. Springer VS, Wiesbaden.
- Reisigl, M. und Ziem, A. (2014) *Diskursforschung in der Linguistik*. In: Angermüller, J. et al. (Hrsg.) *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Band 1. Theorien, Methodologien und Kontroversen*. Transcript, Bielefeld.
- Relph, E. (1976) *Place and Placelessness*. Pion, London.
- Renn, O. et al. (1998) (Hrsg.) *Abfallpolitik im kooperativen Diskurs: Bürgerbeteiligung bei der Standortsuche für eine Deponie im Kanton Aargau*. Vdf, Zürich.
- Renn, O. und Webler, T. (1998) *Der kooperative Diskurs - Theoretische Grundlagen, Anforderungen, Möglichkeiten*. In: Renn, O. et al. (Hrsg.) *Abfallpolitik im kooperativen Diskurs: Bürgerbeteiligung bei der Standortsuche für eine Deponie im Kanton Aargau*. Vdf, Zürich.
- Reuber, P. (1999) *Raumbezogene Politische Konflikte. Geographische Konfliktforschung am Beispiel von Gemeindegebietsreformen*. Franz Steiner, Stuttgart.
- Reuber, P. und Wolkersdorfer, G. (2001) (Hrsg.) *Politische Geographie. Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics*. Selbstverlag des Geographischen Instituts der Universität Heidelberg, Heidelberg.
- Reuber, P. und Wolkersdorfer, G. (2007a) *Politische Geographie*. In: Gebhardt, H. et al. (Hrsg.) *Geographie. Physische Geographie und Humangeographie*. Spektrum Akademischer Verlag, München.
- Reuber, P. und Wolkersdorfer, G. (2007b) *Raum und Macht: Geopolitik des 21. Jahrhunderts*. In: Gebhardt, H. et al. (Hrsg.) *Geographie. Physische Geographie und Humangeographie*. Spektrum Akademischer Verlag, München.
- Reuter, W. (1989) *Die Macht der Planer und Architekten*. Kohlhammer, Stuttgart.
- Reuter, W. (2000) *Zur Komplementarität von Diskurs und Macht in der Planung*. disP - The Planning Review, 36 (141): 4-16.
- Reuter, W. (2004) *Planung und Macht. Positionen im theoretischen Diskurs und ein pragmatistisches Modell von Planung*. In: Altröck, U. et al. (Hrsg.) *Perspektiven der Planungstheorie*. Leue, Berlin.
- Reuter, W. (2006) *Rittel revisited: oder von der Notwendigkeit des Diskurses*. In: Selle, K. (Hrsg.) *Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse*. Dorothea Rohn, Dortmund.
- Ricoeur, P. (2005) *Narrative Identität*. In: Welsen, P. und Ricoeur, P. (Hrsg.) *Vom Text zur Person. Hermeneutische Aufsätze (1970-1999)*. Felix Meiner, Hamburg.
- Roberts, T. (2011) *Embracing Conflict: The Deliberative Storytelling Workshop*. unveröffentl. Arbeitspapier, AESOP Thematic Group Planning/Conflict: Critical Perspectives on Contentious Urban Developments, Berlin.
- Rorty, R. M. (1992) *Metaphilosophical Difficulties of Linguistic Philosophy*. In: Rorty, R. M. (Hrsg.) *The Linguistic Turn. Essays in Philosophical Method*. University of Chicago Press, Chicago.
- Rosenfeld, M. (1998) *Pragmatism, Pluralism, and Legal Interpretation: Posner's and Rorty's Justice without Metaphysics Meets Hate Speech*. In: Dickstein, M. (Hrsg.) *The Revival of Pragmatism. New Essays on Social Thought, Law, and Culture*. Duke University Press, Durham.
- Rothenhöfer, A. (2014) *Der Heidelberger Stadthallenstreit 2009 bis 2010. Bürgerprotest als Einforderung kollaborativen Place-Makings*. In: Warnke, I. H. und Busse, B. (Hrsg.) *Place-Making in urbanen Diskursen*. Walter de Gruyter, Berlin.
- Ruble, T. L. und Thomas, K. W. (1976) *Support for a Two-Dimensional Model of Conflict Behavior*. Organizational Behavior and Human Performance, 16 (1): 143-55.
- Ruoff, M. (2009) *Foucault-Lexikon*. Wilhelm Fink, Paderborn.
- Rüttinger, B. (1977) *Konflikt und Konfliktlösen*. Wilhelm Goldmann, München.
- RWTH Aachen (2006) *Gutachten zu den visuellen Auswirkungen des ‚Verkehrszuges Waldschlösschenbrücke‘ auf das UNESCO-Weltkulturerbe ‚Elbtal Dresden‘*. Lehrstuhl und Institut für Städtebau und Landesplanung, RWTH Aachen, Aachen.
- Rydin, Y. (2007) *Re-Examining the Role of Knowledge Within Planning Theory*. Planning Theory, 6 (1): 52-68.

- Sabatier, P. A. (1988) *An Advocacy Coalition Framework of Policy Change and the Role of Policy-Oriented Learning Therein*. Policy Sciences, 21 (2-3): 129-68.
- Sabatier, P. A. (1993) *Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik*. In: Héritier, A. (Hrsg.) *Policy-Analyse: Kritik und Neuorientierung*. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Sager, T. (2009) *Responsibilities of Theorists: The Case of Communicative Planning Theory*. Progress in Planning, 72: 1-51.
- Sagoff, M. (1988) *The Economy of the Earth. Philosophy, Law, and the Environment*. Cambridge University Press, Cambridge.
- Salet, W. (2008) *Rethinking Urban Projects: Experiences in Europe*. Urban Studies, 45 (11): 2343-63.
- Salet, W., Bertolini, L. und Giezen, M. (2012) *Complexity and Uncertainty: Problem or Asset in Decision Making of Mega Infrastructure Projects?* Wiley Online Library, DOI: 10.1111/j.1468-2427.2012.01133.x.
- Sandercock, L. (1998) *Towards Cosmopolis: Planning for Multicultural Cities*. Wiley, New York.
- Sandercock, L. (2003a) *Cosmopolis II: Mongrel Cities of the 21st Century*. Continuum International, New York.
- Sandercock, L. (2003b) *Out of the Closet: The Importance of Stories and Storytelling in Planning Practice*. Planning Theory & Practice, 4 (1): 11-28.
- Schaal, G. S. und Heidenreich, F. (2009) *Einführung in die Politischen Theorien der Moderne*. Barbara Budrich, Opladen.
- Schalk, H. (1997) *Diskurs. Zwischen Allerweltswort und philosophischem Begriff*. Archiv für Begriffsgeschichte, 40: 56-104.
- Scharpf, F. W. (1973) *Planung als politischer Prozeß. Aufsätze zur Theorie der planenden Demokratie*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Scharpf, F. W. (1993) *Positive und negative Koordination in Verhandlungssystemen*. In: Héritier, A. (Hrsg.) *Policy-Analyse: Kritik und Neuorientierung*. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Schefer, A. G. (2005) *Beteiligungsverfahren*. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung ARL (Hrsg.) *Handwörterbuch der Raumordnung*. Verlag der ARL, Hannover.
- Schelling, T. C. (1957) *Bargaining, Communication, and Limited War*. Conflict Resolution, 1 (1): 19-36.
- Schmidt, P. I. und Konze, H. (2011) *Planaufstellungs- und -änderungsverfahren*. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung ARL (Hrsg.) *Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung*. Verlag der ARL, Hannover.
- Schmidt, V. A. (2002) *The Futures of European Capitalism*. Oxford University Press, Oxford.
- Schmidt, V. A. (2012) *Discursive Institutionalism: Scope, Dynamics, and Philosophical Underpinnings*. In: Fischer, F. und Gottweis, H. (Hrsg.) *The Argumentative Turn Revisited. Public Policy as Communicative Practice*. Duke University Press, Durnham.
- Schödlbauer, M. (2003) *Eisbär und Walfisch im Widerstreit. Zur Topik des psychischen Konflikts*. In: Liebsch, B. und Straub, J. (Hrsg.) *Lebensformen im Widerstreit. Integrations- und Identitätskonflikte in pluralen Gesellschaften*. Campus, Frankfurt a. M.
- Scholz, T. (2004) *Wirtschaftlichkeit und Qualität des Verkehrsablaufs auf städtischen Elbebrücken in Dresden mit und ohne Bau der Waldschlösschenbrücke*. Institut für Verkehrsplanung und Straßenverkehr, Technische Universität Dresden, Dresden.
- Schön, D. A. (1983) *The Reflective Practitioner: How Professionals Think in Action*. Basic Books, New York.
- Schultheis, J. (2011) *Zur Rolle der Raumplanung in der Gesellschaft*. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung ARL (Hrsg.) *Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung*. Verlag der ARL, Hannover.
- Selle, K. (1994) *Was ist bloß mit der Planung los? Erkundungen auf dem Weg zum kooperativen Handeln*. Institut für Raumplanung IRPUD, Universität Dortmund, Dortmund.
- Selle, K. (2006) *Vorwort*. In: Selle, K. (Hrsg.) *Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse*. Dorothea Rohn, Dortmund.
- Shore, B. (1996) *Culture in Mind: Cognition, Culture, and the Problem of Meaning*. Oxford University Press, Oxford.
- Simmel, G. (2013) *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Duncker und Humblot, Berlin.
- Soja, E. W. (1997) *Planning in/for Postmodernity*. In: Benko, G. und Strohmayer, U. (Hrsg.) *Space and Social Theory. Interpreting Modernity and Postmodernity*. Blackwell, Oxford.
- Spitzmüller, J. und Warnke, I. H. (2011) *Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse*. Walter de Gruyter, Berlin.
- Spranger, E. (1950) *Lebensformen. Geisteswissenschaftliche Psychologie und Ethik der Persönlichkeit*. Siebenstern, München.

- Stark, C. (2008) *Die Konflikttheorie von Georg Simmel*. In: Bonacker, T. (Hrsg.) *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Stierand, R. (1993) *Neuorientierung in der Planungstheorie?* *RaumPlanung*, 1993 (61): 141-47.
- Strüver, A. (2009) *Grundlagen und zentrale Begriffe der Foucault'schen Diskurstheorie*. In: Glasze, G. und Mattissek, A. (Hrsg.) *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Transcript, Bielefeld.
- Strüver, A. und Wucherpennig, C. (2009) *Performativität*. In: Glasze, G. und Mattissek, A. (Hrsg.) *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Transcript, Bielefeld.
- Swyngedouw, E. (2009) *The Antinomies of the Postpolitical City: In Search of a Democratic Politics of Environmental Production*. *International Journal of Urban and Regional Research*, 33 (3): 601-20.
- Tewdwr-Jones, M. und Allmendinger, P. (1998) *Deconstructing Communicative Rationality: A Critique of Habermasian Collaborative Planning*. *Environment and Planning A*, 30 (11): 1975-89.
- Thomas, K. W. (1976) *Conflict and Conflict Management*. In: Dunnette, M. D. (Hrsg.) *Handbook of Industrial and Organizational Psychology*. Rand McNally, Chicago.
- Thomas, K. W. (1992) *Conflict and Negotiation Processes in Organizations*. In: Dunnette, M. D. und Hough, L. M. (Hrsg.) *Handbook of Industrial and Organizational Psychology*. Consulting Psychology Press, Palo Alto.
- Thomas, K. W. und Kilmann, R. H. (1974) *Thomas-Kilmann Conflict Mode Instrument*. CPP, Mountain View.
- Throgmorton, J. A. (1996) *Planning as Persuasive Storytelling: The Rhetorical Construction of Chicago's Electric Future*. University of Chicago Press, Chicago.
- Throgmorton, J. A. (2003) *Planning as Persuasive Storytelling in a Global-Scale Web of Relationships*. *Planning Theory*, 2 (2): 125-51.
- UNECE (2014) *European Agreement Concerning the International Carriage of Dangerous Good by Road ADR. Volume I*. Economic Commission for Europe, Committee on Inland Transport, Genua.
- van Assche, K., Duineveld, M. und Beunen, R. (2014) *Power and Contingency in Planning*. *Environment and Planning A*, 46 (10): 2385-400.
- van de Ven, A. H. (2007) *Engaged Scholarship: A Guide for Organizational and Social Research*. Oxford University Press, Oxford.
- van den Berg, M. (2005) *Planning: State of the Profession*. *disP - The Planning Review*, 41 (163): 74-77.
- van Dijk, T. A. (2011) *Introduction: The Study of Discourse*. In: Van Dijk, T. A. (Hrsg.) *Discourse Studies. A Multidisciplinary Introduction*. Sage, Thousand Oaks.
- van Hulst, M. (2012) *Storytelling, a Model of and a Model for Planning*. *Planning Theory*, 11 (3): 299-318.
- Vašek, T. (2015a) *Das ist der Tod der Philosophie. Der Philosoph Günter Figal über die Gründe für seinen Rücktritt als Vorsitzender der Martin-Heidegger-Gesellschaft*. *Hohe Luft. Philosophie-Zeitschrift*, 2015 (3): 80-81.
- Vašek, T. (2015b) *Schluss mit dem Bullshit. Philosophisches Manifest*. *Hohe Luft. Philosophie-Zeitschrift*, 2015 (5): 23.
- Veenker (2008) *Risikobewertung für die CO-Leitung von Köln-Worringen nach Krefeld-Uerdingen im Bereich der Stadt Duisburg*. Veenker Ingenieurgesellschaft mbH, Hannover.
- Verloo, N. (2015) *Develop Stories, Develop Communities: Narrative Practice to Analyze and Engage in Urban Conflict*. In: Gualini, E. (Hrsg.) *Planning and Conflict. Critical Perspectives on Contentious Urban Developments*. Routledge, London.
- Viehöver, W. (2006) *Diskurse als Narrationen*. In: Keller, R. et al. (Hrsg.) *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Vogelpohl, A. (2004) *Konflikte um Natur in der Stadt. Die Konstruktion von Orten und ihr Einfluss auf die Raumnutzung in den Hamburger Walddörfern*. Institut für Geographie und Wirtschaftsgeographie der Universität Hamburg, Hamburg.
- von der Ohe, W. (1988) *Konflikt*. In: Lippert, E. (Hrsg.) *Frieden. Ein Handwörterbuch*. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- von Rosenstiel, L. (2007) *Grundlagen der Organisationspsychologie. Basiswissen und Anwendungshinweise*. Schäffer-Poeschel, Stuttgart.
- Voßbürger, P. und Weber, A. (1998) *Planerischer Umgang mit Großprojekten. Bausteine zum Konfliktmanagement am Beispiel eines „Center-Parcs“-Projektes*. Institut für Raumplanung IRPUD, Universität Dortmund, Dortmund.



- Warnke, I. H. (2012) *Urbaner Diskurs und maskierter Protest. Intersektionale Feldperspektiven auf Gentrifizierungsdynamiken in Berlin Kreuzberg*. In: Roth, K. und Spiegel, C. (Hrsg.) *Angewandte Diskurslinguistik. Felder, Probleme, Perspektiven*. Akademie, Berlin.
- Watson, V. (2008) *Down to Earth: Linking Planning Theory and Practice in the ‚Metropole‘ and Beyond*. *International Planning Studies*, 13 (3): 223-37.
- Wedl, J. und Wrana, D. (2014) *Grundfragen der Forschungspraxis. Epistemologie, Methodologie und Forschungsdesign - Einleitung*. In: Angermüller, J. et al. (Hrsg.) *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen*. Transcript, Bielefeld.
- Werlen, B. (2007a) *Globalisierung, Region und Regionalisierung. Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Band 2*. Franz Steiner, Stuttgart.
- Werlen, B. (2007b) *Sozialgeographie*. In: Gebhardt, H. et al. (Hrsg.) *Geographie. Physische Geographie und Humangeographie*. Spektrum Akademischer Verlag, München.
- Werlen, B. (2008) *Sozialgeographie*. Haupt, Bern.
- Wiechmann, T. (1998) *Vom Plan zum Diskurs? Anforderungsprofil, Aufgabenspektrum und Organisation regionaler Planung in Deutschland*. Nomos, Baden-Baden.
- Wiechmann, T. (2008) *Planung und Adaption. Strategieentwicklung in Regionen, Organisationen und Netzwerken*. Dorothea Rohn, Dortmund.
- Wiechmann, T. und Hutter, G. (2010) *Strategische Planung - Zum Stand der Diskussion*. *Planungsrundschau*, 18: 7-16.
- Wiechmann, T. und Terfrüchte, T. (2013) *Akzeptanz regionaler Planungsprozesse und -ergebnisse*. In: Baumgart, S. und Terfrüchte, T. (Hrsg.) *Zukunft der Regionalplanung in Nordrhein-Westfalen*. Verlag der ARL, Hannover.
- Wilms, K. (2009) *CO-Pipeline. Als in NRW das Wohl der Allgemeinheit abgeschafft wurde*. Books on Demand, Norderstedt.
- Wittgenstein, L. (2003) *Logisch-philosophische Abhandlung. Tractatus logico-philosophicus*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Wodak, R. (2004) *Critical Discourse Analysis*. In: Seale, C. et al. (Hrsg.) *Qualitative Research Practice*. Sage, Thousand Oaks.
- Wolkersdorfer, G. (2001) *Politische Geographie und Geopolitik zwischen Moderne und Postmoderne*. Selbstverlag des Geographischen Instituts der Universität Heidelberg, Heidelberg.
- Wrana, D. et al. (2014) (Hrsg.) *DiskursNetz: Wörterbuch der interdisziplinären Diskursforschung*. Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Yiftachel, O. (1998) *Planning and Social Control: Exploring the Dark Side*. *Journal of Planning Literature*, 12 (4): 395-406.
- Yin, R. K. (2009) *Case Study Research. Design and Methods*. Sage, Thousand Oaks.
- Zielke, B. (2006) *Not „Anything Goes“. A Critical Assessment of Constructionism and its Misinterpretation. A Comment on Carl Ratner's „Epistemological, Social, and Political Constructionism“*. *Forum: Qualitative Sozialforschung*, 7 (1): Art. 27.

## Internetquellen

- BI Pro Waldschlösschenbrücke (o. J.) *Der Bürgerentscheid wird umgesetzt*. Unter: <http://www.neue-waldschloesschenbruecke.de/aktuelles/aktuelles.htm>, zuletzt abgerufen am 23.01.2016.
- CO-Pipeline-Press (2011a) *NRW: Land der Bekenner*. CO-Pipeline-Press. Parteipolitisch unabhängiges Mitteilungsblatt der Bürgerinitiativen gegen die CO-Pipeline. Unter: [http://www.contra-pipeline.de/dokumente/doc\\_download/70-co-pipeline-press-februar-2011](http://www.contra-pipeline.de/dokumente/doc_download/70-co-pipeline-press-februar-2011), zuletzt abgerufen am 03.09.2015.
- CO-Pipeline-Press (2011b) *Serie „Vor Ort“. Beispiele einer verpeilten Trassenplanung*. CO-Pipeline-Press. Parteipolitisch unabhängiges Mitteilungsblatt der Bürgerinitiativen gegen die CO-Pipeline. Unter: [http://www.contra-pipeline.de/dokumente/doc\\_download/70-co-pipeline-press-februar-2011](http://www.contra-pipeline.de/dokumente/doc_download/70-co-pipeline-press-februar-2011), zuletzt abgerufen am 03.09.2015.
- Groebner, V. (2012) *Schwerverständliche Wissenschaft: „Sprachstyropor macht mir schlechte Laune“*. Spiegel Online GmbH. Unter: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/historiker-valentin-groebner-warnt-vor-floskeln-in-der-wissenschaft-a-827197.html>, zuletzt abgerufen am 24.10.2015.
- Grüne Liga (o. J.) *Basisinformationen. Unsere Kritik und Alternativen zum ‚Verkehrszug Waldschlößchenbrücke‘*. Unter: <http://www.welterbe-erhalten.de/basisinformationen>, zuletzt abgerufen am 23.01.2016.
- Ringbeck, B. (2007) *Mediationsverfahren Dresdener Waldschlößchenbrücke. Ergebnis Sachverständigen*. Unter: [http://archiv.welterbe-erhalten.de/pdf/070124\\_mediation\\_ergebnis.pdf](http://archiv.welterbe-erhalten.de/pdf/070124_mediation_ergebnis.pdf), zuletzt abgerufen am 23.01.2016.

UNESCO (2006) *Convention Concerning the Protection of the World Cultural and Natural Heritage. World Heritage Committee. Thirtieth Session.* UNESCO World Heritage Committee. Unter: <http://whc.unesco.org/archive/2006/whc06-30com-inf19.pdf>, zuletzt abgerufen am 30.01.2016.

## Pressemitteilungen

- Bezirksregierung Düsseldorf (2004) *Raumordnungsverfahren für Pipelinebündel eingeleitet.* Bezirksregierung Düsseldorf, Düsseldorf.
- Bezirksregierung Düsseldorf (2005b) *Raumordnungsverfahren für geplantes Transportfernleitungsbündel der EPDC positiv abgeschlossen.* Bezirksregierung Düsseldorf, Düsseldorf.
- BMS AG (2008a) *Bayer MaterialScience mit weiterem Informationsangebot: Neue Broschüre zur Kohlenmonoxid-Pipeline.* Bayer MaterialScience AG, Leverkusen.
- BMS AG. (2008b) *Gutachten bestätigt Sicherheitskonzept der CO-Pipeline.* Bayer MaterialScience AG, Leverkusen.
- BMS AG (2009) *Bayer MaterialScience und Land NRW unterzeichnen öffentlich-rechtlichen Vertrag: Gemeinwohlnützigkeit der CO-Pipeline vertraglich abgesichert.* Bayer MaterialScience AG, Leverkusen.
- BMS AG (2013) *Erörterung der Planänderungen bei CO-Versorgungspipeline: Bayer MaterialScience will Einwendungen mit Sachargumenten ausräumen.* Bayer MaterialScience AG, Leverkusen.
- Grüne Liga (2006) *Zu den Tunnelgutachten der Firmen EIBS, ILF und BAUGRUND Dresden.* Grüne Liga Sachsen e. V., Dresden.
- IFOK (2013) *Forum zur CO-Pipeline: Akteure der Region konstituieren Forum als Plattform des Austausches.* Institut für Unternehmenskommunikation IFOK, Bensheim.
- IFOK (2014) *Forum zur CO-Pipeline diskutiert Entscheidung des OVG Münster und verabschiedet Empfehlungen zu Verbesserung der Sicherheit bei CO-Unfällen.* Institut für Unternehmenskommunikation IFOK, Bensheim.
- Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (2010) *Viel Innovation - viel Gesprächsbedarf.* Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie; Hannover.
- Medienservice Sachsen (2004) *Waldschlösschenbrücke: Freistaat steht zu 90%-Förderung.* Medienservice Sachsen, Dresden.

## Rechtsquellen

- Genehmigungsverfahrensbeschleunigungsgesetz vom 12. September 1996 (BGBl. I S. 1354).
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl III Gliederungsnummer 100-1), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2438) geändert worden ist.
- Landesplanungsgesetz vom 11. Februar 2001, das zuletzt durch das Gesetz vom 03. Februar 2004 (GV. NRW S. 96) geändert worden ist.
- Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) geändert worden ist.
- Gesetz über die Errichtung und den Betrieb einer Rohrleitungsanlage zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen vom 21. März 2006 (GV.NRW S. 130).
- Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist.

# Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Dissertation eigenständig und lediglich unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel anfertigte.

Die Arbeit wurde bisher weder zur Prüfung vorgelegt noch an anderer Stelle veröffentlicht.

Dortmund, 4. April 2016